



**ASKLEPIOS
GEWERKSCHAFT**

für angestellte Ärztinnen
und Ärzte in Österreich

Medienbeobachtung

Asklepios – Gewerkschaft der angestellten Ärztinnen und Ärzte in Österreich

Mag. Verena Flatischler, med4more



med4more

Marketing und Kommunikation in der Praxis

Stand: 10.6.2015

Medium	Erscheinungs- termin	Titel	Art
Kurier	6.1.2015	Ärzte gründen eigene Gewerkschaft	Print
APA	7.1.2015	Mediziner wollen eigene Gewerkschaft gründen	online
Vienna online	7.1.2015	Neues Arbeitszeitgesetz: Ärzte wollen eigene Gewerkschaft gründen	Online
APA OTS	7.1.2015	GdG-KMSfB-Meidlinger: Klare Absage an eigene Ärzte-Gewerkschaft	online
Springer Medizin	7.1.2015	Spitalsärzte-Mediziner wollen eigene Gewerkschaft gründen	Online
Springer Medizin	7.1.2015	GdG-KMSfB-Meidlinger: Klare Absage an eigene Ärzte-Gewerkschaft	Online
Standard.at	7.1.2015	Ärztegewerkschaft auf Zielgerade	Online
Vorarlberg online	7.1.2015	Mediziner wollen eigene Gewerkschaft gründen	Online
Vienna online	7.1.2015	Mediziner wollen eigene Gewerkschaft gründen	Online
Salzburg.com	7.1.2015	Mediziner wollen eigene Gewerkschaft gründen	Online
Kleine Zeitung online	7.1.2015	Ärzte wünschen sich eine eigene Gewerkschaft	Online
Der Standard	8.1. 2015	Arzt gründet eigene Gewerkschaft Asklepios	Print
Neues Volksblatt	8.1.2015	Ärzte überlegen Gewerkschaft	Print
Die Presse	8.1.2015	Spitalsärzte wollen eigene Gewerkschaft	Print
Medical Tribune	14.1.2015	Gehaltsstreit erhitzt die Gemüter	Print
APA OTS	15.1.2015	Ärztegewerkschaft Asklepios im Vormarsch	Online
Salzburger Nachrichten	15.1.2015	Ärzte: Unterlagen für Gewerkschaft eingereicht	Online

Medium	Erscheinungs- termin	Titel	Art
Springer Medizin	16.1.2015	Ärztengewerkschaft Asklepios im Vormarsch	Online
ÄrzteWoche	16.1.2015	Angeklickt: Klare Absage an eigene Gewerkschaft	Print
Medianet	16.1.2015	Ärzte sind mit eigener Kammer unzufrieden	Print
Medonline	17.1.2015	Interview mit Anna Kreil	Online
Kleine Zeitung	17.1.2015	Ärzteprotest	Print
Österreich	17.1.2015	Ärzte streiken in vier Spitälern	Print
Vorarlberger Nachrichten	17.1.2015	Kein Bedarf an Gewerkschaft	Print
Kleine Zeitung	17.1.2015	Eigene Gewerkschaft	Print
Orf.at	19.1.2015	Spitalsärzte weiter auf Barrikaden	Online
ZIB 24	19.1.2015	Interview mit Dr. Gernot Rainer	TV
Salzburger Nachrichten	20.1.2015	Geschlossene Ambulanzen, zornige Ärzte	Print
Wiener Zeitung	22.1.2015	RezeptBlock	Print
Ärzte Woche	22.1.2015	Gewerkschaft muss einige Hürden überwinden	Print
Medianet	23.1.2015	Ärzte-Arbeitszeiten: Das System fährt an die Wand	Print
Die Presse	24.1.2015	Oberösterreichische Ärzte warten weiter auf Einigung mit dem Land	Online
Kurier	29.1.2015	Spitalsärzte: Mehr Gehalt weniger Ärzte	online
Standard	29.1.2015	Ärztinnen und Ärzte zwischen den Mühlsteinen – Kommentar Dr. Gernot Rainer	Online
Kurier	30.1.2015	Mehr Gehalt und weniger Nachtdienste für Ärzte in den Gemeindespitälern	Print
Die Presse online	30.1.2015	KAV Urabstimmung über Arbeitszeit	Online
Die Presse	31.1.2015	KAV Urabstimmung über Arbeitszeit	Print

Medium	Erscheinungs- termin	Titel	Art
Apothekerzeitung	3.2.2015	Arbeitszeitgesetz: Ärztegewerkschaft	Print
Kurier	3.2.2015	Steiniger Weg für neue Ärzte-Gewerkschaft	Online
Ö1 Morgenjournal	3.2.2015	Zulauf zur neu gegründeten Ärztegewerkschaft	Radio
Ö1 Mittagsjournal	3.2.2015	Kritik an neuer Ärztegewerkschaft Asklepios	Radio
OÖN	4.2.2015	Ärzte Urabstimmung frühestens Mitte März	Print
Die Presse	4.2.2015	Asklepios: Reger Zulauf zur neuen Ärztegewerkschaft	Online
Heute	4.2.2015	Neue Ärztegewerkschaft hat schon 1.073 Mitglieder	Print
Kurier Österreich	4.2.2015	Steiniger Weg für neue Ärztegewerkschaft	Print
Kurier Wien	4.2.2015	Steiniger Weg für neue Ärztegewerkschaft	Print
Ö1 Journal- panorama	4.2.2015	Diskussion: Das Aufbegehren der Ärzte mit Dr. Anna Kreil, Harald Mayer und Richard Suchl	Radio
Österreich	4.2.2015	Ärzte gründen neue Gewerkschaft	Print
Schau TV	5.2.2015	Interview mit Dr. Anna Kreil	TV
Kurier	5.2.2015	Spitalsärzte murren über Reform	Online
Kärntner Ärztezeitung	6.2.2015	Editorial	Print
Ärtemagazin	7.2.2015	Bewegung in der Gehaltsfrage	Print
Kronenzeitung Oberösterreich	8.2.2015	Ärztegewerkschaft ist im Aufbau	Print
Nieder- österreichische Nachrichten	9.2.2015	Spitalsärzte: Eigene Gewerkschaft	Print
Medianet	13.2.2015	Ärzttekammer unter Druck	Print

Medium	Erscheinungs- termin	Titel	Art
Ärzte Exklusiv	14.2.2015	Asklepios – notwendige oder undurchdachte Initiative?	Print
Kurier	16.2.2015	Stadt Wien spart 382 Spitalsärzte ein	Print
Pharma Time	Februar 2015	Ärztegewerkschaft Asklepios gegründet	Print
Kurier Burgenland	5.3.2015	Der Zorn der vielen Wiener Mediziner	Print
Kurier Österreich	5.3.2015	Ärzte fliehen ins Ausland	Print
Kurier Wien	5.3.2015	Der Zorn der Wiener Ärzte	Print
Kurier online	5.3.2015	Der Zorn der Wiener Ärzte	Online
Kurier online	9.3.2015	Wiener Ärzte drohen mit Streik	Online
Kurier online	9.3.2015	KAV-Abstimmung: Streit um Nachverhandlungen	Online
Kurier NÖ	10.3.2015	87,44 Prozent gegen neues Modell	Print
Kurier Bgld	10.3.2015	87,44 Prozent gegen neues Modell	Print
Kurier online	10.3.2015	Maulkorberlass für rebellische Ärzte	Online
Kurier Ö	10.3.2015	87,44 Prozent gegen neues Modell	Print
Kurier Ö	10.3.2015	Wiener Spitalsärzte drohen jetzt mit Streik	Print
Kurier W	10.3.2015	Wiener Ärzte drohen mit Streik	Print
Die Presse	11.3.2015	Patienten flüchten in Privatmedizin	Print
Kurier Ö	11.3.2015	Einigung mit Ärzten in Kärnten in Sicht	Print
Kurier Bgld	11.3.2015	Stadt Wien droht kritischen Spitalsärzten mit Entlassung	Print
Kurier Wien	11.3.2015	Streit um Arbeitszeitmodell	Print
Springer medizin.at	13.3.2015	Spitalsärzte: Wiener Mediziner demonstrieren am 23. März	online
Kronenzeitung	14.3.2015	Den Spitälern droht der Infarkt	Print

Medium	Erscheinungs- termin	Titel	Art
Ärztetkron	14.3.2015	Neue Gewerkschaft: Volle Fahrt!	Print
Kurier	14.3.2015	Ärzte-Streit: Kammer sieht etwas Bewegung	Print
Springer Media	14.3.2015	Spitalsärzte: Wiener –KAV Einigung soll etwas nachgeschärft werden	Print
Kurier	15.3.2015	Ärzte	Print
Profil	16.3.2015	„Geld wie Mist“	Print
Der Standard	16.3.2015	Neues Team verhandelt	Online
Der Standard	17.3.2015	Neues Team verhandelt	Print
Der Standard	17.3.2015	Ärztetkammer verhandelt ohne Ärztegewerkschaft	Online
Heute	20.3.2015	Montag: Ärzte Demo am Ring	Print
Die Presse	23.3.2015	Ärzte gehen erneut auf die Straße	Print
Die Krone	23.3.2015	Wien: 2.000 Spitalsärzte bei Demo gegen Sparpläne	Online
Die Krone	23.3.2015	Patienten klagen über fehlende Zeit der Spitalsärzte	Print
Kurier	23.3.2015	Ärzte bliesen zum Trauermarsch	Online
Salzburger Nachrichten	23.3.2015	2.000 Spitalsärzte demonstrierten in Wien	Online
Viennaonline.at	23.22015	2000 Spitalsärzte demonstrierten in Wien	Online
Wiener Zeitung	23.3.3015	2.000 protestierten gegen Sparpläne	Online
Clinicum	24.3.2015	Eine Gewerkschaft, die keine sein darf	Print
Die Presse	24.3.2015	Ärzte Protest gegen Arbeitszeitgesetz	Print
Kurier	24.3.2015	Ärzte blasen zum Trauermarsch	Print
Ärztezeitung	25.3.2015	Asklepios Gewerkschaft – Stellenanzeige	Print
Kurier	27.3.2015	SPÖ und Grüne beschlossen Arbeitszeitmodell	Online
Orf	27.3.2015	Spitalsärzte: Neues Gehaltsschema beschlossen	Online

Medium	Erscheinungs- termin	Titel	Art
OTS	27.3.2015	Ärztengewerkschaft Asklepios zu Ergebnissen der Ärzteverhandlungen	
Springer Medien	27.3.2015	Spitalsärzte-Wiener Ärztekammer nimmt Beschluss zur Kenntnis	Online
Springer Medien	27.3.2015	Wehsely verhandelt mit Asklepios nicht	Online
Kurier	28.3.2015	SPÖ und Grüne beschließen Gehaltsmodell für Spitalsärzte	Print
Medical Tribune	1.4.2015	Die Warnungen wurden ignoriert	Print
Heute	9.4.2015	Ärzte-Streit: Neue Gewerkschaft Asklepios prüft „Arbeitskampf“	Print
Ärzte Woche	10.4.2015	Ärzte: Wehsely verhandelt mit Asklepios nicht – keine Gewerkschaft	Print
Kärntner Ärztezeitung	April 2015	Asklepios – Interview mit Dr. Gernot Rainer	Print
Die Presse	8. 5.2015	Neue Ärztegwerkschaft will klagen	Print
Die Presse	22.5.2015	Dürfen Ärzte überhaupt streiken?	Print
Die Presse	27.5.2015	8.000 Euro Einmalzahlung pro Arzt	Print
Die Presse	3.6.2015	Spitalsärzte: Streikdrohung wirkt	Print
Heute	3.6.2015	Ärzte Engpass im Juni?	Print
APA OTS	3.6.2015	Appell an Ärzte: Arbeitszeitüberschreitungen melden!	APA
Der Standard	10.6.2015	Wehsely sieht Erpressungsversuch	Print

Ärzte gründen eigene Gewerkschaft

Spitäler. Mediziner erhöhen Druck im Streit um Gehaltserhöhung. Ruf nach Dienststellenversammlungen



Schon im Vorjahr gingen die AKH-Ärzte für mehr Gehalt auf die Straße; jetzt drohen neue Proteste

VON JOSEF GEBHARD

Der Streit um die neue Arbeitszeitregelung für Spitalsärzte und den damit verbundenen Gehaltseinbußen nimmt in Wien an Schärfe zu. Wie berichtet, dürfen Spitalsärzte seit Jahresbeginn nur mehr durchschnittlich 48 Stunden arbeiten, wodurch sich vor allem bei den Jungärzten das Einkommen massiv verringert.

Da bis jetzt weder im AKH noch in den Gemeindespitalen eine für die Ärzte befriedigende Lösung vorliegt, könnte demnächst eine eigene Gewerkschaft für angestellte Ärzte gegründet werden. Die nötige Einreichung bei den Behörden soll noch diese Woche erfolgen, kündigt Initiator Gernot Rainer an. Er ist Lungenspezialist am Otto-Wagner-Spital.

Die derzeitige gewerkschaftliche Vertretung (Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, bzw. Gewerkschaft Öffentlicher Dienst für AKH-Ärzte, Anm.) sei nicht optimal, begründet Rainer gegenüber dem KURIER seinen Schritt. Ihn stört vor allem die Intransparenz der laufenden Verhandlungen. „Wir würden wieder über die Forderungen der Gewerkschaft, noch über die Verhandlungsergebnisse rechtzeitig informiert.“

Forderungen

Rainer plädiert vor allem für eine angemessene Entlohnung und bessere Arbeitsbedingungen. Um das umzusetzen, fordern er und seine Mitstreiter das Verhandlungsmandat. „Eine Teilnahme an den Verhandlungen stellt die Mindestforderung dar – sofern wir die entsprechenden Unterstützung erhalten.“

Dass die neue Ärzte-Gewerkschaft bereits in den aktuellen Gehaltsverhandlungen am Tisch Platz nehmen



Rainer will starke Gewerkschaft nach deutschem Vorbild

wird, sei aber unwahrscheinlich, sagt Wolfgang Weismüller. Er ist Personalvertreter der Ärzte in den Spitalern des Krankenanstaltenverbands (KAV). Die neue Initiative sei jedenfalls Ausdruck dafür, wie groß der Unmut innerhalb der KAV-Ärzte sei.

Vorbild der neuen Gewerkschaft ist der *Marburger Bund* in Deutschland – eine Ärztevereinigung, der es vor einigen Jahren mithilfe von Streiks gelungen ist, eine Anhebung der Ärztegehälter durchzusetzen.

„Ich werde den Kollegen demnächst treffen“, kündigt Wiens Ärztekammer-Präsident Thomas Szekeres an. „Es ist wichtig, dass wir unsere Kräfte bündeln.“ Um mehr

Druck gegenüber den Spitalsbetreibern aufzubauen, wird die Kammer am 19. Jänner eine Info-Veranstaltung im Museumsquartier abhalten. Dabei soll eine Resolution mit den Forderungen der Ärzte verabschiedet werden.

Vielen Medizinnern geht das aber nicht weit genug. Innerhalb der KAV-Spitäler wird der Ruf nach Dienststellenversammlungen in allen Häusern lauter. Eine solche ist derzeit nur in der Rudolfstiftung geplant. „Das Heile-Welt-Vorspiel muss ein Ende haben“, fordert ein Mediziner in einem Rundschreiben. Andere plädieren für einen „absoluten Notbetrieb“ am Vormittag des 19. Jänner.

Heftige Kritik an der Stadt kommt von der Opposition: „Wenn man es nach 15 Jahren Säumnis nicht schafft, im KAV zeigerrecht eine Neuorganisation der Arbeitszeit zustande zu bringen, sollte Gesundheitsstadträtin Sonja Welsch erkennen, dass man seit Jahren ein unfähiges Management eingesetzt hat“, sagt FPÖ-Stadtrat David Lasar.

Einige Abteilungen arbeiten nur noch „auf Reserve“

AKH. Trotz des Streits um die Arbeitszeiten läuft der Betrieb im Wiener AKH noch reibungslos. Nach Ende der Weihnachtsfeiertage könnte sich das allerdings ändern: „Die Situation ist sehr angespannt“, schildert Martin Andreas, der als Betriebsrat für das wissenschaftliche Universitätspersonal der MedUni Wien die AKH-Ärzte vertritt. Auch deshalb wolle man mit der Unterstützung der Ärztekammer-Versammlung am 19. Jänner nun ein „Zeichen setzen“.

Bereits jetzt könnten Dienststräßer etwa in der Augenheilkunde oder der Anästhesie nicht mehr besetzt werden. In der Onkologie gebe es bereits Hinweise auf längere Wartezeiten. „In manchen Abteilungen wird auf Reserve gearbeitet“, sagt Andreas.

Dienste fehlen

Die neue Durchschnittsarbeitszeit von 48 Stunden pro Woche gilt für einen Durchschnittszeitraum von 17 Wochen. Deshalb sei es jetzt noch möglich, mehr als eigentlich erlaubt zu arbeiten. Diese Dienste würden später aber fehlen. Derzeit könne die Betreuung von komplexen Fällen nur durch den „massiven persönlichen Einsatz der Kollegen“ aufrechterhalten werden.

Eine Betriebsvereinbarung im AKH sei „dringend notwendig“, um die Patientenversorgung weiter zu gewährleisten, betonte auch Ärztekammer-Präsident



Martin Andreas vertritt die Mediziner im AKH

Thomas Szekeres. Kurz vor Silvester war die zweite Verhandlungsrunde zwischen Betriebsrat und Rektorat der MedUni Wien gescheitert – neuer Termin ist laut Andreas noch keiner vereinbart.

KOLUMNE

Knecht



DORIS KNECHT

Kalter Leberkäs mit Gummibärli

Geben Sie es doch zu, auch Sie haben sich vorgenommen, 2015 vernünftiger zu essen: Schließlich gehört der Themenbereich „Essen“ traditionell zu den großen Neujaars-Vorsatz-Komplexen. Wobei viele Vorsätze ja grundsätzlich ablehnen, das sei spießig.

Den Effekt guter Vorsätze beschreibt der Autor Daniel Schreiber (dessen Buch „Nüchtern“ hier unlängst besprochen wurde) in einem nachdenklichen Text („Dieser kleine Zellaufbau Selbstkontrolle“), der auf ZEIT online nachzulesen ist. Zeiten, in denen Vorsätze getroffen werden, seien „Zeiten, in denen wir einer Klarheit begegnen, die uns im Alltag nicht gegeben ist.“ „Kluger essen“ steht auch ganz oben auf der Vorsatz-Liste

einer Autorin, die dazu neigt, zum Frühstück die alte Schulause mit dem kalten Leberkäs vom Vorabendessen hinunterzuschlingen, mit einer Handvoll Gummisüßzeug abzurunden und dann den ganzen Vormittag über Magenweh zu jammern.

Ab jetzt gibt es morgens wieder Haferbrei: Sesamkörner und Haferflocken ohne Fett anrösten, bis man's riechen kann, dann ungefähr die dreifache Menge Wasser dazu und ein paar Minuten köcheln lassen. Ein Ei aufschlagen und verquirlen. Einen Apfel in eine Schüssel reiben, Obst nach Belieben dazuhäckseln, und dann sonst noch löfelfeise drauf, was man gerne hat: geschroteten Leinsamen oder Mode-Samen wie Chia, Kokosflocken, Nüsse in diversen Ag-

gregatzuständen, Honig oder Agaven-Sirup, Joghurt, Granatapfel-Kerne, Cranberries, Rosinen, was immer. Bevor die Haferflocken eindicken, das Ei dazurühren, noch ein wenig köcheln lassen, dann den heißen Schlitz in die Schüssel rühren, fertig.

Das ist optisch, besonders farblich, nicht sehr amälich (wie der Vorarlberg sagt): Wer es gern ästhetischer hat, schichtet die Zutaten in einem großen Glas übereinander, gießt das Joghurt oben drüber und bettet gehackte Mandeln darauf. Food-Styling, sozusagen. So oder so schmeckt es aber gar nicht schlecht, hält bis Mittag satt und ist urgund. Also bis zum nächsten Leberkäs.

doris.knecht@kurier.at
Facebook: Doris Knecht



Welche Matratze braucht Ihr Körper?

Die Wahl der richtigen Matratze entscheidet darüber, ob Sie erholsam und schmerzfrei schlafen. Damit die für den eigenen Körper ergonomisch passende Matratze gefunden werden kann, wurde vom Institut Proschlaf ein Test am Liegesimulator entwickelt. Eine spezielle Matratzenbauweise ermöglicht die unkomplizierte Umsetzung des Testergebnisses und somit erholsamen und schmerzfreien Schlaf. Der Test am Liegesimulator wird im Ergonomischen Liegezentrum Wien (in Rubensgasse 11, 1040 Wien, Esterhazygasse 35, 1060 Wien) kostenlos angeboten.

Terminvereinbarungen unter der Telefonnummer: 01 - 710 45 69
www.liegezentrum.at



Vorbild ist der Marburger Bund in Deutschland

Mediziner wollen eigene Gewerkschaft gründen

Im Fahrwasser der Diskussion um das neue Arbeitszeitgesetz für Spitalsärzte will sich nun eine neue eigene Ärztegewerkschaft formieren. Unter dem Arbeitstitel "Asklepios-Gewerkschaft für angestellte Ärztinnen und Ärzte in Österreich" sammelt Initiator Gernot Rainer derzeit Unterstützer - auf Facebook hatten am Mittwochnachmittag rund 1.400 Nutzer auf "Gefällt mir" geklickt.

Die neue Gewerkschaft soll nach dem Vorbild des Marburger Bundes, der Interessenvertretung aller angestellten und beamteten Ärztinnen und Ärzte in Deutschland, aufgebaut werden. Auch die Forderungen sind bereits publiziert, darunter unter anderem die Verdoppelung des Bruttogrundgehaltes bei 40 Wochenstunden sowie eine angemessene Bezahlung der anfallenden Überstunden.

Derzeit sei unter anderem ein Treffen mit dem Präsidenten der Wiener Ärztekammer, Thomas Szekeres, vorgesehen. Zudem wolle man die Einreichung als Gewerkschaft bei den Behörden in den kommenden Tagen durchführen, heißt es auf Facebook. Rainer selbst war am Mittwoch für ein Statement nicht zu erreichen.

Bevor noch irgendetwas fix ist, winkt die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG) bereits ab: "Wir treten geeint auf und agieren in enger Kooperation mit VertreterInnen der Ärztekammer. Wir erwarten uns auch von der restlichen Ärzteschaft, dass sie mit uns an einem Strang zieht", erklärte Christian Meidlinger, Vorsitzender der GdG - Kunst, Medien, Sport, freie Berufe (GdG-KMSfB) am Mittwoch.

Die GdG verhandelt allerdings nur für die Ärzte in den Spitälern des Wiener Krankenanstaltenverbundes. Das größte Wiener Krankenhaus, das AKH, wo die Mediziner bei der MedUni Wien angestellt und damit in der Zuständigkeit des Bundes liegen, führt eigene Gespräche.

Anlass für die Debatten ist das neue Arbeitszeitgesetz für Spitalsärzte, das mit 1. Jänner 2015 in Kraft getreten ist. Es sieht u.a. vor, dass Ärzte künftig nur noch 48 statt 60 Stunden pro Woche arbeiten dürfen - damit fallen vor allem gut bezahlte Überstunden und Nachtdienste weg, was die Ärztevertreter nicht nur Überlastungen, sondern auch Gehaltseinbußen von bis zu 30 Prozent befürchten lässt.

GdG-KMSfB-Meidlinger: Klare Absage an eigene Ärzte-Gewerkschaft

Utl.: Gewerkschaft und Ärztekammer verhandeln gemeinsam für die
KAV-ÄrztInnen =

Wien (OTS/ÖGB) - Christian Meidlinger, Vorsitzender der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten - Kunst, Medien, Sport, freie Berufe (GdG-KMSfB), erteilt Rufen nach Gründung einer eigenen Ärzte-Gewerkschaft eine klare Absage. "Wir treten geeint auf und agieren in enger Kooperation mit VertreterInnen der Ärztekammer. Wir erwarten uns auch von der restlichen Ärzteschaft, dass sie mit uns an einem Strang zieht", fordert Meidlinger. "Wir setzen uns gemeinsam mit der Ärztekammer für die ÄrztInnen im Krankenanstaltenverbund (KAV) ein und lassen uns auch nicht auseinander dividieren." Gewerkschaft ist mehr als nur Prozentsätze zu fordern. Es geht nicht nur um die Bezahlung, sondern auch um verschiedene Arbeitgeber, Dienst- und Pensionsordnungen, rechtliche Grundlagen sowie Gehaltsgesetze.

Jetzt ist erst einmal die Dienstgeberin gefordert, die Berechnungsmodelle auf den Tisch zu legen. Danach wird über Zahlen verhandelt. "Für uns als Gewerkschaft ist eine marktkonforme Bezahlung bei fairer Arbeitszeit das Ziel, das haben wir auch von Anfang an gefordert. Wenn die Dienstgeberin glaubt uns hinhalten zu können, sind wir jederzeit bereit gewerkschaftliche Maßnahmen zu ergreifen. Ich bin aber überzeugt, dass sich der KAV über die Probleme bewusst ist und bis Ende Jänner Lösungsansätze im Sinne der MedizinerInnen gefunden werden", stellt Meidlinger klar. Teile jener Bewegung, die eine eigene Gewerkschaft fordert, operieren sogar mit falschen Fakten. "Es hat weder eine Nulllohnrunde für ÄrztInnen gegeben, noch wurden sie mit einer Einmalzahlung abgespeist", stellt die Gewerkschaft richtig.

Unsere Verhandlungen wurden von Beginn an transparent geführt. Wenn Herr Rainer Gewerkschaftsmitglied wäre, wüsste er über jeden Schritt Bescheid. "Ich möchte ihn an die erfolgreiche Gehaltsreform 2001 erinnern, die die Gewerkschaft ausverhandelt hat", schließt Meidlinger.

~

Rückfragehinweis:

GdG-KMSfB,
Referat für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit
Kathrin Liener
0664/ 614 53 88

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/143/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0077 2015-01-07/12:42

071242 Jän 15

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20150107_OTS0077

ÖSTERREICH | POLITIK

Mediziner wollen eigene Gewerkschaft gründen

Von Apa | 07.01.2015 | 10:33 | Kommentieren

Im Fahrwasser der Diskussion um das neue Arbeitszeitgesetz für Spitalsärzte will sich nun eine neue eigene Ärztegewerkschaft formieren. Unter dem Arbeitstitel "Asklepios-Gewerkschaft für angestellte Ärztinnen und Ärzte in Österreich" sammelt Initiator Gernot Rainer derzeit Unterstützer - auf Facebook hatten am Mittwochnachmittag rund 1.400 Nutzer auf "Gefällt mir" geklickt.



Vorbild ist der Marburger Bund in Deutschland

BILD: SN/APA/HELMUT FOHRINGER

Die neue Gewerkschaft soll nach dem Vorbild des Marburger Bundes, der Interessenvertretung aller angestellten und beamteten Ärztinnen und Ärzte in Deutschland, aufgebaut werden. Auch die Forderungen sind bereits publiziert, darunter unter anderem die Verdoppelung des Bruttogrundgehaltes bei 40 Wochenstunden sowie eine angemessene Bezahlung der anfallenden Überstunden.

Derzeit sei unter anderem ein Treffen mit dem Präsidenten der Wiener Ärztekammer, Thomas Szekeres, vorgesehen. Zudem wolle man die Einreichung als Gewerkschaft bei den Behörden in den kommenden Tagen durchführen, heißt es auf Facebook. Rainer selbst war am Mittwoch für ein Statement nicht zu erreichen.

Bevor noch irgendetwas fix ist, winkt die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG) bereits ab: "Wir treten geeint auf und agieren in enger Kooperation mit VertreterInnen der Ärztekammer. Wir erwarten uns auch von der restlichen Ärzteschaft, dass sie mit uns an einem Strang zieht", erklärte Christian Meidlinger, Vorsitzender der GdG - Kunst, Medien, Sport, freie Berufe (GdG-KMSfB) am Mittwoch.

Die GdG verhandelt allerdings nur für die Ärzte in den Spitälern des Wiener Krankenanstaltenverbundes. Das größte Wiener Krankenhaus, das AKH, wo die Mediziner bei der MedUni Wien angestellt und damit in der Zuständigkeit des Bundes liegen, führt eigene Gespräche.

Anlass für die Debatten ist das neue Arbeitszeitgesetz für Spitalsärzte, das mit 1. Jänner 2015 in Kraft getreten ist. Es sieht u.a. vor, dass Ärzte künftig nur noch 48 statt 60 Stunden pro Woche arbeiten dürfen - damit fallen vor allem gut bezahlte Überstunden und Nachtdienste weg, was die Ärztevertreter nicht nur Überlastungen, sondern auch Gehaltseinbußen von bis zu 30 Prozent befürchten lässt.

Suchen



VERWANDTE ARTIKEL

SOZIALE NETZWERKE

Facebook

Salzburger Nachrichten
Gefällt mir 76.799

Twitter



@salzburg_com folgen 7.602 Follower

Google+



Folgen 9.305

MEISTGELESEN	KOMMENTIERT	EMPFOHLEN
SPORT	Simon Ammann weiter im Krankenhaus - ...	
POLITIK	Mordanschlag auf "Charlie Hebdo" ...	
POLITIK	Liveticker: Festnahmen nach Anschlag ...	
CHRONIK	Nach Gewalt durch "La Familia" folgt ...	
CHRONIK	Lawinenabgänge in Salzburg fordern ...	

ANZEIGE

FREIZEIT

Elevens - das Kartenspiel!

Das "Gewinnspiel des Monats" ist schon legendär unter unseren Usern. Einfach spielen und Hotelaufenthalt gewinnen!

Was bringen die Sterne?

Wer möchte nicht schon am frühen Morgen wissen, was der Tag für Überraschungen bereithält? Unser Horoskop gibt einen Ausblick!

TEILEN



GdG-KMSfB-Meidlinger: Klare Absage an eigene Ärzte-Gewerkschaft

Christian Meidlinger, Vorsitzender der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten - Kunst, Medien, Sport, freie Berufe (GdG-KMSfB), erteilt Rufen nach Gründung einer eigenen Ärzte-Gewerkschaft eine klare Absage.

"Wir treten geeint auf und agieren in enger Kooperation mit VertreterInnen der Ärztekammer. Wir erwarten uns auch von der restlichen Ärzteschaft, dass sie mit uns an einem Strang zieht", fordert Meidlinger. "Wir setzen uns gemeinsam mit der Ärztekammer für die ÄrztInnen im Krankenanstaltenverbund (KAV) ein und lassen uns auch nicht auseinander dividieren." Gewerkschaft ist mehr als nur Prozentsätze zu fordern. Es geht nicht nur um die Bezahlung, sondern auch um verschiedene Arbeitgeber, Dienst- und Pensionsordnungen, rechtliche Grundlagen sowie Gehaltsgesetze.

Jetzt ist erst einmal die Dienstgeberin gefordert, die Berechnungsmodelle auf den Tisch zu legen. Danach wird über Zahlen verhandelt. "Für uns als Gewerkschaft ist eine marktkonforme Bezahlung bei fairer Arbeitszeit das Ziel, das haben wir auch von Anfang an gefordert. Wenn die Dienstgeberin glaubt uns hinhalten zu können, sind wir jederzeit bereit gewerkschaftliche Maßnahmen zu ergreifen. Ich bin aber überzeugt, dass sich der KAV über die Probleme bewusst ist und bis Ende Jänner Lösungsansätze im Sinne der MedizinerInnen gefunden werden", stellt Meidlinger klar. Teile jener Bewegung, die eine eigene Gewerkschaft fordert, operieren sogar mit falschen Fakten. "Es hat weder eine Nulllohnrunde für ÄrztInnen gegeben, noch wurden sie mit einer Einmalzahlung abgespeist", stellt die Gewerkschaft richtig.

Unsere Verhandlungen wurden von Beginn an transparent geführt. Wenn Herr Rainer Gewerkschaftsmitglied wäre, wüsste er über jeden Schritt Bescheid. "Ich möchte ihn an die erfolgreiche Gehaltsreform 2001 erinnern, die die Gewerkschaft ausverhandelt hat", schließt Meidlinger.

apa.at

APA - Austria Presse Agentur, 2015

[Permalink](#)

 Übersicht  Drucken  Bookmarken  Kommentar

Zu diesem Thema wurden noch keine Kommentare abgegeben.

Spitalsärzte - Mediziner wollen eigene Gewerkschaft gründen

Im Fahrwasser der Diskussion um das neue Arbeitszeitgesetz für Spitalsärzte will sich nun eine neue eigene Ärztegewerkschaft formieren. Unter dem Arbeitstitel "Asklepios-Gewerkschaft für angestellte Ärztinnen und Ärzte in Österreich" sammelt Initiator Gernot Rainer derzeit Unterstützer - auf Facebook hatten am Mittwochnachmittag rund 1.400 Nutzer auf "Gefällt mir" geklickt.

Die neue Gewerkschaft soll nach dem Vorbild des Marburger Bundes, der Interessenvertretung aller angestellten und beamteten Ärztinnen und Ärzte in Deutschland, aufgebaut werden. Auch die Forderungen sind bereits publiziert, darunter unter anderem die Verdoppelung des Bruttogrundgehaltes bei 40 Wochenstunden sowie eine angemessene Bezahlung der anfallenden Überstunden.

Derzeit sei unter anderem ein Treffen mit dem Präsidenten der Wiener Ärztekammer, Thomas Szekeres, vorgesehen. Zudem wolle man die Einreichung als Gewerkschaft bei den Behörden in den kommenden Tagen durchführen, heißt es auf Facebook. Rainer selbst war am Mittwoch für ein Statement nicht zu erreichen.

Bevor noch irgendetwas fix ist, winkt die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG) bereits ab: "Wir treten geeint auf und agieren in enger Kooperation mit VertreterInnen der Ärztekammer. Wir erwarten uns auch von der restlichen Ärzteschaft, dass sie mit uns an einem Strang zieht", erklärte Christian Meidlinger, Vorsitzender der GdG - Kunst, Medien, Sport, freie Berufe (GdG-KMSfB) am Mittwoch per Aussendung.

Die GdG verhandelt allerdings nur für die Ärzte in den Spitälern des Wiener Krankenanstaltenverbundes. Das größte Wiener Krankenhaus, das AKH, wo die Mediziner bei der MedUni Wien angestellt und damit in der Zuständigkeit des Bundes liegen, führt eigene Gespräche.

Anlass für die Debatten ist das neue Arbeitszeitgesetz für Spitalsärzte, das mit 1. Jänner 2015 in Kraft getreten ist. Es sieht u.a. vor, dass Ärzte künftig nur noch 48 statt 60 Stunden pro Woche arbeiten dürfen - damit fallen vor allem gut bezahlte Überstunden und Nachtdienste weg, was die Ärztevertreter nicht nur Überlastungen, sondern auch Gehaltseinbußen von bis zu 30 Prozent befürchten lässt.

Ärztegewerkschaft auf Zielgerade

7. Jänner 2015, 20:32



Ärzte fühlen sich nicht optimal vertreten und gründen eigene Vertretung Asklepios

Seit 1. Jänner 2015 dürfen Ärzte in Österreich nur noch 48 Stunden pro Woche arbeiten. Weniger Nacht- und Wochenenddienste bedeuten aber auch weniger Geld. In Wien sind die Verhandlungen über ein höheres ärztliches Grundgehalt, wie es von den Medizinern gefordert wird, aber noch nicht abgeschlossen.

Das sorgt bei den Ärzten für Verärgerung, vor allem Angestellte des Wiener Krankenanstaltenverband (KAV) fühlen sich von der zuständigen Gewerkschaft der Gemeindebediensteten nicht ausreichend vertreten. Für Gernot Rainer, Lungenfacharzt am Otto Wagner Spital, war die "große Frustration" unter den Kollegen Anlass, die freie Gewerkschaft Asklepios zu gründen. Am Freitag wird er notwendigen Unterlagen bei der Behörde einreichen. Wichtigste Forderung ist die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Spitalsärzte, also die Einhaltung der 48 Stunden Woche und die Erhöhung des ärztlichen Grundgehalts.

AKH: Neue Verhandlungsrunde angekündigt

Keine Notwendigkeit für eine eigene Gewerkschaft sieht Christian Meidlinger, Vorsitzender der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten und SPÖ-Gemeinderat in Wien. In einer Aussendung verweist er darauf, dass die Gewerkschaft gemeinsam mit der Ärztekammer verhandle. Die Ärzteschaft solle gemeinsam "an einem Strang ziehen".

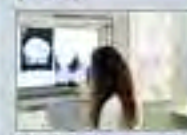
Gernot Rainer will dennoch seine Gewerkschaft gründen. Er findet es "suboptimal", dass ein SPÖ-Gemeinderat mit der zuständigen Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely (SPÖ) und dem KAV verhandle und vermutet "politische Verstrickungen".

Unzufriedenheit herrscht auch im Wiener AKH. Auch wenn der Betrieb aufrechterhalten werden kann, sei es eine "kritische Situation", sagt Betriebsrat Martin Andreas. Die Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Rektorat Ende Dezember waren gescheitert, nachdem das Rektorat nur dazu bereit war, das Gehalt der Assistenzärzte zu erhöhen, nicht aber das Gehalt aller Ärzte. Schließlich wurde auch dieses Angebot zurückgezogen und neue Berechnungen angekündigt. Nächste Woche soll eine Verhandlungsrunde zwischen Rektorat, Ärztekammer und Wissenschaftsministerium stattfinden. (mte, derStandard.at, 7.1.2015)

Berechnen Sie Ihr Brutto- oder Netto-Gehalt mit dem Brutto-Netto-Rechner von derStandard.at/Karriere

VERSORGUNG GESICHERT

Wiener Ärzte einigten sich auf provisorisches Arbeitszeitmodell [125]



Belegschaft und Arbeitgeber unterzeichneten vorübergehende Betriebsvereinbarung

Ärztegewerkschaft auf Zielgerade [2]

EINIGUNG

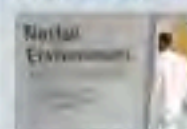
Salzburger Spitalsärzte erhalten höheres Grundgehalt [53]

Ab 2015 bekommen die an den Landeskliniken tätigen Mediziner höhere Grundgehälter, Salzburg stellt 13,5 Millionen zusätzlich zur Verfügung

Minus bei Krankenkassen: Für Oberhauser noch nicht abschätzbar [84]

Gesundheitsministerin erhofft sich Impulse durch die Steuerreform

Ärztearbeitsgesetz droht zum Notfall zu werden [97]



In Salzburg und Kärnten stehen die Verhandlungen still. Ob Ärzte künftig ein höheres Grundgehalt bekommen, weil sie weniger arbeiten müssen, sollte aber bis 1. Jänner geklärt sein

SPITALSÄRZTE

Wiener Mediziner wollen mit Kundgebung "Zeichen setzen" [51]

Versammlung angestellter Ärzte für 19. Jänner geplant - Situation im AKH laut Betriebsrat "sehr angespannt"

MINISTERRAT

Fortpflanzungsmedizin: Gesetz mit leichten Änderungen beschlossen [8]



Verstärkte Sicherheits- und Aufklärungsmaßnahmen bei künstlicher

Befruchtung und Prä-implantationsdiagnostik

GESUNDHEIT

Krankenkassen sollen 2015 und 2016 wieder rote Zahlen schreiben [151]

Hauptverbandschef Peter McDonald rechnet wegen der schwachen Konjunktur damit, dass bei den Krankenkassen heuer und nächstes Jahr unter dem Strich wieder ein Minus steht

ARBEITSZEIT

Med-Uni Innsbruck einigt sich mit Ärzten [14]

Wahlmodelle für Freizeitabgeltung für Nachtdienste möglich

SPITALSÄRZTE

Betriebsrat rechnet mit längeren Wartezeiten im Wiener AKH [191]



Jedoch trotz neuem Gesetz regulärer Betrieb - In Tirol Gespräche mit Kliniken

STUDIE

Falscher Arzneimittelgebrauch kostet viele Milliarden

Feedback



7. Jänner 2015 16:39, Akt.: 7. Jänner 2015 16:41

Mediziner wollen eigene Gewerkschaft gründen



Vorbild ist der Marburger Bund in Deutschland

Im Fahrwasser der Diskussion um das neue Arbeitszeitgesetz für Spitalsärzte will sich nun eine neue eigene Ärztegewerkschaft formieren. Unter dem Arbeitstitel "Asklepios-Gewerkschaft für angestellte Ärztinnen und Ärzte in Österreich" sammelt Initiator Gernot Rainer derzeit Unterstützer - auf Facebook hatten am Mittwochnachmittag rund 1.400 Nutzer auf "Gefällt mir" geklickt.

0

Gefällt mir

0

Teilen

0

Twittern

0

g+1

per E-Mail

Zum Thema

Kommentieren

Link senden

Fotos/Videos senden

Korrektur melden

Die neue Gewerkschaft soll nach dem Vorbild des Marburger Bundes, der Interessenvertretung aller angestellten und beamteten Ärztinnen und Ärzte in Deutschland, aufgebaut werden. Auch die Forderungen sind bereits publiziert, darunter unter anderem die Verdoppelung des Bruttogrundgehaltes bei 40 Wochenstunden sowie eine angemessene Bezahlung der anfallenden Überstunden.

Derzeit sei unter anderem ein Treffen mit dem Präsidenten der Wiener Ärztekammer, Thomas Szekeres, vorgesehen. Zudem wolle man die Einreichung als Gewerkschaft bei den Behörden in den kommenden Tagen durchführen, heißt es auf Facebook. Rainer selbst war am Mittwoch für ein Statement nicht zu erreichen.

Bevor noch irgendetwas fix ist, winkt die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG) bereits ab: "Wir treten geeint auf und agieren in enger Kooperation mit VertreterInnen der Ärztekammer. Wir erwarten uns auch von der restlichen Ärzteschaft, dass sie mit uns an einem Strang zieht", erklärte Christian Meidlinger, Vorsitzender der GdG - Kunst, Medien, Sport, freie Berufe (GdG-KMSfB) am Mittwoch.

Die GdG verhandelt allerdings nur für die Ärzte in den Spitälern des Wiener Krankenanstaltenverbundes. Das größte Wiener Krankenhaus, das AKH, wo die Mediziner bei der MedUni Wien angestellt und damit in der Zuständigkeit des Bundes liegen, führt eigene Gespräche.

Anlass für die Debatten ist das neue Arbeitszeitgesetz für Spitalsärzte, das mit 1. Jänner 2015 in Kraft getreten ist. Es sieht u.a. vor, dass Ärzte künftig nur noch 48 statt 60 Stunden pro Woche arbeiten dürfen - damit fallen vor allem gut bezahlte Überstunden und Nachtdienste weg, was die Ärztevertreter nicht nur Überlastungen, sondern auch Gehaltseinbußen von bis zu 30 Prozent befürchten lässt.

Österreich

Wien

MEHR AUF VIENNA.AT

Festnahmen nach Attacke in Paris - Neue Schießerei

Auf der Suche nach den "Charlie Hebdo"-Attentätern hat die französische Polizei sieben Personen in Untersuchungshaft [...] [mehr](#) »

Zahlreiche Huthis starben bei Kämpfen mit Al-Kaida

Einen Tag nach dem blutigen Anschlag von Extremisten auf die Polizeiakademie in Sanaa sind im Südjemen neue Kämpfe [...] [mehr](#) »

Pressestimmen zu den Anschlägen in Paris

Französische und internationale Zeitungen kommentieren am Donnerstag den Terroranschlag in Paris gegen die [...] [mehr](#) »

Charlie Hebdo: Haderer sieht "Zäsur für uns alle"

"Menschlich bestürzt" ist der österreichische Karikaturist Gerhard Haderer nach dem Anschlag auf das Satiremagazin [...] [mehr](#) »

Explosion nahe einer Moschee in Ostfrankreich

Am Tag nach dem Attentat auf das Satiremagazin "Charlie Hebdo" ist es in einem Restaurant nahe einer Moschee von [...] [mehr](#) »

[Mehr Meldungen](#) »

Vorarlberg Online > Politik > Mediziner wollen eigene Gewerkschaft gründen

Mediziner wollen eigene Gewerkschaft gründen

7. Januar 2015 16:39 Uhr | 7. Januar 2015 16:41



Vorbild ist der Marburger Bund in Deutschland

Im Fahrwasser der Diskussion um das neue Arbeitszeitgesetz für Spitalsärzte will sich nun eine neue eigene Ärztegewerkschaft formieren. Unter dem Arbeitstitel "Asklepios-Gewerkschaft für angestellte Ärztinnen und Ärzte in Österreich" sammelt Initiator Gernot Rainer derzeit Unterstützer - auf Facebook hatten am Mittwochnachmittag rund 1.400 Nutzer auf "Gefällt mir" geklickt.

0

0

0

Die neue Gewerkschaft soll nach dem Vorbild des Marburger Bundes, der Interessenvertretung aller angestellten und beamteten Ärztinnen und Ärzte in Deutschland, aufgebaut werden. Auch die Forderungen sind bereits publiziert, darunter unter anderem die Verdoppelung des Bruttogrundgehaltes bei 40 Wochenstunden sowie eine angemessene Bezahlung der anfallenden Überstunden.

Derzeit sei unter anderem ein Treffen mit dem Präsidenten der Wiener Ärztekammer, Thomas Szekeres, vorgesehen. Zudem wolle man die Einreichung als Gewerkschaft bei den Behörden in den kommenden Tagen durchführen, heißt es auf Facebook. Rainer selbst war am Mittwoch für ein Statement nicht zu erreichen.

Bevor noch irgendetwas fix ist, winkt die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG) bereits ab: "Wir treten geeint auf und agieren in enger Kooperation mit VertreterInnen der Ärztekammer. Wir erwarten uns auch von der restlichen Ärzteschaft, dass sie mit uns an einem Strang zieht", erklärte Christian Meidlinger, Vorsitzender der GdG - Kunst, Medien, Sport, freie Berufe (GdG-KMSfB) am Mittwoch.

Die GdG verhandelt allerdings nur für die Ärzte in den Spitälern des Wiener Krankenanstaltenverbundes. Das größte Wiener Krankenhaus, das AKH, wo die Mediziner bei der MedUni Wien angestellt und damit in der Zuständigkeit des Bundes liegen, führt eigene Gespräche.

Anlass für die Debatten ist das neue Arbeitszeitgesetz für Spitalsärzte, das mit 1. Jänner 2015 in Kraft getreten ist. Es sieht u.a. vor, dass Ärzte künftig nur noch 48 statt 60 Stunden pro Woche arbeiten dürfen - damit fallen vor allem gut bezahlte Überstunden und Nachtdienste weg, was die Ärztevertreter nicht nur Überlastungen, sondern auch Gehaltseinbußen von bis zu 30 Prozent befürchten lässt.

0

0

0

Leserreporter

Feedback

0 KOMMENTARE Filtern nach alle Kommentare anzeigen

DO 9°C

FR 10°C

SA 17°C

SO 10°C

VERKEHR IN VORARLBERG

[Karte](#) [Satellit](#)

[Liedrichshafen](#) [Isny im Allgäu](#) [Bregenz](#) [Immenstadt](#) [Sonthofen](#) [Oberstdorf](#) [Mittelberg](#) [Feldkirch](#) [Hohenems](#) [Gallén](#) [Dornbirn](#) [Landeck](#) [Imst](#)

Liechtenstein

[Nutzungsbedingungen](#) [Fehler bei Google Maps melden](#)

MEHR AUF VOL.AT

POLITIK



Festnahmen nach Attacke in Paris - Neue Schießerei

POLITIK



"Wir sind Charlie" - Aber wohin treibt Frankreich nach dem Terror?

JETZT MEISTGELESEN AUF VOL.AT

- 1

Terroranschlag auf "Charlie Hebdo": Jüngster Verdächtiger stellt sich, sieben
- 2

20-Jährige in Bregenz mit Messer bedroht
- 3

Flucht am Pfänderhang: Grippe wirft Verhandlungsplan über den Haufen
- 4

Zweijährige aus Wien verschwunden: Interpol fahndet
- 5

5 Fragen zu TTIP gegen Vorarlberger Käse
- 6

Debatte um Eishockey-Fans: "Situationen wie im Fußball würde ich nie akzeptieren"
- 7

Wo zum Teufel ist denn dieser Tankdeckel?
- 8

Dieter Egger will den Thron von Hohenems
- 9

EU-Austrittsvolksbegehren kommt Ende Juni
- 10

Zeuge wirft Polizisten Hinrichtungen in Mexiko vor

Friedolina Lang

Nofels

54

Marlene Sterner-Huber

Alberschwende

81

Marco Stefani

Bregenz

150

Dietmar Kos

50

Spitalsärzte wollen eigene Gewerkschaft

Asklepios will angestellte Ärzte in Österreich vertreten.

Wien/Linz. Wegen des neuen Arbeitszeitgesetzes für Spitalsärzte (Ärzte dürfen seit 1. Jänner nur noch 48 statt 60 Stunden pro Woche arbeiten) formiert sich rund um Initiator Gernot Rainer eine neue Gewerkschaft. Sie nennt sich Asklepios – Gewerkschaft für angestellte Ärzte und Ärztinnen in Österreich. Sie fordert eine Verdoppelung des Bruttogehaltes sowie eine angemessene Bezahlung der anfallenden Überstunden. Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten hat kein Interesse an einer Kooperation.

Oberösterreich und Kärnten sind die einzigen Bundesländer, die als Spitalserhalter noch keine Regelung mit den Ärzten zur Umsetzung des neuen Gesetzes gefunden haben. Auch für das Wiener AKH fehlt noch eine Regelung, immerhin das mit Abstand größte Spital Österreichs.

Teilweise Wartezeiten

Die ersten Tage mit der neuen Arbeitszeitregelung haben sich in den oberösterreichischen Spitälern unterschiedlich ausgewirkt. Der Akutbereich sei nicht betroffen, im Ambulanz- und Operationsbetrieb könne es aber längere Wartezeiten geben, heißt es auf Anfrage. Teilweise werden auch Ambulanzschließungen in den Raum gestellt.

„Insgesamt ist es herausfordernd, eine gewisse Unruhe ist da“, so der ärztliche Leiter der Elisabethinen in Linz, Stefan Meusburger. Das Hauptproblem sei der Verlust der Flexibilität: Wenn jemand ausfällt, könne nicht mehr einfach ein anderer länger bleiben.

Der oberösterreichische Landesspitalsträger Gespag demonstriert. Es sei zu keinen längeren Wartezeiten gekommen. Man habe die Dienstpläne der Regelung angepasst. Nun müsse man die Entwicklung abwarten. (APA/red.)

Asylquoten: Erfüllung droht zu scheitern

Vor allem die westlichen Bundesländer sind säumig.

Wien. Bis Ende Jänner müssen die Länder ihre Quoten zur Unterbringung von Asylwerbern erfüllen. Das hatten die Landeshauptleute im November beschlossen. Doch das Ziel liegt in weiter Ferne. Vor allem die westlichen Bundesländer haben Schwierigkeiten. Tirol hat sein Scheitern bereits eingestanden.

Aktuell erfüllt Tirol die Quote nur zu 81,3 Prozent. Ebenfalls größere Probleme, die notwendigen Plätze aufzubringen, könnten Vorarlberg und Salzburg haben. Beide liegen aktuell bei 86,4 Prozent. Auch das Burgenland fällt mit 88,8 Prozent deutlich ab.

Übererfüllt wird die Quote hingegen in Wien (123,5 Prozent), der Steiermark (102 Prozent) und in Niederösterreich (101 Prozent). In Kärnten (91,8 Prozent), Oberösterreich (91,4 Prozent), Salzburg und dem Burgenland haben die zuständigen Behörden noch Hoffnung, ihre Quote zu erfüllen. (APA, red.)

Mehr Direktwahl? ÖVP fragt nach

Mitgliedervotum. Im Zuge ihres Evolutionsprozesses lässt die ÖVP über ein neues Wahlrecht abstimmen. Auch Selbstbehalte sind ein Thema. Nicht wenige Fragen sind suggestiv gestellt.

VON PHILIPP AICHINGER

Wien. Wahlrecht, Studiengebühren, Pensionssystem oder Arbeitszeit: Das sind nur einige der Punkte, zu denen die ÖVP im Rahmen ihres Evolutionsprozesses die Meinung ihrer Mitglieder wissen will. Generalsekretär Gernot Blümel präsentierte den Fragebogen am Mittwoch. Vorgegangen war eine Diskussionsphase, an der sich knapp 4000 Personen beteiligten, mehr als die Hälfte Nicht-Parteimitglieder. Um an der jetzigen Abstimmung teilnehmen zu dürfen, muss man aber ÖVP-Mitglied sein. Oder noch schnell eines werden, wie Blümel lakonisch anmerkte.

Nicht wenige der 39 Fragen wirken suggestiv gestellt und orientieren sich am bisherigen Parteiprogramm: „Soll sich die ÖVP auch in Zukunft für ein differenziertes Schulsystem stark machen, in dem die Talente und Potenziale jedes Einzelnen bestmöglich gefördert werden?“, wird etwa gefragt. Auch bei den Fragen, ob sich die ÖVP „für einen umfassenden Bürokratieabbau“ oder gar für eine „nachhaltige Senkung der Abgabenquote“ einsetzen soll, darf man wohl getrost mit einem klaren Ja der Mitglieder rechnen. Und wer würde schon verneinen, dass sich die Partei für „sinnvolle (Teil-)Privatisierungen“ stark machen soll?

„Viel konsensuell diskutiert“

„Es ist in vielen Bereichen so konsensuell diskutiert worden, dass wir uns schwergetan haben, etwas daraus abzuleiten, was wir zu einer Ja/Nein-Frage formulieren können“, erklärte Blümel. Spannend fallen die Fragen zum Wahlrecht aus. So möchte die ÖVP wissen, ob künftig jene Mandatäre ein Mandat erhalten sollen, die die meisten Vorzugsstimmen bekommen. Das wäre gegenüber dem Status Quo, für den man als Kandidat für eine Vorreihung auf der Parteiliste eine hohe Vorzugsstimmenhürde überspringen muss, eine klare Neuerung. Vor allem die Junge ÖVP macht sich hier für eine Reform stark.



39 Fragen stellen ÖVP-Generalsekretär Gernot Blümel (re.) und Parteichef Reinhold Mitterlehner ihren Parteimitgliedern. [APA]

Auch die Frage nach einem Mehrheitswahlrecht ist brisant. Verwirrend wirkt aber, wie im ÖVP-Fragebogen der Begriff Mehrheitswahlrecht erklärt wird. „Das heißt, die stimmenstärkste Partei ist automatisch in der Regierung“, steht dort. In den meisten Modellen regelt ein Mehrheitswahlrecht freilich nur die Vergabe der Sitze im Parlament und legt nicht fest, welche Partei in die Bundesregierung darf. Zudem muss auch bei einem Mehrheitswahlrecht die stärkste Partei nicht unbedingt eine Mehrheit im Nationalrat erhalten, die dann die Regierung der stärksten Partei unterstützt. Auf Nachfrage präzisierte Blümel, dass man nur abfragen will, ob mehrheitsfördernde Wahlrechtssysteme sinnvoll sind, ohne sich noch auf ein bestimmtes Modell festzulegen.

Daneben möchte die ÖVP wissen, ob man im Gesundheitsbereich Selbstbehalte einführen und dafür Sozialversicherungsbeiträge senken soll. Oder ob eine Pflegever-

sicherung sinnvoll ist. Auch fragt man ab, ob das Schulfach „politische Bildung“ sinnvoll wäre oder ob man für „sozial verträgliche Studienbeiträge“ an Unis ist. Bei der Arbeitszeit wird über mehr „Flexibilisierung“ abgestimmt. Zudem wird abgefragt, ob die „Grundprinzipien unserer Gesellschaft auch in der digitalen Welt gelten sollen“. Bei den Pensionen möchte man erfragen, ob ein „Sicherungsmechanismus“ eingeführt werden soll.

Rund 600.000 Mitglieder dürfen abstimmen. Der Fragebogen ist nicht anonym, weil dies zu viel Bürokratie bedeutet hätte, so die ÖVP. Man werde aber anonym auszuwählen, auch wenn der Name des Mitglieds am Fragebogen stehen muss.

Bei manche Themen wird es spannend zu beobachten sein, wie man einen etwaigen Mitgliederwunsch umsetzt. Etwa bei der Frage, ob die ÖVP fixieren soll, dass „beim Auswahlverfahren nicht auf bündische Zugehörigkeiten“ abgestellt werden soll, sondern nur auf

die Qualifikation einer Person. Schon jetzt gibt es keine Regelung, laut der Posten auf die verschiedenen ÖVP-Bünde aufzuteilen sind, nur passiert dies faktisch oft. Wissen will die Partei auch, ob es Regelungen für die Einbindung von Frauen bei Listenerstellungen geben soll. Das Reißverschlussystem wird hier als eine Möglichkeit genannt.

Reformparteitag im Mai

Der Evolutionsprozess war im April 2014 noch unter ÖVP-Chef Michael Spindelegger ins Leben gerufen worden. Blümel betreut die Reformbewegung, die unter Reinhold Mitterlehner weitergeführt wurde, federführend. Bis Anfang Februar können nun die ÖVP-Mitglieder den Fragebogen beantworten. Entscheidend ist dann aber, welche Beschlüsse die Delegierten am Reformparteitag am 12. und 13. Mai in Wien fällen werden. Wobei Blümel davon ausgeht, dass man sich dort an das Ergebnis des Mitgliedervotums halten werde.

Die Neos wollten wie die FDP werden. Nun will die FDP wie die Neos sein. Zumindest farblich.

Magenta ist das neue Gelb

KULISSENGESRPÄCHE

VON OLIVER PINK

Die Freie Demokratische Partei (FDP) wurde 1948 gegründet, ihre Wurzeln reichen in die Weimarer Republik, in die Kaiserzeit und bis 1848 zurück. Die Freidemokraten waren viele Jahre Juniorpartner in deutschen Regierungen, erst mit der SPD, dann mit der CDU und stets im Bundestag vertreten. Bis sie bei der Bundestagswahl 2013 an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten.

Die Neos hingegen wurden erst im Jahr 2012 gegründet. Sie waren noch nie in einer österreichischen Regierung. Sie schafften es 2013 allerdings mit fünf Prozent ins Parlament. Deren Gründungsvorbild und Schwesterpartei in der Liberalen Internationale und in der europäischen Alde-Fraktion: die FDP.

Die deutsche Traditionspartei und das österreichische Polit-Start-up haben mittlerweile die Rollen getauscht. Die liberale Welt sieht heute ein wenig anders aus. Rosarot nämlich. Wie die FDP hatte auch Heide Schmidts Liberales Forum (LIF), das dann unter Angelika Mlinar in den Neos aufging,

die Parteifarbe Gelb. Neos aber wollte etwas Neues sein – und gab die klassische gelbe Farbe der Liberalen zugunsten eines knalligeren Pink auf. Die FDP vollzog dies nun nach: Bei ihrem Dreikönigstreffen am 6. Jänner wurde ihr neues Logo präsentiert. Es ist pink. Oder wie es in der Fachsprache heißt: magenta.

Nicht alle Teilnehmer des Dreikönigstreffens waren davon angetan, auch in den Social Media gab es Spott und Häme. Dabei assoziieren die Deutschen die neue FDP-Farbe in erster Linie mit dem Logo der deutschen Telekom. Doch Spiegel Online ließ seine Leser umgehend wissen: „Die neue FDP-Farbe Magenta nutzt übrigens nicht nur die Telekom, sondern auch die österreichische Partei Neos – eine liberale Neugründung, die 2013 bei der Nationalratswahl 5,0 Prozent erreichte, also genau die Marke, nach der sich auch die FDP wieder sehnt. Momentan klebt sie in den bundesweiten Umfragen bei zwei Prozent.“

Von den Neos war niemand beim FDP-Dreikönigstreffen in Stuttgart. Allerdings wurde von den hiesigen Pinkfarbenen durchaus mit Wohlgefallen registriert, dass FDP-Chef Christian Lindner in seiner Rede auch inhalt-



Das neue FDP-Logo nach Neos-Art: weiße Buchstaben auf pinkfarbenem Grund.

lich Anleihen bei den Neos zu nehmen schien: Die Bildungspolitik stellte er ganz in den Mittelpunkt. Und auch dessen Ansatz, nicht den Gegner abzuwerten, sondern lieber Eigenes in den Vordergrund zu stellen, könnte als Übernahme der Matthias-Strolz-Doktrin verstanden werden.

Die Kontakte zwischen Neos und FDP sind eng. Nach dem Bundestagsaus 2013 bewarben sich etliche FDP-Mitarbeiter bei den Neos. Und der Erfolg der österreichischen Schwesterpartei wurde entsprechend analysiert. Dass die FDP breiter aufgestellt werden müsse und nicht nur auf eine Steuersenkungspartei reduziert werden dürfe, war eine Folge. Wie auch die Wahl Christian Lindners zum Parteivorsitzenden.

Es ist allerdings nicht so, dass die jungen Neos das Vorbild für die traditionsreiche FDP wären: Dies ist vielmehr die etablierte niederländische D 66. Diese hat bei den niederländischen Parlamentswahlen 2012 acht Prozent erreicht. Und bei den EU-Wahlen 2014 wurde sie mit 15,48 Prozent gar Erster.

E-Mails an: oliver.pink@diepresse.com



Gestartet Die ÖVP hat gestern ihre Mitgliederbefragung zur Parteireform gestartet. Die 39 Ja/Nein-Fragen reichen von einem verbindlichen Vorzugsstimmmodell bis zur Ablehnung der Vermögen-

steuer. Kein Thema ist eine radikale Änderung der Bünde-Struktur. Fixiert werden sollen Programm und Statut am Parteitag am 12./13. Mai. Details dazu lesen Sie morgen im VOLKSBLATT. Foto: Glaser

SPÖ debattiert weiter über Chef

Entholzer sieht Kern als Alternative zu Faymann, aber derzeit Posten nicht vakant

Die durch den steirischen SPÖ-Landeschef Franz Voves aufgewärmte Personaldebatte in der SPÖ geht in die nächste Runde: Gestern wurde vor allem ÖBB-Chef Christian Kern gelobt. Zuerst erklärte noch der burgenländische SPÖ-Chef Hans Niessl (SPÖ), dass er es für „komplett überflüssig“ hält, dass in der SPÖ öffentlich über eine Politik- oder Kanzlertauglichkeit von ÖBB-Chef Christian

Kern diskutiert wird. Prompt reagierte Tirols SPÖ-Vorsitzender Ingo Mayr, er hält die Aussage von Nationalratspräsidentin Doris Bures (SPÖ) zur angeblichen Politikuntauglichkeit von Kern für „ungeschickt“, denn „es lässt sich alles lernen“. Und OÖ-Chefgenosse Reinhold Entholzer sieht ÖBB-Chef Kern bereits als Alternative für Werner Faymann als Kanzler und

SPÖ-Chef. „Es gibt aber aus unserer Sicht derzeit nicht die Diskussion, Werner Faymann abzulösen. Der Posten ist nicht vakant“. Wenn sich das ändern sollte, wäre Kern aber eine Alternative: „Ja, durchaus. Er ist eine entscheidende Persönlichkeit, der in der ÖBB sehr viel weitergebracht hat“, streut Entholzer in den OÖ Nachrichten dem ÖBB-Manager Rosen.

Quotenerfüllung fraglich

Bis Ende Jänner müssen die Länder gemäß Beschluss ihrer Landeshauptleute die Quoten zur Unterbringung von Asylwerbern erfüllen. Vor allem die westlichen Bundesländer haben Schwierigkeiten, die Vorgaben einzuhalten. In Tirol wird das Scheitern bereits eingestanden. Hoffnung, die Quote noch zu schaffen, besteht in Kärnten und Oberösterreich, die mit 91,8 bzw. 91,4 Prozent die 100er-Marke in Reichweite haben. „Nach heutigem Stand können wir es schaffen“, sagte oö. Soziallandesrätin Gertraud Jahn (SPÖ). Allerdings müsse man abwarten, wie sich die Flüchtlingszahlen bis dahin entwickeln. Laut Jahn werden im Jänner weitere 400 bis 500 Plätze geschaffen, womit man das Ziel erreichen würde.

Papa-Monat für Homos?

Der 2011 eingeführte Papamonat im öffentlichen Dienst soll auf gleichgeschlechtliche Paare ausgeweitet werden, wünscht sich Beamtenstaatssekretärin Sonja Steßl (SPÖ). Denn auch Homo-Paaren sollte ermöglicht werden, den ersten Lebensmonat des Kindes gemeinsam zu erleben. Die Ausweitung könnte im Zuge der nächsten Dienstrechtsnovelle beschlossen werden. Im Regierungsprogramm ist vereinbart, einen Papamonat auch für die Privatwirtschaft zu prüfen. Zuständig ist eine Arbeitsgruppe im Sozialministerium, dort peilt man ein Inkrafttreten mit Anfang 2016 an. In diesem Gremium sollte auch dieser Vorschlag diskutiert werden, hieß seitens der ÖVP-Familienministerin Sophie Karmasin.

Neue Ärztearbeitszeit: Kaum Auswirkungen

Die ersten Tage mit der neuen Arbeitszeitregelung für Ärzte (sie dürfen seit 1. Jänner nur mehr 48 statt bisher 72 Stunden pro Woche arbeiten) haben sich in den oberösterreichischen Spitälern unterschiedlich ausgewirkt. Grundsätzlicher Tenor: Der Akutbereich ist nicht betroffen. Auswirkungen könnte es im Ambulanz- oder Operationsbetrieb geben. So rechnet man etwa im Krankenhaus der Barmherzigen Schwestern in Ried mit längeren Wartezeiten. Auch bei den Barmherzigen Schwestern in Linz wies man darauf hin, dass es bei Operationsterminen und in den Ambulanzen zu Verzögerungen kommen könnte. Der ärztliche Leiter des Krankenhauses der Elisabethinen in Linz, Stefan Meusburger, sieht das Hauptproblem vor allem im Verlust von Flexibilität: Wenn jemand ausfällt, könne nicht mehr einfach ein anderer länger bleiben. Verschiebungen bei Operationsterminen oder Ambulanzschließungen habe es bisher nicht gegeben. Auch der Landesspitalsträger gespag berichtete, es sei bisher zu keinen längeren Wartezeiten durch die Arbeitszeitregelung gekommen — höchstens durch ein erhöhtes Aufkommen von verletzten Wintersportlern.

Ärzte überlegen Gewerkschaft

Im Fahrwasser der Diskussion um das neue Arbeitszeitgesetz für Spitalsärzte will sich nun eine neue eigene Ärztegewerkschaft formieren. Unter dem Arbeitstitel „Asklepios-Gewerkschaft für angestellte Ärztinnen und Ärzte in Österreich“ sammelt Initiator Gernot Rainer derzeit Unterstützer — auf Facebook hatten am Mittwochmittag rund 1400 Nutzer auf „Gefällt mir“ geklickt. Bevor noch irgendetwas fix ist, winkt die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG) bereits ab: „Wir treten geeint auf und agieren in enger Kooperation mit Vertretern der Ärztekammer. Wir erwarten uns auch von der restlichen Ärzteschaft, dass sie mit uns an einem Strang zieht“, erklärte Christian Meidlinger, Vorsitzender der GdG.

„Christian Kern ist ein sehr fähiger Mann“

SP-Landespartei- und SP-Chef Reinhold Entholzer sieht in ÖBB-Chef Christian Kern eine Alternative zu Kanzler Werner Faymann. Derzeit gebe es aber keine Ablösedebatte, schränkt er ein.

Von Markus Staudinger und Anneliese Edlinger

LINZ. Warum die SPÖ über Leute wie Christian Kern froh sein müsse, wieso er die Ärzteforderung nach 1200 Euro mehr im Monat für „eigenartig“ hält und welches Ziel er für die Landtagswahl hat, sagt Oberösterreichs SP-Chef und LH-Stellvertreter Reinhold Entholzer im OÖNachrichten-Interview.

■ OÖN: Doris Bures hält ÖBB-Chef Christian Kern nicht für die Politik geeignet. Sie kennen ihn gut – auch aus Ihrer Zuständigkeit für den öffentlichen Verkehr. Teilen Sie diese Einschätzung?

Reinhold Entholzer: Nein, ich halte es mit Franz Voves: Christian Kern ist ein sehr, sehr fähiger Mann. Wir können nur froh sein, dass es Leute wie ihn gibt. Es gibt aber aus unserer Sicht derzeit nicht die Diskussion, Werner Faymann abzulösen. Der Posten ist nicht vakant.

■ Sollte er vakant werden, wäre Christian Kern aber eine Alternative als Kanzler und SP-Chef.

Ja, durchaus. Er ist eine entscheidende Persönlichkeit. Einer, der in einem der größten Unternehmen Österreichs sehr viel weitergebracht hat – ohne zu polarisieren und mit viel Ausgleichsgefühl. Das hat er sehr gut gemacht.

„Pühringer ist ein Landeshauptmann mit Ablaufdatum.“

■ Reinhold Entholzer, sieht nach einem Abgang Pühringers wieder mehr Luft nach oben für die Landes-SP

■ Wird Werner Faymann auch zum Jahreswechsel 2016 noch SP-Chef und Kanzler sein?

Ja. Wir sind sachlich und inhaltlich gut aufgestellt und können das mit Werner Faymann auch gut kommunizieren.

■ Werden Sie noch Parteichef in Oberösterreich sein, sollte die SPÖ bei der Landtagswahl ihr Wahlziel nicht erreichen?

Ich bin überzeugt, dass wir unser Wahlziel von 25 Prozent plus x erreichen. Sollte es – was ich für unwahrscheinlich halte – nicht so sein, werden wir uns damit ausei-



Reinhold Entholzer: „Jetzt nervös zu werden und wild um sich zu schlagen, bringt nichts.“

Foto: Volker Weibold

nersetzen. Ich könnte es mir einfach machen und sagen: Wenn wir die 25 Prozent nicht schaffen, werfe ich das Handtuch – aber man muss auch wissen, an wen man übergibt und wie man das vernünftig macht.

■ In den Umfragen liegt die Landes-SP schlecht wie noch nie – im letzten OÖN-Politikbarometer zwischen 18 und 20 Prozent. Ist Ihre Zuversicht gerechtfertigt?

Es gibt auch andere Umfragen, wo wir ein bisschen besser liegen.

■ Aber überall deutlich unter 25 Prozent – dem historischen Tief von 2009.

Deshalb werden wir auch schauen, dass wir nach vorne kommen. Aber jetzt nervös zu werden, und wild um sich zu schlagen, bringt nichts. Die großen Themen der Sozialdemokratie bleiben Arbeit und Gerechtigkeit.

■ Haben Sie als Parteichef bisher alles richtig gemacht?

Nein. Das zu glauben, wäre auch ein bisschen unverfroren. Die Frage ist, ob ich vieles anders hätte machen können? Es ist halt mein Naturell, eher Sachpolitik zu machen. Als ich mich einmal beim Landeshauptmann für eine Formulierung entschuldigt habe, wurde

mir das – auch medial – als Schwäche ausgelegt. Für mich ist das aber keine Schwäche. Den Inhalt habe ich ja nicht zurückgenommen.

■ FP-Obmann Manfred Haimbuchner will die SPÖ bei der Landtagswahl von Platz zwei verdrängen.

Dass er sich das wünscht, ist klar. Aber Herr Haimbuchner wird sich daran gewöhnen müssen, dass die Rücklichter rot sind – und die wird er auch in Zukunft sehen. Wir werden Zweiter bleiben.

■ Wird es in Oberösterreich jemals wieder ein Match zwischen SPÖ und ÖVP geben?

Sicher. Es gibt Umfragen, wonach die ÖVP ohne Pühringer zehn Prozent weniger hätte. Pühringer ist ein Landeshauptmann mit Ablaufdatum, denn er wird die kommende Periode nicht fertig machen. Und dann werden wir bei der nächsten Wahl 2021 sehen, wie wir uns positionieren.

■ Die Landespolitik prägt derzeit der Konflikt zwischen Ärzten und Landeshauptmann Josef Pühringer (VP). Halten Sie die Ärzte-Forderung nach 1200 Euro brutto mehr im Monat für gerechtfertigt?

Ich habe Verständnis für die Arbeitszeitverkürzung. Wenn die

Ärzte künftiger weniger arbeiten, dafür jedoch mehr Geld haben wollen, halte ich das aber für eigenartig. Wenn wir in der Gewerkschaft Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich gefordert haben, hieß es immer, das gehe wirtschaftlich nicht. Insgesamt ist das Entlohnungssystem innerhalb der Spitalsärzteschaft ungerecht, wenn einzelne Primärärzte bis zu 900.000 Euro im Jahr verdienen. Viele Ärzte haben ein bisschen bei diesem Glücksspiel mitgespielt, nach dem Motto: Vielleicht werde ich auch einmal Primar und habe dann den großen Cash. Ich habe das nie für sehr schlau gehalten.

■ Das heißt, Sie teilen Pühringers Ansicht, man müsse innerhalb der Ärzteschaft – etwa bei den Ambulanzgebühren – von Spitzenverdienern hin zu jungen Ärzten und dem Mittelbau umschichten?

Mehr Gerechtigkeit ist immer ein Thema der Sozialdemokratie. Er hätte das aber schon viel früher angehen müssen.

■ Vor Pühringer war Silvia Stöger als SP-Landesrätin bis 2009 für die Spitäler zuständig. Auch sie hätte das Entlohnungssystem angehen können.

Seither hatte Pühringer auch schon fünf Jahre Zeit.

Wie aus Voves' Kern-Sager ein „Foul“ wurde

WIEN. Bundeskanzler Werner Faymann (SP) schweigt. Kein Kommentar, heißt es aus dem Kanzleramt, wenn es um Spekulationen über einen Wechsel an der SP-Spitze von Faymann zu ÖBB-Manager Christian Kern geht. Den hatte, wie die OÖNachrichten berichteten, zuletzt der steirische SP-Landeshauptmann Franz Voves als „politikauglich“ bezeichnet.

Faymanns Verteidigung übernehmen aber andere: Sowohl „Kronen Zeitung“ wie auch „Österreich“ holten am Mittwoch in Berichten über Voves' Aussagen zu einer Breitseite gegen den steirischen SP-Chef aus. Die Boulevardzeitung und das Gratisblatt zählen zu den von der öffentlichen Hand am meisten mit Inseraten bedachten Medien im Land. Die überdurchschnittlich kanzlerfreundliche Berichterstattung in „Österreich“ wurde 2013 sogar in einer Studie der Universität Innsbruck belegt.

Kanzlerfreundliche Medien

Und so darf sich der Kanzler auch in der Abwehr von Voves' Kritik medialer Unterstützung sicher sein: Von einem „Adrenalin-Anfall“ des roten „Enfant terrible“, das wegen der heuer anstehenden Landtagswahl „in Panik“ sei, ist etwa in „Österreich“ die Rede. Die „Krone“ schreibt von einem „schweren Foul“, der steirische SP-Chef „fällt dem Kanzler in den Rücken“.

Voves hat in einem Jahresauftakt-Interview mit dem ORF-Radio freilich nur auf eine Aussage von Nationalratspräsidentin Doris Bures reagiert. Faymanns Stellvertreterin an der SP-Spitze hatte Kern, der schon länger als möglicher Kandidat für die Parteiführung gehandelt wird, im Dezember die Befähigung für die Politik abgesprochen. „Ungeschick“ sei das von Bures gewesen, wie gestern auch der Tiroler SP-Chef Ingo Mayr befand.



Christian Kern, Franz Voves Foto: APA

„Arbeitsplätze sichern“ ist einziges Top-Thema für die Politik

Andere Themen laut VP-Umfrage weit abgeschlagen – Spitze der Landespartei berät heute Programm für 2015

LINZ. Donnerstag und Freitag trifft sich die oberösterreichische VP-Spitze zur Klausur in Steyr. Zu Beginn steht ein Besuch des BMW-Motorenwerks auf dem Programm – eine symbolträchtige Visite. Denn den Hauptpunkt des VP-Programmes für 2015 verkündete Landeshauptmann Josef Pühringer vor dem Hintergrund neuerlich um 0,6 Prozentpunkte gestiegener Arbeitslosenzahlen: „Arbeit, Arbeitsplätze schaffen“.

Laut einer Umfrage des Instituts M&R vom Dezember 2014 (1000 Befragte in Oberösterreich) im Auftrag der Landes-VP hat die Forde-



Thema Arbeit: Besuch bei BMW (vowe)

rung an die Politik, Arbeitsplätze zu schaffen bzw. zu sichern, andere Themen deutlich in ihrer Bedeutung abgehängt: 240 Mal wurde sie

von den Befragten genannt, 96 Mal das zweithäufigste Thema „Bildung“. „Arbeitsplätze waren schon immer Thema Nummer eins. Was aber jetzt auffällt: Es hat als Top-Thema eine besondere Priorität“, interpretiert VP-Landesgeschäftsführer Wolfgang Hattmannsdorfer.

37 Prozent der Befragten würden laut dieser Umfrage „am ehesten“ der ÖVP im Land zutrauen, die Herausforderungen der Zukunft zu meistern, 13 Prozent der SPÖ, sieben Prozent der FPÖ, fünf Prozent den Grünen und ein Prozent den Neos. Das spiegle natürlich

auch Parteipräferenzen wider, aber: 16 Prozent trauen es „keiner Partei“ zu. „Das ist mittlerweile die zweitgrößte Gruppe, die kritische Distanz vieler zur Politik schlägt auch hier durch“, so Hattmannsdorfer. Und meint im Hinblick auf den Wahlkampf: „Die gilt es zu überzeugen, dass die Uhren in Oberösterreich anders gehen.“

„Noch mehr tun“

„Wir haben mit 623.000 Beschäftigten neuerlich ein Rekordhoch, aber das nützt den Arbeitslosen nichts“, sagte Pühringer. Aus Sicht der Wirtschaftsforscher sei auch 2015

noch keine Besserung der konjunkturellen Lage in Sicht. Oberösterreich müsse „noch mehr tun“, trotz schwieriger Budgetlage werde das Land seine Mittel für Arbeitsmarktförderung um eine Million Euro erhöhen.

Mit ihrem „Projekt Freiraum“, das im Juni gestartet wurde, habe die Landes-VP bisher rund 5000 Ideen von Bürgern für die „Zukunft Oberösterreichs“ gesammelt, sagt Klubobmann Thomas Stelzer. Zu acht Themenfeldern werde es bis zum Frühjahr Expertendialoge geben, den ersten Ende Jänner zum Thema Arbeitsplätze. (bock)

Biografien, die Arbeitskräfte interessant machen

Mit einer Kantine in der Brotfabrik Wien und einem 80-Betten-Hotel am Prater versucht die Caritas, Menschen eine berufliche Perspektive zu geben, die wegen ihrer Biografie oder als Flüchtlinge sonst in die Arbeitslosigkeit und Verarmung abrutschen würden.

Conrad Seidl

Wien – Anja spricht 14 Sprachen. Und ist froh, dass sie überhaupt einen Job hat. Als Küchenhilfe. „Unsere Mitarbeiter sind eigentlich alle überqualifiziert“, sagt Ruben Turner, Geschäftsführer in Magdas Kantine, der Anjas Lebenslauf für nicht untypisch hält: Nach dem Studium hat sie mit ihrem damaligen Mann eine Weinbar in Belgien betrieben – aber weder das mit der Bar noch das mit der Ehe ist nach Plan gelaufen. Dann hatte sie eine Buchhandlung in Italien. Auch nicht schlecht; aber auch nicht gutgegangen.

„Und jetzt geht sie auf die 50 zu und lernt die Realität des Arbeitsmarktes für Altphilologen kennen“, sagt Turner. Da helfen keine Kenntnisse in Althebräisch. Und keine in Altaramäisch, der Sprache, die Jesus Christus wohl gesprochen hat.

Aber es hilft die Caritas.

Im Kulturzentrum „Brotfabrik Wien“ hat die Caritas in ehemaligen Produktionsstätten von Ankerbrot eben Magdas Kantine eingerichtet – zur kulinarischen Versorgung von Künstlern und Kunsthändlern, von Studierenden der Deutschen Pop und der Schule für

Sozialberufe. Nicht zuletzt aber dient Magdas Kantine als Arbeitsplatz für Menschen, deren Lebenslauf Brüche aufweist, die auf dem regulären Arbeitsmarkt als hinderlich gelten.

Tatsache ist: Wer sich in jungen Jahren in verschiedenen Jobs selbst verwirklicht hat, findet selbst dann schwer in den Arbeitsmarkt (und damit zu einem Zugang zum Sozialsystem), wenn er mit seinen bisherigen Tätigkeiten durchaus erfolgreich war.

John zum Beispiel. Ruben Turner kannte den freundlichen Schwarzen, der früher

zwei Szenelokale hatte: „Aber sagen wir es, wie es ist: In einem Lokal von einem Afrikaner für Afrikaner gibt es zweimal die Woche eine Razzia – da bleiben dann irgendwann die Gäste aus.“ Was aber soll ein gescheiterter Lokaltreiber im mittleren Alter tun?

In der Gastronomie gilt halt meist der Grundsatz, dass man jung und schön sein muss, um Erfolg zu haben. Turner: „Unser Aufnahmekriterium ist: Es sollen Leute sein, die einen Plan B für ihr Leben brauchen. Wir haben uns gesagt: Macht die Biografie die Leute nicht interessant? Und wir haben gesehen, dass wir lauter Top-Leute bekommen haben.“

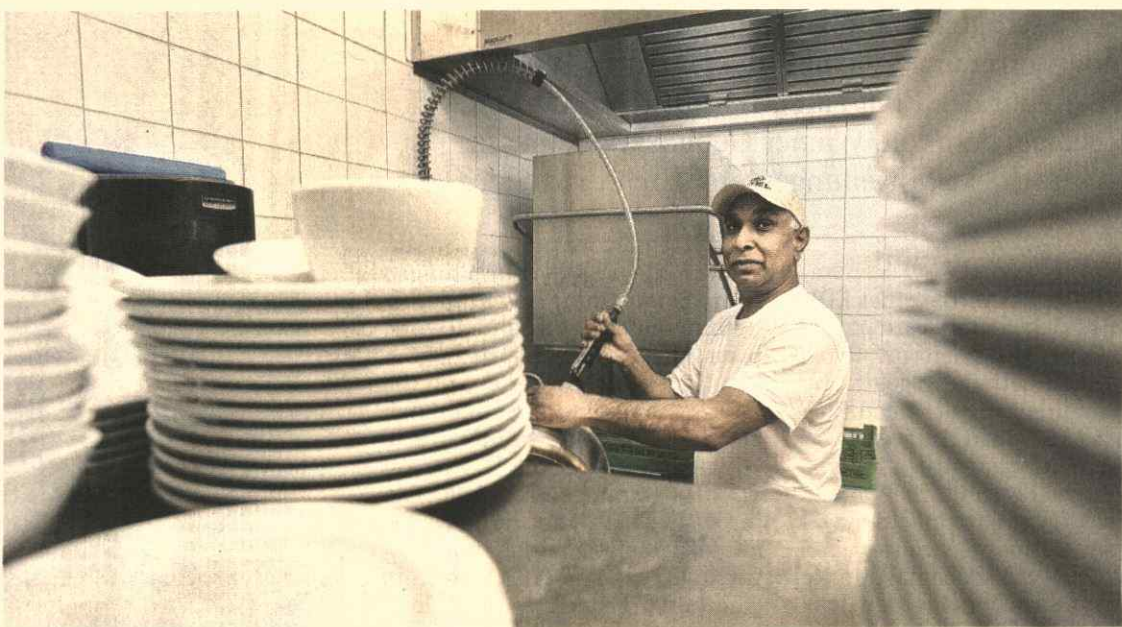


Foto: Andy Urban

Arbeiten in Magdas Kantine: Die meisten Mitarbeiter sind eigentlich überqualifiziert – haben aber aufgrund ihrer Biografie auf dem normalen Arbeitsmarkt wenig Chancen.

Fast alle acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien für ihren Job überqualifiziert – und in Magdas Kantine wird auch ein wenig über dem Kollektivvertrag bezahlt. Dennoch muss sich die Sache rechnen, betont Turner: „Wir machen ein Social Business. Das heißt, dass wir jene Förderungen in Anspruch nehmen, die auch andere Unternehmen bekommen – das wäre etwa die Reintegrationsbeihilfe des AMS. Aber am Ende des Tages müssen wir Geld verdienen und den Kredit zurückzahlen.“

Damit unterscheidet sich Magdas Kantine von Inigo, einem Caritas-Projekt, in dem sogenannte Transit-Arbeitskräfte beschäftigt

werden: Bei Inigo werden Langzeitarbeitslose für sechs Monate fit für einen Gastro-Job gemacht und erhalten fachliche Qualifizierung, die sie bei Magda schon mitbringen sollten.

Das Konzept soll sich ab Februar in noch größerem Maßstab in Magdas Hotel bewähren: Da will die Caritas 30 Arbeitsplätze in einem ehemaligen Pflegeheim im zweiten Bezirk, das zum Hotel umgebaut wird, schaffen. Dazu kommen zwei Lehrstellen für jugendliche Asylwerber, „damit die eigenes Geld haben und sich durch die Praxis integrieren – noch dazu wo im Beruf Koch ohnehin Fachkräftemangel herrscht“, schwärmt Turner.



Managt ein Social Business: Ruben Turner.

Foto: Andy Urban

Nächster Evolutionsschritt

Ex-Parteichef Busek: „Da war das unter Pröll besser“, ÖVP-General Blümel: „Fit für die nächsten 70 Jahre“

Karin Riss

Wien – Gernot Blümel ist zufrieden. Nicht zurückgelehnt zufrieden, dafür liegt noch zu viel Arbeit vor den Initiatoren der ÖVP-Programmreform. Aber seit Mittwoch ist die „Evolution Volkspartei“, wie der Prozess intern gerne genannt wird, einen Schritt weiter: Jetzt geht es an die Bewertung jener 39 Fragen, die ein Team rund um Blümel aus den etwa 9500 Ideen und Kommentaren verdichtet hat, die von rund 4000 Interessierten auf der virtuellen „Ideenwand“ eingebracht wurden.

Dass da auch einige „No-na-Fragen“ dabei sind, erklärt der schwarze General damit, dass die Diskussion auf der Online-Platt-

form „in manchen Bereichen“ eben „extrem konsensuell“ gewesen sei. Das resultiert dann in Fragen wie: „Soll sich die ÖVP auch in Zukunft für ein differenziertes Schulsystem starkmachen, in dem Talente und Potenziale jedes Einzelnen bestmöglich gefördert werden?“

Die rund 600.000 Mitglieder können bis Ende Februar ankreuzen, ob sich die Partei etwa für „sozial verträgliche Studiengebühren“, für Selbstbehalte im Gesundheitssystem oder gegen eine Substanzbesteuerung aussprechen soll. Die Erbschaftssteuer

wird in diesem Zusammenhang nicht explizit abgefragt. Diese Mitgliederbewertung soll Anfang Februar veröffentlicht und von einer Antragskommission in konkrete Formulierungen für ein neues Parteiprogramm gegossen werden. Das will man dann beim Parteitag am 12. und 13. Mai in der Wiener Hofburg beschließen.

Ein Mitglied hat die Bewertung des schwarzen Fragenkatalogs für den STANDARD bereits vorgenommen. Und die Zwischenbilanz Erhard Buseks fällt nicht besonders rosig aus. Er könne „nicht wirklich

erkennen“, worum es den Initiatoren hier geht, sagt der einstige Parteichef. Man nehme etwa Frage zwei: Hier werden die Parteifreunde gefragt, ob die ÖVP fixieren soll, „dass bei Auswahlverfahren und Listenstellungen nicht auf bündische Zugehörigkeiten der Kandidatinnen und Kandidaten abgestellt werden darf, sondern allein auf die fachliche und politische Qualifikation“. Busek gerät in Rage: „Na, was denn sonst?“ Nicht nur, dass die Bünde ohnehin längst überholt seien, korrigiert er: „Die eigentliche Frage müsste lauten: Wie muss eine Partei organisiert sein, um ansprechend zu sein?“ Buseks Verdacht: „Denen ist nichts Neues eingefallen.“ Blümels Konter: Die Abschaffung der Bünde sei eben nicht so vehement gefordert worden, wie es sich manche wünschen würden.

Sehnsucht nach Pröll

Andere Frage, ähnliche Reaktion. Unter Punkt sechs lässt die Parteiführung folgende Definition von Familie abfragen: „Unser Leitbild sind Familien mit Kindern (Vater-Mutter-Kind), wir schreiben den Menschen aber nicht vor, wie sie zu leben haben. Daher respektieren wir auch andere Formen des Zusammenlebens. Das Wohl der Kinder hat dabei Vorrang vor allen anderen Interessen.“ Busek findet: „Zu wenig radikal“, im Sinn von „an die Wurzel gehend“. Die eigentliche Fragestellung müsste lauten: „Wie gehen wir mit veränderten Familienkonstellationen um?“ Angesichts solcher Formulierungen erinnert sich Busek fast sehnsüchtig an die unter Ex-Parteichef Josef Pröll erarbeiteten „Perspektiven“, deren Schicksal die Schublade war. Für eine Evolution brauche es „mehr Mut!“

KURZ GEMELDET

EU-Austrittsbegehren liegt Ende Juni auf

Wien – Das Innenministerium hat ein Volksbegehren mit dem Begehren eines EU-Austritts zugelassen. Eintragfrist ist von 24. Juni bis 1. Juli. Die Initiatoren um Inge Rauscher von der „Initiative Heimat und Umwelt“ hatten schon im Jahr 2011 ein Begehren eingereicht, scheiterten aber an Formalfehlern. Die Gruppe freut sich, dass nun ermöglicht werde, „sich für die Wiederherstellung eines freien und neutralen Österreichs zu deklarieren“. (APA)

Tirols SPÖ-Chef hält Kern für politikauglich

Innsbruck – Tirols SPÖ-Vorsitzender Ingo Mayr hält die Aussage von Nationalratspräsidentin Doris Bures (SPÖ) zur angeblichen Politik- und Kanzleruntauglichkeit von ÖBB-Chef Christian Kern für „ungeschickt“. Er kenne Kern zwar nicht persönlich, aber: „Jeder Mensch, der sich in einer beruflich führenden Position befindet, ist auch politikauglich.“ Prinzipiell halte er überhaupt jeden Menschen für politikauglich – „auch ich wurde nicht als Politiker geboren“, sagte Mayr. (APA)

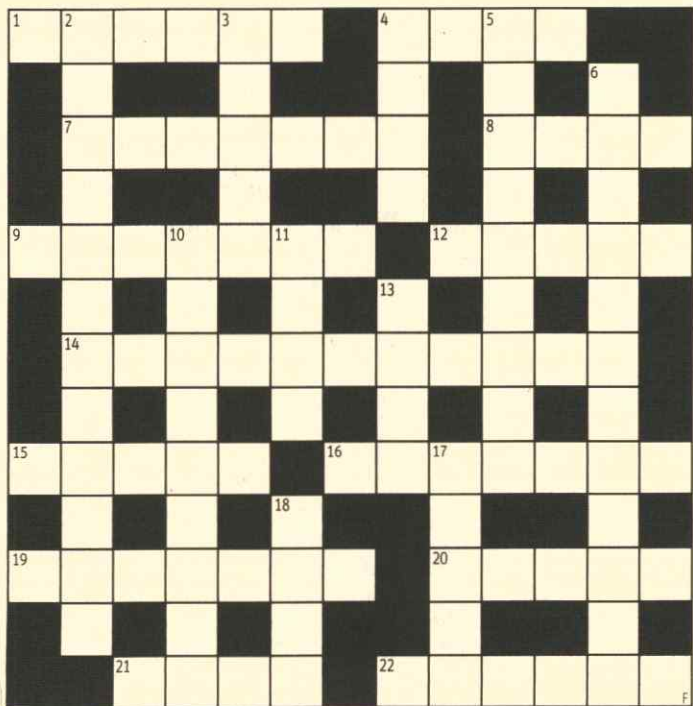
Arzt gründet eigene Gewerkschaft Asklepios

Wien – Angestellte des Wiener Krankenanstaltenverband (KAV) fühlen sich von der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten nicht vertreten. Für Gernot Rainer, Lungenfacharzt am Otto Wagner Spital, war die „große Frustration“ unter den Kollegen Anlass, die freie Gewerkschaft Asklepios zu gründen. Am Freitag wird er Unterlagen einreichen. Wichtigste Forderung ist die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Spitalsärzte (Einhaltung der 48 Stunden Woche) und die Erhöhung des ärztlichen Grundgehalts. (mte)

STANDARDRÄTSEL

Nr. 7869 © phoenix; www.phoenix.at

derStandard.at/Raetsel



Waagrecht: 1 War für die Feministin Janeside des Atlantik die Freak-Family letztlich ein Fall für die Jobagentur? 4 Was servierte man dem neu aufgestellten Team nach dem Beefing? 7 Dass hier die Vorderseite zuhinterst steht, ist als Beleidigung aufzufassen 8 Schon vor den Centimes unter(!) Französlinnen ihr Kleingeld wert (tw. Mz) 9 Dass solche Farben ein Fahl für lethargische Trägere-rinnen sind, finden wir nicht spitze 12 Hier gilt die Verkehrsregel: Lenk links, lenk rechts, nicht gradeaus, sonst kommst du aus der Fahrbahn raus 14 Hilft Aufputtern nicht gegen Zerknittern, heißt sich über die Häuser hauen? 15 Sollten wir beim Blaumachen jenen nicht außerhalb vom... Stoffice tragen? (1-2 Wörter) 16 Hier gilt die Verkehrsregel: Die Routen haben weder Ziel noch Start in unserem Land 19 Für etliche verlief die Plurallye einige-rmaßen erfolgreich 20 Die Yrikerin wegen guter Vorreithaltung der Garde zuzuordnen, halten wir für unsere Christinenpflicht 21 Wintereshalber gefragt: Gibts in Squaw Valley sjetzt schon Pistenbelag? 22 Erweckt der Belag deinen Verdacht, dann schalt die Korrosionsstaatsanwaltschaft ein, Alter! **Senkrecht:** 2 Im Namen der römischen Göttin: Der Abschaltvorgang gilt als außer-Betriebliche Untätigkeit? 3 Bei dem Frühlingsfest steigt sie mit Flora-ler vokaler Musik rein(!) ein, bis alles kopf(!) steht? 4 Schuffet er beim Dirigieren wie eins von den Mauttieren, erfordert das nämlich Courageri? 5 Das kann ja kontrollverlustig werden: Was tun bei Anfälligkeit für Wutausbrüche? 6 Sie wird im Förderungskatalog als Ausschüttbild gelistet? Damit beweist der Staat ein offenes Sponsiohr? (Mz) 10 Lasst uns tun, als würden wir Post mit einem Portopiekerl versehen! 11 So lässt sich sicher fest stellen, ob du gut in Kindtion bist? 13 Wie schon vom Maler delftiger Bilder verheißen, werden wir uns hier seelig in Schiffe versenken 17 Beim Galabankett brachte ihm seine Ballest-Einlage Davidenden ein? 18 Heißts in dem Shop von Hanfang an gute Wachs-Figur machen, oder will man dich damit pflanzen?

Rätselaufösung Nr. 7868 vom 7. Jänner 2015:

W: 1 PROGNOSE 6 HAUEN 7 RUFKANAL 9 CAVA 10 EPISODISCH 12 KLETTERTGARTEN 17 BEIFÄLLIG 19 WOHL 20 LEIDLICH 21 WARTE 22 GELANGEN S: 1 PERUECKE 2 OFFLINE 3 SPALIER 4 FAECHER 5 HEAVY 8 AROHT 11 ENTGEHEN 13 TABLETT 14 ABEND 15 TULBING 16 WOTAN 18 FAEHE

Vienna Online → News → Neues Arbeitszeitgesetz: Ärzte wollen eigene Gewerkschaft

7. Januar 2015 15:32; Akt.: 7. Januar 2015 15:32;

f Gefällt mir 37

Neues Arbeitszeitgesetz: Ärzte wollen eigene Gewerkschaft gründen



Die Aufregung um das neue Gesetz reißt nicht ab. - © APA

Im Fahrwasser der Diskussion um das neue Arbeitszeitgesetz für Spitalsärzte will sich nun eine neue eigene Ärztegwerkschaft formieren.

Erneut Verhandlungsrunde

Neues Gesetz sorgt für Unruhe

Unter dem Arbeitstitel "Asklepios-Gewerkschaft für angestellte Ärztinnen und Ärzte in Österreich" sammelt Initiator Gernot Rainer derzeit Unterstützer - auf Facebook hatten am Mittwochnachmittag rund 1.400 Nutzer auf "Gefällt mir" geklickt.

Die neue Gewerkschaft soll nach dem Vorbild des Marburger Bundes, der Interessenvertretung aller angestellten und beamteten Ärztinnen und Ärzte in Deutschland, aufgebaut werden. Auch die Forderungen sind bereits publiziert, darunter unter anderem die Verdoppelung des Bruttogrundgehaltes bei 40 Wochenstunden sowie eine angemessene Bezahlung der anfallenden Überstunden.

Treffen mit Präsidenten der Ärztekammer

Derzeit sei unter anderem ein Treffen mit dem Präsidenten der Wiener Ärztekammer, Thomas Szekeres, vorgesehen. Zudem wolle man die Einreichung als Gewerkschaft bei den Behörden in den kommenden Tagen durchführen, heißt es auf Facebook. Rainer selbst war am Mittwoch für ein Statement nicht zu erreichen.

Bevor noch irgendetwas fix ist, winkt die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG) bereits ab: "Wir treten geeint auf und agieren in enger Kooperation mit VertreterInnen der Ärztekammer. Wir erwarten uns auch von der restlichen Ärzteschaft, dass sie mit uns an einem Strang zieht", erklärte Christian Meidlinger, Vorsitzender der GdG - Kunst, Medien, Sport, freie Berufe (GdG-KMSfB) am Mittwoch.

Neues Arbeitszeitgesetz für Spitalsärzte ab 2015

Die GdG verhandelt allerdings nur für die Ärzte in den Spitälern des Wiener Krankenanstaltenverbundes. Das größte Wiener Krankenhaus, das AKH, wo die Mediziner bei der MedUni Wien angestellt und damit in der Zuständigkeit des Bundes liegen, führt eigene Gespräche.

Anlass für die Debatten ist das [neue Arbeitszeitgesetz](#) für Spitalsärzte, das mit 1. Jänner 2015 in Kraft getreten ist. Es sieht u.a. vor, dass Ärzte künftig nur noch 48 statt 60 Stunden pro Woche arbeiten dürfen - damit fallen vor allem gut bezahlte Überstunden und Nachtdienste weg, was die Ärztevertreter nicht nur Überlastungen, sondern auch Gehaltseinbußen von bis zu 30 Prozent befürchten lässt.

(APA)

37

2

2

f Gefällt mir

Tellen

Twittern

g+1

per E-Mail

Zum Thema

Kommentieren

Link senden

Fotos/Videos senden

Korrektur melden

MEHR AUF VIENNA.AT

Verkehrsprobleme in Wien sollen durch Baustellenmanagement gelöst werden



Nach dem pannenreichen Baustellensommer des vergangenen Jahres will die Stadt Wien nun vorbeugen: Ähnliche [...] [mehr](#) »

Celina Ann will Österreich beim Song Contest 2015 vertreten



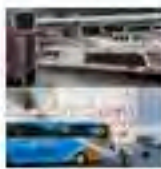
Ohne einen eigenen Song, dafür aber mit einer beeindruckenden Stimme und familiärer Unterstützung tritt Celina Ann [...] [mehr](#) »

Wiener SPÖ tagt vom 26. bis 28. Februar 2015 in Rust



Mit der Tagung der Wiener SPÖ im burgenländischen Rust vom 26. bis 28. Februar ist einer der ersten wichtigen Termine [...] [mehr](#) »

Schneller als mit dem Flugzeug: So kommen Sie von Wien nach Bratislava



Mit dem Schiff, mit der Bahn, mit dem Bus und ab dem 1. April 2015 auch mit dem Flugzeug: Die Hauptstädte Wien und [...] [mehr](#) »

Zweijährige aus Wien verschwunden: Interpol fahndet



Rosalie Marlene K. (2) aus Wien ist seit Anfang November 2014 verschwunden. Interpol sucht europaweit nach dem Mädchen. [mehr](#) »

[Mehr Meldungen](#) »

Impressum

MEDICAL
TRIBUNE

Internationale Wochenzeitung für Österreich
www.medizin-medien.at
www.medonline.at

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Verlag und Herausgeber:

Medizin Medien Austria GmbH
1120 Wien, Grünbergstr. 15
Tel.: (01) 54 600-0, Fax: (01) 54 600-710
Geschäftsführer: Thomas Zembacher

Prokuristin: Pia Holzer

Chefredaktion: Mag. Silvia Jirsa (DW 620),
jirsa@medical-tribune.at

Leitung Ressort Medizin Medien Print:

Denis Nößler (DW 630), noessler@medizin-medien.at

Berater des Herausgebers:

Univ.-Prof. Dr. med. Heinz F. Hammer

Redaktion: Mag. Anita Groß, Dr. med. Luitgard
Grossberger, Mag. Patricia Herzberger (Chefin
vom Dienst), Mag. Tanja Beck
Fax: DW 750, redaktion@medical-tribune.at

Ständige Mitarbeiter: Reno Barth, Univ.-Prof.
Dr. med. Heinz F. Hammer, Univ.-Prof. Dr. med.
Johann Hammer, Mag. Dr. med. Rüdiger Höflechner,
Dr. med. Anita Kreilhuber, Mag. Karin Martin, Hannes
Schlosser, Dr. med. Ulrike Stelzl, Mag. Petra Vock

Lektorat: Mag. Eva Posch

Layout und Herstellung: Günther Machek,
Hans Ljung, Johannes Spandl

Verkaufsleitung: Reinhard Rosenberger (DW 510),
rosenberger@medical-tribune.at

Anzeigenleitung: Mag. Birgit Frassl (DW 520),
frassl@medizin-medien.at,
Mag. (FH) Rudolf Kabas (DW 541),
kabas@medizin-medien.at

Anzeigenabwicklung: Mag. Edyta Konarzewska
(DW 513), ek@medizin-medien.at

Aboservice Medical Tribune:

1110 Wien, Simmeringer Hauptstraße 24
Tel.: (01) 361 70 70-572
Fax: (01) 361 70 70-9572

aboservice@medizin-medien.at

Bezugsbedingungen: Einzelpreis € 4,-,
Jahresabo € 78,- (inkl. Porto),
Studenten und Ärzte in Ausbildung € 58,-

Konto für Abo-Zahlung: Hypo Bank Tirol,
Konto-Nr.: 520 11 020 864; BLZ: 57000;
IBAN: AT93 5700 0520 1102 0864; BIC: HYPTAT22

Bankverbindung: Hypo Bank Tirol,
Konto-Nr.: 520 11 014 031; BLZ: 57000;
IBAN: AT93 5700 0520 1101 4031; BIC: HYPTAT22

Druck: Vogel Druck und Medienservice GmbH &
Co. KG, D-97204 Höchberg, DVR-Nr.: 4007613;
ISSN 0344-8304

Blattlinie: Informiert Ärzte über Medizin,
Gesundheitspolitik und Praxisführung

Unternehmensgegenstand der Medizin Medien

GmbH: Herausgabe, Verlag, Druck und Vertrieb
von Zeitungen und Zeitschriften sowie sonstiger
periodischer Druckschriften. Die Produktion und
der Vertrieb von Videofilmen. Die Durchführung
von Werbungen aller Art, insbesondere Inseraten-
werbung (Anzeigenannahme), Plakatwerbung,
Ton- und Bildwerbung, Reportagen, Ausarbeitung
von Werbeplänen und alle sonstigen zur Förderung
der Kundenwerbung dienenden Leistungen.

Gesellschafter der Medizin Medien GmbH:

Süddeutscher Verlag Hühthig Fachinformationen
GmbH, München (100 %). Gesellschafter der
Süddeutscher Verlag Hühthig Fachinformationen
GmbH: Süddeutscher Verlag GmbH, München
(94,68 %). Wesentliche Beteiligungen der
Süddeutscher Verlag Hühthig Fachinformationen
GmbH an Medienunternehmen (alles Fachverlage):
verlag moderne industrie GmbH, Landsberg
(100 %); Hühthig GmbH, Heidelberg (100 %);
Verlagsgruppe Hühthig Jehle Rehm GmbH,
Heidelberg (100 %); Verlag Werben & Verkaufen
GmbH, München (100 %); Medical Tribune
Verlagsgesellschaft mbH, Wiesbaden (100 %);
Medizin Medien Austria GmbH, Wien (100 %);
Swiss Professional Media AG, Basel (100 %).

Anmerkungen des Verlages

Mit der Einsendung eines Manuskriptes erklärt
sich der Urheber damit einverstanden, dass sein
Beitrag ganz oder teilweise in allen Ausgaben,
Sonderpublikationen und elektronischen Medien der
Medizin Medien Austria GmbH und der verbundenen
Verlage veröffentlicht werden kann.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Ver-
vielfältigung und Verbreitung sowie der Über-
setzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf
in irgendeiner Form (Fotokopie, Mikrofilm oder ein
anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung
des Verlages reproduziert oder unter Verwendung
elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet,
vervielfältigt, verwertet oder verbreitet werden.

Zur besseren Lesbarkeit wurde an einigen Stellen
die männliche Schreibweise gewählt, z.B. „Ärzte“
statt „Ärztinnen“. Dabei handelt es sich ausdrücklich
um keine Bevorzugung eines Geschlechts.

LA-MED

Leseranalyse medizinischer
Fachzeitschriften

ÖAK

© Auflagenkontrolle

Gehaltsstreit erhitzt Gemüter

SPITÄLER ■ Der ersehnte Friede im neuen Jahr im Arbeitszeiten-Konflikt trat trotz Länder-Optimismus nicht ein. In OÖ und Wien werden immer schwerere Geschütze aufgefahren, in Kärnten soll ein externer Moderator her.

MAG. ANITA GROSS / APA

In Tirol und Salzburg ist man einer Einigung schon nahe gekommen: In Salzburg erzielten das Land und die Ärztevertreter am 19. Dezember einen Durchbruch im Gehaltsstreit – nach fünf Stunden intensiven Verhandlungen. Das Land macht insgesamt 13,5 Mio. Euro mehr für die Spitalsärzte locker, davon 10,5 Mio. für 2015. Weitere 3 Mio. kommen ab 2018 hinzu). Seit 7. Jänner können die Ärzte über das Verhandlungsergebnis abstimmen. Außerdem wurden höhere Anfangsgehälter für neu eintretende Mediziner und eine flachere Lebensverdienstkurve vereinbart. Das neue System soll im Juli wirksam werden.

Tirol: Runder Tisch, Gespräche & Arbeitsgruppe

In Tirol lud Gesundheitslandesrat Univ.-Prof. Dr. Bernhard Tilg am 22. Dezember zu einem Runden Tisch. Das Land kündigte dabei an, ab Jänner 2015 in „seriöse Detailgespräche mit den Systempartnern“ zu gehen. Zudem soll eine Arbeitsgruppe bis Juni die Problemfelder erarbeiten. Derzeit

er „nichts unversucht“ lasse. Er habe Kabeg-Vorstand Dr. Arnold Gabriel gebeten, Ärztekammer-Vertreter und Betriebsrat zu einem neuen Verhandlungstermin einzuladen. „Dabei soll ein unabhängiger Moderator behilflich sein, um zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen.“ Dieser solle das Kärntner Angebot mit einem Gesamtvolumen von 13,5 Mio. Euro, das dem „allseits gelobten steirischen Modell“ entspreche, den Verhandlungspartnern „erläutern“. Der Haken: Die Ärzte wollen den Betrag zur Gänze bekommen, das Land rechnet auch Dienstgeberabgaben hinein.

Landesrat Gerhard Köfer (Team Stronach) pocht auf einen – von ihm bereits am 2. Jänner geforderten – „Mediator“, nicht Moderator. „Einen Moderator braucht man für eine TV-Show und nicht bei solch schwierigen politischen Verhandlungen.“ Im Zuge dieser war es just zu Silvester zu einem Knalleffekt gekommen: Kärntens ÄK-Präsident Dr. Josef Huber ließ über die Tageszeitung „Österreich“ ausrichten, dass er die Lohnverhandlungen mit Kaiser „als gescheitert“ betrachten müsse und er an keinen weiteren Ver-



Rund 12.000 Ärzte müssen noch auf die Ergebnisse der Gehaltsverhandlungen warten, kritisiert Kurienobmann Dr. Harald Mayer.

für einem Opt-out zustimmen. Demnach hätte das Land einen 100-prozentigen Überstundenzuschlag ab der 49. Wochenstunde (mit einer Durchrechnungszeit von 17 Wochen) gezahlt, bis ein neues – rückwirkend geltendes – Gehaltssystem ausverhandelt ist. Doch schon davor entschieden die Ärzte-Vertreter, das Angebot abzulehnen, sie wollen ja nicht die „Katze im Sack“ kaufen.

Daraufhin schrieb Pühringer 3200 Spitalsärzten einen Brief mit der persönlichen Bitte, sein Angebot noch einmal zu überdenken. Umsonst – lediglich drei Ärzte von 3200 stiegen darauf ein. „Wir sind de facto opt-out-frei“, kommentiert OÖÄK-Chef Dr. Peter Niedermoser in den „OÖ Nachrichten“ die karge Ausbeute des Landeshauptmanns. Was den Ärzten außerdem sauer aufstößt: Die von ihnen geforderte Erhöhung der Grundgehälter um rund 1200 Euro kommt für Pühringer „nicht in Frage“. Der Gesundheitsreferent wolle vielmehr bei den „ungerecht“ verteilten Ambulanzgebühren von 28 Mio. Euro jährlich (diese bezahlen die Krankenkassen an die Spitäler, Anm.) umschichten. Ärzte mit hohem Gehalt sollen in Zukunft weniger davon bekommen. Dies käme aber einer „Enteignung“ gleich, ist Niedermoser erzürnt, auch eine „Neiddebatte“ sei entbehrlich.

Zwischenzeitlich haben sich die Gemüter wieder so weit abgekühlt, dass am 16. Jänner weiterverhandelt wird.

AKH Wien: Vollversammlung und Debatte um Gewerkschaft

In Wien haben sich zwar am 22. Dezember der Krankenanstaltenverbund (KAV) und die Personalvertretung auf eine Übergangsregelung geeinigt. Diese beinhaltet eine Reduktion der Nachtdienste auf max. 33 (statt bisher 36) und eine Festlegung des Durchrechnungszeitraumes von 1. Jänner bis 30. Juni. Gescheitert ist knapp vor Silvester die zweite Verhandlungsrunde zwischen MedUni und Betriebsrat. Die Wiener Ärzte-

kammer organisiert daher am 19. Jänner, 14 Uhr, im MuseumsQuartier eine Vollversammlung aller Spitalsärzte. Als Streik wolle deren Präsident Univ.-Prof. Dr. Thomas Szekeres diese Kundgebung allerdings nicht sehen, es gehe darum, gemeinsame Forderungen und Konsequenzen zu formulieren. Die Stimmung unter den Ärzten sei aber schlecht. Szekeres rechnet auch mit Engpässen, die Patienten könnten, v.a. im AKH, bald Einschränkungen merken. Für 12.000 Spitalsärzte seien damit die Gehaltsverhandlungen noch nicht im Gange bzw. noch nicht abgeschlossen, kritisierte Kurienobmann Dr. Harald Mayer vergangene Woche und bezeichnete dies als „unzumutbar“.

Diskussion um eigene Ärztegewerkschaft

Für gehörige Aufregung sorgte die Ankündigung des Pulmologen Dr. Gernot Rainer, eine eigene Ärzte-Gewerkschaft zu gründen. „Die derzeitige gewerkschaftliche Vertretung funktioniert nicht optimal“, argumentiert Rainer gegenüber dem „Kurier“ (Online, 6.1.). Vorbild der neuen Gewerkschaft sei der Marburger Bund in Deutschland, der vor einigen Jahren mit Streiks eine Anhebung der Gehälter durchsetzte. Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – Kunst, Medien, Sport, freie Berufe (GdG-KMSfB) reagierte prompt und erteilte dem Ansinnen des Lungenfacharztes eine klare Absage. Die GdG-KMSfB trete geeint auf und agiere in enger Kooperation mit ÄK-Vertretern, „wir erwarten uns auch von der restlichen Ärzteschaft, dass sie mit uns an einem Strang zieht“, so Vorsitzender Christian Meidlinger in einer Aussendung.

MT-INTERAKTIV

Sagen Sie uns dazu Ihre Meinung
auf www.medonline.at
redaktion@medical-tribune.at
Twitter @mt_redaktion

Credit: Mona Lisa, c.1503-6 (oil on panel) by Leonardo da Vinci (1452-1519), © Louvre, Paris, France/ Giraudon/ The Bridgman Art Library, Nationality/ copyright status: Italian/ out of copyright

REFERENZPRÄPARAT:
Cipralox®

SEIT 1. OKTOBER
IN DER GRÜNEN BOX

4 GUTE GRÜNDE FÜR EIN LÄCHELN:
Escitalopram ratiopharm®
5 | 10 | 15 | 20 mg

Augmentin

Fachkurzinformationen auf Seite 16

führt der Tiroler Spitalsbetreiber Tilak Gespräche mit den einzelnen Kliniken über den Bedarf durch das neue Arbeitszeitgesetz. Opt-out-Zahlen sollen bis Mitte/Ende Jänner am Tisch liegen. Bis dahin dürfte man auch erste Auswirkungen der Anfang Dezember zwischen der Med-Uni und dem Betriebsrat u.a. über verlängerte Dienste und Wahlmodelle getätigten Einigung (MT berichtete) abschätzen können.

Kärnten: Moderator soll helfen

In Kärnten schwelt der Konflikt schon am längsten. Auch vor Weihnachten kamen Spitalsholding Kabeg und Ärzte auf keinen grünen Zweig. Vorige Woche informierte Landes-Chef Dr. Peter Kaiser in einer Aussendung, dass

handlungen mehr teilnehme, bis die Landespolitik von ihrer Position abrücke. Kaiser zeigte sich daraufhin „maßlos enttäuscht“. Aber trotz aller „unnötigen Provokationen“ des Ärzte-Chefs, die schon mit einer Demonstration noch vor Verhandlungsstart begonnen hätten, bleibe „die Hand des Landes immer ausgestreckt“, so Kaiser, „allerdings darf Huber den Bogen nicht überspannen“.

OÖ: Trotz Lock-Brief nur drei Ärzte angebissen

Auch in OÖ ging es gegen Jahresende heiß her. LH Dr. Josef Pühringer kam am 18. Dezember persönlich zur Vollversammlung der oö. Ärztekammer und machte ein Angebot für eine Übergangslösung – wenn die Ärzte da-

[Menü](#)

14.01.2015 · Kommentare deaktiviert

Asklepios: Neue Ärztegewerkschaft in Österreich

Eine Gewerkschaft für angestellte Ärztinnen und Ärzte in Österreich, die sich gerade im Aufbau befindet, agiert seit 4. Jänner unter dem Namen "Asklepios" im Web. Zuerst machte die Initiative im sozialen Netzwerk Facebook auf ihr Anliegen aufmerksam, seit 14. Jänner ist auch die Asklepios-Website unter der Adresse www.aerztegewerkschaft.at online.



**ASKLEPIOS
GEWERKSCHAFT**

für angestellte Ärztinnen
und Ärzte in Österreich

Die Initiative für eine Ärzte-Gewerkschaft "[Asklepios](#)", die seit 4. Jänner mit einem [Facebook-Auftritt](#) auf sich aufmerksam macht, orientiert sich am Marburger Bund, der gewerkschaftlichen, gesundheits- und berufspolitischen Interessenvertretung aller angestellten und beamteten Ärztinnen und Ärzte in Deutschland. Die deutsche Ärztegewerkschaft zählt mehr als 115.000

Mitglieder und setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen und leistungsgerechte Vergütung in Krankenhäusern, die Karriereförderung von Ärztinnen und eine praxisnahe Mediziner Ausbildung ein.

Hinter der Initiative "Asklepios – Gewerkschaft für angestellte Ärztinnen und Ärzte in Österreich" stecken federführend der Pulmologe Dr. Gernot Rainer vom Otto-Wagner Spital Wien und die Internistin Dr. Anna Kreil, die an der Wiener Rudolfstiftung tätig ist. Rainer verfolgt schon seit einigen Monaten das Ziel, eine bundesweite, freie und politisch unabhängige Organisation zu gründen.

Die Forderungen von Asklepios:

- Verhandlungsmandat für die Ärztegewerkschaft Asklepios
- Gesetzeskonforme 48 Stunden. Sollte es dadurch zu Leistungskürzungen kommen, liegen diese in der Verantwortung des Arbeitgebers.
- Anpassung der Gehälter an das im deutschsprachigen Raum übliche Niveau.

Die Initiatoren rufen angestellte Medizinerinnen und Mediziner dazu auf, ihre [Petition](#) zu unterschreiben und damit die o.a. Forderungen zu unterstützen.

>> [Statuten des bundesweiten Vereins "Asklepios – Gewerkschaft für angestellte Ärztinnen und Ärzte in Österreich"](#)

GdG-KMSfB: Klare Absage an eigene Ärzte-Gewerkschaft

Die [Gewerkschaft der Gemeindebediensteten - Kunst, Medien, Sport, freie Berufe](#) (GdG-KMSfB) sprach sich am 7. Jänner in einer Aussendung entschieden gegen die Gründung einer eigenen Ärzte-Gewerkschaft aus. Die GdG-KMSfB agiere in enger Kooperation mit Vertreterinnen und Vertretern der Ärztekammer. Gemeinsam setze man sich für die Ärztinnen und Ärzte im Krankenanstaltenverbund (KAV) ein. Man lasse sich auch nicht "auseinander dividieren", erklärte der GdG-KMSfB-Vorsitzende Christian Meidlinger. Er erwarte sich auch von der restlichen Ärzteschaft, dass sie mit der Ärztekammer und der GdG-KMSfB an einem Strang ziehe. Gewerkschaft sei nämlich mehr "als nur Prozentsätze zu fordern". Es gehe nicht nur um die Bezahlung, sondern auch um verschiedene Arbeitgeber, Dienst- und Pensionsordnungen, rechtliche Grundlagen sowie Gehaltsgesetze.

Wiener KAV: Erste Verhandlungsrunde zwischen Dienstgeberin und der Arbeitnehmervertretung

Am 14. Jänner trafen sich Christian Meidlinger, Vorsitzender GdG-KMSfB, Richard Suchl, Referent für Kollektivverträge in der GdG-KMSfB, OA Dr. Gerold Oberhauser, OA Dr. Stefan Pöchacker, OA Dr. Franz Windisch, Dr. Thomas Szekeres und Dr. Thomas Holzgruber von der Ärztekammer sowie Dr. Wolfgang Weismüller zu einer ersten Verhandlungsrunde. Die Vertreterinnen und Vertreter des Dienstgebers KAV und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tauschten bei dem Treffen erste Vorstellungen und

Inhalte aus, dabei wurde auch eine Liste an Forderungen übergeben. Hinsichtlich der Entlohnung der Angestellten gab es erwartungsgemäß große Differenzen. Jetzt gilt es, das jeweils andere Angebot zu bewerten. Am 15. Jänner treffen sich die Akteure zur nächsten Verhandlungsrunde.

Wissenschaftsministerium und AKH-Ärzte: Gesamtpaket bis Februar

Am 14. Jänner verhandelten auch Mediziner am Wiener AKH mit Vertretern des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, das für die Medizinische Universität (MedUni) Wien und damit für die Ärzte am AKH verantwortlich zeichnet, über die Auswirkungen des Ärztearbeitszeitgesetzes. Laut einem ORF-Bericht sollen im Laufe des kommenden Monats der Prozess und dessen Eckpunkte festgelegt werden, wobei eine schrittweise Gehaltsanpassung, deren erster Schritt rückwirkend ab 1. Jänner 2015 erfolgen soll, wesentlicher Bestandteil dieser Eckpunkte sein werde. Kommende Woche sollen weitere Gespräche stattfinden.

Kundgebung der Wiener angestellten Ärztinnen und Ärzte

Am 19. Jänner wird um 14:00 Uhr in der Halle E des Wiener Museumsquartiers eine [Kundgebung](#) der Wiener angestellten Ärztinnen und Ärzte abgehalten.

Ähnliche Beiträge



**Ordensspitäler:
Plus 2,5 Prozent,**



**Ärztegesetznovelle
Lehrpraxis beim**



**Ärzteverzeichnis
"Gesund in Wien"**



**Ärzteball 2014:
Casinoerlös für**



**Arbeitsgruppe zur
Gehaltsstruktur**

Schlagwort: Asklepios, Asklepios-Gewerkschaft, Gewerkschaft

Veröffentlicht von Kerstin Huber-Eibl

Studium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Schwerpunkt Gesundheitskommunikation. * 1996 Praktikum Zeitschrift "News" * 1998 Austria Presse Agentur * 1998/1999 Health Promotion Partners, Institut Gesundheit und Kommunikation * 1999/2000 Presseabteilung ÖGB * 2000 Manstein Medizin Medien * anschließend Medizin Online Service * seit 2006 Medizin Medien Austria

← Vorheriger Artikel

Nächster Artikel →

Ein Service der Medizin Medien Austria GmbH

[Impressum](#)

[AGB's](#)

[Datenschutzbestimmungen](#)

[Status](#)

[Über medONLINE.at](#)

[Top ↑](#)

[Menü](#)14.01.2015 · 1 Kommentar

Gehaltsstreit erhitzt Gemüter

SPITÄLER - Der ersehnte Friede im neuen Jahr im Arbeitszeiten-Konflikt trat trotz Länder-Optimismus nicht ein. In OÖ und Wien werden immer schwerere Geschütze aufgefahren, in Kärnten soll ein externer Moderator her.



Rund 12.000 Ärzte müssen noch auf die Ergebnisse der Gehaltsverhandlungen warten, kritisiert Kurienobmann Dr. Harald Mayer.

In Tirol und Salzburg ist man einer Einigung schon nahe gekommen: In

Salzburg erzielten das

Land und die Ärztevertreter am 19. Dezember einen Durchbruch im Gehaltsstreit – nach fünf Stunden intensiven Verhandlungen. Das Land macht insgesamt 13,5 Mio. Euro mehr für die Spitalsärzte locker, davon 10,5 Mio. für 2015. Weitere 3 Mio. kommen ab 2018 hinzu). Seit 7. Jänner können die Ärzte über das Verhandlungsergebnis abstimmen. Außerdem wurden höhere

Anfangsgehälter für neu eintretende Mediziner und eine flachere Lebensverdienstkurve vereinbart. Das neue System soll im Juli wirksam werden.

Tirol: Runder Tisch, Gespräche & Arbeitsgruppe

In Tirol lud Gesundheitslandesrat Univ.-Prof. Dr. Bernhard Tilg am 22. Dezember zu einem Runden Tisch. Das Land kündigte dabei an, ab Jänner 2015 in „seriöse Detailgespräche mit den Systempartnern“ zu gehen. Zudem soll eine Arbeitsgruppe bis Juni die Problemfelder erarbeiten. Derzeit führt der Tiroler Spitalsbetreiber Tilak Gespräche mit den einzelnen Kliniken über den Bedarf durch das neue Arbeitszeitgesetz. Opt-out-Zahlen sollen bis Mitte/Ende Jänner am Tisch liegen. Bis dahin dürfte man auch erste Auswirkungen der Anfang Dezember zwischen der Med-Uni und dem Betriebsrat u.a. über verlängerte Dienste und Wahlmodelle getätigten Einigung (MT berichtete) abschätzen können.

Kärnten: Moderator soll helfen

In Kärnten schwelt der Konflikt schon am längsten. Auch vor Weihnachten kamen Spitalsholding Kabeg und Ärzte auf keinen grünen Zweig. Vorige Woche informierte Landes-Chef Dr. Peter Kaiser in einer Aussendung, dass er „nichts unversucht“ lasse. Er habe Kabeg-Vorstand Dr. Arnold Gabriel gebeten, Ärztekammer-Vertreter und Betriebsrat zu einem neuen Verhandlungstermin einzuladen. „Dabei soll ein unabhängiger Moderator behilflich

sein, um zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen.“ Dieser solle das Kärntner Angebot mit einem Gesamtvolumen von 13,5 Mio. Euro, das dem „allseits gelobten steirischen Modell“ entspreche, den Verhandlungspartnern „erläutern“.

Der Haken: Die Ärzte wollen den Betrag zur Gänze bekommen, das Land rechnet auch Dienstgeberabgaben hinein. Landesrat Gerhard Köfer (Team Stronach) pocht auf einen – von ihm bereits am 2. Jänner geforderten – „Mediator“, nicht Moderator. „Einen Moderator braucht man für eine TV-Show und nicht bei solch schwierigen politischen Verhandlungen.“ Im Zuge dieser war es just zu Silvester zu einem Knalleffekt gekommen: Kärntens ÄK-Präsident Dr. Josef Huber ließ über die Tageszeitung „Österreich“ ausrichten, dass er die Lohnverhandlungen mit Kaiser „als gescheitert“ betrachten müsse und er an keinen weiteren Verhandlungen mehr teilnehme, bis die Landespolitik von ihrer Position abrücke.

Kaiser zeigte sich daraufhin „maßlos enttäuscht“. Aber trotz aller „unnötigen Provokationen“ des Ärzte-Chefs, die schon mit einer Demonstration noch vor Verhandlungsstart begonnen hätten, bleibe „die Hand des Landes immer ausgestreckt“, so Kaiser, „allerdings darf Huber den Bogen nicht überspannen“.

OÖ: Trotz Lock-Brief nur drei Ärzte angebissen

Auch in OÖ ging es gegen Jahresende heiß her. LH Dr. Josef Pühringer kam am 18. Dezember persönlich zur Vollversammlung

der öö. Ärztekammer und machte ein Angebot für eine Übergangslösung – wenn die Ärzte dafür einem Opt-out zustimmen. Demnach hätte das Land einen 100-prozentigen Überstundenzuschlag ab der 49. Wochenstunde (mit einer Durchrechnungszeit von 17 Wochen) gezahlt, bis ein neues – rückwirkend geltendes – Gehaltssystem ausverhandelt ist. Doch schon davor entschieden die Ärzte-Vertreter, das Angebot abzulehnen, sie wollen ja nicht die „Katze im Sack“ kaufen. Daraufhin schrieb Pühringer 3200 Spitalsärzten einen Brief mit der persönlichen Bitte, sein Angebot noch einmal zu überdenken. Umsonst – lediglich drei Ärzte von 3200 stiegen darauf ein.

„Wir sind de facto opt-outfrei“, kommentiert OÖÄK-Chef Dr. Peter Niedermoser in den „OÖ Nachrichten“ die karge Ausbeute des Landeshauptmanns. Was den Ärzten außerdem sauer aufstößt: Die von ihnen geforderte Erhöhung der Grundgehälter um rund 1200 Euro kommt für Pühringer „nicht in Frage“. Der Gesundheitsreferent wolle vielmehr bei den „ungerecht“ verteilten Ambulanzgebühren von 28 Mio. Euro jährlich (diese bezahlen die Krankenkassen an die Spitäler, Anm.) umschichten. Ärzte mit hohem Gehalt sollen in Zukunft weniger davon bekommen. Dies käme aber einer „Enteignung“ gleich, ist Niedermoser erzürnt, auch eine „Neiddebatte“ sei entbehrlich. Zwischenzeitlich haben sich die Gemüter wieder so weit abgekühlt, dass am 16. Jänner weiterverhandelt wird.

AKH Wien: Vollversammlung und Debatte um Gewerkschaft

In Wien haben sich zwar am 22. Dezember der Krankenanstaltenverbund (KAV) und die Personalvertretung auf eine Übergangsregelung geeinigt. Diese beinhaltet eine Reduktion der Nachtdienste auf max. 33 (statt bisher 36) und eine Festlegung des Durchrechnungszeitraumes von 1. Jänner bis 30. Juni. Gescheitert ist knapp vor Silvester die zweite Verhandlungsrunde zwischen MedUni und Betriebsrat. Die Wiener Ärztekammer organisiert daher am 19. Jänner, 14 Uhr, im MuseumsQuartier eine Vollversammlung aller Spitalsärzte.

Als Streik wolle deren Präsident Univ.-Prof. Dr. Thomas Szekeres diese Kundgebung allerdings nicht sehen, es gehe darum, gemeinsame Forderungen und Konsequenzen zu formulieren. Die Stimmung unter den Ärzten sei aber schlecht. Szekeres rechnet auch mit Engpässen, die Patienten könnten, v.a. im AKH, bald Einschränkungen merken. Für 12.000 Spitalsärzte seien damit die Gehaltsverhandlungen noch nicht im Gange bzw. noch nicht abgeschlossen, kritisierte Kurienobmann Dr. Harald Mayer vergangene Woche und bezeichnete dies als „unzumutbar“.

Diskussion um eigene Ärztegewerkschaft

Für gehörige Aufregung sorgte die Ankündigung des Pulmologen Dr. Gernot Rainer, eine eigene Ärzte-Gewerkschaft zu gründen. „Die derzeitige gewerkschaftliche Vertretung funktioniert nicht optimal“, argumentiert Rainer gegenüber dem „Kurier“ (Online, 6.1.). Vorbild der neuen Gewerkschaft sei der Marburger Bund in Deutschland, der vor einigen Jahren mit Streiks eine Anhebung

der Gehälter durchsetzte. Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – Kunst, Medien, Sport, freie Berufe (GdGKMSfB) reagierte prompt und erteilte dem Ansinnen des Lungenfacharztes eine klare Absage. Die GdG-KMSfB trete geeint auf und agiere in enger Kooperation mit ÄK-Vertretern, „wir erwarten uns auch von der restlichen Ärzteschaft, dass sie mit uns an einem Strang zieht“, so Vorsitzender Christian Meidlinger in einer Aussendung.

Autor: Mag. Anita Gross / APA

Ähnliche Beiträge



**13,5 Millionen für
SALK-Ärzte**



**Ärztedemo in
Kärnten**



**Gesundheitsrefere
der Länder**



**Kärtner
Spitalsärzte:**



**Arbeitsgruppe zur
Gehaltsstruktur**

Schlagwort: [Arbeitszeiten](#), [Gehaltsverhandlungen](#), [Spitalsärzte](#)

← Vorheriger Artikel

Nächster Artikel →

Ein Service der Medizin Medien Austria GmbH

[Impressum](#)

[AGB's](#)

[Datenschutzbestimmungen](#)

[Status](#)

[Über medONLINE.at](#)

[Top ↑](#)



medONLINE.at
@medonline



Folge Ich

Seit heute ist die Website der Ärzte-
Gewerkschaft Asklepios online.
medonline.at/?p=150779
#Ärztegewerkschaft - ^kh



**ASKLEPIOS
GEWERKSCHAFT**

für angestellte Ärztinnen
und Ärzte in Österreich

RETWEETS

2

FAVORIT

1



23:01 - 14. Jan. 2015



Antwort an @medonline

Trends

#lady #meet #single #wife #search Locosino Tyne Trent North Shore Richmond

Ärztegewerkschaft Asklepios im Vormarsch

Utl.: Drei Ländersektionen beantragt, Petition und Mitgliedschaft können online unterzeichnet werden. Mit dem Kärntner Protest zeigt sich Asklepios solidarisch. =

Wien (OTS) - Die Gründung von "Asklepios - Gewerkschaft für angestellte Ärztinnen und Ärzte in Österreich" schreitet voran. Die Gründungsunterlagen sind eingereicht, drei Ländersektionen haben sich formiert. Der formelle Antrag wurde bereits erfolgreich von Wien, Salzburg und Niederösterreich eingebracht.

Bundesweit sind Ärztinnen und Ärzte dazu aufgerufen, die Petition auf der gestern online gegangenen Seite www.aerztegewerkschaft.at zu unterzeichnen, um die Forderungen der Initiative zu unterstützen.

Zwtl.: Diese lauten:

- Verhandlungsmandat für die Ärztegewerkschaft Asklepios
- Gesetzeskonforme 48 Stunden. Sollte es dadurch zu Leistungskürzungen kommen, liegen diese in der Verantwortung des Arbeitgebers.
- Anpassung der Gehälter an das im deutschsprachigen Raum übliche Niveau.

Auf der Homepage www.aerztegewerkschaft.at kann weiters eine Vorregistrierung zur Mitgliedschaft vorgenommen werden.

Mit dem Protest der Kärntner KollegInnen zeigt sich Dr. Gernot Rainer, Initiator von Asklepios, solidarisch: "Wir unterstützten die für Freitag angekündigten Streikmaßnahmen zu 100 Prozent.

Verhandlungen können nicht unter Ausschluss und gegen die Ärzteschaft geführt werden. So verliert man die Ärztinnen und Ärzte in den Spitälern und riskiert damit letztendlich die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung."

~

Rückfragehinweis:

Mag. Verena Flatischler

Mail: v.flatischler@med4more.at

Tel: 0664/965 74 36

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/17390/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0096 2015-01-15/11:26

151126 Jän 15

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20150115_OTS0096

ÖSTERREICH | POLITIK

Ärzte: Unterlagen für Gewerkschaft eingereicht

Von Anton Prok | 15.01.2015 - 16:28 | Kommentieren

Der Wiener Lungenfacharzt Gernot Rainer ist dabei, in Österreich eine eigene Gewerkschaft für Ärzte aufzuziehen. Eine Salzburg-Sektion wurde schon beantragt.



Es sei an der Zeit dazu, sagt Gernot Rainer. Der Wiener Lungenfacharzt hat dieser Tage die Gründungsunterlagen für eine Ärztegewerkschaft bei der Bezirkshauptmannschaft im Burgenland eingereicht. "Asklepios" soll die Gewerkschaft heißen. Rechtlich gesehen brauchte er dafür zwei Gründungsmitglieder und Statuten, in denen sich die Gewerkschaft dazu bereit erklärt, Tarifverhandlungen zu führen und Kampfmaßnahmen durchzusetzen.

"Wir brauchen eine eigene Vertretung", sagt Gernot Rainer. "Bis 2021 wird noch viel passieren." Rainer spricht damit die Änderungen im Arbeitszeitgesetz an.

Gehaltsverhandlungen und neue Arbeitszeit

Seit dem 1. Jänner 2015 dürfen Spitalsärzte nicht mehr länger als 48 Stunden pro Woche arbeiten. Für das Gesetz gibt es aber Übergangsfristen bis zum Jahr 2021. Derzeit laufen in vielen österreichischen Spitälern Verhandlungen mit Ärzten. Die Ärzte wollen einerseits höhere Grundgehälter, um die Gehaltseinbußen durch die geringere Arbeitszeit auszugleichen. Die Spitalsträger hoffen ihrerseits, dass sich möglichst viele Ärzte dazu bereit erklären, freiwillig länger zu arbeiten - das ist nämlich notwendig, um die Übergangsfristen ausschöpfen zu können.

Neue Vertretung für die Ärzte

Bis jetzt führten die Verhandlungen meist Vertreter der Ärztekammer. Wenn es eine Gewerkschaft gebe, könnte diese die Verhandlungen führen, sagt Rainer. Juristisch gesehen sei die Ärztekammer zwar Kollektivvertragsfähig. Sie sei es aber nur nachrangig hinter einer Gewerkschaft. Rainer habe die Gründung aber nicht vorgenommen, weil er sich von der Ärztekammer schlecht vertreten fühle. "Es gibt diesbezüglich in Österreich viele Konstellationen", sagt er. "In Kärnten hat sich zum Beispiel der Ärztekammerpräsident maximal engagiert. Er konnte seine Forderungen aber nicht durchsetzen."

Ländersektion auch in Salzburg

Das nächste Ziel Rainers ist es nun, möglichst viele Mitglieder zu bekommen und auch Ländersektionen zu gründen. Diese wurden bereits in Wien, Niederösterreich und Salzburg beantragt. Nötig waren dazu mindestens zehn Unterschriften. "Aus Salzburg haben sich gleich einige Kollegen sehr aktiv beteiligt", sagt Rainer. Dort gebe es zwar eine Einigung zwischen Ärztekammer und Landespolitik. "Aus Sicht der Ärzteschaft ist das Problem aber auch in Salzburg nicht erledigt." Mit den Protestaktionen, die am Freitag in Kärnten geplant sind, erklärt sich die Asklepios Gewerkschaft solidarisch.

Forderungen und Petition

Auf ihrer Internetseite www.aerztegewerkschaft.at formuliert die Gewerkschaft ihre Forderungen. Sie möchte das Verhandlungsmandat für die Ärzteschaft, eine gesetzeskonforme 48-Stunden-Woche für die Ärzte und eine "Anpassung der Gehälter auf ein im deutschsprachigen Raum übliches Niveau". Dort sind Interessierte auch aufgerufen, die Forderungen in einer Petition zu unterstützen.

Q

VERWANDTE ARTIKEL

SOZIALE NETZWERKE


Facebook

 Salzburger Nachrichten 
Gefällt mir 77.066

Twitter

 @salzburg_com folgen 7.650 Follower

Google+

 Folgen 9.438

MEISTGELESEN	KOMMENTIERT	EMPFOHLEN
CHRONIK	Steirische Weinstube sperrt zu: Ein...	
WIRTSCHAFT	Billig tanken in Salzburg: Benzinpreis...	
SPORT	ÖSV-Cheftrainer Puelacher: "Ja, wir...	
WIRTSCHAFT	Franken-Freigabe lässt Börsen und Euro...	
POLITIK	FPÖ-Gemeinderat bei Mahnwache auf...	

ANZEIGE

FREIZEIT

Elevens - das Kartenspiel!

Das "Gewinnspiel des Monats" ist schon legendär unter unseren Usern. Einfach spielen und Hotelaufenthalt gewinnen! >

Was bringen die Sterne?

Wer möchte nicht schon am frühen Morgen wissen, was der Tag für Überraschungen bereithält? Unser Horoskop gibt einen Ausblick! >

Inhalt

JournalScreen

Zehn Genveränderungen bei Schizophrenie-Patienten entdeckt 7

Labormedizin

Doz. Dr. Alexander Haushofer im Interview 11

Fallbericht

Handtrauma entpuppte sich als Madelung'sche Deformität 13



© Krankenhaus Oberndorf, Lehrkrankenhaus der Paracelsus Medizinischen Privatuniversität Salzburg

„Unter die Haut“

Die Ausstellung ist drei Medizinern des 18. Jahrhunderts gewidmet 18

Hautveränderungen

Angiologische Störungen der unteren Extremitäten als Ursache 20

Postmenopausale Frau

Ethische Bemerkungen zu Lebensklima und Klimakterium 24

Steuern im Bild

Abzugsfähigkeit von Bewirtungskosten 27

Älteste Seilschwebbahn

Die Predigtstuhlbahn ist noch im Originalzustand erhalten 31

Impressum

28

Smartphone prägt das Hirn

Durch wiederholende Fingerbewegungen passt sich der Cortex schnell an und beweist einmal mehr, wie plastisch unser Gehirn ist.

Tippen, Streichen, Wischen – Nutzer von Smartphones haben flinke Daumen und Zeigefinger. Der tägliche Gebrauch der mobilen Technik formt nicht nur die Fingerfertigkeit, sondern verändert auch das Gehirn, melden Forscher der Universitäten Zürich und Fribourg.

Im somatosensorischen Cortex haben bekannterweise alle Körperbereiche von der Zehe bis zum Kiefer und der Zunge festgelegte Verarbeitungsareale. Diese Areale sind flexibel und können sich verändern. Bei Geigenspielern etwa sei das Areal, das den instrumentführenden Finger repräsentiert, größer als bei anderen Menschen, erinnert die Universität Zürich in einer Mitteilung.

Wie sich die Fingerfertigkeit von Smartphone-Benutzern auf das Gehirn auswirkt, wollte Arko Ghosh vom Institut für Neuroinformatik der Universität und der ETH Zürich wissen. Zusammen mit Kollegen der Universität Fribourg hat er die Aktivierung im sensomotorischen Cortex untersucht, die durch Fingerbewegungen ausgelöst werden. Bei 37 Rechtshändern, davon 26 Smartphone-Benutzer mit Touchscreen und elf Benutzer von alten Handys, wurde mittels Elektroenzephalografie (EEG) die kortikale Hirnaktivität gemessen. 62 Elektroden am Kopf der Probandinnen und Probanden zeichneten dieses Potenzial aufgrund von Bewegungen des Daumens, des Zeige- und Mittelfingers auf.

Dabei habe sich herausgestellt, dass sich die kortikale Repräsentation bei Nutzerinnen und Nutzern

von Touchscreen-Smartphones im Vergleich zu Personen mit herkömmlichen Handys unterscheidet (Current Biology 2014; online 23. Dezember), heißt es in der Mitteilung zur Veröffentlichung der Forschungsergebnisse. Ghosh habe außerdem zeigen können, dass die Häufigkeit des Smartphone-Gebrauchs die kortikale Aktivität beeinflusst. Je mehr das Smartphone in den vergangenen zehn Tagen benutzt worden war, desto größer war das Signal im Gehirn. Dieser Zusammenhang war am stärksten, nämlich proportional, im Areal, das den Daumen repräsentiert.

Smartphone-Nutzer versus Geigenspieler

„Auf den ersten Blick scheint dieser Befund vergleichbar zu sein mit dem, was bei Geigenspielern geschieht“, so Ghosh. Zwei Unterschiede konnten die Forscher jedoch festmachen: Zum einen spielt bei Smartphone-Nutzern keine Rolle, wie lange sie ein Gerät schon besitzen und benutzen. Bei Geigenspielern hingegen war die Aktivität im Gehirn abhängig vom Alter, in dem sie zu spielen begannen. Zum anderen besteht ein linearer Zusammenhang zwischen der Aktivierung im Hirn und der letzten Nutzung des Smartphones, während dies bei Geigenspielern in früheren Studien nicht nachgewiesen werden konnte.

„Die digitale Technik, die wir im Alltag nutzen, formt die Sinnesverarbeitung in unserem Gehirn und zwar in einem Ausmaß, das uns überrascht hat“, fasst Ghosh in der Mitteilung zusammen. ÄZ ■

Angeklickt

Meistgelesen auf SpringerMedizin.at

1 Kommunikation mit Patienten



© Monkey Business / fotolia.com

2 Augenärzte bekommen mit 3D-Brille neuen Einblick

3 Krankenkassen – Oberhauser: Entwicklung noch nicht abschätzbar

4 GdG-KMSfB-Meidlinger: Klare Absage an eigene Ärzte-Gewerkschaft

5 Basler Spitalapotheke spart mit angebrochenen Medikamentenpackungen



© Robert Kneschke / fotolia.com

6 CH: Ruth Metzler gibt Leitung des Spitalverbund-Verwaltungsrats AR ab

7 65. Wiener Ärzteball am 31. Jänner 2015



© Stefan Seelg

8 D: Gesundheitskärtchen für Asylbewerber

9 D: Ministerium erarbeitet Leitlinie zum medizinischen Kinderschutz

10 Hilfswerk fordert „Jahr der großen Pflege-reform“

NebenWirkungen

Ärztliches Jahreshoroskop

Für wen die Sterne 2015 günstig stehen und wer das kommende Jahr besser überspringen sollte, erfahren Sie hier!

Nachdem es in Printmedien so Sitte ist, sei auch an dieser Stelle zu Beginn des neuen Jahres ein kleiner Ausflug zu den Sternen gestattet. Immerhin waren unsere medizinischen Ahnen nicht nur Ärzte, sondern auch gleichzeitig Astrologen. Auch wenn es einem Chirurgen von heute nur am Rande interessiert, ob der Krebs, den er gerade operiert, den Aszendent Waage hat, wollen wir es heute mit Paracelsus halten, der gemeint hat: „Ein Arzt, der nichts von Astrologie versteht, ist eher ein Narr zu nennen denn ein Arzt.“ Das möchte ich nicht auf mir sitzen lassen und daher – ohne die Sterndeuter brüskieren zu wollen – ein aktuelles Jahreshoroskop liefern, das sich wahrscheinlich auch bewahrheiten wird:

Wassermann: Internisten dieses Sternzeichens sollten dieses Jahr vermehrt Augenmerk auf die inneren Werte legen.

Fisch: Sollte am Ende des Tunnels ein Licht auftauchen, sind Sie bei der Koloskopie wahrscheinlich zu weit gegangen.

Widder: Im Sternzeichen des Widders geborene Chirurgen werden im Laufe des Jahres wohl mehrere einschneidende Erlebnisse haben.

Stier: Als Gynäkologe sollten Sie skeptisch sein, wenn eine Jungfrau zur Entbindung kommt. Leiten Sie den Fall bitte umgehend an die nächstgelegene katholische Meldestelle weiter.

Zwilling: Sie sollten bei Operationen nicht immer so klammern.

Man kann die Wunde ja auch zunähen. Dabei sollten Sie aber niemals den Faden verlieren.

Krebs: Hüten Sie sich vor Menschen mit Maschinengewehren (das passt übrigens auch für sämtliche andere Sternzeichen).

Löwe: Sie sollten dieses Jahr nicht so streng mit Schwangeren sein, bei denen die Waage bis zum Anschlag geht. Vielleicht handelt es sich ja um Zwillinge.

Jungfrau: Auch als noch so ein eiskalter und berechnender Herzchirurg sind Sie 2015 in der Lage, die Herzen der Menschen zu öffnen.

Waage: Sie sollten den Anschluss nicht verpassen. Vor allem, wenn Sie im Begriff sind, den Urinbeutel zu wechseln. Das kann nass enden.

Skorpion: Das Bild, das Sie von



Von Dr. Ronny Tekal-Teutscher Allgemeinarzt und Begründer des Medizinkabarets www.peter-teutscher.at © privat

den Menschen machen, scheint nur am ersten Eindruck negativ. Aber als Radiologe sollten Sie das wissen.

Schütze: Scheiße, wenn man so nah an Weihnachten Geburtstag hat. Das halbiert in der Regel die Menge der Geschenke.

Steinbock: Wenn Sie am Leid anderer Menschen profitieren, scheint Ihre Praxis auch 2015 gut zu funktionieren. Weiter so!

Dieses praktische Horoskop kann man übrigens auch mit der Funktion „Copy & Paste“ für das Jahr 2016 wieder verwenden. Ein schönes neues Jahr! ■

KOMMENTAR

Neue Ideen
im neuen Jahr

MARTIN RÜMMELE

Die Menschen in Österreich gehen laut Umfragen mehrheitlich pessimistisch ins neue Jahr. Einer davon ist offenbar der neue Vorsitzende im Hauptverband der Sozialversicherungsträger, Peter McDonald. Der Kassenboss erwartet für 2015 und 2016 rote Zahlen. Solche Prognosen seien nichts Neues, unkt die Pharmaindustrie – am Ende würden die Kassen immer besser dastehen, als geplant. Das sei lediglich ein Spiel, um den Preisvorstellungen der Industrie den Wind aus den Segeln zu nehmen, kritisiert die Branche.

Aber wie steht es wirklich um die Kassen? Die Rahmenbedingungen sind in der Tat alles andere als rosig: Neueinführungen teurer Medikamente werden 2015 folgen, während die Zahl der Patentabläufe, von denen die Kassen zuletzt profitiert haben, zurückgeht. Die Ausgaben dürften also steigen.

Gleichzeitig könnten die Einnahmen sinken, wenn sich die Gesamtwirtschaft schleppend entwickelt. Ein Ausweg könnte hier die von der Regierung angekündigte Steuerreform bringen. Nicht nur durch Beschäftigungsimpulse, sondern vielleicht auch eine Verbreiterung der Beitragsgrundlage. Anders formuliert: ein Einbeziehen anderer Einkommensarten in die Sozialversicherungspflicht und eine gleichzeitig Entlastung des Faktors Arbeit.

Reform Erstattung
Kassen legen
Preisliste vor

Wien. Die österreichische Sozialversicherung hat ein vitales Interesse an einer lückenlos qualitätsgesicherten Versorgung ihrer Versicherten mit entsprechenden Medikamenten, betonte gestern auf einer Pressekonzferenz Peter McDonald, Vorstandsvorsitzender des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Der Hauptverband trage dem durch die Herausgabe des Erstattungskodex Rechnung, in dem sich derzeit rund 6.650 verschiedene Packungen von Arzneispezialitäten befinden. Dadurch wird die Versorgung der Patientinnen und Patienten mit hochwertigen Arzneimitteln zu ökonomisch vernünftigen Preisen gesichert.

Der Erstattungskodex wurde im Laufe der vergangenen zehn Jahre durch zahlreiche funktionale Tools und Applikationen wie etwa EKO2go erweitert und nun mit neuen Inhalten neu vorgestellt.

Sozialversicherung Wirtschaftsflaute und hohe Ausgaben für Arzneimittel erhöhen heuer wieder das Defizit

Krankenkassen sehen
2015 eher pessimistisch

Sozialversicherung und Gesundheitsministerin setzen auf Steuer- und Gesundheitsreform.

MARTIN RÜMMELE

Wien. Die gerade erst sanierten Krankenkassen werden heuer voraussichtlich wieder ins Minus rutschen. Während die Kassen für 2014 nach letzter Prognose noch ein Plus von 59 Millionen Euro erwarten, rechnet der Vorsitzende im Hauptverband der Sozialversicherungsträger, Peter McDonald, für 2015 und 2016 rote Zahlen. Ab der Jahresmitte 2014 seien wirtschaftlich „düstere Wolken“ aufgezo-gen. In der zweiten Jahreshälfte seien die Medikamentenkosten wieder um acht Prozent gestiegen, vor allem aber führen das geringe Wirtschaftswachstum und die steigende Arbeitslosigkeit zu geringeren Erwartungen bei den Beitragseinnahmen, die an die Löhne und Gehälter gekoppelt sind.

Verhandlungen mit Ländern

Hoffnung setzt McDonald in die von der Regierung angekündigte Steuerreform; wenn diese einen Impuls für die Beschäftigung und den Standort bringe, würde das auch Mehreinnahmen für die Kassen bedeuten. Bis Ende 2016 ist mit den Kassen auch noch ein „Ausgabendämpfungspfad“ vereinbart. Die Verhandlungen mit den Ländern über neue Ziele sollen dann ab der zweiten Jahreshälfte 2015 parallel mit jenen über den neuen Finanzausgleich, der ebenfalls Ende 2016 ausläuft, geführt werden.

Große Erwartungen setzt McDonald in die beschlossene Gesundheitsreform, die nun umgesetzt werden muss. Obwohl die Österreicher mit ihrem Gesundheitswesen jetzt schon in einer beneidenswerten Situation seien, könne das



Kassenpräsident Peter McDonald will mit Bonusmodellen die Menschen zu einer gesünderen Lebensweise anspornen.

System mit Reformen fit für die zweite Hälfte des 21. Jahrhunderts gemacht werden. Mit der beschlossenen Reform hätten Bund, Länder und Sozialversicherung die Grundlage geschaffen, damit die Rädchen stärker ineinandergreifen. Im nächsten Schritt müssten nun in der Umsetzung alle an einem Strang ziehen, um Doppelgleisigkeiten zu beseitigen und Steuer- sowie Beitragsgelder effizienter einzusetzen, meint der Sozialversicherungs-Chef.

Wichtig ist dem Hauptverband-Chef die Gesundheitsvorsorge. Deshalb hält der das von ihm bei der Gewerblichen Sozialversicherungsanstalt (SVA) eingeführte Bonus-System, mit dem Versicher-

te ihren Selbstbehalt bei Erreichen von Gesundheitszielen halbieren können, nach wie vor für ein „gutes Modell“. Er strebt an, dass alle Träger einen stärkeren Fokus auf die Vorsorge legen, will das SVA-Modell aber den anderen nicht „überstülpen“. Auch andere Träger hätten schon Modelle zur Gesundheitsvorsorge; deshalb sollten die Träger von den besten Beispielen lernen.

Ministerin zurückhaltend

Zurückhaltend reagiert Gesundheitsministerin Sabine Oberhauser (SPÖ) auf die Ankündigung, dass die Krankenkassen 2015 und 2016 wieder ins Minus rutschen werden.

Es sei zum jetzigen Zeitpunkt noch zu früh, um abschätzen zu können, wie sich die Kassen wirtschaftlich in den kommenden Jahren entwickeln werden.

Die steigenden Medikamentenkosten seien auf jeden Fall ein wichtiger Aspekt. Dabei handelt es sich für Oberhauser allerdings um ein Problem, das nicht nur Österreich betrifft, und „wir brauchen hier gesamteuropäische Lösungen“. Grundsätzlich hielt die Gesundheitsministerin fest, es sei McDonald „hoch anzurechnen, dass er mit der Vorsicht eines ordentlichen Kaufmanns bedachte Prognosen über die finanzielle Entwicklung der Krankenkassen tätigt“.

Spitalsstreit Gehaltsdebatte in den Krankenhäusern lässt Ruf nach eigener Gewerkschaft laut werden

Ärzte sind mit eigener Kammer unzufrieden

Wien. Im Fahrwasser der Diskussion um das neue Arbeitszeitgesetz für Spitalsärzte will sich nun eine neue eigene Ärztegwerkschaft formieren. Unter dem Arbeitstitel „Asklepios-Gewerkschaft für angestellte Ärztinnen und Ärzte in Österreich“ sammelt Initiator Gernot Rainer derzeit Unterstützer – auf Facebook hatten am Mittwochmittag bereits Hunderte Nutzer auf „Gefällt mir“ geklickt.

Die neue Gewerkschaft soll nach dem Vorbild des Marburger Bundes, der Interessenvertretung aller angestellten und beamteten Ärztinnen und Ärzte in Deutschland, aufgebaut werden. Auch die Forderungen sind bereits publiziert, darunter unter anderem die Verdoppelung des Bruttogrundgehalts bei 40 Wochenstunden sowie eine angemessene Bezahlung der anfallenden Überstunden.

Derzeit sei ein Treffen mit dem Präsidenten der Wiener Ärztekammer, Thomas Szekeres, vorgesehen. Zudem wolle man die Einreichung als Gewerkschaft bei den Behörden in den kommenden Tagen durchführen, heißt es auf Facebook. Be-

vor noch irgendetwas fix ist, winkt die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG) bereits ab: „Wir treten geeint auf und agieren in enger Kooperation mit Vertretern der Ärztekammer. Wir erwarten uns auch von der restlichen Ärzteschaft, dass sie mit uns an einem Strang zieht“, erklärte Christian Meidlinger, Vorsitzender der GdG – Kunst, Medien, Sport, freie Berufe (GdG-KMSfB) per Aussendung.



Ärzteproteste in Kärnten und anderen Ländern spalten auch die Ärzteschaft.

Die GdG verhandelt aber nur für die Ärzte in den Spitälern des Wiener Krankenanstaltenverbundes. Das größte Wiener Krankenhaus, das AKH, wo die Mediziner bei der MedUni Wien angestellt und damit in der Zuständigkeit des Bundes liegen, führt eigene Gespräche.

Anlass für die Debatten ist das neue Arbeitszeitgesetz für Spitalsärzte, das mit 1. Jänner 2015 in Kraft getreten ist. Es sieht u.a.

vor, dass Ärzte künftig nur noch 48 statt 72 Stunden pro Woche arbeiten dürfen – damit fallen auch gut bezahlte Überstunden und Nachtdienste weg, was die Ärztevertreter auch Gehaltseinbußen von bis zu 30% befürchten lässt.

Ärztekammer bremst

Auch die Ärztekammer bremst: ÖÄK-Vizepräsident Harald Mayer erklärte in einer Aussendung, dass die Angestellten-Kurien „100 Prozent aller Spitalsärzte in Österreich“ vertreten und über ein entsprechendes Verhandlungsmandat verfügen, wenn es darum gehe, bessere Rahmenbedingungen zu schaffen. „Die Angestellten-Kurien können Kollektivverträge für die Spitalsärzteschaft abschließen und tun das bereits seit Jahren“, so Mayer. Insofern sei es nur logisch, dass die Vertreter der Angestellten-Kurien die Verhandlungen führen. „Die Steiermark und Salzburg haben gezeigt, dass vernünftige Ergebnisse nur durch Verhandlung mit den Angestellten-Kurien zu erzielen sind.“ (APA/iks)

Ärztegewerkschaft Asklepios im Vormarsch

Die Gründung von "Asklepios - Gewerkschaft für angestellte Ärztinnen und Ärzte in Österreich" schreitet voran. Die Gründungsunterlagen sind eingereicht, drei Ländersektionen haben sich formiert. Der formelle Antrag wurde bereits erfolgreich von Wien, Salzburg und Niederösterreich eingebracht. Bundesweit sind Ärztinnen und Ärzte dazu aufgerufen, die Petition auf der gestern online gegangenen Seite www.aerztegewerkschaft.at zu unterzeichnen, um die Forderungen der Initiative zu unterstützen.

Diese lauten:

- Verhandlungsmandat für die Ärztegewerkschaft Asklepios
- Gesetzeskonforme 48 Stunden. Sollte es dadurch zu Leistungskürzungen kommen, liegen diese in der Verantwortung des Arbeitgebers.
- Anpassung der Gehälter an das im deutschsprachigen Raum übliche Niveau.

Auf der Homepage www.aerztegewerkschaft.at kann weiters eine Vorregistrierung zur Mitgliedschaft vorgenommen werden. Mit dem Protest der Kärntner KollegInnen zeigt sich Dr. Gernot Rainer, Initiator von Asklepios, solidarisch: "Wir unterstützten die für Freitag angekündigten Streikmaßnahmen zu 100 Prozent. Verhandlungen können nicht unter Ausschluss und gegen die Ärzteschaft geführt werden. So verliert man die Ärztinnen und Ärzte in den Spitälern und riskiert damit letztendlich die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung."

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/17390/aom>

[apa.at](#)

APA – Austria Presse Agentur, 2015

[Permalink](#)



In der Aula des Klinikums Klagenfurt fand der „Informationsaustausch“ der Ärzte statt

RAUNIG (4)



„Kapitän“ Klinik-Direktor Ferdinand Waldenberger

„Wir sind keine Marionetten, die sich instrumentalisieren lassen. Vielmehr geht es um die Zukunft einer ganzen Berufsgruppe, welche die medizinische Versorgung der Bürger sichert.“

Petra Preiß,
Ärzte-Sprecherin



Unterschreiben für eine neue Gewerkschaft

Für Ärztekammer-Präsident Josef Huber war die Arbeitsunterbrechung der Spitalsärzte „einzigartig und einmalig“ in ihrer Art. Dem obersten Ständesvertreter sind die 13,5 Millionen Euro des Landes für Erhöhungen „zu wenig“. Die Spitalsärzte verabschiedeten eine Resolution, mit der sie weiterhin mehr an Gehaltserhöhung verlangen, als das Land zu geben bereit ist.

Eigene Gewerkschaft

Indessen zeichnet sich die Gründung einer neuen österreichischen Ärztegewerkschaft mit starker Kärnten-Beteiligung ab. Die Spitalsärzte sehen in „Asklepios“ (altgriechischer Gott der Heilkunst) eine bessere Interessenvertretung als in der Gewerkschaft öffentlicher Dienst.

Im Netz.

Mehr Infos, Video und Fotos zum Ärztekonflikt auf

www.kleinezeitung.at/kaernten

BEISPIEL KRANKENHAUS SAMONIG

Einigung mit den Ärzten

Bereitschaft zu Mehrarbeit sichert den Betrieb.

Von einem Dienst nach Vorschrift und in diesem Zusammenhang unvermeidbaren Engpässen sind die Patienten des Krankenhauses Samonig in Spittal verschont geblieben. Noch vor dem 1. Jänner, mit dem das neue Ärzte-Arbeitszeitgesetz umgesetzt wurde, das die maximale Wochenstundenzahl mit 48 Stunden beschränkt, schlossen Spitalsleitung, Betriebsrat und die Vertretung des Ärzte-Mittelbaus eine Betriebsvereinbarung. Aufbauend auf dieser unterschrieb bereits ein Großteil der 73 angestellten Mediziner (66 davon in Vollzeit) eine Opt-out-Klausel, die ihnen gestattet, in einer Übergangsfrist bis zum Jahr 2021 län-

ger als 48 Stunden zu arbeiten. „Nur durch die Bereitschaft der Ärzte zu diesen Mehrleistungen sind wir in der Lage, die medizinischen Leistungen in vollem Umfang aufrechtzuerhalten“, streicht Krankenhausdirektorin Andrea Samonig heraus.

Das Krankenhaus Samonig hat einen Kooperationsvertrag mit der Kabeg und eine ganz klare Botschaft an das Land. Allein werde man weder die jetzt beschlossene Aufstockung der Gehälter tragen noch bis 2021 die notwendigen zusätzlichen Ärzte einstellen können. „Ungeachtet unserer aktuellen Einigung muss allen klar sein, dass wir in einer Übergangsphase sind“, sagt Andrea Samonig.

REAKTIONEN

„30 Prozent sind eine Utopie“

Die von den Spitalsärzten nach wie vor erhobene Forderung nach einer 30-prozentigen Gehaltserhöhung bezeichnete Landeshauptmann **Peter Kaiser** (SPÖ) in einem offenen Brief an Ärztekammer-Präsident Josef Huber als „Utopie angesichts der derzeitigen budgetären Möglichkeiten des Landes“. Im Übrigen sei seine Einladung zu einer gemeinsamen Lösung von Ärztekammer-Funktionären nicht in Anspruch genommen worden.

Für FPÖ-Chef Landesrat **Christian Ragger** ist es bedauerlich, dass die Patienten unter dem Gehaltskonflikt leiden. Es müsse daher rasch neu verhandelt werden, fordert er.

[Menü](#)[17.01.2015](#) · [1 Kommentar](#)

Was verbirgt sich hinter der neuen Ärztegewerkschaft?

Dr. Anna Kreil ist Gründungsmitglied der "Asklepios Gewerkschaft der angestellten Ärztinnen und Ärzte in Österreich", die vom Pneumologen Dr. Gernot Rainer initiiert wurde und sich derzeit im Aufbau befindet. Ziel der Initiative ist die Gründung einer bundesweit agierenden, freien und politisch unabhängigen Organisation, die ausschließlich die Interessen angestellter Ärztinnen und Ärzte vertritt. medONLINE.at wollte von Dr. Kreil wissen, was sich hinter Asklepios verbirgt.



**ASKLEPIOS
GEWERKSCHAFT**

für angestellte Ärztinnen
und Ärzte in Österreich



Dr. Anna Kreil

Frau Doktor Kreil, Sie sind neben Ihrer Tätigkeit als Internistin und Intensivmedizinerin ein sehr politischer Mensch. Nachdem Sie sich in der Spitalsärztevertretung/Mittelbau und der Ärztekammer engagiert haben, sind sie seit einigen Jahren auch für die NEOS tätig. Nun gehören Sie dem Führungsteam der neu gegründeten Ärztegewerkschaft "[Asklepios](#)" an. Fühlen Sie sich von der Ärztekammer nicht gut vertreten?

Dr. Kreil: Die Ärztekammer ist eine traditionsbehaftete, aber doch starre und rigide Organisationsform, in der viele verschiedene Partikularinteressen unter einem Dach versammelt sind. Die Vertretung der angestellten Ärztinnen und Ärzte durch die Ärztekammer wird von vielen seit längerem als unzureichend beurteilt. Verschärft hat sich die Situation durch die bereits bekannten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen im stationären Bereich.

Wie ordnen Sie das Verhältnis zwischen den Proponenten und der Ärztegewerkschaft ein? Man könnte annehmen, es handle sich um zwei konkurrierende Organisationen. Oder verfolgen die Ärztekammer und Asklepios die gleichen Ziele?

Dr. Kreil: Die Konkurrenz ist zwischen der neuen, eher als komplementär zu sehenden Ärztegewerkschaft und der Ärztekammer bzw. den Landesärztekammern in manchen Teilen sicherlich vorhanden, wobei von rechtlicher Seite die ÄK kein klares Verhandlungsmandat für Spitalsärzte hat. Die Ziele, kurzfristig eine Gehaltserhöhung auf konkurrenzfähiges Niveau zu bringen und langfristig Mediziner im Land zu halten sowie eine "normale" Arbeitszeit mit entsprechenden Rahmenbedingungen zu gewährleisten, sind jedoch ähnlich. Daher ist in meinen Augen eine Kooperation unabdingbar.

Was unterscheidet Asklepios von den Gewerkschaften vida oder der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – Kunst, Medien, Sport, freie Berufe (GdG-KMSfB)?

Dr. Kreil: Bei der neuen Ärztegewerkschaft verhandeln Ärzte, die das System, dessen Möglichkeiten und Mitarbeiter kennen, für ihre eigenen Rahmenbedingungen. Bei vielen anderen Gewerkschaften sind (zu) viele Berufsgruppen zusammengefasst und die Verhandler oft mit den konkreten Gegebenheiten zu wenig vertraut. Dem Interesse der Spitalsärzte wird hier nicht ausreichend Rechnung getragen.

Können Sie ein wenig über das Gründungsprozedere von Asklepios berichten? Angeblich gibt es bereits Sektionen in

einigen Bundesländern.

Dr. Kreil: Wir haben innerhalb einiger Tage die [Statuten](#) für die neue Ärztegewerkschaft erarbeitet und eingereicht, die [Facebook-Seite](#) und Homepage www.aerztegewerkschaft.at zum Leben erweckt und vor allem unsere Aktivitäten allen Interessierten zur Verfügung gestellt. Die absolute Transparenz ist von vielen Seiten sehr positiv aufgenommen worden. Bei einem ersten, sehr kurzfristigen Treffen in Wien mit über 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus verschiedenen Krankenanstalten haben wir die drei Inhalte unserer Onlinepetition - Verhandlungsmandat, 48-Stunden-Woche und politische Verantwortung bei Leistungseinschränkung sowie ein Gehalt auf Niveau des deutschsprachigen Raumes, um konkurrenzfähig zu bleiben - beschlossen. Die [Petition](#) sowie einen [Antrag auf Vormitgliedschaft](#) kann man sowohl online über die Homepage als auch in Papierform unterzeichnen – und auch hier sind das Interesse und die Unterschätzung groß. Innerhalb kurzer Zeit haben vier Länder (NÖ, Salzburg, Kärnten und Wien) den Status einer Landessektion beantragt, um in den Ländern aufgrund der eigenen Expertise mögliche Verhandlungen führen zu können.

Die Ärztegewerkschaft rekrutiert ihre Mitglieder vor allem im Web. Wenige Stunden, nachdem am 4. Jänner die Asklepios-Facebook-Seite online gegangen ist, hatten hunderte Ärzte die Seite mit einem "Like" versehen. 10 Tage später wurde schließlich die Website publiziert. Wie werden Sie Ärzte erreichen, die nichts mit Internet am Hut haben?

Dr. Kreil: In den meisten Bundesländern gibt es bereits jetzt

schon gut vernetzte Kolleginnen und Kollegen sowie bestehende Strukturen, um möglichst viele einbinden zu können. Es werden auch vor Ort, d.h. in den Spitälern, Formulare für die Petition bzw. Mitgliedschaft aufgelegt sowie Kolleginnen und Kollegen persönlich informiert. Durch die Diskussion über unsere mögliche Gründung in den Medien, deren Hintergründe und die Forderungen wurde ein äußerst breites Interesse geweckt.

Wie realistisch schätzen Sie die Chancen der Ärztegewerkschaft ein, bei den laufenden Verhandlungen mit Sozialträgern und Ländern Gehör zu finden?

Dr. Kreil: Wir haben uns persönlich drei verschiedene Szenarien überlegt:

1. Das Projekt eigene Ärztegewerkschaft ist nicht erfolgreich - dann bleibt Status quo erhalten.
2. Das Projekt eigene Ärztegewerkschaft bewirkt aufgrund der nicht einschätzbaren Konkurrenz bei den Verhandlern (ÄK und Gewerkschaften) ein Umdenken mit positivem Verhandlungsergebnis.
3. Das Projekt eigene Ärztegewerkschaft wird ein Erfolg und wir schaffen es, im Sinne der Spitalsärztinnen und -ärzte in die Verhandlungen einzusteigen und hier zukunftsweisende und akzeptable Ergebnisse zu erzielen.

Bei zweiten Punkt sind wir in manchen Bundesländern jetzt schon angekommen.

Ähnliche Beiträge



**Asklepios: Neue
Ärztegewerkschaft**



**Quickservice vom
kompetenten**



**„Wir möchten DIE
Österreichische**



**Interview mit
Univ.-Prof. Dr.**



**Experteninterview
Dr. Stephan Heres**

Schlagwort: Ärzte-Gewerkschaft, Asklepios, Interview

Veröffentlicht von Kerstin Huber-Eibl

Studium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Schwerpunkt Gesundheitskommunikation. * 1996 Praktikum Zeitschrift "News" * 1998 Austria Presse Agentur * 1998/1999 Health Promotion Partners, Institut Gesundheit und Kommunikation * 1999/2000 Presseabteilung ÖGB * 2000 Manstein Medizin Medien * anschließend Medizin Online Service * seit 2006 Medizin Medien Austria

← Vorheriger Artikel

Nächster Artikel →

Ein Service der Medizin Medien Austria GmbH

[Impressum](#)

[AGB's](#)

[Datenschutzbestimmungen](#)

[Status](#)

[Über medONLINE.at](#)

[Top ↑](#)

KÄRNTEN



Der Ärztestreik am Freitag:
Von 7 bis 9 Uhr legten alleine
im Klinikum etwa 150 Mediziner
die Arbeit nieder.

Nach langer Streiterei:

Ärzte streikten in vier Spitälern

Hunderte legten die Arbeit nieder

Mediziner gründen nun eigene Gewerkschaft

Die Fronten im Gehaltsstreit
zwischen Ärztekammer und
Land verhärten sich.

Klagenfurt. Am Freitag ging es in den Spitälern der Kabeg rund: In vier von fünf Häusern versammelten sich die Ärzte und protestierten gegen das von Landeschef Peter Kaiser (SPÖ) verordnete Gehaltschema und gegen den Versuch von SPÖ-Clubchef Herwig Seiser, die Ärzte ins braune Eck zu drängen. „Kaiser hat die Lunte gelegt, Seiser hat sie angezündet“, sagt Ärztekammer-Präsident Josef Huber.

Wut. Am Freitag habe es jedenfalls einen Sturm der Entrüstung über das „Duo Kaiser und Seiser“ gegeben, denn diese hätten laut Huber tatenlos zugesehen, wie das Gesundheitswesen gegen die Wand gefahren wird. Enttäuscht sei man auch von Zentralbetriebsrat Arnold Auer, der nicht erreichbar war.

Gewerkschaft. Nun dreht sich die Spirale weiter: „Wir haben jetzt genug und gründen eine eigene Gewerkschaft“, verkündete Huber am Freitag. Diese sei selbstverständlich österreichweit tätig, Kärnten demnach eine Sektion davon. Es würden auch Gespräche mit der Pflege geführt, um diese einzubinden. Schon ab 1. Februar könnte die neue Ärztegwerkschaft ihren Betrieb aufnehmen. Wer welche Rolle übernehmen wird, sei noch zu klären.

In Richtung Zentralbetriebsrat Auer, der als SPÖ-Funktionär zum Feindbild der Ärztekammer wurde, sagt Huber, dieser vertrete jetzt nur mehr eine Minderheit der Kabeg-Mitarbeiter: „Damit müsste er sich wieder in die Werkstätten eingliedern – mit seiner Freistellung wäre es dann vorbei.“

Manfred Wrussnig



Etwa hundert Ärzte unterschrieben
den Beitritt zur neuen Gewerkschaft.



Der medizinische Leiter des Klinikums
Ferdinand Rudolf Waldenberger.



Von 7 bis 9 Uhr streikten sämtliche
Ärzte im Klinikum Klagenfurt.

Josef Huber im Interview:

»Der Zulauf ist
schon enorm«

ÖSTERREICH: Welchen Sinn
hat eine Gewerkschaft?

JOSEF HUBER: Wir müssen
agieren, weil sich Auer auf
die Seite des Landes ge-
schlagen hat.

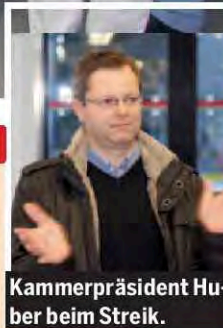
ÖSTERREICH: Gibt es schon
viele Zusagen?

HUBER: Der Zulauf ist
enorm. In der ersten Stun-

de hatten wir schon etwa
hundert Anmeldungen.

ÖSTERREICH: Wird die Pfl-
ge mit aufgenommen?

HUBER: Das wäre mit der
Österreich-Organisation
zu koordinieren. Vernach-
lässigt Auer auch dort die
Interessen, hätten wir si-
cher einen starken Zulauf.



Kammerpräsident Hu-
ber beim Streik.

ORF. WIE WIR.

Villacher Fasching

ORF 2

PRINZEN, POINTEN UND LEI LEI

60 JAHRE VILLACHER FASCHING

HEUTE 20:15

Zwei, die gerne Mamas wären

Sandra und Franziska sind lesbisch. Sie wollen vielleicht einmal ein Kind adoptieren.

KLAUS HÄMMERLE
E-Mail: klaus.haemmerle@vorarlbergernachrichten.at
Telefon: 05572/501-634

DORNBIRN. Sie, 33 Jahre, in einem festen Anstellungsverhältnis, freundlich und besonnen. Sie, 21, mitten in einer Lehre, sonnige Natur und ebenfalls sehr vernünftig. Sandra und Franziska. Zwei, die sich lieben und die Außenstehenden keinerlei Probleme machen, sie auf Anhieb sympathisch zu finden.

Die Kriterien

Die beiden Druckvorstufentechnikerinnen sind eher unpolitisch und auch sonst nicht irgendwie überengagiert. Mit höchstem Interesse haben sie dennoch die Botschaft vernommen, dass homosexuelle Paare bald fremde Kinder adoptieren dürfen. „Es ist dies ein Fortschritt in unserer Gesellschaft“, sagt Sandra. „Es ändert aber nichts an dem, was die Verantwortung für Kinder verlangt: Liebe, Zuneigung, die Gewährleistung von Sicherheit“, fügt die Tochter einer philippinischen Mutter und eines Vorarlberger Vaters an. „Kinder können natürlich für



Sandra (l.) und Franziska können sich durchaus vorstellen, einmal Kinder zu adoptieren.

FOTO: VN/STEURER

uns ein Thema werden“, sagt Franziska. Nachsatz: „Aber vorher wollen wir wirtschaftlich stabile Verhältnisse. Einfach so Kinder zu bekommen oder zu adoptieren, spielt sich ohne die entsprechenden Voraussetzungen bei uns ganz sicher nicht.“

Seit zwei Jahren sind Sandra und Franziska ein Paar. Beide haben schon in der Pubertät gespürt, wie sie sexuell ticken. Ihr Umgang mit der lesbischen Orientierung war freilich unterschiedlich. „Für mich war es nicht leicht. Ich wusste nicht

recht, was mit mir ist. Weil ja alle um dich herum anders sind und dir das als richtig vorgestellt wird“, reflektiert Sandra ihre Erfahrungen. Bis heute hat sie mit ihrer Mutter nicht direkt über ihr Anderssein gesprochen, sehr wohl mit ihrem engsten Umfeld. Für Franziska war es leichter. „Ich habe eine lesbische Cousine und einen schwulen Onkel. Das machte die Sache unkomplizierter“, lacht die ehemalige Lehramtsstudentin.

Was beiden gemeinsam ist: Sie hatten vor ihrer Bezie-

„Für Kinder braucht es entsprechende Voraussetzungen.“

FRANZISKA

hung auch schon heterosexuelle Kontakte.

„Normales“ Umfeld

Sandra und Franziska bewegen sich in einem fast ausschließlich heterosexuellen Umfeld. „Niemand von unseren Freunden ist schwul oder lesbisch. Wir suchen auch

nicht gezielt ein schwules oder lesbisches Milieu. Wir waren nur einmal in Barcelona an einem Strand für gleichgeschlechtliche Paare. Es hat uns gut gefallen. Einfach weil man sich ein bisschen unbefangener geben konnte“, erzählt Franziska. Ihre Homosexualität demonstrieren die beiden Dornbirnerinnen in der Öffentlichkeit eher dezent. „Wir mögen ja auch nicht, wenn sich Heterosexuelle permanent vor anderen abschmusen. Wir gehen vielleicht ab und zu Händchen haltend spazieren, aber das ist auch schon alles.“

Die neue Option

Das Thema Kinder werden Sandra und Franziska womöglich dann offensiv angehen, wenn Franziska ihre Lehre erfolgreich abgeschlossen hat. „Es ist gut, zu wissen, dass wir jetzt neben einer Samenspende noch eine zweite Option hätten. Aber noch steht uns genug Zeit zur Verfügung, eine eventuelle Familienplanung in aller Ruhe anzugehen“, beschreibt Sandra ihre Befindlichkeit in Sachen Kinderwunsch.

Bis dahin betreuen sie ihren Hund Udo, eine kleine Französische Bulldogge, wie ein Kind. Dem anhänglichen Vierbeiner sind beide Frauen gleich lieb, was er gar nicht oft genug bezeugen kann.



Braucht es die Ampel an der Sägerbrücke angesichts der Baustelle?

Verkehrsampel in der Diskussion

DORNBIRN. (VN-pes) Die Ampel an der Sägerbrücke hält ein Leser des Bürgerforums für überflüssig. Denn wegen der Brückenbaustelle dort gibt gar keinen Querverkehr. Oder doch? „Die Ampel könnte man außer Betrieb nehmen. Die Baustelle dauert noch zwei Jahre“, meint ein Nutzer. „Diese Ampel gilt gleichzeitig auch für den nächsten Fußgängerübergang 20 Meter weiter hinten“, weist ein weiterer hin. Der ursprüngliche Melder meint jedoch, dass man während der Bauphase die Ampel außer Betrieb nehmen könnte.



Bürgerbeteiligung war noch nie so einfach! Mehr unter buergerforum.vol.at

Kein Bedarf an Gewerkschaft

DORNBIRN. (VN-mm) Deutschland hat mit dem „Marburger Bund“ schon eine, nun soll auch in Österreich eine Gewerkschaft für angestellte Ärzte entstehen. Hintergrund ist die Einführung der 48-Stunden-Woche in den Spitälern und damit einhergehend die künftige Entlohnung der Ärzte, die in einigen Bundesländern massiven Ärger schürt. Für den Namen der Gewerkschaft stand „Asklepios“, der Gott der Heilkunst, Pate. Die Gründungsunterlagen seien eingereicht, drei Landesregionen, nämlich Wien, Salzburg und Niederösterreich, hätten sich bereits formiert, heißt es. Gefordert wird unter anderem ein Verhandlungsmandat für „Asklepios“.

Für Vorarlberg sieht der Sprecher der Spitalsärzte, Dr. Hermann Blaßnig, keinen gewerkschaftlichen Handlungsbedarf. Hier herrsche ein besseres Verhältnis zwischen Standes- und Landespolitikern, meint er. „Wir werden die Entwicklung aber genau beobachten“, ergänzte Blaßnig. Er verwies darauf, dass die Gründung einer Gewerkschaft eine mühsame Sache sei. Derzeit obliegt der Kurie die Vertretung der Interessen der angestellten Ärzte.

Modell präsentiert, Arbeitsgruppe startet

Land will eine schnelle Lösung für sanitäts-polizeiliche Aufgaben.

BREGENZ. (VN-mm) So schnell kann Politik auch sein. Am Freitagnachmittag präsentierte ein Vertreter des Landes Niederösterreich die dort mit Erfolg praktizierte Umsetzung der kurativen Nachtdienste sowie der sanitätspolizeilichen Aufgaben wie Totenbeschau und Untersuchungen nach dem Unterbringungsgesetz. Am Montag schon wird im Land eine Arbeitsgruppe starten, die basierend auf dem vorgestellten Modell schnellstmöglich eine Lösung für das Problem liefern soll. „Wenn alle mitziehen, kann in relativ kurzer Zeit etwas Gutes entstehen“, gab sich Gesundheitslandesrat Christian Bernhard nach dem Gespräch zuversichtlich. Er wünscht sich eine flächendeckende Versorgung sowie einheitliche Ansprechpartner für diese Tätigkeiten.

Keine Sprengelregelung

Wie berichtet, kämpfen viele Gemeinden mit der Schwierigkeit, Ärzte dafür zu finden. Betroffen sind etwa die Städte Bregenz und Dornbirn. Nächtliche Totenbeschauen können nicht durchgeführt werden, für Untersuchungen nach dem Unterbringungsgesetz muss das Krankenhaus Maria Ebene in Frastanz oder die Ambulanz im LKH Bre-

genz angefahren werden. „Dieser Zustand ist nicht mehr akzeptabel“, sagt Bernhard. Ein Weg aus der Misere könnte das niederösterreichische Modell sein. Dort wurden die üblichen Sprengelregelungen aufgehoben, das heißt, jeder niedergelassene sowie Wahl- und Spitalsarzt, der Zeit hat, kann sich für einen Dienst an verschiedenen Orten in ein Register eintragen. Die Bezahlung erfolgt pro Fall, wobei die Honorare unterschiedlich hoch sind. Eine Untersuchung nach dem Unterbringungsgesetz beispielsweise bringt 200 Euro. Für unbesetzte Zeiten gibt es entsprechend mehr. Die Regelung zieht. Inzwischen würden sich Ärzte bereits beklagen, dass sie nie an die Reihe kommen. „Für junge Mediziner bietet sich da eine gute Zuverdienstmöglichkeit“, meint Bernhard.

Am Gespräch im Landhaus nahmen Vertreter der Ärztekammer, der Gebietskrankenkasse (GKK), des Gemeindeverbandes, des Roten Kreuzes und der Polizei sowie die Bürgermeister von Bregenz und Dornbirn teil. Ärztekammer, GKK und Gemeindeverband bilden auch die Arbeitsgruppe. Sie soll unter anderem auch die Finanzierbarkeit prüfen. Die sollte laut Bernhard jedoch kein Problem sein. „Wir geben schon jetzt viel Geld für etwas aus, mit dem niemand zufrieden ist.“ Verwaltet werden könnte ein solches Ärztereister über die bei der Rettungs- und Feuerwehrleitstelle (RFL) angesiedelte Ärzterufnummer 141. „Es würde gut zum geplanten Ausbau der 141 passen“, ist der Gesundheitslandesrat überzeugt.

„Für junge Mediziner ist das eine gute Zuverdienstmöglichkeit.“

CHRISTIAN BERNHARD



FPÖ-Landeschef schießt auf den Bürgermeisterstuhl

Dieter Egger geht bei den Gemeindewahlen in Hohenems als Spitzenkandidat ins Rennen.

HOHENEMS. (ha) FP-Klubchef und LAbg. Dieter Egger, seit Jahren an der Spitze der Freiheitlichen im Land, hat sich endgültig entschieden: Er will Hohenemser Stadtchef werden. Sollte er bei der Bürgermeister-Direktwahl am 15. März tatsächlich den ersten Platz erreichen, wird er sich Schritt für Schritt aus der Landespolitik zurückziehen.

Ein Geheimnis ist es längst keines mehr: Wie die VN bereits mehrfach berichteten, zeigt Dieter Egger große Lust auf den Hohenemser Bürgermeistersessel. Am Freitag, drei Tage nach seinem 46. Geburtstag, erfolgte die offizielle Bestätigung: Der Chef-Blauer im Land hat seine Liebe für die Gemeindepolitik entdeckt und wäre sogar bereit,

alle Funktionen auf Landesebene, abgesehen vom Sitz im Landtag, abzugeben, sollte er ins Bürgermeisterbüro des Hohenemser Rathauses einziehen.

Die Rückendeckung der Hohenemser Freiheitlichen hat er, bestätigt Stadtparteiobmann Friedl Dold: „Dieter Egger wurde einstimmig zum Spitzenkandidat gewählt.“ Egger betonte, er habe sich die Kandidatur lange überlegt und sei zum Schluss gekommen, dass es höchste

Wahl 2010

Stadtvertretung:	
ÖVP	43,76%
FPÖ	22,66%
Bürgerbewegung	14,32%
Emsige & Grüne	10,2%
SPÖ	9,06%

Bürgermeister:

Richard Amann (ÖVP)	51,1%
Horst Obwegeser (FPÖ)	19,2%
Kurt Raos (Bürgerbewegung)	13,6%
Bernhard Amann (Emsige)	8,6%
Elisabeth Märk (SPÖ)	7,6%



Das Wahlplakat ist schon fertig: Dieter Egger tritt in Hohenems an.

FOTO: VN/HOFMEISTER

Zeit sei, die jahrzehntelange ÖVP-Herrschaft zu beenden. Als „Emser mit Leib und Seele“, der sich immer schon für seine Heimatstadt eingesetzt habe, sei er der richtige Mann für Hohenems.

Der FP-Spitzenkandidat setzt sich hohe Ziele: Er will Hohenems zur familienfreundlichsten Stadt des Landes machen, Bauvorhaben rasch umsetzen, Investoren entgegenkommen anstatt Ansiedlungspläne zu blockieren, das Ortszentrum durch den Bau einer Tiefgarage für den Handel interessant machen: „Am Samstag sollte man die Hohenemser nicht in Dornbirn am Marktplatz treffen, sondern in Hohenems auf dem Schlossplatz.“ Und eines Tages sollte Hohenems sich als „Juwel im Rheintal“ etablieren können, kündigt Egger eine rosige Zukunft der jüngsten Stadt des Landes an, wenn er das Zepter in der Hand hält.

Einfach wäre das Regieren nicht, denn den Emser Blauen ist klar, dass sie die absolute Mehrheit nur schwer erreichen können. Mehrheiten müssten von Fall zu Fall gefunden werden. Bei den letzten Gemeindewahlen 2010 kamen die Freiheitlichen auf 22,6 Prozent, die ÖVP erreichte 43,7 Prozent, die Bürgerbewegung von Kurt Raos schaffte auf Anhieb 14,3 Prozent, die Emsigen und Grünen verbuchten 10,2 Prozent für sich, die SPÖ musste sich mit neun Prozent zufriedengeben. Der amtierende Bürgermeister Richard Amann (ÖVP) wurde bei der Direktwahl vor fünf Jahren mit 51 Prozent Stimmenanteil in seinem Amt bestätigt.

Teletotal
ZIEHUNG VOM 16. JÄNNER 2015
7 2 4 7 9

EURO
ZIEHUNG VOM 16. JÄNNER 2015
29 30 32 34 46 3 6
ALLE ANGABEN OHNE GEWÄHR

VN-Quiz

Was ist „E 605“?

- Vitaminpräparat
- Pflanzenschutzmittel
- Europastraße
- Lebensmittelzusatzstoff

Auflösung auf /F7

Spitalsärzte weiter auf Barrikaden Kundgebung in Wien trotz Annäherung

Die Spitalsärzte gehen für ihre Gehaltsforderungen wegen des neuen Ärztezeitgesetzes wieder auf die Barrikaden. Die neuen Arbeitszeitregeln zeitigen in einigen Spitälern bereits Folgen - Leistungsreduktion und Engpässe stehen im Raum. Leichte Annäherungen in Wien und Oberösterreich gibt es zwar, Abschlüsse allerdings nicht.

Im Wiener MuseumsQuartier machten am Montagnachmittag rund 1.500 Ärzte auf Einladung der Wiener Ärztekammer ihrem Unmut Luft. Die Veranstalter hatten rund 500 bis 700 Teilnehmern erwartet. Bei der zweistündigen Veranstaltung wurde auch ein Forderungskatalog beschlossen, der unter anderem „attraktive Arbeitszeitmodelle“ enthält - mehr dazu in [wien.ORF.at](http://wien.orf.at)

<<http://wien.orf.at/news/stories/2690047/>> .

Anhebung der Bezahlung gefordert

Grund für die Proteste der Ärzteschaft sind unter anderem die mit den reduzierten Arbeitszeiten einhergehenden Gehaltseinbußen. Die Bezahlung soll auf ein international übliches Niveau angehoben werden - vor allem die Grundgehälter sollen auf Basis einer 40-Stunden-Woche neu berechnet werden. Denn besonders gut bezahlte Nachtdienste und Überstunden sind von der Neuregelung betroffen - deshalb fordert die Ärztekammer eine Anhebung der Grundgehälter um mindestens 30 Prozent. Damit soll die öffentliche Hand als Arbeitgeber wieder attraktiver werden und eine weitere Abwanderung von Jungärzten verhindert werden, so das Argument.

Auch andere Spitäler als die über den Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV) von der Gemeinde Wien betriebenen seien betroffen, so der Wiener Ärztekammer-Präsident Thomas Szekeres am Freitag. Im St.-Anna-Kinderspital gebe es derzeit beispielsweise bereits Bettensperren. Auch in den Ordensspitälern würden derzeit die Kollektivverträge neu verhandelt.

Baldige Einigung erwartet

„Die Stimmung unter den Ärzten wird von Tag zu Tag schlechter“, sagte Szekeres weiter. Er zeigte sich jedoch durchaus optimistisch, dass man in allen Häusern in den nächsten Wochen zu einer Einigung kommen werde. „Sollte das nicht der Fall sein, fährt das System hinunter“, so Szekeres. Spätestens ab März rechne er mit großen Einschränkungen.

Nach einer ersten Verhandlungsrunde in Wien am Freitagnachmittag sprachen alle Beteiligten von einer „Annäherung“. Zwar seien in Sachen Gehalt und Arbeitszeit noch einige Punkte offen, jedoch zeigten sich alle Beteiligten optimistisch, demnächst zu einer Lösung zu gelangen. „Wir haben zwar in wichtigen Punkten keine Einigung erzielt, aber unsere Positionen abgesteckt und einen Verhandlungsfahrplan vereinbart“, so Szekeres. Man werde nun in kurzen Abständen weitere Gespräche führen, grundsätzlich seien alle bemüht, rasch zu einer Lösung zu kommen. Allerdings: „Wäre man uns genug entgegengekommen, dann hätten wir schon abgeschlossen“, so Szekeres - mehr dazu in [wien.ORF.at](http://wien.orf.at) <<http://wien.orf.at/news/stories/2689679/>> .

Ärzte gingen in Klagenfurt auf die Straße

Auch in Oberösterreich gibt es keine Einigung - mehr dazu in [ooe.ORF.at](http://ooe.orf.at)

[<http://ooe.orf.at/news/stories/2689609>](http://ooe.orf.at/news/stories/2689609) . Am Freitag kam es in Kärnten zu Protesten. Rund 150 Spitalsärzte nahmen in Klagenfurt an einem Warnstreik gegen das vom Land verordnete Gehaltsmodell teil. Die Ärzte wollen weiter mehr als die 13,5 Mio. Euro an zusätzlichem Gehalt. Mehr sei aber nicht möglich, so der Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) in einem offenen Brief - mehr dazu in [kaernten.ORF.at](http://kaernten.orf.at)

[<http://kaernten.orf.at/news/stories/2689649>](http://kaernten.orf.at/news/stories/2689649) .

Wie teuer wird es für die Medizinuni?

Auch Universitäten und Wissenschaftsministerium ringen nach wie vor um die Abgeltung für die aufgrund des neuen Arbeitszeitgesetzes für Spitalsärzte entstehenden Mehrkosten in den Unibudgets. Betroffen davon ist etwa das Wiener AKH. Die Rektoren befürchten, dass ein Großteil des Budgetplus von 615 Mio. Euro für die Jahre 2016 bis 2018 für die Ärzte aufgewendet werden muss, anstatt in Lehre und Forschung zu fließen.

Erste Ergebnisse brachten die Verhandlungen zwischen Wissenschaftsministerium und den Medizinern am Wiener AKH. Geplant ist eine schrittweise rückwirkende Gehaltsanpassung. Im Laufe des kommenden Monats wolle man den Prozess sowie dessen Eckpunkte festlegen. „Ein wesentlicher Bestandteil dieser Eckpunkte ist auch eine schrittweise Gehaltsanpassung, deren erster Schritt rückwirkend ab 1. Jänner 2015 erfolgen soll“, so der Wortlaut aus dem Wissenschaftsministerium. Weitere Gespräche sind geplant und sollen möglichst zeitnah stattfinden - mehr dazu in [wien.ORF.at](http://wien.orf.at) [<http://wien.orf.at/news/stories/2689244/>](http://wien.orf.at/news/stories/2689244/) .

Neue Gewerkschaft geplant

Im Fahrwasser der Diskussion über das neue Arbeitszeitgesetz für Spitalsärzte will sich nun auch eine neue eigene Ärztegewerkschaft formieren. Unter „Asklepios-Gewerkschaft für angestellte Ärztinnen und Ärzte in Österreich“ sammelt Initiator Gernot Rainer auf Facebook derzeit Unterstützer. Die neue Gewerkschaft soll nach dem Vorbild des Marburger Bundes, der Interessenvertretung aller angestellten und beamteten Ärztinnen und Ärzte in Deutschland, aufgebaut werden. Auch die Forderungen sind bereits publiziert, darunter unter anderem die Anhebung des Bruttogrundgehaltes bei 40 Wochenstunden auf deutsches bzw. Schweizer Niveau sowie eine angemessene Bezahlung der anfallenden Überstunden.

Links:

[Ärzttekammer](http://www.aerztekammer.at/) [<http://www.aerztekammer.at/>](http://www.aerztekammer.at/)

[KAV](http://www.wienkav.at/kav/) [<http://www.wienkav.at/kav/>](http://www.wienkav.at/kav/)

[Stadt Wien](http://www.wien.gv.at/) [<http://www.wien.gv.at/>](http://www.wien.gv.at/)

[Asklepios](https://www.facebook.com/pages/Asklepios-Gewerkschaft-f%C3%BCr-angestellte-%C3%84rztinnen-und-%C3%84rzte-in-%C3%96sterreich/1523141134605862) [<https://www.facebook.com/pages/Asklepios-Gewerkschaft-f%C3%BCr-angestellte-%C3%84rztinnen-und-%C3%84rzte-in-%C3%96sterreich/1523141134605862>](https://www.facebook.com/pages/Asklepios-Gewerkschaft-f%C3%BCr-angestellte-%C3%84rztinnen-und-%C3%84rzte-in-%C3%96sterreich/1523141134605862) (Facebook)

Publiziert am 19.01.2015



© Stefan Schurr / fotolia.com

GESUNDHEITSPOLITIK

19. Jänner 2015

Neue Ärztegewerkschaft muss noch Hürden überwinden

Aus einer tiefen Unzufriedenheit mit ihrer aktuellen Interessenvertretung heraus haben Wiener Spitalsärzte eine österreichweite neue Gewerkschaft initiiert. Der Antrag wurde bereits abgeschickt.

Vor einigen Tagen haben die Initiatoren der geplanten neuen Ärztegewerkschaft Statuten und Antrag auf Gründungsurkunde an die zuständigen Behörden geschickt. Als Gründungsmitglieder sind genannt: Dr. Gernot Rainer, Lungenfacharzt im Otto-Wagner-Spital Wien, und Dr. Anna Kreil, Internistin in der Krankenanstalt Rudolfstiftung. Spätestens im März soll dann die konstituierende Generalversammlung die offizielle Gründung beschließen.

Um ihre ehrgeizigen Ziele und Forderungen verwirklichen zu können (siehe Statement Dr. Rainer), muss die Gewerkschaft aber erst einmal drei Hürden überwinden: Sie muss durch Beschluss des Bundeseinigungsamtes kollektivvertragsfähig werden. Sie muss es an den Verhandlungstisch schaffen und sie braucht finanzielle Mittel. Um die beiden ersten Hürden zu schaffen, wird sie entsprechendes politisches Gewicht benötigen, sprich mehr Mitglieder um sich scharen müssen als die derzeit in die Verhandlungen integrierten Vertretungen. Für den letzten Punkt braucht sie unter anderem die Unterstützung der Ärztekammer. Ein Treffen auf Wiener Ebene gab es diesbezüglich bereits, es fand nach Aussage der Akteure „in einer sehr freundlichen Atmosphäre“ statt, blieb aber eher unverbindlich. Die Initiatoren sehen hier die Ärztekammer in der Pflicht, entsprechende Mittel – etwa für fachliche oder juristische Prüfungen von Vorlagen und Anträgen – zur Verfügung zu stellen, weil sie ja „uns angestellte Ärzte zu vertreten hat“. Infos zu dieser neuen Gewerkschaft finden sie unter www.aerztegewerkschaft.at.

Verhandlungsmandat gefordert

„Gewerkschaftsstrukturen stoßen an ihre Grenzen.“

Wie viele Kollegen spürte auch ich eine tiefe persönliche Frustration, als ich die Verhandlungen über die neuen Spitalsärzte-Arbeitszeiten und -Gehaltsanpassungen verfolgte. Wir fühlen uns von den derzeit verhandlungsführenden Gewerkschaften einfach nicht gut vertreten. Wir glauben, dass die bestehenden Gewerkschaftsstrukturen längst an ihre Grenzen stoßen. Was gut organisierte, inhaltlich fokussierte Gewerkschaften erreichen können, hat das Beispiel Marburger Bund in Deutschland eindrucksvoll gezeigt. Die Gewerkschaft ist eine starke und exklusive Vertretung aller angestellten Ärzte und kann auf sensationelle Erfolge verweisen.

Aus all diesen Gründen haben wir die neue Gewerkschaft initiiert. Sie ist statutenmäßig österreichweit konzipiert, das heißt: Ländersektionen können sehr niederschwellig gegründet werden. Das Interesse dafür ist groß, Salzburg etwa hat bereits entsprechende Schritte eingeleitet. Die offizielle Gründung der Gewerkschaft wird in spätestens zwei Monaten erfolgen, nach Abschluss aller Genehmigungsverfahren. Inzwischen ist unsere Website aber bereits aktiv. Wir haben eine Online-Petition gestartet, die drei wesentliche Forderungen umfasst:

1. Wir wollen das Verhandlungsmandat von den derzeitigen verhandlungsführenden Gewerkschaften übernehmen. Voraussetzung dafür ist die Erlangung der Kollektivvertragsfähigkeit. Um beides zu erreichen, muss es uns gelingen, eine entsprechend große Anzahl an



Dr. Gernot Rainer
Lungenfacharzt, Otto-Wagner-Spital, Gründungsmitglied
der neuen Ärztegewerkschaft
© privat

Mitgliedern zu gewinnen.

2. Wir fordern die sofortige Umsetzung der 48-Stunden-Woche. Die Opt-out-Regelung und die langen Übergangsfristen lehnen wir ab. Die Problematik war seit Jahren bekannt. Die Untätigkeit der Politik darf nicht auf dem Rücken der Ärzte ausgetragen werden.

3. Wir fordern eine Anhebung der Löhne auf das Niveau unserer Nachbarn in Deutschland und der Schweiz. Nur dann können wir das Abwandern der Jungärzte verhindern.

Unsere Statuten sehen auch die Möglichkeit von „Kampfmaßnahmen“ als wichtiges gewerkschaftliches Mittel vor. Solche einzusetzen wird nicht unser vorrangiges Ziel sein, wir werden davor aber auch nicht zurückschrecken, falls es notwendig erscheint.



Prof. Dr. Thomas Szekeres
Präsident der Ärztekammer für Wien
© Franz Pflügl

Gut gemeint – nicht durchdacht

„In der aktuellen Situation muss die Ärzteschaft an einem Strang ziehen.“

Die Novelle des Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetzes hat uns in den letzten Monaten auf eine harte Probe gestellt. Die Situation in den Spitälern spitzt sich zu, längerfristige Versorgungsengpässe sind unter den derzeitigen Bedingungen vorprogrammiert. Daher verhandelt die Wiener Ärztekammer bei der Anhebung der Grundgehälter auf ein internationales Niveau auf allen Verhandlungsebenen – im Wirtschaftsministerium für die MedUni Wien, bei der Stadt Wien für die Häuser des Wiener Krankenanstaltenverbunds sowie mit den Ordens- und Privatspitälern.

Auch wenn wir das Engagement der Kollegen, die sich rund um die Ärztegewerkschaft formieren, begrüßen, halten wir die Gründung einer solchen Ärztegewerkschaft – die im Übrigen für die aktuellen Gespräche viel zu spät erfolgt – für nicht notwendig. Wir laden engagierte Spitalsärztevertreter gerne ein, sich innerhalb der Ärztekammer zu betätigen, wo sie sich wesentlich besser organisieren können und die Tragweite ihres politischen Handelns größer ist. Im Gegensatz zur Ärztegewerkschaft vertritt die Ärztekammer nämlich die Interessen aller Spitalsärzte und kann für sie Verhandlungen führen und Kollektivverträge abschließen. Zudem zeigt ein Blick in andere europäische Länder, dass die Neugründung einzelner Gruppierungen die Ärztefront schwächt. Dort kann sich der Dienstgeber aussuchen, ob er mit den bestehenden Gesamtgewerkschaften, einer Ärztegewerkschaft oder mit der Ärztekammer verhandelt. In der aktuellen Situation sollte die Ärzteschaft jedoch Geschlossenheit zeigen und an einem Strang ziehen, um ihre Forderungen in der Arbeitszeitdebatte schnell und flächendeckend umzusetzen.

Für die Interessen der Ärzteschaft hat sich die Achse zwischen den einzelnen zuständigen Teilgewerkschaften des ÖGB, den Personalvertretungen, den Betriebsräten und den Ärztekammern in der Vergangenheit stets bewährt. Wir sind auch diesmal optimistisch, eine zufriedenstellende Lösung zu finden. Wenn unsere Verhandlungspartner aber tatsächlich keine brauchbaren Angebote vorlegen, scheuen wir auch nicht davor zurück, politische Konsequenzen zu ziehen und Kampfmaßnahmen einzuleiten – ganz ohne eigene Ärztegewerkschaft.

Sinnfreie Diskussion

„Jede Aufsplitterung bedeutet eine Schwächung unserer Verhandlungsposition.“

Ein klares Wort zum Anfang: Die Idee einer „Ärztegewerkschaft“ ist völlig absurd. Ein Dutzend Argumente sprechen dagegen, kein



Christian Meidlinger
Vorsitzender der Gewerkschaft
der Gemeindebediensteten– Kunst,
Medien, Sport, freie Berufe
© Harri Mannsberger/GdG-KMStB

Einziges tatsächlich dafür. Die Gewerkschaft beruht auf Einigkeit und gemeinsamem Auftreten. Ihre Stärke gründet sich nicht zuletzt auf ihrer Fähigkeit und Legitimation, mit einer Stimme zu sprechen. Jede Aufspaltung bedeutet eine Schwächung unserer Verhandlungsposition. Gewerkschaft ist mehr, als nur Prozentsätze zu fordern. Es geht nicht nur um Bezahlung, sondern auch um verschiedene Arbeitgeber, Dienst- und Pensionsordnungen, rechtliche Grundlagen sowie Gehaltsgesetze. Die Gewerkschaft ist der Solidarität verpflichtet und hat als gesellschaftspolitische Kraft ihre Aufgabe zu erfüllen. Bedauerlicherweise wird uns die weitgehend sinnfreie Diskussion aber von Kleinstgruppierungen aufgedrängt. Wie ist die tatsächliche Lage? In der Frage der Arbeitszeiten im KAV agiert die Gewerkschaft in enger Kooperation mit Ärztekammer und Mittelbauvertretern. In den Verhandlungen treten wir als Expertenteam aus Gewerkschaft und Ärzten aus der Praxis auf. Gemeinsam setzen wir uns in den gerade beginnenden Verhandlungen mit dem Dienstgeber für die Kolleginnen und Kollegen im KAV ein. Am Ende des Weges werden wir ein zufriedenstellendes Ergebnis vorweisen können.

Falsche Behauptungen und haltlose Unterstellungen sind unserer gemeinsamen Sache nicht hilfreich. Hemmungen kennen die handelnden Personen, die in eigener Sache unterwegs sind, anscheinend nicht. Gegen besseres Wissen operieren Teile jener Bewegung, die eine eigene Gewerkschaft fordert, sogar mit falschen Fakten. Zur nochmaligen Klarstellung: Nein, weder hat es eine Nulllohnrunde für Ärztinnen und Ärzte gegeben, noch wurden sie mit einer Einmalzahlung abgespeist. Das hätte unsere Gewerkschaft nicht zugelassen. Wer immer in der Hitze der aktuellen Diskussion sein eigenes Süppchen zu kochen versucht, tut dies ohne Rücksicht auf die Interessen der Betroffenen. Wir erwarten daher die solidarische Unterstützung der gesamten Ärzteschaft in unseren Anstrengungen und werden uns nicht auseinanderdividieren lassen.

Volkmar Weilguni, [Ärzte Woche 4/2015](#)

© 2015 Springer-Verlag GmbH, [Impressum](#)

Zu diesem Thema wurden noch keine Kommentare abgegeben.

Mehr zum Thema

- » "Medizin wird weiblich"- Änderungen nötig
- » Nebenwirkungen: Ärzte und die Grenzen
- » Arbeitsbedingungen und Entlohnung von Jungmedizinerinnen
- » „Strukturänderungen und Synergien sind notwendig“
- » Unzufriedene Spitalsärzte
- » Spitalsambulanz: Entlastung dringend nötig
- » Österreichs Spitalsärzte arbeiten am Limit
- » Grundgehalt aller Wiener Spitalsärzte muss angehoben werden
- » Schluss mit gesundheitspolitischem Stillstand! (1)
- » Schluss mit gesundheitspolitischem Stillstand! (2)

Seite 1 >>

» Ärztegewerkschaft » Spitalsärzte » Arbeitszeiten » Gehaltsan-

Geschlossene Ambulanzen, zornige Ärzte

In den Spitälern gibt es wegen der kürzeren Arbeitszeit erste Einsparungen und die Protestwelle der Ärzte gegen die drohenden Einkommensverluste nimmt kein Ende.

ALFRED PFEIFFENBERGER
ANTON PRILIĆ

WIEN, LINZ. Nun ist es amtlich. Der Ärztemangel und die kürzeren Arbeitszeiten für Mediziner, die seit 1. Jänner gelten, beeinträchtigen die Versorgung der Patienten. Im Krankenhaus der Barmherzigen Schwestern in Ried im Innkreis werden an der Neurologischen Abteilung nun mehrere Spezialambulanzen geschlossen. In diesen wurden bisher Menschen behandelt, die an multipler Sklerose, Parkinson, Gedächtnisstörung oder Epilepsie leiden. Die Ärzte, die bisher dort im Einsatz waren, werden für die akute Versorgung von Patienten benötigt. Die Behandlung der Menschen, die bisher in den Spezialambulanzen stattfand, soll nun im niedergelassenen Bereich passieren.

Der Obmann der Spitalsärzte in der Österreichischen Ärztekammer, Harald Mayer, sagte, dass es auch in anderen Spitälern bereits Engpässe gebe. Nur würden die nicht öffentlich gemacht.

Oberösterreich gehört neben Wien und Kärnten zu den Hotspots der Auseinandersetzung um Arbeitszeit und -gehälter. So versammelten sich in der Bundeshauptstadt am Montag mehr als tausend Mediziner im Museumsquartier. Sie verlangen höhere Grundgehälter, um die Einkommensverluste zu kompensieren, die durch den Wegfall von Überstunden wegen der kürzeren Arbeitszeiten entstehen. Dies sei wichtig, damit die Spitäler im europaweiten Kampf um die Ärzte konkurrenzfähig bleiben, argumentiert die Ärztekammer. Sowohl in Wien als auch in Kärnten und Oberösterreich sei das Angebot der Spitalserhalter



Mehr als 1000 Ärztinnen und Ärzte haben sich zur Protestveranstaltung im Wiener Museumsquartier versammelt.

BILD: SN/APA

nicht ausreichend. Auch an den Universitätskliniken in Wien, Graz und Innsbruck gibt es massives Unbehagen unter den Ärzten.

Bei der Protestversammlung in Wien wollen die Mediziner jedenfalls nicht nur über die Situation in den einzelnen Häusern und die Gehälter diskutieren, sondern auch über die Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes, attraktive Arbeitszeitmodelle, die die bessere Vereinbarung von Familie und Beruf erlauben, sowie ausreichend Zeit für Aus- und Weiterbildung.

In Kärnten wiederum stehen die Zeichen überhaupt auf Sturm. Das Land und die Ärzte kommen bei ihren Verhandlungen nicht voran.

Erst vergangenen Freitag haben deswegen die Ärzte am Klinikum Klagenfurt für zwei Stunden die Arbeit niedergelegt.

Aber auch die Ärztekammer kommt unter Druck. Der Wiener Lungenfacharzt Gernot Rainer ist dabei, in Österreich eine eigene Gewerkschaft für Ärzte zu gründen. Es sei an der Zeit, sagt Rainer. Er hat dieser Tage die Gründungsunterlagen für eine Ärztegwerkschaft bei einer Bezirkshauptmannschaft im Burgenland eingereicht.

„Asklepios“ soll die Gewerkschaft heißen. Rechtlich gesehen brauchte er dafür zwei Gründungsmitglieder und Statuten, in denen sich die Gewerkschaft dazu bereit

erklärt, Tarifverhandlungen zu führen und Kampfmaßnahmen durchzusetzen. „Wir brauchen eine eigene Vertretung“, ist Gernot Rainer überzeugt.

Bis jetzt führten die Verhandlungen meist Vertreter der Ärztekammer. Wenn es eine Gewerkschaft gebe, könnte diese das übernehmen, sagt Rainer. Juristisch gesehen sei die Ärztekammer zwar kollektivvertragsfähig, das aber nur nachrangig hinter einer Gewerkschaft. Rainer hat die Gewerkschaft allerdings nicht gegründet, weil er sich von der Ärztekammer schlecht vertreten fühlt. „Es ist von Bundesland zu Bundesland sehr unterschiedlich“, sagt er. „In Kärnten hat sich

zum Beispiel der Ärztekammerpräsident maximal engagiert. Er konnte seine Forderungen aber nicht durchsetzen.“

Das nächste Ziel Rainers ist es, nun möglichst viele Mitglieder zu bekommen und auch Landessektionen zu gründen. Diese wurden bereits in Wien, Niederösterreich und Salzburg beantragt. Nötig waren dazu zehn Unterschriften.

„Aus Salzburg haben sich gleich einige Kollegen sehr aktiv beteiligt“, sagt Rainer. Dort gebe es zwar eine Einigung zwischen Ärztekammer und Landespolitik im Gehaltsstreit. „Aus Sicht der Ärzteschaft ist das Problem aber auch in Salzburg nicht erledigt.“

Diesen Kuss der ganzen Welt!

Passend zur Causa Prückel: Vom Küssen, Füttern und der Demut vor Nachttöpfen.

Seid umschlungen, Millionen! Diesen Kuss der ganzen Welt! – Kein Wunder, dass in einer Stadt, in der Beethoven diese Zeilen vertonte, ein Kuss und seine Folgen weltweite Aufregung verursachen. Also, weltweit ist vielleicht etwas übertrieben. Sagen wir: prückelweit.

Das Café Prückel, aus dem die küssenden Damen hinausflogen, war früher dafür bekannt, dass die Ober besonders laut redeten, damit sie von den Gästen, die im Schnitt so alt waren wie Beethoven, auch verstanden wurden. „HABEN SCHON GEWÄHLT?“

Möglicherweise hatte ein Ober nun einen Rückfall in diese vergangenen Zeiten, woraufhin die beiden jungen Damen, um die sich seit Tagen die Wiener Kuss-Welt dreht, erschrakten. Da haben sie sich ängstlich aneinandergekuschelt, ihre Hände fanden sich, ihre Lippen – ja, und dann war es geschehen. Das Ergebnis: eine Mörder-Aufregung! Für ehemalige Prückel-Besucher: MÖRDER-AUFREGUNG!

Um die Debatte wieder in ruhigere Bahnen zu lenken, sei hier zur Versachlichung angeführt, was die hohe Wissenschaft zum Thema Kuss beizusteuern hat. Der große Sigmund Freud zum Beispiel soll noch in seiner Verlobungszeit den Kuss für einen perversen Akt gehalten haben, der in abartiger Weise die geschlechtliche Vereinigung nachstelle.

So gesehen haben die Prückel-Betreiber, die die Damen nach dem Kuss des Lokals verwiesen, tadellos gehandelt. Sie haben sich als Anhänger Sigmund Freuds zu erkennen gegeben, was politisch absolut korrekt ist. Und ein geschlechtlicher Akt hat in einem Kaffeehaus ja wirklich nichts zu suchen.

Die Verhaltensforschung wiederum sieht das Küssen im Füttern verwurzelt und erinnert an das „Kussfüttern“ zwischen Mutter und Säugling, das wiederum im Schnäbeln der Vögel verwurzelt sei. Möglicherweise haben sich die beiden Mädchen im Prückel also gar nicht ge-

küsst, sondern bloß den Millirahmstrudel mit Vanillesauce geteilt.

Die Geschichte sei zu guter Letzt auch noch konsultiert. Sie enttarnt den Kuss als Strafe bzw. Demutsgeste. Gaspar de Guzmán, Herzog von Olivares, soll als Minister und Erzieher des spanischen Königs Philipp IV. äußerst betrübt gewesen sein, wenn es zwischen ihm und seinem Herrn zu Spannungen kam. In diesem Fall betrat Guzmán das königliche Schlafgemach, küsste demonstrativ den Nachttopf seines Herrn und alles war wieder gut.

Anders in Burgund. Dort sah ein frühmittelalterliches Gesetz vor, dass ein Mann, der einen Jagdhund stahl, dem Hund zur Strafe in aller Öffentlichkeit das Hinterteil küssen musste. Also wirklich! Dagegen ist ja ein Kaffeehausverweis geradezu ein humaner Strafvollzug. Quasi Mundfessel.

WWW.SALZBURG.COM/PURGER

PURGER
TORIUM
Alexander Purger



ÄrzteWoche

Die österreichische Zeitung für Medizin, Politik und Praxis SEIT 1987

Nr. 04, Donnerstag, 22. Jänner 2015, 29. Jahrgang

SpringerMedizin.at



Fachkurzinformation siehe Seite 28

Medizin

Schlagartig tot

Ein kleines Kollektiv scheinbar gesunder Menschen erleidet den plötzlichen Herztod, ohne dass eine strukturelle Herz-erkrankung vorliegt. Seite 4

Politik

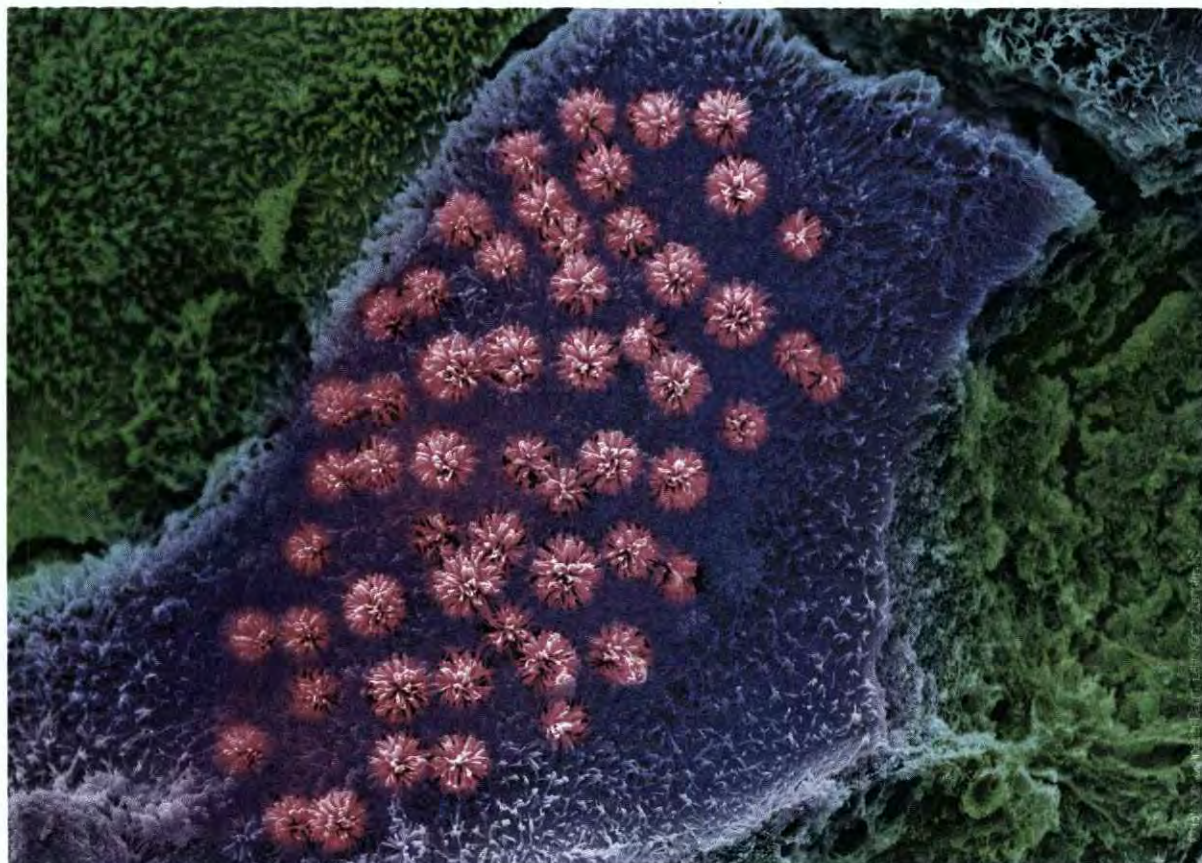
Plötzlich aufgetaucht

Unerwartete Konkurrenz bekommt möglicherweise die heimische Ärztekammer durch die Gründung einer Ärzte-gewerkschaft. Seite 2

Praxis

Jäh angeklagt

Wer über Nacht Probleme mit der Justiz bekommt, muss nicht kriminell sein. Manchmal genügt auch ein schlechter Router in der Ordination. Seite 30



Keine Korallen ...

... sondern eine Krebszelle im Rasterelektronenmikroskop.

Mit diesem Bild gewann ein For-scherteam aus Saarbrücken den zweiten Preis des Fotowettbe-werbs „Nano-Momente“.

Die rasterelektronenmikroskopische Aufnahme, die zur Hervorhebung von Strukturen nachträglich koloriert wurde, zeigt eine Bronchialkrebszelle der Zelllinie Calu-3. Sie ist als blaue, teppichartige Struktur abgebildet und von unzähligen Härchen, so genann-ten Mikrovilli, bedeckt. Besonders dichte, büschelartige Strukturen von Mikrovilli wurden rosa eingefärbt.

Angefertigt hat das Foto eine Arbeits-gruppe des Helmholtz-Instituts für Pharmazeutische Forschung Saar-land (HIPS) um Prof. Claus-Michael Lehr. Das Team belegte damit den zweiten Platz des deutschen Foto-wettbewerbs „Nano-Momente“, der alljährlich vom Deutschen Verband Nanotechnologie und dem saarländischen Netzwerk cc-NanoBioNet aus-geschrieben wird, um die Arbeit von Wissenschaftlern und Nanotechnolo-gien verständlich zu machen und ei-ner interessierten Öffentlichkeit vor-zustellen.

Die Zelllinie Calu-3 wird in der pharmazeutischen Forschung als Zellkulturmodell eingesetzt, um den menschlichen Lungentrakt nachzu-bilden. An den Zellen lässt sich unter anderem testen, wie Arzneistoffe in die Lunge gelangen können und wel-che Wirkung sie haben. Das Team um Lehr erforscht am HIPS neuartige Arzneiformen gegen Infektionskrank-heiten. Weitere faszinierende Fotos aus der Welt der Nanotechnologie findet man auf der Website des Deut-schen Verbandes Nanotechnologie: www.dv-nano.de.



Fachkurzinformation siehe Seite 28

Sexualtherapie mit Hirn

Das wichtigste Geschlechtsorgan des Menschen ist das Gehirn, meint der Sexualmediziner Dr. Georg Pfau. Statt defiziente Sexualfunktionen sympto-matisch zu therapieren, verfolgt er mit der sogenannten syndyastischen Sexualtherapie einen ganzheitlichen Ansatz, der prinzipiell nur als Paar-therapie funktioniert. Nicht Erektion oder Orgasmus sind die Ziele, son-dern die Erfüllung psychosozialer Grundbedürfnisse. Seite 7

Nagelschraube im Freiflug

Penetrierende Schädelverletzungen werden überwiegend als Schussfol-gen beobachtet. Mögliche Ursachen können baugewerblich verwendete Bolzensetzgeräte und Nagelschuss-apparate sein. Schrauben und Nägel durchdringen im Fall eines Freiflugs selbst knöcherne Strukturen. So auch bei einem Kind, das sich mit einer 4,5 cm tief sitzenden Nagelschraube im Kopf präsentierte. Zuerst vermuten die Ärzte einen Misshandlungs-fall. Die Rechtsmedizin konnte diesen Verdacht jedoch ausräumen. Seite 8

Editorial

Es wird heller

Das Schöne am Jänner ist, dass die Tage wieder länger werden. Darüber gehen die Meinungen kaum ausein-ander. Diesbezüglich herrscht eine Einigkeit unter den Menschen, die man in diesem Ausmaß sonst nur selten findet. Licht mögen alle gern. Es gab daher auch keine Proteste, als die Vereinten Nationen für 2015 das Internationale Jahr des Lichts aus-gerufen haben. Damit soll an die Be-deutung von Licht als elementare Lebensvoraussetzung und zentraler Bestandteil von Wissenschaft und Kultur erinnert werden. „Licht für Wandel“ ist das Motto.

Ein schillerndes Spektrum an er-hellenden Informationen bietet auch diese Ausgabe der ÄrzteWoche: So werden etwa seltene Ursachen des plötzlichen Herztodes beleuchtet (S. 4). Sie erfahren weiters, warum

man Kinder nicht im Dunkeln lassen darf, was ihre Herkunft betrifft (S. 6). Sexualtherapie erscheint in neuem Licht, wenn man Sexualität als Kom-munikation betrachtet (S. 7), die Rechtsmedizin fördert nach einem Dreirad-Unfall die Wahrheit ans Licht (S. 8) und unser Fokus „Di-abetes mellitus“ rückt die Volkskrankheit in all ihren Ausprägungen ins Ram-penlicht (ab S. 15).

Helle Aufregung ver-ursacht die geplante Gründung einer Ärzte-gewerkschaft (S. 2) und der Hausärztever-band möchte ein Lichtbild auf der e-card sehen (S. 27).

Auch die dunkle Seite des Lichts soll

nicht zu kurz kommen: Die gesund-heitlichen Gefahren, die von Blau-licht in Bildschirmen ausgehen, wer-den möglicherweise unterschätzt. Wenn Sie trotz fortgeschrittener Abendstunde hellwach sind, liegt es also vielleicht daran, dass Sie zu lan-ge auf Ihr Tablet geschaut haben (S. 11).

Wir hoffen, Sie haben Ihre helle Freude beim Lesen. Nächstes Jahr wird es dann nicht ganz so einfach für uns: 2016 soll das In-ternationale Jahr der Hülsen-früchte werden.

Herzlichst, Ihre
Christine Lindengrün
stv. Chefredakteurin

Schreiben Sie uns:
leserbriefe@springer.at



© Marlon Heidegger



Fachkurzinformation siehe Seite 28



Neue Ärztegewerkschaft muss noch Hürden überwinden

Aus einer tiefen Unzufriedenheit mit ihrer aktuellen Interessenvertretung heraus haben Wiener Spitalsärzte eine österreichweite neue Gewerkschaft initiiert. Der Antrag wurde bereits abgeschickt. Von Volkmär Weilguni

Vor einigen Tagen haben die Initiatoren der geplanten neuen Ärztegewerkschaft Statuten und Antrag auf Gründungsurkunde an die zuständigen Behörden geschickt. Als Gründungsmitglieder sind genannt: Dr. Gernot Rainer, Lungenfacharzt im Otto-Wagner-Spital Wien, und Dr. Anna Kreil, Internistin in der Krankenanstalt Rudolfstiftung. Spätestens im März soll dann die konstituierende General-

versammlung die offizielle Gründung beschließen.

Um ihre ehrgeizigen Ziele und Forderungen verwirklichen zu können (siehe Statement Dr. Rainer), muss die Gewerkschaft aber erst einmal drei Hürden überwinden: Sie muss durch Beschluss des Bundeseinigungsamtes kollektivvertragsfähig werden. Sie muss es an den Verhandlungstisch schaffen und sie braucht finanzielle

Mittel. Um die beiden ersten Hürden zu schaffen, wird sie entsprechendes politisches Gewicht benötigen, sprich mehr Mitglieder um sich scharen müssen als die derzeit in die Verhandlungen integrierten Vertretungen. Für den letzten Punkt braucht sie unter anderem die Unterstützung der Ärztekammer. Ein Treffen auf Wiener Ebene gab es diesbezüglich bereits, es fand nach Aussage der Akteure

„in einer sehr freundlichen Atmosphäre“ statt, blieb aber eher unverbindlich. Die Initiatoren sehen hier die Ärztekammer in der Pflicht, entsprechende Mittel – etwa für fachliche oder juristische Prüfungen von Vorlagen und Anträgen – zur Verfügung zu stellen, weil sie ja „uns angestellte Ärzte zu vertreten hat“. Infos zu dieser neuen Gewerkschaft finden sie unter www.aerztegewerkschaft.at.



Dr. Gernot Rainer
Lungenfacharzt, Otto-Wagner-Spital, Gründungsmitglied der neuen Ärztegewerkschaft © privat

„Gewerkschaftsstrukturen stoßen an ihre Grenzen.“

Verhandlungsmandat gefordert

Wie viele Kollegen spürte auch ich eine tiefe persönliche Frustration, als ich die Verhandlungen über die neuen Spitalsärzte-Arbeitszeiten und -Gehaltsanpassungen verfolgte. Wir fühlen uns von den derzeit verhandlungsführenden Gewerkschaften einfach nicht gut vertreten. Wir glauben, dass die bestehenden Gewerkschaftsstrukturen längst an ihre Grenzen stoßen. Was gut organisierte, inhaltlich fokussierte Gewerkschaften erreichen können, hat das Beispiel Marburger Bund in Deutschland eindrucksvoll gezeigt. Die Gewerkschaft ist eine starke und exklusive Vertretung aller angestellten Ärzte und kann auf sensationelle Erfolge verweisen.

Aus all diesen Gründen haben wir die neue Gewerkschaft initiiert. Sie ist statutenmäßig österreichweit konzipiert, das heißt: Landessektionen können sehr niederschwellig gegründet werden. Das Interesse dafür ist groß, Salzburg etwa hat bereits entsprechende Schritte eingeleitet. Die offizielle Gründung der Gewerkschaft wird in spätestens zwei Monaten erfolgen, nach Abschluss aller Genehmigungsverfahren. Inzwischen ist unsere Website aber bereits aktiv. Wir haben eine Online-Petition gestartet, die drei wesentliche Forderungen umfasst:

1. Wir wollen das Verhandlungsmandat von den derzeitigen verhandlungsführenden Gewerkschaften übernehmen. Voraussetzung dafür ist die Erlangung der Kollektivvertragsfähigkeit. Um beides zu erreichen, muss es uns gelingen, eine entsprechend große Anzahl an Mitgliedern zu gewinnen.
2. Wir fordern die sofortige Umsetzung der 48-Stunden-Woche. Die Opt-out-Regelung und die langen Übergangsfristen lehnen wir ab. Die Problematik war seit Jahren bekannt. Die Untätigkeit der Politik darf nicht auf dem Rücken der Ärzte ausgetragen werden.
3. Wir fordern eine Anhebung der Löhne auf das Niveau unserer Nachbarn in Deutschland und der Schweiz. Nur dann können wir das Abwandern der Jungärzte verhindern.

Unsere Statuten sehen auch die Möglichkeit von „Kampfmaßnahmen“ als wichtiges gewerkschaftliches Mittel vor. Solche einzusetzen wird nicht unser vorrangiges Ziel sein, wir werden davor aber auch nicht zurückschrecken, falls es notwendig erscheint. ■



Prof. Dr. Thomas Szekeres
Präsident der Ärztekammer für Wien © Franz Plugg

„In der aktuellen Situation muss die Ärzteschaft an einem Strang ziehen.“

Gut gemeint – nicht durchdacht

Die Novelle des Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetzes hat uns in den letzten Monaten auf eine harte Probe gestellt. Die Situation in den Spitälern spitzt sich zu, längerfristige Versorgungsengpässe sind unter den derzeitigen Bedingungen vorprogrammiert. Daher verhandelt die Wiener Ärztekammer bei der Anhebung der Grundgehälter auf ein internationales Niveau auf allen Verhandlungsebenen – im Wirtschaftsministerium für die MedUni Wien, bei der Stadt Wien für die Häuser des Wiener Krankenanstaltenverbunds sowie mit den Ordens- und Privatspitälern.

Auch wenn wir das Engagement der Kollegen, die sich rund um die Ärztegewerkschaft formieren, begrüßen, halten wir die Gründung einer solchen Ärztegewerkschaft – die im Übrigen für die aktuellen Gespräche viel zu spät erfolgt – für nicht notwendig. Wir laden engagierte Spitalsärztevertreter gerne ein, sich innerhalb der Ärztekammer zu betätigen, wo sie sich wesentlich besser organisieren können und die Tragweite ihres politischen Handelns größer ist. Im Gegensatz zur Ärztegewerkschaft vertritt die Ärztekammer nämlich die Interessen aller Spitalsärzte und kann für sie Verhandlungen führen und Kollektivverträge abschließen. Zudem zeigt ein Blick in andere europäische Länder, dass die Neugründung einzelner Gruppierungen die Ärztefront schwächt. Dort kann sich der Dienstgeber aussuchen, ob er mit den bestehenden Gesamtgewerkschaften, einer Ärztegewerkschaft oder mit der Ärztekammer verhandelt. In der aktuellen Situation sollte die Ärzteschaft jedoch Geschlossenheit zeigen und an einem Strang ziehen, um ihre Forderungen in der Arbeitszeitdebatte schnell und flächendeckend umzusetzen.

Für die Interessen der Ärzteschaft hat sich die Achse zwischen den einzelnen zuständigen Teilgewerkschaften des ÖGB, den Personalvertretungen, den Betriebsräten und den Ärztekammern in der Vergangenheit stets bewährt. Wir sind auch diesmal optimistisch, eine zufriedenstellende Lösung zu finden. Wenn unsere Verhandlungspartner aber tatsächlich keine brauchbaren Angebote vorlegen, scheuen wir auch nicht davor zurück, politische Konsequenzen zu ziehen und Kampfmaßnahmen einzuleiten – ganz ohne eigene Ärztegewerkschaft. ■



Christian Meidlinger
Vorsitzender der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – Kunst, Medien, Sport, freie Berufe © Hanni Mannsberger/ÖdG-KMS/B

„Jede Aufsplitterung bedeutet eine Schwächung unserer Verhandlungsposition.“

Sinnfreie Diskussion

Ein klares Wort zum Anfang: Die Idee einer „Ärztegewerkschaft“ ist völlig absurd. Ein Dutzend Argumente sprechen dagegen, kein Einziges tatsächlich dafür. Die Gewerkschaft beruht auf Einigkeit und gemeinsamem Auftreten. Ihre Stärke gründet sich nicht zuletzt auf ihrer Fähigkeit und Legitimation, mit einer Stimme zu sprechen. Jede Aufsplitterung bedeutet eine Schwächung unserer Verhandlungsposition. Gewerkschaft ist mehr, als nur Prozentsätze zu fordern. Es geht nicht nur um Bezahlung, sondern auch um verschiedene Arbeitgeber, Dienst- und Pensionsordnungen, rechtliche Grundlagen sowie Gehaltsgesetze. Die Gewerkschaft ist der Solidarität verpflichtet und hat als gesellschaftspolitische Kraft ihre Aufgabe zu erfüllen. Bedauerlicherweise wird uns die weitgehend sinnfreie Diskussion aber von Kleinstgruppierungen aufgedrängt. Wie ist die tatsächliche Lage? In der Frage der Arbeitszeiten im KAV agiert die Gewerkschaft in enger Kooperation mit Ärztekammer und Mittelbauvertretern. In den Verhandlungen treten wir als Expertenteam aus Gewerkschaft und Ärzten aus der Praxis auf. Gemeinsam setzen wir uns in den gerade beginnenden Verhandlungen mit dem Dienstgeber für die Kolleginnen und Kollegen im KAV ein. Am Ende des Weges werden wir ein zufriedenstellendes Ergebnis vorweisen können.

Falsche Behauptungen und haltlose Unterstellungen sind unserer gemeinsamen Sache nicht hilfreich. Hemmungen kennen die handelnden Personen, die in eigener Sache unterwegs sind, anscheinend nicht. Gegen besseres Wissen operieren Teile jener Bewegung, die eine eigene Gewerkschaft fordert, sogar mit falschen Fakten. Zur nochmaligen Klarstellung: Nein, weder hat es eine Nulllohnrunde für Ärztinnen und Ärzte gegeben, noch wurden sie mit einer Einmalzahlung abgespeist. Das hätte unsere Gewerkschaft nicht zugelassen. Wer immer in der Hitze der aktuellen Diskussion sein eigenes Süppchen zu kochen versucht, tut dies ohne Rücksicht auf die Interessen der Betroffenen. Wir erwarten daher die solidarische Unterstützung der gesamten Ärzteschaft in unseren Anstrengungen und werden uns nicht auseinanderdividieren lassen. ■

Prekarisierung und ihre Folgen

Demografische Alterung ist nicht die größte Herausforderung für den Sozialstaat, sondern atypische Beschäftigung.

Von Simon Rosner

Wien. Österreichs Sozialquote wächst, langsam aber doch, in Richtung 30 Prozent gemessen am Bruttoinlandsprodukt. Noch liegt man minimal unter dem Durchschnitt der EU-28, wobei die nord- und westeuropäischen Länder eine tendenziell höhere Sozialquote aufweisen, wie aus dem aktuellen Sozialbericht des Sozialministeriums hervorgeht.

Interessant ist vor allem das angenommene Szenario für die kommenden 15 Jahre, das der Bericht zeichnet. Die demografische Entwicklung bedingt prinzipiell eine Erhöhung der Ausgaben, da die Pro-Kopf-Ausgaben älterer

Personen (Pensionen, Gesundheit) deutlich höher sind. Allerdings altert die Gesellschaft doch schon einige Jahre, so ist seit 1995 der Anteil der Über-65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung um drei Prozentpunkte gestiegen. Und dennoch ist im gleichen Zeitraum die Sozialquote meistens gesunken, bis sie sich durch die Krise wieder nach oben drehte.

Anstieg der Sozialquote

Dass sie sich nicht parallel mit der demografischen Genese entwickelt hat, hat zwei Gründe. Erstens gab es zahlreiche politische Maßnahmen, zum Beispiel Pensionskürzungen, die den Effekt der alterungsbedingten erhöhten Auf-

wendungen kompensiert haben, zum anderen war die Konjunktur sehr günstig. Steigt das BIP mehr als die Sozialausgaben, sinkt dadurch logischerweise die Quote.

Das ist nun anders. Seit zwei Jahren gibt es kaum noch Wirtschaftswachstum und die Prognosen sind nicht sehr optimistisch. Dennoch rechnet das Sozialministerium damit, dass die demografisch bedingten Herausforderungen bewältigbar sind. Auf Basis der langjährigen Entwicklung der Pro-Kopf-Ausgaben für Über-65-Jährige errechnete Studienautor Hans Steiner vom Sozialministerium die alterungsbedingten Zusatzkosten, sie belaufen sich auf 0,4 Prozent vom BIP.

Doch es gibt freilich noch andere Herausforderungen für das Sozialsystem. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit ist eine solche. Bei einem angenommenen durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von einem Prozent bis 2030 ergibt sich, je nach Zusatzausgaben, eine Bandbreite der Sozialquote zwischen 33,4 und 36,3 Prozent, bei besseren Konjunkturdaten entsprechend darunter. Zum Vergleich: Dänemark hat im Jahr 2013 bereits eine Sozialquote von 34,3 Prozent.

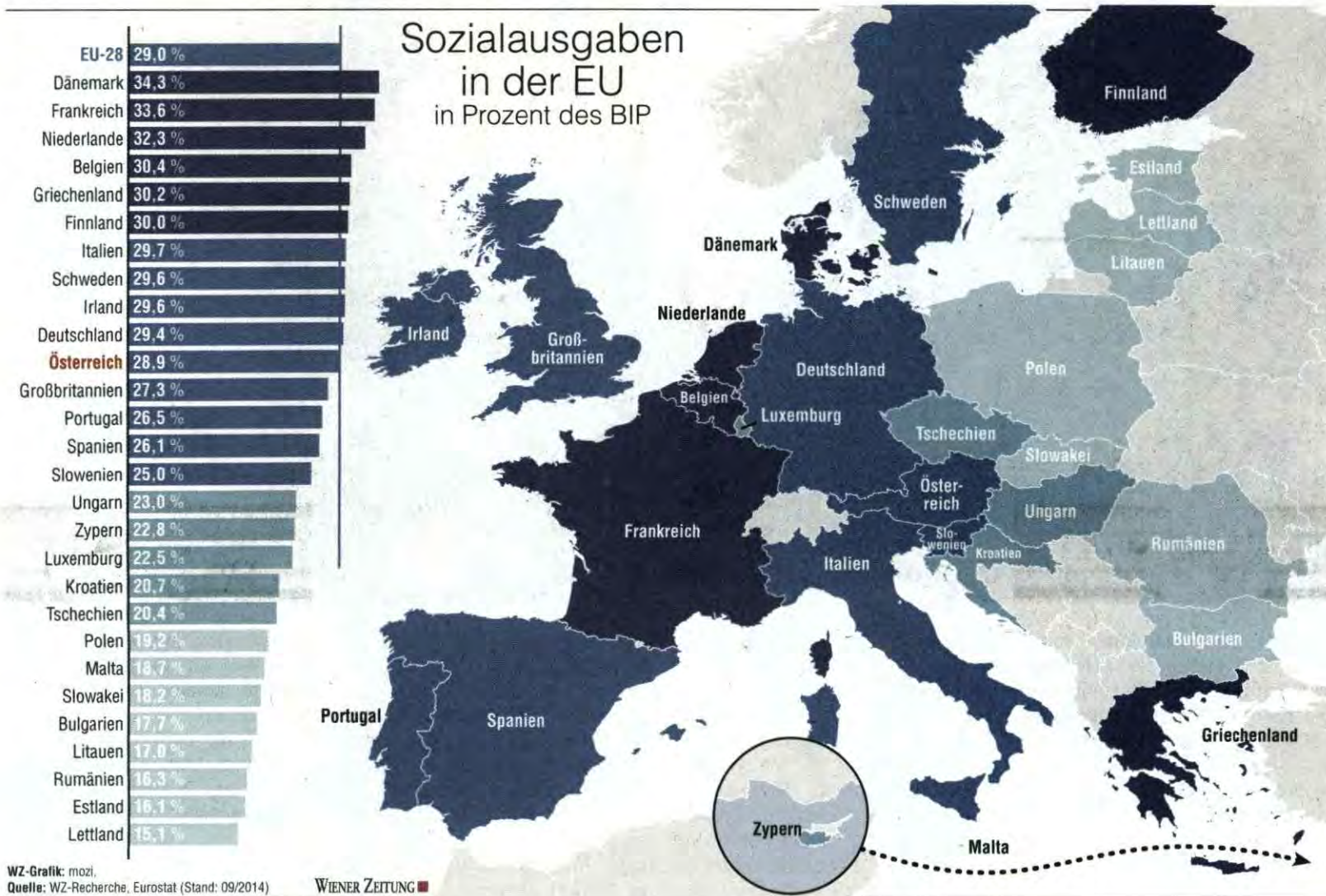
Wesentlicher als deren Höhe ist aber ihre Finanzierung. „Eine Quote ist kein politisches Ziel, sondern dessen ein Nebeneffekt“, sagt Ökonomin Christine Mayrhuber vom Wifo, das Teile des Sozialberichts erstellt hat, darunter auch eine Analyse der Einkommen. Diese Analyse weist auf eine sehr grundlegende Problematik hin: Die zunehmende Prekarisierung führt dazu, dass bei unteren Einkommensschichten Sozialleistungen zunehmend an Bedeutung gewinnen, gleichzeitig untergräbt diese Entwicklung deren Finanzierung. Mayrhuber sagt: „Diese Finanzierung des Sozialstaats braucht mittel- und langfristig eine strukturelle Neuausrichtung.“

Ungleiche Einkommen

Dass die Steuern auf Arbeit in Österreich sehr hoch, vermutlich auch zu hoch sind, ist mittlerweile politischer common sense. Gleichzeitig steigt die Zahl jener Personen, die so wenig verdienen, dass sie keine Lohn- oder Einkommensteuer zahlen. „Die Zunahme der atypischen Einkommensverhältnisse sollte uns Sorgen bereiten“, sagt Mayrhuber. So ist das Beschäftigungsplus in den vergangenen Jahren vor allem auf Teilzeitstellen zurückzuführen gewesen. „Da die Finanzierung der Sozialleistungen sehr stark auf der Besteuerung der Erwerbseinkommen beruht, muss man sich da was Neues einfallen lassen.“

Es ist vor allem der wachsende Niedriglohnsektor, der zu einer steigenden Ungleichverteilung der Löhne geführt hat. Dem Sozialminister Rudolf Hundstorfer kommen diese Ergebnisse freilich gerade recht für die Verhandlungen zur Steuerreform. „Es muss irgendwo bei vermögensbezogenen Steuern was geben“, sagte er im Ö1-Interview. Wo genau dieses irgendwo liegt, werden dann die Verhandlungen zeigen, eine strukturelle Neuausrichtung der Finanzierung des Sozialstaats ist allerdings nicht zu erwarten.

Was dieser, unter anderem, leistet, zeigt sich aber auch in Zeiten der Flaute. Seit Ausbruch der Krise sind Armut und Armutsgefährdung gesunken. ■



REZEPTBLOCK VON ERNEST G. PICHLBAUER

Haltet den Dieb – das Machtspiel rund um die Spitalsärzte

Spitalsärzte pochen auf ein Recht, das ihnen elf Jahre lang vorenthalten wurde. Doch wer sauer reagiert, sind die, die das Gesetz gebrochen haben.

„Der Schlächter ruft! Die Augen fest geschlossen! Das Kalb marschiert mit ruhig festem Tritt. Die Kälber, deren Blut im Schlachthaus schon geflossen, marschier'n im Geist in seinen Reihen mit“, schrieb Berthold Brecht in seinem „Kälbermarsch“ als Parodie auf ein ganz anderes Lied, das so lautet:

„Die Fahne hoch! Die Reihen fest geschlossen! SA marschiert mit ruhig festem Schritt. Kameraden, die Rotfront und Reaktion erschossen, marschier'n im Geist in unseren Reihen mit.“

Was das mit Gesundheitspolitik zu tun hat? Nichts. Erstaunlich ist aber, dass dem SPÖ-Klubobmann in Kärnten Herwig Seiser der „Kälbermarsch“ einfällt und das mittels Presseaussendung kund tut, wenn er an Spitalsärzte und ihre Führer, den Ärztekammerpräsidenten Josef Huber und die Spitalsärzte-Vertre-

rin Petra Preiß, denkt.

Dass die damit nicht leben können, versteht er übrigens als eine bewusste Fehlinterpretation, die ihn wundert. Er meinte und machte dazu gleich wieder eine Presseaussendung, dass es ihm darum ging, „aufzuzeigen, dass Ärztekammervertreter, die vor nicht allzulanger Zeit unter der Herrschaft der FPÖ in Kärnten gelitten haben, sich offensichtlich jetzt wieder genau von dieser FPÖ instrumentalisieren lassen“. Wahrlich eine deeskalierende Aussage.

Hintergrund dieser Schlamm-schlacht ist, dass Kärntens Spitalsärzte etwas Unerhörtes gewagt haben.

Statt der Obrigkeit und dem Betriebsrat, dessen Vorsitzender der ehemaligen SPÖ-Landtagsabgeordnete Arnold Auer ist, der sogar in gemeinsamen Pressekonferenzen



Dr. Ernest G. Pichlbauer ist unabhängiger Gesundheitsökonom und Publizist.

Alle Beiträge dieser Rubrik unter: www.wienerzeitung.at/rezeptblock

mit dem Kabeg-Vorstand Arnold Gabriel, ehemaliger Büroleiter von Landeshauptmann Peter Kaiser, Ärzte unter Androhung dienstrechtlicher Konsequenzen vor Alleingängen warnte, zu gehorchen, organisierten sich die Ärzte selbst und folgten den lege artis gar nicht zuständigen Kammerfunktionären. Ein Affront, gar eine Majestätsbeleidigung.

Kärnten ist aber nur die Spitze eines durch und durch politisierten und absolut regierten Spitalswesens. Ein Blick in andere Länder zeigt das. Da fällt natürlich Landeshauptmann Josef Pühringer auf, der die Ärztekammer, wenn sie nicht spurt, in die Pfanne hauen will, „bis dass das Fett nur so spritzt“.

Ganz so krass passiert das meist nicht, aber es passiert. Schauen wir nach Niederösterreich. Dort wurde das Land gerade verurteilt, weil es

ärztliche Überstunden nicht gesetzeskonform sondern willkürlich (nicht) ausbezahlt. Oder nach Wien, wo jahrelange gesetzlich vorgeschriebene Ausgleichstage einfach unterschlagen wurden.

In all diesen Fällen haben Länder und Gewerkschaften (aber auch Ärztekammern, die sich in der Vergangenheit lieber um Kassen- als um Spitalsärzte kümmerten und wenigstens das gleiche Machtstreben an den Tag legen) gezeigt, dass Gesetze für sie nur gelten, wenn sie den eigenen Interessen dienen. Sonst eben nicht.

Nun jedoch hat die Europäische Union Österreich gezwungen, ein elf Jahre altes Gesetz zu exekutieren, in dem der Arbeitnehmerschutz auch für Spitalsärzte gilt. Das beendet (wenigstens für kurze Zeit) die Willkür – und damit können die Herrscher so gar nicht umgehen.

KOMMENTAR

Gesundheitssystem
ist in Not

MARTIN RÜMMELE

Die Ärzte – genauer gesagt die Spitalsärzte – gehen also auf die Barrikaden. Sie kämpfen um kürzere Arbeitszeiten, aber auch um mehr Gehalt. Klingt nach einem Luxusproblem: Weniger arbeiten für mehr Geld. Ganz so einfach ist es aber nicht. Spitalsärzte erhielten oft geringe Grundgehälter und konnten diese mit Überstunden und Nacht- und Bereitschaftsdiensten aufbessern. Fallen diese nun weg, sinken die Einkommen.

Andere Länder haben die Probleme längst gelöst. Österreich hat wieder einmal geschlafen und viele dachten, dass die EU-Zentrale ja weit weg ist und die Regeln damit nicht für Österreich gelten. Allerdings übersehen die Ärzte noch etwas anderes: Sie sind nicht die einzigen im Gesundheitswesen, die unter Druck stehen. Eine aktuelle US-Studie unter Mitwirkung einer aus Wien stammenden Epidemiologin zeigt: Krankenschwestern mit Nachtdiensten haben ein höheres Sterberisiko. Die Wissenschaftler erhoben 1988 den Status bezüglich Nachtdiensten bei fast 75.000 US-Krankenschwestern und beobachteten diese Personengruppe 22 Jahre lang. Bei Frauen mit Nachtschichtarbeit waren die Gesamtsterblichkeit signifikant erhöht. Ärzte sollten sich ja für die Gesundheit der Menschen einsetzen. Sie wären also gut beraten nicht einfach nur das eigene Geld zu sehen.

Gesundheitsreform Verkürzung der Arbeitszeiten treibt Ärzte auf die Straße und zur Forderung nach Gehaltserhöhungen

Ärzte-Arbeitszeiten: „Das System fährt an die Wand“

Jungmediziner wandern zunehmend ins Ausland ab, Engpässe können kaum geschlossen werden.

INA SCHRIEBL

Wien. Die von der EU geforderte Verkürzung der Arbeitszeit von Spitalsärzten von 72 auf 48 Stunden pro Woche treibt die Ärzte zunehmend auf die Barrikaden. Weniger arbeiten bedeutet auch weniger Gehalt. Viele fürchten bis zu 30% an Einbußen und fordern einen Lohnausgleich. Die Länder als Spitalseigentümer wiederum haben dafür kein Verständnis – vor allem aber haben sie kein Geld. Und so wird seit Jahresbeginn in den meisten Kliniken Dienst nach Vorschrift gemacht.

„Unzumutbare Situation“

Die Verhandlungen über eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen laufen zäh, im Spitalsbetrieb machen sich erste Versorgungsengpässe bemerkbar. Für Wien Ärztekammerpräsident Thomas Szekeres war es in den letzten Jahrzehnten „schlichtweg unzumutbar sowie auch unseren Patienten gegenüber kaum vertretbar, mehr als 60 Stunden oder gar 72 Stunden pro Woche zu arbeiten“. Die Praxis zeige allerdings, dass das Gesetz letztendlich zu kurzfristig verabschiedet wurde, um den Spitalsbetrieb im Vorfeld erfolgreich zu akkordieren. Als logische Konsequenz fühlt sich die Spitalsärzteschaft mit den neuen Rahmenbedingungen überfordert und ortet große Mankos hinsichtlich Arbeitsorganisation, Arbeitszeit und Gehalt. Allerdings: Die Arbeitszeitrichtlinie der EU, die die Debatte ausgelöst hat, ist fast zehn Jahre alt.

Seit Wochen verhandelt die Ärzteschaft mit den jeweiligen Betriebsleitern – bisher konnte nirgendwo noch eine endgültige



Weil der Arbeitsdruck für Ärzte zunimmt und die Einkommen sinken, wehren sich die Mediziner und gehen auf die Straße.

Lösung gefunden werden. „Wir stehen derzeit im engen Kontakt mit den Spitalskollegen und beobachten, dass die Stimmung von Tag zu Tag schlechter wird“, so Szekeres. Für ihn ist es bereits „fünf vor zwölf“. Wenn die Verhandlungen nicht bald zu einer Einigung führten, könnten vorübergehende Maßnahmen wie temporale Betriebsvereinbarungen oder Durchrechnungszeiträume die bedrohliche Situation in den Spitälern nicht mehr kaschieren, „und dann sind großflächige Versorgungsengpässe für die Patienten eine sichere Tatsache“, warnt der Ärztekammerpräsident; dann fahre das System an die Wand.

Die Arbeitszeiten sind aber nicht das einzige Problem: Weil die Aus-

bildungsreform der Mediziner über Jahre stockte und auch hier andere EU-Länder wesentlich fortschrittlicher sind als Österreich, wandern viele Jungärzte in Ausland ab. Es fehlen also jene Ärzte, die jene Lücken füllen, die durch die Arbeitszeitverkürzungen entstehen.

Nachwuchs wandert ab

Laut Schätzungen der Ärztekammer verliert Österreich von rund 1.300 Absolventen jährlich rund die Hälfte der Jungmediziner an das Ausland oder einen anderen Beruf. Der Steuerzahler verliere pro abhanden gekommenem Arzt 400.000 €, die seine Ausbildung gekostet hat, rechnet Spitalsärztevertreter Harald Mayer. In Summe sind

das jährlich rund 250 Mio. €. Fragt sich, ob sich der Staat diese Fehlentwicklung leisten will und kann.

„Die Spitalsträger, die politisch Verantwortlichen und die Rektoren der Medizinischen Universitäten sind nun gefordert; sie müssen so rasch wie möglich attraktive Arbeitsbedingungen und konkurrenzfähige Gehälter für Spitalsärzte schaffen“, sagt Mayer. Zentral seien die Entlastung der Ärzteschaft von überbordenden Verwaltungs- und Dokumentationsaufgaben, mehr Zeit für Medizin und Patienten, ein sinnvoller Einsatz des Personals entsprechend der Qualifikation, eine effektive Entlastung vom Zustrom zu den Ambulanzen durch Angebote im niedergelassenen Bereich.

Krankenhäuser Gehaltsverhandlungen für Privatkliniken

Neue KV-Gespräche

Wien. Diese Woche haben die Gewerkschaft vida, Ärztevertreter der Privatkliniken und der Ordensspitäler Österreichs sowie Vertreter der Ärztekammer den Startschuss zu Kollektivvertragsverhandlungen nach den anderen Gesundheitsberufen auch für Ärzte gegeben. Künftig sollen die Kollektivverträge dieser Krankenhäuser auch die Gehaltsstrukturen der Ärzte und die spezifischen für

diese Berufsgruppe notwendigen Rahmenbedingungen abbilden, teilt die Gewerkschaft mit

Neuer Kollektivvertrag

Bei einem Zusammentreffen im Gewerkschaftshaus Catamaran in Wien wurden von den Beteiligten zwei Arbeitsgruppen beschlossen, die die Verhandlungen für den neuen Kollektivvertrag vorbereiten sollen: Eine befasst sich mit dem Gehalt, die andere mit dem Rahmenrecht. So soll eine transparente und praktikable Gehaltsstruktur auch für Ärzte nach nationalen und internationalen Vorbildern in den bestehenden KV für Ordensspitäler sowie Privatkliniken implementiert werden.

Ziel ist es, nach den Pflegekräften und anderen Gesundheitsberufen bis Mitte 2015 einen neuen Kollektivvertrag auch für Ärzte abzuschließen; dieser soll bundesweit gelten. Ausnahme ist Oberösterreich, da für dieses Bundesland ein Ärzte-KV besteht, teilt die Gewerkschaft vida in einer Aussendung mit.

(iks)

Gesundheitsberufe Pflege und Medizinisch-technische Dienste fürchten Sparkurs

Qualität in Ausbildung sinkt

Wien. Gestern, Donnerstag, fand in Wien der fünfte Tag der Gesundheitsberufe statt. Anlässlich dieser Konferenz präsentierten Berufsvertreter von Ärzten über die Pflege bis zum medizinisch-technischen ihre Wünsche und Sorgen. Der Tenor: Die Qualität der Ausbildung droht zu sinken, die knappen Kassen verlagern Regie und die Leistungsverlagerung aus den Spitälern muss auch bezahlt werden.

Ursula Frohner, Präsidentin des Gesundheits- und Krankenpflegeverbanden, verwies auf internationale Studien, die einen Zusammenhang zwischen Versorgungsqualität und fundierter Ausbildung der Pflegekräfte belegten. Es gebe aber Anlass zur Sorge, dass es aus Einsparungsgründen zu einem „Downgrading“ kommen könnte, und zwar vor allem bei der Pflegeassistenz.

Begrüßt wird der Fokus auf neue Primärversorgungseinrichtungen, bei denen Ärzte und anderes Gesundheitspersonal außerhalb der Spitäler zusammenarbeiten sollen. Allerdings dürfe hier nicht nur ein neues Schild an die Tür gehängt werden, so Gabriele Jaksch vom Dachverband der gehobenen medizinisch-technischen Dienste. Außerdem gebe es jetzt schon monatelange Wartezeiten, sei es für einen Logopädie-Termin oder eine geplante Operation. Zentral sei dabei zudem, dass die Krankenkassen die nicht-ärztlichen extramuralen Leistungen auch voll bezahlen, ergänzte Frohner.

Günter Flemmich vom Berufsverband medizinisch-technischer Fachkräfte kritisierte die sukzessive Abwertung der Ausbildung im nicht-ärztlichen Bereich, was vor allem die vielen Frauen in dieser Branche treffe. Letzter positiver Moment sei der Beschluss des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes im Jahr 1998 gewesen. Auch Flemmich befürchtet viel zu wenige Kassenverträge bei der Primärversorgung.

(iks)



Nicht nur bei Ärzten brodeln es – auch bei den anderen Gesundheitsberufen.



Privatklinikenansprechender Julian Hadschieff verhandelt neuen KV.

Oberösterreichs Ärzte warten weiter auf Einigung mit dem Land

24.01.2015 | 18:44 | (Die Presse)

Landeschef Pühringer sprach von einem „fairen Angebot“. Die gestrigen Verhandlungen waren ergebnislos. Die Fortsetzung folgt heute.

Die Nerven liegen mittlerweile blank: In Oberösterreich wurde gestern, Samstag, erneut versucht, eine Lösung betreffend der Ärztegehälter zwischen Land und Kammer zu finden. Vorerst erfolglos. Drei Stunden lang wurde diskutiert. Mit dem Ergebnis, dass man für heute, Sonntag, einen neuen Verhandlungstermin angesetzt hat.

Um 11 Uhr werden die Verantwortlichen erneut zusammentreffen. Bis dahin werden Experten die nötigen Details berechnen. Zuletzt lagen die Positionen von Land und Ärzten weit auseinander. Dass Landeschef Josef Pühringer (ÖVP) ankündigte, nur Jungärzte und dem Mittelbau höhere Grundgehälter zuzugestehen, da die Spitzenmediziner schon jetzt viel mehr – bis zum zwanzigfachen – verdienen, verärgerte viele. Pühringer verteidigte gestern vor den Verhandlungen seine Position: „Wir haben ein durchaus attraktives und faires Angebot gemacht, aber auch ein solches, das gegenüber dem Steuerzahler vertreten werden kann.“ Die Grundgehälter würden um 15 bis 20 Prozent erhöht. Das koste in Summe zwischen 24,5 und 26,5 Millionen Euro.

„Skandalöse Vorbereitung“. Oberösterreich ist nicht das einzige Land, in dem die Ärzte einer Lösung harren. In Tirol warten beide Seiten, Land und Kammer, noch ab. Auch in Wien ist noch nicht das letzte Wort gesprochen. Dort ließ die neu gegründete Asklepios-Gewerkschaft Details durchsickern. Demnach fordert die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten eine Erhöhung des Grundgehalts um 28 Prozent. Im Gegenzug dürfte der Wiener Krankenanstaltenverbund eine Wunschliste vorgelegt haben. Die enthält Forderungen nach Reduktionen der diensthabenden Ärzte in der Nacht um 30 Prozent sowie die Streichung von 220 Dienststellen und ein Nebenbeschäftigungsverbot.

Das sorgt für politischen Zündstoff: „Dass man sich offenbar nicht auf die Folge des Gesetzes in Wien vorbereitet hat, ist skandalös“, sagt Beate Meinel-Reisinger, Landessprecherin der Wiener Neos. Das Ganze werde „unweigerlich zu Leistungs- und Qualitätsreduktion führen“. **j.n.**

© DiePresse.com

KURIER

Quelle: Kurier.at

Adresse: <http://kurier.at/chronik/wien/arbeitszeitgesetz-fuer-wiener-spitalsaerzte-mehr-gehalt-weniger-nachtdienste/110.843.946>

Datum: 29.01.2015, 19:40

Arbeitszeitgesetz

Spitalsärzte: Mehr Gehalt, weniger Nachtdienste

Stadt präsentiert neues Arbeitszeit-Paket. Doch nicht alle Ärzte sind von der Regelung begeistert.

Autor: Josef Gebhard



Gemeinsam mit der Gewerkschaft einigten sich Ärztekammer-Präsident Thomas Szekeres und Stadträtin Sonja Wehsely auf das neue Modell - Foto: APA/HERBERT PFARRHOFFER

Nach einem Verhandlungsmarathon war das Paket um 5.30 Uhr in der Früh fertig geschnürt. Personalvertreter, Ärztekammer und Krankenanstaltenverbund (KAV) haben sich Donnerstag auf ein neues Gehalts- und Arbeitszeit-Schema für die 3000 Mediziner in den Wiener Gemeindespitalern geeinigt. Es wurde durch die gesetzlich vorgeschriebene Arbeitszeit-Verkürzung auf 48 Stunden pro Woche notwendig.

Um die Gehaltseinbußen auszugleichen, werden die Grundgehälter erhöht: Turnusärzte verdienen ab 1. Juli 3400 bis 4000 Euro brutto monatlich, was einer Steigerung von 25 bis 29 Prozent entspricht. Fachärzte verdienen künftig zwischen 5200 und 7900 Euro.

Die Finanzierung: 47 Millionen Euro kommen aus den Mitteln, die durch Dienstumschichtungen frei werden. Weitere 19,9 Millionen schieße die Stadt extra zu, kündigt Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely an.

Während bisher der Nachtdienst um 13 Uhr begann, wird die Tagesarbeitszeit künftig von 7 bis 19 Uhr gehen. Damit sollen vor allem in den Nachmittagsstunden mehr Patienten versorgt werden, während die Nachtdienste bis 2018 schrittweise um ein Drittel reduziert werden.

Noch keine Lösung gibt es indes für die AKH-Ärzte. Hier wird am Montag weiterverhandelt.

Kaum lagen am Donnerstag die Eckpunkte auf dem Tisch, meldeten sich die ersten kritischen Stimmen. Empört sind etwa die Primärärzte, für die vorerst keine Gehaltsanpassung vorgesehen ist. "Das ist völlig unverständlich, zumal der Gehaltsunterschied zwischen Fachärzten und Primarii gleich null ist", sagt Robert Hawliczek, einer der Kollegiensprecher der städtischen Primärärzte. Im Büro Wehsely beruhigt man: "Im Zuge der Besoldungsreform wird es noch Gespräche mit ihnen geben."

Scharfe Kritik kommt auch von der neu formierten Ärzte-Gewerkschaft "Asklepios". "Die Umschichtung der Dienste läuft de facto auf einen Schichtdienst hinaus. Die von der Ärztekammer geforderte Familienfreundlichkeit ist damit nicht möglich", sagt Mediziner Gernot Rainer. "Das Gegenteil ist der Fall", kontert man im Büro Wehsely. Das neue Modell führe zu einer Flexibilisierung der Arbeitszeiten.

Rainer kritisiert auch, dass die Ärzte zu wenig in die Verhandlungen eingebunden waren und fordert – wie zuletzt schon seine Kollegen in Oberösterreich – eine Urabstimmung unter den angestellten Ärzten. Eine solche plant die Kammer nicht, nach den Semesterferien soll es aber eine elektronische Befragung der KAV-Ärzte geben.

OBERÖSTERREICH

Ärzte-Pakt: "Desaster bei der Kommunikation"

Mediziner wurden über Details nicht informiert. Urabstimmung stand im Raum.

"Es ist ein Kommunikationsdesaster passiert." Mit diesen Worten kommentierte Oberösterreichs Ärztekammerpräsident Peter Niedermoser den Aufruhr unter seinen Kollegen, seit dem er am Sonntag mit Landeshauptmann Josef Pühringer (ÖVP) das neue Gehaltspaket ausverhandelt hat. Aus allen Krankenhäusern Oberösterreichs hagelte es heftige Kritik, unzählige Primarii riefen zum Widerstand auf. "Ich verstehe die Aufregung", sagte Niedermoser. Aufgrund der Unkenntnis über Details etwa im Bereich der Überstunden seien falsche Zahlen und Berechnungen kursiert.

"Es herrscht große Verunsicherung in den Häusern. Die Detailverhandlungen wurden uns

bis dato noch nicht kommuniziert", kritisierte SPÖ-Gesundheitssprecherin Julia Röper-Kelmayer, Oberärztin am AKH Linz und Mitglied der Kurie der Spitalsärzte. Diese hätte das ausverhandelte Gehaltsschema in der für Donnerstagabend anberaumten Sitzung eigentlich absegnen sollen. Stattdessen wurde das Treffen in eine reine Informationsveranstaltung umgewandelt. "Wir werden die Kurie über sämtliche Berechnungen informieren. Ich glaube nicht, dass es danach noch Gegenwehr geben wird", war sich Niedermoser vor der Sitzung sicher.

Befragung der Ärzte

Röper-Kelmayer brachte mit Fraktionskollegen, AKH-Primar Herbert Stekel dennoch einen Antrag zu einer Urabstimmung ein. Dabei würde man alle 3200 Spitalsärzte zum neuen Paket befragen. "Bei so einer entscheidenden Veränderung ist es legitim, basisdemokratisch abzustimmen." Ob der Antrag von der Kurie mehrheitlich angenommen wurde, war zu Redaktionsschluss noch nicht bekannt.

FPÖ-Gesundheitssprecherin Brigitte Povysil hält eine Urabstimmung für kontraproduktiv. "Ich bin für Basisdemokratie, aber wichtiger sind Informationen. Dieser Zwist unter den Kammerfunktionären bringt absolut nichts." Falls bei den Gehaltsberechnungen herauskomme, dass es keine Verbesserungen gibt, dann hieße es "zurück an den Verhandlungstisch".

Landeshauptmann und Gesundheitsreferent Pühringer kann die Aufregung ebenfalls nachvollziehen. "Die Ärzte wollen Klarheit. Für die Weitergabe der Informationen ist allerdings ihre Vertretung zuständig." Dass das ausverhandelte Paket abgelehnt wird, glaubt er nicht, denn "es gibt für mehr als 75 Prozent der Spitalsärzte eine Verbesserung, vor allem für die Jungen und den Mittelbau". Die Verhandlungen waren notwendig geworden, weil Ärzte nur noch 48 Stunden in der Woche arbeiten dürfen.

Das neue Arbeitszeitmodell für Spitalsärzte des Wiener Krankenanstaltenverbundes ist indes fix: Nachtdienste werden um ein Drittel reduziert. Kosten für die Stadt: 19,9 Mio. Euro.



Die Verhandlungen waren notwendig geworden, weil Ärzte nur noch 48 Stunden in der Woche

arbeiten dürfen.

(Kurier) Erstellt am 29.01.2015, 08:36

Stichworte: Ärzte,

User

Ärztinnen und Ärzte zwischen den Mühlsteinen

USERKOMMENTAR | GERNOT RAINER

29. Jänner 2015, 20:02



vergrößern (800x558)

foto: apa/helmut fohringer

Ärztinnen und Ärzte fordern lebbare Arbeitszeiten.

Ein Berufsstand, zerrieben zwischen öffentlicher Meinung und Politik – Asklepios-Gewerkschafter fordert Urabstimmung in Wien

Das neue Ärztarbeitszeitgesetz ist seit 1. Jänner in Kraft. In Wien haben sich die Verhandler nun auf ein neues Arbeitszeit- und Gehaltsmodell geeinigt. Gernot Rainer von der Gewerkschaft Asklepios fordert eine Urabstimmung der Ärzteschaft.

Der Hintergrund der aktuellen Debatte ist ein Arbeitszeitgesetz der EU aus dem Jahr 2003, das die Wochenarbeitszeit von Ärztinnen und Ärzten auf 48 Stunden reduziert und ihnen vorschreibt, ihren Dienst nach 25 Stunden zu beenden. Zwölf Jahre später ist es nun mit 1. Jänner 2015 wirksam. Nicht weil die Politik, die Ärztekammern oder die Gewerkschaften plötzlich realisiert haben, dass Wochenarbeitszeiten von 60 Stunden und mehr sowie Dienste von über 30 Stunden und mehr eigentlich nicht zumutbar sind – weder dem Arzt noch dem mit diesem Arzt konfrontierten Patienten –, sondern weil Strafzahlungen der EU in Höhe von fünf Millionen Euro monatlich drohen. Doch unvorbereitet, wie man ob der kurzen Vorlaufzeit von mehr als zehn Jahren war, soll es nun Übergangsfristen bis 2021 geben.

Lebbare Arbeitszeiten

Doch die Ärztinnen und Ärzte wollen diesen Übergang nicht. Sie wollen lebbare Arbeitszeiten, die Möglichkeit, eine Familie und ein Leben außerhalb des Spitals zu haben. Sie wollen ausgeruht, konzentriert und mit der notwendigen Sorgfalt ihre Patientinnen und Patienten versorgen. Hierfür droht ein Reallohnverlust von bis zu 30 Prozent. Bei geringem Grundgehalt wurde dieser Teil des Einkommens bisher einzig durch Mehrarbeit lukriert.

Gesucht: Jungmedizinerinnen und -mediziner

Marktbereinigt liegt das Einkommen schon jetzt deutlich unter dem der deutschsprachigen Konkurrenten Deutschland und Schweiz, ohne Kompensation in der Zukunft noch weit darunter. Die Ärztekammer verkündete via Presseaussendung im September 2014, dass schon jetzt 600 österreichische Ärztinnen und Ärzte in der Schweiz und 2.300 in Deutschland arbeiten. Spitäler suchen schon jetzt, teils händeringend, Jungmedizinerinnen und -mediziner. All diese fehlen bereits in der Versorgung unserer Bevölkerung.

Klischee dominiert öffentliche Debatte

Ein Mühlstein in der Debatte ist die öffentliche Meinung, die wenig bis keinerlei Verständnis für die Ärztinnen und Ärzte zeigt

und das Klischee des geldgierigen Großverdieners propagiert, der jetzt noch mehr für weniger Arbeit will. Ein anderer ist die Landespolitik, die, komplett unvorbereitet auf die Situation, die Mehrarbeit der Ärzte braucht, nur gering das Gehalt nachbessert und damit möglichst viele Ärztinnen und Ärzte in ein Opt-out (schriftliche Bereitschaft zur Mehrarbeit) zwingen will, damit die medizinische Grundversorgung nicht kollabiert. Dies ändert nichts an den Arbeitsbedingungen, endet ohnedies 2021 und trägt zu keiner Attraktivierung des Arbeitsplatzes Österreich bei.

Zermahlen wird hierdurch ein ganzer Berufsstand. Nicht ausreichend vertreten, nicht durch die bestehenden Gewerkschaften, nicht durch die Ärztekammern. Es braucht deshalb Stimmen, die sich für eine Änderung der Struktur starkmachen, Lösungen erzielen, die von Bestand sind, damit auch in Zukunft eine optimale ärztliche Versorgung für die Bevölkerung besteht. Optimal für den Patienten, der seinen Arzt braucht und optimal für den Arzt, der seinen Patienten behandeln will. Bezüglich der am 29. Jänner getroffenen Einigung der Stadt Wien mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten und der Ärztekammer fordert die Gewerkschaft Asklepios eine Urabstimmung der Ärzteschaft. (Gernot Rainer, derStandard.at, 29.1.2015)

Gernot Rainer (36) ist Lungenfacharzt im Otto-Wagner-Spital und Gründer von Asklepios, einer Gewerkschaft für angestellte Ärztinnen und Ärzte in Österreich.

Zum Thema

Gedanken einer frustrierten Jungärztin

Ärztarbeitszeit: Der ganz normale Wahnsinn

Einigung in Wien: Für Ärzte wird ab Juli die Nacht zum Tag

Höheres Grundgehalt für Jungärzte in Oberösterreich

Ärztarbeitszeit: Erste Operationen in Innsbruck verschoben

Kritik an ungleicher Verteilung von Ärztegehältern

Berechnen Sie Ihr Brutto- oder Netto-Gehalt mit dem Brutto-Netto-Rechner von derStandard.at/Karriere

© derStandard.at GmbH 2015

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

.

Wiener KAV-Ärzte: Urabstimmung über Arbeitszeit

30.01.2015 | 15:53 | (DiePresse.com)

In Wien werden die Ärzte der städtischen Spitäler abstimmen – wie in Oberösterreich.

Das am Donnerstag präsentierte Modell für eine Arbeitszeit-Regelung in den Wiener KAV-Spitäler sorgt für Unruhe und Unmut unter Betroffenen. Laut Informationen der „Presse“ will die Ärztekammer eine Urabstimmung unter den KAV-Ärzten durchführen lassen; diese soll bald nach den Semesterferien elektronisch in nicht anonymisierter Form erfolgen.

Wie berichtet, haben Stadt Wien, Gewerkschaft der Gemeindebediensteten und die Ärztekammer **ein Modell für neue Arbeitszeiten** sowie ein neues Gehaltsschema erarbeitet. Dieses stößt aber auf heftige Kritik. Gernot Rainer von der neugeschaffenen Ärztegewerkschaft „Asklepios“ spricht von einem drohenden „familienunfreundlichen Schichtbetrieb“.

Die Kurie der angestellten Ärzte in der Wiener Ärztekammer will dem Vernehmen nach das vereinbarte Arbeitszeit-Modell annehmen – unter der Voraussetzung, dass die vorausgegangene Urabstimmung positiv ausgefallen ist.

Eine Urabstimmung wird es auch in Ooberösterreioch geben. Die Kurie der Spitalsärzte hat in der Nacht zum Freitag beschlossen, eine solche Urabstimmung zum neuen Gehaltsschema der Ärzte in Oberösterreich durchzuführen.

© DiePresse.com

Mehr Gehalt und weniger Nachtdienste für die Ärzte in den Gemeindespitälern

VON JOSEF GEBHARD

Verhandlungen.

Stadtpräsentiert neues Arbeitszeit-Paket. Doch nicht alle Ärzte sind von der Regelung begeistert.

Nach einem Verhandlungsmarathon war das Paket um 5.30 Uhr in der Früh fertig geschnürt. Personalvertreter, Ärztekammer und Krankenanstaltenverbund (KAV) haben sich Donnerstag auf ein neues Gehalts- und Arbeitszeit-Schema für die 3000 Mediziner in den Wiener Gemeindespitälern geeinigt. Es wurde durch die gesetzlich vorgeschriebene Arbeitszeitverkürzung auf 48 Stunden pro Woche notwendig.

Um die Gehaltseinbußen auszugleichen, werden die Grundgehälter erhöht: Turnusärzte verdienen ab 1. Juli 3400 bis 4000 Euro brutto monatlich, was einer Steigerung von 25 bis 29 Prozent entspricht. Fachärzte verdienen künftig zwischen 5200 und 7900 Euro.

Die Finanzierung: 47 Millionen Euro kommen aus den Mitteln, die durch Dienstumschichtungen frei werden. Weitere 19,9 Millionen



Gemeinsam mit der Gewerkschaft einigten sich Ärztekammer-Präsident Thomas Szekeres und Stadträtin Sonja Wehsely auf das neue Modell

schieße die Stadt extra zu, kündigt Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely an.

Während bisher der Nachtdienst um 13 Uhr begann, wird die Tagesarbeitszeit künftig von 7 bis 19 Uhr gehen. Damit sollen vor allem in den Nachmittagsstunden mehr Patienten versorgt werden, während die Nachtdienste bis 2018 schrittweise um ein Drittel reduziert werden.

Noch keine Lösung gibt es indes für die AKH-Ärzte. Hier wird am Montag weiterverhandelt.

Kaum lagen am Donnerstag die Eckpunkte auf dem

Tisch, meldeten sich die ersten kritischen Stimmen. Empört sind etwa die Primärärzte, für die vorerst keine Gehaltsanpassung vorgesehen ist. „Das ist völlig unverständlich, zumal der Gehaltsunterschied zwischen Fachärzten und Primari gleich null ist“, sagt Robert Hawliczek, einer der Kollegiensprecher der städtischen Primärärzte. Im Büro Wehsely beruhigt man: „Im Zuge der Besoldungsreform wird es noch Gespräche mit ihnen geben.“

Scharfe Kritik kommt auch von der neu formierten Ärzte-Gewerkschaft „Askle-

pios“. „Die Umschichtung der Dienste läuft de facto auf einen Schichtdienst hinaus. Die von der Ärztekammer geforderte Familienfreundlichkeit ist damit nicht möglich“, sagt Mediziner Gernot Rainer. „Das Gegenteil ist der Fall“, kontert man im Büro Wehsely. Das neue Modell führe zu einer Flexibilisierung der Arbeitszeiten.

Rainer kritisiert auch, dass die Ärzte zu wenig in die Verhandlungen eingebunden waren und fordert – wie zuletzt schon seine Kollegen in Oberösterreich – eine Urabstimmung unter den an-

gestellten Ärzten. Eine solche plant die Kammer nicht, nach den Semesterferien soll es aber eine elektronische Befragung der KAV-Ärzte geben.

Oberösterreich

Nachdem in OÖ am Sonntag der neue Gehalts-Pakt für Spitalsärzte ausverhandelt wurde, kam es zu einer Protestwelle. Ärztekammerpräsident Peter Niedermoser sprach von einem „Kommunikationsdesaster“. Donnerstagsabend gab es weitere Verhandlungen mit der Kurie der Spitalsärzte.

WAHLKAMPF

Staatsanwalt ermittelt gegen Gastro-Obmann Willi Turecek

Wien. Im Wahlkampf für die Wirtschaftskammerwahl Ende Februar werden Vorwürfe der Wahlfälschung laut, die sich auf den Urnengang 2010 beziehen. Der Staatsanwalt ermittelt auch gegen den roten Gastro-Obmann Wilhelm Turecek. Der Sozialdemokratischen Wirtschaftsverband weist den Vorwurf zurück.

Details wurden wegen laufender Ermittlungen nicht bekannt geben. News zufolge drehen sich die Vorwürfe um die Anzahl ausgefüllter Stimmzettel. Zur Erklärung: Einige Kammermitglieder verfügen über mehrere Gewerbeberechtigungen und dürfen daher in verschiedenen Fachgruppen zur Urne schreiten. Turecek und weitere Personen sollen 2010 aber mehr Stimmzettel ausgefüllt haben als ihnen zustand.

News beruft sich auf einen Bericht des Verfassungsschutzes an die Staatsanwaltschaft. Demnach seien Zeugen vernommen, über 1200 Stimmzettel sichergestellt und Schriftproben genommen worden. Dass ein solcher Bericht eingegangen sei, konnte die Sprecherin der Staatsanwaltschaft nicht bestätigen.

SWV-Direktor Peko Baxant wohnt Turecek „im Fadenkreuz einer schwarzen Hetzkampagne“.

KURIER ABO

GRATIS TANKEN & FLEXIBILITÄT

DAS HAB' ICH VOM KURIER



Mit dem Trafik-Rabatt-Abo

€ 90,- Tankgutscheine + Autofahrer-Paket GRATIS (Gesamtwert rund € 120,-)



Holen Sie sich jetzt Ihren tagesaktuellen KURIER mit der KURIER CLUB-Karte bargeldlos in Ihrer Trafik. Einfach 300 Exemplare¹⁾ Lesevielfalt aufbuchen lassen und Sie genießen Ihren KURIER mobil, flexibel und ungebunden. Dazu erhalten Sie jetzt € 90,- BP-Tankgutscheine sowie ein praktisches Autofahrer-Paket – bestehend aus einer Autoapotheke, zwei Pannenwesten, einem Vignettenschaber und einem Kfz-Ladestecker – GRATIS.

Info und Bestellung unter:

kurierabo.at oder 05 9030-600²⁾

Das Angebot gilt in ganz Österreich bis 31.1.2015. AGB unter kurierservice.at/agb

1) 300 KURIER Exemplare aufgebucht auf eine KURIER CLUB-Karte um nur € 200,- (einföhrbar bis zu 2 Jahre).

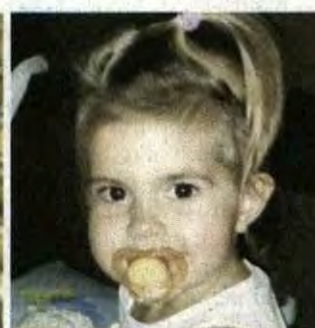
2) Mo. bis Fr. 6 – 17 Uhr; Sa., So. und Feiertag 7 – 12 Uhr.

KINDESENTZIEHUNG

Spuren zu Rosalie werden immer unkonkreter



Seit November sucht Helmut Kratochwil verzweifelt nach Rosalie



Vermisst. Seit mehr als einem Monat gibt es kein Lebenszeichen von der kleinen Rosalie. Anfang November tauchte ihre Mutter nach Sorgerechtsstreitigkeiten mit ihr unter. Anfänglich hatte die Mutter noch Kontakt zu ihren anderen Kindern in Wien, doch vor einigen Wochen brach sie auch diesen ab: „Die Tochter und der Sohn aus ihrer ersten Beziehung leiden sehr darunter, nichts mehr von ihr zu hören“, erzählt Rosalies Vater, Helmut Kratochwil. Er hält den Kontakt zum Ex-Partner seiner Noch-Ehefrau und versucht alles, um die Spur seiner Tochter aufzunehmen. Bisher jedoch erfolglos.

Während die Polizei die Untergetauchte anfänglich in Wien vermutete, führen die letzten Hinweise nach Deutschland. Das Problem daran: der Haftbefehl für die Mutter gilt nur in Österreich. Obwohl das Mädchen auf der Interpol-Vermisstenliste geführt und damit weltweit gesucht wird, ist es so schwieri-

ger für die Behörden, das Mädchen zu finden. Handyortung oder eine Überwachung des Kontos der Mutter sind damit im Ausland tabu.

Gerätselt wird, wie sich Mutter und ihre zwei Jahre alte Tochter über Wasser halten. „Windeln und Essen, das kostet alles viel Geld, ich weiß nicht, wie sie das finanziert“, sagt Kratochwil.

DNA abgeben

Am Dienstag musste Helmut Kratochwil die DNA seiner Tochter an die Polizei abgeben: „Ich habe einen Schnuller und eine Zahnbürste von Rosalie hergegeben. Ich tue alles, um sie zu finden.“ Trotzdem ist er mit den Behörden nicht nur zufrieden: „Die Polizei und das Landeskriminalamt helfen mir wirklich sehr. Aber von der Staatsanwaltschaft bin ich enttäuscht. Es dauert einfach alles so lange und gerade in diesem Fall ist es doch wichtig, alles zu tun, um mein Kind wieder zurückzubringen“, sagt der Vater. – BIRGIT SEISER

OBERÖSTERREICH

Zwölf Jahre Haft für gewalttätigen Ex-Pater bestätigt

Prozess. Das Oberlandesgericht Linz hat am Donnerstag das Urteil von zwölf Jahren Haft für den ehemaligen Konviktsdirektor des Stiftsgymnasiums Kremsmünster (OÖ) bestätigt.

Der heute 81-Jährige hat in den Jahren 1967 bis 1996 sexuelle und gewalttätige Übergriffe auf Schüler verübt. Teils ging er mit einer Ochsenpeitsche, Tritten oder beidhändig ausgeführten „Stereowatschen“ auf die Zöglinge los. Gelegentlich erklärte er Kinder für „vogelfrei“, die dann von ihren Mitschülern ungestraft drangsaliert werden durften. Zudem drohte der Geistliche mehrmals, er werde seine Pumpgun holen.

Dass er die Waffe bis 2010 illegal besessen hat, war offenbar ausschlaggebend, dass die anderen Vorwürfe nicht verjährten. Der Richter senat bestätigte das erstinstanzliche Urteil und verwies auf die „hohe Täterschuld“ und den „hohen sozialen Störwert“ der Delikte. Nun muss ein Sachverständiger klären, ob der 81-jährige Ex-Pater haftfähig ist.

Von den Privatbeteiligten ergriffen elf Rechtsmittel. Sie wollten Schadenersatz über das Strafgericht. Dabei ging es unter anderem um die Frage, ob der 81-Jährige privat haftet oder die Republik im Zuge der Amtshaftung. Die Betroffenen wurden auch in zweiter Instanz auf den Zivilrechtsweg verwiesen.

KAV-Ärzte: Urabstimmung über Arbeitszeit

In Wien werden die Spitalsärzte abstimmen – wie in Oberösterreich.

Wien. Das am Donnerstag präsentierte Modell für eine Arbeitszeitregelung in den Wiener KAV-Spitälern sorgt für Unruhe und Unmut unter Betroffenen. Laut Informationen der „Presse“ wird die Ärztekammer eine Urabstimmung unter den KAV-Ärzten durchführen lassen; diese soll bald nach den Semesterferien elektronisch in nicht anonymisierter Form erfolgen.

Wie berichtet haben die Stadt Wien, die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten und die Ärztekammer ein Modell für neue Arbeitszeiten sowie ein neues Gehaltsschema erarbeitet. Dieses stößt aber auf heftige Kritik. Gernot Rainer von der neu geschaffenen Ärztegwerkschaft Asklepios spricht von einem drohenden „familienunfreundlichen Schichtbetrieb“.

Die Kurie der angestellten Ärzte in der Wiener Ärztekammer will dem Vernehmen nach das vereinbarte Arbeitszeitmodell annehmen – unter der Voraussetzung, dass die vorausgegangene Urabstimmung positiv ausgefallen ist.

Eine Urabstimmung wird es auch in Oberösterreich geben. Die Kurie der Spitalsärzte hat in der Nacht zum Freitag beschlossen, eine solche Urabstimmung zum neuen Gehaltsschema der Ärzte in Oberösterreich durchzuführen. (g.b.)

Morgen in der „Presse am Sonntag“

Wiens jüdische Gemeinde und der Antisemitismus: Der Versuch, den Alltag weiterzuleben.

ZUM ABO: DiePresse.com/abo



NACHRICHTEN

NÖ: Baden verhandelt Dreier-Koalition

In Baden wird nach der Neuauszählung der Gemeinderatswahl, die eine schwarz-grüne Mehrheit bestätigt hat, nun doch über eine Dreier-Koalition verhandelt. Bürgermeister Kurt Staska (ÖVP) führt derzeit mit den Grünen und den Neos Gespräche. Eine schwarz-grün-pinke Koalition hätte somit 22 der 41 Mandate im Badener Rathaus.

Cannabis: 150 Kilo in Wohnung angebaut

Ein 37-jähriger Wiener wurde am Freitag angeklagt, 150 Kilo Cannabis in seiner Floridsdorfer Wohnung angebaut zu haben. Sein Wissen gab er auch an drei Bekannte weiter. Um Stromkosten zu sparen, zapfte der Elektrotechniker Stromleitungen an – dadurch entstand ein Schaden von 91.600 Euro.

Aids: 2014 weniger neue HIV-Fälle

2014 wurden mit 403 HIV-Infektionen deutlich weniger Fälle in Österreich neu diagnostiziert. Der Rückgang betraf vor allem Wien und die Steiermark.

Die Wiederbelebung der Herrengasse

Wiener Innenstadt. Eine Privatinitiative will die Herrengasse als Flanier- und Einkaufsmeile abseits internationaler Marken attraktivieren. Noch heuer soll die Straße umgestaltet werden.

VON KARIN SCHUH

Wien. Die einen lachten über das nur 50 Meter hohe „Hochhäuserl“, die anderen echauffierten sich über den „Wolkenkratzer der Jungesellen“, der ob seiner 105 (von insgesamt 225 Wohnungen) „Ledigen-Wohnungen“, eine „gefährliche, Ehestands feindliche Einrichtung“ darstellte. Als das berühmte Erste Wiener Hochhaus in der Herrengasse 1932 fertiggestellt wurde, löste das damals hitzige Debatten aus. Nicht nur wegen der eingangs erwähnten Single-Wohnungen, sondern auch, weil die christlich-soziale Regierung damit den Wettkampf um das erste Hochhaus gewonnen hatte.

Heute ist es um die Herrengasse – im Vergleich zum Goldenen U (Kärntner Straße, Graben, Kohlmarkt), das jüngst durch das Goldenen Quartier (Tuchlauben, Bognergasse, Am Hof) ergänzt wurde – ruhig geworden. Geht es nach der Initiative „Herrengasse+“ soll sich das bald ändern.

Flaniermeile ohne Luxusketten

„Die Herrengasse ist eine Ost-West-Achse, die irres Potenzial hat. Unser Ziel ist es, die Herrengasse attraktiver zu machen, für die Bewohner, aber auch für potenzielle Konsumenten“, sagt Wolfgang Spitzzy, Sprecher der Initiative und Vertreter der Eigentümergesellschaft des Ersten Wiener Hochhauses. Seit rund einem Jahr arbeitet die Initiative, die aus Bürgern und Liegenschaftseigentümern der Herrengasse besteht, an der Attraktivierung der Straße zwischen Michaelerplatz und Freyung. Neben den Eigentümern des Hochhauses zählen auch die Karl Wlaschek Privatstiftung (zu der etwa das Palais Ferstel gehört), die List Gruppe und andere private Eigentümer dazu.

Wie genau die Umgestaltung der Herrengasse aussehen wird, kann Spitzzy noch nicht verraten. Nur so viel: „Die Straße soll durch äußerliche Eingriffe, wie eine passantenfreundlichere Gestaltung



Die Herrengasse (hier der Blick vom Michaelerplatz auf das Looshaus) war einst eine begehrte Wohnadresse des Adels. [Isabelle Spitzzy]

der Gehsteige, Verkehrsberuhigung, die Bearbeitung der Oberflächen und eine neue Beleuchtung attraktiver gemacht werden.“ Die Herrengasse soll wieder zu einer Flaniermeile werden. Wobei man sich in der 450 Meter langen Straße deutlich von dem internationalen Angebot großer (Luxus-)Ketten abheben will. Vielmehr sollen heimische Produzenten und Geschäftsleute im Vordergrund stehen.

Softbar, Café und Bäckerei

Den Anfang machte bereits 2012 das kleine Café von Unger und Klein im Hochhaus, Ende 2013 zog die Zuckerwerkstatt ein. Ein paar Monate später folgte The Vienna store, der sich auf Design-Souvenirs spezialisiert hat. In den nächsten Wochen und Monaten folgen weitere Geschäfte und Lokale im Erdgeschoß des Hochhauses: So

wird der Fruchtsaferhersteller Rauch mit einer kleinen Softbar einziehen. Auch ein modernes Café, das nicht nur die Menschen der umliegenden Büros mit Mittagessen versorgen soll, ist geplant. Eine österreichische Bäckerei wird ebenfalls bald einziehen.

Etwas weiter Richtung Freyung wird bereits großflächiger gebaut. Das Projekt „Palais, Palais“ – das die Palais Batthyány (wo bis zum Jahr 2012 „Der Standard“ untergebracht war) und Trauttmansdorff betrifft – soll mit Ende des Jahres 600 Quadratmeter an Geschäftsflächen und Mietwohnungen bieten.

Generell soll die Herrengasse noch heuer umgestaltet werden. Die Kosten dafür liegen laut Spitzzy bei vier bis fünf Millionen Euro: „Das wird aus eigenen Mitteln der Privatinitiative finanziert, und wenn es fertig ist, zur Erhaltung an die öf-

fentliche Hand übergeben.“ Die zuständigen Stellen der Stadt seien dem Projekt gegenüber positiv gestimmt, ebenso wie die Bezirksvorstehung. Bleibt nur noch offen, wie die Öffentlichkeit auf die Umgestaltung reagieren wird.

Einen ähnlichen Skandal wie einst bei der Hochhaus-Eröffnung wird es wohl nicht geben.



Neutor bis zu Festspielen gesperrt

Salzburg. Eine der zentralen Einfahrtsachsen in die Innenstadt wird für mehr als fünf Monate für den Individualverkehr gesperrt. Größere Umwege sind die Folge.

VON CLAUDIA LAGLER

Wien. Der Schranken, den Verkehrsstadtrat Johann Padutsch (Bürgerliste) angedacht hatte, ist es nicht geworden. Aber auch ohne diese Barriere werden Autofahrer ab Montag vor dem Neutor, einer der zentralen Einfahrtsachsen in die Salzburger Innenstadt, wieder umdrehen müssen. Am 2. Februar beginnt die mehr als fünfmonatige Sperre des Neutors für den Individualverkehr. Mitarbeiter eines Wachdienstes werden von der morgendlichen Stoßzeit bis zum späten Abend aufpassen, dass lediglich Busse, Taxis und Lieferanten das nur noch einspurig befahrbare Neutor passieren.

Alle anderen stadteinwärts fahrenden Autos müssen vor einem eigens eingerichteten Kreisverkehr vor dem Mönchsberg wieder umdrehen und einen Umweg über Mülln machen, um in die Stadt zu kommen. Auch wer stadtauswärts will, muss über Mülln oder das Nonntal ausweichen. Die Zufahrt in die Mönchsberggarage ist während der Sperre möglich. Der Grund für die Sperre: Am Montag startet die Salzburg AG zwischen dem Herbert-von-Karajan-Platz

beim Neutor und der Bürgerspitalgasse mit der Erneuerung von Fernwärme-, Strom- und Wasserleitungen und der Verlegung moderner Breitbandkabel. Die Arbeiten werden kurz vor Beginn der Festspiele im Juli beendet.

Weil es in der Bürgerspitalgasse so eng ist, kann jeweils nur eine Fahrspur offen bleiben. Die Sperre des Neutors war die einzige Möglichkeit, um während der Bauzeit möglichst viel Verkehr draußen zu halten und ein Chaos in der Altstadt zu vermeiden. Die Autofahrer haben mit der Regelung wenig Freude, schließlich müssen sie den Mönchsberg umfahren und längere Umwege in Kauf nehmen.



Auch die Innenstadtkaufleute richten sich während der Bauarbeiten auf eine schwierige Zeit ein. „Keine Sperre, keine Schranken, keine Poller“, lautete die Forderung von Inga Horny, Geschäftsführerin des Altstadtmarketings. Sie hat auch Vorschläge, wie man künftig das Neutor für den Durchzugsverkehr unattraktiver machen könnte. Sie wünscht sich eine Shared-Space-Zone mit geringer Geschwindigkeit und Gleichberechtigung für alle Verkehrsteilnehmer.

Pflaster für Getreidegasse neu

Die Grabungsarbeiten in der Bürgerspitalgasse sind nur eine von mehreren Baustellen in der Altstadt. Im Februar wird auch mit der Neugestaltung der Getreidegasse begonnen. Die traditionsreiche Gasse in der Altstadt wird in mehreren Etappen neu gepflastert. Im ersten Schritt werden die in die Jahre gekommenen Leitungen neu verlegt, 2016 kommt der neue Belag. Geplant ist eine Pflasterung mit hellgrauen Granitsteinen. Die Getreidegasse soll bis 2017 fertig sein. Noch in diesem Jahr soll die Neugestaltung der Flaniermeile Griesgasse und des Hanuschplatzes über die Bühne gehen.

Wirte fordern ganzjährige Schanigärten

Wirtschaftsbund-Umfrage:
Unzufriedene Gastronomen

Wien. „Der Wirt ist nicht an allem schuld.“ Unter diesem Titel präsentierte der ÖVP-Wirtschaftsbund Wien am Freitag Ergebnisse einer Umfrage unter Gastronomen und Kaffeesiedern. Wenig verwunderlich zeigen diese sich unzufrieden mit „Raucherregelung, Allergenverordnung und anderen Schikanen“, so Peter Dobcak, Fachgruppenobmann Gastronomie.

So sprechen sich 61 Prozent der Kaffeesieder und 56 Prozent der Gastronomen für die Beibehaltung der jetzigen gesetzlichen Regelung (also abgetrennte Raucherbereiche) aus. 55 Prozent beider Gruppen haben ihr Lokal umgebaut, insgesamt wurden 100 Mio. Euro investiert. Berndt Querfeld, Fachgruppenobmann der Kaffeesieder, fordert eine ganzjährige Schanigartenöffnung, damit für Raucher Tische vor die Tür gestellt werden können. Dobcak sieht die Wirte auch durch das Glücksspielverbot bedroht und will eine „Gastronomiekonzession für das Kleine Glücksspiel“. (ks)

Politik Wirtschaft • Recht



30 Der Verkauf einer Apotheke • **34** Großer Erfolg der Apo-App • **38** Apotheken für Studenten-Austauschprogramm gesucht! • **42** Datenverarbeitungsregister: Musteranmeldung

Arbeitszeitgesetz Ärztegewerkschaft

Der Wiener Lungenfacharzt Dr. Gernot Rainer will als Reaktion auf das neue Arbeitszeitgesetz für Spitalsärzte eine Gewerkschaft für angestellte Ärzte gründen und ruft derzeit zur Unterzeichnung einer Petition auf. Die Gewerkschaft soll den Namen „Asklepios- Gewerkschaft für angestellte Ärztinnen und Ärzte“ tragen.

EU-Behörde Schärferer Grenzwert für Bisphenol A

Die EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA setzte aufgrund der Veröffentlichung einer überwältigenden Zahl neuer Forschungsstudien in den letzten Jahren die tolerierbare Aufnahme von Bisphenol A von 50 Mikrogramm pro Kilogramm Körpergewicht und Tag auf 4 herunter. In der neuen Bewertung über Bisphenol A kamen die Experten jedoch zum Schluss, „dass BPA bei der derzeitigen Verbraucherexposition für keine

Altersgruppe ein Gesundheitsrisiko darstellt“. Die Aufnahme liege deutlich unterhalb der sicheren neuen Obergrenze.

„Es gibt viele Studien, die auch unter 4 Mikrogramm pro Kilo und Tag Auswirkungen auf Gehirn und Verhalten zeigten, und es wirkt auf jeden Fall hormonähnlich“, erläuterte hingegen ein Umweltextperte. „In jedem Fall ist

es giftig für die Fortpflanzung, und da gibt es generell keine Grenzwerte.“ Bisphenol A sollte man also möglichst meiden. Hauptquellen sind Innenbeschichtungen von Konservendosen sowie Polycarbonat im klaren Plastik, das in DVDs, Plastikgeschirr und Möbeln vorkommt. Kassenbons sollten nicht in Kinderhände gelangen und nicht in Taschen zerknüllt werden.

einschlafen
durchschlafen
erholt aufwachen


Montavit

Calmaben

Das Ein- und Durchschlafmittel
aus Ihrer Apotheke



10 Stück | zur Kurzzeithandlung von Ein- und Durchschlafstörungen

rezeptfrei

www.montavit.com

Über Wirkungen und mögliche Nebenwirkungen informieren Gebrauchsinformation, Arzt oder Apotheker.

Fachkurzinformation siehe Seite 64.

KURIER

Quelle: Kurier.at

Adresse: <http://kurier.at/chronik/wien/steiniger-weg-fuer-neue-aerzte-gewerkschaft/111.796.157>

Datum: 03.02.2015, 16:18

Asklepios

Steiniger Weg für neue Ärzte-Gewerkschaft

Experten sind skeptisch, ob die Ärzte-Rebellen erfolgreich sein werden.

Autor: Josef Gebhard



Asklepios hat binnen weniger Wochen mehr als 1000 Mitglieder hinter sich versammelt. - Foto: AP

Es ist ein Vorgang, der in der beschaulichen Welt der österreichischen Sozialpartnerschaft nicht gerade alltäglich ist: Weil sie sich von den etablierten Gewerkschaftern in den aktuellen Arbeitszeit- und Gehaltsverhandlungen mangelhaft vertreten fühlt, hat eine Gruppe von Spitalsärzten kurzerhand eine eigene Ärzte-Gewerkschaft namens Asklepios gegründet ([der KURIER berichtete](#)).

Initiator Gernot Rainer, Lungenspezialist am Wiener Otto-Wagner-Spital, kritisiert vor allem

die mangelnde Transparenz in den jüngsten Verhandlungen für die Wiener Gemeindespitäler, die von der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten geführt wurde. Sie, aber auch die Ärztekammer, sei zudem in dem Kampf um bessere Arbeitszeiten um Jahre zu spät aktiv geworden.

Die so Kritisierten bereiten der neuen Gewerkschaft erwartungsgemäß einen kühlen Empfang: "Die Neugründung einzelner Gruppierungen schwächt die Ärztefront", warnt Wiens Ärztekammer-Präsident Thomas Szekeres in der ÄrzteWoche. Christian Meidlinger, Chef der Gemeinde-Gewerkschafter, spricht gar von einer "völlig absurden Idee".

Starker Zulauf

Ungeachtet dessen hat Asklepios binnen weniger Wochen mehr als 1000 Mitglieder hinter sich versammelt. Allein in Wien sind es knapp 600, das sind bereits fast zehn Prozent aller Wiener Spitalsärzte.

Jetzt kämpft man darum, bei künftigen Verhandlungen mit am Tisch sitzen zu dürfen. Formell wird die sogenannte Kollektivvertragsfähigkeit vom Bundeseinigungsamt anhand mehrerer Kriterien definiert. Dazu gehört eine maßgebliche Zahl von Mitgliedern, aber auch die finanzielle Absicherung der neuen Gewerkschaft.

Für den Innsbrucker Politologen Ferdinand Karlhofer ist die Gründung der neuen Gruppierung jedenfalls ein "Alarmsignal" für die etablierten Kräfte. Sollte sie noch weiteren Zulauf bekommen, werde man nicht umhin kommen, ihr Konzessionen zu machen, um sie einzubinden.

Karlhofer sieht aber ein wesentliches Manko: "Hier hat sich eine Protestgruppe aufgrund eines Einzel-Problems – die neue Arbeitszeit-Regelung – formiert. Dieses ist mittlerweile weitgehend gelöst. Die Gruppe wird sich daher weitere Themen suchen müssen, um langfristig Bestand zu haben."

"Zu schwach"

Zurückhaltend ist man auch beim ÖGB: "Wir werden uns ansehen müssen, wie sich die neue Gruppe weiter entwickelt. Derzeit ist sie noch viel zu schwach, um Kollektivvertragsverhandlungen führen zu können", sagt der leitende Sekretär Bernhard Achitz.

Für ihn mache es auch wenig Sinn, dass sich Gewerkschaften bilden, die einzelne Berufsgruppen vertreten. "In Deutschland hat man damit keine guten Erfahrungen gemacht."

Gänzlich auf die leichte Schulter nimmt man aber auch im ÖGB die Ärzte-Gewerkschaft nicht: "Man muss schon darüber nachdenken, ob die bestehende Vertretung optimal funktioniert."

(kurier) Erstellt am 03.02.2015, 17:00

Standort: oe1.ORF.at



Navigation

- [Programm](#)
- [Musik](#)
- [Kultur](#)
- [Journale](#)
- [Wissen](#)
- [Gesellschaft](#)
- [Religion](#)

- [Log In](#)
- [Suche](#)

Journale

◀ [zurück](#)

Kategorie: Journale, [Innenpolitik](#)

Kritik an neuer Ärztegewerkschaft Asklepios

[Auf Facebook teilen](#) [Auf Twitter teilen](#) [Auf Google+ teilen](#)

Die Gründung der neuen Ärztegewerkschaft Asklepios sorgt für Kritik bei den bestehenden Gewerkschaften, die die Ärzte vertreten. Sie warnen vor einer Zersplitterung der Kräfte bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Die Ärztekammer reagiert gelassen auf die neue Standesvertretung.

Mittagsjournal, 3.2.2015

[Audio als mp3](#)



[Externer Player](#)

Birgit Pointner, Peter Daser

"Jedes Bundesland muss für sich entscheiden"

Bei der Ärztekammer sieht man die Gründung recht gelassen, man hat die Tatsache auf der Seite, die Pflichtstandesvertretung zu sein. Vizepräsident Harald Mayer: "Jeder kann einen privaten Verein gründen, jeder kann den auch Gewerkschaft nennen und braucht dann noch immer ein Gegenüber, das bereit ist, mit ihm zu verhandeln."

Ärztekammer und Gewerkschaften hätten zu wenig Druck gemacht und damit seit 2003 wertvolle Verhandlungszeit verloren, lautet eines der Gründungsargumente von Asklepios. Beim Druck kommt es auf die Bundesländer an, sagt Ärztekammervizepräsident Mayer: "Die Kärntner waren schon auf der Straße, also kann man nicht sagen, dass die nichts tun." Jedes Bundesland müsse für sich entscheiden, wie es Druck aufbaut, wie es Eskalationsszenarien entwickelt. "Da wir letztendlich auch die Gehälter in den einzelnen Bundesländern verhandeln, liegt es aus meiner Sicht klarerweise in der Entscheidung der einzelnen Bundesländer-Kurien, wie sie den Druck aufbauen, halten und erhöhen."

Skepsis und Zurückhaltung

Kompliziert ist es schon jetzt, denn für die Vertretung sind unterschiedliche Gewerkschaften zuständig: Zum Beispiel in Wien. Für die Ärzte des Krankenanstaltenverbundes ist die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GWG) zuständig. Deren stellvertretende Vorsitzende Angela Lueger, sagt zur Neugründung: "Von Seiten der GWG sehen wir das nicht so positiv, weil wir der Meinung sind, dass wir ein großes Spektrum vertreten, wo die Ärzte auch enthalten sind. Wir vertreten österreichweit sehr viele Mitglieder und es macht wenig Sinn, wenn jede eigene Berufsgruppe ihren eigenen Verband hat, der sie vertritt."

Das Problem sei, so Lueger, dass letztendlich die Stärken der Gewerkschaft, das Verhandlungsmandat, geschwächt werde. Bei den Verhandlungen sei man nur dann stark, wenn man dementsprechend viele Mitglieder habe, derzeit seien es rund 3000.

Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) vertritt rund 1.000 Ärzte. Man müsse an einem Strang ziehen, sagt Johann Hable, Vorsitzender der Sparte Gesundheitsberufe bei der GÖD: "Es wäre sehr sinnvoll in der heutigen Zeit, die Kraft zu bündeln."

Bei der Dienstleistungsgewerkschaft vida, die rund 1.500 Ärzte vertritt, zeigt man sich heute zurückhaltend und will die Gründung von Asklepios nicht näher kommentieren.

◀ [zurück](#)

03.02.2015

[Journale Downloads](#)

Social Media

Zwei Klicks für mehr Datenschutz: Erst wenn Sie dieses Feld durch einen Klick aktivieren, werden die Buttons aktiv, und Sie können Ihre Empfehlung an Facebook, Twitter und Google+ senden. Schon beim Aktivieren werden Informationen an diese Netzwerke übertragen und dort gespeichert. Näheres erfahren Sie durch einen Klick auf das i.

- nicht mit Facebook verbunden ☐ Social-Media-Dienste aktivieren



- nicht mit Twitter verbunden ☐



- nicht mit Google+ verbunden ☐



- [Zwei Klicks für mehr Datenschutz: Erst wenn Sie dieses Feld durch einen Klick aktivieren, werden die Buttons aktiv, und Sie können Ihre Empfehlung an Facebook, Twitter und Google+ senden. Schon beim Aktivieren werden Informationen an diese Netzwerke übertragen und dort gespeichert. Näheres erfahren Sie durch einen Klick auf das i.](#)

Mehr dazu auf oe1.orf.at

Mehr dazu in oe1.ORF.at



DI | 3.2.2015 | 12:00 Uhr

Mittagsjournal

[Mattarella als neuer Präsident Italiens vereidigt. Entscheidung in Großbritannien: Kinder mit drei genetischen Elternteilen? Stellenabbau bei Voith: Belegschaft ist schockiert. Kritik an neuer Ärztegewerkschaft Asklepios. Und: Werke von Pierre ...](#)

[mehr](#) ▶

Kategorie: Journale, [Innenpolitik](#), [Wissen](#)

Zulauf zur neu gegründeten Ärztegewerkschaft

[Es rumort weiterhin in der Ärzteschaft. Viele Spitalsärzte können sich mit dem neuen Arbeitszeitgesetz und der damit verbundenen Bezahlung einfach nicht anfreunden. Vielleicht ein Grund, warum die neu gegründete Ärztegewerkschaft "Asklepios" - benannt nach dem griechischen Gott der Heilkunst - offenbar regen Zulauf erfährt.](#)

[Auf Facebook teilen](#) [Auf Twitter teilen](#) [Auf Google+ teilen](#)
[Audio als mp3](#)

▶ AUDIO 2:35

[Externer Player](#)

[mehr](#) ▶

oe1.ORF.at

Suche

[Suchen](#)

Ressorts

- [Musik](#)
- [Kultur](#)
- [Journale](#)
- [Wissen](#)
- [Gesellschaft](#)
- [Religion](#)

Ö1 Plus

- [Club](#)
- [Kalender](#)
- [Shop](#)
- [RadioKulturhaus](#)
- [RSO Wien](#)
- [musikprotokoll](#)

Ö1 Spezial

- [Hörspiel](#)

- [Feature](#)
- [Campus](#)
- [Talentebörse](#)
- [Ö1 macht Schule](#)
- [Kinder](#)
- [Quiz](#)

Ö1 on demand

- [Downloads](#)
- [Podcasts](#)
- [Mobile Dienste](#)
- [Mitschnitte](#)
- [Newsletter](#)
- [Archiv](#)

Ö1 Radio

- [Programm](#)
- [Sendereihen](#)
- [Themen](#)
- [Sendeschema](#)
- [Frequenzen](#)
- [Kontakt](#)
- [Impressum/Offenlegung](#)

[Übersicht: Alle ORF-Angebote auf einen Blick](#)

Standort: oe1.ORF.at



Navigation

- [Programm](#)
- [Musik](#)
- [Kultur](#)
- [Journale](#)
- [Wissen](#)
- [Gesellschaft](#)
- [Religion](#)

- [Log In](#)
- [Suche](#)

Politik

◀ [zurück](#)

Kategorie: Journale, [Innenpolitik](#), [Wissen](#)

Zulauf zur neu gegründeten Ärztegewerkschaft

[Auf Facebook teilen](#) [Auf Twitter teilen](#) [Auf Google+ teilen](#)

Es rumort weiterhin in der Ärzteschaft. Viele Spitalsärzte können sich mit dem neuen Arbeitszeitgesetz und der damit verbundenen Bezahlung einfach nicht anfreunden. Vielleicht ein Grund, warum die neu gegründete Ärztegewerkschaft "Asklepios" - benannt nach dem griechischen Gott der Heilkunst - offenbar regen Zulauf erfährt.

Morgenjournal, 3.2.2015

[Audio als mp3](#)



[Externer Player](#)

Wolfgang Werth

Zulauf zu neuer Ärztegewerkschaft

Jetzt ist es offiziell: Die neue Ärztegewerkschaft "Asklepios", benannt nach dem altgriechischen Gott der Heilkunst, ist gegründet. Um eine Gewerkschaft zu errichten, muss man in Österreich ja nicht Mitglied des ÖGB sein, es genügt eine Anmeldung als Verein. Diese Anmeldung ist erfolgt und wurde von der Vereinsbehörde für rechtlich in Ordnung befunden.

Vereinsproponent Gernot Rainer, ein junger Facharzt aus dem Wiener Otto-Wagner-Spital, freut sich über den bisherigen Zulauf: "Wir haben derzeit 1.074 registrierte Mitglieder", davon 574 in Wien. Die Gründung einer eigenen Gewerkschaft sei unbedingt notwendig gewesen, sagt Rainer. Denn seit Jahren hätten die ÖGB-Gewerkschaften und die Ärztekammern in Sachen Arztarbeitszeit zu wenig Druck gemacht: "Seit 2003 hätten unsere Vertreter Zeit gehabt, unsere Interessen zu vertreten. Das ist nicht im ausreichenden Maße passiert."

Bessere Information über Wiener Ärztegehaltsmodell

Die Begeisterung der schon bisher existierenden Gewerkschaften über Asklepios ist offenbar enden wollend. Immerhin sind die angestellten Ärzte bisher schon in gleich vier ÖGB-Gewerkschaften vertreten. Die Gemeindebediensteten-Gewerkschaft hat gleich bei Bekanntwerden der Gründungspläne von Asklepios die Ärzte aufgefordert, an einem Strang zu ziehen. Soll wohl heißen, sich nicht in verschiedene Gewerkschaften aufzusplitteln. Das beeindruckt Asklepios-Gründer Rainer nicht.

Die nächsten Pläne: Asklepios will erreichen, dass zum Beispiel über das neue Wiener Ärztegehaltsmodell besser informiert wird. Noch könne der einzelne Arzt nicht sagen, ob es für ihn attraktiv ist oder nicht. Und man fordere über das neue Wiener Entlohnungssystem eine Urabstimmung, die ihren Namen verdient: "Wir fordern eine Urabstimmung, die nicht digital ablaufen soll und nicht personalisiert über die Ärztekammer-Homepage. Dann wird die Demokratie entscheiden."

Fernziel der Asklepios-Gewerkschafter ist, eines Tages selbst bei Kollektivvertragsverhandlungen am Verhandlungstisch sitzen zu können. Es gehe darum, die weitere Abwanderung junger Ärzte aus Österreich zu vermeiden, sagt Gernot Rainer.

◀ [zurück](#)

03.02.2015

Social Media

Zwei Klicks für mehr Datenschutz: Erst wenn Sie dieses Feld durch einen Klick aktivieren, werden die Buttons aktiv, und Sie können Ihre Empfehlung an Facebook, Twitter und Google+ senden. Schon beim Aktivieren werden Informationen an diese Netzwerke übertragen und dort gespeichert. Näheres erfahren Sie durch einen Klick auf das i.

- nicht mit Facebook verbunden Social-Media-Dienste aktivieren



- nicht mit Twitter verbunden



- nicht mit Google+ verbunden



- [Zwei Klicks für mehr Datenschutz: Erst wenn Sie dieses Feld durch einen Klick aktivieren, werden die Buttons aktiv, und Sie können Ihre Empfehlung an Facebook, Twitter und Google+ senden. Schon beim Aktivieren werden Informationen an diese Netzwerke übertragen und dort gespeichert. Näheres erfahren Sie durch einen Klick auf das i.](#)

Mehr dazu auf oe1.orf.at

Mehr dazu in oe1.ORF.at



[Sendung hören](#) [7 Tage Sendung hören](#)

DI | 3.2.2015 | 7:00 Uhr

[**Morgenjournal \(I\)**](#)

[Vorerst keine US-Waffenlieferungen an die Ukraine. Griechenland rückt vom Schuldenschnitt ab. Pegida-Demo und Gegendemo in Wien. Zulauf zur neu gegründeten Ärztegewerkschaft. Ski-WM in Vail ist eröffnet. Premiere an der Wiener Staatsoper: ...](#)

[mehr](#) ▶

Ärztarbeitszeit: Einigungen nicht überall

[Seit 1. Jänner ist das neue Ärzte-Arbeitszeitgesetz offiziell in Kraft. In den meisten Bundesländern wurde heftig um eine Neuregelung gerungen. Das neue Gesetz sieht vor, dass Ärztinnen und Ärzte nur mehr maximal 48 Stunden pro Woche arbeiten dürfen. Dadurch fallen Zulagen für Überstunden und Nachtdienste weg, die mitunter ein wesentlicher Bestandteil des Einkommens sind. Deshalb hat die Ärzteschaft höhere Grundgehälter gefordert. In den meisten Bundesländern - aber nicht in allen - hat man zumindest eine provisorische Einigung erzielt.](#)

[Auf Facebook teilen](#) [Auf Twitter teilen](#) [Auf Google+ teilen](#)

[Audio als mp3](#)

▶ AUDIO 1:21

[Externer Player](#)

[mehr](#) ▶

- [Weiter Streit um Ärztegehälter und Arbeitszeit](#)

Kategorie: [Politik](#)

Themen

- Kategorie: [Ukraine](#)

Schweiz: Probleme mit Russland-Sanktionen

- Kategorie: [Politische Bildung](#)

[alle Themen](#) ▶

oe1.ORF.at

Suche

[Suchen](#)

Ressorts

- [Musik](#)
- [Kultur](#)
- [Journale](#)
- [Wissen](#)
- [Gesellschaft](#)
- [Religion](#)

Ö1 Plus

- [Club](#)
- [Kalender](#)
- [Shop](#)
- [RadioKulturhaus](#)
- [RSO Wien](#)
- [musikprotokoll](#)

Ö1 Spezial

- [Hörspiel](#)
- [Feature](#)
- [Campus](#)
- [Talentebörse](#)
- [Ö1 macht Schule](#)
- [Kinder](#)
- [Quiz](#)

Ö1 on demand

- [Downloads](#)
- [Podcasts](#)
- [Mobile Dienste](#)
- [Mitschnitte](#)
- [Newsletter](#)
- [Archiv](#)

Ö1 Radio

- [Programm](#)
- [Sendereihen](#)
- [Themen](#)
- [Sendeschema](#)
- [Frequenzen](#)
- [Kontakt](#)
- [Impressum/Offenlegung](#)

[Übersicht: Alle ORF-Angebote auf einen Blick](#)

Kommentar

Von
Wolfgang Braun

**Schubumkehr**

Die Urabstimmung über das neue Gehaltsschema der Spitalsärzte stellt die Verantwortlichen in der oberösterreichischen Ärztekammer auch vor eine beträchtliche organisatorische Herausforderung.

Das gilt in erster Linie für die den Ärzten versprochene Informationskampagne. Grob gesagt

Die Ärztevertreter und ihre Informationskampagne

soll jeder Spitalsarzt die Möglichkeit erhalten, sich ausrechnen zu lassen, was das neue Gehaltsschema für ihn bedeutet.

Das aber wird eine Herkules-Aufgabe, weil durch die neu ausverhandelten Regeln das System noch komplexer geworden ist. Nachvollziehbare und richtige Information ist aber der Schlüssel zu einer Mehrheit bei der Urabstimmung und zur Beilegung eines möglichen Konfliktes innerhalb der Ärzteschaft.

Damit stehen die Ärztevertreter, die im Gehaltsstreit mit dem Land eigentlich diejenigen sein wollten, die Druck aufbauen, nun selbst enorm unter Druck.

Selten hat es bei Verhandlungen in so kurzer Zeit eine solche Schubumkehr gegeben.

✉ w.braun@nachrichten.at

Überblick

VP-Parteireformer

Foto: oon

Neues VP-Programm: 13.000 Mitgliederstimmen

WIEN. 39 Fragen zum neuen Parteiprogramm hat die ÖVP ihren Mitgliedern gestellt, gestern endete die Frist für die Einreichung der Fragebögen. Knapp 13.000 VP-Mitglieder haben an der Befragung teilgenommen, das sind etwas mehr als zwei Prozent der offiziell 600.000 Mitglieder. Ihre Meinung kundtun konnte die Basis etwa über eine Änderung des Wahlrechts, Frauenförderung und das Schulsystem. Die Ergebnisse werden am Donnerstag von Staatssekretär Harald Mahrer und VP-Generalsekretär Gernot Blümel präsentiert, das neue Programm soll beim Parteitag am 12. und 13. Mai beschlossen werden.

Team Stronach tagt am Donnerstag zu Personal

WIEN. Die Entscheidung, wer Kathrin Nachbaur als Obmann-Stellvertreter im Team Stronach nachfolgt, soll morgen, Donnerstag, bei einer Mitgliederversammlung fallen. Wie berichtet, gilt Waltraud Dietrich, die von der werdenden Mutter Nachbaur auch die Klubführung übernehmen soll, als Favoritin. Ins Spiel bringen könnte sich aber auch Kurzzeit-Klubchef Robert Lugar.



Gehaltsgesetz: Voraussichtlich im März schreiten die Spitalsärzte zur Abstimmung.

Foto: Weibold

Ärzte-Urabstimmung: „Frühestens Mitte März“

Kurie will morgen Details planen – neuer Zusatzantrag möglich

LINZ. Genau eine Woche nach dem Beschluss für eine Urabstimmung über das Ärzte-Gehaltspaket (offizielle Bezeichnung: „Ärztebefragung“) trifft sich die Kurie der Angestellten Ärzte morgen zur nächsten Sitzung: Dabei sollen die Abstimmungsdetails und der Zeitplan diskutiert werden.

„Frühestens Mitte März“ werde die Abstimmung stattfinden, meinen Ärztekammerpräsident Peter Niedermoser und Kurienobmann Harald Mayer. Man benötige sicher noch mehrere Wochen zur Information der Kollegschaft. Präzisiert werden müsse auch noch, wie Überstunden bei Medizinern abgerechnet werden, die Teilzeit arbeiten, sagt Mayer.

Bei der Sitzung am Donnerstag könnte es auch einen weiteren Antrag geben: In Wels, wo der Unmut über das neue Gehaltsschema mit am stärksten war, wird überlegt, ob man einen neuen Antrag einbringen soll: Dieser soll dem Vernehmen nach zum Inhalt haben, dass das Gehaltsschema nur dann als angenommen gilt, wenn sich mehr als zwei Drittel der Ärzte bei der Urabstimmung

dafür aussprechen. Derzeit gilt die einfache Mehrheit, also 50 Prozent plus eine Stimme.

Verhandler auf Tour

Geplant ist jedenfalls, dass das Team, das mit Landeshauptmann Josef Pühringer (VP) verhandelte, gemeinsam mit Ärztekammer-Juristen auf „Info-Tour“ durch die oberösterreichischen Spitäler geht – neben Niedermoser und Mayer sind das der Pri-

marärztevertreter Herbert Stekel sowie Gabriele Brinninger und Peter Adelsgruber. „Wir werden einen Plan erstellen, wer welches Spital besucht“, kündigt Niedermoser an.

Die Stimmung unter den Spitalsärzten ist schwer einzuschätzen: In den vergangenen Tagen soll es neuen Unmut gegeben haben, weil manche Ärzte das in der Vorwoche erreichte Ergebnis für Wien für besser halten. In Wien sollen zwar die Grundgehälter um bis zu 30 Prozent erhöht werden (Oberösterreich: 15 bis 20 Prozent), dafür wird in Wien aber bei den bezahlten Nachtdiensten deutlich gekürzt: Im KAV steuert man auf eine 40-Stunden-Arbeitswoche für die Ärzte hin. Mayer sieht hingegen die Stimmung „etwas beruhigt, denn zuerst melden sich die Unzufriedenen“: Er habe auch positive Rückmeldungen von Primärärzten bekommen.

Der angekündigte „Online-Gehaltsrechner“ soll in Zusammenarbeit mit den Spitalsträgern an den Häusern installiert werden, kündigt Mayer an. (bock/wb)

DREI ABSTIMMUNGEN

■ **Oberösterreich** ist nicht das einzige Land, in dem es eine Ärzte-Urabstimmung gibt: Auch in **Salzburg** wird das Verhandlungsergebnis für die Landeskrankenhäuser einer Abstimmung unterzogen, in **Wien** jenes für den Wiener Krankenanstaltenverbund. Das Wiener AKH ist nicht dabei: Es untersteht als Uniklinik dem Wissenschaftsministerium und verhandelt mit diesem extra.

Regier Wechsels in Heinisch-Hoseks Kabinett

Eine ganze Reihe personeller Änderungen gibt es im Büro von Unterrichtsministerin **Gabriele Heinisch-Hosek** (SP). Ihre bisherige Kabinettschefin, **Eva Schiessl-Foggensteiner**, die Heinisch-Hosek aus dem Beamtenressort mitgenommen hatte, scheidet aus.

Die Nachfolgerin deckt weniger den Bildungs- als den Frauenbereich im Ressort ab: **POLITIK**
VERTRAULICH
VON JASMIN BÜRGER

Romana Rotschopf war bisher Frauenbeauftragte im Amt der Salzburger Landesregierung.

Ihre Bestellung kann auch als Versuch der Ministerin, sich wieder stärker auch als Frauenministerin zu positionieren, gewertet werden. Für die Bildungsexpertise im Kabinett ist nun vor allem **Sven Fislser** zuständig, den Heinisch-Hosek von Vorgängerin **Claudia Schmied** übernommen hatte.

Eine neue Pressesprecherin musste sich Heinisch-Hosek schon Ende des Vorjahres suchen: **Julia Valsky**, ebenfalls zuvor im Beamtenressort an der Seite der Ministerin, verabschiedete sich in Karenz und dürfte nicht mehr ins Kabinett zurückkehren. Übernommen hat **Veronika Maria**, sie war davor Sprecherin des burgenländischen SP-Landeshauptmanns **Hans Niessl**.

Nach einem nur einjährigen Gastspiel nicht mehr im Pressteam ist auch **Katharina Ebhart-Kubicsek**. Sie wird ersetzt durch **Johanna Griesmayr**, die von Infrastrukturminister **Alois Stöger** zu Heinisch-Hosek wechselt. Griesmayr war in der Hochschülerschaft und davor bei der Aktion kritischer Schüler aktiv.

Seit dieser Woche im Amt ist der neue Personal-Sektionschef im Unterrichtsministerium, **Andreas Thaller** – zuvor im Sozialministerium Sektionschef.



Mehr Fokus auf Frauenthemen (apa)

Sabine Oberhauser mit Verdacht auf Tumor im Spital

Gesundheitsministerin bleibt bis zur Abklärung im Wiener AKH – Zahlreiche Genesungswünsche

WIEN. Gesundheitsministerin Sabine Oberhauser (SP) musste sich am Dienstag im Wiener Allgemeinen Krankenhaus in stationäre Behandlung begeben. Wie ihre Sprecherin mitteilte, gehe es darum, „den Verdacht auf eine Tumorerkrankung abzuklären“. Die 52-jährige Ärztin habe sich nach dem Auftreten von Beschwerden am Vormittag selbst ins Krankenhaus begeben, wurde den OÖNachrichten bestätigt. Die Ministerin werde ihre Tätigkeit weiter ausüben. Aus Rücksicht auf die Privatsphäre der Politikerin müsse man für weitere Informationen die Ergebnisse der Untersuchungen abwarten, die frühestens in einigen Tagen vorliegen.

Die Meldung von Oberhausers Spitalsaufenthalt löste eine Flut an Genesungswünschen aus SPÖ, Ge-



Bange Stunden für Gesundheitsministerin Oberhauser

Foto: APA

werkschaft, Regierung und Opposition aus. „Liebe Sabine, wir wünschen Dir alles Gute, viel Kraft und Zuversicht“, war Bundeskanzler und SP-Chef Werner Faymann der Erste, der seiner Ministerin Zusage übermittelte. Vizekanzler

Reinhold Mitterlehner (VP) schloss sich „im Namen des gesamten VP-Regierungsteams“ an. Nationalratspräsidentin Doris Bures mahnte die Wahrung der Privatsphäre der Ministerin ein. „Viel Kraft und gute Besserung“ wünschte Ober-

„Liebe Sabine, wir wünschen Dir alles Gute, viel Kraft und Zuversicht.“

■ **Werner Faymann**, Bundeskanzler (SP), der seiner Gesundheitsministerin als Erster Genesungswünsche ins Krankenhaus übermitteln ließ. In der Folge schlossen sich zahlreiche Regierungskollegen und Oppositionspolitiker den Wünschen an.

hausers Amtsvorgänger, Infrastrukturminister **Alois Stöger** (SP). Dem schloss sich Sozialminister **Rudolf Hundstorfer** (SP) „von Herzen“ an, der selbst bis vor einigen Tagen mit einem Beckenbruch im AKH lag.

"Asklepios": Reger Zulauf zur neuen Ärztegewerkschaft

03.02.2015 | 07:33 | (DiePresse.com)

Die neu gegründete Gewerkschaft hat bereits 1074 registrierte Mitglieder. Sie fordert eine "richtige" Urabstimmung über das neue Gehaltsgesetz.

Die Ärztegewerkschaft „Asklepios“, benannt nach dem altgriechischen Gott der Heilkunst, ist offiziell gegründet. Wie das Ö1-„Morgenjournal“ am Dienstag berichtet, wurde die Anmeldung von der Vereinsbehörde für rechtlich in Ordnung befunden. Laut Gernot Rainer, Lungenfacharzt am Wiener Otto Wagner Spital und Vereinsproponent, habe man bereits 1074 registrierte Mitglieder, davon 574 in der Bundeshauptstadt.

Grund für die Gründung der eigenen Gewerkschaft sei gewesen, dass ÖIAG und Ärztekammern in den vergangenen Jahren zu wenig Druck gemacht hätten, so Rainer – insbesondere in puncto Ärztearbeitszeit. Sie hätten seit 2003 Gelegenheit gehabt, die Interessen der Mediziner zu vertreten, „dass ist nicht im ausreichenden Maße passiert“.

Die Ziele von „Asklepios“ seien nun, die Abwanderung junger Ärzte zu vermeiden und eine bessere Information über das neue Gehaltsgesetz von Wiener Ärzten sowie eine Urabstimmung darüber. Rainer: „Wir fordern eine Urabstimmung, die nicht digital ablaufen soll, nicht personalisiert über die Ärztekammer-Homepage. Und dann wird die Demokratie entscheiden.“

>> Bericht des Ö1-"Morgenjournals"

© DiePresse.com

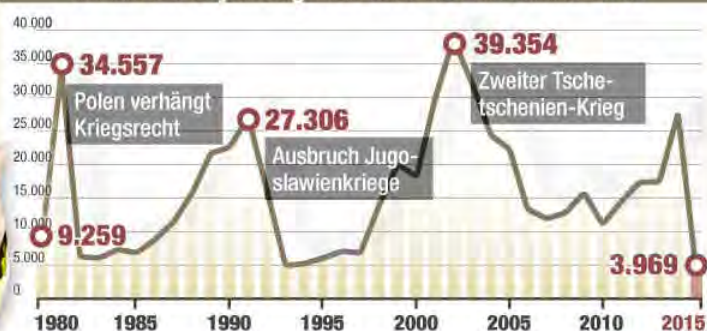
Erfolg für die Mediziner-Vertretung**Neue Ärztegewerkschaft hat schon 1.073 Mitglieder**

Die neue Personalvertretung hat in Wien bereits 574 Mitglieder, in Niederösterreich sind es 68. In Oberösterreich traten 26 Ärzte der neuen Gewerkschaft bei. Diese wurde erst vor Kurzem gegründet ■

**Tür zum Nichtraucherbereich stand offen****Sieben Minuten Rauch: Wirt aus Tirol muss Strafe zahlen**

Sieben Minuten lang stand die Türe zwischen Raucher- und Nichtraucherbereich in einem Innsbrucker Lokal offen. Die Stadt brummte dem Wirt dafür laut „TT“ 2.000 € Verwaltungsstrafe auf. Dessen Rechtsanwalt konnte das Strafmaß auf 300 € reduzieren ■

Foto: Picturedesk

VP-Ministerin
Mikl-Leitner**Anzahl der Asylanträge von 1980 bis zum Jänner 2015****Top-10-Länder im Jänner**

Kosovo	1.029
Syrien	910
Afghanistan	622
Irak	286
Russische Föderation	148
Somalia	99
staatenlos	97
Iran	93
Pakistan	78
Ukraine	58

Im Jänner 2015 stellten **3.969** Menschen einen Asylantrag in Österreich. Im ersten Monat des Vorjahres waren es **1.519** Personen. Das entspricht einem deutlichen Plus von **161,29 %**.

■ 1.029 von insgesamt 3.969 Anträgen im Jänner ■ Mikl: „Schnellverfahren nötig“

Kosovo: Asylanträge steigen rasant

Die größte Asylwerber-Gruppe im Jänner sind Kosovaren. Schon jeder vierte der in Österreich gestellten Anträge betrifft Personen aus dem Westbalkan-Land. Mehr als aus dem Bürgerkriegsland Syrien.

1.029 Personen aus dem Kosovo stellten im Jänner einen Asylantrag. Das zeigt die aktuelle Statistik des Innenministeriums. Im gesamten Jahr 2014 waren es 1.901. Zum Vergleich: Serben stellten nur 55 Anträge.

Insgesamt suchten im ersten Monat des Jahres 2015 exakt 3.969 Personen um Schutz vor Verfolgung an. Das ist ein Anstieg um 161 % gegenüber dem Jänner 2014. Hinter dem Kosovo auf den Plätzen zwei, drei und

vier: mit Syrien (910), Afghanistan (622) und dem Irak (286) drei Länder, in denen auch tatsächlich Krieg herrscht.

Von Robert Zwickelsdorfer

Die hohe Zahl an Asylanträgen aus dem Kosovo alarmiert auch Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (VP). Sie erneuerte am Dienstag ihre Forderung

nach 48-Stunden-Schnellverfahren für Personen aus sicheren Drittstaaten: „Sonst blockieren Auswanderer das System für echte Kriegsflüchtlinge. Dafür gibt es kein Verständnis.“

Ernüchternd auch die endgültige Asyl-Bilanz des Jahres 2014: Die Zahl der Anträge stieg mit 28.027 gegenüber 2013 um satte 60 % – Höchstwert seit 2003 ■

Foto: Helmut Graf

Hof-, Studien-, Kommerzialrat: Seit 2010 Boom bei Berufstiteln

„Und privat, Frau Studienrat, sind Sie doppelt so apart“: Das sang Falco schon 1982 in „Nie mehr Schule“. Und der Run auf Berufstitel wie eben Studienrat, Hof-, Obermedizinal- oder Ökonomierat ist ungebrochen. Seit 2010 gibt es einen regelrechten Boom, zeigt jetzt eine Anfragenserie des Team Stronach.



„Ökonomierat“ T. Moretti

In den vergangenen fünf Jahren wurden laut „Standard“ über 10.000 Titel verliehen. Prominentestes Beispiel: Tobias Moretti. Der Schauspieler und Hobby-Landwirt darf sich seit dem Vorjahr „Ökonomierat“ nennen.

Die meisten Berufstitel verleiht das Bildungsministerium mit 7.745 ■

**Wie im Parlament in Wien:****Deutscher Bundestag undicht**

Nicht nur ins Hohe Haus regnet es hinein. Auch im Berliner Bundestag kämpft man mit Kübeln gegen das tropfende Dach. Trockener Kommentar von Kai Whittaker (CDU): „Bundestag ist nicht ganz dicht.“ ■

Kai Whittaker
1 Std. · 1

Jetzt amtlich: Bundestag ist nicht ganz dicht. Zwei schwarze Eimer verhindern schlimmeres.

Foto: Andreas Tischler

Foto: Facebook/Kai Whittaker

Polizeigewerkschaft warnt vor Sicherheitslücken

VON THOMAS MARTINZ

Kärnten.

Folgen der 22 Postenschließungen werden nun unterschiedlich interpretiert

22 von 96 Polizeiposten wurden in Kärnten vergangenes Jahr wegrationalisiert. Laut Polizeigewerkschaft habe das zur Konsequenz, dass die Sicherheit nicht mehr gewährleistet und damit die Reform von Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) gescheitert sei.

„Seit der Reform sind in Kärnten pro Tag 25 Streifen weniger im Einsatz. Kärnten zählt aktuell 2000 Polizeibeamte – 100 Polizei-Planstellen sind unbesetzt, 200 weitere entfallen auf Beamte, die in anderen Bundesländern und im Ausland Dienst versehen. Und bis 2017 gehen 300 in Pension“, schlägt Polizeigewerkschafter Bruno Kelz Alarm.

Vor drei Jahren habe es die letzte Neuaufnahme in den Kärntner Polizeidienst gegeben. Vermehrt würden Krankheiten wie Burn-out auftreten. Kelz: „Das Netz ist grobmaschiger geworden. Je

größer die Lücken, desto eher entweichen die Fische“, verweist er auf den Sicherheitsaspekt. Dass die Kriminalitätsrate nicht gestiegen sei, liege an den „Taschenspielertricks des Ministeriums“. Mehrere Straftaten würden zu einer zusammengefasst, um die Statistik zu retten.

Um die steigenden Aufgaben erledigen zu können, fordert Kelz die Anstellung von 100 zusätzlichen Polizisten jährlich. Unterstützung bekommt er dabei von SPO-Sicherheitssprecher Rudolf Schober: „Der Polizeiapparat in Kärnten wurde ausgedünnt. Die Beamten verkommen zu einer reinen Rufpolizei, die nicht mehr präventiv agieren kann.“ SPO-Klubobmann Herwig Seiser meint, dass Mikl-Leitner sich offenbar nur um andere Bundesländer kümmere. „Kärnten wird sich das aber nicht gefallen lassen und den Druck auf die gesamte Bundesregierung erhöhen.“

Schreiben

Auch Landeshauptmann Peter Kaiser (SPO) verlangt von Mikl-Leitner in einem Schreiben, dass der Polizeiapparat in Kärnten personell aufgestockt werde, immerhin habe die Ministerin dem

Bundesland Tirol im vergangenen November mehr als 100 zusätzliche Planstellen versprochen.

Die FPÖ kritisiert, die Bundes-SPO habe die Schließung von Polizeidienststellen mitbeschlossen. In diese Kerbe schlägt auch Landesrat Gerhard Köfer vom Team Stronach: Ein Aufheulen der Sozialdemokraten sei zu spät, sagt er.

Andere Zahlen

Sämtliche Argumente sind übrigens beim Innenministerium eingelangt. Sprecher Karl-Heinz Grundböck spricht von „Vorwürfen ohne inhaltliche Substanz“ und verwies auf Kärntens Polizeisprecher Rainer Dionisio.

Dieser hat ganz andere Zahlen vorliegen als die Polizeigewerkschaft: In den von Postenschließungen betroffenen Gebieten habe man die Überwachungsleistung gesteigert, merkt er an. Lediglich 16 Planstellen seien unbesetzt, nur fünf Bedienstete der Landespolizeidirektion Kärnten in anderen Bundesländern tätig. „Sämtliche Pensionsabgänge wurden und werden Zug um Zug nachbesetzt“, betont Dionisio. Und ein neuer Grundausbildungslehrgang werde in absehbarer Zeit zustande kommen.



22 Polizeiposten wurden in Kärnten im Jahr 2014 geschlossen

TIROL

79-jährige Frau wurde getötet: Polizei sucht Zeugen

Imst. Der Tod einer 79-jährigen Obdachlosen am 9. Dezember in Imst, Tirol, gab der Polizei Rätsel auf. Ein forensisches Gutachten ergab jetzt, dass Fremdverschulden vorliegt. Die Todesursache geben die Ermittler aus taktischen Gründen vorerst nicht bekannt.

Die Leiche war am 9. Dezember gegen Mittag von einem Passanten im oberen Bereich eines Stiegenaufgangs im Zentrum von Imst gefunden worden. Weil die Auffindsituation „bedenklich“ erschienen sei, habe sich das Landeskriminalamt eingeschaltet, sagt LKA-Chef Christoph Hundertpfund: „Sie war teilweise entkleidet und zeigte Spuren von Gewaltanwendung. Wir haben Spuren gesichert und Befragungen gemacht. Bisher gibt es aber keine Anhaltspunkte auf mögliche Täter.“

Die 79-Jährige war ortsbekannt. Laut Einheimischen habe sie zwar eine Wohnung in Imst gehabt, sei aber jeden Tag mit ihren Habseligkeiten durch die Stadt spaziert und habe im Freien übernachtet.

Das LKA Tirol ersucht um Hinweise: Wer hat die Frau am 8. bzw. 9. Dezember gesehen, mit wem hatte sie Kontakt? ☎ 059133/70-3001.

KURIER ABO

EINFACH GESUND

DAS HAB' ICH VOM KURIER

Die neue GESUNDHEITS-SERIE im Februar!

Jetzt KURIER 4 Wochen GRATIS lesen



Der KURIER informiert Sie im Februar im Rahmen der Gesundheitsserie regelmäßig zu den Themen Leben, Laufen, Lernen, Lieben und Lachen. Lassen Sie sich diese interessanten und informativen Beiträge nicht entgehen und beziehen Sie den KURIER dazu volle 4 Wochen lang gratis und unverbindlich.

Wir freuen uns auf Ihre Bestellung unter:

kurierabo.at oder 05 9030-600

Das Angebot gilt in ganz Österreich bis 28.2.2015. AGB unter kurierservice.at/agb

*) Mo. bis Fr. 6 – 17 Uhr; Sa., So. und Feiertag 7 – 12 Uhr.

GEHALTSSCHEMA

Steiniger Weg für neue Ärzte-Gewerkschaft

Proteste. Erneut Verhandlungen in Kärnten

Während in einigen Bundesländern bereits Einigungen auf neue Ärzte-Gehalts-Schemata erzielt wurden, herrscht in Kärnten seit Wochen Stillstand. Für Mittwoch ist wieder ein Treffen vereinbart. Große Hoffnung auf eine Lösung besteht allerdings nicht.

Streitpunkt zwischen Ärzten, Gewerkschaft, Spitalsholding KABEG und Land Kärnten sind nach wie vor die Gehälter für Jungärzte. Mit Argusaugen werden aus Kärnten diesbezügliche Grundgehälter-Anhebungen zwischen 15 und 30 Prozent in anderen Bundesländern beobachtet.

„In Kärnten scheint man zumindest die vier bis sechs Prozent Plus für Jungärzte nach oben korrigieren zu wollen. Aber ich sehe nur ganz wenig Bewegung“, sagt Petra Preiß, Chirurgin am Klinikum und Mittelbausprecherin des Betriebsrats. KABEG-Vorstand Arnold Gabriel: „Es ist ein Vorschlag am Tisch, in den Verbesserungen für Jungärzte eingearbeitet werden können.“

Beim heutigen Treffen um 16 Uhr mit der KABEG-Spitze wird erstmals Turnusärztesprecher Christoph Arneitz anwesend sein. „Es muss Nachbesserungen geben. Was den Fachärzten zugebilligt wird (Gehaltssteigerungen bis zu 30 Prozent, Anm.), muss auch für junge Ärzte gelten“, gibt sich Arneitz

kämpferisch. Für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen haben die Jung-Mediziner Protestmaßnahmen angedacht. Arneitz: „Wir würden uns bemerkbar machen.“

1000 Mitglieder

Weil sie sich von den etablierten Gewerkschaften in den aktuellen Arbeitszeit- und Gehaltsverhandlungen mangelhaft vertreten fühlt, hat eine Gruppe von österreichischen Spitalsärzten unterdessen eine eigene Ärzte-Gewerkschaft namens Asklepios gegründet. Asklepios hat binnen weniger Wochen mehr als 1000 Mitglieder hinter sich versammelt. Jetzt kämpft man darum, bei künftigen Verhandlungen am Tisch sitzen zu dürfen.

Für den Innsbrucker Politologen Ferdinand Karhofer ist die Gründung der neuen Gruppierung jedenfalls ein „Alarmsignal“ für die etablierten Kräfte. Solle sie noch weiteren Zulauf bekommen, werde man nicht umhin kommen, ihr Konzessionen zu machen, um sie einzubinden.

Allerdings meint Karhofer: „Hier hat sich eine Protestgruppe aufgrund eines Einzelproblems – die neue Arbeitszeit-Regelung – formiert. Dieses ist weitgehend gelöst. Die Gruppe wird sich daher weitere Themen suchen müssen, um langfristig Bestand zu haben.“

– T. MARTINZ, J. GEBHARD

ÖBERÖSTERREICH

Linz und Steyr Hauptschuldner für aushaftende Franken-Kredite

Beratung. Heute, Mittwoch, treffen jene 24 Gemeinden mit dem Land Oberösterreich und dem Finanzberatungsunternehmen KPMG zusammen, die noch über offene Franken-Kredite verfügen. Es soll über die weitere Vorgehensweise beraten werden. Der Grüne Landtagsklubobmann Gottfried Hirz will wissen, warum diese Spekulationsgeschäfte nicht längst beendet worden sind.

Landesrat Max Hiegelsberger (ÖVP) beziffert die aushaftende Kreditsumme mit 214 Millionen Euro. Drei Viertel davon stammen von den Statutarstädten Linz und Steyr. Die längsten Tilgungs-raten enden 2046. Über 58 Prozent dieser Kreditsumme könnten die Gemeinden frei verfügen, sagt Hiegelsberger, da Kredite für den Bau von Kanal, Abwasser und Wasserleitungen nicht der Zustimmung des Landes bedürfen. Der Landesrat weist auch darauf hin, dass der Rechnungshof im Jahr 2002/03 Franken-Kredite als günstige Finanzierungsform empfohlen habe. Zehn Jahre später, 2012, hat der Landtag als Folge der Finanzkrise ein Verbot von derartiger Finanzierung beschlossen. Die Landeskompetenz für die ÖVP-Gemeinden liegt bei Landesrat Hiegelsberger, jene für die SPO-Gemeinden bei Landeshauptmannstellvertreter Reinhold Entholzer.

Steiniger Weg für neue Ärzte-Gewerkschaft

VON JOSEF GEBHARD

Asklepios.

Experten sind skeptisch, ob die Ärzte-Rebellen erfolgreich sein werden.

Es ist ein Vorgang, der in der beschaulichen Welt der österreichischen Sozialpartnerschaft nicht gerade alltäglich ist: Weil sie sich von den etablierten Gewerkschaften in den aktuellen Arbeitszeit- und Gehaltsverhandlungen mangelhaft vertreten fühlt, hat eine Gruppe von Spitalsärzten kurzerhand eine eigene Ärzte-Gewerkschaft namens Asklepios gegründet (der KURIER berichtete).

Initiator Gernot Rainer, Lungenspezialist am Wiener Otto-Wagner-Spital, kritisiert vor allem die mangelnde Transparenz in den jüngsten Verhandlungen für die Wiener Gemeindespitäler, die von der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten geführt wurde. Sie, aber auch die Ärztekammer, sei zudem in dem Kampf um bessere Arbeitszeiten um Jahre zu spät aktiv geworden.

Die so Kritisierten bereiten der neuen Gewerkschaft

erwartungsgemäß einen kühlen Empfang: „Die Neugründung einzelner Gruppierungen schwächt die Ärztesfront“, warnt Wiens Ärztekammer-Präsident Thomas Szekeres in der *ÄrzteWoche*. Christian Meidlinger, Chef der Gemeinde-Gewerkschafter, spricht gar von einer „völlig absurden Idee“.

Starker Zulauf

Ungeachtet dessen hat Asklepios binnen weniger Wochen mehr als 1000 Mitglieder hinter sich versammelt. Allein in Wien sind es knapp 600, das sind bereits fast zehn Prozent aller Wiener Spitalsärzte.

Jetzt kämpft man darum, bei künftigen Verhandlungen mit am Tisch sitzen zu dürfen. Formell wird die sogenannte Kollektivvertragsfähigkeit vom Bundeseinigungsamt anhand mehrerer Kriterien definiert. Dazu gehört eine maßgebliche Zahl von Mitgliedern, aber auch die finanzielle Absicherung der neuen Gewerkschaft.

Für den Innsbrucker Politologen Ferdinand Karhofer ist die Gründung der neuen Gruppierung jedenfalls ein „Alarmsignal“ für die etablierten Kräfte. Sollte sie noch weiteren Zulauf bekommen, werde man nicht um-

hin kommen, ihr Konzessionen zu machen, um sie einzubinden.

Karhofer sieht aber ein wesentliches Manko: „Hier hat sich eine Protestgruppe aufgrund eines Einzel-Problems – die neue Arbeitszeit-Regelung – formiert. Dieses ist mittlerweile weitgehend gelöst. Die Gruppe wird sich daher weitere Themen suchen müssen, um langfristig Bestand zu haben.“

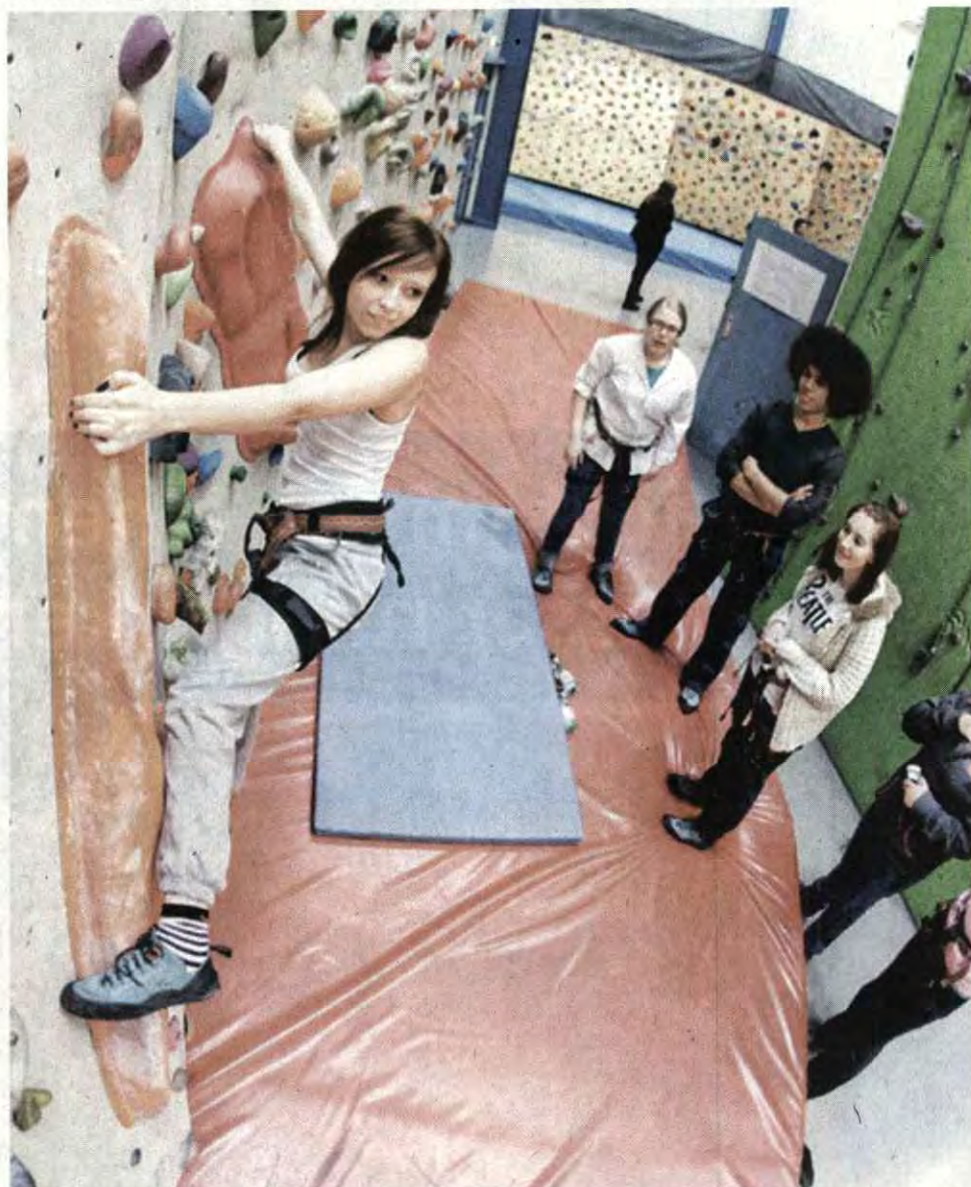
„Zu schwach“

Zurückhaltend ist man auch beim ÖGB: „Wir werden uns ansehen müssen, wie sich die neue Gruppe weiterentwickelt. Derzeit ist sie noch viel zu schwach, um Kollektivvertragsverhandlungen führen zu können“, sagt der leitende Sekretär Bernhard Achitz.

Für ihn mache es auch wenig Sinn, dass sich Gewerkschaften bilden, die einzelne Berufsgruppen vertreten. „In Deutschland hat man damit keine guten Erfahrungen gemacht.“

Gänzlich auf die leichte Schulter nimmt man aber auch im ÖGB die Ärzte-Gewerkschaft nicht: „Man muss schon darüber nachdenken, ob die bestehende Vertretung optimal funktioniert.“

KLETTERHALLE IST REIF FÜR DEN SPITZENSPORT



Wien. Das Sportministerium hat die Kletterhalle Wien in den Sportstättenplan aufgenommen. Damit ist die Halle in der Donaustadt die einzige in Ostösterreich, in der – neben der privaten Nutzung – auch offiziell Spitzensport betrieben wird. Zwei Mal war die Kletterhalle Wien bereits Schauplatz des Boulder World Cups.

WWW.KLETTERHALLEWIEN.AT

KURIER ABO

EINFACH GESUND

DAS HAB' ICH VOM KURIER

Die neue
GESUNDHEITS-
SERIE
im Februar!

Jetzt
KURIER
4 Wochen
GRATIS
lesen



Der KURIER informiert Sie im Februar im Rahmen der Gesundheitsserie regelmäßig zu den Themen Leben, Laufen, Lernen, Lieben und Lachen. Lassen Sie sich diese interessanten und informativen Beiträge nicht entgehen und beziehen Sie den KURIER dazu volle 4 Wochen lang gratis und unverbindlich.

Wir freuen uns auf Ihre Bestellung unter:

kurierabo.at oder 05 9030-600

Das Angebot gilt in ganz Österreich bis 28.2.2015. AGB unter kurierservice.at/agb
*) Mo. bis Fr. 6 – 17 Uhr; Sa., So. und Feiertag 7 – 12 Uhr.

ÜBERBLICK

WEITERE MELDUNGEN

Passant bedrohte Polizisten mit Waffe

Wien-Josefstadt. Ein Passant mit einer Weinflasche in der Hand näherte sich Montagfrüh in der Beethovengasse einem Polizisten. Plötzlich zog er mit den Worten „Ich habe ein Geschenk für dich!“ eine Pistole aus seiner Jacke und richtete sie auf den Polizisten. Der Beamte entriß dem Mann die Waffe. Im Nachhinein stellte sich heraus, dass es sich um eine Softgun handelte. Der 37-Jährige wurde angezeigt.

Kaffeebrühen mit Kartusche ging schief

Wien-Ottakring. Der 50-jährige Bewohner einer Wohnung in der Herbststraße hatte Montagabend eine ganz schlechte Idee: Der Mann wollte mit einer Gaskartusche Kaffee brühen – daneben stand eine brennende Kerze. Es kam zu einer Verpuffung. Der Mann erlitt Verbrennungen im Gesicht, an den Armen und an der Brust.

Erste Hinweise nach Tierquälerei

Wien-Meidling. Die Suche nach dem Besitzer der Pekinesen-Mix-Hündin, die mit schweren Verbrühungen in einem Kellerabteil in Meidling abgelegt worden war, trägt Früchte. Eine Frau hat den Hund im Fernsehen wiedererkannt. Die Ermittlungen laufen.

Amphetamin-Labor flog auf: Anzeige

Tirol. Die Polizei hat die Pläne eines jungen Tirolers, einen Amphetaminhandel zu betreiben, vereitelt. Der 22-Jährige wurde auf freiem Fuß angezeigt. Bei den Vernehmungen zeigte er sich laut Polizei geständig. In einem gemieteten Kellerabteil hatte er sich ein Labor eingerichtet. Die Geräte und Chemikalien hatte er sich aus China liefern lassen. Damit hätte er laut Ermittlern bis zu 45 Kilo Amphetamin produzieren können.

Tachos manipuliert: 250.000 Euro Gewinn

NÖ. Der 46-jährige Viorel B. aus dem Bezirk Wiener Neustadt und 13 Komplizen sollen seit September 2012 einen regen Autohandel betrieben haben. Bei 54 Autos soll B. den Tacho zurückgedreht haben. Die Fahrzeuge hatte er um 400.000 Euro im Ausland angekauft – und mit Gewinn von 250.000 Euro weiterverkauft.

NAMENSTAG, 4. 2.

Andreas, Veronika, Christian, Gilbert, Johanna



HEINZ WAGNER

Restaurant lädt geflüchtete Familien ein

Wien. Seit drei Wochen lädt das Restaurant Etap in Ottakring in Zusammenarbeit mit „Asyl in Not“ jeweils Montagabend Flüchtlinge zum Essen ein. Vor allem Familien aus Syrien und Tschetschenien sowie minderjährige Flüchtlinge aus Afghanistan kommen – um beim Essen ein bisschen Abwechslung in ihrem Alltag des Wartens zu genießen. Das ist Ziel des Projekts von Inhaber Mehmet Kocak. Diese Woche besuchten auch Promis wie die unermüdete Flüchtlingshelferin Ute Bock das Etap. Mehr: www.kiku.at.

Standort: oe1.ORF.at



Navigation

- [Programm](#)
- [Musik](#)
- [Kultur](#)
- [Journale](#)
- [Wissen](#)
- [Gesellschaft](#)
- [Religion](#)

- [Log In](#)
- [Suche](#)

Journale

◀ [zurück](#)

Journal-Panorama

Mittwoch
04. Februar 2015
18:25

[Auf Facebook teilen](#) [Auf Twitter teilen](#) [Auf Google+ teilen](#)

Mittwochrunde: Das Aufbegehren der Ärzte
Diskussionsleitung: Wolfgang Werth

dpa/Oliver Berg
Sendung noch 23 Tage laden



[Download](#)

Der Streit um ein angemessenes Gesamtpaket bei der Entlohnung ist ja schon seit Wochen in den Medien. Relativ neu ist hingegen, dass offenbar viele Ärztinnen und Ärzte nicht nur mit ihrem Dienstgeber unzufrieden sind, sondern auch mit ihren eigenen Standesvertretern. Jetzt wurde sogar

eine eigene Gewerkschaft gegründet.

Ist das eine unkluge Spaltung der Ärzte oder eine kluge Fokussierung ihrer Interessen? Verliert der ÖGB in einem Teilbereich des Arbeitsmarktes jetzt an Vertretungsanspruch? Kann härteres Verhandeln den Trend zur Abwanderung ins Ausland stoppen?

Darüber diskutieren:

Anna Kreil, Ärztegewerkschaft

Harald Mayer, Ärztekammer

Richard Suchl, Gewerkschaft der Gemeindebediensteten

◀ [zurück](#)

Gestaltung: Wolfgang Werth · [zur Sendereihe](#) ▶

Kategorie: [Journale](#)

Programm

Mo Di Mi Do Fr Sa So

[1](#)
[2](#) [3](#) [4](#) [5](#) [6](#) [7](#) [8](#)
[9](#) [10](#) [11](#) [12](#) [13](#) [14](#) [15](#)
[16](#) [17](#) [18](#) [19](#) [20](#) [21](#) [22](#)
[23](#) [24](#) [25](#) [26](#) [27](#) [28](#)

◀ [Jänner](#)

[März](#) ▶

[Gestern](#)

[Morgen](#)

[Heute](#)

[Journale Downloads](#)

Social Media

Zwei Klicks für mehr Datenschutz: Erst wenn Sie dieses Feld durch einen Klick aktivieren, werden die Buttons aktiv, und Sie können Ihre Empfehlung an Facebook, Twitter und Google+ senden. Schon beim Aktivieren werden Informationen an diese Netzwerke übertragen und dort gespeichert. Näheres erfahren Sie durch einen Klick auf das i.

- nicht mit Facebook verbunden ☐ Social-Media-Dienste aktivieren



- nicht mit Twitter verbunden ☐



- nicht mit Google+ verbunden ☐



- [Zwei Klicks für mehr Datenschutz: Erst wenn Sie dieses Feld durch einen Klick aktivieren, werden die Buttons aktiv, und Sie können Ihre Empfehlung an Facebook, Twitter und Google+ senden. Schon beim Aktivieren werden Informationen an diese Netzwerke übertragen und dort gespeichert. Näheres erfahren Sie durch einen Klick auf das i.](#)

Mehr dazu auf oe1.orf.at

Mehr dazu in [oe1.ORF.at](http://oe1.orf.at)

Kategorie: Journale, [Innenpolitik](#)

Kritik an neuer Ärztegewerkschaft Asklepios

Die Gründung der neuen Ärztegewerkschaft Asklepios sorgt für Kritik bei den bestehenden Gewerkschaften, die die Ärzte vertreten. Sie warnen vor einer Zersplitterung der Kräfte bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Die Ärztekammer reagiert gelassen

[Audio als mp3](#)

▶ AUDIO 2:38

[Externer Player](#)

[mehr](#) ▶

- [Zulauf zur neu gegründeten Ärztegewerkschaft](#)

oe1.ORF.at

Suche

[Suchen](#)

Ressorts

- [Musik](#)
- [Kultur](#)
- [Journale](#)
- [Wissen](#)
- [Gesellschaft](#)
- [Religion](#)

Ö1 Plus

- [Club](#)
- [Kalender](#)
- [Shop](#)
- [RadioKulturhaus](#)
- [RSO Wien](#)
- [musikprotokoll](#)

Ö1 Spezial

- [Hörspiel](#)
- [Feature](#)
- [Campus](#)
- [Talentebörse](#)
- [Ö1 macht Schule](#)
- [Kinder](#)
- [Quiz](#)

Ö1 on demand

- [Downloads](#)

- [Podcasts](#)
- [Mobile Dienste](#)
- [Mitschnitte](#)
- [Newsletter](#)
- [Archiv](#)

Ö1 Radio

- [Programm](#)
- [Sendereihen](#)
- [Themen](#)
- [Sendeschema](#)
- [Frequenzen](#)
- [Kontakt](#)
- [Impressum/Offenlegung](#)

[Übersicht: Alle ORF-Angebote auf einen Blick](#)

Ärztegewerkschaft als "Störfaktor" Über 1.000 Mitglieder in drei Wochen

Die Unzufriedenheit der Ärzte mit ihren Interessenvertretern ist groß - insbesondere in Wien, Kärnten und Oberösterreich. Es sei zu spät auf das EU-Arbeitszeitgesetz reagiert worden, Verhandlungen liefen hinter verschlossenen Türen, Informationen über Ergebnisse seien dürftig. Die neue Ärztegewerkschaft Asklepios will das nun ändern.

Der in einem Wiener Spital tätige Lungenarzt Gernot Rainer möchte alle angestellten Ärzte unter dem Dach der nach dem griechischen Gott der Heilkunst benannten Gewerkschaft versammeln: „Ziel ist, schnell einen höheren Organisationsgrad als die verhandelnden Gewerkschaften zu haben.“ In den ersten drei Wochen erreichte der Verein über 1.000 Mitglieder. Die Hälfte von ihnen sind Ärzte aus Wien. Der Anspruch ist, auch die Spitalsärzte in den Bundesländern zu vertreten.

„Wir wollen überall verhandeln, wo man mitverhandeln kann“, so Rainer im ORF.at-Interview. Immer mehr kämen auch Berichte aus den Bundesländern, die bereits über die Umsetzung der neuen Arbeitszeitregelung verhandelt haben, dass die Arbeitszeit zum Teil nicht gesetzeskonform sei. „Da werden Mitgliedsbeiträge sicher auch für juristische Aufarbeitungen verwendet werden“, ist der Asklepios-Gründer überzeugt. „Unbedingtes“ Ziel sei aber, in Zukunft an den Kollektivvertragsverhandlungen teilzunehmen, betonte Rainer. Viele Ärzte fühlen sich von den derzeitigen Verhandlern nicht vertreten.

Geringe Vertretungsreichweite

Der Politologe Ferdinand Karlhofer von der Universität Innsbruck hält es im ORF.at-Interview für nicht sehr realistisch, dass Asklepios-Vertreter eines Tages am Verhandlungstisch sitzen, um über Gehälter zu reden: „Die Kollektivvertragsfähigkeit muss man zuerkannt bekommen. Sonst ist man kein relevanter Partner.“ Ob man diese Kompetenz zugesprochen bekommt, darüber entscheidet das Bundeseinigungsamt. Die Kriterien sind im Arbeitsverfassungsgesetz geregelt. Entscheidend ist etwa ein „größerer fachlicher und räumlicher Wirkungsbereich“. Zudem sollten „Zahl der Mitglieder und der Umfang der Tätigkeit eine maßgebende wirtschaftliche Bedeutung haben“.

Asklepios fehle diese Größenordnung, so Karlhofer. Zudem handle es sich um nicht homogene Berufsgruppen mit einer starken Hierarchie von Jung- bis zu den Primärärzten. Die neue Gewerkschaft vertrete vor allem die jüngeren Turnus- und Fachärzte, sagt Karlhofer: „Es ist eine Gewerkschaft von Jungärzten in Kliniken mit prekärer Arbeitssituation. Für die Krankenanstalten als Arbeitgeber ist das nicht ausreichend.“ Asklepios vertrete damit nur einen Teil der Belegschaft. Die Vertretungsreichweite würde nicht akzeptiert werden.

„Keine erfreuliche Angelegenheit für ÖGB“

Rainer gesteht zu, dass Asklepios eher den jüngeren Ärzten folge, da in dieser Gruppe die größte Unzufriedenheit herrsche. Das sei aber auch eine Notwendigkeit: „Die Jüngeren sind flexibler. Der Sprung ins Ausland ist einfacher.“ Rainer beobachtet aber trotz der vielfältigen Interessenlagen eine wachsende Solidarität unter allen Ärztegruppen.

Auch wenn mit Asklepios nicht unbedingt eine Gewerkschaft mit „umfassender Vertretung“ entstehe,

so könne in bestimmten Konfliktsituationen ein Verband wie Asklepios zu einem entscheidenden „Störfaktor“ werden, ist Karlhofer überzeugt: „Wenn sich auf Dauer so ein Verein etabliert, wäre das für den ÖGB keine erfreuliche Angelegenheit.“ Er rechnet daher damit, dass sich der ÖGB die größte Mühe geben werde, ausscherende Gruppen zu gewinnen und Asklepios-Vertreter in das eigene Verhandlungskomitee zu integrieren.

Gewerkschaften skeptisch

Davon ist derzeit auf beiden Seiten keine Rede. Bisher sind die Ärzte in vier Gewerkschaften innerhalb des ÖGB vertreten. Diese warnen nun auch vor einem geschwächten Verhandlungsmandat der Arbeitnehmerseite. „Vonseiten der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG) sehen wir das nicht so positiv, weil wir der Meinung sind, dass wir ein großes Spektrum vertreten, wo die Ärzte auch enthalten sind“, so die stellvertretende GdG-Vorsitzende Angela Lueger gegenüber Ö1 - mehr dazu in [oe1.ORF.at](http://oe1.orf.at)

<<http://oe1.orf.at/artikel/398681>> .

Die GdG vertritt die Wiener Spitalsärzte des Krankenanstaltenverbunds (KAV). Es mache wenig Sinn, „wenn jede eigene Berufsgruppe ihren eigenen Verband hat, der sie vertritt“. Als „zu schwach, um Kollektivvertragsverhandlungen führen zu können“, bezeichnete der leitende ÖGB-Sekretär Bernhard Achitz in einem „Kurier“-Interview die neue Ärztegewerkschaft. Für Rainer ist eine Kooperation mit den Gewerkschaften innerhalb des ÖGB allerdings „derzeit kein primäres Ziel“.

Simone Leonhartsberger, ORF.at

Links:

Ärztegewerkschaft Asklepios <<http://www.aerztegewerkschaft.at>>

ÖGB <<http://www.oegb.at>>

Ärztelkammer <<http://www.aerztekammer.at>>

Arbeitsverfassungsgesetz <<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008329>>

„Kurier“-Artikel <<http://kurier.at/chronik/wien/steiniger-weg-fuer-neue-aerzte-gewerkschaft/111.796.157>>

Publiziert am 04.02.2015



Regierung: Über 10.000 Ehrentitel vergeben

Kommerzialrat und Professor sind gefragt
Mit Tobias Moretti gibt es seit 2014 auch einen sehr bekannten „Ökonomierat“.

Wien. Egal ob Medizinalrat, Ehrenprofessor, Kommerzialrat oder Kammer-sänger, Ehrenberufstitel in Österreich sind weiter beliebt. Der Schauspieler Tobias Moretti wurde vergangenes Jahr gleich zum Ökono-

mierat – er ist Nebenerwerbs-Biobauer in Tirol. Seit 2010 haben die Ministerien (ohne Innenministerium) 10.732 solcher Ehrentitel verliehen. Das geht aus einer Anfrage des Team Stronach an die Regierung hervor. Das mit Abstand fleißigste Ressort ist das Bildungsministerium.



Ökonomierat Moretti mit Ehefrau Julia.

Verleihungen

Ministerium	Titel seit 2010
Bildung + Frauen	7.745
Wirtschaft	696
Gesundheit	554
Landwirtschaft	365
Finanzen	322
Bundeskanzleramt	283
Verteidigung	212
Justiz	182
Kultur	171
Soziales + Arbeit	155
Außenministerium	38
Verkehr	9
Total	10.732

Kontrollen der Asfinag und ÖBB gefordert

Volksanwalt will auch Autobahnen überprüfen

Anrainer sollen mit Beschwerden über Autolärm auch zur Volksanwaltschaft gehen können.

Wien. Es gebe „unzählige“ Fälle von Autobahn-Anrainern die sich wegen fehlenden Lärmschutzes an die Volksanwaltschaft wenden – und diese kann nichts tun.

Der Grund: Ausgelagerte Unternehmen wie der Autobahnbetreiber Asfinag oder die ÖBB fallen nicht unter den Kontrollauftrag.

FPÖ-Volksanwalt Peter Fichtenbauer will die Kompetenzen deshalb jetzt ausweiten. Dann könnten auch



Kein Schutz vor Autolärm.

Behinderte durch die Volksanwaltschaft beispielsweise einen rollstuhlgerechten Bahnsteig auf Bahnhöfen einfordern. Fichtenbauer will jetzt verhandeln.

POLITIK IN KÜRZE

Ärzte gründen neue Gewerkschaft

Kampf. Im Streit um das neue Besoldungsrecht haben Spitalsärzte die neue Gewerkschaft Asklepios gegründet, benannt nach dem griechischen Heilgott. Die bestehenden Ärzte-Gewerkschaften kritisieren den Schritt scharf.

Stronach: Suche nach Vizechef

Wahl. Am Donnerstag entscheidet das Team Stronach über die Nachfolge von Kathrin Nachbaur als Vizepartei-chefin. Beste Chancen dürfte Waltraud Dietrich haben.



WM-Hoffnung Marcel Hirshlechner wird nicht von Minister Klug angefeuert werden.

Klug nicht bei WM

Terminprobleme. Österreichs Ski-Asse müssen die Alpin-WM in Vail (USA) ohne Sportminister Gerald Klug absolvieren. Der Terminplan des Ressortchefs sehe keinen Spielraum vor, so ein Sprecher zu ÖSTERREICH, ein Trip sei derzeit also „nicht angedacht“.

Politik-Insider

ISABELLE DANIEL



Pegida Wien lockte bekannte Neonazis an.

APA/HERBERT P. OCZERET

Ex-VAPO-Neonazis waren bei Pegida-Demo in Wien

NEONAZIS Aufmarsch. Dass der Pegida-Aufmarsch Montagabend in Wien ein Neonazi-Marsch war, darf man nicht so einfach behaupten. Tatsache ist aber: In der Wiener Innenstadt versammelten sich rund um die selbst ernannten Abendland-Retter auffallend viele „Szene-Größen“. **Hools, Neonazis & VAPO.** Ein Beobachter mit langjähriger Neonazi-Expertise berichtet ÖSTERREICH etwa, dass „mehrere ehemalige VAPO-Mitglieder anwesend waren“. Diese einstigen neonazistischen Organisation von Gottfried Küssel träumt bis heute vom eigenen „großdeutschen Reich“.

Ihnen geht es nicht um „Angst vor Islamisten“, sondern rechtsextremes Gedankengut. Bei der Demo selbst kam es denn auch – laut Augenzeugen – zu „Sieg Heil“-Rufen und



Ex-VAPO-Führer Küssel.

dem Hitler-Gruß. Beides nach dem NS-Verbotsgesetz klar verboten.

Auch xenophobe und antisemitische Sätze fielen auffallend oft im Zuge des Aufmarsches, der nur von rund 250 Personen unterstützt wurde.

Die Ex-VAPO-Aktivisten spielen dabei keine unentscheidende Rolle: Sie haben auch meist enge Kontakte zur neonazistischen Fußball-Hooliganszene „Unsterblich“ – diese ist ebenso wie die VAPO verboten. Auch die Skinheads von „Blood & Honor“ waren dabei – auch sie sind mit den anderen beiden vernetzt.

Österreich wird Honorar-Konsulat im irakischen »Kurdistan« eröffnen

HILFE Visite. Die Austrian Airlines fliegen Erbil an. Auch immer mehr heimische Firmen zeigen Interesse an dem kurdisch regierten Region im Nordirak.

Bei seinem Besuch vor Ort verkündete VP-Außenminister Sebastian Kurz denn auch, dass die Republik in Erbil ein Honorar-Konsulat eröffnen werde.



Außenminister Sebastian Kurz.

Ob eine Botschaft auch einmal nach Bagdad zurückkehrt, hängt von der Sicherheitslage ab.

Folgen Sie auf Twitter: @isabelledaniel

ÄUßENMINISTERIUM/DRAGANTATIC



Anna Kreil
Internistin, Ärztegewerkschaft Asklepios, Wien

schau aktuell

Die tägliche Nachrichtensendung für die Ostregion.

KURIER

Quelle: Kurier.at

Adresse: <http://kurier.at/chronik/wien/spitalsaerzte-murren-ueber-reform/112.175.022>

Datum: 05.02.2015, 16:32

Arbeitszeit

Spitalsärzte murren über Reform

Massive Bedenken gegen geplante Verkürzung der Dienstzeit.

Autor: Josef Gebhard



Vielen Ärzten ist auch noch nicht klar, wie viel sie künftig verdienen werden. - Foto: dpa Rolf

Vennenbernd

Als "große Strukturreform", die die Spitalsorganisation auf neue Beine stellt, feierte Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely (SPÖ) vergangene Woche das neue Arbeitszeit- und Gehaltspaket für die 3000 Ärzte in den Wiener Gemeindespitälern (KAV). Die Reform wurde notwendig, weil auch in den Wiener Krankenhäusern auf Druck der EU die durchschnittliche Arbeitszeit von 60 auf 48 Stunden gesenkt werden muss.

Innerhalb der betroffenen Ärzteschaft stößt das Paket jedoch nicht nur auf Begeisterung. "Aus medizinischer Sicht kann dieses Modell nur als Frühgeburt betrachtet werden", ärgert

sich eine Ärztin. An einzelnen Abteilungen wird es geschlossen abgelehnt.

Für Ärger sorgt vor allem die geplante Umstellung der Arbeitszeit auf 12,5 Stunden. Viele Ärzte befürchten, dass die bestehenden 25-Stunden-Dienste bis auf Ausnahmen vollständig ersetzt und letztlich ein Schichtbetrieb eingeführt wird – von 7 bis 19 Uhr Abends und von 19 bis 7 Uhr in der Früh. "Gleichzeitig sollen aber die Nachtdienste um 30 Prozent reduziert werden. Das kann nicht funktionieren", gibt Gernot Rainer, Initiator der neuen Ärzte-Gewerkschaft Asklepios, zu bedenken. In manchen Bereichen (etwa in der Notfall-Medizin) sei ein Schichtbetrieb sinnvoll, flächendeckend sei er aber für eine optimale Versorgung der Patienten ungeeignet. "Er führt dazu, dass sie jeden Tag mit einem anderen Arzt zu tun haben."

Vielen Ärzten ist auch noch nicht klar, wie viel sie künftig verdienen werden. Die Ärztekammer arbeitet derzeit noch an einem Gehaltsrechner.

Abstimmung

Ende Februar will die Kammer die KAV-Ärzte über das Paket abstimmen lassen. Ursprünglich war geplant, dies in Form einer personalisierten elektronischen Abstimmung zu machen, jetzt wird diskutiert, sie doch anonym mit Stimmzetteln durchzuführen. Rainer rechnet damit, dass das Votum klar negativ ausgeht, und fordert "ein Zurück an den Verhandlungstisch".

Im KAV versteht man die Aufregung nicht: "Untertags werden in dem Zeitraum von 7 bis 19 Uhr mehr Ärzte anwesend sein, das heißt aber nicht, dass es hier einen fixen 12-Stunden-Schichtdienst gibt", betont eine Sprecherin. "Die Dienstpläne werden auf Abteilungsebene individuell auf die Bedürfnisse der speziellen Abteilung basierend erstellt."

Auch den immer wieder erhobenen Vorwurf der mangelnden Information über die Neuregelungen weist man zurück: "Noch am Tag der Einigung wurden umfassende Informationen im Intranet veröffentlicht." Auch eine Hotline wurde eingerichtet. Bis dato hätten sich dort aber gerade einmal 13 Ärzte gemeldet.

(kurier) Erstellt am 05.02.2015, 16:27

Der Arbeitgeber muss Ihnen ermöglichen, dass Sie Ihre Tätigkeit gemäß Ärzterecht ausüben können.

Seiser mit seinem „Kälbermarsch“-Vergleich den Tiefpunkt in der Diskussion.

Die Ärzteschaft reagierte mit verständlicher Empörung. Der Ausgang des Landeshauptmannes und die Beleidigung durch den SP-Klubobmann waren Anlass für einen Warnstreik, der am 16. Jänner d.J. in vier von fünf KABEG-Häusern stattfand.

Dabei passierte etwas Einzigartiges: Ausgerechnet der oberste Vertreter der Arbeitnehmer in den Krankenhäusern, Zentralbetriebsratsobmann Arnold Auer, gab sich dafür her, die Protestaktion der Ärzte als illegal zu erklären. Er warnte sogar Mediziner vor der Teilnahme daran, indem er via Medien von möglichen dienstrechtlichen Konsequenzen sprach. Es ist wohl nur mit der politischen Situation in Kärnten zu erklären, dass ein Gewerkschafter den Warnstreik von Kollegen öffentlich disqualifizieren will, indem er ihn mit dem abwertenden Attribut „wild“ versieht.

Rund 200 Ärzte in Klagenfurt und etwa 100 in Villach sowie Kollegen in Laas und Hermagor haben dem Zentralbetriebsrat durch ihre Teilnahme an den Protestaktionen gezeigt, was sie von seinen „Warnungen“ (im Sinne der Parteiführung) halten.

Streik ist in Österreich ein garantiertes Grundrecht. Schließen sich Arbeitnehmer zusammen, um mit Arbeitsverweigerung höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen für sich einzufordern, so ist dies rechtmäßig. Der Betriebsrat ist für den Streik grundsätzlich nicht erforderlich und auch die Gewerkschaft nicht. Diese Prinzipien kann man auch auf der Homepage der Gewerkschaft nachlesen. Streiks sind lediglich dann nicht rechtmäßig, wenn Gerichtsverfahren zur Verfügung stehen, um die entsprechenden Rechte durchzusetzen. Nicht umsonst gibt es das Prinzip der „natürlichen Kampffreiheit“ in der Arbeitsrechtslehre.

Zur Verstärkung unseres medizinischen Teams im
Kurzentrums Thermal-Heilbad Warmbad-Villach
suchen wir zum ehestmöglichen Eintritt eine/n engagierte/n

ÄRZTIN/ARZT für ALLGEMEINMEDIZIN

im Voll- oder Teilzeitdienstverhältnis. Arbeitszeit von Montag bis Freitag (keine Nachtdiensttätigkeit)!

Als Ärztin/Arzt für Allgemeinmedizin mit ius practicandi bringen Sie eine hohe fachliche und soziale Kompetenz im Umgang mit Patienten, Mitarbeitern und Kollegen mit. Vorzugsweise verfügen Sie über das Kurarzt-Diplom.

Wir bieten Ihnen eine marktkonforme Bezahlung (angelehnt an das KABEG K-Schema) mit eigenverantwortlichem Kompetenzbereich in einer kollegialen Atmosphäre.

Richten Sie Ihre schriftliche Bewerbung an:
MMMag. Rene Scharl,

ThermenResort Warmbad-Villach - Personal,
Kadischenallee 22-24, 9504 Warmbad-Villach oder
per Mail an rene.scharl@warmbad.at | Tel. 04242/3001-1399



DER SALZBURGER ARBEITSRECHTEXPERTE PROF. DR. KAUS FIRLEI NENNT FOLGENDE GRUNDSÄTZE:

- „Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte legt das Grundrecht auf Koalitionsfreiheit (Art 11 EMRK) dahingehend aus, dass Dienstnehmern und insbesondere auch den Bediensteten des öffentlichen Dienstes (Vertragsbedienstete und Beamte) ein Recht auf Arbeitskampf zusteht.
- Die bisher in Österreich vertretene Auffassung, Arbeitnehmer können im Falle einer Streikteilnahme dienstrechtlich zur Verantwortung gezogen werden, kann aufgrund dieser Entscheidungen nicht mehr aufrechterhalten werden.
- Die für einen Streik typischen Verhaltensweisen der Dienstnehmer, insbesondere die Arbeitsniederlegung, stellt keine Pflichtverletzung dar und berechtigt daher den Dienstgeber nicht zu Sanktionen, wie sie sonst für Pflichtverletzungen vorgesehen sind.
- Hinweise der Dienstgeberseite, dass an Arbeitskämpfen teilnehmende Bedienstete mit dienstrechtlichen Sanktionen zu rechnen haben, haben keine rechtliche Grundlage mehr. Sie stellen einen Eingriff in das verfassungsrechtlich gewährleistete Koalitionsrecht der Gewerkschaften wie auch der einzelnen Dienstnehmer dar und sind daher zu unterlassen.“

Es darf nicht verwundern, dass der Zulauf für die neugegründete „Asklepios-Gewerkschaft der angestellten Ärztinnen und Ärzte in Österreich“ gerade in Kärnten besonders groß ist.



Der weltweit tätige Orden der Barmherzigen Brüder betreibt in Österreich Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens in sieben Bundesländern. Für unser KRANKENHAUS IN ST. VEIT/GLAN suchen wir für eine langfristige Anstellung unter Einhaltung des AZG ab sofort jeweils eine/einen:

**Fachärztin/arzt für Chirurgie
Sekundärärztin/arzt**

Die Abteilung für Chirurgie gehört von den Patientenzahlen her zu den größten Abteilungen Österreichs und deckt das gesamte Spektrum der Allgemein- und Viszeralchirurgie ab.

Entlohnung: In Anlehnung an das Vertragsbediensteten-Schema (K-Schema) des Landes Kärnten zuzüglich Überstundenentlohnung und Sonderklassegebühren.

Weitere Informationen zu diesen Stellen und den Barmherzigen Brüdern finden Sie unter www.bbstveit.at

Bewerbung: A. ö. KH der Barmherzigen Brüder, Abteilung Chirurgie, z. H. MD Prim. Univ.-Prof. Dr. Jörg Tschmelitsch, FACS, Spitalgasse 26, 9300 St. Veit/Glan, 04212/499-475, joerg.tschmelitsch@bbstveit.at

Offener Brief der Präsidentin der Österreichischen Krebshilfe Kärnten

OÄ. Dr. Elisabeth Isak Klagenfurt am 22.1.2015

Mit sehr großer Besorgnis habe ich die Diskussion über die Nachsorgeuntersuchungen von Krebspatienten mitverfolgt.

Als Präsidentin der Krebshilfe Kärnten sehe ich es als meine Aufgabe, mich um die bestmögliche Betreuung unserer Patienten zu bemühen.

Die Aussage von KABEG-Vorstand Dr. Arnold Gabriel, die Spezialambulanzen in den KABEG-Krankenhäusern sollen in den niedergelassenen Bereich verlagert werden, hat bei unseren Krebspatienten, sehr große Unruhe, Unsicherheit und Angst hervorgerufen. Der Patient kann nämlich nicht unterscheiden, wer denn wirklich damit gemeint ist. Vielleicht haben die Verantwortlichen in der KABEG die Vorstellung, wer von den Patienten der Spezialambulanzen im krankenhaus-externen Bereich betreut werden kann, doch zu einfach gesehen.

In den Medien wurde ein zum Teil problematisches Bild der Krebsnachsorge gezeigt und pauschal von einer Verlagerung in die Niederlassung gesprochen. So war ich und wahrscheinlich viele Menschen, die Krebspatienten betreuen, in den letzten Wochen auch damit beschäftigt, diese schwerkranken Menschen zu beruhigen und zu informieren.

Wir alle hören immer von Reformen, die stattfinden sollen und müssen. Das oberste Ziel einer Gesundheitsreform in Kärnten muss die optimale Versorgung der Kärntner Bevölkerung sein.

Unumgänglich in der Betreuung von Krebspatienten sind ausrei-



OÄ Dr. Elisabeth Isak

chende Ressourcen. Diese müssen sowohl in den Bereichen der Diagnostik als auch in der Therapie ausreichend vorhanden sein, um eine qualitativ hochwertige Betreuung dieser schwerstkranken Menschen durchführen zu können.

Ich ersuche alle für die Versorgung der Krebspatienten Verantwortlichen, die notwendigen Schritte zur Aufrechterhaltung der bisher guten Betreuung zu unternehmen.

Mit freundlichen Grüßen
Die Präsidentin der Krebshilfe Kärnten
OÄ Dr. Elisabeth Isak

COLIDIMIN 200 MG - FILM-TABLETTEN - **Zusammensetzung:** 1 Filmtablette enthält: Rilaximin 200 mg Hilfsstoffe: Carboxymethylstärke-Natrium, Glycerol(mono/di/tri)palmitat/sterat, hochdisperses Siliciumdioxid, Talkum, mikrokristalline Cellulose, Hypromellose, Titandioxid (E171), Natriumstearat, Propylenglycol, Eisenoxid (E 172) **Anwendungsgebiete:** Kausale Behandlung von Erkrankungen bei Erwachsenen und Jugendlichen ab 12 Jahren, die durch Rilaximin-sensitive Bakterien im Gastrointestinaltrakt verursacht, bzw. mitverursacht werden, wie: unkomplizierte Divertikelentzündungen, hepatische Enzephalopathie, pseudomembranöse Kolitis durch Clostridium difficile, bakterielles Überwucherungs-Syndrom, Resektionsruhr verursacht durch nicht-invasive enteropathogene Bakterien, Präoperative Darmdekontamination. Die offiziellen Richtlinien für den angemessenen Gebrauch von antimikrobiellen Wirkstoffen sind zu berücksichtigen. **Gegenanzeigen:** Colidimin 200 mg - Filmtabletten dürfen nicht angewendet werden. Bei bekannter Überempfindlichkeit gegen den Wirkstoff Rilaximin und andere Rilaximin-Derivate sowie einen der sonstigen Bestandteile des Präparates. **Pharmakotherapeutische Gruppe:** Intestinale Antibiotika, Antibiotika (Rilaximin), ATC-Code: A07AA11 **Packungsgrößen:** 12 Stück, 36 Stück **Abgabe:** Rezept- und apothekenpflichtig, wiederholte Abgabe verboten **Kassenstatus:** 12 Stück: Green Box, OP II verschreibbar, 36 Stück: Green Box **Zulassungsinhaber:** Octro Pharma GmbH, 6391 Filabrunn **Stand der Fachkurzinformation:** Oktober 2010 Weitere Angaben zu Warnhinweisen und Vorsichtsmaßnahmen für die Anwendung, Wechselwirkungen mit anderen Arzneimitteln und sonstigen Wechselwirkungen, Schwangerschaft und Stillzeit und Nebenwirkungen sowie Gewährleistungsfaktoren entnehmen Sie bitte der veröffentlichten Fachinformation.

Ärztarbeitszeit

Bewegung in der Gehaltsfrage

Die vehementen Forderungen der Spitalsärzte (siehe auch Seite 8) nach einer Abgeltung ihrer Einkommensverluste durch die kürzeren Höchstarbeitszeiten zeigen langsam Wirkung. Am Montag dieser Woche kam es in Salzburg zu



einer Einigung mit den Landeskliniken. Die Grundgehälter sollen um 30 bis 37 Prozent steigen. Vergangene Woche hatten sich die Spitalsärzte in Wien mit dem Krankenanstaltenverbund auf Gehaltssteigerungen zwischen 25 und 29 Prozent verständigt, eine Urabstimmung darüber steht aber noch aus. Offen ist auch die Si-

tuation in Oberösterreich, wo die Spitalsärzte ebenfalls erst in einer Urabstimmung über die Vereinbarung der Vorwoche entscheiden. Weiterhin kein Ergebnis gibt es in Kärnten. Auch die Ärzte am Wiener AKH konnten bisher kein Ergebnis erzielen. Und in Tirol wurde nur eine weitere Arbeitsgruppe zusammengestellt.

In Wien wurde indes eine neue Ärztegewerkschaft Namens Asklepios ins Leben gerufen. Ihr Gründer, der im Otto-Wagner-Spital tätige junge Facharzt Dr. Gernot Rainer, begründet diesen Schritt im Gespräch mit dem ORF mit der „Untätigkeit von ÖGB und Ärztekammer“, die in Sachen Arbeitszeit zu wenig Druck gemacht hätten. ÖAK-Spitalsärzte-Kurienobmann Dr. Harald Mayer sieht die Konkurrenz einstweilen gelassen: „Jeder kann einen privaten Verein gründen.“

Meinung

Vorwärts in die Vergangenheit!



Dass die Ärztekammer für eine Stärkung des niedergelassenen Bereichs eintritt, ist nichts Neues. Auch die Gründe dafür sind bekannt – Minus 800 Kassenverträge seit dem Jahr 2000 bei hohem Patientenaufkommen in den Spitalsambulanzen. Die Reaktion der Kassen-Chefs ist stereotyp: Österreich sei Spitzenreiter bei der Ärztedichte, die Versorgung sei bestens gewährleistet, und die Ärztekammer wolle mit ihren Forderungen lediglich mehr Honorare und dunkle Machtinteressen durchsetzen. Und weil von der Verlagerung der Versorgung aus den Spitalsambulanzen in die Ordinationen zwar viel gesprochen wurde, aber nichts zu sehen war, konnte man sich beruhigt auf Sparprogramme konzentrieren. Nun droht allerdings die Leistungsverlagerung wirklich, denn die Spitäler verlieren kurzfristig ein Fünftel ihrer ärztlichen Leistungskapazität. Da macht sich der Rückgang der Kassenärzte gleich gar nicht mehr so gut – also muss eine neue Vergleichsbasis her. Gegenüber 1970 habe sich die Zahl der Kassenverträge fast verdoppelt, heißt es nun. Na toll! Dann kann man ja wohl auch noch beruhigt auf das Leistungsniveau von, sagen wir, 1990 oder 1980 zurückgehen, oder?

Dr. Hans Wenzl

wenzl@aerztemagazin.at



Atemwegstherapie von



Fachkurzinformation siehe Seite 26

ID 548601_02/2015



Bambec®



Konflikt um Arbeitszeit und Gehälter spornt „Asklepios“ in Oberösterreich an:

Ärztegewerkschaft ist im Aufbau

Auch in Oberösterreich formiert sich jetzt im Gefolge des Konfliktes um Arbeitszeit und Gehälter eine neue Ärztegewerkschaft. Michael Dolezal, Anästhesist am LKH Vöcklabruck, ist das Gesicht von „Asklepios“, die zur Ärztekammer eine Ergänzung, zu traditionellen Gewerkschaften aber eine Konkurrenz sein will.

Sie sind grad im Aufbau.

Wir sind mittlerweile einige, aber noch lange nicht genug, um das alles auf vernünftige Beine zu stellen.

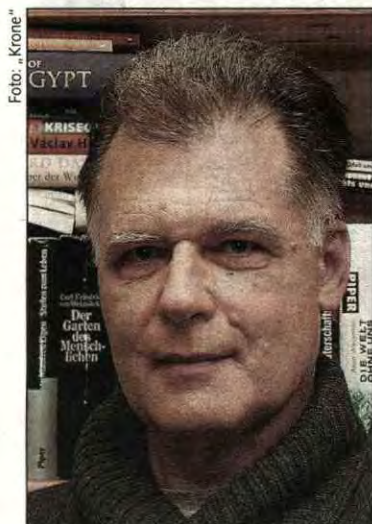


Foto: „Krone“

Michael Dolezal von „Asklepios“

Worum geht's Ihnen?

Es hat sich aus dem entwickelt, dass wir als Ärzte ein Problem haben: Die relativ komplexe Arbeitszeitmaterie. Dieses Problem ist bundesweit nur in einigen Details als vielleicht gelöst zu betrachten, in vielen Bundesländern gibt es Zwischenlösungen. Und viele Dinge, die die Politik halt so will, sind nicht das, was für die Ärzte geschieht ist und nicht das, was auf langfristige Sicht sinnvoll erscheint.

Zum Beispiel?

Das nach vielen Jahren Untätigkeit im Herbst 2014 rasch gestrickte Arbeitszeitgesetz mit bloß stufenweiser Stundenreduktion bei überdehnten Übergangsfristen.

Jetzt gibt's ein Gehaltspaket mit Erhöhungen, Ein-

schnitten und Umverteilungen. Passt das Paket?

Vom Ziel, die jungen Ärzte besonders zu fördern, her gesehen, passt es nicht. Wir bewegen uns bei den Grundgehältern immer noch auf einem Niveau deutlich unter dem, was im benachbarten Ausland üblich ist. Und wir haben immer noch eine extreme Variablenabhängigkeit unserer Einkommen. Außer-

dem sind auch Fragen des Arbeitsklimas wichtig, wenn man will, dass Leute bleiben oder neue kommen.

Was empfehlen Sie den Spitalsärzten bei der Urabstimmung? Ja oder Nein?

Das ist eine Frage, die ist eigentlich nicht zu beantworten. Der Grund ist der: Es gibt einzelne Gruppen, die von dem neuen Paket ab-

solut profitieren; es gibt aber auch eine ganz große Gruppe innerhalb der Ärzteschaft, die davon überhaupt nicht profitiert, am meisten Ärzte in Fächern, die bisher stark ambulanzengebührenlastig verdient haben – wie Unfall- und Diagnostiker.

Sehen Sie „Asklepios“ als Alternative zur Kammer?

Ich würde mir eine konstruktive Zusammenarbeit

wünschen. Wir sehen uns als Ergänzung zur Kammer, aber als Konkurrenz zu den bisherigen Gewerkschaften, die sich für die Ärzte nicht eingesetzt haben.

Und wo bleiben die Patienten, wenn die Ärzte nur noch 48 Stunden arbeiten?

Im Notfall schaut eh kein Mensch auf ein Arbeitszeitgesetz, sondern dann tun wir einfach das Nötige. Im Stich gelassen wird niemand! pö

Interview



ooe@kronenzeitung.at

Wir finanzieren Ihre Träume.

**Wohnbau-Kredit
mit bis zu 10 Jahren
Fixzins.**

Beratungstermin vereinbaren unter
0800/209 100* oder per E-Mail an
kredit@oberbank.at

* Gebührenfreie Hotline. Mo.–Fr. 07:00–21:00 Uhr
und Sa.–So. 07:00–17:00 Uhr.

Oberbank
3 Banken Gruppe



Oberbank. Nicht wie jede Bank.

Spitalsärzte: Eine eigene Gewerkschaft

Gegründet | Asklepios will sich bundesweit für Spitalsärzte einsetzen. Auch in NÖ.

Das neue Arbeitszeitgesetz für Spitalsärzte, das maximal 48 Stunden pro Woche vorsieht, brachte in vielen Bundesländern Verhandlungen mit sich – und eine neue Gewerkschaft.

Warum? In jedem Bundesland kämpfen bei den Tarifverhandlungen andere für die Spitalsärzte, in manchen die Gewerkschaften, in anderen die Ärztekammer. Die Asklepios-Gewerkschaft der angestellten Ärztinnen und Ärzte will daher bundesweit mitverhandeln und sich für die Spitalsärzte einsetzen.

Auch in NÖ? Obwohl hier seit Jahren ein neues Spitalsärztegesetz gilt? „Niederösterreich kann nicht als gelöst gelten“, meint Initiator Gernot Rainer. So wird laut Rainer vor allem in kleinen Spitälern noch deutlich mehr als 48 Stunden pro Woche gearbeitet. Auch der Mangel an Turnusärzten sei ein Problem.

In NÖ wird neben Wien und Salzburg eine eigene Landesektion angestrebt. Und: Es gab bis 1. Februar 68 Anträge auf Mitgliedschaft aus NÖ.

Die Wirtschaft wählt: „Latte liegt sehr hoch“

Wirtschaftskammer-Wahl | Der ÖVP-Wirtschaftsbund mit Sonja Zwagl als Spitzenkandidatin will die klare Mandatsmehrheit halten.

Von Anita Kiefer

Niederösterreichs Unternehmer wählen am 25. und 26. Februar ihre Vertreter in der Wirtschaftskammer (WK). 94.250 Unternehmer mit 129.977 Wahlrechten sind an diesen beiden Tagen wahlberechtigt. Der ÖVP-Wirtschaftsbund tritt als „Team Zwagl – Wirtschaftsbund NÖ“ mit Präsidentin Sonja Zwagl als Spitzenkandidatin an.

Die erklärten Wirtschafts-bund-Ziele für die Wahl: Die klare Mandatsmehrheit behalten, in allen Fachgruppen die stärkste Kraft sein und österreichweit die stärkste Wirtschaftsbund-Gruppe bleiben, betonte Wirtschaftsbund-Direktor Harald Servus.

Die Kernthemen des Wirtschaftsbundes seien laut Spitzenkandidatin Zwagl etwa den „Wildwuchs“ bei der Bürokratie einzudämmen und „ein klares Ja“ zur Schaffung von Anreizen



Direktor Harald Servus will, dass der Wirtschaftsbund NÖ österreichweit die stärkste Gruppe bleibt.

Foto: Gerald Lechner

wie einer Investitions- oder Mitarbeiterprämie.

1.452 der 2.425 Kandidaten stellt der Wirtschaftsbund NÖ. Zusätzlich zum Wirtschaftsbund stehen elf gegnerische Wählergruppen mit 180 Listen zur Wahl. „Es wird also härter denn

Fakten zur Wahl

○ Bei der Wirtschaftskammer-Wahl werden insgesamt 1.244 Mandate vergeben, um 54 weniger als 2010.

○ Einen Wahlkampf gibt es in 71 von 95 Fachgruppen – die anderen sind Friedenswahlen, das heißt, hier gibt es nur eine Liste zur Wahl.

○ Der ÖVP-Wirtschaftsbund unter dem Namen „Team Zwagl – Wirtschaftsbund NÖ“ tritt in 70 der Wahlkampf führenden Fachgruppen an.

je“, ist Wirtschaftsbund-Direktor Servus überzeugt.

Mit 79 Prozent holte die Organisation bei der letzten Wahl im Jahr 2010 den höchsten Stimmenanteil. „Die Latte liegt also sehr, sehr hoch“, so Harald Servus.

POLITISCHE RANDNOTIZEN

m.gebhart@noen.at



Martin Gebhart über eine verbotene Liebe im Gemeinderat & anonyme Briefe.

Rücktritte aus Liebe. Kaum zu glauben, was im Zuge dieser Gemeinderatswahl teilweise zutage kommt. Besonderes Augenmerk verdient ein Fall in Kirchstetten im Bezirk St. Pölten. Dort hat nicht das Wahlergebnis, sondern die Liebe zwischen zwei Jung-Gemeinderäten heftige Turbulenzen ausgelöst. Konkret: **Stefanie Ebersberger** ist für die SPÖ angetreten, **Norbert Erdscholl** für die ÖVP. Über die Parteigrenzen hinweg sind

beide ein Paar, was erst nach dem Wahltag bekannt wurde. Für SPÖ-Obmann **Johann Alt** war das nicht tragbar, er wollte keine solche Pärchenbildung. Weswegen Stefanie Ebersberger zurücktrat. Ihr Freund Norbert Erdscholl tat es ihr aus „Solidarität und Liebe“ gleich. Und **Matthias Frühauf**, der in die SPÖ-Fraktion nachgerückt wäre, nahm das Mandat – ebenfalls aus Solidarität – nicht an. Womit dem Kirchstettner Gemeinderat mit einem Schlag drei junge Mandatare abhanden gekommen sind. ÖVP-Bürgermeister **Paul Horsak** hätte die parteiübergreifende Pärchenbildung nichts ausgemacht. Er trauert engagierten Jugendlichen nach.

Anonyme Briefe. Die ohnehin schon schwierigen Parteienverhandlungen in Gänserndorf werden nun von einer Sachverhaltsdarstellung überschattet, die von der FPÖ der Staatsanwaltschaft übermittelt worden ist. Dabei geht es um eine Reihe von anonymen Briefen, die meist FPÖ-Politiker, aber auch ÖVP-Landtagsabgeordneten **René Lobner** betroffen haben. In diese ganze Affäre gehört auch das Video, das eine FPÖ-Kandidatin total betrunken gezeigt hat. Was übrigens nun auch ein Fall für den Presserat geworden ist. In der besagten Sachverhaltsdarstellung taucht der ehemalige Stadtrat **Franz Weindl**, der diesmal für

die Bürgerliste kandidierte, als möglicher Schreiber andeutungsweise auf. Dieser wies die Vorwürfe gegenüber der NÖN zurück. In der FPÖ jedenfalls rechnet man damit, dass es zu einer Anklage kommen wird.

Bundesrats-Start doch im Fernsehen. Auf ORF III werden die Sitzungen des Bundesrates immer wieder live übertragen. Allerdings nicht alle. So wäre fast jene Sitzung in der Vorwoche, bei der **Sonja Zwagl** ihre Antrittsrede als neue Präsidentin des Bundesrates hielt, durch den Rost gefallen. Nach einiger Überzeugungsarbeit beim ORF waren die Kameras dann letztendlich doch dabei.

KOMMENTAR

Ärztammer
unter Druck

MARTIN RÜMMELE

Es wurde hier bereits gesagt: Die neue Ärztekammer Asklepios, die von unzufriedenen Spitalsärzten gegründet wurde, setzt die Ärztekammer massiv unter Druck. Offenbar sind immer weniger Ärzte mit dem Kurs ihrer Kammer zufrieden – nicht zuletzt, weil diese die Regeln im Spital und im niedergelassenen Bereich bestimmt, die Realität sich aber zunehmend ändert.

So gibt es etwa in Wien bereits mehr Wahlärzte ohne Kassenvertrag als niedergelassene Ärzte mit Vertrag. Umgekehrt ist ein Kassenvertrag beinahe eine Art Pragmatisierung für eigentlich freiberufliche Ärzte. Die Kammer agiert damit selbst wie eine Gewerkschaft und versucht, lange Erwerbes zu sichern. Hier wird ein Widerspruch sichtbar, der den Kern des Problems bildet: Ist die Ärztekammer eine Ständevertretung oder doch eine Gewerkschaft?

Deutlich wurde das dieser Tage durch eine Solidaritätsbekundung des Hausärztesverbandes für die neue Gewerkschaft Asklepios. Der Hausärztesverband wünscht einen Austausch und sieht die wachsende Bürokratie als Problem, das man gemeinsam bekämpfen müssen. Stellt sich die Frage: Als was sehen sich die Hausärzte – als Freiberufler und damit Unternehmer oder lieber als quasi Angestellte der Krankenkassen?

Gesundheitsreform Gleich mehrere Faktoren führen heuer zu einer negativen Dynamik, die Kassen bluten lässt

Ärzte, Arbeitslose und Arzneien belasten Kassen

Gesundheitsexperten fordern rasche und breitere Umsetzung der geplanten Strukturreformen.

MARTIN RÜMMELE

Wien. Die Krankenkassen erwarten für 2015 und 2016 wieder rote Zahlen. Dabei galten sie eigentlich als saniert. Die Rahmenbedingungen sind aber alles andere als rosig: Seit der zweiten Jahreshälfte des Vorjahrs sind die Medikamentenkosten um acht Prozent gestiegen, rechnen die Kassen vor. Einer der Gründe sind neue und sehr teure Medikamente. Moderne Krebstherapien etwa kosten oft mehrere Zehntausend Euro, ebenso Produkte gegen Rheuma oder Hepatitis C. Damit schwingt das Pendel der jüngsten Einsparungen zurück.

Gerade die Pharmaindustrie hat in den vergangenen Jahren viel zur Kassensanierung beigetragen – unfreiwillig. Weil Patente abliefen, kam es zu Preisverfällen, von denen in den vergangenen Jahren vor allem die Krankenkassen profitierten, denn die Pharmabranche hatte sich vertan und konnte nur wenige neue Produkte auf den Markt bringen, die ihre Verluste durch die Patentabläufe ausgleichen konnten; die Branche selbst sprach sogar von einer „Patentklippe“. Jetzt scheint es, als stünden die Kassen wieder am Abgrund.

Einnahmen gedämpft

Was so dramatisch klingt, ist es für sich allein aber noch nicht. Immerhin sind die Kassen ja dazu da, neue Produkte zu bezahlen und Patienten zu helfen. Sie haben aber aktuell ein weit größeres Problem: Die Einnahmen sinken, weil sich die Gesamtwirtschaft schleppend entwickelt. Das geringe Wirtschaftswachstum und die nicht zuletzt dadurch bedingte steigende Arbeitslosigkeit dämpfen die Einnahmen der Kassen, die



Kassenpräsident Peter McDonald erwartet für heuer wieder steigende Defizite bei den Kassen; das Umfeld ist denkbar ungünstig.

ausschließlich an den Löhnen und Gehältern hängen.

Dazu kommen regionale Unterschiede: Bundesländer mit einem hohen Einkommensniveau – etwa durch viele Industrie- und Dienstleistungsarbeitsplätze – tun sich leichter als Länder mit einem hohen Anteil an Pensionisten. So stiegen etwa für die VGKK die Beitragseinnahmen zwischen 1999 und 2013 um 69,5%. Die WGKK verzeichnet hingegen nur ein Plus von 55,1% weil viele Industrie- und Dienstleistungsarbeitsplätze aus der Bundeshauptstadt abgezogen worden sind. „Zudem wurden den Kassen rund 100.000 Vertragsbedienstete per Gesetz weggenommen und zur Beamtenversicherung verschoben“, sagt WGKK-Obfrau Ingrid Reischl. Die BVA wurde so

saniert und hatte ein Beitragsplus von 79,7%.

Mit den jüngsten Debatten über höhere Gehälter und kürzere Arbeitszeiten für Spitalsärzte könnte sich die Situation weiters verschärfen, schätzt die Gesundheitsökonomin Maria Hofmarcher. „Auch mit den geplanten Umschichtungen wird es netto mehr kosten und damit werden die gesamten Gesundheitsausgaben steigen.“

Strukturreformen fehlen

Die aktuellen Verhandlungen seien im Gegensatz zu den steigenden Arzneimittelkosten in den Planungen nämlich noch nicht eingepreist, so Hofmarcher. Ab Mitte des Jahres dürften somit die

Gesundheitsausgaben stark steigen und auch den in der Reform fixierten Kostendämpfungspfad, der die Ausgaben am BIP-Wachstum orientieren soll, verlassen. „Die Gesundheitsausgaben in dieser Situation ans BIP-Wachstum heranführen zu wollen, ist eine Farce. Wir haben ja kein BIP-Wachstum.“

Umgekehrt würden die gesetzten Ziele, wie eine Verlagerung von Ambulanzbesuchen zu niedergelassenen Ärzten, nur zögerlich kommen. So lange es keine Alternativen gebe, werde die Versorgung der Patienten weiterhin in den Krankenhäusern stattfinden. Durch die Erhöhung der Ärztegehälter würde es sogar wieder attraktiver für Mediziner, in Kliniken zu arbeiten, statt eine Praxis zu eröffnen.

Wirtschaftsanalyse 116 private Kurbetriebe liefern Bruttowertschöpfung von 419 Mio. € pro Jahr

Studie: Kurwesen ist Wirtschaftsfaktor

Wien. Kuranstalten und Heilbäder haben eine große, bisweilen unterschätzte Bedeutung für Wertschöpfung und sichere Arbeitsplätze in ländlichen Regionen. Dies ergibt eine vom Wirtschaftsprofessor Gottfried Haber (Donau-Universität Krems) erstmals durchgeführte Analyse über Regionalökonomische Effekte des Kurwesens, die bei einer Pressekonferenz des Österreichischen Heilbäder- und Kurorteverbands (ÖHKV) präsentiert wurde. Die Bedeutung dieses Wirtschaftszweigs wird durch die Herausgabe eines neuen Handbuchs über „Natürliche Heilvorkommen und Kurorte in Österreich“ unterstrichen, das ebenfalls der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Mit dem neuen „Bäderbuch“ liegt erstmals seit 30 Jahren wieder ein aktueller Überblick über alle Einrichtungen des Sektors vor.

Wie Haber in seiner Studie hervorhebt, profitieren viele Branchen von den durch die Kurbetriebe hervorgerufenen Wertschöpfungseffekten, wovon vor allem die lokale Wirtschaft der betreffenden Regionen profitiert. Weitere positive

Folgeeffekte betreffen Infrastruktur, Image und Standortqualität. „Investitionen in diesen Sektor zahlen sich sowohl regional als auch gesamtwirtschaftlich aus“, betont Haber. Ausdrücklich unterstreicht der Studienautor die positiven Aussichten des Gesundheitstourismus und das Potenzial der Kurbetriebe. „Diese haben einen Leuchtturmeffekt und können als Leitbetriebe im Ort viel bewirken.“

Nach den strengen Auswahlkriterien der Studie lassen sich 116 private Kurbetriebe mit 13.115 Betten dem Kurwesen zuordnen; ihr Beitrag zum heimischen Bruttoinlandsprodukt summiert sich auf 419 Mio. €. 2013 wurden 3,45 Mio. Nächtigungen in diesen Betrieben erzielt, von denen 97,4% auf inländische Gäste entfielen. Im Einzelnen ergibt die in Zusammenarbeit mit dem ÖHKV im

Zeitraum Jänner bis Oktober 2014 durchgeführte Untersuchung, dass im Kurwesen je 100 Betten 39 Arbeitsplätze geschaffen werden. Die direkte Wertschöpfung je Bett liegt bei 16.100 €; durch Folgeeffekte erhöht sich dieser Betrag auf 33.140 €. Je 1.000 Übernachtungen werden 59.000 € (direkt) beziehungsweise 121.000 € (durch Folgeeffekte) erzielt.

Transparenz fehlte

Der letzte umfassende Überblick über das heimische Kurangebot stammte aus dem Jahr 1985. Im ersten Teil des nun vorliegenden Buchs werden die natürlichen Heilvorkommen und Kurorte detailliert angeführt, während der zweite Teil Beiträge über die Geschichte der Kur, die gesetzliche Regelung des Kurwesens sowie die Grundlagen der medizinischen Kur enthält. Wie der wissenschaftliche Leiter der Fibel, Wolfgang Marktl, erklärte, soll mit dem Werk der besondere Stellenwert der Kur im heimischen Gesundheitswesen unterstrichen werden. (red)



Präsentierten Studie zum Kurwesen: Kaufmann, Weber, Marktl, Haber (v.li.)

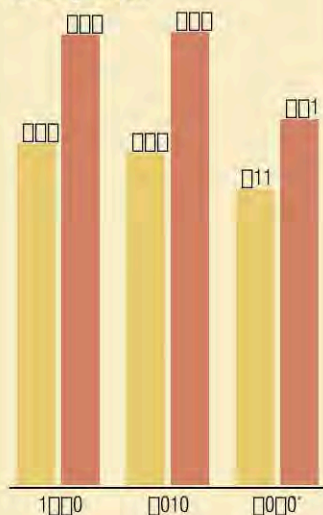
GRAFIK DER WOCHE

KREBS IN ÖSTERREICH

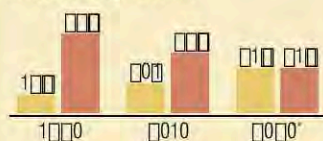
Auf je 100.000 Personen*

Frauen Männer

Krebs generell



davon Lungenkrebs



* Altersstandardisierte Raten (bereinigt um steigende Zahl an Erkrankungen bei steigendem Alter)
 ** 2030: Prognose
 Quelle: APA/Statistik Austria; Grafik: R. Appl

Asklepios –

„notwendige“ oder „undurchdachte“ Initiative?

Wiener Ärzte haben die Gründung einer eigenen Ärztegewerkschaft initiiert. Das stößt bei vielen Kollegen auf Zustimmung, mancherorts aber auch auf erhebliche Skepsis.

► Ausgearbeitete Statuten für die neue Ärztegewerkschaft „Asklepios – Gewerkschaft der angestellten Ärztinnen und Ärzte in Österreich“ liegen inzwischen bereits bei den Behörden zur Genehmigung auf. Die Initiatoren und Gründungsmitglieder – die Internistin Dr. Anna Kreil von der Krankenanstalt Rudolfstiftung und Dr. Gernot Rainer, Lungenfacharzt im Otto-Wagner-Spital Wien – erwarten schon bald den positiven Bescheid. Spätestens im März soll dann eine konstituierende Generalversammlung die offizielle Gründung der Gewerkschaft beschließen.

Anlass für die Initiative sei eine große Frustration vieler Ärzte wegen der stockenden Verhandlungen zu den Arbeitszeit- und Gehaltsregelungen für 12.000 Spitalsärzte in diesem Land, erläutert Rainer. „Wir fühlen uns von den verhandlungsführenden Gewerkschaften und deren Repräsentanten einfach nicht gut vertreten. Außerdem glauben wir, dass die bestehenden Gewerkschaftsstrukturen längst an ihre Grenzen gestoßen sind.“ Rainer kritisiert explizit das Verhalten der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – Kunst, Medien, Sport, freie Berufe (GdG-KMSfB), in der die Spitalsärzte eine zahlenmäßig vergleichsweise kleine Untergruppe bilden. „Nur 22 Prozent der rund 3.000 im Wiener KAV angestellten Spitalsärzte sind überhaupt Mitglieder der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten“, sagt Rainer, was deren Verhandlungsposition nicht gerade stärken würde. Der Vorsitzende der GdG-KMSfB und Verhandlungsführer, Christian Meidlinger, sitze zudem als Gewerkschafter und gleichzeitig SPÖ-Gemeinderat zwischen zwei Stühlen.

Meidlinger weist die Kritik zurück und schreibt in einem Kommentar in der ÄrzteWoche von einer „sinnfreien Diskussion“. Er halte allein die Idee einer Ärztegewerk-

schaft für „völlig absurd“. Die Stärke jeden gewerkschaftlichen Agierens beruhe schließlich auf Einigkeit und gemeinsamem Auftreten, jede Aufsplitterung bedeute eine Schwächung der Verhandlungsposition, ist Meidlinger überzeugt. „Gewerkschaft ist mehr, als nur Prozentsätze zu fordern. Es geht nicht nur um Bezahlung, sondern auch um verschiedene Arbeitgeber, Dienst- und Pensionsordnungen, rechtliche Grundlagen sowie Gehalts-gesetze. Die Gewerkschaft ist der Solidarität

überstehen. Zum einen sei es endlich notwendig, eine Gewerkschaft zu haben, die sich ausschließlich auf die Belange und Bedürfnisse der Ärzte konzentriert, zum anderen sei der Wunsch nach einer unabhängigen Vertretung groß. „Die neue Gewerkschaft halte ich für notwendig. Wir brauchen eine starke und exklusive Vertretung für die angestellten und die beamteten Ärzte“, sagt etwa der Urologe Dr. Michael Scholz. Er begrüßt vor allem, „dass die neue Gewerkschaft politisch unabhängig sein



„Wir fühlen uns von den verhandlungsführenden Gewerkschaften nicht gut vertreten.“

Dr. Georg Rainer, Lungenfacharzt im Wiener Otto-Wagner-Spital, Initiator und Gründungsmitglied von „Asklepios – Gewerkschaft der angestellten Ärztinnen und Ärzte in Österreich“

verpflichtet und hat als gesellschaftspolitische Kraft ihre Aufgabe zu erfüllen.“

Unabhängige, starke Vertretung

Viele jener Wiener Ärzte, die von der GdG-KMSfB vertreten werden sollten, teilen allerdings Rainers Skepsis. Am Rande der kürzlich stattgefundenen Großkundgebung der Wiener Ärzteschaft für eine Erhöhung der Grundgehälter sagte etwa Dr. Stefan König, Unfallchirurgie im Donauspital: „Von der derzeit verhandelnden Gewerkschaft fühle ich mich nicht vertreten.“ Die Ärzte seien vor Verhandlungsbeginn schließlich nicht einmal gefragt worden, mit welchem Angebot die Gewerkschaft überhaupt in die Verhandlungen gehen sollte, begründet König seinen Unmut.

Königs Unmut wird von vielen Kolleginnen und Kollegen geteilt, die der neuen Gewerkschaft grundsätzlich positiv gegen-

will. Viele von uns Ärzten wollen sich nicht länger von den politischen Parteien vereinnahmen lassen.“ Die von Meidlinger skizzierte Gefahr einer Aufsplitterung – und damit Schwächung – der Kräfte sieht Scholz nicht: „Das sagen immer nur die Kollegen, die einen Machtverlust befürchten.“

Manch andere beurteilen die Initiative differenzierter. „Ich halte eine eigene Gewerkschaft für eine an sich gute Idee, den Zeitpunkt für die Initiative aber eher unglücklich gewählt, weil die dadurch entstehenden Streueffekte unsere Verhandlungsposition schwächen“, sagt stellvertretend dafür eine Wiener Jungärztin. Ähnlich argumentiert auch Wiens ranghöchster Standesvertreter, der Präsident der Wiener Ärztekammer Dr. Thomas Szekeres, der die Gewerkschaftsgründung wörtlich als „gut gemeint, aber nicht durchdacht“ beschreibt. Szekeres verweist in diesem

Zusammenhang auf Erfahrungen in anderen europäischen Ländern, die gezeigt hätten, dass die Neugründung einzelner Gruppierungen die Ärzefront insgesamt schwächen würde. Dort könne sich nämlich der Dienstgeber aussuchen, ob er mit den bestehenden Gesamtgewerkschaften, einer Ärztegewerkschaft oder mit der Ärztekammer verhandelt. „In der aktuellen Situation sollte die Ärzteschaft jedoch Geschlossenheit zeigen und an einem Strang ziehen, um ihre Forderungen in der Arbeitszeitdebatte schnell und flächendeckend umzusetzen“, ist Szekeres überzeugt.

Gerade im Ausland aber hat sich Rainer inspirieren lassen. Als Vorbild nennt er den Marburger Bund in Deutschland, der eindrucksvoll bewiesen hätte, was „gut organisierte, inhaltlich fokussierte Gewerkschaften erreichen können. Die Gewerkschaft ist eine starke und exklusive Vertretung aller angestellten Ärzte und kann auf sensationelle Erfolge verweisen.“

Ein weiter Weg

Unabhängig davon, ob es die neue Gewerkschaft schaffen wird, sich als nachhaltige Kraft zu etablieren, für die laufenden Verhandlungen in Wien und vielen anderen Bundesländern kommt der Schritt wohl zu spät. Denn bis sie überhaupt ein Verhandlungsmandat bekommen kann, müssen zumindest drei große Hürden genommen werden. Das ist auch Rainer bewusst.

- Die neue Bewegung muss zum einen überhaupt einmal „kollektivvertragsfähig“ werden. Dazu braucht sie einen positiven Bescheid des Bundeseinigungsamtes. Dieser ist abhängig von der „wirtschaftlichen Relevanz“, also letztendlich von der Anzahl der Mitglieder.
- Sollte dieser erste Schritt gelingen, muss sie dann von den Partnern in einem nächsten Schritt auch tatsächlich an den Verhandlungstisch gebeten werden. Auch das wird vor allem davon abhängen, wie viele Ärzte die neue Gewerkschaft als Mitglieder binden kann. In Wien zum Beispiel wird Rainer dafür mehr Mitglieder benötigen als die derzeitigen Verhandlungsbeauftragten, will er ihnen das Mandat streitig machen.
- Bleibt zum Dritten immer noch die Frage der Finanzierung. „Wir haben keine relevanten finanziellen Mittel zur Verfügung“, gesteht Rainer ein. Diese seien aber

unbedingt notwendig, etwa um Konzepte zu prüfen, Vorschläge juristisch zu bewerten oder Studien in Auftrag zu geben. Rainer fordert daher die finanzielle Unterstützung der Kammer ein. „Wir nehmen die Ärztekammer in die Pflicht, weil sie auch unsere Interessen als angestellte Ärzte zu vertreten hat.“ Ein Wunsch, der bei der derzeit zurückhaltenden Position der Standesvertretung allerdings eher Wunschdenken denn begründeter Optimismus zu sein scheint.

Von all den Stolpersteinen lässt sich Rainer weder beirren noch von seinem Plan abbringen. Zudem orte er große Zustimmung weit über die Stadtgrenzen hinaus. „Die neue Gewerkschaft ist statutenmäßig österreichweit konzipiert. Ländersektionen sollen ganz bewusst sehr niederschwellig gegründet werden können“, erläutert Rainer. Schon zehn Mitglieder können demnach einen Antrag auf Gründung einer solchen Ländersektion stellen. In Salzburg sei dieser Prozess schon eingeleitet worden.

Bis zum Abschluss der Behördenwege wollen die Initiatoren jedenfalls nicht einfach abwarten und Däumchen drehen, im Gegenteil: Eine eigene Website (www.aerztegewerkschaft.at) wurde bereits freigeschaltet. Darauf kann ab sofort eine Online-Petition unterschrieben werden, die drei wesentliche Forderungen umfasst:

1. Das Verhandlungsmandat für die Ärztegewerkschaft Asklepios
 2. Gesetzeskonforme 48 Stunden – falls es dadurch zu Leistungskürzungen kommt, liegen diese in der Verantwortung des Arbeitgebers.
 3. Anpassung der Gehälter auf das im deutschsprachigen Raum übliche Niveau
- Die Statuten der neuen Gewerkschaft werden dezidiert auch die Möglichkeit von „Kampfmaßnahmen“ als wichtiges gewerkschaftliches Mittel vorsehen. „Solche einzusetzen wird nicht unser vorrangiges Ziel sein“, versichert Rainer, „wir werden davor aber auch nicht zurückschrecken, falls es uns notwendig erscheint.“ vw ■

GESUNDHEITSWIRTSCHAFTSKONGRESS

Wie wichtig ist die Politik für ein Gesundheitsunternehmen?

Beobachtet man die Ärzteproteste der letzten Tage, ist die Antwort wohl klar: sehr wichtig, denn immerhin geht es um EU-Regelungen, die einer Umsetzung auf politischer Ebene bedürfen. Genau dieses Thema steht daher auch heuer im Mittelpunkt des 7. Österreichischen Gesundheitswirtschaftskongresses. „Er bietet die Möglichkeit zum Informations- und Wissensaustausch, damit aus neuen Herausforderungen und Problemstellungen die idealen Lösungsansätze werden“, schreibt der Wiener Bürgermeister und Landeshauptmann Dr. Michael Häupl in seinem Grußwort. Und das Programm macht deutlich, dass alle aktuellen Diskussionspunkte auf der Agenda stehen. „Wir freuen uns sehr, dass es gelungen ist, die teilweise auch sehr kontroversen Positionen auf dem Kongress durch ihre Exponenten vertreten zu haben“, betont Ines Kehrein, Geschäftsführerin der agentur gesundheitswirtschaft in Wien, die den Event vonseiten der Planung und Organisation verantwortet. „Ziel ist es, einen pluralistischen Kongress zu organisieren, um das Für und Wider auf der Basis aller Informationen abwägen zu können“, so Kehrein.

„Ist eine aktive Gesundheitspolitik wichtig für die Gesundheitsunternehmen?“ Über diese zentrale Frage diskutieren unter der Leitung des Präsidenten der European Academy of Science and Arts, Prof. Dr. Felix Unger, der Leiter des Vertriebs von Clinical Austria, Benjamin Becker, der Medizinische Direktor der TILAK, Prof. Dr. Wolfgang Buchberger, der Geschäftsführer der Landeskrankenhausgesellschaft Vorarlberg, Dr. Gerald Fleisch, der Initiator der Plattform Gesundheitswirtschaft der Wirtschaftskammer Österreich, Dr. Martin Gleitsmann, sowie als Gast aus Deutschland der Vorstandsvorsitzende des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein, Prof. Dr. Jens Scholz, MBA.

Gibt es so etwas wie Markenmedizin? Können Krankenhäuser zur Marke werden? Auch diese Fragen werden die Teilnehmer des 7. Österreichischen Gesundheitswirtschaftskongresses diskutieren. Es geht dabei um die künftige Rolle der Patienten. Sie sollen durch zunehmende Transparenz mehr Souveränität erlangen und damit die Chance bekommen, sich eigene Entscheidungsspielräume auch in gesundheitlichen Fragen zu erschließen.

7. Österreichischer Gesundheitswirtschaftskongress, 11. März 2015, Wien, www.oegwk.at

Stadt Wien spart 382 Spitalsärzte ein

Gemeindespitäler. Geplanter Abbau von mehr als zehn Prozent der Dienststellen sorgt für heftige Kritik

VON JOSEF GEBHARD

Aufregung herrscht derzeit unter den Ärzten in den Wiener Gemeindespitalen: Im Zuge der Umsetzung der neuen Dienstzeit-Modelle sollen bis 2018 nicht weniger als 382 Dienstposten reduziert werden. Das geht aus einem Papier des Krankenanstaltenverbands (KAV) hervor, das dem KURIER vorliegt. Die Maßnahme würde bedeuten, dass das ärztliche Personal im KAV um mehr als zehn Prozent reduziert wird.

Hintergrund ist die Umsetzung der neuen Arbeitszeit-Regelung für Spitalsärzte. Seit Jänner dürfen die Mediziner statt 60 nur mehr durchschnittlich 48 Stunden pro Woche arbeiten. Als Reaktion darauf haben sich im Jänner Stadt, Personalvertreter und Ärztekammer darauf geeinigt, die Nachtdienste schrittweise um ein Drittel zu reduzieren. Der Schwerpunkt der ärztlichen Tätigkeit soll künftig zwischen sieben und 19 Uhr stattfinden.

Im Gegenzug sollen die Ärzte ein höheres Grundgehalt bekommen, um Einkommenseinbußen durch den Wegfall von Überstunden auszugleichen. Bei den Turnusärzten etwa wird es um 25 bis 29 Prozent erhöht.

Dass gleichzeitig aber auch Personal abgebaut werden soll, sorgt unter den KAV-Ärzten für Empörung: „Wien ist das einzige Bundesland, das meint, mit weniger Ärzten auskommen zu können. Es ist absurd zu glauben, dass diese Maßnahme nicht zu einer Arbeitszeit-Verdichtung und Leistungseinschränkungen führen werden“, sagt Gernot Rainer von der neuen Ärztegewerkschaft Asklepios. „Für die Patientenversorgung ist das jedenfalls ein Desaster“, warnt der Mediziner.

Abstimmung

Im März will die Wiener Ärztekammer die rund 3000 KAV-Ärzte über das neue Arbeitszeit-Modell abstimmen lassen. Rainer geht davon



Das Krankenhaus Rudolfstiftung (Landstraße) ist eines der Wiener KAV-Spitäler, das von den Personalkürzungen betroffen wäre

aus, dass sich dabei die Mehrheit der Mediziner dagegen aussprechen wird. Er denkt aber bereits auch an Kampf- und Protestmaßnahmen.

Beim Wiener KAV bestätigt man die geplante Personalmaßnahme. Sie ergebe sich aus der Reduktion von Nachtdienst-Rädern, die nicht mehr benötigt werden, weil künftig die medizinische Versorgung auf die Zeit untertags konzentriert werde. Denn bisher musste jeder Nachmittagsposten auch in der Nacht besetzt sein – trotz des geringeren Patientenaufkommens während dieser Tageszeit.

„Am Leistungsgeschehen insgesamt ändert sich aber nichts“, kontert ein Sprecher der Befürchtungen der Ärztegewerkschaft. Die schrittweise Reduktion erfolge durch die Nicht-Nachbesetzung von Abgängen (z. B. Pensionierungen). „Kein Arzt

wird gekündigt“, betont der Sprecher.

Bei der Wiener Ärztekammer, die das KAV-Arbeitszeitpaket mitverhandelt hat, fühlt man sich hintergangen: „In den kursierenden Powerpoint-Folien des KAV wird ein Verhandlungsergebnis dargestellt, das es so nie gegeben hat“, sagt Präsident Thomas Szekeres. „Die Reduzierung des ärztlichen Personals ist in diesen Strukturen völlig illusorisch und es wurde dieser selbstverständlich auch nie zugestimmt“, stellt er klar.

Ärztekammer empört

Szekeres spricht in einem Rundschreiben von einem Versuch der Stadt Wien, vollendete Tatsachen zu schaffen, was die Kammer nicht akzeptieren werde. Im Hinblick auf die geplante Abstimmung unter den KAV-Ärzten „sehen wir keinen Grund, den

Kollegen eine Annahme des Ergebnisses zu empfehlen“, erklärt er.

Scharfe Kritik kommt auch von der Rathaus-Opposition: „Es kann nicht sein, dass die Finanzierung der Gehaltserhöhungen auf Kosten von Dienstposten geht“, sagt FPÖ-Stadtrat David Lasar. Schon jetzt sei die Personal-Situation angespannt – sowohl bei den Ärzten, als auch beim Pflegepersonal. „Die jetzt geplante Personalreduktion geht zulasten der Ärzte, vor allem aber auch der Patienten.“

ÖVP-Gesundheitssprecherin Ingrid Korosec spricht von einer „Hauruck-Aktion: Gerade beim Nachtdienst hätte Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely (SPÖ, Anm.) in den vergangenen Jahren eine schrittweise Anpassung, zum Beispiel eine Stunde pro Jahr, durchführen müssen“.

KURIER-Gespräch: Steht das Wiener AKH vor dem Kollaps?

Am Mittwoch. Äußerst zäh gestalten sich die Verhandlungen zur Umsetzung der neuen Arbeitszeit-Regelung auch im Wiener AKH. Als Universitätsklinik ist für dessen 1900 Ärzte nicht die Gemeinde Wien, sondern der Bund zuständig.

Montagnachmittag trafen sich die AKH-Ärztevertreter zu einer weiteren Gesprächsrunde mit dem Rektorat der MedUni. Ein Ergebnis lag bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht vor. Auch im AKH geht es darum, wie die seit Jänner gültige Reduktion der Arbeitszeit von durchschnittlich 60 auf 48 Stunden pro Woche bei gleichbleibendem Personalstand in die Praxis umgesetzt und der Gehaltsverlust durch

den Wegfall von Nachtdiensten ausgeglichen werden soll. Die Zeit drängt: Zuletzt mussten aufgrund der neuen Arbeitszeit-Regelung bereits die OP-Kapazitäten um zehn bis 15 Prozent reduziert werden.

Steht das AKH vor dem Kollaps? Wie geht es mit der Patientenversorgung und der medizinischen Forschung in Wien weiter? Darüber diskutieren hochkarätige Experten morgen, Mittwoch, bei den KURIER-Gesprächen.

Weltklassemedizin ade

Am Podium: Michael Gnant (Krebschirurg), Christoph Zielinski (Krebsforscher), Markus Hengstschläger (Humangenetiker). Mittwoch, 18. 2., 18 Uhr, Raiffeisen Forum, Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Platz 1, 1020 Wien. Freier Eintritt.

Wiener Neustadts Schatten reichen bis Wien

STADTPOLITIK VON INNEN

Wird just eine niederösterreichische Kleinstadt zum Vorbild für Wien? Mit Hilfe der FPÖ, den Grünen und zwei Bürgerlisten, eine davon ein rechter Ableger der FPÖ, kürt sich **Klaus Schneeberger**, zum VP-Bürgermeister. Nach 70 Jahren Herrschaft wurde in Wiener Neustadt die SPÖ von der ÖVP ausgebremst. Auch in Wien stellt die SPÖ seit Jahrzehnten den Bürgermeister. Doch nun proben die Kleinen den Aufstand.

Nachdem sich Rot und Grün nicht auf eine Reform einigen konnten, soll die Abstimmung über ein neues Wahlrecht im koalitionsfreien Raum stattfinden. Grün, Schwarz und Blau wollen da-

bei die Roten überstimmen.

Ein Vorgeschmack auf mögliche Koalitionen nach der Wahl? Etwa ein Bürgermeister **Heinz-Christian Strache** unterstützt von ÖVP und Grünen?

„Die neue Rolle als reiner Mehrheitsbeschaffer für Schwarz und Blau lässt an der Verlässlichkeit der Grünen Zweifel aufkommen“, poltert SPÖ-Landesparteisekretär **Georg Niedermühlbichler**. „Nach dem Sündenfall von Wiener Neustadt ist von den Grünen alles zu erwarten. Wir sind gespannt auf den nächsten Offenbarungseid.“ Diese beruhigen: „Das Vorgehen der Kollegen in Wiener Neustadt ist für mich nicht

nachvollziehbar“, sagt Vizebürgermeisterin **Maria Vassilakou**. Die FPÖ stehe für Hass, tiefe Spaltung der Gesellschaft und Korruption. „Die FPÖ wird in Wien daher niemals eine Rolle spielen“, sagt Vassilakou.

Auch Wiens VP-Chef **Manfred Juraczka** winkt ab, wenn es um einen möglichen Bürgermeister Strache geht. „Ich denke, Herr Strache ist in der Bundespolitik besser aufgehoben.“

Selbst die FPÖ glaubt nicht an eine blau-grün-schwarze Koalition. „So wie sich die Grünen bisher präsentiert haben, ist das unwahrscheinlich“, sagt FPÖ-Klubchef **Johann Gudenus**.

Das Modell Wiener Neustadt lässt auch die SPÖ Burgenland nicht kalt. Landeshauptmann **Hans Niessl** warnt bereits vor Blau-Grün-Schwarz: „Das hat durchaus einen realistischen Hintergrund.“

In Wien ist eine Regierung gegen den Willen der SPÖ derzeit gar nicht möglich. Hält die SPÖ ihre Stimmen, hätten sie weiter in der Stadtregierung wie in allen Ausschüssen die Mehrheit.

Um die Macht der Roten zu verringern, bereiten die Grünen einen Wahlrechtsantrag vor, der nicht in Ausschüssen von der SPÖ blockiert werden kann, sondern



Rot-grünes Koalitionsabkommen 2010: Was kommt im Herbst?

gleich im Gemeinderat abgestimmt werden soll. Sogar externe Juristen wurden für einen wasserdichten Antrag engagiert. Zusätzlich planen die Grünen eine namentliche Abstimmung, dass man genaue sehe, ob sich wer „von der SPÖ kaufen hat lassen“, sagt eine Sprecherin.

Die Roten schießen scharf zurück. Entgegen der

Aussagen der Grünen habe es doch ein Kompromissangebot der SPÖ gegeben, das den grünen Forderungen sehr entgegengekommen wäre. „Doch den Grünen ging es nicht mehr um die Sache“, sagt ein roter Insider. Man habe lieber die eigene Klientel bedient.

Kurzum: Wahlkampf pur in Wien. – **ELIAS NATMESSNIG**



Polizei sucht Fahrerflüchtige
Bub auf Lifttrasse verletzt: „Sie versuchte nicht, auszuweichen“.

→ CHRONIK 17

Stadt spart 382 Spitalsärzte ein

Gemeindespitäler. Geplanter Abbau von mehr als zehn Prozent der Dienststellen sorgt für heftige Kritik

VON JOSEF GEBHARD

Aufregung herrscht derzeit unter den Ärzten in den Wiener Gemeindespitalern: Im Zuge der Umsetzung der neuen Dienstzeit-Modelle sollen bis 2018 nicht weniger als 382 Dienstposten reduziert werden. Das geht aus einem Papier des Krankenanstaltenverbands (KAV) hervor, das dem KURIER vorliegt. Die Maßnahme würde bedeuten, dass das ärztliche Personal im KAV um mehr als zehn Prozent reduziert wird.

Hintergrund ist die Umsetzung der neuen Arbeitszeit-Regelung für Spitalsärzte. Seit Jänner dürfen die Mediziner statt 60 nur mehr durchschnittlich 48 Stunden pro Woche arbeiten. Als Reaktion darauf haben sich im Jänner Stadt, Personalvertreter und Ärztekammer darauf geeinigt, die Nachtdienste schrittweise um ein Drittel zu reduzieren. Der Schwerpunkt der ärztlichen Tätigkeit soll künftig zwischen sieben und 19 Uhr stattfinden.

Im Gegenzug sollen die Ärzte ein höheres Grundgehalt bekommen, um Einkommenseinbußen durch den Wegfall von Überstunden auszugleichen. Bei den Turnusärzten etwa wird es um 25 bis 29 Prozent erhöht.

Dass gleichzeitig aber auch Personal abgebaut werden soll, sorgt unter den KAV-Ärzten für Empörung: „Wien ist das einzige Bundesland, das meint, mit weniger Ärzten auskommen zu können. Es ist absurd zu glauben, dass diese Maßnahme nicht zu einer Arbeitszeit-Verdichtung und Leistungseinschränkungen führen werden“, sagt Gernot Rainer von der neuen Ärztegwerkschaft Asklepios. „Für die Patientenversorgung ist das jedenfalls ein Desaster“, warnt der Mediziner.



Das Krankenhaus Rudolfstiftung (Landstraße) ist eines der Wiener KAV-Spitäler, das von den Personalkürzungen betroffen wäre

FAKTEN

Wiens Spitäler

Häuser
Zum Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV) gehören derzeit elf Spitäler. Dazu kommt das in Bau befindliche Krankenhaus Nord sowie die städtischen Pflegeheime.

Ärzte
Im KAV arbeiten 3250 Ärzte, davon 1900 Fachärzte.

Patienten
Pro Jahr jährlich 400.000 stationär aufgenommene Patienten sowie rund 3,5 Millionen Ambulanzbesuche.



„Für die Patientenversorgung ist die geplante Ärzte-Reduktion ein Desaster.“

Gernot Rainer

Ärztegwerkschaft Asklepios

PRIVAT

Im März will die Wiener Ärztekammer die rund 3000 KAV-Ärzte über das neue Arbeitszeit-Modell abstimmen lassen. Rainer geht davon aus, dass sich dabei die Mehrheit der Mediziner dagegen aussprechen wird. Er denkt aber bereits auch an Kampf- und Protestmaßnahmen.

Keine Kündigungen

Beim KAV bestätigt man die geplante Personalmaßnahme. Sie ergebe sich aus der Reduktion von Nachtdienst-Rädern, die nicht mehr benötigt werden, weil künftig die medizinische Versorgung auf die Zeit untertags konzentriert werde. Bisher musste jeder Nachmittagsposten auch in der Nacht besetzt sein –

trotz des geringeren Patientenaufkommens während dieser Tageszeit.

„Am Leistungsgeschehen insgesamt ändert sich aber nichts“, kontert ein Sprecher der Befürchtungen der Ärztegwerkschaft. Die schrittweise Reduktion erfolge durch die Nicht-Nachbesetzung von Abgängen (z. B. Pensionierungen). „Kein Arzt wird gekündigt“, betont der Sprecher.

Bei der Wiener Ärztekammer, die das KAV-Arbeitszeitpaket mitverhandelt hat, fühlt man sich hintergangen: „In den kursierenden Powerpoint-Folien des KAV wird ein Verhandlungsergebnis dargestellt, das es so nie gegeben hat“, sagt Präsident

Thomas Szekeres. „Die Reduzierung des ärztlichen Personals ist in diesen Strukturen völlig illusorisch und es wurde dieser selbstverständlich auch nie zugestimmt“, stellt er klar.

Ärztekammer empört

Szekeres spricht in einem Rundschreiben von einem Versuch der Stadt Wien, vollendete Tatsachen zu schaffen, was die Kammer nicht akzeptieren werde. Im Hinblick auf die geplante Abstimmung unter den KAV-Ärzten „sehen wir keinen Grund, den Kollegen eine Annahme des Ergebnisses zu empfehlen.“

Scharfe Kritik kommt auch von der Rathaus-Opposition: „Es kann nicht sein,

dass die Finanzierung der Gehaltserhöhungen auf Kosten von Dienstposten geht“, sagt FPÖ-Stadtrat David Lasar. Schon jetzt sei die Personalsituation angespannt – sowohl bei den Ärzten, als auch beim Pflegepersonal. „Die jetzt geplante Personalreduktion geht zulasten der Ärzte, vor allem aber auch der Patienten.“

ÖVP-Gesundheitssprecherin Ingrid Korosec spricht von einer „Hauruck-Aktion: Gerade beim Nachtdienst hätte Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely (SPÖ, Anm.) in den vergangenen Jahren eine schrittweise Anpassung, zum Beispiel eine Stunde pro Jahr, durchführen müssen“.

KOLUMNE

Knecht



DORIS KNECHT

Der schönste Tag im ganzen Jahr

Für manche ist es der Hochzeitstag. Für andere ist es Weihnachten. Für viele ein bestimmtes Jubiläum, das sie an etwas Schönes erinnert. Für ein paar ist es Silvester, Fasching oder sonst ein Tag, an dem sie fröhlich sind: der schönste, der wichtigste Tag des Jahres.

Für die Autorin ist es immer ein anderer Tag im Februar: der Tag, an dem man, vom Wecker im Traum gestört, die Augen aufschlägt und bemerkt, dass der Himmel nicht mehr schwarz ist. Sondern schon aufgelöst in Dunkelblau; ein Blau, das das Versprechen in sich trägt, dass es gleich, nach dem ersten Kaffee, Tag sein wird. Nicht mehr nur faktisch, sondern auch optisch, Tag im Sinne von keine Nacht, Tag im Sinne von aufgegangener

Sonne, hellichter Tag, wortwörtlich: fertig finster, hell, yeah.

Die Wetter-App am Smartphone bestätigt es: Sonnenaufgang um sieben Uhr, fette, gelbe Sonne, die vom Horizont her das Dunkel wegwischt. Sie ist vorbei, die finstere Zeit, all die vielen Morgen, an denen man bei jedem Wecker-Läuten den Organismus davon überzeugen musste, dass es jetzt, auch wenn die Dunkelheit um ihn herum ganz etwas anderes sagt, Tag ist, dass der Körper jetzt in Vollbetrieb gehen muss, auch wenn alle äußeren Bedingungen ihn auf weiter-schlafen programmieren.

Tag: Das ist jetzt kein arbeitsdiktatorisches Konstrukt mehr, keine Frage von Überzeugung und Selbstbetrug, kein Zeit-

raum, der nur von Uhr- und Öffnungszeiten definiert wird; das ist jetzt beweisbar, sichtbar, spürbar, Fakt. Der schönste Tag im Jahr. Und viele weitere Schöntage werden ihm jetzt folgen: Der Tag, an dem man freiwillig die Fenster putzt. Der Tag, an dem die warmen Farben wiederkehren, erst Gelb, dann Grün. Der Tag, der lang vermisste Geräusche durch endlich wieder geöffnete Fenster von außen hereinbringen lässt: Vogelgezwitscher, Kinderlachen, das dumpfe Knallen von Bällen, Fahrradklingeln, Blätterrauschen: der Soundtrack von Frühling und Sommer.

Heute, irgendein Tag im Februar: der schönste Tag im Jahr.

doris.knecht@kurier.at
Facebook: Doris Knecht



KURIER-Gespräch: Steht das Wiener AKH vor dem Kollaps?

Am Mittwoch. Äußerst zäh gestalten sich die Verhandlungen zur Umsetzung der neuen Arbeitszeit-Regelung auch im Wiener AKH. Als Universitätsklinik ist für dessen 1900 Ärzte nicht die Gemeinde Wien, sondern der Bund zuständig.

Montagnachmittag trafen sich die AKH-Ärztevertreter zu einer weiteren Gesprächsrunde mit dem Rektorat der MedUni. Ein Ergebnis lag bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht vor. Auch im AKH geht es darum, wie die seit Jänner gültige Reduktion der Arbeitszeit von durchschnittlich 60 auf 48 Stunden pro Woche bei gleichbleibendem Personalstand in die Praxis umgesetzt und der Gehaltsverlust durch

den Wegfall von Nachtdiensten ausgeglichen werden soll. Die Zeit drängt: Zuletzt mussten aufgrund der neuen Arbeitszeit-Regelung bereits die OP-Kapazitäten um zehn bis 15 Prozent reduziert werden.

Steht das AKH vor dem Kollaps? Wie geht es mit der Patientenversorgung und der medizinischen Forschung in Wien weiter? Darüber diskutieren hochkarätige Experten morgen, Mittwoch, bei den KURIER-Gesprächen.

Weltklassemedizin ade

Am Podium: Michael Gnant (Krebschirurg), Christoph Zielinski (Krebsforscher), Markus Hengstschläger (Humangenetiker).
Mittwoch, 18. 2., 18 Uhr, Raiffeisen Forum, Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Platz 1, 1020 Wien. Freier Eintritt.

Standespolitik

Ärztengewerkschaft Asklepios gegründet

Im Fahrwasser der Diskussion um das neue Arbeitszeitgesetz für Spitalsärzte hat sich nun eine neue eigene Ärztegwerkschaft formiert. Die Gründung von „Asklepios - Gewerkschaft für angestellte Ärztinnen und Ärzte in Österreich“ ist Realität. Die Gründungsunterlagen sind eingereicht, drei Ländersektionen haben sich formiert. Der formelle Antrag wurde bereits erfolgreich von Wien, Salzburg und Niederösterreich eingebracht. Die neue Gewerkschaft soll nach dem Vorbild des Marburger Bundes, der Interessenvertretung aller angestellten und beamteten Ärztinnen und Ärzte in Deutschland, aufgebaut werden. Bundesweit sind Ärztinnen und Ärzte dazu aufgerufen, die Petition auf der vor kurzem online gegange-

nen Seite www.aerztengewerkschaft.at zu unterzeichnen, um die Forderungen der Initiative zu unterstützen.

Diese lauten:

- Verhandlungsmandat für die Ärztegwerkschaft Asklepios
- Gesetzeskonforme 48 Stunden. Sollte es dadurch zu Leistungskürzungen kommen, liegen diese in der Verantwortung des Arbeitgebers.
- Anpassung der Gehälter an das im deutschsprachigen Raum übliche Niveau.

Auf der Homepage der neuen Ärztegwerkschaft www.aerztengewerkschaft.at kann wei-



**ASKLEPIOS
GEWERKSCHAFT**

für angestellte Ärztinnen
und Ärzte in Österreich

ters eine Vorregistrierung zur Mitgliedschaft vorgenommen werden. Mit dem Protest der Kärntner Ärzte zeigt sich **Dr. Gernot Rainer**, Initiator von Asklepios, solidarisch: „Wir unterstützen die Streikmaßnahmen zu 100 Prozent. Verhandlungen können nicht unter Ausschluss und gegen die Ärzteschaft geführt werden. So verliert man die Ärztinnen und Ärzte in den Spitälern und riskiert damit letztendlich die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung.“ «

ELGA

Weiter Streit

Der Österreichische Hausärzterverband (ÖHV) hält seine Kritik an der Elektronischen Gesundheitsakte (ELGA) aufrecht. Es handle sich um eine „kranke Akte“, sagte Präsident **Christian Euler** am 8. Jänner in einer Pressekonferenz. Nach dem Fehlstart im Vorjahr drohe nun das Chaos. Statt der Zwangsteilnahme von Patienten und Ärzten müsse Freiwilligkeit vorherrschen.

Die Abmeldung vom System (seit Anfang 2014 möglich) sei derzeit der einzig sinnvolle Weg für die Patienten, meint man beim ÖHV. Doch selbst dieser „Opt-out“ sei schwierig, brauche die ELGA-Widerspruchsstelle doch bis zu neun Monate für die entsprechende Bestätigung. Bisher hätten dennoch rund 200.000 Österreicher davon Gebrauch gemacht. Gleichzeitig stoßen sich die Ärzte aber daran, dass die Patienten einzelne Befunde ausblenden können.

Die weiteren Kritikpunkte: Viele Befunde, etwa aus dem niedergelassenen Bereich, seien per Gesetz nicht ELGA-würdig. Der Impfpass, Allergieinformationen, Befunde aus dem Praxislabor oder Röntgenbilder seien nicht enthalten. „Das sind Absurditäten“, so Euler.

Dass Krankenhausbefunde erst mit Ende 2015 statt per Jahresbeginn aufgenommen werden, ist aus ÖHV-Sicht ein möglicher Vorbote des Scheiterns. Außerdem drohe ein „Bundesländerfleckerlteppich“ wegen regionaler Probebetriebe. Noch weiter ging **Hans Zeger** von der ARGE Daten. Er sprach von der „ELGA im rechtsfreien Raum“, weil die Verordnung des Gesundheitsministeriums als Grundlage für die Verschiebung weiterhin ausständig sei.

Die Geschäftsführerin der ELGA GmbH, **Susanne Herbek**, ist unmittelbar der Kritik an dem Projekt entgegengetreten. Qualität und Sicherheit stünden bei der elektronischen Gesundheitsakte an oberster Stelle, erklärte sie in einer Aussendung. Die Patienten könnten künftig über ihre Daten selbst bestimmen, was eine Pionierleistung im österreichischen Gesundheitswesen sei.

Wer nicht an ELGA teilnehmen wolle, könne sich online über das ELGA-Portal oder schriftlich über die ELGA-Widerspruchsstelle abmelden. Bisher hätten das rund 194.000 Personen, also ca. zwei Prozent der Bürger getan. Fast drei Viertel der Abmeldungen seien in den ersten vier Monaten des Jahres 2014 er-



folgt, als unter anderem vom Österreichischen Hausärzterverband Verunsicherung geschürt worden sei. Dann sei die Kurve deutlich abgeflacht. In der ganzen zweiten Jahreshälfte seien nur mehr 17 Prozent aller Abmeldungen erfolgt, betonte sie.

Vor allem für chronisch Erkrankte bringe ELGA Erleichterung und Unterstützung, weil die behandelnden Ärzte künftig auf Befunde oder Medikamentenlisten direkt und rund um die Uhr zugreifen können. „ELGA ist damit auch Teil der Gesundheitsreform. Sie wird sowohl für die Patienten als auch für die Ärzte anwenderfreundlich gestaltet sein und beiden großen Nutzen bringen“, zeigt sich Herbek überzeugt. «

Spital in Kittsee bleibt in der Spur

Ausbau. Nach Bedarfsanalyse soll Urologie zur Vollabteilung werden, regionale HNO-Versorgung angedacht



Helmut Hochedlinger (li.) und Ernst Novak über das Krankenhaus in Kittsee: „Hut ab, das ist ein total super Spital“

VON GEORG GESELMANN

„Die Kleinheit des Krankenhauses Kittsee ist ein großer Vorteil: der persönliche Kontakt und die persönliche Betreuung der Patienten wird hier sehr groß geschrieben“, sagt Landeshauptmann Hans Niessl. Er würde das Krankenhaus in Kittsee als „Leuchtturm des Bezirkes“ bezeichnen.

Doch nicht nur der Landeshauptmann streut dem Ladislaus Bathányi-Stratmann Krankenhaus Rosen. Ohne, dass der Landeshauptmann neben den beiden Herren Helmut Hochedlinger (73) und Ernst Novak (83), Platzgenommen hatte, meinten sie unisono: „Hut ab, ein

total super Spital.“ Der Pödersdorfer Ernst Novak will nicht sagen, dass er ein Stammgast des Krankenhauses sei, aber in den vergangenen 20 Jahren musste er öfters „herein“. „Ich hab's mit dem Rücken, mit den Band-

scheiben“, sagter im KURIER-Gespräch. In diesen 20 Jahren habe er nie schlechte Erfahrungen gemacht: „Die Ärzte und Krankenschwestern machen ihre Arbeit sehr gut. Sie sind freundlich und nett. Da fährt die Eisenbahn

drüber.“ Auch Hochedlinger kann nur Positives aus dem Alltag berichten: „Und weretwas Schlechtes über das Krankenhaus Kittsee sagt, der sollte sich einmal woanders umschauen.“

Neue Turnusärzte

Dass der Chef des Hauses, Primarius Luc Bastian, kein schlechtes Wort über das Krankenhaus fallen lässt, liegt auf der Hand. Auf die Diskussion um fehlenden Ärzten aufgrund des neuen Arbeitszeitgesetzes zu kommen, meint er: „Es ist kein Wunschkonzert. Aber hier in Kittsee funktioniert das Radl.“ Mitte März sollen zwei neue Turnusärzte kommen. Dass ein Facharzt fehlt, will er dennoch nicht verschweigen.

Finanzielle Probleme habe das Krankenhaus keine. „Wir haben im vergangenen Jahr einen Überschuss von 700.000 Euro erreicht“, sagt der Primar. Dass es den gegeben hat, hängt von der sogenannten leistungsgerechten Krankenanstaltenfinanzierung ab. Dort bekommt man Punkte für absolvierte Leistungen. Je mehr gearbeitet wird, umso mehr Punkte gibt es und umso mehr Geld. „Paul sind wir hiersicher nicht“, sagt Bastian.

Auf die Ärzte im Krankenhaus Kittsee könnte unter Umständen noch mehr Arbeit zukommen. Denn nach einer Bedarfsanalyse soll die Urologie in eine Vollabteilung ausgebaut werden sowie eine regionale HNO-Versorgung dazu kommen, so Gesundheitslandesrat Peter Rezar.

Übrigens: Der Bezirk Neusiedl am See gilt als medizinisch am besten versorgter Bezirk des Landes.



Zwei Ärzte beginnen Mitte März ihren Turnus im Kittseer Krankenhaus

Nachhaltiges Gärtnern für Senioren

Projekt. Sene Cura Sozialzentren setzen auf heimische Pflanzenvielfalt

Landeshauptmann Hans Niessl und Soziallandesrat Peter Rezar haben am Mittwoch das Projekt „Nachhaltige Gartengestaltung“ als Beitrag zum Schutz der heimischen Artenvielfalt und als bereichernde Freizeitbeschäftigung in Sene Cura Heimen präsentiert.

In Kooperation mit der Vielfaltsgärtnerei „Biotiger“ werden die Gärten der Sene Cura Sozialzentren im Burgenland mit regionstypischen Pflanzensorten und alten Gemüsesorten neu bepflanzt. Was in den Gartenanlagen der Sene Cura Sozialzentren Frauenkirchen und Rust begonnen wurde, soll heuer auch den Gartenanlagen der Sene Cura Sozialzentren Nikitsch und Stegers-

bach umgesetzt werden. Eine Mischung aus alten und neuen Pflanzensorten sorgt dabei für den Erhalt traditioneller heimischer Pflanzen.

Neben dem Erhalt der Artenvielfalt spielt auch der so-

ziale Aspekt eine wichtige Rolle. So sollen die Bewohner bei der Pflege und Ernte von Pflanzen und Gemüse mitgeholfen, anschließend verarbeitet und schließlich auch gemeinsam verzehren.



LH Hans Niessl und LR Peter Rezar bei der Präsentation des Projekts

Der Zorn der vielen Wiener Mediziner

Urabstimmung. Die Spitalsärzte wollen dem neuen Arbeitszeitmodell nicht zustimmen

Die Arbeitszeitreduktion für Spitalsärzte führt in Wien immer öfter zu Engpässen in der Versorgung. Im Donaospital muss die HNO-Bettenstation vom 21. März bis 6. April geschlossen werden. „In diesen Wochen kann aufgrund des Fachärzte-Mangels kein 24-Stunden-fachärztlicher Dienst gewährleistet werden“, heißt es in einem Schreiben aus der Ärztlichen Direktion des Donaospitals.

Es ist Wasser auf die Mühlen der Kritiker jener Arbeitszeitreform, die von Stadt und Ärztenvertretern verhandelt wurde. Sie muss jedoch von den knapp 3200 KAV-Ärzten absegnen. Von Donnerstag bis Sonntag wird über das neue Modell abgestimmt.

Vielen Ärzten reicht es, sagt Gernot Rainer von der neuen Ärztegwerkschaft Asklepios: „Die meisten Kollegen werden sich vermutlich dagegen entscheiden.“ Vor allem der geplante Abbau von 382 Dienstposten (der KURIER berichtete) sorgt für Unmut. „Wien ist das einzige Bundesland, wo man offenbar glaubt, mit weniger Ärzten auszukommen“, sagt Rainer. Auch Ärztekammer-Präsident Thomas Szekeres ist nicht glücklich über das Paket – obwohl er es mitverhandelt hat. „Es ist nie einfach, eine gemeinsame Lösung zu finden. Wenn aber schlagartig fast 400 Stellen fehlen, geht das nicht.“ Die Ärztekammer ruft daher zum Protest gegen das neue Gesetz auf. Um 18 Uhr trifft man sich am Donnerstag hinter dem Rathaus.

Dort wundert man sich über die Vorgangsweise der Ärztekammer. „Wir haben gemeinsam mit Ärztekammer und Gewerkschaft ein gutes Verhandlungspaket geschnürt und ich gehe davon aus, dass es der Ärztekammer gelingen wird, dass ihre Abstimmung positiv ausgeht“,



Wehsely glaubt weiter an ein positives Abstimmungsergebnis

sagt Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely. „Die Stadt Wien wird sich jedenfalls in allen Punkten an die Vereinbarung halten.“

Ärger auch im AKH

Unter den AKH-Ärzten (diese werden vom Bund bezahlt) ist die Stimmung ebenfalls aufgeheizt – auch hier gibt es keine Einigung über die neue Arbeitszeit. „Ich habe kein Verständnis dafür, dass die Umsetzung gerade an den Unikliniken so lange dauert“, sagt Martin Andreas, Ärzte-Personalvertreter des AKH. Dazu kommt, dass die Unikliniken so lange dauern. „Bei 48 Stunden in der Woche bleiben bei 15 Stunden Forschung noch 33 Stunden für die Patienten. Wie soll das funktionieren?“, kritisiert FP-Stadtrat David Lasar. Die AKH-Ärzte werden daher an der Demonstration der KAV-Ärzte teilnehmen.

Auswanderer

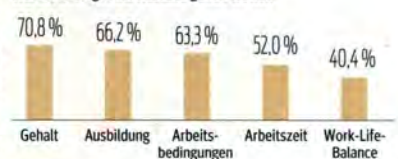
Auch die angehenden Ärzte sehen wenig Perspektiven, wie eine Studie der Hochschülerschaft (ÖH) der Uni verdeutlicht. Mehr als die Hälfte der 1000 Medizinstudios will für die Facharzt-Ausbildung ins Ausland gehen. „Schließst man seine Facharzt-Ausbildung zum Beispiel in Bern ab, wird einem sofort ein Arbeitsvertrag vorgelegt. Davon sind wir in Österreich weit entfernt. Hier ist nicht einmal sicher, wie die Ausbildung künftig aussehen wird“, sagt Frederic Tömböl (ÖH).

UMFRAGE UNTER MEDIZINSTUDENTEN

Studierende wollen nach ihrem Abschluss ins Ausland gehen



Warum Befragte ins Ausland gehen wollen



KURIER Grafik: Tichy

Quelle: ÖH-MED Wien (1149 Befragte)

Ärzte fliehen ins Ausland

Systemversagen. Umfrage der ÖH zeigt Brisanz der Verhandlungen über Medizinergehälter

„Marktkonform“ heißt das derzeit wohl beliebteste Schlagwort von der Vertreter der Klinikärzte im Gehaltspoker. Mit dem Inkrafttreten des neuen Arbeitszeitgesetzes am 1. Jänner diesen Jahres ist in Österreich eine sich schnell drehende Gehaltsspirale in Gang gesetzt worden. Bundesländer, die sich mit ihren Medizinerinnen auf ein erhöhtes Grundgehalt einigen konnten, haben jene unter Druck gesetzt, die im Vergleich weniger bezahlen. Und mantraartig mahnen die Ärztevertreter, das letztlich „marktkonforme“ Gehälter geboten werden müssen, um Mediziner zu halten.

Aber dass nicht nur die Länder untereinander konkurrieren, sondern auch die Bezahlung im Ausland als Maßstab gelten wird müssen, zeigt eine Studie der Österreichischen Hochschüler-schaft (ÖH). Mehr als die Hälfte der Medizinstudenten (57,4 Prozent) will den am Mittwoch präsentierten Zahlen zufolge Österreich nach dem Abschluss den Rücken kehren. Der Abwanderungswille ist auch bei jenen groß, für die es hieß, ihre Heimat zu verlassen. Unter den österreichischen Studenten im letzten Studienabschnitt planen 52,9 Prozent den Gang ins Ausland. Hauptmotiv aller Befragten, die in heimischen Spitälern und Praxen keine Zukunft sehen, ist das Geld.

Leistungskürzung
Über das gibt es u.a. in Kärnten nach wie vor keine Einigung. Der Stillstand der Verhandlungen sorgt inzwischen nicht nur für Wartezeiten und OP-Verschiebungen sondern auch zu Schließungen der Ambulanzen: Ab 15. März wird jene im Krankenhaus Waiern bei Feldkirchen nicht mehr rund um die Uhr, 365 Tage im Jahr, geöffnet haben, sondern nur von Montag bis Freitag, jeweils von 8 bis 14 Uhr. Der Rektor der Diakonie, Hubert Stotter, begründet die Maßnahme mit der „geänderten Dienstzeiteinrichtung und dem Arztman-



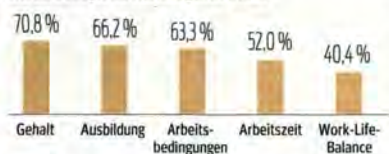
Angehende Ärzte wollen nach dem Studium mehrheitlich Österreich verlassen. Dort locken bessere Gehälter – Hauptmotiv für den Weggang

UMFRAGE UNTER MEDIZINSTUDENTEN

Studierende wollen nach ihrem Abschluss ins Ausland gehen



Warum Befragte ins Ausland gehen wollen



KURIER/ÖH Grafik: Tichy

Quelle: ÖH-MED Wien (1149 Befragte)

gel.“ Er würde alle Ressourcen benötigen, um den stationären Bereich abzudecken.

Die Arbeitszeitreduktion für Spitalsärzte führt auch in Wien immer öfter zu Engpässen in der Versorgung. Ob eine von Stadt und Ärztevertretern verhandelte Arbeitszeitreform von den 3200 KAV-Ärzten angenommen wird, ist mehr als fraglich. „Die meisten

Kollegen werden sich vermutlich dagegen entscheiden“, sagt Gernot Rainer von der Ärztegewerkschaft Asklepios über das heute startende Votum. Vor allem der geplante Abbau von 382 Dienstposten (der KURIER berichtete) sorgt für Unmut. „Wien ist das einzige Bundesland, wo man offenbar glaubt, mit weniger Ärzten auszukommen“, sagt Rainer.

Tirols Spitalsmitarbeiter wollen protestieren

Unterschriften. Höhere Gehälter gefordert

An Tirols Bezirksspitälern wird noch nach einer Lösung im Ärztegehaltsstreit gerungen. Sie dürfte sich aber an der Einigung mit den Mediziner der Landeskrankenhäuser orientieren. Die hatten, wie berichtet, am vergangenen Freitag einem Paket des Landes in Höhe von 11,2 Millionen Euro für das laufende Jahr zugestimmt. Bis Ende 2015 soll dann ein endgültiges Gehaltsschema verhandelt werden. Der Kompromiss ist noch gar nicht recht in trockenen Tüchern, da tut sich bereits die nächste Front auf. Und die betrifft Landesweite Bezirksärzte.

Unter den 12.000 nicht-ärztlichen Mitarbeitern dieser Häuser sammeln deren Betriebsräte gemeinsam mit der Arbeiterkammer (AK) Tirol und Gewerkschaft seit Mittwoch Unterschriften. So soll Druck auf Tirols Gesundheitslandesrat Bernhard Tilg

(ÖVP) aufgebaut werden. Gefordert sind „bessere Arbeitsbedingungen und eine höhere Entlohnung – analog jener in Vorarlberg.“ Auch Niederösterreich wird in dem Protestbrief als Vergleich herangezogen. Die Ärzte hätten es vorgemacht, dass solche Forderungen Erfolg haben können, hieß es in einer Erklärung. „Wir dürfen nicht vergessen, dass alle Beschäftigten enormen Belastungen ausgesetzt sind und deshalb alle Ansprüche auf eine gerechte Entlohnung haben“, begründete AK-Tirol-Präsident Erwin Zangerl die Aktion.

Grundsätzlich seien die Mitarbeiter der Tiroler Krankenhäuser nicht gerade berühmt dafür, für Lohnverhandlungen oder andere Anliegen öffentlichen Druck aufzubauen, hieß es in einer Aussendung der Interessensvertreter. Jetzt aber scheine die Zeit reif zu sein.

RUSSLAND

Salzburger wird nach Mord in Moskau obduziert

Ermittlungen. Nach dem Mord an einem 33-Jährigen Salzburger am Sonntag in der russischen Hauptstadt Moskau laufen die Ermittlungen auf Hochtouren. Laut Martin Weiss, Sprecher des Außenamts, wurde eine Obduktion angeordnet. Denn obwohl ein Taxilenker die Tat bereits gestanden hat, sei der Hergang noch nicht restlos geklärt. „Es gibt verschiedene Versionen, wie es zu der gewaltsamen Auseinandersetzung gekommen ist. Näheres wird man erst Ende der Woche wissen“, sagt er.

Russische Zeitungen berichten, dass eine Polizeistreife am frühen Sonntagmorgen einen Streit in einem parkenden Taxi bemerkt habe. Als sich die Beamten näherten, stieg der Lenker aus und flüchtete. Im Auto fanden sie das blutüberströmte Opfer. Richard G. starb kurz darauf im Spital.

Der Taxilenker wurde festgenommen und behauptete gegenüber der Polizei, er habe aus Notwehr gehandelt. Sein Fahrgast habe sich geweigert, den Fuhrlohn von 14 Euro zu bezahlen und habe ihn mit Fäusten attackiert. Daraufhin habe er das Messer gezückt. Das Opfer, Richard G., erlitt Stichwunden an Brust und Oberschenkel.

Trauer in Hollersbach

Richard G. arbeitet seit einigen Jahren als Servicetechniker in der Moskau Niederlassung einer Verpackungsfirma in Saalfelden im Salzburger Pinzgau. Mitte März hätte er in seine Heimatgemeinde Hollersbach zurückkehren sollen. Dort hatte er erst im Vorjahr ein Haus gebaut und war aktives Mitglied der Feuerwehr. „Er war beruflich immer viel unterwegs, hat aber vorgehabt, sich nach seiner Rückkehr dauerhaft hier anzusiedeln und eine Familie zu gründen“, sagt Bürgermeister Günter Steiner.

Wann die Leiche des 33-Jährigen überstellt werden und das Begräbnis stattfinden kann, ist noch unklar.

– R. LINDORFER

VORARLBERG

„Postkartenräuber“ narrt Polizei mit zehntem Coup

Serientäter. Ein Banküberfall in Lochau bei Bregenz geht auf die Kappe eines Mannes, der seit 2008 gesucht wird

Der Mann agiert laut Kriminalisten ungeschickt, hinterlässt Spuren und wird trotzdem nicht gefasst: Die Vorarlberger Polizei geht davon aus, dass ein Überfall in Lochau bei Bregenz am Dienstag bereits der zehnte Coup des „Postkartenräubers“ war.

Der ist seit 2008 aktiv und hat sich seinen Namen durch die Verhöhnung der Ermittler verdient, in dem er sich zwei Mal per Postkarte bei ihnen meldete und meinte: „Komme wieder.“ Der Unbekannte dürfte sich mit den Überfällen auf Post- und Bankfilialen seinen Lebensunterhalt verdienen und bisher unbehelligt in Vorarlberg



Der Unbekannte ist seit 2008 aktiv und konnte trotz ungeschickter Vorgangsweise noch nicht gefasst werden

leben. Zu diesem Schluss waren im Vorjahr Profiler gekommen.

Unauffälliger Typ

Die gehen auch davon aus, dass es sich bei dem 44 bis 55 Jahre alten Unbekannten um einen eher unauffälligen Typen handelt, dem man kein Verbrechen zutrauen würde. Vom Täter gibt es unter ande-

rem DNA und Fingerabdrücke, aber keine polizeiliche Vorgeschichte, die dazu passt. Dass auch die Tat vom Dienstag auf die Kappe des „Postkartenräubers“ geht, steht für die Polizei außer Zweifel. Auf den Videoaufzeichnungen sei zu sehen, dass der Mann dieselbe Kleidung getragen hat wie bei seinem bis dato letzten Überfall

im vergangenen Dezember. Zur Höhe der Summe, die der Täter bisher erbeutete, gibt die Polizei keine Auskunft. Er war jedes Mal mit einem Messer oder einer Schusswaffe bewaffnet, verletzte aber nie jemanden.

Am Dienstag war das Phantom um 14.30 Uhr mit einer Kapuze verumumt in die Bankfiliale marschiert und

hatte von einer Angestellten mit vorgehaltener Schusswaffe Geld gefordert. Die Polizei hofft auch dieses Mal wieder auf Hinweise aus der Bevölkerung, die bislang allerdings nie auf die Spur des Mannes führten. Für die Mithilfe bei der Ergreifung des Serientäters ist ein Belohnung in Höhe von 3500 Euro ausgesetzt.

– CHRISTIAN WILLIM

STEIERMARK

Schützenhöfer dürfte im Herbst erneut antreten

Landtagswahl. Der steirische ÖVP-Chef und Landeshauptmann-Stellvertreter Hermann Schützenhöfer dürfte entschieden haben, bei der Landtagswahl im Herbst wieder anzutreten. Er werde dies Freitag oder Samstag mitteilen, berichtet die Donnerstag-Pressen unter Berufung auf „verlässliche und übereinstimmende Auskünfte aus der Landespartei“. Vom Schützenhöfer-Büro gab es – ebenso wie von der Landespartei – keine Bestätigung. Praktisch fix sein soll laut Presse auch der Wahltermin sein – nämlich der 27. September. Und das nicht nur für die Steiermark, sondern auch für Oberösterreich.

Der Zorn der Wiener Ärzte

Urabstimmung. Spitalsärzte dürften neuen Arbeitszeitmodell nicht zustimmen



AKH-Ärzte werden gemeinsam mit ihren KAV-Kollegen protestieren

VON B. SEISER, D. WAHL
UND E. NATMESSNIG

Die Arbeitszeitreduktion für Spitalsärzte führt in Wien immer öfter zu Engpässen in der Versorgung. Im Donauspital muss die HNO-Bettenstation vom 21. März bis 6. April geschlossen werden. „In diesen Wochen kann aufgrund des Fachärzte-Mangels kein 24-Stunden-fachärztlicher Dienst gewährleistet werden“, heißt es in einem Schreiben aus der Ärztlichen Direktion des Donauspitals.

Es ist Wasser auf die Mühlen der Kritiker jener Arbeitszeitreform, die von Stadt

und Ärztevertretern verhandelt wurde. Sie muss jedoch von den knapp 3200 KAV-Ärzten abgesegnet werden. Von Donnerstag bis Sonntag wird über das neue Modell abgestimmt.

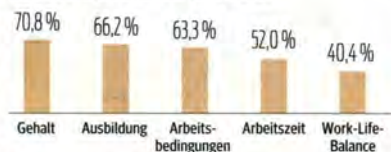
Vielen Ärzten reicht es, sagt Gernot Rainer von der neuen Ärztegwerkschaft Asklepios: „Die meisten Kollegen werden sich vermutlich dagegen entscheiden.“ Vor allem der geplante Abbau von 382 Dienstposten (der KURIER berichtete) sorgt für Unmut. „Wien ist das einzige Bundesland, wo man offenbar glaubt, mit weniger Ärzten auszukommen“, sagt Rainer. Auch Ärztekammer-Präsident

UMFRAGE UNTER MEDIZINSTUDENTEN

Studierende wollen nach ihrem Abschluss ins Ausland gehen



Warum Befragte ins Ausland gehen wollen



KURIER Grafik: Tichy

Quelle: ÖH-MED Wien (1149 Befragte)

Thomas Szekeres ist nicht glücklich über das Paket – obwohl er es mitverhandelt hat. „Es ist nie einfach, eine gemeinsame Lösung zu finden. Wenn aber schlagartig fast 400 Stellen fehlen, geht das nicht.“ Die Ärztekammer ruft daher zum Protest gegen das neue Gesetz auf. Um 18 Uhr trifft man sich am Donnerstag hinter dem Rathaus.

Dort wundert man sich über die Vorgangsweise der Ärztekammer. „Wir haben gemeinsam mit Ärztekam-



Wehsely glaubt weiter an ein positives Abstimmungsergebnis

mer und Gewerkschaft ein gutes Verhandlungspaket geschnürt und ich gehe davon aus, dass es der Ärztekammer gelingen wird, dass ihre Abstimmung positiv ausgeht“, sagt Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely. „Die Stadt Wien wird sich jedenfalls in allen Punkten an die Vereinbarung halten.“

Ärger auch im AKH

Unter den AKH-Ärzten (die-se werden vom Bund bezahlt) ist die Stimmung ebenfalls aufgeheizt – auch hier gibt es keine Einigung über die neue Arbeitszeit. „Ich habe kein Verständnis dafür, dass die Umsetzung gerade an den Unikliniken so lange dauert“, sagt Martin Andreas, Ärzte-Personalvertreter des AKH.

Dazu kommt, dass die Uni-Ärzte forschen sollen. „Bei 48 Stunden in der Woche bleiben bei 15 Stunden Forschung noch 33 Stunden für die Patienten. Wie soll das funktionieren?“, kritisiert FP-Stadtrat David Lasar. Die AKH-Ärzte werden daher an der Demonstration der KAV-Ärzte teilnehmen.

Auswanderer

Auch die angehenden Ärzte sehen wenig Perspektiven, wie eine aktuelle Studie der Hochschülerschaft (ÖH) der Med Uni Wien verdeutlicht. Mehr als die Hälfte der 1000 Medizinstudenten will für die Facharzt-Ausbildung ins Ausland gehen. Die Gründe sind vielfältig. „Schließt man seine Facharzt-Ausbildung zum Beispiel in Bern ab, wird einem sofort ein Arbeitsvertrag vorgelegt. Davon sind wir in Österreich weit entfernt. Hier ist nicht einmal sicher, wie die Ausbildung künftig aussehen wird“, sagt Frederic Tömböl (ÖH). Die ÖH wünscht sich, in Ausbildungsfragen vom Gesundheitsministerium einbezogen zu werden.

WIEN-OTAKRING

Nach tödlichem Kampf wartete Täter auf die Polizei

Leiche im Vorzimmer. Wega brach Wohnung auf

Der mutmaßliche Täter saß im dunklen Hinterzimmer seiner Wohnung in Wien-Ottakring und wartete auf die Polizei. Im Vorzimmer lag die blutüberströmte Leiche des 28-jährigen Opfers. Dieses Bild bot sich der Sondereinheit Wega Mittwochabend in der Seitenberggasse 62, nachdem die Beamten die Wohnungstüre aufgebrochen hatten.

Kurz nach 16 Uhr schlug eine aufgeregte Nachbarin bei der Polizei telefonisch Alarm: „In der Wohnung über mir muss ein Kampf toben. Es ist unheimlich laut.“

Als die Exekutive vor der Wohnungstüre stand, war es jedoch bereits wieder völlig ruhig. Auf Klopfzeichen und Klingeln reagierte niemand. Also brach die Wega die Türe auf. Sofort erkannten die Einsatzkräfte den reglosen Körper im schmalen Vorzimmer. Mit vorgehaltener Waffe wurde jedes Zimmer durchsucht. Ganz hinten in einem Kabi-

nett fanden die Uniformierten den Täter in einem Stuhl sitzend. Der 33-jährige Österreicher gestand die Tat sofort und ließ sich ohne Widerstand festnehmen. Polizeisprecher Patrick Maierhofer: „Er gab die Tötungsabsicht eindeutig zu. Und laut Tatortermittler muss es in der Wohnung einen längeren, intensiven Kampf gegeben haben. Die Spuren in der Wohnung sind eindeutig.“

Allerdings wurde keine Tatwaffe gefunden. Somit könnte es während des Kampfes auch zu einem Sturz mit Todesfolge gekommen sein. Die Ermittler (Tatortgruppe Schneider) gingen Mittwochabend vorerst davon aus, dass die Männer einander gekannt haben. Ein Motiv für die Bluttat war zu Redaktionsschluss noch nicht bekannt. Am späten Abend wurde die Leiche in die Gerichtsmedizin gebracht. Eine Obduktion soll die Todesursache klären. – MICHAEL BERGER



Tatort Seitenberggasse 62: Ermittler sprechen von einem Kampf in der Wohnung. Der Verhaftete gestand die Tötungsabsicht

der faire
Credit

WECHSELN
STATT WARTEN.

Jetzt exotische
Monatsrate sichern!
Aktionszeitraum vom
2.3. bis 8.5.2015.

Empfohlen durch:

VOLKSBANK

www.teambank.at/volksbanken

ORF WIE WIR

ORF HD

VON FRAU ZU FRAU

LUCY MC EVIL TRIFFT POWERFRAUEN

TÄGLICH, AB 5. MÄRZ

WIEN HEUTE, 19.00, ORF 2

W HEUTE

Quelle: Kurier.at

Adresse: <http://kurier.at/chronik/wien/urabstimmung-der-zorn-der-wiener-aerzte/117.598.264>

Datum: 05.03.2015, 12:38

Urabstimmung

Der Zorn der Wiener Ärzte

Die Spitalsärzte dürften dem neuen Arbeitszeitmodell nicht zustimmen.

Autor: Elias Natmessnig

Autor: Daniela Wahl

Autor: Birgit Seiser



AKH-Ärzte werden gemeinsam mit ihren KAV-Kollegen protestieren. - Foto: KURIER/Franz Gruber

Die Arbeitszeitreduktion für Spitalsärzte führt in Wien immer öfter zu Engpässen in der Versorgung. Im Donauespital muss die HNO-Bettenstation vom 21. März bis 6. April geschlossen werden. "In diesen Wochen kann aufgrund des Fachärzte-Mangels kein 24-Stunden-fachärztlicher-Dienst gewährleistet werden", heißt es in einem Schreiben aus der Ärztlichen Direktion des Donauespitals.

Es ist Wasser auf die Mühlen der Kritiker jener Arbeitszeitreform, die von Stadt und Ärztevertretern verhandelt wurde. Sie muss jedoch von den knapp 3200 KAV-Ärzten abgesegnet werden. Von Donnerstag bis Sonntag wird über das neue Modell abgestimmt.

Vielen Ärzten reicht es, sagt Gernot Rainer von der neuen Ärztegewerkschaft Asklepios: "Die meisten Kollegen werden sich vermutlich dagegen entscheiden." Vor allem der geplante Abbau von 382 Dienstposten (der [KURIER berichtete](#)) sorgt für Unmut. "Wien ist das einzige Bundesland, wo man offenbar glaubt, mit weniger Ärzten auszukommen", sagt Rainer. Auch Ärztekammer-Präsident Thomas Szekeres ist nicht glücklich über das Paket – obwohl er es mitverhandelt hat. "Es ist nie einfach, eine gemeinsame Lösung zu finden. Wenn aber schlagartig fast 400 Stellen fehlen, geht das nicht." Die Ärztekammer ruft daher zum Protest gegen das neue Gesetz auf. Um 18 Uhr trifft man sich am Donnerstag hinter dem Rathaus. Dort wundert man sich über die Vorgangsweise der Ärztekammer. "Wir haben gemeinsam mit Ärztekammer und Gewerkschaft ein gutes Verhandlungspaket geschnürt und ich gehe davon aus, dass es der Ärztekammer gelingen wird, dass ihre Abstimmung positiv ausgeht", sagt Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely. "Die Stadt Wien wird sich jedenfalls in allen Punkten an die Vereinbarung halten."

Ärger auch im AKH

Unter den AKH-Ärzten (diese werden vom Bund bezahlt) ist die Stimmung ebenfalls aufgeheizt – auch hier gibt es keine Einigung über die neue Arbeitszeit. "Ich habe kein Verständnis dafür, dass die Umsetzung gerade an den Unikliniken so lange dauert", sagt Martin Andreas, Ärzte-Personalvertreter des AKH. Dazu kommt, dass die Uni-Ärzte forschen sollen. "Bei 48 Stunden in der Woche bleiben bei 15 Stunden Forschung noch 33 Stunden für die Patienten. Wie soll das funktionieren?", kritisiert FP-Stadtrat David Lasar. Die AKH-Ärzte werden daher an der Demonstration der KAV-Ärzte teilnehmen.

Auswanderer

Auch die angehenden Ärzte sehen wenig Perspektiven, wie eine aktuelle Studie der Hochschülerschaft (ÖH) der Med Uni Wien verdeutlicht. Mehr als die Hälfte der 1000 Medizinstudenten will für die Facharzt-Ausbildung ins Ausland gehen. Die Gründe sind vielfältig. "Schließt man seine Facharzt-Ausbildung zum Beispiel in Bern ab, wird einem sofort ein Arbeitsvertrag vorgelegt. Davon sind wir in Österreich weit entfernt. Hier ist nicht einmal sicher, wie die Ausbildung künftig aussehen wird", sagt Frederic Tömböl (ÖH). Die ÖH wünscht sich, in Ausbildungsfragen vom Gesundheitsministerium einbezogen zu werden.

GRAFIK

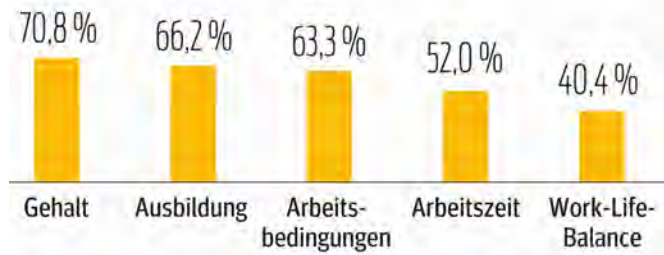
Umfrage unter Medizinstudenten

UMFRAGE UNTER MEDIZINSTUDENTEN

Studierende wollen nach ihrem Abschluss ins Ausland gehen



Warum Befragte ins Ausland gehen wollen



KURIER Grafik: Tichy

Quelle: ÖH-MED Wien (1149 Befragte)

(kurier) Erstellt am 05.03.2015, 06:00

Quelle: Kurier.at

Adresse: <http://kurier.at/chronik/wien/nach-negativ-votum-bei-urabstimmung-wiener-aerzte-drohen-mit-streik/118.501.568>

Datum: 09.03.2015, 19:41

Urabstimmung

Wiener Ärzte drohen mit Streik

87 Prozent lehnen neues Arbeitszeitmodell ab. Stadträtin Wehsely will vorerst nicht verhandeln.

Autor: Elias Natmessnig

Autor: Daniela Wahl

Was jetzt? Ärztekammerpräsident Szekeres will neu verhandeln, für Gesundheitsstadträtin Wehsely liegt der Ball nun bei Gewerkschaftsboss Meidlinger (v. links). - Foto: APA/HERBERT PFARRHOFFER

Die Ablehnung ist eindeutig: 87,44 Prozent der Wiener Spitalsärzte stimmten gegen das neue Arbeitszeitmodell im KAV. Seitdem ist in der Wiener Ärzteschaft Feuer am Dach.

Ärztekammerpräsident Thomas Szekeres hat das Arbeitszeitmodell zwar mit der Stadt verhandelt und unterschrieben. Nun erklärt er seine Unterschrift für ungültig. "Ich habe nie zugestimmt, Personal abzubauen, bevor die Rahmenbedingungen angepasst wurden", sagt Szekeres am Montag. Der Kammerchef selbst hatte sich erst in einer vorwöchigen Kundgebung von KAV-Medizinern Buhrufe anhören müssen. Einen Rücktritt schließt Szekeres dennoch aus: "Dafür sehe ich gar keinen Grund." Tatsächlich sind in der Vereinbarung mit der Stadt Rahmenbedingungen, wie die Reduktion der Leistung nach 22 Uhr, die Übernahme von Arbeiten durch Pflegepersonal oder der Ausbau des Ärztefunkdienstes angeführt.



Ärzte steigen gegen den geplanten Stellenabbau auf die Barrikaden - Foto: APA/HELMUT FOHRINGER

Auf die Palme brachte die Ärzte allerdings der geplante Abbau von 382 Ärzteposten. Der KAV habe noch "nicht einmal im Ansatz begonnen", die vereinbarten Strukturmaßnahmen durchzuführen, kritisiert Szekeres. Stattdessen sei nur überlegt worden, wo und wie man Personal einsparen könne. "Es ist peinlich, dass die Führung des KAV nicht weiß, wie viel Personal es in den Abteilungen gibt", poltert Szekeres und fordert Neuverhandlungen.

Abfuhr

Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely (SPÖ) erteilt dem umgehend eine Abfuhr. "Ich halte Neuverhandlungen für nicht sinnvoll", sagt Wehsely. An der Vorgehensweise von Szekeres lässt die Gesundheitsstadträtin kein gutes Haar: "Es widerspricht allen Erfahrungen in

der Sozialpartnerschaft, dass man sich nicht mehr auf Unterschriften verlassen kann." Sie sieht nun auch die Gewerkschaft am Zug, die allerdings erst am Donnerstag über weitere Maßnahmen berät.

Dass für Wehsely Nachverhandlungen partout nicht infrage kommen, hält Gernot Rainer, Chef der neuen Ärztegewerkschaft Asklepios, für einen realpolitischen Fehler. "Das ist ein Schlag ins Gesicht." Er will nun ebenfalls an den Verhandlungen teilnehmen und stellt eine neuerliche Protestveranstaltung in Aussicht. "Wenn diese ungehört bleibt – und das Risiko ist leider groß – dann wird es mit Sicherheit zu Streiks kommen", warnt Rainer.

Auch die Ärztekammer hat für Donnerstag eine außerordentliche Kuriensitzung einberufen. Dabei könnten weitere Protestmaßnahmen beschlossen werden, heißt es aus Kammer-Kreisen. Das Wort Streik wollte man dort aber (noch) nicht in den Mund nehmen.

"Wenn es die Stadtpolitik nicht schafft, das Vertrauen wiederherzustellen, dann werden viele Ärzte schneller gehen, als Stadträtin Wehsely Stellen abbauen kann", ortet auch Gesundheitsökonom Ernest Pichlbauer Ärger in der Ärzteschaft und schließt Streiks nicht aus. Die Konsequenz? Durch die höhere Personalfluktuations wird laut Pichlbauer das Know-how gesenkt, was zu einer schlechteren Versorgung der Patienten führe.

KOMMENTAR

Ohrfeige für das Verhandlungsteam

9 von 10 Ärzten stimmten gegen das neue Arbeitszeitmodell und lösten so ein Erdbeben im Wiener Spitalswesen aus. Jahrelang funktionierte die Partnerschaft zwischen der roten Gesundheitsstadträtin, dem roten Ärztekammerpräsidenten und der roten Gewerkschaft reibungslos. Nun haben alle drei verloren. Stadträtin Sonja Wehsely, weil sie nach langen Verhandlungen keine Einigung vorweisen kann.

Ärztekammerpräsident Thomas Szekeres weht trotz seiner Kehrtwende vom Arbeitszeitmodell (das er mitverhandelt hat) eisiger Gegenwind ins Gesicht. Und auch von Christian Meidlinger, Chef der Gemeindebediensteten-Gewerkschaft, fühlen sich die aufgebrachten Ärzte nicht vertreten. Alle drei müssen schleunigst an den Verhandlungstisch zurück. Sonst drohen Streiks, und das im Wahljahr.

(kurier) Erstellt am 09.03.2015, 19:41

Stichworte: Ärzte, KAV,

KURIER

Quelle: Kurier.at

Adresse: <http://kurier.at/chronik/wien/kav-abstimmung-streit-um-nachverhandlungen/117.973.850>

Datum: 09.03.2015, 15:41

Nach Votum

KAV-Abstimmung: Streit um Nachverhandlungen

87,44 Prozent stimmten gegen Einigung zwischen Stadt und Ärztevertretern. Ärztekammer-Präsident Szekeres fordert Nachverhandlungen, Stadt hält diese für "nicht sinnvoll".



Durch Strukturänderungen will der KAV bis 2018 auch 382 Ärzteposten einsparen. - Foto: AP

Die rund 3.200 Ärzte in den Spitälern des Wiener Krankenanstaltenverbundes (KAV) haben sich am Montag gegen die zwischen Stadt und Ärztevertretern getroffene Einigung in Sachen neues Arbeitszeitgesetz ausgesprochen. 87,44 Prozent stimmten bei einem von der Wiener Ärztekammer durchgeführten Votum gegen die neue Regelung.

Szekeres fordert Nachverhandlungen



Ärztchamberpräsident Thomas Szekeres - Foto: APA/HELMUT FOHRINGER

In einer kurzfristig anberaumten Pressekonferenz Montagmittag teilte Ärztekammer-Präsident Thomas Szekeres mit, dass er nicht an einen Rücktritt denkt. Er fordert Nachverhandlungen, solch ein eindeutiges Ergebnis dürfe nicht ignoriert werden. Die zuständige Stadträtin Sonja Wehsely (SPÖ) schloss Nachverhandlungen bereits aus (mehr dazu weiter unten). Szekeres hatte angekündigt, dass bei einem negativen Votum seine Unterschrift unter der Vereinbarung mit der Stadt nicht mehr gelte. Er habe zwar so unterschrieben, es dürfe jedoch nicht sein, dass Personal reduziert wird, bevor die Rahmenbedingungen geändert werden. Der KAV habe noch "nicht einmal im Ansatz begonnen", die vereinbarten Strukturmaßnahmen durchzuführen. Stattdessen sei nur überlegt worden, wo und wie man Dienstzeiten und Personal einsparen könne. "Damit wird die Vereinbarung konterkariert und gebrochen", so Szekeres. Es sei beschämend, dass die Führung des KAV nicht wisse, wieviel Personal es in den jeweiligen Abteilungen gebe und was dieses leiste. Angesichts der langen Wartelisten auf OPs und Betten am Gang könne nicht die Rede davon sein, dass es zuviele Ärzte in Wien gebe, sagt der Ärztekammer-Präsident weiter.

Wehsely: Nachverhandlungen ausgeschlossen

Die Wiener Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely (SPÖ) hat nach der Ablehnung bekräftigt, dass sie Nachverhandlungen nicht für sinnvoll hält. Wobei der Ansprechpartner diesbezüglich die Gewerkschaft sei, wie sie betonte. Wenn diese ebenfalls für neue Gespräche eintrete, "fangen wir von vorne an", warnte sie im Interview mit der APA.

An der Vorgehensweise von Ärztekammerpräsident Thomas Szekeres lässt die Gesundheitsstadträtin eher kein gutes Haar: "Es widerspricht allen Erfahrungen in der Sozialpartnerschaft, dass man sich nicht mehr auf Unterschriften verlassen kann und dass Kompromisse nicht gemeinsam vertreten werden." Kein Punkt der Vereinbarung sei unbekannt gewesen. Schon bei der Pressekonferenz anlässlich der Einigung habe sie darauf hingewiesen, dass man künftig mit weniger Ärzten auskommen werde.

Die Kurie der Ärztekammer hatte angekündigt, dem Ergebnis folgen zu wollen. In der Einigung wurde unter anderem eine Anhebung der Grundgehälter, die Umstrukturierung der Dienstzeiten sowie eine Reduktion der Nachtdienste festgehalten. Im Vorfeld der Urabstimmung, an der 74,71 Prozent der Ärzte online und anonymisiert teilnahmen, hatten vor allem die Pläne des KAV im Zuge der Strukturreform bis 2018 rund 380 Ärzteposten einsparen zu wollen, für Unmut in der Ärzteschaft gesorgt - [mehr dazu hier](#). Die Kurie hatte unter anderem deshalb keine Stimmempfehlung abgegeben, obwohl die

neue Regelung von Vertretern der Ärztekammer, darunter Präsident Szekeres, mitverhandelt worden war.

Folgen des Votums noch unklar

Noch seien die Konsequenzen der Ablehnung unklar, hieß es in einer Aussendung der Ärztekammer am Montag. Die Kurie werde noch diese Woche die weitere Vorgangsweise besprechen. Jedenfalls sei die Politik in der Stadt gut beraten, das Votum zur Kenntnis zu nehmen und nicht gegen die Interessen der Kollegenschaft zu entscheiden, so Ärztekammerpräsident Szekeres.

Die Kurie hatte vor der Abstimmung beschlossen, das Ergebnis ab einer Beteiligung von 50 Prozent als bindend zu betrachten. Nachdem 74,71 Prozent der Belegschaft abgestimmt hatten, sei diese Marke deutlich überschritten.

"Ängste, dass daraus Arbeitszeiten resultieren, die mit privaten Planungen nicht mehr vereinbar sind"

Die Gründe für den negativen Ausgang der Urabstimmung sieht die Kammer in den Ängsten der Belegschaft, "dass daraus Arbeitszeiten resultieren, die mit den privaten Planungen nicht mehr vereinbar sind". Zudem seien Sorgen geäußert worden, dass die geplanten Personalreduktionen ohne begleitende Strukturmaßnahmen erfolgen würden. Auch die neuen Dienstzeiten sowie die damit einhergehende Reduktion von Nachtdiensten um ein Drittel schon ab Juli erscheine vielen Kollegen zu früh.

Dabei sei allerdings auch die Kommunikation oft "nicht ideal" gelaufen, betonte Szekeres, dessen Unterschrift sich ebenfalls unter der Einigung findet. Nun gelte es gemeinsam nachzudenken, wie man bei Arbeitszeiten und den Rahmenbedingungen "das Vertrauen der Kollegenschaft erreicht".

"Stimmung innerhalb der Ärzteschaft sehr, sehr schlecht"



Gesundheitsökonom Ernest Pichlbauer - Foto: KURIER/Martin Gnedt

Gesundheitsökonom Ernest Pichlbauer hatte bereits mit einem negativen Ausgang der Abstimmung gerechnet. "Weil die Stimmung innerhalb der Ärzteschaft sehr, sehr schlecht ist", betonte er vor Bekanntwerden des Votums. Die Auswirkungen seien laut Pichlbauer

weitreichend. Er ortete eine mögliche Abwanderung der Wiener Ärzte in die Bundesländer oder ins Ausland. Das hätte wiederum eine enorme Arbeitsverdichtung für jene Mediziner zur Folge, die sich entschließen, in der Bundeshauptstadt zu bleiben - "da treten dann Spiralen in Kraft, die unbeherrschbar sind und man weiß irgendwann nicht mehr, wie man gegensteuert", so der Gesundheitsökonom.

KOMMENTAR

Ohrfeige für die Verhandler

Die Wiener Spitalsärzte haben dem Verhandlungsteam für das neue Arbeitszeitmodell einen Denkkzettel verpasst. Nur 12,56 Prozent konnten sich damit anfreunden, 87,44 Prozent stimmten dagegen. Es ist eine Zäsur im Wiener Spitalswesen. Jahrelang funktionierte die Partnerschaft zwischen der roten Gesundheitsstadträtin, dem roten Ärztekammerpräsidenten und der roten Gewerkschaft reibungslos. Alle Seiten haben nun verloren.

Die Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely, weil sie nach langen Verhandlungen keine Regelung mit den Ärzten vorweisen kann. Ärztekammerpräsident Thomas Szekeres hat zwar ein Papier verhandelt, sich nach dem Gegenwind aber vom Ergebnis distanziert. Doch seine Ärzte folgen ihm nicht mehr und werfen ihm in internen Mails Verrat vor. Und auch von Christian Meidlinger, Chef der Gemeindebediensteten-Gewerkschaft, fühlen sich die aufgebrachten Ärzte nicht vertreten. Alle drei müssen nun schleunigst das Vertrauen der Ärzte wiederherstellen, denn sonst haben sie ihr Mandat verwirkt.

Gestärkt hat das Ergebnis die neu gegründete Ärztegewerkschaft Asklepios. Sollte es nicht bald eine Einigung geben, steht der größte Verlierer aber schon jetzt fest: Der Patient.

(apa/kurier/dw) Erstellt am 09.03.2015, 06:00

Stichworte: Akh, Ärzte, KAV,



Jüngster Ortschef Österreichs
Markus Baier aus Zellerndorf
wird mit 24 Jahren Bürgermeister.

→ CHRONIK 17

Linzer in die Wüste verschleppt

Libyen. „Gesicherte Information“ für Kidnapping durch IS / Außenminister Kurz sagte geplante Paris-Reise ab

VON DOMINIK SCHREIBER,
DANIEL SCHEIBLBERGER
UND PATRICK WAMMERL

Nun ist es fix: Der 39-jährige Ex-UNO-Stabschef Dalibor S. befindet sich in den Händen einer Gruppierung des Islamischen Staates. Laut dem Leiter des Krisenstabes, Michael Linhart, liegen „gesicherte Informationen“ vor, wonach die Gruppe aus dem Linzer, zwei Männern aus Bangladesch, vier Philippinern, einem Tschechen und einem Ghanaer „mit mehreren Fahrzeugen von dem Ölfeld in Richtung Norden abtransportiert wurde“. Dabei sei seine unverletzt gewesen, wird betont. Dass dies mithilfe von Satellitenfotos festgestellt wurde, wollte man im Außenministerium nicht bestätigen: „Wir geben unsere Quellen nicht preis.“

Gezielt ausgewählt?

Wo sich der Oberösterreicher derzeit befindet, ist unklar. Vorerst blühen die Spekulationen. Die reichen von der nächstgrößeren Stadt Sirte bis hin zu „irgendwo in der Wüste“. Sicherheitsexperten schließen aber auch nicht aus, dass die Terroristen

Personal für erbeutete Ölfelder benötigen. Andere Sicherheitsexperten berichten, dass IS-Milizen seit Jänner gezielt auf der Suche nach westlichen Ausländern sind. Bei anderen Entführungen in der Sahara zogen die Kidnapper mit ihren Geiseln meist durch die Wüste. Faktum ist: Bisher gibt es im Fall des Österreichers weder Lebenszeichen noch Lösegeldforderung. Letztere könnte noch Wochen auf sich warten lassen. Bei vergleichbaren Fällen wurden diese mitunter erst nach einem Monat auf dschihadistischen Internetseiten veröffentlicht.

Geköpft

Am Montag ist ein Bild auf dschihadistischen Internetseiten aufgetaucht, das sieben Köpfe von getöteten Sicherheitsleuten des Al-Gharni-Ölfeldes zeigen soll.

Außenminister Sebastian Kurz sagte am Montag eine geplante Reise zu seinem Amtskollegen Laurent Fabius nach Frankreich ab, um näher beim Krisenstab zu sein. Derzeit verläuft die Korrespondenz mit Libyen vor allem über die tunesische Ferieninsel Djerba, auf der eine österreichische Vertretung für Libyen eingerichtet ist.

Dalibor S.'s Ex-Frau, die in Wien mit seinen beiden schulpflichtigen Kindern lebt, und sein Bruder, der momentan ausdrücklich keinen Medienkontakt haben will, wie er dem KURIER sagte, werden über die aktuellen Entwicklungen vom Außen-



Dalibor S. bei einem Einsatz für das Bundesheer auf dem Golan

amt auf dem Laufenden gehalten. Der Entführte bezeichnete sich in Internetforen selbst als „Elitesoldat mit langjähriger Wüstenerfahrung, der ständig 80 Mitarbeiter hat“. Er war in Ex-Jugoslawien und zuletzt im Jahr 2011 auf dem Golan in Syrien im Einsatz. Vor einigen Jahren hatte er einen Motorradunfall und schwebte danach wegen eines Schädel-Hirn-Traumas einige Zeit in Lebensgefahr. Auch diesmal geht es für ihn um Leben und Tod. Denn

seine Entführer werden für die Köpfung von 21 Kopten verantwortlich gemacht. Warum die österreichisch-maltesische Ölfirma Vaos, die auch die OMV oder BP beliefert, dennoch in dem riskanten Gebiet tätig war, ist unklar. Mögliches Motiv ist, dass diese Firma ausschließlich Geschäftsfelder in Libyen haben dürfte und das Al-Gharni-Ölfeld für rund zehn Prozent der gesamten Ölförderung des Landes verantwortlich ist. Dennoch waren offenbar



nur elf bewaffnete Sicherheitsleute für 63 Arbeiter im Einsatz. Laut lokalen Berichten ging den Verteidigern die Munition aus, weshalb die Angreifer des Islamischen Staates leichtes Spiel hatten. Vaos selbst sandte am Montag ein schriftliches Statement aus. Wichtige Fragen, etwa zu den Sicherheitsvorkehrungen und warum trotz der Gefahr noch Öl gefördert wurde, blieben unbeantwortet. Bei der Niederlassung in Linz waren nur An-

wälte zugegen, die auf Malta verwiesen.

Inzwischen beginnt in Libyen der Exodus bei Ölförmern. Dort sind vor allem Philippinos angestellt, die nun in großer Zahl ausreisen wollen. Rund 4000 sollen noch im Land sein. Unterdessen 57 Arbeitern, die dem Angriff auf das Al-Gharni-Ölfeld unverletzt entkommen sind, haben 36 die Heimreise angetreten. Libyen hat mittlerweile bereits elf Ölfelder in der Wüste stillgelegt.



Kurz sagte seine Paris-Reise ab, um auf dem Laufenden zu sein

KOLUMNE

Knecht

Überholen unmöglich

Auf dem Weg ins Funkhaus auf der Zweierlinie in einen Stau geraten: mit dem Fahrrad wohlgehemmt.

Die Autofahrerinnen werden das wieder einmal nicht gerne hören, aber: das hat keine Art, wie sich die Radfahrer auf dem ein Meter breiten Radstreifen, der sich um die Laternenpfähle schlängelt, fast dermaßen, während nebenan die Pkw auf sechs Spuren fahren. Das war schon schlecht, als es gebaut wurde, damals war überhaupt kein Radstreifen eingeplant: Dass es überhaupt ein Streifen gibt, hat der grüne Bezirksvorsteher Thomas Blümlinger ertrotzt. Aber jetzt, wo sich das Radfahrer-Aufkommen vervielfacht hat, reicht das Streifen längst nicht mehr. Ja, doch, es soll in der Stadt unbedingt Straßen geben, auf denen Autos schnell vorankommen. Aber nicht auf Kosten der RadlerInnen, die sich auf dem Streifen von der Josefstädter Straße bis hinunter zum Naschmarkt hintereinander aufhängen und bei Bremsmanövern mitunter aufeinander auffahren, weil überholen oder ausweichen unmöglich ist. Beim Naschmarkt, wo der Radstreifen im Nichts endet, müssen

sich Radfahrer, die Richtung Karlsplatz wollen, selbstmörderisch zwischen den Autokolonnen einfinden und werden dabei zuverläßig angepöbeln. Bleibt das so? Es ist nicht zu erwarten, dass der Radverkehrs-Anteil künftig sinken wird, sondern ganz im Gegenteil. Und nicht nur Auto-, auch RadfahrerInnen sollte es möglich sein, auf den zentralen Routen zügig durch die Stadt zu kommen. Die Zweierlinie gehört fahrradfreundlich umgebaut, dringend.

Und apropos Funkhaus. Hier wurde kürzlich von einer Petition zur Rettung des Funkhauses berichtet, viele LeserInnen wollten unterschreiben, fanden sie aber nicht im Netz. Verzeihung, das ist kein Wunder, denn tatsächlich sind es zwei. Die eine, rettet-das-funkhaus.at, steht bei momentan knapp 18.000 Unterschriften, die Avaaz-Petition „Erhaltung des Radiosenders Ö1“ finden Sie mit den Suchbegriffen „avaaz“ und „Ö1“. Sie hat im Moment 82.146 Unterzeichner und morgen vielleicht schon mehr.

doris.knecht@kurier.at
Facebook: Doris Knecht



DORIS KNECHT

KRANKENHÄUSER

87,44 Prozent gegen neues Modell: Die Wiener Ärzte drohen mit Streik

Arbeitszeiten. Eine deutliche Mehrheit der Wiener Spitalsärzte hat ein von Stadt, Gewerkschaft und Ärztekammer schon Ende Jänner fixiertes Dienstzeiten-Lösungspaket für die KAV-Mediziner abgelehnt. Und das eindeutig. Montag wurde das Ergebnis bekannt gegeben. 87,44 Prozent stimmten gegen das neue Arbeitszeitmodell im KAV. Seitdem ist in der Ärzteschaft Feuer am Dach.

Ärztekammerpräsident Thomas Szekeres hat das Arbeitszeitmodell zwar mit der Stadt verhandelt und unterschrieben. Nun erklärt er seine Unterschrift für ungültig. „Ich habe nie zugestimmt, Personal abzubauen, bevor die Rahmenbedingungen angepasst wurden“, sagt Szekeres. Auf die Palme brachte die Ärzte der geplante Abbau von 382 Arztposten. Der KAV habe noch „nicht einmal im Ansatz begonnen“, die vereinbarten Strukturmaßnahmen durchzuführen, kritisiert Szekeres. Stattdessen sei nur

überlegt worden, wo und wie man Personal einsparen könne. Szekeres fordert Neuverhandlungen.

Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely (SPÖ) erteilt dem umgehend eine Abfuhr. Dass für Wehselys Nachverhandlungen nicht infrage kommen, hält Gernot Rainer, Chef der neuen Ärztegwerkschaft Asklepios, für einen Fehler. „Das ist ein Schlag ins Gesicht.“ Er will nun ebenfalls an den Verhandlungen teilnehmen und stellt eine

neuerliche Protestveranstaltung in Aussicht. „Wenn diese ungehört bleibt – und das Risiko ist leider groß – dann wird es mit Sicherheit zu Streiks kommen“, warnt Rainer.

Auch die Ärztekammer hat für Donnerstag eine außerordentliche Kuriensitzung einberufen. Dabei könnten weitere Protestmaßnahmen beschlossen werden, heißt es aus Kammerkreisen. Das Wort Streik wollte man dort aber (noch) nicht in den Mund nehmen.





Massive Schäden durch Biber
Landwirte an der Leitha fordern
bessere Maßnahmen vom Land.

→ CHRONIK 16

Videokonferenz mit Helene Fischer

Prozess. Der Schlagerstar soll ihn „Krüppel“ genannt haben, sagt Heimo Eitel. Der Richter vertagte die Verhandlung



Pensionist Heimo Eitel fühlt sich von Schlagerstar Helene Fischer diskriminiert und klagte. Die Sängerin könnte möglicherweise beim nächsten Prozess in Mattersburg per Videokonferenz aussagen

VON CLAUDIA KOGLBAUER

„Atemlos“ lautet ein Songtitel von Schlagerstar Helene Fischer. Dieses Wort würde auch gut die Situation beschreiben, die am Montagvormittag vor dem Bezirksgericht Mattersburg herrschte. Zahlreiche Kamerteams und Medienvertreter waren erschienen, um den Zivilprozess zu verfolgen, den der burgenländische Pensionist Heimo Eitel gegen die Sängerin angestrengt hatte.

Eitel versuchte bereits vor Prozessbeginn seine Sicht zu schildern. Wie berichtet, hatte der 63-Jährige dem Schlagerstar Diskriminierung eines Behinderten vorgeworfen. „Ich habe keine

Hass gegen sie. Ich kritisiere nur ihr Benehmen“, erklärte Eitel.

Die Sängerin soll Eitel – er leidet an ALS (Amyotrophe Lateralsklerose, eine Erkrankung des Nervensystems, Anm.) – bei einem Konzert in Möribsch im Juli des Vorjahres beleidigt haben. Er habe sich dadurch als Behinderter diskriminiert gefühlt.

Schmerzensgeld

„Ich wollte sie bei dem Konzert nur kurz begrüßen. Aber sie hat böse geschaut und hat etwas von ‘Krüppel’ und ‘Pöbel’ gesagt“, behauptet Eitel. Sein gesundheitlicher Zustand habe sich seitdem massiv verschlechtert. Er fordert 9600 Euro Schmer-



Fischer-Anwalt Wanke: „Keine rechtliche Basis für die Klage“



Anwalt Philipp vertritt Pensionist Eitel vor Gericht

zensgeld und 2000 Euro Schadenersatz für die erlittene Diskriminierung.

Ein Vergleich kam nicht zustande. Eine Einladung zu einem Konzert von Frau Fischer in Wien Ende Juni und eine kurze Aussprache, wies Richter Helmut Müller als Vergleichsmöglichkeit vor, lehnte der Anwalt Fischers dezidiert ab.

Auf diese Lösungsmöglichkeit, die der Richter nannte, hatte zuvor auch der Kläger gehofft. Die Vorwürfe Eitels seien „frei erfunden“, argumentierte Anwalt Alexander Wanke. „Der Kläger versucht, Frau Fischer unter dem Motto ‘liebe mich, oder ich schlage dich’ unter Druck zu setzen. Diesem Druck kann sie unmöglich nachge-

ben.“ Außerdem liege gar keine rechtliche Basis für die Klage vor, argumentierte Wanke. Der Kläger habe sich während des besagten Konzerts auch gar nicht hinter der Bühne befinden können, wie er das schilderte. „Dieser Bereich war von Securitys hermetisch abgeriegelt worden.“

Zeugen beantragt

Der Anwalt Eitels, Klaus Philipp, hatte beim Prozess zwei ärztliche Atteste seines Mandanten vorgelegt, in denen von ALS bzw. Polymyopathie (PNP) die Rede war. Im Prinzip würde wohl beides eine Behinderung darstellen, so der Richter.

Der Kläger hat auch eine Befragung von Zeugen, dar-

unter Helene Fischer, beantragt.

Falls nötig solle die Beklagte mittels Videokonferenz aus Deutschland aussagen, erklärte der Richter, der die Verhandlung auf unbestimmte Zeit vertagte. Philipp rechnet damit, dass es in wenigen Wochen einen neuen Verhandlungstermin geben könnte.

Unterdessen wartet Eitel noch immer auf eine Entschuldigung der Schlagerstar: „Das wäre auch jetzt noch akzeptabel“, sagte nach dem Ende des Prozesses. Ums Geld gehe es ihm dabei nicht, betonte Eitel: „Falls ich den Prozess gewinnen würde, würde ich das Geld an einen Verein spenden.“

KOLUMNE

Knecht



DORIS KNECHT

Überholen und ausweichen unmöglich

Auf dem Weg ins Funkhaus auf der Zweierlinie in einen Stau geraten: mit dem Fahrrad wohlgekommen.

Die Autofahrerinnen werden das wieder einmal nicht gerne hören, aber: das hat keine Art, wie sich die Radfahrer auf dem ein Meter breiten Radstreifen, der sich um die Laternenpfähle schlängelt, fast dermaßen, während nebenan die Pkw auf sechs Spuren fahren. Das war schon schlecht, als es gebaut wurde, damals war überhaupt kein Radstreifen eingeplant: Dass es überhaupt ein Streifen gibt, hat der grüne Bezirksvorsteher Thomas Blimlinger ertrotzt. Aber jetzt, wo sich das Radfahrer-Aufkommen vervielfacht hat, reicht das Streifen längst nicht mehr. Ja, doch, es soll in der Stadt unbe-

dingt Straßen geben, auf denen Autos schnell vorankommen. Aber nicht auf Kosten der RadlerInnen, die sich auf dem Streifen von der Josefstädter Straße bis hinunter zum Naschmarkt hintereinander auffädeln und bei Bremsmanövern mitunter aufeinander aufpassen, weil überholen oder ausweichen unmöglich ist. Beim Naschmarkt, wo der Radstreifen im Nichts endet, müssen sich Radfahrer, die Richtung Karlsplatz wollen, selbstmörderisch zwischen den Auto- kolonnen einfädeln und werden dabei zuverläßig angepöbel.

Bleibt das so? Es ist nicht zu erwarten, dass der Radverkehrs-Anteil künftig sinken wird, sondern ganz im Gegenteil. Und nicht nur Auto-, auch Radfahrern sollte es möglich sein, auf

den zentralen Routen zügig durch die Stadt zu kommen. Die Zweierlinie gehört fahrradfreundlich umgebaut, dringend.

Und apropos Funkhaus. Hier wurde kürzlich von einer Petition zur Rettung des Funkhauses berichtet, viele LeserInnen wollten unterschreiben, fanden sie aber nicht im Netz. Verzeihung und: kein Wunder, denn tatsächlich sind es zwei. Die eine, rettet das Funkhaus.at, steht bei momentan knapp 18.000 Unterschriften, die Avaaz-Petition „Erhaltung des Radiosenders Ö1“ finden Sie mit den Suchbegriffen „avaaz“ und „Ö1“. Sie hat im Moment 82.146 Unterzeichner und morgen vielleicht schon mehr.

doris.knecht@kurier.at
Facebook: Doris Knecht

STREIKDROHUNG

87,44 Prozent der Ärzte gegen neues Modell

Wien. 87,44 Prozent der Wiener Spitalsärzte haben ein von Stadt, Gewerkschaft und Ärztekammer schon Ende Jänner fixiertes Dienstzeiten-Lösungspaket für die KAV-Mediziner abgelehnt. Jetzt ist Feuer am Dach.

Ärztekammerpräsident Thomas Szekeres hat das Arbeitszeitmodell zwar mit der Stadt verhandelt und unterschrieben. Nun erklärt er seine Unterschrift für ungültig. „Ich habe nie zugestimmt, Personal abzubauen, bevor die Rahmenbedingungen angepasst wurden“, sagt Szekeres. Auf die Palme brachte die Ärzte der geplante Abbau von 382 Arztposten. Szekeres fordert Neuverhandlungen.

Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely (SPÖ) erteilt dem umgehend eine Abfuhr. Dass für Wehselys Nachverhandlungen nicht infrage kommen, hält Gernot Rainer, Chef der neuen Ärztegewerkschaft Asklepios, für einen Fehler. „Das ist ein Schlag ins Gesicht.“ Er will nun ebenfalls an den Verhandlungen teilnehmen und stellt eine neuerliche Protestveranstaltung in Aussicht. „Wenn diese ungehört bleibt – und das Risiko ist leider groß – dann wird es mit Sicherheit zu Streiks kommen“, warnt Rainer.

Die Ärztekammer hat für Donnerstag eine außerordentliche Kuriensitzung einberufen.

KURIER

Quelle: Kurier.at

Adresse: <http://kurier.at/chronik/wien/arbeitszeitmodell-neu-maulkorberlass-fuer-rebellische-aerzte-kav/118.643.086>

Datum: 10.03.2015, 14:13

Arbeitszeitmodell neu

Maulkorberlass für rebellische Ärzte

KAV-Personalchefin droht im internen Mail mit dienstrechtlichen Konsequenzen.

Autor: Elias Natmessnig

Autor: Bernhard Ichner



Maulkorberlass für rebellische Ärzte - Foto: APA/HELMUT FOHRINGER

Der Streit um das neue Arbeitszeitmodell gipfelt in einem Maulkorberlass im [Krankenanstaltenverbund \(KAV\)](http://kurier.at/chronik/wien/arbeitszeitmodell-neu-maulkorberlass-fuer-rebellische-aerzte-kav/118.643.086). In einem internen Mail droht Personalchefin Renate Christ mit dienstrechtlichen Konsequenzen für rebellische Ärzte.

Grund: In letzter Zeit seien von dienstlichen PCs während der Dienstzeit private eMails

zum „Arbeitszeitmodell Neu“ versendet worden (siehe Faksimile). Noch dazu an einen großen Kreis von Lesern innerhalb und außerhalb des KAV. Das widerspreche einem Erlass der Magistratsdirektion zur Internetnutzung.

In letzter Zeit wurden vermehrt E-Mails

Ø mit privatem Inhalt bzw. E-Mails, in denen Privatmeinungen geäußert wurden, unter Anderem im Zusammenhang mit dem „Arbeitszeitmodell ÄrztInnen Neu“

Darin ist zwar festgehalten, dass die private Nutzung von eMails im geringen Umfang gestattet ist. Diese eMails dürfen allerdings „nicht dem Ruf oder dem Ansehen des Magistrats schaden oder diesen in Misskredit bringen“. Auch die dienstliche Signatur dürfe bei Privat-Mails nicht verwendet werden.

Ein Zuwiderhandeln gegen diesen Erlass der Magistratsdirektion kann und wird zu dienstrechtlichen Konsequenzen führen, die je nach Art, Schwere und Häufigkeit des Verstoßes im schlimmsten Fall sogar bis zur Auflösung des Dienstverhältnisses bzw. zu einem Disziplinarverfahren führen können.
Mit freundlichen Grüßen

Szekeres: Vorgehen ist "skurril"

Ärztchammer-Präsident Thomas Szekeres findet das Vorgehen der KAV-Generaldirektion jedenfalls „skurril“. Immerhin sei der große eMail-Verteiler, über den sämtliche KAV-Ärzte Wiens angeschrieben werden können und um den es im gegenständlichen Erlass geht, „seit Monaten für alle offen“. Zudem könne man sowohl intern, als auch extern über den Privat-PC darauf zugreifen. „Da schaut man monatelang zu - und sobald sich unangenehme Kommentare häufen, spricht man auf einmal von einem Verstoß.“ Als Motiv für den Erlass vermutet Szekeres, „dass sich kritische Bemerkungen über den Generaldirektor in letzter Zeit gehäuft haben“. Die Entrüstung seiner Kollegen im KAV kann er gut verstehen. Die Ärztekammer werde als unmittelbare Reaktion einen eigenen Ärzte-Chat einrichten, „um den Kommunikationsaustausch unabhängig vom Dienstgeber zu gewährleisten“.

"Einschüchternde Wirkung"

Massive Kritik kommt auch von Gernot Rainer, Gründer der neuen Ärzte-Gewerkschaft Asklepios (die im Rathaus lapidar als Verein bezeichnet wird). Er sieht „eine Überreaktion der Generaldirektion“. Zumal der Inhalt aller Mails immer transparent für den Dienstgeber gewesen sei. Der Erlass habe „einschüchternde Wirkung“, bestätigt er. Die Verwendung des besagten Mail-Verteilers sei deutlich zurückgegangen – weshalb man nun auch seitens der Gewerkschaft überlege, einen alternativen Kommunikationskanal einzurichten. Zudem sei die Verteilung des umstrittenen Erlasses „unseriös erfolgt“. „Den haben nämlich nicht einmal alle KAV-Mitarbeiter zugestellt bekommen.“

(KURIER) Erstellt am 10.03.2015, 13:59

Stichworte: Ärzte, Wien, KAV,

SPIELECKE

KREUZWORTRÄTSEL & SUDOKUS
MEHR AUF KURIER.at/raetselsspass

[illegible]

BABY BLUES



leicht
Nr.2856a

Erklärung:
Füllen Sie die leeren Felder so aus, dass jede Reihe, jede Spalte und jedes 3x3-Quadrat die Zahlen 1 bis 9 beinhalten.
Viel Vergnügen!

Lösung Nr. 2856a

4	6	7	1	6	2	5	9	3	4
5	3	4	2	8	3	6	7	1	5
2	8	3	4	9	6	7	1	5	2
9	4	5	3	1	7	8	6	2	7
1	6	4	7	5	3	2	8	9	6
3	5	9	8	6	2	4	7	1	5
6	2	9	4	1	3	5	6	7	8
7	8	3	8	5	2	4	1	9	7
8	6	3	6	3	8	5	2	4	1
3	4	9	1	6	7	8	5	2	4
8	5	2	1	3	9	6	4	8	7

schwierig
Nr. 2856b

Erklärung Kikagaku Nanpure:
Füllen Sie die leeren Felder so aus, dass jede Reihe, jede Spalte und jeder umrandete 9er-Bereich die Zahlen 1 bis 9 beinhalten.
Viel Vergnügen!

Lösung Nr.2856b

8	7	6	1	9	5	2	4	3	8
5	3	4	9	7	6	1	8	2	5
9	6	8	2	5	3	4	7	1	9
1	8	2	3	4	9	7	6	5	1
6	4	9	7	3	1	5	2	8	6
7	5	4	8	2	6	3	9	7	1
2	9	1	8	2	7	3	5	6	4
4	5	3	6	1	4	8	9	7	2
7	2	5	3	6	1	8	9	1	4
5	7	2	1	4	8	9	1	7	3

Schäfer von Bezirkschefin biss schon wieder zu

VON PATRICK WAMMERL

Niederösterreich
Hündin verletzte
einen Vierbeiner.
Neunkirchens
Bezirkshauptfrau
ist betroffen.



Die Havane-
ser-Hündin
„Daisy“
wurde im
vergangenen
Jahr nach
dem Vorfall
eingeschläfert

Die Behörde bringt für gewöhnlich verantwortungslose Hundebesitzer mit Strafen zur Besinnung. Wenn dann ausgerechnet der Schäferhund der obersten Bezirkschefin bereits zum zweiten Mal ausbüxt und kleiner Hund schwer verletzt, dann sorgt das für Gesprächsstoff – besonders in einem 1400-Seelen-Dorf.

Im Zoo-Bereich (NO), der Heimat der Neunkirchner Bezirkshauptfrau, ist Alexandra Grabner-Fritz, als es vor wenigen Tagen erneut zu einem Zwischenfall mit ihrem Schäferhund gekommen. Die neunjährige Hündin „Nora“ konnte ausreißten und den wesentlich kleineren Hund eines Nachbarn überlutschen. Der Nachbar überließ die Hündin der Polizei, die sie in ein Tierheim brachte. Dort wurde sie von einer Mitarbeiterin, die ebenfalls als Alexandra Grabner-Fritz bekannt ist, adoptiert. Die Hündin wurde als „Daisy“ getauft. Die Mitarbeiterin, die die Hündin adoptierte, ist ebenfalls als Alexandra Grabner-Fritz bekannt. Die Hündin wurde als „Daisy“ getauft. Die Mitarbeiterin, die die Hündin adoptierte, ist ebenfalls als Alexandra Grabner-Fritz bekannt.

den Zwischenfall und die „Schmutzklubkampagne“ tief betroffen. „Wir sind Tierliebhaber. Deshalb ist das alles für uns sehr tragisch“, so die Bezirkshauptfrau. Offiziell gehöre Nora nicht ihr, sondern ihrem Mann. „In beiden Fällen war ich selbst bei dem Vorfall nicht dabei“, sagt Grabner-Pitz. Allerdings habe man nach der ersten Attacke sofort reagiert und den Zaun am Grundstück erneuert sowie ein spezielles Training mit Nora absolviert. Alles andere kläre man mit den Geschädigten auf privatem Wege.

Vorgeschichte

Erst im vergangenen April hatte Nora die kleinere Havaneser-Hündin „Daisy“ bei einer Bissattacke so schwer verletzt, dass diese eingeschläfert werden musste. In einem eMail bekrittelt ein anonymes Schreiber nun, dass die Behörde bei Vergehen mit Hunden hart durchgreife und für „die Chefin anscheinend andere Regeln“ gelten. Grabner-Fritz ist über

MUTTER RETTETE VIER KINDER VOR BRAND



Steiermark. Eine Frau, 30, konnte ihre vier Kinder im Alter von vier, acht, elf und zwölf Jahren in der Nacht zum Montag rechtzeitig aus ihrem brennendem Haus in St. Lorenzen am Wechsel bringen: Als die Feuerwehr anrückte, standen der erste Stock und das Dach bereits in Vollbrand. Die Familie kam bei Verwandten unter, der Sachschaden beträgt 200.000 Euro.

APA/SPITZE

KRANKENHÄUSER

87,44 Prozent gegen neues Modell: Die Wiener Ärzte drohen mit Streik

Arbeitszeiten. Eine deutliche Mehrheit der Wiener Spitalsärzte hat ein von Stadt, Gewerkschaft und Ärztekammer schon Ende Jänner fixiertes Dienstzeiten-Lösungspaket für die KAV-Medizin abgelehnt. Und das eindeutig. Montag wurde das Ergebnis bekannt gegeben: 87,44 Prozent stimmen gegen das neue Arbeitszeitmodell im KAV. Seitdem ist in der Ärzteschaft Feuer am Dach.

Ärztehammerpräsident
Thomas Szekeres hat das Arbeitszeitmodell zwar mit der Stadt verhandelt und unterschrieben. Nun erklärt er seine Unterschrift für ungültig. „Ich habe nie zugestimmt, Personal abzubauen, bevor

die Rahmenbedingungen angepasst wurden", sagt Szekeres. Auf die Palme brachte die Ärzte der geplante Abbau von 382 Arztposten. Der KAV habe noch „nicht einmal im Ansatz begonnen“, die vereinbarten Strukturmaßnahmen durchzuführen, kritisiert Szekeres. Stattdessen sei nur überlegt worden, wo und wie man Personal einsparen könne. Szekeres fordert Neuverhandlungen.

Gesundheitsstadträtin
Sonja Wehsely (SPÖ) erteilt dem umgehend eine Abfuhr. Dass für Wehsely Nachverhandlungen partout nicht infrage kommen, hält Gernot Rainer, Chef der neuen Ärztegewerkschaft Asklepios, für

einen realpolitischen Fehler. „Das ist ein Schlag ins Gesicht.“ Er will nun ebenfalls an den Verhandlungen teilnehmen und stellt eine neuerliche Protestveranstaltung in Aussicht. „Wenn diese ungehört bleibt – und das Risiko ist leider groß – dann wird es mit Sicherheit zu Streiks kommen“, warnt Rainer.

Auch die Ärztekammer hat für Donnerstag eine außerordentliche Kuriensitzung einberufen. Dabei könnten weitere Protestmaßnahmen beschlossen werden, heißt es aus Kammerkreisen.

Das Wort Streik wollte man dort aber (noch) nicht in den Mund nehmen.



Andrea Jonasson „Am Ziel“

Die große Schauspielerin spielt Bernhard in der Wiener Josefstadt – das Interview.

RAINER ECKHART

KULTUR 23



KURIER

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR ÖSTERREICH

WIEN
DIENSTAG
10. MÄRZ 2015
NR. 69 / 1,30 €
KURIER.at

MIT DER SONNE UM DIE ERDE



Pioniere. Bertrand Picard, der aus einer Familie von Abenteurern, Wissenschaftlern und Entdeckern stammt, will mit dem Piloten André Borschberg in sechs Monaten um die Welt fliegen – und das ohne fossile Energie. Das riesige Flugzeug ist mit Solarzellen bedeckt. **LEBENSART 22**

Arbeitszeit Wiener Spitalsärzte drohen jetzt mit Streik

Urabstimmung. 87 Prozent der Mediziner lehnen die bereits fixierte Einigung mit der Gemeinde ab

Nach dem Negativ-Votum der Ärzte für das neue Arbeitszeitmodell erklärt Ärztekammerpräsident Thomas Szekeles seine Zustimmung zur Vereinbarung für ungültig. Der KAV habe „nicht einmal begonnen“, die vereinbarten Strukturmaßnahmen durchzuführen. Stattdessen werde nur überlegt, wo man Perso-

nal einsparen könne. Er will neue Verhandlungen. Das fordert auch Gernot Rainer, Chef der Ärztegewerkschaft Asklepios: „Sonst wird es mit Sicherheit zu Streiks kommen.“ Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely (SP) hält Neuverhandlungen dagegen für „wenig sinnvoll“.

CHRONIK 15



Apple Watch kostet bis zu 18.000 Euro

Die Smartwatch kommt im Mai in den Handel. Je nach Modell kostet sie 399 bis 18.000 Euro **FUTUREZONE 19**

ONLINE

Chuck Norris hat keinen Geburtstag

Der Actionstar wurde zum unsterblichen Internetphänomen. Manche meinen, er wird 75.

KURIER.at/film

WETTER



Oft sonnig

Bei nur schwachem Wind ziehen ein paar Wolkenfelder durch. **WETTER 28**

STEUERREFORM

Für Familien bleibt kaum Geld übrig

Lohnsteuer. ÖVP hält Versprechen nur zum Teil

Um 1,2 Milliarden Euro wollen die Schwarzen Wirtschaft und Familien im Zuge der Steuerreform entlasten. Wie der KURIER aus Verhandler-Kreisen erfuhr, dürfte aber nicht einmal die Hälfte davon finanzierbar sein. ÖVP und SPÖ haben sich zwar darauf geeinigt, dass die Steuerreform eine Gesamt-Entlastung von rund fünf Milliarden Euro bringen wird. Der überwiegende Teil (4,3 bis 4,5 Mil-

liarden Euro) wird aber in die Senkung der Lohnsteuer-Tarifestufen fließen. Hinzu kommen rund 200 Millionen zur Entlastung von Niedrig-Verdienern durch geringere Sozialversicherungsbeiträge. Damit bleiben 300 bis maximal 500 Millionen übrig, um Unternehmer und Familien zu begünstigen. Der weitaus größere Teil davon ist für die Wirtschaft vorgesehen.

POLITIK 3

SCHLAGZEILEN

Heiße Sitzung nach heißem Derby

Am Montag tagte der Aufsichtsrat der Wiener, Austria-Trainer Baumgartner darf bleiben

SPORT 14

Ex-UNO-Soldat in die Wüste verschleppt

Der Linzer (39) wurde in Libyen von IS-Terroristen auf einen Lkw verladen und entführt

CHRONIK 17

Helene Fischer soll bei Prozess aussagen

Burgenländer klagt den Star wegen Diskriminierung. Richter denkt an eine Videokonferenz

CHRONIK 18

INHALT

International, Horoskop	8
Wirtschaft	9-11
Sport	12-14
Chronik, Spiele, Futurezone	15-19
Glücksspiele, Lebensart	20-22
Kultur, Kino, Freizeit	23-25
Medien, TV & Radio	26, 27

Redaktion: 1190 Wien, Leopoldsdorfer Platz 1, Tel. (01) 52 100/0, Fax-DW 2265
eMail: lesers@kurier.at
Abo-Service-Tel. 05 9030-600, Fax: -601
eMail: kundenservice@kurier.at
P.b.b. • 02203447415
KURIER Zeitungsverlag und Druckerei GmbH, 1190 Wien
Retouren an: Postfach 100, 1350 Wien
Preis: D, ITAL, SLO, SK € 2,-, FT 640,-, NN 16,-, KC 56,-



Hase, James Hase

GUITAR

Forscher (der Universität Mainz) haben das gefunden, was sie am liebsten finden – nämlich etwas heraus: Dass sich die Kaninchennamen ändern. Sagen Sie jetzt nicht, das sei unbedeutend!

Das Kaninchen, das gern mit dem Hasen verwechselt wird, ist ja ein politisch brisantes Tier, spätestens seit sich der Präsident des deutschen Rassekaninchenzüchterverbandes mit dem Papst anlegte, wegen dessen Rammel-Zitat. Jedenfalls: Eine Umfrage unter 1000 Kaninchen bzw. deren Besitzern ergab, dass Kaninchen immer öfter Menschenamen bekommen – und zwar am häufigsten Paul, Max und Lili. Die Grenze zwischen Mensch und Tier verschwimmt.

In Schweden, wo Trends meist ein paar Jahre vor uns stattfinden, ist es übrigens umgekehrt: Dort bekommen Menschenkinder jetzt immer öfter klassische Tiernamen.

Wenn wir dann einmal alle Hoppel heißen oder Kevin-Krümel, und unsere Kaninchen James oder Laura-Scheherazade – dann werden uns vielleicht auch lange Ohren wachsen. Der Mensch ist ja auch nur ein Hase. guido.tartarotti@kurier.at

SUPERFLY
BIRTHDAY CLUBNIGHT
FR. 20. MÄRZ
OTTAKRINGER BRAUEREI

083 Superfly
Your Soul Radio

CHAMPIONS LEAGUE

PULS 4 HD

HEUTE 20:10

sport.puls4.com
PULS 4 App

Wiener Ärzte drohen mit Streik

Urabstimmung. 87 Prozent lehnen neues Arbeitszeitmodell ab. Stadträtin Wehsely will vorerst nicht verhandeln



Was jetzt? Ärztekammerpräsident Szekeres will neu verhandeln, für Gesundheitsstadträtin Wehsely liegt der Ball nun bei Gewerkschaftsboss Meidlinger (v. links)

VON ELIAS NATMESSNIG
UND DANIELA WAHL

Die Ablehnung ist eindeutig: 87,44 Prozent der Wiener Spitalsärzte stimmten gegen das neue Arbeitszeitmodell im KAV. Seitdem ist in der Wiener Ärzteschaft Feuer am Dach.

Ärztekammerpräsident Thomas Szekeres hat das Arbeitszeitmodell zwar mit der Stadt verhandelt und unterschrieben. Nun erklärt er seine Unterschrift für ungültig. „Ich habe nie zugestimmt, Personal abzubauen, bevor die Rahmenbedingungen angepasst wurden“, sagt Szekeres am Montag. Der Kammerchef selbst hatte sich erst in einer vorwöchigen Kundge-

bung von KAV-Medizinern Buhrufe anhören müssen. Einen Rücktritt schließt Szekeres dennoch aus: „Dafür sehe ich gar keinen Grund.“ Tatsächlich sind in der Vereinbarung mit der Stadt Rahmenbedingungen, wie die Reduktion der Leistung nach 22 Uhr, die Übernahme von Arbeiten durch Pflegepersonal oder der Ausbau des Ärztekundendienstes angeführt.

Auf die Palme brachte die Ärzte allerdings der geplante Abbau von 382 Ärztestellen. Der KAV habe noch „nicht einmal im Ansatz begonnen“, die vereinbarten Strukturmaßnahmen durchzuführen, kritisiert Szekeres. Stattdessen sei nur überlegt worden, wo und wie man Personal ein-

sparen könne. „Es ist peinlich, dass die Führung des KAV nicht weiß, wie viel Personal es in den Abteilungen gibt“, poltert Szekeres und fordert Neuverhandlungen.

Abfuhr

Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely (SPÖ) erteilt dem umgehend eine Abfuhr. „Ich

halte Neuverhandlungen für nicht sinnvoll“, sagt Wehsely. An der Vorgehensweise von Szekeres lässt die Gesundheitsstadträtin kein gutes Haar: „Es widerspricht allen Erfahrungen in der Sozialpartnerschaft, dass man sich nicht mehr auf Unterschriften verlassen kann.“ Sie sieht nun auch die Gewerk-

schaft am Zug, die allerdings erst am Donnerstag über weitere Maßnahmen berät.

Dass für Wehsely Nachverhandlungen partout nicht infrage kommen, hält Gernot Rainer, Chef der neuen Ärztegewerkschaft Asklepios, für einen realpolitischen Fehler. „Das ist ein Schlag ins Gesicht.“ Er will nun ebenfalls an den Verhandlungen teilnehmen und stellt eine neuerliche Protestveranstaltung in Aussicht. „Wenn diese ungehört bleibt – und das Risiko ist leider groß – dann wird es mit Sicherheit zu Streiks kommen“, warnt Rainer.

Auch die Ärztekammer hat für Donnerstag eine außerordentliche Kuriensit-

zung einberufen. Dabei könnten weitere Protestmaßnahmen beschlossen werden, heißt es aus Kammerkreisen. Das Wort Streik wollte man dort aber (noch) nicht in den Mund nehmen.

„Wenn es die Stadtpolitik nicht schafft, das Vertrauen wiederherzustellen, dann werden viele Ärzte schneller gehen, als Stadträtin Wehsely Stellen abbauen kann“, ortet auch Gesundheitsökonom Ernest Pichlbauer Ärger in der Ärzteschaft und schließt Streiks nicht aus. Die Konsequenz? Durch die höhere Personalfuktuuation wird laut Pichlbauer das Know-how gesenkt, was zu einer schlechteren Versorgung der Patienten führe.



Ärzte steigen gegen den geplanten Stellenabbau auf die Barrikaden

KOLUMNE

Knecht



DORIS KNECHT

Überholen und ausweichen unmöglich

Auf dem Weg ins Funkhaus auf der Zweierlinie in einen Stau geraten: mit dem Fahrrad wohlgeredet.

Die Autofahrerinnen werden das wieder einmal nicht gerne hören, aber: das hat keine Art, wie sich die Radfahrer auf dem ein Meter breiten Radstreifen, der sich um die Laternenpfähle schlängelt, fast dermaßen, während nebenan die Pkw auf sechs Spuren fahren. Das war schon schlecht, als es gebaut wurde, damals war überhaupt kein Radstreifen eingeplant: Dass es überhaupt ein Streifen gibt, hat der grüne Bezirksvorsteher Thomas Blimlinger ertrotzt. Aber jetzt, wo sich das Radfahrer-Aufkommen vervielfacht hat, reicht das Streifen längst nicht mehr. Ja, doch, es soll in der Stadt unbe-

dingt Straßen geben, auf denen Autos schnell vorankommen. Aber nicht auf Kosten der RadlerInnen, die sich auf dem Streifen von der Josefstädter Straße bis hinunter zum Naschmarkt hintereinander auffädeln und bei Bremsmanövern mitunter aufeinander auffahren, weil überholen oder ausweichen unmöglich ist. Beim Naschmarkt, wo der Radstreifen im Nichts endet, müssen sich Radfahrer, die Richtung Karlsplatz wollen, selbstmörderisch zwischen den Auto-Kolonnen einfädeln und werden dabei zuverlässig angepöbel.

Bleibt das so? Es ist nicht zu erwarten, dass der Radverkehrs-Anteil künftig sinken wird, sondern ganz im Gegenteil. Und nicht nur Auto-, auch Radfahrer sollten es möglich sein, auf

den zentralen Routen zügig durch die Stadt zu kommen. Die Zweierlinie gehört fuhradfreundlich umgebaut, dringend.

Und apropos Funkhaus. Hier wurde kürzlich von einer Petition zur Rettung des Funkhauses berichtet, viele LeserInnen wollten unterschreiben, fanden sie aber nicht im Netz. Verzeihung und: kein Wunder, denn tatsächlich sind es zwei. Die eine, rettend-funkhaus.at, steht bei momentan knapp 18.000 Unterschriften, die Avaaz-Petition „Erhaltung des Radiosenders Ö1“ finden Sie mit den Suchbegriffen „avaaz“ und „Ö1“. Sie hat im Moment 82.146 Unterzeichner und morgen vielleicht schon mehr.

doris.knecht@kurier.at
Facebook: Doris Knecht



Opposition schießt sich auf Stadträtin Sonja Wehsely ein

Reaktionen. „Eine Gesundheitsstadträtin, die versucht, gegen 87 Prozent der betroffenen Ärzte Politik zu machen, wäre in ihrem Amt nicht mehr tragbar“, schlägt Beate Meinel-Reisinger, Landessprecherin von NEOS Wien, harte Töne an. Ihre Forderung: Wehsely müsse umgehend zurück an den Verhandlungstisch. Die Umsetzung des Arbeitszeitgesetzes in Wien sei von Anfang an mangelhaft gewesen, sagt Meinel-Reisinger. Wien brauche dringend eine Reform des Spitalwesens mit einer Konzentrierung der Standorte und einer Stärkung des niedergelassenen Bereichs.

Auch die Rathaus-Opposition regte am Montag Nachverhandlungen hinsichtlich

der Dienstzeitenregelung an. Das negative Ergebnis sei sehr ernst zu nehmen, die Gesundheitsstadträtin müsse wieder zurück an den Verhandlungstisch, drängte ÖVP-Landessprecher Manfred Juraczka. Er wies aber auch darauf hin, dass Szekeres in die Pflicht zu nehmen sei: „Denn schlussendlich ist er für Verhandlungsergebnisse mitverantwortlich.“

FPÖ-Nationalratsabgeordneter Andreas Karlsböck forderte ebenfalls die Gemeinde auf, „weitere Verhandlungen nicht zu blockieren“. Am Freitag wird sich der Wiener Gemeinderat in einer außerordentlichen Sitzung mit dem KAV beschäftigen. Die FPÖ hatte diese bereits vor wenigen Wochen verlangt.

Kommentar

ELIAS NATMESSNIG

Ohrfeige für das Verhandlungsteam

9 von 10 Ärzten stimmten gegen das neue Arbeitszeitmodell und lösten so ein Erdbeben im Wiener Spitalwesen aus. Jahrelang funktionierte die Partnerschaft zwischen der roten Gesundheitsstadträtin, dem roten Ärztekammerpräsidenten und der roten Gewerkschaft reibungslos. Nun haben alle drei verloren. Stadträtin Sonja Wehsely, weil sie nach langen Verhandlungen keine Einigung vorweisen kann. Ärztekammerpräsident Thomas Szekeres weht trotz seiner Kehrtwende vom Arbeitszeitmodell (das er mitverhandelt hat) eisiger Gegenwind ins Gesicht. Und auch von Christian Meidlinger, Chef der Gemeinbediensteten-Gewerkschaft, fühlen sich die aufgebracht Ärzte nicht vertreten. Alle drei müssen schleunigst an den Verhandlungstisch zurück. Sonst drohen Streiks, und das im Wahljahr.

elias.natmessnig@kurier.at



Andrea Jonasson „Am Ziel“

Die große Schauspielerin spielt Bernhard in der Wiener Josefstadt – das Interview.

RAINER ECKHARTER

KULTUR 23



KURIER

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR ÖSTERREICH

1. AUSGABE

DIENSTAG

10. MÄRZ 2015

NR. 69 / 1,30 €

KURIER.at

MIT DER SONNE UM DIE ERDE



Pioniere. Bertrand Piccard, der aus einer Familie von Abenteurern, Wissenschaftlern und Entdeckern stammt, will mit dem Piloten André Borschberg in sechs Monaten um die Welt fliegen – und das ohne fossile Energie. Das riesige Flugzeug ist mit Solarzellen bedeckt.

LEBENSART 22

Arbeitszeit Wiener Spitalsärzte drohen jetzt mit Streik

Urabstimmung. 87 Prozent der Mediziner lehnen die bereits fixierte Einigung mit der Gemeinde ab

Nach dem Negativ-Votum der Ärzte für das neue Arbeitszeitmodell erklärt Ärztekammerpräsident Thomas Szekeles seine Zustimmung zur Vereinbarung für ungültig. Der KAV habe „nicht einmal begonnen“, die vereinbarten Strukturmaßnahmen durchzuführen. Stattdessen werde nur überlegt, wo man Perso-

nal einsparen könne. Er will neue Verhandlungen. Das fordert auch Gernot Rainer, Chef der Ärzteschaft Asklepios: „Sonst wird es mit Sicherheit zu Streiks kommen.“ Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely (SP) hält Neuverhandlungen dagegen für „wenig sinnvoll“.

CHRONIK 15

HEUTE

WEARABLE



Apple zeigt neue Details zur Watch

Die Smartwatch von Apple wird im Frühjahr in den Handel kommen und soll 350 Euro kosten. FUTUREZONE 19

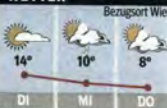
ONLINE

Chuck Norris hat keinen Geburtstag

Der Actionstar wurde zum unsterblichen Internetphänomen. Manche meinen, er wird 75.

KURIER.at/film

WETTER



Oft sonnig

Bei nur schwachem Wind ziehen ein paar Wolkenfelder durch.

WETTER 28

STEUERREFORM

Für Familien bleibt kaum Geld übrig

Lohnsteuer. ÖVP hält Versprechen nur zum Teil

Um 1,2 Milliarden Euro wollen die Schwarzen Wirtschaft und Familien im Zuge der Steuerreform entlasten. Wie der KURIER aus Verhandler-Kreisen erfuhr, dürfte aber nicht einmal die Hälfte davon finanzierbar sein. ÖVP und SPÖ haben sich zwar darauf geeinigt, dass die Steuerreform eine Gesamt-Entlastung von rund fünf Milliarden Euro bringen wird. Der überwiegende Teil (4,3 bis 4,5 Mil-

liarden Euro) wird aber in die Senkung der Lohnsteuer-Tarifrufen fließen. Hinzu kommen rund 200 Millionen zur Entlastung von Niedrig-Verdienern durch geringere Sozialversicherungsbeiträge. Damit bleiben 300 bis maximal 500 Millionen übrig, um Unternehmer und Familien zu begünstigen. Der weitaus größere Teil davon ist für die Wirtschaft vorgesehen.

POLITIK 3

SCHLAGZEILEN

Heiße Sitzung nach heißem Derby

Am Montag machte der Aufsichtsrat der Wiener Austria Trainer Baumgartner zum Thema

SPORT 12

Ex-UNO-Soldat in die Wüste verschleppt

Der Linzer (39) wurde in Libyen von IS-Terroristen auf einen Lkw verladen und entführt

CHRONIK 17

Helene Fischer soll bei Prozess aussagen

Burgenländer klagt den Star wegen Diskriminierung. Richter denkt an eine Videokonferenz

CHRONIK 18

INHALT

International, Horoskop	8
Wirtschaft	9–11
Sport	12–14
Chronik, Spiele, Futurezone	15–19
Glücksspiele, Lebensart	20–22
Kultur, Kino, Freizeit	23–25
Medien, TV & Radio	26, 27

Redaktion: 1190 Wien, Leopold-Universität, Tel. (01) 52 100/0, Fax-DW 2265

eMail: leser@kurier.at

Aboservice: Tel. 05 9030-600, Fax: -601

eMail: kundenservice@kurier.at

P.b.b. • 0220344777

KURIER Zeitungsverlag und Druckerei

GmbH, 1190 Wien

Retouren an: Postfach 100, 1350 Wien

Preise: D, ITAL, SLO, SK € 2,-

FT 640,-, KN 16,-, KC 56,-

9 024700 207201 11

Hase, James Hase

GUI TAR



Forscher (der Universität Mainz) haben das gefunden, was sie am liebsten finden – nämlich etwas heraus: Dass sich die Kaninchennamen ändern. Sagen Sie jetzt nicht, das sei unbedeutend!

Das Kaninchen, das gern mit dem Hasen verwechselt wird, ist ja ein politisch brisantes Tier, spätestens seit sich der Präsident des deutschen Rassekaninchenzüchterverbandes mit dem Papst anlegte, wegen dessen Rammel-Zitat. Jedenfalls: Eine Umfrage unter 1000 Kaninchen bzw. deren Besitzern ergab, dass Kaninchen immer öfter Menschennamen bekommen – und zwar am häufigsten Paul, Max und Lili. Die Grenze zwischen Mensch und Tier verschwimmt.

In Schweden, wo Trends meist ein paar Jahre vor uns stattfinden, ist es übrigens umgekehrt: Dort bekommen Menschenkinder jetzt immer öfter klassische Tiernamen.

Wenn wir dann einmal alle Hoppel heißen oder Kevin-Krümel, und unsere Kaninchen James oder Laura-Scheherazade – dann werden uns vielleicht auch lange Ohren wachsen. Der Mensch ist ja auch nur ein Hase. guido.tartarotti@kurier.at

SUPERFLY

BIRTHDAY CLUBNIGHT

FR. 20. MÄRZ

OTTAKRINGER BRAUEREI

98.3 Superfly.fm
Your Soul Radio



PULS 4 HD



HEUTE
20:10

sport.puls4.com
PULS 4 App

Obligatorisches Foto im Schanigarten

Seit etwa 1750 gibt es Schanigärten in Wien, seit vielen Jahren zudem den unvermeidlichen Fototermin zur Schanigarten-Saisonöffnung, zu dem Politik und Wirtschaft alle Jahre wieder im März laden. Statt des erkrankten Bürgermeisters posierte gestern Vizebürgermeisterin Brauner mit Wirtschaftskammer-Präsident Ruck (2. v. r.), Kaffeehäuser-Obmann Querfeld (ganz rechts) und Aida-Chef Prousek (l.) vor der Aida auf dem Stephansplatz für die Kameras. (APA)



Patienten flüchten in Privatmedizin

Medizin. Wegen langer Wartezeiten und Kapazitätsproblemen in Spitälern und Ordination weichen Patienten vermehrt in den Privatbereich aus. Wer es sich leisten kann, zahlt für die Behandlung.

VON KÖKSAL BALTACI

Wien. Eine Patientin will sich im Oktober vergangenen Jahres für einen Ambulanztermin im Orthopädischen Spital Speising in Wien anmelden. Angeboten wird ihr ein Termin im November 2015. „Die Patientin dachte, man hätte sich beim Schreiben in der Jahreszahl geirrt. Das war nicht der Fall“, sagt Franz Bittner, Patientenombudsmann der Wiener Ärztekammer. Seit einigen Monaten registriert er deutlich mehr Beschwerden dieser Art über Wartezeiten und Kapazitätsprobleme in Spitälern und Ordinationen – eine der Folgen der Reduktion von Ambulanzdiensten wegen der Gesundheitsreform und der neuen Dienstzeitenregelungen.

Ein weiterer Effekt: „Die Patienten scheinen immer mehr in den Privatbereich auszuweichen, wenn sie keine Termine bekommen“, sagt Bittner. „Was mich daran als ehemaliger Gebietskassenkassenobmann wirklich stört, ist, dass offenbar der kassenfreie Raum (Patienten zahlen trotz Versicherung für Leistungen, Anm.) mit stiller Zustimmung der Kassen weiter ausgedehnt wird.“

Wer es sich leisten könne, zahle eben. Eine Entwicklung, die auch Gernot Rainer, Initiator der neuen Ärztegwerkschaft Asklepios mit mittlerweile rund 900 Mitgliedern in Wien und 1600 in ganz Österreich, beobachtet. „Durch die Leistungsreduktion auch in Ambulanzen der Gemeindespitäler kommt es zu einer Aufstockung der Privatmedizin, denn der niedergelassene Bereich kann die Ausfälle in Krankenhäusern niemals tragen“, beklagt der Lungenspezialist.

„Ignoranz der Gewerkschaft“

Dass die Gewerkschaft der Gemeinbediensteten (GdG) dieses Phänomen mit dem ausgehandelten Vertrag mit dem Krankenanstaltenverbund (KAV) und der Stadt auch noch fördere, bezeichnet Rainer als „irre Ignoranz“. Was seiner Meinung nach auch der Grund dafür ist, dass immer mehr Mediziner der GdG den Rücken kehren und sich Asklepios anschließen.

Der KAV hingegen will von Leistungsreduktionen in seinen Ambulanzen nichts wissen. Das neue Arbeitszeitgesetz befinde sich ja erst in der Umsetzung und könne sich daher noch gar nicht auf

die Dienstzeiten in den Ambulanzen auswirken.

Die neue Gewerkschaft wurde Anfang des Jahres gegründet, sie fordert unter anderem die deutliche Erhöhung des Bruttogrundgehalts bei 40 Wochenstunden sowie eine angemessene Bezahlung der anfallenden Überstunden. Sowohl Ärztekammer-Präsident Thomas Szekeres als auch GdG-Vorsitzender Christian Meidlinger haben sich bereits kritisch über die neue Gewerkschaft geäußert – eine weitere Interessenvertretung für Ärzte sei nicht notwendig.

Mitverhandeln durfte Rainer an dem Vertrag, der am Montag von den KAV-Ärzten mit großer Mehrheit abgelehnt wurde, nicht. Der Gewerkschaft fehlt bisher die sogenannte Kollektivvertragsfähigkeit, die vom Bundeseinstellungsamt im Sozialministerium ausgestellt wird. Aber noch diese Woche werde man darum ansuchen, um bei etwaigen Nachverhandlungen mitreden zu können. „Denn sollte die aktuelle Einigung von der GdG und der Stadt gegen den Willen der Ärzte durchgepeitscht werden, wird es zwangsläufig zu weiteren Protestveranstaltungen mit Streikandro-

hungen kommen“, sagt Rainer. Dass Szekeres diese Einigung unterschrieben hat und davon mittlerweile nichts mehr wissen will, löst bei Rainer Kopfschütteln aus. „Offenbar war er sich der Tragweite dieses Vertrags nicht bewusst.“

Fehler in der Kommunikation sieht Gesundheitsministerin Sabine Oberhauser (SPÖ) nach der Ablehnung der Einigung. Es sei ein „gutes Paket“ abgeschlossen worden, sagte sie am Dienstag. Als „Patientin, Ministerin und Mensch“ appellierte sie nun an die Beteiligten, sich an den Tisch zu setzen und das Paket zu kommunizieren. Auch Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) zeigt „nicht wirklich Verständnis“ für die Ärzte. Für Nachverhandlungen sieht er „keinen Spielraum“.

Nur Notbetrieb im AKH

Die Ärzte des AKH, die nicht in die Zuständigkeit des KAV fallen, halten heute, Montag, eine Betriebsversammlung zu den neuen Arbeitszeitregeln ab. Von acht Uhr bis mindestens zwölf Uhr mittags ist daher nur ein Notbetrieb möglich. Auch Operationen können nicht durchgeführt werden.

Misshandlung? Vorwürfe gegen Wiener Polizei

Frau klagt nach Festnahme über Verletzungen.

Wien. Schwere Vorwürfe gegen die Wiener Polizei: Eine 47-jährige Frau gibt an, dass sie in der Silvesternacht in Wien ungerechtfertigt wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt festgenommen und dabei von Polizisten misshandelt wurde. Wie die Wochenzeitung „Falter“ berichtet, werden auch Vorwürfe gegen die Staatsanwaltschaft erhoben. So habe der zuständige Vertreter der Anklagebehörde in seinem Strafantrag gegen die Frau die Darstellung der Polizei übernommen, die den Vorfall als Widerstand sowie als schwere Körperverletzung an Beamten klassifizierte. Der Staatsanwalt habe jedoch weder einen Beamten befragt, obwohl die 47-jährige Anzeige erstattet hatte, noch ein Video als Beweismittel herangezogen.

Die Festnahme erfolgte an einer Tankstelle in der Innenstadt, die Geschehnisse wurden von der Überwachungskamera erfasst. Die Frau konnte die Aufnahmen aufreihen – die Behörden hatten sich nicht für sie interessiert. Der Rechtsanwalt der Frau habe laut „Falter“ beim Verwaltungsgerichtshof eine Beschwerde wegen unemenschlicher Behandlung eingebracht und werde eine Entschädigung einklagen. Der für Mitte März angesetzte Prozess gegen die 47-Jährige sei bis auf Weiteres vertagt worden. (APA)

Terrordrohung: Buchmesse abgesagt

St. Pölten: Anschlag in Drohbrief angekündigt.

St. Pölten. Eine Terrordrohung sorgte am Dienstag für die Absage des Kinder- und Jugendbuchfestivals (Kijubu) in St. Pölten. In einem handschriftlichen Brief, der am Montag an einer der teilnehmenden Schulen eingegangen war, wurde detailliert ein Anschlag mit Sprengstoff angekündigt, wie Polizeisprecher Thomas Heinrichsberger im Gespräch mit der „Presse“ erklärt. Der betreffende Bereich – das Festspielhaus, das Landesmuseum und die Landesbibliothek – wurden durchsucht, Sprengstoff wurde allerdings keiner gefunden.

Verfassungsschutz ermittelt

Das Niederösterreichische Landesamt für Verfassungsschutz hat die Ermittlungen aufgenommen. Die Polizeipräsenz im Kulturbezirk St. Pölten wurde erhöht. Über das Motiv der Drohung war zunächst nichts bekannt. Einen islamistischen Hintergrund schloss die Polizei jedenfalls aus. Das Kijubu hätte von Dienstag bis Sonntag stattfinden sollen. Nach Angaben der Veranstalter werden jedes Jahr bis zu 5000 Kinder erwartet, die an Lesungen, Workshops und Treffen mit Autoren teilnehmen können. (eko/APA)

Westenthaler: „Staatsanwälte kontrollieren“

Justizkritik. Nach seinem Freispruch von den Vorwürfen schwerer Betrug und Untreue greift der frühere BZÖ-Chef Peter Westenthaler nun die Anklagebehörden an: Diese sollten sich vor dem Parlament verantworten müssen.

Wien. Ex-FPÖ-/BZÖ-Politiker Peter Westenthaler übte nach seinem am Freitag verkündeten Freispruch scharfe Kritik an den Staatsanwaltschaften. Der 47-Jährige – er war abseits der Politik auch Vorstand der Fußballbundesliga – hatte schweren Betrug im Zusammenhang mit einer Million Euro Fördergeld für den Fußballnachwuchs sowie Untreue als Beteiligter hinsichtlich einer 300.000-Euro-Zahlung der Lotterien an die BZÖ-Agentur Orange zu verantworten gehabt.

Staatsanwälte sollten sich vor dem Parlament rechtfertigen müssen, forderte Westenthaler am

Dienstag in einer Aussendung. „Es kann nicht sein, dass willkürlich und ohne rechtliche Substanz einfach angeklagt, Rufschädigung und Existenzvernichtung betrieben wird, und sich dafür nach einem Freispruch kein Staatsanwalt rechtfertigen muss“, erinnert Westenthaler an Vorschläge, wonach sich Staatsanwälte nach rechtskräftigem Prozessende für ihre Entscheidungen im parlamentarischen Justizausschuss verantworten sollten.

Auch sei es an der Zeit, die Kostenfrage bei einem Freispruch neu zu regeln: „Wie kommt ein Freigesprochener dazu, auf dem Großteil der Kosten aus mehrjährigen Ver-

fahren, die ins Sechsstellige gehen, sitzen zu bleiben?“ Durch die für ihn zuständige Oberstaatsanwältin von der Korruptionsstaatsanwaltschaft fühlt sich Westenthaler „persönlich diffamiert und beleidigt“. Nach dem viereinhalb Jahre dauernden Verfahren sei es zu „völlig substanzlosen, willkürlichen Anklagen“ gekommen.

Urteil nicht rechtskräftig

Schon am Freitag nach Verkündung seines Freispruchs (dieser ging im Zweifel für den Angeklagten) hatte sich Westenthaler über die Ausführungen von Oberstaatsanwältin Barbara Schreiber em-

pört. Diese habe ihn „als Gauner und Betrüger hingestellt“.

Wichtiger Punkt angesichts derart harter Kritik: Das Urteil ist nicht rechtskräftig. Die Oberstaatsanwältin ist zwar erstinstanzlich mit ihrer Forderung nach einer „angemessenen Strafe“ abgeblitzt. Sie hat aber sofort angekündigt, Nichtigkeitsbeschwerden gegen das Urteil zu erheben. Bringt sie dieses Rechtsmittel tatsächlich ein, so ist der OGH am Wort. Und der könnte dann den Freispruch bestätigen, oder den Argumenten der Anklage folgen. In dem Fall ist mit einer Neuauflage des Westenthaler-Prozesses zu rechnen. (m. s.)

Obligatorisches Foto im Schanigarten

Seit etwa 1750 gibt es Schanigärten in Wien, seit vielen, vielen Jahren zudem den unvermeidlichen Fototermin zur Schanigarten-Saisoneroöffnung, zu dem Politik und Wirtschaft alle Jahre wieder im März laden. Statt des erkrankten Bürgermeisters posierte gestern Vizebürgermeisterin Brauner mit Wirtschaftskammer-Präsident Ruck (2. v. r.), Kaffeehäuser-Obmann Quersfeld (ganz rechts) und Aida-Chef Prousek (l.) vor der Aida auf dem Stephansplatz für die Kameras. [APA]



Patienten flüchten in Privatmedizin

Medizin. Wegen langer Wartezeiten und Kapazitätsproblemen in Spitälern und Ordination weichen Patienten vermehrt in den Privatbereich aus. Wer es sich leisten kann, zahlt für die Behandlung.

VON KÖKSAL BALTACI

Wien. Eine Patientin will sich im Oktober vergangenen Jahres für einen Ambulanztermin im Orthopädischen Spital Speising in Wien anmelden. Angeboten wird ihr ein Termin im November 2015. „Die Patientin dachte, man hätte sich beim Schreiben in der Jahreszahl geirrt. Das war nicht der Fall“, sagt Franz Bittner, Patientenombudsmann der Wiener Ärztekammer. Seit einigen Monaten registriert er deutlich mehr Beschwerden dieser Art über Wartezeiten und Kapazitätsprobleme in Spitälern und Ordinationen – eine der Folgen der Reduktion von Ambulanzdiensten wegen der Gesundheitsreform und der neuen Dienstzeitenregelungen.

Ein weiterer Effekt: „Die Patienten scheinen immer mehr in den Privatbereich auszuweichen, wenn sie keine Termine bekommen“, sagt Bittner. „Was mich daran als ehemaliger Gebietskrankenkassenobmann wirklich stört, ist, dass offenbar der kassenfreie Raum (Patienten zahlen trotz Versicherung für Leistungen, Anm.) mit stiller Zustimmung der Kassen weiter ausgedehnt wird.“

Wer es sich leisten könne, zahle eben. Eine Entwicklung, die auch Gernot Rainer, Initiator der neuen Ärztegewerkschaft Asklepios mit mittlerweile rund 900 Mitgliedern in Wien und 1600 in ganz Österreich, beobachtet. „Durch die Leistungsreduktion auch in Ambulanzen der Gemeindespitäler kommt es zu einer Aufstockung der Privatmedizin, denn der niedergelassene Bereich kann die Ausfälle in Krankenhäusern niemals tragen“, beklagt der Lungenfacharzt.

„Ignoranz der Gewerkschaft“

Dass die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG) dieses Phänomen mit dem ausgehandelten Vertrag mit dem Krankenanstaltenverbund (KAV) und der Stadt auch noch fördere, bezeichnet Rainer als „irre Ignoranz“. Was seiner Meinung nach auch der Grund dafür ist, dass immer mehr Mediziner der GdG den Rücken kehren und sich Asklepios anschließen.

Der KAV hingegen will von Leistungsreduktionen in seinen Ambulanzen nichts wissen. Das neue Ärztearbeitszeitgesetz befindet sich ja erst in der Umsetzung und könne sich daher noch gar nicht auf

die Dienstzeiten in den Ambulanzen auswirken.

Die neue Gewerkschaft – sie steht keiner Partei nahe – wurde Anfang des Jahres gegründet und soll nach dem Vorbild des Marburger Bundes, der Interessenvertretung aller angestellten Ärzte in Deutschland, aufgebaut werden. Auch die Forderungen sind bereits deklariert, darunter die deutliche Erhöhung des Bruttogrundgehalts bei 40 Wochenstunden sowie eine angemessene Bezahlung der anfallenden Überstunden. Sowohl Ärztekammer-Präsident Thomas Szekeres als auch GdG-Vorsitzender Christian Meidlinger haben sich bereits kritisch über die neue Gewerkschaft geäußert – eine weitere Interessenvertretung für Ärzte sei nicht notwendig.

Mitverhandeln durfte Rainer an dem Vertrag, der am Montag von den KAV-Ärzten mit großer Mehrheit abgelehnt wurde, nicht. Der Gewerkschaft fehlt bisher die sogenannte Kollektivvertragsfähigkeit, die vom Bundeseinigungsamt im Sozialministerium ausgestellt wird. Aber noch diese Woche werde man darum ansuchen, um bei etwaigen Nachverhandlungen mit-

reden zu können. „Denn sollte die aktuelle Einigung von der GdG und der Stadt gegen den Willen der Ärzte durchgepeitscht werden, wird es zwangsläufig zu weiteren Protestveranstaltungen mit Streikandrohungen kommen“, sagt Rainer. Dass Szekeres diese Einigung unterschrieben hat und davon mittlerweile nichts mehr wissen will, löst bei Rainer Kopfschütteln aus. „Offenbar war er sich der Tragweite dieses Vertrags nicht bewusst, sie dürfte ihm aber nach dem negativen Ausgang bei der Urabstimmung klar geworden sein.“

„Kein Spielraum für Gespräche“

Fehler in der Kommunikation sieht Gesundheitsministerin Sabine Oberhauser (SPÖ) nach der Ablehnung der Einigung. Es sei ein „gutes Paket“ abgeschlossen worden, sagte sie am Dienstag. Als „Patientin, Ministerin und Mensch“ appellierte sie nun an die Beteiligten, sich an den Tisch zu setzen und das Paket zu kommunizieren.

Auch Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) zeigt „nicht wirklich Verständnis“ für die Ärzte. Für Nachverhandlungen sieht er „keinen Spielraum“.

Westenthaler: „Staatsanwälte kontrollieren“

Justizkritik. Nach seinem Freispruch von den Vorwürfen schwerer Betrug und Untreue greift der frühere BZÖ-Chef Peter Westenthaler nun die Anklagebehörden an: Diese sollten sich vor dem Parlament verantworten müssen.

Wien. Ex-FPÖ-/BZÖ-Politiker Peter Westenthaler übte nach seinem am Freitag verkündeten Freispruch scharfe Kritik an den Staatsanwaltschaften. Der 47-Jährige – er war abseits der Politik auch Vorstand der Fußballbundesliga – hatte schweren Betrug im Zusammenhang mit einer Million Euro Fördergeld für den Fußballnachwuchs sowie Untreue als Beteiligter hinsichtlich einer 300.000-Euro-Zahlung der Lotterien an die BZÖ-Agentur Orange zu verantworten gehabt.

Staatsanwälte sollten sich vor dem Parlament rechtfertigen müssen, forderte Westenthaler am

Dienstag in einer Aussendung. „Es kann nicht sein, dass willkürlich und ohne rechtliche Substanz einfach angeklagt, Rufschädigung und Existenzvernichtung betrieben wird, und sich dafür nach einem Freispruch kein Staatsanwalt rechtfertigen muss“, erinnert Westenthaler an Vorschläge, wonach sich Staatsanwälte nach rechtskräftigem Prozessende für ihre Entscheidungen im parlamentarischen Justizausschuss verantworten sollten.

Auch sei es an der Zeit, die Kostenfrage bei einem Freispruch neu zu regeln: „Wie kommt ein Freigesprochener dazu, auf dem Großteil der Kosten aus mehrjährigen Ver-

fahren, die ins Sechsstellige gehen, sitzen zu bleiben?“ Durch die für ihn zuständige Oberstaatsanwältin von der Korruptionsstaatsanwaltschaft fühlt sich Westenthaler „persönlich diffamiert und beleidigt“. Nach dem viereinhalb Jahre dauernden Verfahren sei es zu „völlig substanzlosen, willkürlichen Anklagen“ gekommen.

Urteil nicht rechtskräftig

Schon am Freitag nach Verkündung seines Freispruchs (dieser erging im Zweifel für den Angeklagten) hatte sich Westenthaler über die Ausführungen von Oberstaatsanwältin Barbara Schreiber em-

pört. Diese habe ihn „als Gauner und Betrüger hingestellt“.

Wichtiger Punkt angesichts derart harter Kritik: Das Urteil ist nicht rechtskräftig. Die Oberstaatsanwältin ist zwar erstinstanzlich mit ihrer Forderung nach einer „angemessenen Strafe“ abgeblitzt. Sie hat aber sofort angekündigt, Nichtigkeitsbeschwerde gegen das Urteil zu erheben. Bringt sie dieses Rechtsmittel tatsächlich ein, so ist der OGH am Wort. Und der könnte dann den Freispruch bestätigen, oder den Argumenten der Anklage folgen. In dem Fall ist mit einer Neuaufnahme des Westenthaler-Prozesses zu rechnen. (m. s.)

Steiermark droht eine Masernwelle

Pflegerin steckte sich an, Experten fürchten Lawine.

Wien. „Wir rechnen fix mit weiteren Fällen“, sagt Ursula Schreiber von der Landessanitätsdirektion Steiermark. Denn die Lawine sei jetzt losgetreten. Die Rede ist von einer drohenden Ausbreitung der Masern in der Steiermark. Eine nicht geimpfte Schwesternschülerin steckte sich in Graz bei einem Kind an, ebenso ein Zivildienstler, wie am Dienstag bekannt wurde. Die Praktikantin soll danach mit mehr als 150 Menschen Kontakt gehabt haben, von denen wiederum Dutzende nicht geimpft sein sollen.

„Eine gemeinsame Busfahrt reicht, um sich ohne Schutz mit 99-prozentiger Wahrscheinlichkeit anzustecken“, sagt Schreiber. Sie kann nicht genau sagen, mit wie vielen Menschen und vor allem nicht geimpften Personen die Schülerin und der Zivildienstler in Kontakt waren.

Sie warnt, dass nun eine Masernwelle ausbrechen könnte, denn die Durchimpfungsrate liege in der Steiermark und Österreich bei unter 80 Prozent: „Das ist zu wenig für eine Herdenimmunität.“ Sie empfiehlt allen, die nicht geimpft sind, dies nun nachzuholen. Die Masern zählen zu den hochansteckenden Krankheiten. Wer nicht geimpft ist, kann sich bei einem Erkrankten schon eine Woche vor und etwa vier Tage nach dem Ausbruch anstecken. (APA)

Misshandlung? Vorwürfe gegen Wiener Polizei

Frau klagt nach Festnahme über Verletzungen.

Wien. Schwere Vorwürfe gegen die Wiener Polizei: Eine 47-jährige alte Frau gibt an, dass sie in der Silvesternacht in Wien ungerechtfertigt wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt festgenommen und dabei von Polizisten misshandelt wurde. Wie die Wochenzeitung „Falter“ berichtet, werden auch Vorwürfe gegen die Staatsanwaltschaft erhoben. So habe der zuständige Vertreter der Anklagebehörde in seinem Strafantrag gegen die Frau die Darstellung der Polizei übernommen, die den Vorfall als Widerstand sowie als schwere Körperverletzung an Beamten klassifizierte. Der Staatsanwalt habe jedoch weder einen Beamten befragt, obwohl die 47-jährige Anzeige erstattet hatte, noch ein Video als Beweismittel herangezogen.

Die Festnahme erfolgte auf dem Gelände einer Tankstelle in der Innenstadt, die Geschehnisse wurden von der Überwachungskamera erfasst. Die Frau konnte die Aufnahmen aufreiben – die Behörden hatten sich nicht für sie interessiert. Laut „Falter“ wurden bei ihr unter anderem ein Bruch des Steißbeins, Prellungen von Schädel und Knie sowie Blutergüsse festgestellt. (APA)

Obligatorisches Foto im Schanigarten

Seit etwa 1750 gibt es Schanigärten in Wien, seit vielen, vielen Jahren zudem den unvermeidlichen Fototermin zur Schanigarten-Saisonöffnung, zu dem Politik und Wirtschaft alle Jahre wieder im März laden. Statt des erkrankten Bürgermeisters posierte gestern Vizebürgermeisterin Brauner mit Wirtschaftskammer-Präsident Ruck (2. v. r.), Kaffeehäuser-Obmann Quersfeld (ganz rechts) und Aida-Chef Prousek (l.) vor der Aida auf dem Stephansplatz für die Kameras. (APF)



Patienten flüchten in Privatmedizin

Medizin. Wegen langer Wartezeiten und Kapazitätsproblemen in Spitälern und Ordination weichen Patienten vermehrt in den Privatbereich aus. Wer es sich leisten kann, zahlt für die Behandlung.

VON KÖKSAL BALTACI

Wien. Eine Patientin will sich im Oktober vergangenen Jahres für einen Ambulanztermin in der Orthopädischen Spital Speising in Wien anmelden. Angeblich wird ihr ein Termin im November 2015. „Die Patientin dachte, man hätte sich beim Schreiben in der Jahreszahl geirrt. Das war nicht der Fall“, sagt Franz Bittner, Patientenombudsmann der Wiener Ärztekammer. Seit einigen Monaten registriert er deutlich mehr Beschwerden dieser Art über Wartezeiten und Kapazitätsprobleme in Spitälern und Ordinationen – eine der Folgen der Reduktion von Ambulanzdiensten wegen der Gesundheitsreform und der neuen Dienstzeitenregelungen.

Ein weiterer Effekt: „Die Patienten scheinen immer mehr in den Privatbereich auszuweichen, wenn sie keine Termine bekommen“, sagt Bittner. „Was mich daran als ehemaliger Gebietskassenkassenobmann wirklich stört, ist, dass offenbar der kassenfreie Raum (Patienten zahlen trotz Versicherung für Leistungen, Anm.) mit stiller Zustimmung der Kassen weiter ausgedehnt wird.“

Wer es sich leisten könne, zahle eben. Eine Entwicklung, die auch Gernot Rainer, Initiator der neuen Ärztegewerkschaft Asklepios mit mittlerweile rund 900 Mitgliedern in Wien und 1600 in ganz Österreich, beobachtet. „Durch die Leistungsreduktion auch in Ambulanzen der Gemeindespitäler kommt es zu einer Aufstockung der Privatmedizin, denn der niedergelassene Bereich kann die Ausfälle in Krankenhäusern niemals tragen“, beklagt der Lungenfacharzt.

„Ignoranz der Gewerkschaft“

Dass die Gewerkschaft der Gemeinbediensteten (GdG) dieses Phänomen mit dem ausgehandelten Vertrag mit dem Krankenanstaltenverbund (KAV) und der Stadt auch noch fördere, bezeichnet Rainer als „irre Ignoranz“. Was seiner Meinung nach auch der Grund dafür ist, dass immer mehr Mediziner der GdG den Rücken kehren und sich Asklepios anschließen.

Der KAV hingegen will von Leistungsreduktionen in seinen Ambulanzen nichts wissen. Das neue Arbeitszeitgesetz befindet sich ja erst in der Umsetzung und könne sich daher noch gar nicht auf

die Dienstzeiten in den Ambulanzen auswirken.

Die neue Gewerkschaft – sie steht keiner Partei nahe – wurde Anfang des Jahres gegründet und soll nach dem Vorbild des Marburger Bundes, der Interessenvvertretung aller angestellten Ärzte in Deutschland, aufgebaut werden. Auch die Forderungen sind bereits erklärt, darunter die deutliche Erhöhung des Bruttogehalts bei 40 Wochenstunden sowie eine angemessene Bezahlung der anfallenden Überstunden. Sowohl Ärztekammer-Präsident Thomas Szekeres als auch GdG-Vorsitzender Christian Meidlinger haben sich bereits kritisch über die neue Gewerkschaft geäußert – eine weitere Interessenvvertretung für Ärzte sei nicht notwendig.

Mitverhandeln dürfte Rainer an dem Vertrag, der am Montag von den KAV-Ärzten mit großer Mehrheit abgelehnt wurde, nicht. Der Gewerkschaft fehlt bisher die sogenannte Kollektivvertragsfähigkeit, die vom Bundesministerium im Sozialministerium ausgestellt wird. Aber noch diese Woche werde man darum ansuchen, um bei etwaigen Nachverhandlungen mit-

reden zu können. „Denn sollte die aktuelle Einigung von der GdG und der Stadt gegen den Willen der Ärzte durchgepeitscht werden, wird es zwangsläufig zu weiteren Protestveranstaltungen mit Streikandrohungen kommen“, sagt Rainer. Dass Szekeres diese Einigung unterschrieben hat und davon mittlerweile nichts mehr wissen will, löst bei Rainer Kopfschütteln aus. „Offenbar war er sich der Tragweite dieses Vertrags nicht bewusst, sie dürfte ihm aber nach dem negativen Ausgang bei der Urabstimmung klar geworden sein.“

„Kein Spielraum für Gespräche“

Fehler in der Kommunikation sieht Gesundheitsministerin Sabine Oberhauser (SPÖ) nach der Ablehnung der Einigung. Es sei ein „gutes Paket“ abgeschlossen worden, sagte sie am Dienstag. Als „Patientin, Ministerin und Mensch“ appellierte sie nun an die Beteiligten, sich an den Tisch zu setzen und das Paket zu kommunizieren.

Auch Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) zeigt „nicht wirklich Verständnis“ für die Ärzte. Für Nachverhandlungen sieht er „keinen Spielraum“.

Steiermark droht eine Masernwelle

Pflegerin steckte sich an, Experten fürchten Lawine.

Wien. „Wir rechnen fix mit weiteren Fällen“, sagt Ursula Schreiber von der Landessanitätsdirektion Steiermark. Denn die Lawine ist jetzt losgetreten. Die Rede ist von einer drohenden Ausbreitung der Masern in der Steiermark. Eine nicht geimpfte Schwesternschülerin steckte sich in Graz bei einem Kind an, ebenso ein Zivildner, wie am Dienstag bekannt wurde. Die Praktikantin soll danach mit mehr als 150 Menschen Kontakt gehabt haben, von denen wiederum Dutzende nicht geimpft sein sollen.

„Eine gemeinsame Busfahrt reicht, um sich ohne Schutz mit 99-prozentiger Wahrscheinlichkeit anzustecken“, sagt Schreiber. Sie kann nicht genau sagen, mit wie vielen Menschen und vor allem nicht geimpften Personen die Schülerin und der Zivildner in Kontakt waren.

Sie warnt, dass nun eine Masernwelle ausbrechen könnte, denn die Durchimpfungsrate liege in der Steiermark und Österreich bei unter 80 Prozent: „Das ist zu wenig für eine Herdenimmunität.“ Sie empfiehlt allen, die nicht geimpft sind, dies nun nachzuholen. Die Masern zählen zu den hochansteckenden Krankheiten. Wer nicht geimpft ist, kann sich bei einem Erkrankten schon eine Woche vor und etwa vier Tage nach dem Ausschlag anstecken. (APA)

Misshandlung? Vorwürfe gegen Wiener Polizei

Frau klagt nach Festnahme über Verletzungen.

Wien. Schwere Vorwürfe gegen die Wiener Polizei: Eine 47-jährige Frau gibt an, dass sie in der Silvesternacht in Wien ungerichtet wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt festgenommen und dabei von Polizisten misshandelt wurde. Wie die Wochenzeitung „Falter“ berichtet, werden auch Vorwürfe gegen die Staatsanwaltschaft erhoben. So habe der zuständige Vertreter der Anklagebehörde in seinem Strafantrag gegen die Frau die Darstellung der Polizei übernommen, die den Vorfall als Widerstand sowie als schwere Körperverletzung an Beamten klassifizierte. Der Staatsanwalt habe jedoch weder einen Beamten befragt, obwohl die 47-jährige Anzeige erstattet hatte, noch ein Video als Beweismittel herangezogen.

Die Festnahme erfolgte auf dem Gelände einer Tankstelle in der Innenstadt, die Geschüsse wurden von der Überwachungskamera erfasst. Die Frau konnte die Aufnahmen aufreihen – die Behörden hatten sich nicht für sie interessiert. Laut „Falter“ wurden bei ihr unter anderem ein Bruch des Steißbeins, Prellungen von Schädel und Knie sowie Blutergüsse festgestellt. (APA)

Westenthaler: „Staatsanwälte kontrollieren“

Justizkritik. Nach seinem Freispruch von den Vorwürfen schwerer Betrug und Untreue greift der frühere BZÖ-Chef Peter Westenthaler nun die Anklagebehörden an: Diese sollten sich vor dem Parlament verantworten müssen.

Wien. Ex-FPÖ-/BZÖ-Politiker Peter Westenthaler übte nach seinem am Freitag verkündeten Freispruch scharfe Kritik an den Staatsanwaltschaften. Der 47-jährige – er war abseits der Politik auch Vorstand der Fußballbundesliga – hatte schweren Betrug im Zusammenhang mit einer Million Euro Fördergeld für den Fußballnachwuchs sowie Untreue als Beteiligter hinsichtlich einer 300.000-Euro-Zahlung der Lotterien an die BZÖ-Agentur Orange zu verantworten gehabt.

Staatsanwälte sollten sich vor dem Parlament rechtfertigen müssen, forderte Westenthaler am

Dienstag in einer Aussendung. „Es kann nicht sein, dass willkürlich und ohne rechtliche Substanz einfach angeklagt, Rufschädigung und Existenzvernichtung betrieben wird, und sich dafür nach einem Freispruch kein Staatsanwalt rechtfertigen muss“, erinnert Westenthaler an Vorschläge, wonach sich Staatsanwälte nach rechtskräftigem Prozessende für ihre Entscheidungen im parlamentarischen Justizausschuss verantworten sollten.

Auch sei es an der Zeit, die Kostenfrage bei einem Freispruch neu zu regeln: „Wie kommt ein Freigesprochener dazu, auf dem Großteil der Kosten aus mehrjährigen Ver-

fahren, die ins Sechstellige gehen, sitzen zu bleiben?“ Durch die für ihn zuständige Oberstaatsanwältin von der Korruptionsstaatsanwaltschaft fühlt sich Westenthaler „persönlich diffamiert und beleidigt“. Nach dem viereinhalb Jahre dauernden Verfahren sei es zu „völlig substanzlosen, willkürlichen Anklagen“ gekommen.

Urteil nicht rechtskräftig

Schon am Freitag nach Verkündung seines Freispruchs (dieser erging im Zweifel für den Angeklagten) hatte sich Westenthaler über die Ausführungen von Oberstaatsanwältin Barbara Schreiber em-

pört. Diese habe ihn „als Gauner und Betrüger hingestellt“.

Wichtiger Punkt angesichts derart harter Kritik: Das Urteil ist nicht rechtskräftig. Die Oberstaatsanwältin ist zwar erstinstanzlich mit ihrer Forderung nach einer „angemessenen Strafe“ abgeblitzt. Sie hat aber sofort angekündigt, Nichtigkeitsbeschwerde gegen das Urteil zu erheben. Bringt sie dieses Rechtsmittel tatsächlich ein, so ist der OGH am Wort. Und der könnte dann den Freispruch bestätigen, oder den Argumenten der Anklage folgen. In dem Fall ist mit einer Neuauflage des Westenthaler-Prozesses zu rechnen. (m. s.)

Masern-Epidemie befürchtet: Aufatmen nach Fehllarm

VON ELISABETH HOLZER

Steiermark.

170 Kinder hatten Kontakt mit erkrankter Frau. Doch bis auf eines sind alle geimpft.

In Graz kam es zum großen Zittern vor einer vermeintlichen Masern-Epidemie: Nachdem eine Krankenschwester-Schülerin vergangene Woche erkrankt ist, bestand die Gefahr einer massiven Ausbreitung. Sie hatte mit bis zu 170 Kindern aus Kärnten, dem Burgenland und der Steiermark Kontakt.

Gestern, Dienstag, wurde ein weiterer Fall bekannt: Bei einem Zivildienstler des Klinikums sind am Wochenende ebenfalls Masern ausgebrochen. Mit wie vielen Menschen er Kontakt hatte, konnte kaum verifiziert werden.

Aus dem Spital hieß es aber gestern Früh noch, dass 40 betroffene Kinder ohne Impfschutz seien – also potenziell selbst gefährdet, aber auch Infektionsüberträger. Klinikchef Christian Urban sprach in einem Interview sogar „von einem Pool, von dem natürlich jede Epidemie ausgehen kann“.

Die Landessanitätsdirektion war alarmiert und rechnete mit einer Welle von Erkrankungen. „Das ist dann wie ein Schneeballsystem. Wenn Ungeschützte mit Erkrankten oder Infizierten in Kontakt kommen, liegt die Wahrscheinlichkeit zu erkranken bei 99 Prozent“, warnte Ursula Schreiber von der Landessanitätsdirektion. „Wir könnten ein paar Dutzend Erkrankte bekommen. Die Welle rollt auf uns zu.“

Doch Dienstagmittag gab es eine unerwartete Wendung: Statt 40 Kindern aus Graz und Umgebung war plötzlich nur noch eines ohne Impfschutz. „Wir können in dem Punkt ein leichtes Entwarnung geben“, betonte Klinikleiter Urban. „Wir haben bis gestern Früh den



Masern gelten fälschlich als Kinderkrankheit: In Graz gibt es nun zwei Fälle bei Erwachsenen

Impfstatus der 40 Kinder nicht gekannt und mussten davon ausgehen, dass sie nicht geschützt sind.“ Laut Spital seien die Impfungen im Magistrat Graz nicht gleich abrufbar gewesen. Das Gesundheitsamt kontert: Am Wochenende hätten Amtsärzte mit Spitalsmitarbeitern sämtliche Eltern angerufen, Montagfrüh sei auch der

Zugang zur Impfdatenbank vorhanden gewesen.

Urban empfiehlt trotzdem Wachsamkeit. „Wir kennen derzeit den Impfstatus der betroffenen Eltern nicht. Wir wissen nur, die Kinder sind geschützt.“ In Österreich beträgt die Durchimpfungsrate gegen Masern nur rund 80 Prozent. Doch es müssten mindestens 95 Prozent sein,

damit gesamte Bevölkerung geschützt ist.

Das Uni-Klinikum reagiert nun prophylaktisch: Der Impfstatus aller Mitarbeiter von Kinderklinik und Kinderchirurgie wird erhoben. So wohl die Schülerin als auch der Zivildienstler dürfen sich Ende Februar beim selben erkrankten Kind in der Ambulanz angesteckt haben.

Flecken erst nach zwei Wochen

Erkrankung. Symptome gleichen anfangs einer schweren Grippe

Masern bereits ansteckend, auch wenn der Betroffene noch keine typischen Anzeichen zeigt: Anfangs gibt es Symptome wie bei einer schweren Grippe, ehe nach bis zu zwei Wochen die Masernflecken auftreten.

Übertragen wird durch Tröpfchen- oder Schmierin-

fektion. Das Virus kann bis zu zwei Stunden außerhalb des menschlichen Körpers überleben, auf Oberflächen von Möbeln etwa.

Experten raten generell, einen Blick in den Impfpass zu werfen. „Jeder sollte schauen, ob er geimpft ist. Das betrifft vor allem Er-

wachsene“. mahnt Sabine Haselbacher vom Hygieneinstitut der Medizinischen Uni Graz. Im Zweifelsfall sei es besser, die beiden nötigen Impfungen vornehmen zu lassen, sie gibt es gratis in den Gesundheitsämtern. „Man kann hier sicher nicht überimpfen.“

TIROL

Gemeinderat will trotz Anklage Drogen verkaufen

Innsbruck. „Inn Piraten“ arbeiten an Hanfbank

Es drohen bis zu zehn Jahre Haft. Doch der Innsbrucker Gemeinderats-Abgeordnete Alexander Ofer und sein Ersatz, Heinrich Stemeseder, geben sich scheinbar unbeeindruckt. Auf der Homepage ihrer Partei heißt es weiterhin: „Inn Piraten entkriminalisieren Kiffer.“ Auch die Anmeldung für eine angebliche medizinische Studie, deren Probanden „legal Cannabis konsumieren und auch von uns beziehen oder anbauen“ dürfen, ist weiter freigeschaltet.

Die Staatsanwaltschaft Innsbruck hat inzwischen die Anklage gegen die beiden Kommunalpolitiker fertig gestellt, wie die *Tiroler Tageszeitung* berichtet. Es geht um den Vorwurf des Suchtgifthandels. „Ich werde weitermachen“, sagt indes Ofer zum KURIER. Er wolle für sein Projekt „THC4all“ eine Aktiengesellschaft in den USA gründen, über die eine „Hanfbank“ den Marihuana-Vertrieb abwickeln soll.

Wie berichtet, hat die Polizei im vergangenen November rund 2,7 Kilo Cannabis sichergestellt, die Ofer in einem Safe in seiner Wohnung



GR Alexander Ofer wird wegen Drogenhandels angeklagt

gelagert hatte. Zum „Eigenbedarf“ wie der versichert. Für die „Inn Piraten“, die längst von der österreichischen Piratenpartei ausgeschlossen wurden, gilt die Unschuldvermutung – auch für einen Betrugsvorwurf, den die Anklage gegen Ofer zusätzlich erhebt.

Lust auf Bürgermeister

Von einem Bekannten hat er, wie der KURIER bereits im Jänner berichtet hat, für ein soziales Wohnbauprojekt 150.000 Euro erhalten. Einen Großteil des Geldes soll der „Inn Pirat“ für den Kauf von Rauchmitteln verbraucht haben. Ofer sieht sich hingegen als „Rufmord“-Opfer und ist überzeugt: „Ich kann trotzdem noch Bürgermeister werden.“ – C. WILLIM

WIEN

Tödlicher Streit während Deutschkurs

Mordverdacht. Ein 17-jähriger Jugendlicher hat am Dienstag in Wien einem 21-Jährigen nach einem Streit mit einem Küchenmesser tödliche Verletzungen im Brustbereich zugefügt. Der Verdächtige und sein späteres Opfer besuchten vor der Tat einen Deutschkurs des AMS.

Der mutmaßliche Täter konnte anhand von Zeugen identifiziert werden, seine Wohnadresse wurde ebenfalls ausfindig gemacht. Der 17-Jährige befand sich am Abend noch auf der Flucht.

Wie ein Polizeisprecher mitteilte, soll der Streit zwischen den beiden Burschen bereits während des

Deutschunterrichts seinen Ausgang genommen haben. Als dieser dann während der Pause eskalierte, wollte ein Zeuge noch schlichtend eingreifen. Doch der jüngere Mann zog ein Küchenmesser und begann mehrmals auf den Oberkörper seines Opfers einzustechen. 30 Minuten lang versuchten Sanitäter danach vergeblich, den 21-Jährigen zu reanimieren.

Täter und Opfer waren laut Polizeiangaben beides afghanische Staatsbürger, die einander schon länger kannten und die in der Vergangenheit zuletzt aber immer wieder in Streit geraten sind.

MEDIZIN

Einigung mit Ärzten in Kärnten in Sicht

Gehaltsstreit. Eskalation in Wien / Stadt droht kritischen Medizinern mit Entlassung

Wider Erwarten zeichnet sich bei den Gehalts-Verhandlungen der Kärntner Spitalsärzte eine Einigung ab. Nächste Woche soll ein Modell, das auch Jungärzte positiv berücksichtigt, in Betriebsversammlungen zur Abstimmung kommen.

Vor dem Hintergrund des Hypo-Skandals und leerer Kassen ist den Medizinern bewusst, dass das Land Kärnten seine Möglichkeiten mit dem 13,5-Millionen-Angebot ausgereizt hat. Zur Diskussion steht nun ein Modell, das sich zwar am steirischen orientiert, für die „Problemzone Jungärzte“ jedoch Verbesserungen vorsieht: Obwohl zwischen den Verhand-

lungspartnern Stillschweigen vereinbart wurde, sickert durch, dass es für Assistenz- und Turnusärzte „Ausbildungszulagen“ geben wird. Diese sollen über Sonderklasse-Gebühren finanziert werden, von denen aktuell nur Primar- und Oberärzte profitieren. Auch die Gehälter der jungen Fachärzte werden steigen.

Petra Preiss, Mittelbausprecherin des Betriebsrates, hält es für „wahrscheinlich, dass wir uns nächste Woche einigen werden.“ Juristen der Kärntner Ärztekammer und des Spitalerhalters KABEG würden derzeit den Entwurf prüfen. Auch Ärztekammerpräsident Josef Huber sagt,

dass „unsere Vorschläge von der KABEG positiv aufgenommen wurden.“ Er geht davon aus, dass das Konsenspapier nächste Woche der Mittelbau-Konferenz vorgelegt wird. In der Folge werde man eine eventuelle Lösung in Betriebsversammlungen zur Diskussion stellen. „Es muss der Kollegenschaft vorgelegt werden, um ein Fiasko wie in Wien zu vermeiden“, betont Huber.

„Maukorberlass“

Während in Kärnten ein Ende des Streits möglich scheint, gehen nämlich in der Bundeshauptstadt die Wogen hoch. Dort gipfelt der Streit um das Arbeitszeitmodell in

einem „Maukorberlass“ im Krankenanstaltenverbund (KAV). In einem internen Mail droht Personalchefin Renate Christ rebellischen Ärzten mit dienstrechtlichen Konsequenzen bis hin zur Entlassung.

In letzter Zeit seien von dienstlichen PCs während der Dienstzeit private eMails zum „Arbeitszeitmodell Neu“ versendet worden. Noch dazu an einen großen Kreis von Lesern innerhalb und außerhalb des Krankenanstaltenverbundes. Das widerspreche einem Erlass der Magistratsdirektion zur Internet-Nutzung.

Darin ist zwar festgehalten, dass die private Nutzung



Die Ärzte harren der Dinge, die auf sie zukommen

von eMails im geringen Umfang gestattet ist. Diese eMails dürfen allerdings „nicht dem Ruf oder dem Ansehen des Magistrats schaden oder diesen in Misskredit bringen“. Genau das sieht man jetzt im KAV im Streit um das neue Arbeitszeitmodell gegeben.

Wien ÖVP-Chef Manfred Juraczka findet es „skandalös, mit Maukörben für die

Ärzte zu arbeiten.“ Ärztekammerpräsident Thomas Szekeres vermutet als Motiv, „dass sich kritische Bemerkungen über den Generaldirektor in letzter Zeit häufen.“ Gernot Rainer von der Ärztekammer Asklepios regte an, einen alternativen Kommunikationskanal für Ärzte einzurichten.

– THOMAS MARTINZ
– ELIAS JATMESSIG

Stadt Wien droht kritischen Spitalsärzten mit Entlassung



Die Ärzte stimmten zu fast 90 Prozent gegen das neue Arbeitszeitmodell, die Führung im KAV reagiert mit Maulkorbberlässen

VON ELIAS NATMESSNIG

Ärzte-Gehälter. KAV-Personalchefin droht in einem internen Mail mit dienstrechtlichen Konsequenzen.

Der Streit um das neue Arbeitszeitmodell gipfelt in einem Maulkorbberläss im Krankenanstaltenverbund (KAV). In einem internen Mail droht Personalchefin Renate Christ rebellischen Ärzten mit dienstrechtlichen Konsequenzen bis hin zur Entlassung.

Hintergrund: In letzter Zeit seien von dienstlichen PCs während der Dienstzeit private eMails zum „Arbeitszeitmodell Neu“ versendet worden (siehe Faksimile). Noch dazu an einen großen Kreis von Lesern innerhalb und außerhalb des KAV. Das widerspreche einem Erlass der Magistratsdirektion zur Internets-Nutzung.

Darin ist zwar festgehalten, dass die private Nutzung von eMails im geringen Umfang gestattet ist. Diese

eMails dürfen allerdings „nicht dem Ruf oder dem Ansehen des Magistratschadens oder diesen in Misskredit bringen“. Genau das sieht man jetzt im KAV im Streit um das neue Arbeitszeitmodell gegeben.

Kritik

„Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely will über das eindeutige Votum der Ärzte drüberfahren und nicht an den Verhandlungstisch zurück. Das alleine ist schon skandalös“, sagt Wiens ÖVP-Chef Manfred Juraczka. „Nun aber mit Maulkörben für die Ärzte zu arbeiten und per offiziell-KAV-Rundmail jede Diskussion unterbinden zu wollen, schlägt dem Fass den Boden aus.“ Juraczka fordert Wehsely auf, wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren und zu überlegen, wie „sozial“ die SPO als Arbeitgeber sei.

Auch Ärztekammer-Präsident Thomas Szekeres findet das Vorgehen der KAV-Generaldirektion „skurril“. Immerhin sei der große eMail-Verteiler, über den sämtliche KAV-Ärzte Wiens angeschrieben werden können und um

den es im gegenständlichen Erlass geht, „seit Monaten für alle offen“. Zudem könne man sowohl intern, als auch extern über den Privat-PC darauf zugreifen. „Da schaut man monatelang zu – und sobald sich unangenehme Kommentare häufen, spricht man auf einmal von einem Verstoß.“ Als Motiv für den Erlass vermutet Szekeres, „dass sich kritische Bemerkungen über den Generaldirektor in letzter Zeit gehäuft haben“.

Überreaktion

Massive Kritik kommt auch von Gernot Rainer, Gründer der neuen Ärzte-Gewerkschaft Asklepios (die im Rathaus lapidar als Verein bezeichnet wird). Er sieht „eine Überreaktion der Generaldirektion“. Zumal der Inhalt aller Mails immer transparent für den Dienstgeber gewesen sei. Der Erlass habe „einschüchternde Wirkung“, bestätigt er. Die Verwendung des besagten Mail-Verteilers sei deutlich zurückgegangen – weshalb man nun auch überlege, einen alternativen Kommunikationskanal für Ärzte einzurichten.

Im KAV versucht man unterdessen zu beruhigen. „Das waren Mails an große Verteiler. Daher wurde der Erlass noch einmal in Erinnerung gerufen“, sagt eine Sprecherin.

KAV-Generaldirektor Udo Janßen zeigt ebenso Verständnis: „Es gibt bei jeder Veränderung gewisse Ängste.“ Doch man werde künftig flexibler auf Bedürfnisse eingehen können. „Keiner wird sich das alte Modell in fünf Jahren wieder wünschen“, prophezeit Janßen.

Beratungen

Dafür muss es allerdings erst einmal beschlossen werden. Stadträtin Wehsely betonte, für Nachverhandlungen nicht zur Verfügung zu stehen. Am Donnerstag wird die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten noch einmal über das Arbeitszeitmodell beraten.

„Die Vereinbarung ist eine gute Vereinbarung“, sagt Gewerkschaftschef Christian Meidlinger. Die Umfrage sei eine Umfrage der Ärzte. „Die Gewerkschaft vertritt aber mehr als nur eine Berufsgruppe.“

KOLUMNE

Der Bundespräsident, der im Telefonbuch stand

Rudolf Kirchschläger, 100. Eine Erinnerung



Geschichten mit Geschichte

VON GEORG MARKUS

N^{ein}, ich habe mich damals beim Herrn Bundespräsidenten nicht sehr beliebt gemacht. Rudolf Kirchschläger war gerade ein Jahr Staatsoberhaupt, da erfuhr ich als junger Reporter, dass er vorhatte – wie auch Kanzler Kreisky – mit seinem Namen im Wiener Telefonbuch 1975 aufzuscheinen. Ich besorgte mir ein Vorkauskular und fand die Eintragung im Band II, Seite 119: „Kirchschläger Rudolf, Dr., Bundespräsident, (Herma), 19, Hohe Warte 36“ und daneben die Telefonnummer: „361131“.

Hunderte Anrufe

Als der kleine Bericht mit Telefonbuch-Eintrag im KURIER erschien, hielt sich Kirchschlägers Freude, wie ich sagte, in Grenzen. Wäre er nicht im Telefonbuch gestanden, hätte das kaum jemand bemerkt. Es gibt ja nicht allzu viele Leute, die das Telefonbuch von A bis Z studieren. Durch den Artikel im KURIER riefen jedoch Hunderte, wenn nicht noch mehr Bürger an, um den ersten Mann im Staat zu sprechen.

Kirchschläger war nicht nachtragend und so empfing er mich 1986 im ersten Interview als Bundespräsident. In einem solchen Reihenhäuser in Dornbach, das er sich für die Pension gekauft hatte. Man hätte ihm sicher Prunkvolleres zugekommen lassen, aber der Mann, der „die sauren Wiesen trockenlegen“ wollte, verachtete im Ruhestand auf jegliche Privilegien.

Der Besuch war insofern etwas Außergewöhnliches, als es bis dahin noch kein pensioniertes Staatsoberhaupt gegeben hatte, alle seine Vorgänger in der Zweiten Republik – Renner, Körner,

Schärf und Jonas – waren in ihrer Amtszeit verstorben.

Pensionsschock kannte er keinen: „Ich habe auf ihn gewartet, aber er kam nicht“, sagte er und nannte die Vorzüge, „nicht mehr Sklave des Kalenders zu sein“. Im Keller standen 34 Kisten mit Unterlagen, „aus denen irgendwann ein Buch werden könnte“, sagte er. Kirchschläger hat es jedoch nicht erlebt, das Buch „Im Heute gesprochen“ mit seinen Reden erscheint in diesen Tagen erst bei „Styria“.

Altes Volvo

Als ich ging, stieg Kirchschläger in einen alten Volvo und fuhr mit seiner Frau in den Haub. Ohne Protokoll, ohne Chauffeur, ohne Bodyguard.

So robust der Bundespräsident uns in Erinnerung geblieben ist, so wenig war er es. Nach seinem Tod am 30. März 2000 verriet mir seine Frau, dass er sein Leben lang krank war. Mein Mann hatte seit seiner Geburt einen schweren Herzfehler und mit 38 Jahren den ersten Herzinfarkt. Früher hat er oft zu mir gesagt, dass er nicht damit rechnen wollte, dass er sich als Bundespräsident nicht geschont und oft bis nach Mitternacht gearbeitet. „Dass er 85 Jahre alt wurde, konnte seine Witwe nur auf „Bestimmung und Gottes Segen“ zurückführen.“

Am 20. März wäre Rudolf Kirchschläger 100 Jahre alt.

georg.markus@kurier.at



Kirchschläger Anton (Wolfgang), 10. Mundv. 1. Stg. 5 64 05 652
Kirchschläger Rudolf, Dr., Bundespräsident, (Herma), 19, Hohe Warte 36 36 11 32
Kirchschläger Walter, Dr. (Heidi),

Unzählige Anrufe: Rudolf Kirchschläger und die Eintragung im Wiener Telefonbuch, 1975

DNA-SPUREN

Neue Erhebungen im Mordfall Kammerer

Cold Case. Persönliche Gegenstände der 2005 getöteten Studentin werden im DNA-Labor untersucht

„Ein Kapitalverbrechen darf in Österreich nicht ungeahnt bleiben“. Das Cold-Case-Team des Bundeskriminalamtes um Chefspektor Kurt Linzer nimmt einen neuen Anlauf, um den Mordfall Daniela Kammerer zu klären. Die Studentin aus Niederösterreich wurde am 23. Juni 2005 vor einer Telefonzelle in Innsbruck mit zwei Messerstichen ermordet.

Ende 2013 geriet ihr Ex-Studienkollege Thomas B. (30) ins Visier der Ermittler. Auf der Innenseite von Kammerers Minirock fanden sich DNA und Hautschuppen des Mannes. Dennoch kam es zu keiner Anklage und die Ermittlungen gegen B. wurden



Daniela Kammerer wurde im Alter von 19 Jahren erstochen

eingestellt. „Damit ist der Fall aber nicht beendet. Wir ermitteln wieder, und zwar gegen unbekannte Täter“, betont Mario Linzer vom Bundeskriminalamt (BK).

Die Staatsanwaltschaft Innsbruck ließ auf Anregung des Cold-Case-Managements neuen Untersuchungen zugestimmt und einen Ermittlungsauftrag erteilt. Konkret geht es um eine intensive DNA-Auswertung der persönlichen Gegenstände von Daniela Kammerer – nämlich jener, die sie in der Mordnacht bei sich trug. Die Handtasche, ihre Geldbörse und andere Gegenstände werden im gerichtsmedizinischen Institut in Innsbruck nach dem

neuesten Stand der Technik auf Fremd-DNA untersucht. Die bisher gestellten Gegenstände blieben bisher unangetastet, weil ohnedies DNA-Spuren auf der Leiche des Opfers gefunden wurden.

Die Kriminalisten erhoffen sich nun neue Anhaltspunkte auf einen Verdächtigen. „Wir haben die Pflicht, alles mögliche auszuschöpfen“, sagt Linzer. Damit hatte das Cold-Case-Team schon einmal Erfolg: Im Mordfall Julia Kühner brachte eine DNA-Spur auf einer teilweise verbrannten Decke den entscheidenden Beweis. Kühners Mörder wurde schließlich zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt.

– P. WAMMERL

KURIER INFO

GRÜNEWELT JOURNAL

HEUTE IM KURIER

Granatapfelplantage und Bananenschungel

Aus dem Inhalt: Wie man mit Drachen Strom erzeugt | Pestizide: Hans-Peter Hutter über den Schwarzmarkt | Insektenfresser mit Drei-Haubenkoch Harald Irka | u. v. m.

Streit um Arbeitszeitmodell geht weiter: Stadt droht kritischen Ärzten mit Entlassung



In letzter Zeit wurden vermehrt E-Mails

Ø mit privatem Inhalt bzw. E-Mails, in denen Privatmeinungen geäußert wurden, unter anderem im Zusammenhang mit dem „Arbeitszeitmodell Ärztl. Neu“

Ein Zuwiderhandeln gegen diesen Erlass der Magistratsdirektion kann und wird zu dienstrechtlichen Konsequenzen führen, die je nach Art, Schwere und Häufigkeit des Verstoßes im schlimmsten Fall sogar bis zur Auflösung des Dienstverhältnisses bzw. zu einem Disziplinarverfahren führen können. Mit freundlichen Grüßen

Verhärtete Fronten: Die Ärzte stimmen zu fast 90 Prozent gegen das neue Arbeitszeitmodell, die Führung im KAV reagiert mit Maulkorbberläsen samt Entlassungsdrohungen

VON ELIAS NATMESSING

Ärzte-Gehälter. KAV-Personalchefin droht in einem internen Mail mit dienstrechtlichen Konsequenzen.

Der Streit um das neue Arbeitszeitmodell gipfelt in einem Maulkorbberläs im Krankenanstaltenverband (KAV). In einem internen Mail droht Personalchefin Renate Christ rebellischen Ärzten mit dienstrechtlichen Konsequenzen bis hin zur Entlassung.

Hintergrund: In letzter Zeit seien von dienstlichen PCs während der Dienstzeit private E-Mails zum „Arbeitszeitmodell Neu“ versendet worden (siehe Faksimile). Noch dazu an einen großen Kreis von Lesern innerhalb und außerhalb des KAV. Das widerspreche einem Erlass der Magistratsdirektion zur Internet-Nutzung.

Darin ist zwar festgehalten, dass die private Nutzung von E-Mails im geringen

Umfang gestattet ist. Diese E-Mails dürfen allerdings „nicht dem Ruf oder dem Ansehen des Magistratschaden oder diesen in Misskredit bringen“. Genau das sieht man jetzt im KAV im Streit um das neue Arbeitszeitmodell gegeben.

Kritik

„Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely will über das eindeutige Votum der Ärzte drüberfahren und nicht an den Verhandlungstisch zurück. Das alleine ist schon skandalös“, sagt Wiens ÖVP-Chef

Manfred Juraczka. „Nun aber mit Maulkörben für die Ärzte zu arbeiten und per offiziellen KAV-Rundmail jede Diskussion unterbinden zu wollen, schlägt dem Fass den Boden aus.“ Juraczka fordert Wehsely auf, wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren und zu überlegen, wie „sozial“ die SPÖ als Arbeitgeber sei.

Auch Ärztekammer-Präsident Thomas Szekeres findet das Vorgehen der KAV-Generaldirektion „skurril“. Immerhin sei der große Email-Verteiler, über den sämtliche

KAV-Ärzte Wiens angeschrieben werden können und um den es im gegenständlichen Erlass geht, „seit Monaten für alle offen“. Zudem könne man sowohl intern, als auch extern über den Privat-PC darauf zugreifen. „Da schaut man monatelang zu – und sobald sich unangenehme Kommentare häufen, spricht man auf einmal von einem Verstoß.“ Als Motiv für den Erlass vermutet Szekeres, „dass sich kritische Bemerkungen über den Generaldirektor in letzter Zeit gehäuft haben“.

überlege, einen alternativen Kommunikationskanal für Ärzte einzurichten.

Im KAV versucht man unterdessen zu beruhigen. „Das waren Mails an große Verteiler. Daher wurde der Erlass noch einmal in Erinnerung gerufen“, sagt eine Sprecherin. KAV-Generaldirektor Udo Janßen zeigt ebenso Verständnis: „Es gibt bei jeder Veränderung gewisse Ängste.“ Doch man werde künftig flexibler auf Bedürfnisse eingehen können. „Keiner wird sich das alte Modell in fünf Jahren wieder wünschen“, prophezeit Janßen.

Dafür muss es allerdings erst einmal beschlossen werden. Stadträtin Wehsely betonte, für Nachverhandlungen nicht zur Verfügung zu stehen. Am Donnerstag wird die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten noch einmal über das Arbeitszeitmodell beraten. „Die Vereinbarung ist eine gute Vereinbarung“, sagt Gewerkschafts-Chef Christian Meidlinger. Die Umfrage sei eine Umfrage der Ärzte. „Die Gewerkschaft vertritt aber mehr als nur eine Berufsgruppe.“



„Sobald sich unangenehme Kommentare häufen, spricht man von einem Verstoß.“

Thomas Szekeres
Ärztekammerpräsident



„Nun auch noch mit Maulkörben zu arbeiten, schlägt dem Fass den Boden aus.“

Manfred Juraczka
ÖVP-Obmann Wien

STADTBILD

Pioniere der Psychoanalyse gewürdigt: Wien hat seit Dienstag einen Freudplatz

Leopoldstadt. Als Begründer der Psychoanalyse hat Sigmund Freud Kultur- und Geistesgeschichte geschrieben. Die Sigmund-Freud-Privat-Universität in Wien-Leopoldstadt erinnert bereits an den Denker. Seit Dienstag gibt es nun auch einen Platz, der sowohl Sigmund Freud als auch seiner Tochter Anna, einer Pionierin der Kinderpsychoanalyse, gewidmet ist.

Gemeinsam mit Bezirksvorsteher Karlheinz Hora und Universitätsrektor Alfred Pritz enthielte Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny den Platz Dienstagvormittag. Die neubenannte Verkehrsfläche befindet sich vor



Bezirksvorsteher Hora, Rektor Pritz und Stadtrat Mailath-Pokorny

der Privatuniversität, Ecke Messestraße und Südportalstraße. „Die ganze Freud-Familie von London über Buenos Aires bis nach Wien freut

sich sehr über diesen Platz in Wien“, schreibt Großneffe Joseph Knobel Freud aus Spanien, als er von der Benennung erfährt.

BESCHWERDE

Misshandlungsvorwurf mit Video als Beweis

Wien. Ein Bruch des Steißbeins, Prellungen von Schädel und Knie sowie Blutergüsse – so endete ein Polizeieinsatz in der Silvesternacht für eine 47-Jährige in Wien. Noch am 1. Jänner zeigte sie die Polizisten an, sprach von Misshandlungen im Rahmen einer ungerechtfertigten Festnahme wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt. Ein Arzt im AKH diagnostizierte noch am selben Tag die Verletzungen.

Wie der Falter berichtet, ist die Staatsanwaltschaft Wien den Vorwürfen der Frau nicht nachgegangen. Die Behörde habe nur die Darstellung der Polizei, die den Vorfall als „Widerstand“

und schwere Körperverletzung klassifizierte, im Strafantrag übernommen. Die Frau hat laut Bericht selbstständig ein halbstündiges Video von der Festnahme auf der Tankstelle aufgetrieben, da sich dafür keine Behörde interessiert habe.

Die Behörde hätte laut dem Anwalt der 47-Jährigen das Video sichern, die Beamten binnen 48 Stunden vernehmen und ein rechtsmedizinisches Gutachten in Auftrag geben müssen.

Eine Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof wegen „unmenschlicher Behandlung“ ist anhängig. Außerdem will die Frau eine Entschädigung einklagen.

ÜBERBLICK

23-Jähriger in Liesing erstickt

Wien. Tödlich endete ein Streit Dienstagmittag in Wien-Liesing. Ein 17-Jähriger soll einen 23-Jährigen auf dem Gelände der OGUSA in der Flurgasse erstickt haben. In dem Gebäude werden auch AMS-Kurse abgehalten. Die Identität des Verdächtigen war bekannt. Zu Redaktionsschluss dieser Ausgabe wurde noch nach dem Täter gefahndet. Die Tatwaffe lag in der Wiese.

Gesuchter Zuhälter festgenommen

Wien. Ein in Serbien gesuchter Zuhälter wurde Montag von Zielfahndern in Wien-Brigittenau festgenommen. Der 31-Jährige wurde in seiner Heimat 2007 zu einer Haftstrafe verurteilt. Seitdem war er auf der Flucht. Er war in Penzing gemeldet und auch in Wien wegen Drogen delikten amtsbekannt.

Die Polizei
trägt, wo
Mörder
Amin G.
gewohnt hat



Wo hat Mörder in Wien gewohnt?

Wien. Gut zwei Wochen nach einem Schusswechsel mit der Polizei in Floridsdorf suchen die Behörden den Wohnsitz des fünf Mal angeschossenen Doppelmörders Amin G. (Bild oben). Es wird befürchtet, dass er weitere Waffen versteckt hat. Amin G. wurde im November 2014 vorzeitig aus lebenslanger Haft entlassen. Ø 01/31310-33121 oder 33800.

Draußen sitzen wieder erlaubt

Wien. Vizebürgermeisterin Renate Brauner hat die Schanigartensaison am Dienstag offiziell eröffnet. Verhandlungen zu der seit Langem diskutierten Wintersperre dürfte es erst nach dem Sommer geben.



Hündin „Hexi“ als Lebensretterin

NÖ. „Sie ist unsere Heldin“, sagt Karin Husslik aus Ahrenberg. Weil Hündin „Hexi“ in der Nacht auf Dienstag nicht zu bellen aufhörte und so die 47-Jährige und ihren Mann aufweckte, entkamen sie dem Flammentod. Das Haus brannte lichterloh, die Hussliks konnten noch ins Freie flüchten.

NAMENSTAG, 11. 3.
Rosina, Theresia, Ulrich

Streit um Arbeitszeitmodell geht weiter: Stadt droht kritischen Ärzten mit Entlassung



In letzter Zeit wurden vermehrt E-Mails

Ø mit privatem Inhalt bzw. E-Mails, in denen Privatmeinungen geäußert wurden, unter Anderem im Zusammenhang mit dem „Arbeitszeitmodell Ärztlernen Neu“

Ein Zuwiderhandeln gegen diesen Erlass der Magistratsdirektion kann und wird zu dienstrechtlichen Konsequenzen führen, die je nach Art, Schwere und Häufigkeit des Verstoßes im schlimmsten Fall sogar bis zur Auflösung des Dienstverhältnisses bzw. zu einem Disziplinarverfahren führen können. Mit freundlichen Grüßen

Verhärtete Fronten: Die Ärzte stimmten zu fast 90 Prozent gegen das neue Arbeitszeitmodell, die Führung im KAV reagiert mit Maulkorbberlässen samt Entlassungsdrohungen

VON ELIAS NATMESSNIG

Ärzte-Gehälter. KAV-Personalchefin droht in einem internen Mail mit dienstrechtlichen Konsequenzen.

Der Streit um das neue Arbeitszeitmodell gipfelt in einem Maulkorbberläss im Krankenanstaltenverbund (KAV). In einem internen Mail droht Personalchefin Renate Christ rebellischen Ärzten mit dienstrechtlichen Konsequenzen bis hin zur Entlassung.

Hintergrund: In letzter Zeit seien von dienstlichen PCs während der Dienstzeit private E-Mails zum „Arbeitszeitmodell Neu“ versendet worden (siehe Faksimile). Noch dazu an einen großen Kreis von Lesern innerhalb und außerhalb des KAV. Das widerspreche einem Erlass der Magistratsdirektion zur Internet-Nutzung.

Darin ist zwar festgehalten, dass die private Nutzung von E-Mails im geringen Umfang gestattet ist. Diese E-Mails dürfen allerdings

„nicht dem Ruf oder dem Ansehen des Magistratschaden oder diesen in Misskredit bringen“. Genau das sieht man jetzt im KAV im Streit um das neue Arbeitszeitmodell gegeben.

Kritik

„Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely will über das eindeutige Votum der Ärzte drüberfahren und nicht an den Verhandlungstisch zurück. Das alleine ist schon skandalös“, sagt Wiens ÖVP-Chef Manfred Juraczka. „Nun aber mit Maulkörben für die Ärzte zu arbeiten und per offiziellen KAV-Rundmail jede Diskussion unterbinden zu wollen, schlägt dem Fass den Boden aus.“ Juraczka fordert Wehsely auf, wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren und zu überlegen, wie „sozial“ die SPO als Arbeitgeber sei.



„Sobald sich unangenehme Kommentare häufen, spricht man von einem Verstoß.“

Thomas Szekeres
Ärztchamberpräsident

Auch Ärztekammer-Präsident Thomas Szekeres findet das Vorgehen der KAV-Generaldirektion „skurril“. Immerhin sei der große eMail-Verteiler, über den sämtliche KAV-Ärzte Wiens angeschrieben werden können und um den es im gegenständlichen Erlass geht, „seit Monaten für alle offen“. Zudem könne man sowohl intern, als auch extern

über den Privat-PC darauf zugreifen. „Da schaut man monatelang zu – und sobald sich unangenehme Kommentare häufen, spricht man auf einmal von einem Verstoß.“ Als Motiv für den Erlass vermutet Szekeres, „dass sich kritische Bemerkungen über den Generaldirektor in letzter Zeit gehäuft haben“.

„Nun auch noch mit Maulkörben zu arbeiten, schlägt dem Fass den Boden aus.“

Manfred Juraczka
ÖVP-Obmann Wien

über den Privat-PC darauf zugreifen. „Da schaut man monatelang zu – und sobald sich unangenehme Kommentare häufen, spricht man auf einmal von einem Verstoß.“ Als Motiv für den Erlass vermutet Szekeres, „dass sich kritische Bemerkungen über den Generaldirektor in letzter Zeit gehäuft haben“.

Überreaktion

Massive Kritik kommt auch von Gernot Rainer, Gründer der neuen Ärzte-Gewerkschaft Asklepios (die im Rathaus lapidar als Verein bezeichnet wird). Er sieht „eine Überreaktion der Generaldirektion“. Zumal der Inhalt aller Mails immer transparent für den Dienstgeber gewesen sei. Der Erlass habe „einschüchternde Wirkung“, bestätigt er. Die Verwendung des besagten Mail-Verteilers sei deutlich zurückgegangen – weshalb man nun auch überlege, einen alternativen Kommunikationskanal für Ärzte einzurichten.

„Im KAV versucht man unterdessen zu beruhigen. Das waren Mails an große Verteiler. Daher wurde der Erlass noch einmal in Erinnerung gerufen“, sagt eine Spre-



KAV-Personalchefin Renate Christ verfasste das eMail

cherin. KAV-Generaldirektor Udo Janßen zeigt ebenso Verständnis: „Es gibt bei jeder Veränderung gewisse Ängste.“ Doch man werde künftig flexibler auf Bedürfnisse eingehen können. „Keiner wird sich das alte Modell in fünf Jahren wieder wünschen“, prophezeit Janßen.

Dafür muss es allerdings erst einmal beschlossen werden. Stadträtin Wehsely betonte, für Nachverhandlungen nicht zur Verfügung zu stehen. Am Donnerstag wird die Gewerkschaft der Gemeinbediensteten noch einmal über das Arbeitszeitmodell beraten. „Die Vereinbarung ist eine gute Vereinbarung“, sagt Gewerkschafts-Chef Christian Meidlinger. Die Umfrage sei eine Umfrage der Ärzte. „Die Gewerkschaft vertritt aber mehr als nur eine Berufsgruppe.“

ÜBERBLICK

10.000 Euro teures Fahrrad gestohlen

Burgenland. Am Wochenende haben Unbekannte in mehrere Kellerabteile zweier Wohnhausanlagen in Neusiedl am See eingebrochen. In einem wurden sie schließlich fündig und haben ein Fahrrad im Wert von 10.000 Euro gestohlen, teilte die Landespolizeidirektion Burgenland am Dienstag mit. Ob noch weitere Gegenstände entwendet wurden, ist noch nicht bekannt.

Gesuchter Zuhälter festgenommen

Wien. Ein in Serbien gesuchter Zuhälter wurde Montag von Zielfahndern in Wien-Brightenau festgenommen. Der 31-Jährige wurde in seiner Heimat 2007 zu einer Haftstrafe verurteilt. Seitdem war er auf der Flucht. Er war in Penzing gemeldet und auch in Wien wegen Drogendelikten amtsbekannt.

Die Polizei fragt, wo Mörder Amyn G. gewohnt hat



Wo hat Mörder in Wien gewohnt?

Wien. Gut zwei Wochen nach einem Schusswechsel mit der Polizei in Floridsdorf suchen die Behörden den Wohnsitz des fünf Mal angeschossenen Doppelmörders Amyn G. (Bild oben). Es wird befürchtet, dass er weitere Waffen versteckt hat. Amyn G. wurde im November 2014 vorzeitig aus lebenslanger Haft entlassen. ☎ 01/31310-33121 oder 33800.

Draußen sitzen wieder erlaubt

Wien. Vizebürgermeisterin Renate Brauner hat die Schanigartensaison am Dienstag offiziell eröffnet. Verhandlungen zu der seit Langem diskutierten Winterrampe dürfte es erst nach dem Sommer geben.

STADTBILD

Pioniere der Psychoanalyse gewürdigt: Wien hat seit Dienstag einen Freudplatz

Leopoldstadt. Als Begründer der Psychoanalyse hat Sigmund Freud Kultur- und Geistesgeschichte geschrieben. Die Sigmund-Freud-Privatuniversität in Wien-Leopoldstadt erinnert bereits an den Denker. Seit Dienstag gibt es nun auch einen Platz, der sowohl Sigmund Freud als auch seiner Tochter Anna, einer Pionierin der Kinderpsychoanalyse, gewidmet ist.

Gemeinsam mit Bezirksvorsteher Karlheinz Hora (SPÖ) und Universitätsrektor Alfred Pritz enthüllte Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny den Platz Dienstagvormittag. Die neubenannte Verkehrsfläche befindet sich vor der Privatuniversität,



Bezirksvorsteher Hora, Rektor Pritz und Stadtrat Mailath-Pokorny

Ecke Messestraße und Südparkstraße. „Die ganze Freud-Familie von London über Buenos Aires bis nach Wien freut sich sehr über die-

sen Platz in Wien“, teilte Großneffe Joseph Knobel-Freud aus Spanien mit, als er von der Benennung des Platzes erfuhr.

GESUNDHEIT

Angst vor Masern-Epidemie erwies sich als Fehlalarm

Graz. Falsche oder fehlende Informationen über Impfdaten führten in Graz zum großen Zittern vor einer vermeintlichen Masern-Epidemie: Nachdem eine Krankenschwester-Schülerin und ein Zivildienstler in Graz vergangene Woche an Masern erkrankt sind, bestand die Gefahr einer massiven Ausbreitung: Die beiden hatten mit bis zu 170 Kindern Kontakt.

Recherchen des Spitals ergaben, dass 40 dieser Kinder ohne Impfschutz seien – also potenziell gefährdet und Infektionsüberträger. Klinikchef Christian Urban sprach von einem Pool, von dem natürlich jede Epidemie ausgehen kann.

Dienstagnachmittag gab es Entwarnung: Statt 40 Kindern aus Graz und Umgebung war plötzlich nur noch eines ohne Impfschutz. „Wir haben bis gestern Früh den Impfstatus der Kinder nicht gekannt und mussten davon ausgehen, dass sie nicht geschützt sind“, sagte Klinikleiter Urban. Grund für die Verwirrung dürfte ein Übermittlungsfehler gewesen sein: Laut Spital seien die Impfungen im Magistrat Graz nicht gleich abrufbar gewesen.

Das Uni-Klinikum reagiert nun prophylaktisch: Der Impfstatus aller Mitarbeiter von Kinderklinik und Kinderchirurgie wird erhoben, notfalls wird geimpft.



Hündin „Hexi“ als Lebensretterin

NÖ. „Sie ist unsere Heldin“, sagt Karin Husslik aus Ahrenberg. Weil Hündin „Hexi“ in der Nacht auf Dienstag nicht zu bellen aufhörte und so die 47-Jährige und ihren Mann aufweckte, entkamen sie dem Flammentod. Das Haus brannte lichterloh, die Hussliks konnten noch ins Freie flüchten.

NAMENSTAG, 11.3.
Rosina, Theresia, Ulrich

Samstag, 14.03.2015

Suche: [Fachbereiche A-Z](#) [Gesundheitspolitik](#) [Praxis](#) [Leben](#) [Fortbildung](#) [Fachliteratur](#) [Termine](#) [Pharma](#) [Partner](#)[HOME](#) / [APA-ARTIKEL](#)

APA-ARTIKEL

13. März 2015

Spitalsärzte - Wiener Mediziner demonstrieren am 23. März

Die Kurie der Wiener Ärztekammer hat am Donnerstagabend nun auch offiziell beschlossen, die Einigung in Sachen neues Arbeitszeitmodell für die Spitalsärzte im Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV) abzulehnen. Der Beschluss erfolgte mit großer Mehrheit, wie ein Sprecher der APA versicherte. Nun soll ein Team das Ergebnis nachverhandeln. Am 23. März will man mit einer Demonstration Zeichen setzen.

"Wir stehen voll hinter dem Nein und den berechtigten Forderungen unserer Kolleginnen und Kollegen im Rahmen der Urabstimmung. Es geht nicht, dass man angesichts des ohnehin schon eklatanten Ressourcenmangels und verminderter Arbeitszeit auch noch zum Rotstift greift und willkürlich Stellen streicht", betonte Ärztekammerpräsident Thomas Szekeres per Aussendung.

Der Präsident wird allerdings nicht aktiv an den Nachverhandlungen teil nehmen. Für die Kammer wird ein mehrköpfiges Team unter der Leitung des Obmannes der Kurie für angestellte Ärzte, Hermann Leitner, am Tisch sitzen. Die genaue Besetzung sowie die zu verhandelnden Punkte werden in den nächsten Tagen festgelegt. Dem Präsidenten, der noch die nun abgelehnte Einigung federführend erreicht hatte, wird nur berichtet.

Dementsprechend werde Szekeres auch die Einladung von Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely (SPÖ) zu einem spätabendlichen Krisengespräch am Donnerstag nicht annehmen, teilte der Sprecher mit. Stattdessen wird Leitner mit der Stadträtin sprechen. Ebenfalls eingeladen: Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Christian Meidlinger.

Wehsely hatte allerdings im Vorfeld Nachverhandlungen bereits ausgeschlossen - außer die Gewerkschaft wünsche explizit welche. Das Vorgehen der Stadträtin empört die Kammer allerdings: Es entspreche "keinesfalls den Usancen des demokratischen Umgangs und des Respekts, wenn die Gesundheitsstadträtin via Medien einen Gesprächstermin verordnet und gleichzeitig betont, es gäbe keine Nachverhandlungen".

Vielleicht auch deshalb setzt die Ärztekammer nun ein weiteres Zeichen: Am 23. März demonstrieren die Wiener Spitalsärzte. Details zu Ort und Zeit werden noch bekannt gegeben, hieß es von der Kammer.

apa.at
APA – Austria Presse Agentur, 2015

[Permalink](#)[Übersicht](#) [Drucken](#) [Bookmarks](#) [Kommentar](#)

Zu diesem Thema wurden noch keine Kommentare abgegeben.

Mehr zum Thema

- » [Spitalsärzte: Wiener KAV-Ärzte 2 - Folgen des Votums noch unklar](#)
- » [Spitalsärzte - Neue Dienstzeiten: Wiener KAV kürzt 382 Arztstellen](#)
- » [Spitalsärzte - Wiener KAV-Einigung soll nachgeschärft werden](#)
- » [Spitalsärzte - KAV-Chef beteuert: Reden intensiv mit den Ärzten](#)
- » [Spitalsärzte - Urabstimmung auch bei Wiener KAV-Medizinern](#)
- » [Spitalsärzte - AKH-Wien-Verhandlungsrunde wieder ohne Ergebnis](#)
- » [Spitalsärzte - Wiener KAV-Ärzte lehnen neue Arbeitszeitregelung ab 1](#)
- » [Spitalsärzte - Gewerkschaft bedauert Ablehnung im Wiener KAV](#)
- » [Spitalsärzte - Wiener KAV-Debatte: Kammer sieht Bewegung](#)
- » [Spitalsärzte - Vorerst noch keine Einigung in OÖ](#)

Seite 1 >>

» [Ärzte](#) » [Krankenhäuser](#) » [Arbeitsrecht](#) » [Wien](#) » [Medizin](#) » [Politik](#)
» [Finanzen](#)

Neue Ärztegewerkschaft: volle Fahrt!

SPITALSÄRZTE INITIIEREN aus Unzufriedenheit mit den aktuellen Verhandlern eine eigene Gewerkschaft. Das Verhältnis zur eigenen Standesvertretung muss erst noch gefunden werden. Das Wiener Verhandlungsergebnis wird von den Asklepios-Gründern nicht akzeptiert, Kampfmaßnahmen könnten folgen.

Redaktion: Mag. Volkmart Weilgüni

AUF INITIATIVE von Dr. Gernot Rainer, Lungenfacharzt im Otto-Wagner-Spital Wien, wurde von ihm selbst und von der Internistin Dr. Anna Kreil von der Rudolfstiftung die Ärztegewerkschaft „Asklepios – Gewerkschaft der angestellten Ärztinnen und Ärzte in Österreich“ gegründet. Unmittelbarer Anlass dafür war laut Rainer „eine große Frustration vieler Ärzte wegen der stockenden Verhandlungen zu den Arbeitszeit- und Gehaltsregelungen für 12.000 Spitalsärzte in diesem Land. Wir fühlen uns von den verhandlungsführenden Gewerkschaften und deren Repräsentanten einfach nicht gut vertreten.“

Die österreichweite Unterstützung der Spitalsärzte dürfte den Initiatoren jedenfalls gewiss sein: Mit Stichtag 1. Februar wurden bereits über 1.000 eingeschriebene Mitglieder registriert. Allein in Wien waren es fast 10% aller Wiener Spitalsärzte. „Seither sind es schon wieder viele mehr geworden“, zeigt sich Rainer mit der Entwicklung seines Projekts äußerst zufrieden. Zustimmung zur Initiative signalisieren nicht nur diese Zahlen, sondern auch die überwiegend positiven Reaktionen vieler Wiener Ärzte, die sich angesichts des nun vorliegenden Verhandlungsergebnisses zwischen KAV, Ärztekammer und Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Sektor Kunst, Medien, Sport, freie Berufe in ihrer Skepsis bestätigt fühlen. Sie wünschen sich eine exklusive, politisch unabhängige Vertretung.

ZURÜCKHALTENDE REAKTIONEN DER KAMMER

Kritisiert wird von manchen Ärzten auch die Rolle ihrer Standesvertretung in den Verhandlungen. Dies weist die Wiener



Dr. Gernot Rainer, Asklepios-Initiator

„Wir Ärzte können viel erreichen, wenn wir jetzt alle an einem Strang ziehen!“

Ärztelkammer postwendend zurück und verfolgt ihrerseits die Gewerkschaftsgründung mit skeptischem Blick. „Die Neugründung einzelner Gruppierungen schwächt die Ärztefront“, warnt etwa Wiens Ärztekammerpräsident Univ.-Prof. Dr. Thomas Szekeres.

Die Idee einer eigenen Gewerkschaft für Spitalsärzte sorgt inzwischen weit über die Wiener Stadtgrenzen hinaus für viel Interesse und manch kontroverse Diskussion unter den Ärzten. Das ist ganz im Sinne der Initiatoren, wie Rainer erklärt: „Wir haben die Gewerkschaft von Anfang an österreichweit konzipiert.“

Schon zehn Mitglieder reichen demnach aus, um einen Antrag auf Gründung einer neuen Landessektion zu stellen. In sechs Bundesländern gibt es solche Landessektionen bereits. Was in Verhandlungen erreichbar ist, wenn die Ärzteschaft gemeinsam auftritt und dabei „von einer starken Stimme vertreten wird“, hat laut Rainer Salzburg eindrucksvoll gezeigt. Hier sei Dank des Vereins „Deklaration Salzburg“, der am Verhandlungstisch saß, „wahrscheinlich viel erreicht worden“. Die „Deklaration Salzburg“ ist inzwischen in die Salzburger Landessektion der Asklepios integriert worden.

Eine große Schwachstelle der neuen Gewerkschaft ist die derzeit noch fehlende finanzielle Ausstattung. Rainer will die Ärztekammer um finanzielle Unterstützung bitten oder – wie er es ausdrückt – lieber „in die Pflicht nehmen, weil sie als Standesvertretung auch unsere Interessen

als angestellte Ärzte zu vertreten hat“.

Angesichts der bisher äußerst zurückhaltenden Reaktionen aus der Kammer scheint der Wunsch zum jetzigen Zeitpunkt allerdings einigermaßen realitätsfern.

WIENER VERHANDLUNGSERGEBNIS

Vorerst gilt es, sich mit dem nun am Tisch liegenden Verhandlungsergebnis zum Wiener Arbeitszeitgesetz und den finanziellen Auswirkungen für die Ärzte kritisch auseinanderzusetzen.

Demnach plant der Krankenanstaltenverband (KAV) nicht nur eine Reduktion der Nachtdienste um ein Drittel, sondern als unmittelbare Folge daraus auch den Abbau von 382 Dienstposten bis zum Jahr 2018. Bei rund 3.250 angestellten Wiener Ärzten würde das eine Kürzung um mehr als 10% bedeuten. Rainer bezeichnet die KAV-Pläne als ein „Desaster für die Patientenversorgung“ in Wien.

Asklepios kritisiert zudem das vorgesehene Dienstzeitmodell, das „allen KAV-Ärzten demnach übergestülpt werde und dem de facto ein Schichtbetrieb zugrunde liegt“, wie es Rainer formuliert. Das sei aus mehreren Gründen „inakzeptabel“.

Was die Kritik an den Plänen des KAV betrifft, scheint es zwischen Ärztekammer und Asklepios jedenfalls eine breite Übereinstimmung zu geben.

Die Gewerkschaft setzt jetzt auf eine klare Antwort der Wiener Ärzte bei der im März stattfindenden Urabstimmung. Falls die Stadt Wien „das jetzt aber trotzdem, ohne eine solche Urabstimmung abzuwarten, einseitig und auf Biegen und Brechen umsetzen will, dann werden wir Ärzte nicht mitspielen“. Protestmaßnahmen stehen damit zumindest einmal im Raum.

Samstag, 14. März 2015

ÖSTERREICH

Seite 19

und Kollegen mobil:

Infarkt“

kleptos rund um Dr. Gernot Rainer und Dr. Anna Kreil. Klare Ansage: „Bestehende Interessensvertretungen versagen seit 10 Jahren.“ For-

VON MARK PERRY

derung: „Anpassung der Gehälter an das im deutschsprachigen Raum übliche Niveau, gesetzeskonforme 48 Stunden Arbeitszeit und Verhinderung des Stellenabbaus. Denn sonst droht in den Spitälern der Infarkt.“

lokales@kronenzeitung.at



Foto: Franz Kovacs

Sakerfalken nisten in Horsten auf Elektromasten

Schneepflüge in Tiroi geblitzt

Auf diese Post hätte die ASFINAG wohl lieber verzichtet – mehrere Anzeigen wegen Schnellfahren trudelten ein. Geblitzt wurden aber

keine PKW, sondern Streufahrzeuge auf der A 13, der Brenner Autobahn. Die ASFINAG will die Strafen übrigens nicht kampflos zahlen.

An ganz und gar ungewöhnlichen Orten nisten die raren Sakerfalken. Mit Birdlife und der Veterinär-Universität in Wien haben ihnen die Experten der Austrian Power Grid Horste aus Stahl in Masten aus ebendiesem Material gebaut. Die EVN wiederum versorgt in ihren Trafo-Häuschen in Niederösterreich die ebenso seltenen Eulenvögel mit Nisthilfen.

Was bereitet einem Sorgen und Angst, wenn es vor einem liegt und Erleichterung und Freude, wenn es vorbei ist? – Die Antwort könnte für viele von uns lauten: der Besuch beim Zahnarzt. Ohne Umschweife möchte ich den Dienst loben, den die ausgebildeten Zahn- und Kiefermediziner beiderlei Geschlechts an uns tun. Immerhin sorgen sie dafür, dass sich die Schäden im Gebiss in Grenzen halten und dass oft sehr versteckte Eiterherde rund um unsere Zähne nicht in unseren Gesamtorganismus abstrahlen. Es hängt eben alles im Leib in einer Weise zusammen, die sich unserem Verstand häufig entzieht. Mit der Schafgarbe



Hing'schaut und sund g'lebt

www.facebook.com/krauterpfarrer
und blog.krauterpfarrer.at
KRAUTERPFARRER BENEDIKT



Zusammenhänge erkennen

Zähne und Verdauung korrespondieren

möchte ich heute auf die grenzübergreifende Vernetzung in unserem Innern hinweisen. Das große Thema Karies, das uns schon von klein auf beschäftigt hat, weist uns auf jeden Fall darauf hin, wie der Rest des Körpers mit unserem Gebiss und unserem Mund korrespondiert. Natürlich ist es wichtig und eigentlich selbstverständlich, die Zähne regelmäßig zu putzen und das Zahnfleisch nach Möglichkeit intakt zu

halten. Dort, wo die Zahnbürste aber nichts mehr ausrichten kann, greift in sehr wirkungsvoller Weise die Mundhygiene ein, die man sich auch ruhig etwas kosten lassen darf, um die eigenen Zähne möglichst lange zu erhalten. Die medizinischen Ratschläge zur Bewahrung der Gesundheit unseres Gebisses

Schafgarben-Tee bei Karies: Diese Anwendung versteht sich als vorbeugende Maßnahme. Eine gesunde Verdauung kann man eben dadurch fördern, indem man regelmäßig über eine Zeit lang einen Tee aus getrockneten Schafgarben-Blüten trinkt, dem man zu gleichen Teilen

laufen aber immer darauf hinaus, dass sich der betroffene Klient bzw. Patient auf jeden Fall ausgewogen und möglichst naturkonform ernähren soll. Und damit sind wir bei einem weiteren Thema angelangt, das sich auf eine andere Ebene im Organismus bezieht: die Verdauung. Diese kann funktionieren oder aber auch nicht. Im letzteren Fall ist es also angesagt, den Magen- und Darmbereich zu stärken und zu unterstützen, damit sich das in weiterer Folge positiv auf die Beschaffenheit der Zähne auswirkt. Dabei ist es von großem Nutzen, die Schafgarbe näher in Betracht zu ziehen.

Pfefferminzblätter beifügen kann. Am besten nimmt man in der Früh und am Abend je 1 Schale davon zu sich. Dort, wo die Verdauung gut funktioniert, vermag das Blut auch die notwendigen Stoffe für den Aufbau und die Festigung der Zähne in den Kiefer zu liefern.

Krauterpfarrer-Weidinger-Zentrum, 3822 Karlstein/Thaya, Tel. 02844/7070-11

Von Gott und der Welt

Evangelischer Pastor

MICHAEL CHALUPKA

Steuersünder

Sind wir Österreicher ein Volk von Steuerhinterziehern? Unsere Regierung scheint das zu vermuten. Sie hat kein schönes Bild von vielen ihrer Bürger, sonst könnte sie nicht darauf vertrauen, einen Großteil der Steuerreform durch die Bekämpfung von Steuerbetrug und die Einführung der Registrierkassenpflicht hereinzubringen. Dass Steuerhinterziehung nicht länger als Kavaliersdelikt betrachtet wird, ist gut. Denn wer Steuern hinterzieht, enthält ja der Allgemeinheit seinen gerechten Anteil vor.

Die Debatte um die Rechtmäßigkeit von Steuern ist alt. In der Bibel wird der Zehnte, werden Steuern als Mittel gesehen, einen sozialen Ausgleich herzustellen. Den Witwen, Waisen und Armen soll etwas von dem Reichtum zurückgegeben werden, der einem von Gott geschenkt worden ist. Zum anderen wurde Steuerverwendung kritisiert, wenn sie nur den Luxus der Könige finanziert hat. Steuerhinterziehung ist Diebstahl an der Gesellschaft. Und Diebstahl ist kein Kavaliersdelikt.

Was wäre aber, wenn die Österreicherinnen und Österreicher gar nicht so schlecht wären, wie die Regierung sie sieht? Wenn gar nicht so viele Betrüger und Steuerhinterzieher unter uns wohnen würden, wie gedacht? Ja, dann wären wir ein Land bewohnt von loyalen, gutgesinnten, braven Bürgerinnen und Bürgern, und unsere Regierung wäre um die Hoffnung ärmer, 1,9 Milliarden Euro der Steuerreform aus der Bekämpfung des Steuerbetrugs finanzieren zu können.

www.krone.at/diakonie

Neue Ärztegewerkschaft Asklepios macht für Patienten

„Den Spitälern droht ein

Während die Ärzte der Wiener Spitäler weiterhin um bessere Bezahlung und bessere Dienstzeiten ringen, bekommt die erfrischend neue und unabhängige Medizinergewerkschaft Asklepios immer mehr Zulauf. 1500 Mediziner aus ganz Österreich sind schon beigetreten.

Bei einem Krisengipfel, um die brisante Situation zu entschärfen, blieb Gesundheitsstadträtin Wehsely hart. Inzwischen agiert der Krankenanstaltenverbund fast schon diktatorisch. Wer als Mediziner auch nur leiseste Kritik übt, wird vorge-



Beherrzte Ärzte – Gernot Rainer, Anna Kreil, Christoph Pelanek

laden und mit Kündigung bedroht. Wie berichtet, hatten 90 Prozent der Ärzte gegen das neue Modell gestimmt. Es sieht neben kürzeren Arbeitszeiten und mäßig höheren Gehältern den

Abbau von 382 Stellen vor. Dem hatte ausgerechnet die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten zugestimmt.

Von diesem Chaos profitieren die erfrischend unabhängigen Doktoren von As-

Zielfahnder verhaften Flüchtigen • Ex-Banker vor Gericht:

Millionenbetrüger in Österreich gefasst: Russen starten Prozess

Spektakulärer Zugriff 2013 im Mostviertel (NÖ): Wie die „Krone“ berichtete, ging ein von Russland per internationalem Haftbefehl gesuchter Millionenbetrüger ins Netz. Nun wird Ex-Banker Alexander Gitelson in seiner Heimat der Prozess gemacht. Indes schlugen heimische Zielfahnder nun erneut zu – diesmal in Wien.

Um rund 20 Millionen Euro soll der Ex-Bankmanager Alexander Gitelson die Stadtregierung St. Petersburg geprellt haben – für Bauvorhaben ausgeschüt-

tes Geld sei direkt in seine Taschen geflossen. Nach internationaler Fahndung ging der Ex-Bankmanager im April 2013 im Mostviertel

VON KLAUS LOIBNEGGER

ins Netz. Nach seiner Auslieferung an Russland wird ihm nun der Prozess gemacht. Vier Jahre Gefängnis – so die Forderung der Staatsanwaltschaft.

Flüchtiger (36) in Hotel verhaftet

In Österreichs Bundeshauptstadt indes können die heimischen Zielfahnder einen Erfolg feiern: Ein per Haftbefehl wegen Diebstahl, gefährlicher Drohung, Körperverletzung und Urkundenunterdrückung gesuchter Verdächtiger ging ins Netz. In einem Hotel in der Hütteldorfer Straße in Wien-Penzing schlugen die Ermittler zu, legten dem 36-Jährigen die Handschellen an.



Banker Gitelson (kl. Foto) soll St. Petersburg um Millionen geprellt haben. In Niederösterreich gefasst, nun in Russland vor Gericht.

AB 18.11.14

Gudrun, die Frau ohne Nachnamen

Interview. Die Tochter des FPÖ-Politikers Siegfried Kampl distanziert sich von den Aussagen ihres Vaters

VON MICHAELA REIBENWEIN

Der Weg in das Atelier ist steinig. Fünf Stockwerke hoch. Der historische Aufzug in dem alten Fabrikgebäude in Wien-Landstraße ist schon lange kaputt. Die Lackdämpfe ab Stockwerk Nummer vier zeigen: Es ist der richtige Weg. Und zwar einer, der in einen großen, offenen Raum führt. Holzdielen, weiß gestrichene Holzbalken. An den Wänden dunkelrote Schriften aus Samt und silberne Installationen. Hier arbeitet Gudrun. Die Tochter von Siegfried Kampl, dem Bürgermeister von Gurk in Kärnten, der mit nationalsozialistischen Aussagen immer wieder aufhorchen lässt. Und gegen den ein Verfahren wegen Verhetzung von der Staatsanwaltschaft gerade eingestellt worden ist (siehe Zusatzbericht). Im September hat Gudrun, die Künstlerin, ihren Nachnamen abgelegt. Aus Emanzipation, sagt sie.

KURIER: Liebe Frau ... wie nenne ich Sie jetzt am besten?
Gudrun: Am besten Gudrun (lacht).

Gut. Also Gudrun. Den Nachnamen abzulegen ist ein starker Schritt. Was war der Auslöser?

Im September hat mein Vater in der *Kleinen Zeitung* wieder schwierige Aussagen gemacht. Das war mir dann genug. Ich distanziere mich davon, ich vertrete die Ansichten nicht. Das war meine Art, Stellung zu nehmen. Auch wenn ich nicht Stellung nehme.

Betrifft das nur den Künstlernamen oder war das tatsächlich eine Namensänderung?

Ich werde das „Kampl“ so wieso nicht los, der Name wird mich immer begleiten. Also brauche ich ihn privat nicht ablegen.

Bisher haben Sie nie Stellung bezogen. Warum jetzt?

Ich dachte, wenn ich nichts sage, entkomme ich dem. Aber dem ist nicht so.



Ein Leben für die Kunst: Gudrun, eine Schülerin von Maria Lassnig lebt seit 40 Jahren in Wien. Die „Tochter von“ schwebt seit jeher über ihrer Arbeit

Ich werde mich immer äußern müssen, das ist eine Art Schicksal.

Sind Sie ein politischer Mensch?

Alltagspolitik ist nicht meines. Aber man kann nicht gänzlich unpolitisch sein. Selbst wenn man unpolitisch ist, ist das politisch. Das erste Mal bin ich im Gymnasium in Wien mit Politik konfrontiert worden. Julius Mende, ein Kommunist, war damals mein Lehrer.

Ist der Name Kampl in Künstlerkreisen ein Problem?

Nicht wirklich. Galerien ignorieren ihn. Darum gibt es aktuell ja auch eine „Gudrun xxx“. Aber mein Elternhaus war immer bekannt. Und es war immer Thema. Ich bin die „Tochter von“. Ich lebe seit 40 Jahren in Wien. Ich will über die Kunst definiert werden. Und dafür bin

ich emanzipiert genug. Ich werde als eigenständig wahrgenommen.

Diskutieren Sie mit Ihrem Vater über Politik?

Wir haben genug gestritten, man wird müde. Er hat keine Worte für meine Kunst. Ich habe keine für seine politischen Aussagen. Wir sind wie Tag und Nacht. Ich wundere mich manchmal, warum wir so unterschiedlich denken. Wir sind grundsätzlich unterschiedliche Menschen. Aber wir bemühen uns beide im Umgang miteinander.

Wie gehen Sie dann mit solchen Aussagen um? Zuletzt wurde er wieder zum Bürgermeister von Gurk gewählt.

Bekannte und Freunde machen mich darauf aufmerksam. Ich selbst bekomme das sonst gar nicht mit. Aber es gibt für mich den Siegfried Kampl, den Vater. Und den Siegfried Kampl, den Politiker. Er war ein lieber Vater, großzügig und hilfsbereit. Als Politiker ist er wahrscheinlich deshalb beliebt.

Aber er ist in seinem Denken in der Geschichte seines Vaters hängen geblieben.

Hat er Ihren Weg unterstützt?

Ich habe schon immer ge-

hört: Kunst ist brotlos. Er hat keinen Zugang dazu. Aber er ist sehr wohl stolz, wenn seine Tochter, die Alleinerzieherin und Künstlerin, dann in der Zeitung steht.

Verbotsgesetz: Kampl muss keine Anklage befürchten

Einstellung. Auf seine Parteifreunde ist Siegfried Kampl nicht gut zu sprechen: „Die wissen genau, dass ich nie ein Gestriger war und nie einer sein werde“, sagte der eben wiedergewählte Bürgermeister der Kärntner Gemeinde Gurk am Freitag. Und meinte damit FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache und den blauen Landesparteiobmann Christian Ragger. Die hatten im vergangenen Herbst genug von dem 78-Jährigen, nachdem der in einem Inter-

view mit der *Kleinen Zeitung* erklärt hat: „Nur von dem, was sie gemacht haben, distanzieren ich mich, nicht vom Nationalsozialismus.“

Die Staatsanwaltschaft hat nun, wie der ORF gestern berichtete, ein auf das Interview eingeleitetes Verfahren wegen eines möglichen Verstoßes gegen das Verbotsgesetz eingestellt. Ragger sah in den Aussagen hingegen die „ewiggestrigen Ansichten eines Wiederholungstäters“. Bereits 2005 hatte Kampl De-



S. Kampl (FPÖ) distanziert sich nicht vom Nationalsozialismus

serteure der Wehrmacht als „zum Teil Kameradenmörder“ bezeichnet. Dieses Mal reagierte die FPÖ mit Rauswurf. Das Ausschlussverfahren gegen Kampl ist aber nach dessen Einspruch weiter schwebend.

KURIER PRÄSENTIERT
• MICHAEL NIAVARANI •
— Die unglaubliche Tragödie von —
Richard III.
Frei nach William Shakespeare
Eine Komödie von und mit Michael Nivaranani
JETZT 10 ZUSATZVORSTELLUNGEN!
12., 13., 20. April sowie 4., 12., 18., 19., 25., 26. und 28. Mai jeweils 19.30 Uhr
Tickets ab sofort unter: www.globe.wien
Globe Wien | Marx Halle | Karl Farkas Gasse 10 | 1030 Wien

Wien Ärzte-Streit: Kammer sieht etwas Bewegung

Misstrauensantrag. Die Wiener Ärztekammer sieht in der Debatte um die Umsetzung des neuen Arbeitszeitgesetzes im Krankenanstaltenverbund (KAV) nach dem Krisengespräch am Donnerstagabend zumindest ein bisschen Bewegung. „Es gibt die Tendenz, sich aufeinander zuzubewegen“, sagt der neue Verhandlungsleiter der Kammer, Hermann Leitner.

Ressortchefin Sonja Wehsely (SPÖ) hatte angekündigt, in den kommenden zehn Tagen nachzuschärfen und offene Interpretationsfragen klären zu wollen. Ob sich das ausgeben kann, werde sich herausstellen, meinte der Kurien-Obmann der An-

gestellten Ärzte. „Wir sind auf Drängen der Stadträtin so verblieben, dass wir weiterhin in Kontakt stehen“, sagt Leitner. Sollte es zu Neuverhandlungen kommen, würde auch die neue Ärzte-Gewerkschaft Asklepios mit am Verhandlungstisch sitzen, sagt Asklepios-Obmann Gernot Rainer. „Nachjustierungen allein sind nicht akzeptabel.“

Indes wurde am Freitag in einer Sondersitzung des Gemeinderats die Situation im KAV erörtert. Laut FPÖ grassieren dort „Chaos, Miss- und Freunderwirtschaft“. Die Blauen brachten einen Misstrauensantrag gegen Wehsely ein – dieser wurde abgelehnt.

JUSTIZ Polizeigewalt: Ermittlungen nach Eisenstadt delegiert

Wien/Burgenland. Nach den Gewalt-Vorwürfen einer 47-Jährigen Wienerin gegen Beamte der Bereitschaftseinheit wurde die Klärung der Umstände nun der Staatsanwaltschaft Wien entzogen und nach Eisenstadt delegiert. Diese Entscheidung sei notwendig, „um jeden Anschein von Befangenheit zu vermeiden“, gab Behörden-sprecher Michael Klackl am Freitag bekannt.

Die 47-Jährige war in der Silvesternacht auf dem Gelände einer Tankstelle aus offener nichtigem Anlass festgenommen worden, wobei die Szenen von einer Überwachungskamera erfasst wurden und auf einem halb-

stündigen Video dokumentiert sind. Nach der Amtshandlung, bei der es zu Gewalttätigkeiten gekommen sein dürfte, wurden bei der Frau im Wiener AKH unter anderem ein Bruch des Steißbeins, Prellungen von Schädel und Knie sowie Blutergüsse festgestellt.

Nun wird in Eisenstadt aber nicht nur wegen der Vorwürfe gegen die Exekutivbeamten, sondern auch gegen die Frau ermittelt. Die Anklagebehörde wird das gegen die Frau laufende Verfahren wegen versuchten Widerstands gegen die Staatsgewalt und schwerer Körperverletzung weiter bearbeiten.

Samstag, 14.03.2015

Suche: [Fachbereiche A-Z](#) [Gesundheitspolitik](#) [Praxis](#) [Leben](#) [Fortbildung](#) [Fachliteratur](#) [Termine](#) [Pharma](#) [Partner](#)[HOME](#) / [APA-ARTIKEL](#)

APA-ARTIKEL

13. März 2015

Spitalsärzte - Wiener KAV-Einigung soll nachgeschärft werden

Die Einigung für die Spitäler des Wiener Krankenanstaltenverbundes (KAV) in der Frage des neuen Arztarbeitszeitgesetzes soll nachgeschärft werden. Das ist das Ergebnis eines spätabendlichen Krisengesprächs am Donnerstag zwischen Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely (SPÖ), der Gewerkschaft sowie der Ärztekammer. Zuvor hatte die Kammer das Paket abgelehnt, die Gewerkschaft es jedoch angenommen.

Nach dem negativen Votum der KAV-Ärzte hatte die Wiener Ärztekammer Nachverhandlungen gefordert. Diese werde es auch weiterhin nicht geben, betonte Wehsely gegenüber der APA. Die Einigung stehe, allerdings gebe es teils durchaus noch unterschiedliche Interpretationen in der konkreten Umsetzung. "In den nächsten zehn Tagen sollen offene Punkte und Interpretationsfragen geklärt werden", so die Stadträtin.

Dabei spreche man vor allem mit der Gewerkschaft, die das Paket in ihrer Vorstandssitzung am Donnerstagabend abgenickt hat. Aber auch die Ärztekammer sei zu einem Dialog eingeladen, in dem alle strittigen Punkte noch einmal auf den Tisch gelegt und debattiert werden sollen. "Alle Sorgen sollen besprochen, alle Dissenspunkte eingebracht werden", meinte Wehsely.

Zusätzlich sollen neue Vereinbarungen - außerhalb der Einigung - für mehr Sicherheit und Klarheit im Umsetzungsprozess sorgen, so Wehsely. Dabei gehe es etwa darum, wie die Implementierung des neuen Pakets konkret ablaufen soll oder wer in welcher Form daran beteiligt ist. Damit will die Stadt vor allem einer Forderung der Gewerkschaft nachkommen, gleichzeitig aber auch der derzeit teilweise herrschenden Skepsis hinsichtlich tatsächlicher Strukturreformen entgegenwirken.

An dem laut Wehsely "guten und langen" Gespräch beteiligte sich neben Vertretern der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, darunter Vorsitzender Christian Meidlinger, sowie des KAV auch der Kurienobmann der angestellten Ärzte, Hermann Leitner, der das Verhandlungsteam der Ärztevertreter künftig leiten soll. Kammer-Chef Thomas Szekeres, dessen Unterschrift unter der Einigung steht, blieb dem Krisengipfel hingegen fern und wird auch künftig nicht mehr verhandeln.

Den Vorwurf des Kammerpräsidenten, die Stadt habe sich bisher nicht um die Umsetzung der Rahmenbedingungen gekümmert und sei so vertragsbrüchig geworden, ließ Wehsely heute nicht gelten. "Die Prozesse laufen", erklärte sie. So gebe es beispielsweise bereits jetzt eine zentrale Notaufnahme im Krankenhaus Hietzing, weitere würden folgen. Auch am mitverantwortlichen Tätigkeitsbereich, der mehr Aufgaben auf die Pflege übertragen soll, arbeite man schon seit 2011.

Wenige Stunden zuvor hatte sich die Kurie der Ärztekammer noch recht unversöhnlich gezeigt. Am 23. März wollen die Wiener Ärzte auf die Straße gehen und demonstrieren.

apa.at

APA – Austria Presse Agentur, 2015

[Permalink](#)[Übersicht](#) [Drucken](#) [Bookmarken](#) [Kommentar](#)

Zu diesem Thema wurden noch keine Kommentare abgegeben.

Mehr zum Thema

- » [Spitalsärzte - Wiener KAV-Debatte: Kammer sieht Bewegung](#)
- » [Spitalsärzte: Wiener KAV-Ärzte 2 - Folgen des Votums noch unklar](#)
- » [Spitalsärzte - Neue Dienstzeiten: Wiener KAV kürzt 382 Arztstellen](#)
- » [Spitalsärzte - KAV-Chef beteuert: Reden intensiv mit den Ärzten](#)
- » [Spitalsärzte - Urabstimmung auch bei Wiener KAV-Medizinern](#)
- » [Spitalsärzte - AKH-Wien-Verhandlungsrunde wieder ohne Ergebnis](#)
- » [Spitalsärzte - Wiener Mediziner demonstrieren am 23. März](#)
- » [Spitalsärzte - Wiener KAV-Ärzte lehnen neue Arbeitszeitregelung ab 1](#)
- » [Spitalsärzte - Gewerkschaft bedauert Ablehnung im Wiener KAV](#)
- » [Spitalsärzte - Vorerst noch keine Einigung in OÖ](#)

Seite 1 >>

[» Ärzte](#) [» Krankenhäuser](#) [» Arbeitsrecht](#) [» Wien](#) [» Medizin](#) [» Politik](#)
[» Finanzen](#)

ÖSTERREICH



±AUSLANDSAMBITION
Nach Finnland zieht es die Jungmedizinerin Sarah Schober. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat für sie Priorität.



STREIKSTREBEN
Für Gernot Rainer agiert die Ärztekammer zu lasch. Der Lungenfacharzt hat eine eigene Gewerkschaft gegründet und will streiken.

VON JAKOB WINTER
FOTOS VON MICHAEL RAUSCH-SCHOTT

Es war ein ruhiger Nachtdienst. Keine Komplikationen, sechs Stunden Schlaf. Peter Poslussny, der im Wiener Kaffeehaus Frauenhuber an seiner Melange schlürft, bleibt dennoch wenig Zeit zur Entspannung.

Der 49-jährige Herzchirurg ist seit über 20 Jahren im Wiener Spitalswesen aktiv. Als er angefangen hat, seien die Arbeitsbedingungen noch „viel härter“ gewesen. Acht Nachtdienste im Monat und 70 Wochenstunden habe er damals heruntergespult, aber das nahm er einfach „in Kauf“. Denn im Vergleich zu heute verdiente er „Geld wie Mist“. Die hohe Belastung hat aber auch ihre Kehrseiten: „Wir haben eine sehr hohe Scheidungsrate in unserer Berufsgruppe.“ Poslussny weiß, wovon er spricht. Er ist selbst geschieden.

In seiner langjährigen Tätigkeit hat er viel erlebt: Operationen etwa, bei denen nur Millimeter zwischen Leben und Tod entschieden. So schnell bringt ihn heute nichts mehr aus der Fassung. Und doch beunruhigen ihn die Streitigkeiten zwischen dem Wiener Krankenanstaltenverband (KAV), der Ärztekammer und der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten. Wegen einer EU-Verordnung muss ein neues Dienstrecht beschlossen werden, das die Ärzte-Arbeitszeit auf maximal 48 Wochenstunden reduziert.

Poslussny ist einer von 3200 betroffenen Ärzten in Wien.

Nach zähen Verhandlungen ließ die

Wiener Ärztekammer ihre Mitglieder, die beim KAV beschäftigt sind, am Montag der Vorwoche über das Verhandlungsergebnis abstimmen. Poslussny hat gegen die vermeintliche Einigung gestimmt, so wie 87 Prozent seiner Kollegen. Das deutliche Votum ist symptomatisch für das brüchige Vertrauen der Ärzteschaft in Dienstgeber und Standesvertretung. Vor allem viele junge Ärzte wenden sich enttäuscht ab. Sie gehen zur Selbsthilfe über – oder flüchten ins Ausland.

Für Poslussny ist das keine Option. „Ich bin durch mein Alter gebunden. Ich habe mein Haus, meine Spitalsstelle, meine Privatordination und mein soziales Umfeld in Wien.“ Angebote von Headhuntern aus anderen Bundesländern habe er deshalb ausgeschlagen.

Das Abstimmungsergebnis nennt der Mediziner einen „Denkzettel“ für die Verhandler. Bemerkenswert ist das vor allem deshalb, weil er nebst seiner Spitalstätigkeit selbst Ärztekammer-Funktionär ist. Er gehört der Kurie der angestellten Ärzte an. Sein Kammerpräsident Thomas Szekeres saß nicht nur im Verhandlungsteam, er unterschrieb sogar die Einigung mit dem KAV. Dass die Kammer jetzt Neuverhandlungen fordert, ist für Poslussny kein

„Wenn alle Ärzte geschlossen auf die Straße gehen, hält das die Politik nie durch.“

Gernot Rainer, Lungenfacharzt

Widerspruch: Denn die Kammer habe de jure „nichts zu plaudern“. Vielmehr sei sie bei den Verhandlungen nur Zuseher gewesen. Die Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely sei jedenfalls gut beraten, die Kammer, die immerhin alle Ärzte vertrete, einzubinden.

Als Oberarzt verdient Poslussny heute zwischen 6000 und 7000 Euro netto (inklusive Sonderklassegehalt). Geht es nach ihm und seinen Mitstreitern der Kurie, soll das auch in Zukunft so bleiben – trotz reduzierter Arbeitszeit. Dafür müsste das Grundgehalt deutlich angehoben werden.

Für die Ärztekammer geht es auch um das eigene Budget: Die Kammerbeiträge werden prozentuell vom Grundgehalt abgezogen. Höhere Gehälter bedeuten also mehr Geld für die Kammer.

Von seiner Standesvertretung fühlt sich Gernot Rainer schon seit Jahren nicht mehr repräsentiert. Der 36-jährige Lungenfacharzt bescheinigt der Ärztekammer wegen ihrer vielen Kurien und Fraktionen „Handlungsunfähigkeit“. Er spricht sogar von einem „Scheitern der Interessensvertretungen“ – und meint damit auch die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten.

Rainer stammt aus einer Kärntner Ärztefamilie und praktiziert im Otto-Wagner-Spital auf der Baumgartner Höhe. Er gehört einer neuen Generation von Mediziner an. Geld ist ihm nicht so wichtig. Zwar kennt auch er das Spitalsleben mit bis zu 60 Wochenstunden. Nach der Geburt seines Sohnes vor knapp drei Jahren sei das aber zum „Alptraum“ geworden.

„Geld wie Mist“

Zwischen Besitzstandswahrung, Streikdrohung und Auslandsträumen: Drei Mediziner erklären, was der Wiener Ärzteschaft fehlt.



GREMIENGLAUBE

Der Herzchirurg Peter Poslusny kennt das Wiener Spitalswesen seit über 20 Jahren. Er vertraut in die Kraft seiner Ständesvertretung.

Nun ist er seit einem Jahr in Elternteilzeit – als erster Mann an seinem Spital machte er von dieser Möglichkeit Gebrauch. Er verdient jetzt 2000 Euro netto. Reich wird er damit nicht, aber es bleibt ihm Zeit für die Familie.

Ursprünglich begrüßte Rainer die geplante Reduktion der Ärztarbeitszeit. Doch als er mit ansehen musste, wie sich die Verhandlungspartner um eine Lösung drückten und Ausnahmeregelungen formulierten, hat es ihm gereicht.

Kurzerhand gründete er die Ärztegewerkschaft Asklepios (so heißt der griechische Gott der Heilkraft) aus einer „persönlichen Frustration“ heraus, wie er sagt. Rainer hat den richtigen Zeitpunkt erwischt: Der Elitenverdross treibt der neuen Bewegung die Ärzte nur so zu. Innerhalb weniger Wochen kletterten die Mitgliederzahlen auf über 900 in Wien, mehr als 1700 sind es bereits in ganz Österreich. Und das, obwohl die Neo-Gewerkschaft noch keinerlei Infrastruktur zu bieten hat.

Rainer machte im Vorfeld der Abstimmung für eine Ablehnung mobil und stimmte selbst „reinen Gewissens“ dagegen. Dass die geplante Kürzung von 382 Dienstposten durchsickerte, brachte die Stimmung zum Kippen, meint er: Das entspreche zwölf Prozent der Ärzteschaft in den KAV-Spitalern. „Die Bevölkerung wächst und wird älter, sie braucht also mehr Medizin“, der Arbeitsaufwand werde sicher nicht weniger. Vor diesem Hintergrund habe es „irrsinnige Angst“ der Ärzte vor einer „massiven Arbeitsverdichtung“ gegeben.

Die Ärztekammer agiert in Rainers Augen viel zu lasch. Er hingegen redet offen von Streikmaßnahmen. „Man kann ein Land nicht ohne Spitäler und Spitäler nicht ohne Ärzte betreiben. Wenn alle Ärzte geschlossen auf die Straße gehen, hält das die Politik nie durch“, übt er sich bereits im Säbelrasseln. Der Kammer und der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten spricht er die Legitimation ab. In Zukunft will er selbst die Gehaltsverhandlungen für die angestellten Ärzte führen.

Trotz verhärteter Konfliktlinien sieht auch Rainer ein, dass das teure Spitalswesen zurechtgeschrumpft werden muss. Dazu brauche es aber Investitionen in den niedergelassenen Bereich, sonst verschärfe sich die Zweiklassenmedizin weiter, warnt er.

Auf die Entlastung der Kliniken will Sarah Schober nicht mehr warten. Die 27-jährige angehende Medizinerin träumt von einem Leben in Finnland. Mit Holzhaus. Schober wird die zweite Hälfte ihres klinisch-praktischen Jahres im hohen Norden absolvieren.

Wenn sie von ihren Praktika in Finnland erzählt, kommt sie ins Schwärmen: „Dort gibt es überhaupt keine Hierarchien, der Chefarzt stellt sich mit seinem Vorna-

men vor.“ Und die Wissensvermittlung habe einen höheren Stellenwert: „Wenn du in Österreich im OP etwas fragst, läufst du Gefahr, rausgeschmissen zu werden. In Finnland wundern sie sich, wenn du nichts fragst.“ Die aktuellen Streitereien haben Schober in ihrem Auslandsplan noch weiter bestärkt.

Sie ist kein Einzelfall. Jeder zweite österreichische Medizin-Student plant nach dem Studienabschluss den Sprung ins Ausland. Das ergab eine Befragung der Hochschülerschaft an der Wiener Medizinuni, deren Vorsitzende Schober ist. Österreich droht wegen der Abwanderung ein Ärztemangel, obwohl so viele Mediziner ausgebildet werden wie in kaum einem anderen Land.

Das kümmert Schober nicht. In Finnland, glaubt sie, ist die Vereinbarkeit von Spitalstätigkeit und Familie viel einfacher zu bewältigen. Das ist ihr besonders wichtig, weil sie bereits zwei Kinder hat. Ihr Freund, der wie sie Medizin studiert, wird sich ebenfalls um eine finnische Spitalstelle bewerben.

Finanzielle Erwägungen spielen für Schober kaum eine Rolle. Von ihrer Arbeit will sie sich lediglich ihr Leben finanzieren können. Deutlich wichtiger sind ihr aber Freizeit und Lebensqualität. Immer wieder spricht sie von der „work-life-balance“. Und die sei in Österreich derzeit nicht gewährleistet. Ändert sich bis zum Abschluss ihrer Ausbildung nichts daran, kann sich Schober sogar vorstellen, längerfristig in Finnland zu bleiben. Sie wird dem österreichischen Gesundheitssystem fehlen. ■

„Wenn du in Österreich im OP etwas fragst, läufst du Gefahr, rausgeschmissen zu werden.“

Sarah Schober, Medizinstudentin

Wiener Ärzte: Neues Team verhandelt

16. März 2015, 16:32

Mittwoch Treffen mit Wehsely, Nachbesserung möglich

Wien - Nun gibt es doch ein bisschen Bewegung bei den Ärzten der Wiener Gemeindespitäler und das gleich auf mehreren Ebenen. Die Ärzte hatten vergangene Woche den neuen Dienstvertrag mehrheitlich abgelehnt. Nach kurzer Ratlosigkeit bei Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely (SPÖ), die Nachverhandlungen bisher ausschloss, wurde zum informellen Gespräch geladen.

Davor gab es noch eine nicht ganz reibungslose Sitzung in der Kurie der angestellten Ärzte der Wiener Ärztekammer. Mit dem Ergebnis, dass die Gespräche nicht mehr Chefsache sind, sondern statt Ärztekammerpräsident Thomas Szekeres sein Vize Hermann Leitner übernehmen wird.

Demonstration geplant

Wehsely will in den nächsten zehn Tagen nachschärfen und offene Interpretationsfragen klären. Ein neues Treffen findet am Mittwoch statt. Leitner will zunächst intern die weitere Vorgehensweise abklären. Nachjustierungen gibt es aber beim ganzen Verhandlungsteam. Denn die Ärztekammer hat sich dazu entschlossen, die neue Ärztegewerkschaft Asklepios mit an Bord zu holen.

Bisher war das Verhältnis eher angespannt: Dass er jetzt dazu eingeladen wurde, gegebenenfalls mit(nach)zuverhandeln, überrascht auch Gernot Rainer, Gründer der Gewerkschaft. Aus seiner Sicht habe die Ärztekammer ein "Glaubwürdigkeitsproblem", da das Verhandlungsergebnis von Szekeres unterzeichnet wurde. Asklepios habe mittlerweile 900 Mitglieder, und das sei ein "legitimer Anspruch" auf Vertretung, sagt Rainer im Gespräch mit dem STANDARD.

Für nächsten Montag ist eine Demonstration geplant, organisiert von der Ärztekammer. Leitner hatte bereits angekündigt, bei einem Einlenken der Stadträtin die Demo abzusagen. Das ist Rainer zu früh, er würde sogar einen Schritt weitergehen und denkt an Streik, sollte Wehsely nicht dazu bereit sein nachzubessern. (mte, DER STANDARD, 17.3.2015)

© derStandard.at GmbH 2015

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.



Mak-Installation wird zur Bühne SZENARIO Seite 11

Anna Fenninger holt Schwung SPORT Seite 12

derStandard.at/Inland

Mindestsicherung soll flexibler werden

Damit Bezieher von Mindestsicherung häufiger Jobs annehmen, sollen die Zuverdienstmöglichkeiten ausgeweitet werden. Dass die jetzige Regelung nicht funktioniert, haben Experten bereits vor Jahren bemängelt.

Günther Oswald

Wien – Nur elf Prozent der Mindestsicherungsbezieher haben nach einem Jahr einen Job, der ihnen so viel einbringt, dass sie auf keine Unterstützung des Staates mehr angewiesen sind. Bei einem guten Drittel aller rund 238.000 Bezieher (Stand 2013) gibt es nach zwölf Monaten zumindest eine Verbesserung bei der Erwerbsituation (sie arbeiten mehr Stunden oder haben bessere Jobs).

Nach Ansicht der Regierung gibt es hier aber noch Verbesserungspotenzial. Wie berichtet, wird – vor allem auf Drängen der ÖVP – an Modellen gearbeitet, die auf stärkere Arbeitsanreize für Mindestsicherungsbezieher hinauslaufen. Ausformulierte Vorschläge gibt es zwar noch nicht, laut Verhandlerkreisen geht es aber darum, flexiblere Zuverdienstgrenzen zu schaffen.

Nur 120 Euro Freibetrag

Derzeit gibt es nur einen starren Freibetrag von rund 120 Euro (wobei es Unterschiede zwischen den Bundesländern gibt). Das heißt: Jeder Einkommenseuro, der über den 120 Euro liegt, wird dem Betroffenen von der Mindestsicherung abgezogen. Ein konkretes Beispiel, das nun in ÖVP-Kreisen genannt wird: Ein Ehepaar mit drei Kindern bekommt in Wien rund 1800 Euro Mindestsicherung. Um auf diese Nettosumme zu kommen, bräuchte man ein Bruttoeinkommen von 2800 Euro. Angesichts des geringen Freibetrags und der statistisch eher schlechten Ausbildung von Min-



Ein schwieriges Unterfangen für die Regierung: Für Bezieher von Mindestsicherung soll es stärkere Arbeitsanreize geben. Der Pfusch am Bau soll dafür möglichst reduziert werden.

destsicherungsbezieher, sei das aber fast unmöglich.

An der Sinnhaftigkeit der Regelung wurde bereits 2012 bei einer ersten Evaluierung im Auftrag des Sozialministeriums durch die L&R Sozialforschung gezwweifelt. Es bestünde nur eine „reduzierte Motivation“, die Erwerbstätigkeit auszuweiten, hieß es damals. Für die Studie wurden Interviews bei den Sozialbehörden durchgeführt. Die Befragten sprachen dem Wiedereinsteiger-Freibetrag daher „keine positive Wirkung auf die Arbeitsmarktintegration“ zu.

Daher wird nun überlegt, höhere und schlechter greifende Freibeträge einzuführen. Verhandelt werden muss das Thema auch mit den Ländern, die für den Vollzug der Mindestsicherung zuständig sind. Vorbild könnte jedenfalls das Kombiwohnmodell sein, das es bereits beim Arbeitsmarktservice

(AMS) gibt. Wie das funktioniert? Um die Annahme eines Jobs attraktiver zu gestalten, bekommt man zusätzlich zum Gehalt 30 Prozent des bisherigen Arbeitslosgeldes (maximal ein Jahr lang).

Klausur soll Klärung bringen

Erste Details könnten nächste Woche bei der Regierungsklausur in Krenns präsentiert werden. Neben Bildung und Integration soll dort der Arbeitsmarkt ein Schwerpunktthema sein. Auch das lang versprochene Bonus-Malus-System für ältere Beschäftigte soll präsentiert werden.

Wie berichtet wurde dieser Streitpunkt wegen der Wirtschaftskammerwahl aufgeschoben. Kammer-Präsident Christoph Leitl ist strikt dagegen. Unternehmen zu bestrafen, die zu wenig ältere Mitarbeiter beschäftigen, im Regierungsprogramm hat die ÖVP

aber bereits ihre grundsätzliche Zustimmung zu dem Vorschlag erteilt. Für Betriebe mit mehr als 25 Mitarbeitern soll eine verpflichtende Beschäftigungsquote für ältere Mitarbeiter festgelegt werden (nach Branchenschnitt).

Zu klären sind in den nächsten Wochen aber auch noch zahlreiche Fragen, die alle unter dem Titel „Sozialbetrag“ subsumiert werden. In Summe möchte sich das Finanzministerium in diesem Bereich 200 Millionen an nicht gerechtfertigten Auszahlungen ersparen. Bei der E-Card sollen beispielsweise die Ärzte und Krankenhäuser zu strengeren Personalkontrollen angehalten werden. Auch im Bereich des Krankenstandsmissbrauchs sind engmaschigere Kontrollen geplant. Und schließlich sind zahlreiche Maßnahmen gegen Scheinfirmen am Bau geplant.

Dienstautos: Auch ein Porsche kann ökologisch sein

Wien – Privat genutzte Dienstautos sollen künftig stärker besteuert werden, zumindest wenn sie gewisse Auflagen nicht erfüllen. Bei Fahrzeugen, deren CO₂-Ausstoß pro Kilometer mehr als 120 Gramm beträgt, wird ein Sachbezug (der zu versteuern ist) von zwei Prozent des Anschaffungswerts angenommen. Der maximale Sachbezug wird ab 1. Jänner bei 960 Euro liegen (bisher 720 Euro). Unter 120 Gramm CO₂ fallen – wie bisher – nur 1,5 Prozent an.

Die Liste an Fahrzeugen, die ökologisch genug sind, ist freilich lang – auch im gehobenen Segment –, wie das Vergleichsportal Autoverbrauch.at zeigt. Ein kursorischer Überblick: Bei Audi haben der A6 Avant (Diesel, 140 kW), der A5 Sportback (Diesel, 140 kW), der A4 (Diesel, 140 kW) oder die A3 Limousine (Benzin, 92 kW) einen Ausstoß von 119 Gramm.

Bei Mercedes liegen die Modelle C-Klasse (C250, Diesel, 150 kW), SLK (Benzin, 135 kW), A-Klasse (Diesel, 80 kW) oder B-Klasse (Diesel, 100 kW) knapp unter 120 Gramm. Bei Porsche sind die Hybridmodelle Cayenne II (Benzin, 245 kW), 918 Spyder (Benzin, 447 kW) und Panamera S (Benzin, 245 kW) weit unter der Ökogrenze (alle unter 80 Gramm).

Knapp unter 120 Gramm liegen die Modelle Volvo S80 (Diesel, 64 kW), der Golf Variant (Diesel, 77 kW), Seat Ibiza (Benzin, 63 kW) oder Skoda Octavia (Diesel, 110 kW) – mit jeweils 119 Gramm.

Aus steuerlichen Gründen unattraktiver sind Modelle, die genau bei 120 Gramm oder knapp darüber sind. Etwa der Audi A4 TDI (Diesel, 130 kW), der Golf VII (Benzin, 90 kW), der Volvo 60 (Diesel, 158 kW), der Lexus NX Hybrid (Benzin, 115 kW), der VW Jetta (Benzin, 92 kW) oder die Mercedes A-Klasse (A200, Diesel, 100 kW). Wer Steuern vermeiden will, sollte also einen genaueren Blick auf das Modell werfen. Oder zu einem Elektroauto greifen – diese sind gänzlich von der Sachbezugsregelung befreit. (go)

KURZ GEMELDET

Hypo-U-Ausschuss: Zeugenbefragung ab April

Wien – Die Zeugenbefragung beim Hypo-Untersuchungsausschuss dürfte sich um einige Wochen auf Mitte April nach hinten verschieben. Ursprünglich wurde ein Termin knapp nach Ostern angepeilt, allerdings läuft die Frist für die Aktenlieferung erst Ende März aus. Am Mittwoch nach der Nationalrats-Sondersitzung verhandeln die Fraktionsführer weitere Rahmenbedingungen. (APA)

650 Jahre Uni Wien: Erfolg durch Autonomie

Wien – Der wissenschaftliche Erfolg einer Universität hängt stark mit ihrer Selbstbestimmung zusammen. Das hielten Vertreter mehrerer internationaler Unis im „Vienna Communiqué“ fest, das im Rahmen der Jubiläumskonferenz zum 650-jährigen Bestehen der Universität Wien vergangene Woche entstanden ist. International gebe es zahlreiche Beispiele, die zeigen, dass an autonomen Forschungseinrichtungen leichter Spitzenresultate erzielt werden können. (APA)

Ärzte: Neues Team verhandelt

Mittwoch Treffen mit Wehsely, Nachbesserung möglich

Wien – Nun gibt es doch ein bisschen Bewegung bei den Ärzten der Wiener Gemeindespitaler und das gleich auf mehreren Ebenen. Die Ärzte hatten vergangene Woche den neuen Dienstvertrag mehrheitlich abgelehnt. Nach kurzer Ratlosigkeit bei Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely (SPÖ), die Nachverhandlungen bisher ausschloss, wurde zum informellen Gespräch geladen.

Davor gab es noch eine nicht ganz reibungslose Sitzung in der Kurie der angestellten Ärzte der Wiener Ärztekammer. Mit dem Ergebnis, dass die Gespräche nicht mehr Chefache sind, sondern statt Ärztekammerpräsident Thomas Szekeres sein Vize Hermann Leitner übernehmen wird.

Wehsely will in den nächsten zehn Tagen nachschärfen und offene Interpretationsfragen klären. Ein neues Treffen findet am Mittwoch statt. Leitner will zunächst intern die weitere Vorgehensweise abklären. Nachjustierungen gibt es aber beim ganzen Verhand-

lungsteam. Denn die Ärztekammer hat sich dazu entschlossen, die neue Ärztegwerkschaft Asklepios mit an Bord zu holen.

Bisher war das Verhältnis eher angespannt: Dass es jetzt dazu eingeladen wurde, gegebenenfalls mit(nach)zuverhandeln, überrascht auch Gernot Rainer, Gründer der Gewerkschaft. Aus seiner Sicht habe die Ärztekammer ein „Glaubwürdigkeitsproblem“, da das Verhandlungsergebnis von Szekeres unterzeichnet wurde. Asklepios habe mittlerweile 900 Mitglieder, und das sei ein „legitimer Anspruch“ auf Vertretung, sagt Rainer im Gespräch mit dem STANDARD.

Für nächsten Montag ist eine Demonstration geplant, organisiert von der Ärztekammer. Leitner hatte bereits angekündigt, bei einem Einlenken der Stadträtin die Demo abzusagen. Das ist Rainer zu früh, er würde sogar einen Schritt weitergehen und denkt an Streik, sollte Wehsely nicht dazu bereit sein nachzubessern. (mte)

„Von Männern für Männer“

Attac kritisiert Schieflage – FP will über KEST verhandeln

Wien – Im Ministerrat sollen die letzten Rätsel um die geplante Steuerreform gelöst werden. Da will die Regierung heute, Dienstag, nämlich ihre Pläne detailliert vorlegen. Dass sie die Kritik der globalisierungskritischen Organisation Attac aufgreifen wird, ist eher nicht zu erwarten, weil das grundlegende Umbauen verlangt würde. Denn ein Kritikpunkt richtet sich etwa gegen eine genderspezifische Schieflage bei der Lohnsteuersenkung.

Diese werde zwar grundsätzlich begrüßt, aber in Summe handle es sich um eine Reform „von Männern für Männer“, sagte Ökonomin Elisabeth Klatter von feministAttac. Männer würden nämlich mit 2,8 Milliarden Euro fast doppelt so hoch entlastet wie für Frauen mit 1,5 Milliarden, weil die Absenkung der Steuersätze „ausgerechnet“ die höheren und hohen Einkommen be-

günstige. „In diesen Einkommensbereichen sind Frauen bekanntermaßen geringer vertreten.“

Außerdem vermisst Attac Maßnahmen (Erbschafts- und Vermögenssteuern) gegen die „explodierende Vermögenskonzentration“.

Die Attac-Forderung nach völliger Abschaffung des Bankgeheimnisses wird von den Grünen unterstützt. Parteichefin Eva Glawatschnig ist „da aufgeschlossen“ und will in die Verhandlungen auch die Forderung nach Ökologisierung und stärkerer Besteuerung Vermögens einbringen.

FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache wiederum zeigte – entgegen der bisherigen Position seines Finanzsprechers Hubert Fuchs – am Montag Bereitschaft, über die Kapitalertragssteuer (KESt) zu verhandeln, aber nur, um per Zweidrittelmehrheit selektiv eine Erhöhung bei Sparbüchern zu verhindern. (nim)



Elisabeth Klatter von feministAttac Österreich.

Foto: APA/Neubauer

Ärzttekammer verhandelt ohne Ärztegewerkschaft

MARIE-THERES EGYED

17. März 2015, 09:34

Keine Einigung auf gemeinsame Vorgehensweise für Gespräche mit Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely (SPÖ)

Wien – Die Erwartung war groß, die Enttäuschung ist größer: Montagnachmittag war Gernot Rainer, Gründer der Ärztegewerkschaft Asklepios, mit seiner Stellvertreterin, Anna Kreil, zu Gesprächen bei der Wiener Ärztekammer geladen. Die Ärztekammer wollte gemeinsam mit der neuen Gewerkschaft Nachbesserungen mit Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely (SPÖ) über den Dienstvertrag für die Ärzte der Wiener Gemeindespitäler besprechen. In der Urabstimmung wurde der Vertrag von der überwältigenden Mehrheit abgelehnt.

Doch: "Die Vorstellungen von Gewerkschaft und Kammer liegen zu weit auseinander", sagt Rainer im STANDARD-Gespräch. Es werde nämlich keine neuen Verhandlungen geben, sondern nur Nachschärfungen, die die aus Asklepios' Sicht wesentlichen Dinge, wie die Postenreduktion und die Dienstzeitmodelle, nicht umfassen. Wehsely sei nur bereit, ein Monitoring der Einhaltung der Rahmenbedingungen für die geplanten Umstrukturierungen anzubieten. Die Umstrukturierungen sollen eben zu dem Stellenabbau von 380 Posten führen. Das ist aus Rainers Sicht zu wenig.

Für Ärztedemo mobilisieren

Ein weiterer Punkt, der dem Neo-Gewerkschafter aufstößt: Asklepios darf nicht als Gewerkschaft mit der Stadtregierung verhandeln, sondern muss als Ärztekammer auftreten.

Aufgeben will Rainer aber nicht, sondern will für eine Ärztedemonstration am Montag, 23.3.2015, mobilisieren. Das will aber auch die Ärztekammer, sie hat die Seite Notstandspital ins Leben gerufen, um die Wiener Spitalsärzte besser zu erreichen. (mte, derStandard.at, 17.3.2015)

Link:

[Notstandspital.at](http://notstandspital.at)

© derStandard.at GmbH 2015

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

Bauträger Raab & Raab will unter Neubau auch eine Tiefgarage errichten

Ex-Woolworth-Gebäude in Floridsdorf: 70 Wohnungen und Shops kommen

Stadtrat Michael Ludwig (li.) und Bezirksvorsteher Georg Papai (re.) präsentieren die Pläne für das leer stehende Gebäude am Plus-Parsch-Platz. Wie exklusiv berichtet, entstehen im Erdgeschoß Shops, im ersten Stock Büros, darüber Wohnungen – der Teilabbruch startet im Sommer. Neu: Im „Weissel-Bad“ werden bis 2017 Wohnungen gebaut, ein Teil der Fassade bleibt erhalten.



Foto: PID/lobst



Neue Ärztegewerkschaft fordert Neuverhandlungen

Montag: Ärzte-Demo am Ring!

Die Demo-Route steht: Am Montag ab 16 Uhr sammeln sich die Ärzte bei der MedUni in der Spitalgasse (Alsergrund) zur Groß-Kundgebung der Ärztekammer für bessere Arbeitsbedingungen. Demonstrieren wird auf jeden Fall die neue – im Jänner 2015 gegründete – Ärztegewerkschaft



Gernot Rainer

„Asklepios“. „Die bestehenden Interessenvertretungen haben die Interessen der Ärzte nicht gewahrt“, sagt Obmann Gernot Rainer. 962 Mitglieder hat „Asklepios“ in Wien. „Wir wollen Neuverhandlungen, bei denen wir auch am Tisch sitzen“, fordert Rainer seit Donnerstag auch per Online-Petition.

Seine Wünsche für die neue Arbeitsvereinbarung: keine Dienststellen-Reduktion (der KAV will 382 Posten streichen) und die Möglichkeit für

Von Gerda Mackerle

25-Stunden-Dienste. Beim heutigen Gespräch zwischen Ärztekammer und KAV ist „Asklepios“ vorerst nicht vertreten.

Foto: Ärztekammer/googlemaps, ärztzergewerkschaft.at

Ein Himmel voller Geigen

Wien bietet Kindern und Jugendlichen viele Möglichkeiten, in die Welt der Musik einzutauchen.

Den Einstieg in Melodie, Harmonie und Rhythmus bietet die Musikschule Wien: für junge Menschen bis 25 Jahre.

Unterrichtet werden nahezu alle Blas-, Streich-, Zupf-, Tasten- und Schlaginstrumente, unterschiedliche Gesangsfächer und Tanzstile sowie Jazz, Pop & Rock. Im Schulprojekt ELEMU – Elementares Musizieren – erhalten ganze Volksschulklassen im Regelunterricht ein kostenfreies musikalisches Angebot.

Telefon 01/4000-84410,
www.musikschule.wien.at



Scannen Sie mit Ihrem Handy diesen QR-Code. Dieser führt Sie direkt zum vielfältigen Angebot der Musikschule Wien. Dort finden Sie auch Infos zu Unterrichtsgebühren etc.

**Wien.
Die Stadt
fürs Leben.**
Stadt Wien

Bezahlte Anzeige

Ärzte gehen erneut auf die Straße

Wien. Trotz laufender Gespräche demonstrieren Ärzte heute gegen das neue Arbeitszeitgesetz. Stadträtin Sonja Wehsely kritisiert die Demo scharf, Ärztekammer-Chef Thomas Szekeres kontert.

Wien. Die für heute, Montag, angekündigte Großdemonstration der Wiener Spitalsärzte sorgt bereits im Vorfeld für Unmut. Gestern, Sonntag, kritisierte Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely (SPÖ) in einem Interview mit der APA die Demo und warf der Ärztekammer vor, an der „Eskalationsschraube“ zu drehen. Wehsely kritisierte, dass sich der Protest nicht nur gegen das Verhandlungsergebnis, sondern auch gegen die generelle Situation im Gesundheitssystem richte. „Da wird das allgemeine gesundheitspolitische Waterloo ausgerufen.“ Man versuche offenbar, bewusst eine Eskalation hervorzurufen. „Da werden verschiedene Kammerinteressen bedient, aber gleichzeitig auch die Patienten verunsichert“, so Wehsely. Nachsatz: „Hauptsache, es gibt Aufruhr.“ Weiters kritisiert sie, dass die Ständesvertretung immer wieder versuche, Reformen zu verhindern. Die Ärztekammer sei ein „instabiler Partner“, so die Gesundheitsstadträtin.

Gespräche am Dienstag

Trotz Kritik sollen weiterhin Gespräche stattfinden. Dienstagmittag soll erneut über die Umsetzung des ausverhandelten Pakts gesprochen werden. Dieser sieht eine deutliche Reduktion der Arbeitszeiten bei einem gleichzeitigen Anstieg des Grundgehaltes vor. Die damit einhergehende Einsparung von Dienstposten sorgt für Unmut bei KAV-Beschäftigten.

Für Wehsely soll nach dem morgigen Termin klar sein, „ob es einen gemeinsamen Weg gibt oder nicht“. Das Gehaltsschema könne bereits am Freitag im Landtag beschlossen werden. Die neuen Arbeitszeiten treten gemäß einer EU-Richtlinie am 1. Juli in Kraft.

Der Wiener Ärztekammer-Präsident, Thomas Szekeres, wies daraufhin die Kritik zurück. „Dass wir eskalieren, stimmt nicht“, so Szekeres.



Bereits am 5. März versammelten sich einige hundert Spitalsärzte zu einer Protestkundgebung hinter dem Rathaus.

res via APA. „Wir müssen darauf hinweisen, dass das Gesundheitssystem nicht in so einem guten Zustand ist, wie es die Politik behauptet.“ Er wirft Wehsely vor, dass sie es verabsäumt habe, parallel zum angekündigten Personalabbau Strukturänderungen durchzuführen. Szekeres zeigt sich auch über die Ankündigung erstaunt, dass das Gehaltsschema am Freitag im Landtag abgesegnet werden soll. Man solle die laufenden Gespräche zuerst zu Ende führen und dann beschließen, so der Kammer-Chef. Auch die Wiener ÖVP und FPÖ stellten sich nach Wehselys Kritik hinter die Ärzte und kritisierten die Gesundheitsstadträtin.

„Noch nie in so großer Gefahr“

Die geplante Demo wird heute Nachmittag von der Spitalgasse bis zum Maria-Theresien-Platz

führen. Die Teilnehmer wollen damit aufzeigen, dass die Gesundheitsversorgung „noch nie in so großer Gefahr war wie jetzt“. Der Zug startet um 16.30 Uhr in der Spitalgasse (Treffpunkt 16 Uhr) beim Eingang zur Med-Uni. Einen Spaziergang über den Ring wird es entgegen ursprünglichen Plänen wegen eines Staatsbesuches nicht geben. Die Demo führt nun über

AUF EINEN BLICK

Protest. Der Zug startet um 16.30 Uhr in der Spitalgasse beim Eingang zur Med-Uni. Die Demo führt über die Alser Straße und die Landesgerichtsstraße bis zum Maria-Theresien-Platz. Dort soll ab 18 Uhr die Abschlusskundgebung stattfinden. Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely kritisierte im Vorfeld den Protest. Am Dienstag wird dennoch erneut verhandelt.

die Alser Straße und die Landesgerichtsstraße bis zum Maria-Theresien-Platz. Dort soll ab 18 Uhr die Abschlusskundgebung stattfinden. Geplant ist unter anderem ein Auftritt von Kammer-Präsident Szekeres – der zuletzt auch scharfe Kritik für seine Zustimmung zum ausverhandelten Paket einstecken musste (dass aber bei einer Abstimmung unter den Ärzten klar abgelehnt wurde). Auch Vertreter verschiedener Ärztegruppen werden das Wort ergreifen – etwa Gernot Rainer, Initiator der neuen Ärztegwerkschaft Asklepios.

Auf dem Maria-Theresien-Platz wird auch ein „Vorsorgeort“ für Besucher errichtet – als Warnung an die Patienten. Das soll laut Ärztekammer verdeutlichen, dass Vorsorgeuntersuchungen „schon bald nicht mehr in der gewohnten Qualität möglich sein werden“. (kb/red.)

Kleinparteien vereinen sich zu „Wien anders“

Linke Wahlallianz aus Piraten, KPÖ, Echte Grün u. a.

Wien. Mehrere Wiener Kleinparteien haben sich dieser Tage zu der Wahlallianz „Wien anders“ zusammengeschlossen. Vergangenen Samstag fand der Gründungskonvent in Wien Simmering statt. Zur Spitzenkandidatin wurde die Physiotherapeutin und Umweltaktivistin Juliana Okropiridse gewählt, die auch Vorstandsmitglied der Jungen Piraten Österreichs ist. Platz zwei und drei belegen Dietmar Zach, KPÖ-Landessprecher Wien, und Ulrike Fuchs von der Plattform der Unabhängigen. Neben den Piraten, der Wiener KPÖ und der Plattform der Unabhängigen sind auch Mitglieder von Echte Grün Teil der Wahlallianz.

Das Bündnis versteht sich als Alternative für die österreichische Linke. „Gemeinsam ist uns der Wunsch nach einer Hauptstadt, die für wirklich alle Menschen, die in ihr leben, lebenswert ist. Mit freien öffentlichen Räumen ohne Konsumzwang und Kommerz, mit sozialer Grundversorgung und bezahlbarem Wohnraum für alle Menschen, die hier leben und arbeiten“, heißt es auf deren Website. (red.)

Bluttat im Partykeller: Prozess beginnt

Mordanklage. Jener 17-Jährige, der vorigen Juni seinen Bekannten erschossen haben soll, steht ab heute, Montag, in Graz vor Gericht. Ihm drohen 15 Jahre Haft.

Graz/Wien. Es war eines der erschreckendsten Verbrechen des vorigen Jahres. Als ein heute 17-jähriger in seinem Grazer Partykeller erschoss, nachdem dieser ihn gezwungen haben soll, ein Mädchen zu vergewaltigen. Danach soll der Jugendliche die Leiche gemeinsam mit seinem Großvater nach Ungarn gebracht haben, wie ihm die Staatsanwaltschaft vorwirft. Ab heute, Montag, muss sich der Jugendliche im Grazer Straßengericht vor einem Geschworenensenat verantworten.

Was tatsächlich am 21. Juni 2014 im Keller des Altbaus im Grazer Bezirk Geidorf geschah, ist noch nicht endgültig geklärt. Jedenfalls soll den Angeklagten, Sebastian S., am Tag seine 14-jährige damalige Freundin in der Kellerwohnung, in der er gemeinsam mit seiner Mutter lebte, besucht haben. Marcel S., ein 16-jähriger Bekannter der beiden aus Kärnten, war ebenfalls anwesend.

Dem Mädchen sollen K.-o.-Tropfen verabreicht worden sein, dann sollen beide Burschen sie vergewaltigt haben, ohne dass das Mädchen es bemerkte. Sie konnte sich später allerdings noch vage erinnern, dass sie zwischen durch an Händen und Füßen gefesselt war, mehr wusste sie aufgrund der starken Beeinträchtigung nicht mehr. Am Tag danach

führten die drei mit einem Taxi nach Villach und wieder zurück nach Graz. Der Kärntner soll das Mädchen mehrmals mit einer Gasdruckpistole bedroht haben, damit es nicht wegläuft. Schließlich blieben die beiden in der Wohnung des Angeklagten, während dieser wegging, um Marihuana zu kaufen. Er versperrte die Wohnung und erzählte sogar einigen Freunden, das Mädchen würde bei ihm zu Hause mit einer Gaspistole bedroht werden. Dann fuhr er wieder heim und holte bei seinem Großvater, der im selben Haus wohnte, ein Kleinkalibergewehr.

Nicht die erste Straftat

Marcel S. war zu diesem Zeitpunkt stark alkoholisiert, laut Gutachten waren es rund 2,6 Promille. Der Angeklagte zielte laut Anklage mit dem Gewehr auf ihn und erklärte, er werde das Mädchen jetzt wegbringen. Kurz darauf fiel ein Schuss und traf den 16-jährigen Kärntner am Kopf. Er war sofort tot. Im Vorverfahren hatte der Angeklagte zugegeben, seinen Bekannten erschossen zu haben. Das Motiv: Der Kärntner habe ihn mit vorgehaltener Waffe gezwungen, das Mädchen zu vergewaltigen.

Nach dem Mord verständigte der Bursch seinen Großvater, der mit ihm die Spuren beseitigte und die Leiche wegschaffte. Die beiden

transportierten den Toten in Plastiksäcke gewickelt nach Ungarn, wo sie ihn vergruben. Anschließend führten die beiden nach Niederösterreich, wo die Mutter des Burschen gerade auf Kur weilte.

Beide übernachteten in der Kuranstalt, ehe sie dort schließlich verhaftet wurden. Die Leiche wurde erst Anfang Juli gefunden, nachdem der Bursch die Ermittler an die richtige Stelle führte. Sebastian S. muss sich nun wegen Mordes, Störung der Totenruhe und absichtlicher schwerer Körperverletzung verantworten. Denn der Fall im Juni 2014 soll nicht seine erste Straftat gewesen sein. Im Februar desselben Jahres soll er einem 13-jährigen mit einer Gasdruckpistole ins Gesicht geschossen haben.

Der Prozess wurde auf zwei Tage anberaumt. Im Fall einer Verurteilung wegen Mordes drohen dem Jugendlichen bis zu 15 Jahre Haft. Das Verfahren wegen Vergewaltigung und Freiheitsentziehung wurde vorerst eingestellt. Er kann deshalb aber zu einem späteren Zeitpunkt noch angeklagt werden.

Der Großvater des Burschen wurde wegen Störung der Totenruhe angeklagt, ist aber zum Verhandlungstermin beim Bezirksgericht nicht erschienen, ein weiterer Termin wurde noch nicht bekannt gegeben. (ag/cim)

NACHRICHTEN

NÖ: 13 Verletzte bei schwerem Busunfall

Ein tschechischer Reisebus ist Sonntagnachmittag im Weinviertel auf der B7 im Bezirk Mistelbach verunglückt. Der mit 17 Personen besetzte Bus stürzte sieben Meter eine Böschung hinunter und blieb seitlich liegen. Drei Personen wurden schwer, zehn leicht verletzt. Sieben Feuerwehrleute, drei Notarztwagen, ein Hubschrauber und zahlreiche Rettungskräfte waren im Einsatz.

Pegida-Demo in Bregenz verlief ruhig

Der Pegida-Umzug und dessen Gegendemo am Sonntagmittag in Bregenz verliefen ruhig. Schätzungen zufolge standen 70 Pegida-Anhänger mindestens 600 Gegendemonstranten gegenüber. Während die Pegida-Anhänger auf dem Kornmarktplatz mit „Maria statt Scharia“-Plakaten aufmarschierten, skandierten 100 Meter entfernt deren Gegner „Nazis raus“. Die Polizei war mit 400 Personen vertreten.

Salzburg: Ein Toter nach Messerstecherei

Bei einer Messerstecherei vergangenen Samstag im Bahnhofsviertel der Stadt Salzburg ist eine Person getötet worden. Eine weitere Person wurde verletzt, ein Verdächtiger wurde festgenommen.

Wien: Eishockeyspieler ging auf Polizist los

Ein italienischer Eishockeyspieler rastete in der Nacht auf Sonntag darauf aus, dass er in Wien Josefstadt festgenommen wurde. In seiner Zelle ging er brutal auf einen Polizisten los. Der Beamte wurde schwer verletzt und musste in ein Spital gebracht werden. Der Mann hatte sich zuvor geweigert, ein konsumiertes Kebab zu bezahlen, worauf ein Streit eskalierte und die Polizei verständigt wurde.

Handgranate bei Gartenarbeit entdeckt

Im Bezirk Oberwart im Südburgenland wurde am Samstag bei der Gartenarbeit eine Handgranate entdeckt. Sie stammt vermutlich aus dem Zweiten Weltkrieg und wurde nach dem Fund fachgerecht durch den Entminungsdienst entsorgt.

Hanfpflanze eines Parksründer entdeckt

Da ein Wiener zahlreiche Straßenzettel für Falschparken nicht gezahlt hatte, stattete ihm die Polizei am Samstag einen Besuch ab. Die Beamten stellten daraufhin in der Wohnung in der Donaustadt eine Hanfpflanze mit 124 Pflanzen und technischen Geräten sicher. Der Mann wurde angezeigt.

Chihuahua löste Verkehrsunfall aus

Ein Chihuahua hat am Sonntag auf der Klagenfurter Schnellstraße S37 einen Unfall verursacht. Der Hund fuhr am Beifahrersitz einer 25-jährigen mit. Die Frau wurde durch das Tier abgelenkt und kam ins Schleudern. Der Pkw überschlug sich mehrmals, die Schwerverletzte wurde ins Klinikum Klagenfurt geflogen. Der Hund lief nach dem Unfall frei umher und wurde von einem Zug erfasst und verletzt. Die S37 war während der Ersterhebung für den gesamten Verkehr gesperrt.

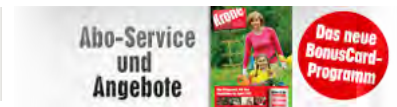
Willkommen | krone.at-Forum | Leser-Aktionen | Login



Krone-Abo
Titelseite
Ticketshop
Mobile Welt



Gebrauchtwagen Immobilien Jobs Kleinanzeigen



Home Nachrichten Sport Stars & Society Digital Freizeit Auto Videos

TV-Programm Horoskop ePaper

Startseite > Nachrichten > Wien: 2.000 Spitalsärzte bei Demo gegen Sparpläne

Facebook Twitter Google+ 30.03.2015 - 16:46

Unmut kundgetan

23.03.2015, 21:06

Wien: 2.000 Spitalsärzte bei Demo gegen Sparpläne



Foto: APA/HERBERT PFARRHOFER

Mehr Nachrichten

- Machte eine Therapie**
Co-Pilot war vor Jahren selbstmordgefährdet
- Drohte mit Bombe**
14-jähriger Dschihadist aus St. Pölten angeklagt
- Neues Schock-Video**
IS-Kindersoldaten führen Geiseln zur Exekution
- Vater eines Opfers:**
"Das Motiv des Co-Piloten ist nicht relevant"
- 2,4 Prozent des BIP**
Hypo-Bad-Bank Heta ließ Budgetdefizit explodieren

Teilen 0

Twittern 0

g+1 0

26 Kommentare

Jetzt kommentieren

Verwandte Themen

Besucher
Gesundheitssystem
Gewerkschaft

Sternspritzer statt brennende Mistkübel: Dass Mediziner-Demos weniger Krawallpotenzial in sich bergen als so manche andere Kundgebungen, hat sich am Montag beim Protestzug der Wiener Spitalsärzte gezeigt. Zwischenfälle wurden nicht gemeldet, aufgeheizt war die Stimmung aber sehr wohl. Laut Ärztekammer taten mindestens 2.000 Menschen ihren Unmut über die geplante Reduktion von Dienstposten kund.

"Das ist fast wie Woodstock", kommentierte eine Aktivistin den Aufmarsch der großteils in weiße Doktormäntel gewandeten Ärzte. Der Umzug fand seinen Höhepunkt am Maria-Theresien-Platz in der Innenstadt. Dort, zwischen Naturhistorischem und Kunsthistorischem Museum, fand am Abend die Schlusskundgebung statt. Ausgangspunkt

Werbung

Thema des Tages: Elektronik



zur Startseite

vor 24 Minuten

"Tier hat gewütet" - Frau in Nepal von Nashorn getötet gewesen.

KAV

Menschen

Politik

Universität

Ärztekammer

Alle Themen



Foto: APA/HERBERT PFARRHOFER

Szekeres: "Für die Situation trägt die Politik die Verantwortung"

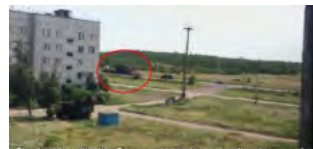
Die Marschroute führte auch am Rathaus vorbei, in dem mit Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely jene Politikerin tätig ist, die den Krankenhausmitarbeitern als eine der Hauptschuldigen für die Misere gilt. "Für die Situation trägt die Politik die Verantwortung", wetterte der Präsident der Wiener Ärztekammer, Thomas Szekeres. Er bekräftigte in seiner Rede lange Wartezeiten in den Spitälern, immer länger werdende Wartelisten auf Operationen sowie den Umstand, dass es immer noch Gangbetten gebe: "Die sind keine Fata Morgana."

Er verwies auf die - auch von ihm unterzeichnete - Vereinbarung mit der Stadt zur Arbeitszeitregelung im Krankenanstaltenverbund, also

Nach Panzerkrankheit Die Schlagzeilen des Tages auf einen Blick

Alles Rund um Computer und Technik gibt's hier

Nachrichten-Videos



Zeugen gesucht

Meistgelesen Meistkommentiert

Nachrichten

Aufnahme dokumentiert letztes Gespräch vor Absturz

5.493 mal gelesen

Republik haftet künftig nicht mehr für Erspartes

2.766 mal gelesen

Airbus-Co-Pilot ist für Niki Lauda "ein Mörder"

2.710 mal gelesen

Jet "pulverisiert"

Experte: Blackbox könnte zerstört worden sein

Nun drohen Strafen

Schonfrist bei Allergen-Kennzeichnung

den städtischen Spitälern. "Sie wurde gebrochen, bevor sie in Kraft getreten ist", beklagte er. Vordringliches Ziel der Politik sei gewesen, Dienste zu reduzieren. Kammer-Vizepräsident Hermann Leitner pflichtete dem bei: "Eine Strukturreform damit zu beginnen, die Köpfe zu definieren, die weggespart werden sollen, das geht nicht."

"Politik und die Spitalsbetreiber müssen nun Probleme lösen"
Die Politik und die Spitalsbetreiber müssten nun die Probleme lösen - nicht die Ärzte. Gelingt das nicht, sollen die Proteste weitergehen: Gernot Rainer, der Obmann der Ärztegewerkschaft Asklepios, hielt einen "Arbeitskampf" durchaus für möglich, wobei er vorerst noch keine konkrete Maßnahmen skizzierte. Von den derzeit laufenden Verhandlungen am Allgemeinen Krankenhaus (für dessen Ärzte die Med-Uni verantwortlich ist, Anm.) berichtete AKH-Betriebsrat Martin Andreas. Sein Befund fiel nicht sonderlich rosig aus: "Die Stimmung am AKH ist schlecht."

Zum Finale der Ärztedemonstration wurden Hunderte Wunderkerzen entzündet - um das Gesundheitssystem wieder zum Leuchten zu bringen, wie es hieß. Ein Überblick über die Leistungen der Ärzteschaft bot auch das am Platz errichtete "Vorsorgedorf". In kleinen Pavillons wurden Blutdruck oder Blutzucker gemessen. Auch Beratungen etwa zum Thema Ernährung wurden angeboten. Der Andrang im Demo-Dorf hielt sich jedoch eher in Grenzen.

ist vorbei
"SP-Arsch loswerden"
Wilde Machtkämpfe bei Wiener Grünen
Chaos im Jemen
Luftangriff auf Flüchtlingscamp fordert Todesopfer
Pkw gegen Lkw
Zwei Tote bei Frontalkollision in Tirol
[Mehr Nachrichten](#)

AG/red

Jetzt kommentieren  Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Teilen  0

 0

 0

 E-Mail

 Drucken

Das könnte Sie auch interessieren

 **Mehr Storys**
Spitalsärzte: Demo in Wien gegen Kürzungen | 05.03.2015, 20:58
Wiener Spitalsärzte schmettern neue Regelung ab | 09.03.2015, 10:00
Spitalsärzte: Gespräche brachten Teileinigung | 26.03.2015, 22:37
Neues Gehaltsschema für Spitalsärzte beschlossen | 27.03.2015, 12:54
Kahlschlag bei Wiener Spitalsärzten: 10% abgebaut | 16.02.2015, 19:27
Schlag gegen Drogendealer-Bande in Wien und NÖ | 28.03.2015, 10:49
15 Bankomaten in Wien und Salzburg manipuliert | 20.03.2015, 10:37
Wien: Klare Absage für Sonntagsöffnung | 26.03.2015, 10:20
Messermord in Wien: Verdächtiger (17) gefasst | 17.03.2015, 11:15
Zahl der Sozialhilfe-Fälle in Wien verdoppelt | 24.03.2015, 16:50

 **Mehr Videos**
Spitalsärzte auf den Barrikaden - Protest in Wien | 19.01.2015, 16:56
Schlüsselübergabe: Wien ist offiziell ESC-Stadt | 26.01.2015, 16:00
Akademikerball: Kundgebung am Wiener Heldenplatz | 21.01.2015, 15:51
Grüne wollen neues Verkehrskonzept für Wien und NÖ | 08.01.2015, 17:26
VGT protestiert mit gehäutetem Fuchs gegen Pelz | 26.03.2015, 15:32

Werbung

KOMMENTARE (26)

123 von 3

Sie haben einen themenrelevanten Kommentar? Dann schreiben Sie hier Ihr Storyposting! Sie möchten mit anderen Usern Meinungen austauschen oder länger über ein Thema oder eine Story diskutieren? Dafür steht Ihnen jederzeit unser [krone.at-Forum](#), eines der größten Internetforen Österreichs, zur Verfügung. Sowohl im Forum als auch bei Storypostings bitten wir Sie, unsere [AGB](#) und die [Netiquette](#) einzuhalten!

Diese Kommentarfunktion wird prä-moderiert. Eingehende Beiträge werden zunächst geprüft und anschließend veröffentlicht.

Kommentar schreiben

Login

500 Zeichen frei

veröffentlichen

Kommentare sortieren nach: neuester Kommentar

- 26

Dienstag, 24. März 2015, 10:09

MELDEN

von **dieasgard**

Jede Berufsgruppe muss Einsparungen hinnehmen. Bei uns in der Firma muss auch alles aufrecht erhalten werden mit weit weniger Personal. Ich arbeite ungefähr 80 Stunden in der Woche inkl. Überstundenpauschale und verdiene keine 2000 Euro netto oder mehr im Monat. Heut zu Tage muss man froh sein einen Job zu haben und nicht gleich auf die Straße rennen. Liebe Ärzte, macht das Beste aus den Ressourcen die ihr habt, es wird nicht besser werden.

antworten

0

5

21
- 25

Dienstag, 24. März 2015, 08:46

MELDEN

von **hannibal1449**

das sind Unsere Medien im Fernsehen sprach man von 500. Hoffentlich sind die Budgetzahlen auch so getürnt

antworten

0

5

3
- 24

Dienstag, 24. März 2015, 07:52

MELDEN

von **mrs.maske6010**

grossvater! Ich glaube eher, dass da "Nacht" steht.

antworten

0

4

3
- 23

Dienstag, 24. März 2015, 07:09

MELDEN

von **omingo**

ist schon auffällig dass Staatsanwälte und Ärzte demonstrieren,aber wie gesagt recht haben sie,weil die Zustände hierlands sind ja wirklich zum Himmel stinkend!

antworten

0

29

4
- 22

Dienstag, 24. März 2015, 06:54

MELDEN

von **grandvitara**

Ärzte und Sparen sind einander inkongruent!

antworten

0

5

8
- 21

Dienstag, 24. März 2015, 06:47

MELDEN

von **kairuan0**

von dem habe ich immer geträumt. 30 stunden weniger arbeiten und 20% mehr gehalt???????typisch Österreich sparen ja aber ja nicht bei mir:::: in den Ambulanzen der Krankenhäuser...dienst nach Vorschrift..Wartezeiten bis zu 6 Monate für einen krampfaderntermin.aber nicht die o.p.nur zur Untersuchung.....akh Linz Chirurgie II

antworten

0

12

15
- 20

Dienstag, 24. März 2015, 06:32

MELDEN

von **bidtfdg**

Bei manchen Kommentaren hört man die "Neidgenossenschaft" förmlich heraus... - "Ärzte verdienen zu viel..." usw. - Aber wenn's um die eigene Haut geht, ist kein Betrag zu hoch!

antworten

0

41

7
- 19

Montag, 23. März 2015, 22:18

MELDEN

von **JeongWongSong**

Haben die nichts besseres zu tun als zu demonstrieren? Zum Beispiel Leben retten? aja..neeee, die nehmen die Patienten nicht mal auf.

antworten

1

16

75
- 18

Montag, 23. März 2015, 21:13

MELDEN

von **derstolzvonwien**

Man sollte mal beginnen die Spitäler zu entlasten! Leider rennen viele wegen jedem Schnupfen in ein Krankenhaus!! Solche sollten einfach links liegen gelassen werden damit sie extra lange warten müssen, vl überlegen sie es sich beim nächsten mal zweimal!!Weiters sollten auch Hausärzte am We geöffnet haben! Dies würde schon sehr viel zu einer Entlastung beitragen!

antworten

1

59

9

17

Montag, 23. März 2015, 21:03

MELDEN

von **Removed-User**

Papa bleibt für Euro35,- in der Stunde nicht im Spital, ist auf einem Transparent zu lesen. Wieviel verdient dann ein Arzt pro Stunde? Überstunden 100%, Nachtdienst 100%, Feiertagdienste noch mehr? Wie reich will man in kürzester Zeit werden?

antworten

0

28

64

1

2

3

von 3

User-Beiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung des Betreibers/der Redaktion bzw. von Krone Multimedia (KMM) wieder.In diesem Sinne distanziert sich die Redaktion/der Betreiber von den Inhalten in diesem Diskussionsforum. KMM behält sich insbesondere vor, gegen geltendes Recht verstoßende, den guten Sitten oder der **Netiquette** widersprechende bzw. dem Ansehen von KMM zuwiderlaufende Beiträge zu löschen, diesbezüglichen Schadenersatz gegenüber dem betreffenden User geltend zu machen, die Nutzer-Daten zu Zwecken der Rechtsverfolgung zu verwenden und strafrechtlich relevante Beiträge zur Anzeige zu bringen (siehe auch **AGB**).

krone.at-Dienste

Nachrichten

ÖSTERREICH

Politik

WELT

Videos

WIRTSCHAFT

Steuerrechner

SPORT

Fußball

Motorsport

Wintersport

Eishockey

Sport-Mix

Sport-Videos

STARS & SOCIETY

Star-Quiz

Promi-Geburtstage

Promi-Videos

DIGITAL

Web

Elektronik

Mobil

Spiele

Apple

Facebook

Google

Microsoft

STEIL

Lustige Videos

WETTER

Wetter Europa

Wetter Weltweit

WISSEN

Magazine

REISEN & URLAUB

Reisetipps

AUTO

Autobahn-Webcams

Führerschein-Test

Auto-Testberichte

GESUND & FIT

LIFESTYLE

KINO

Kino-Trailer

Kino-Filmszenen

MUSIK

Ticketshop

Kronehit

FAMILIE

Namenstags-Kalender

Baby-Corner

HAUSTIERE

Hunde-Videos

Katzen-Videos

BAUEN & WOHNEN

COMMUNITY

Services

FORUM | KLEINANZEIGEN | 24 H KRONE.AT | HOROSKOP | PARTNERSUCHE | TV-PROGRAMM | NEWSLETTER | RSS | IPHONE-VERSION | ANDROID-VERSION | ÄRZTE UND APOTHEKER

Unternehmen

KONTAKT ZEITUNG | KONTAKT KRONE.AT | JOBS | WERBUNG | AGB | THEMENÜBERSICHT | IMPRESSUM KRONE.AT | OFFENLEGUNG PRINT

Angaben gem ECG und MedienGesetz: Medieninhaber, Hersteller und Herausgeber bzw. Diensteanbieter
Krone Multimedia GmbH & Co KG (FBN 189730s; HG Wien) Internetdienste; Muthgasse 2, 1190 Wien

KRONE MULTIMEDIA

© 2015 krone.at | Impressum

http://www.krone.at/Nachrichten/Wien_2.000_Spitalsaerzte_bei_Demo_gegen_Sparplaene-Unmut_kundgetan-Story-445076?utm_source=krone.at&utm_mediu...

4/4

Seite 16

ÖSTERREICH

Dienstag, 24. März 2015



MICHAEL JEANNÉE

Lieber Hans Jörg Schelling,

für mich sind Sie als Finanzminister der Top-Teilnehmer der aktuellen Regierungsklausur in der weltberühmten Abgeschiedenheit (ein kleiner Scherz) des Kremser Nobelhotels Steigenberger.

Deshalb: Stichwort Gabriele Heinisch-Hosek...

... die als Bildungsministerin „rücktrittsreif“ wie kein anderes Regierungsmitglied in den vergangenen Jahren ist“, wie der über jeden Kampagnisierungs-Verdacht erhabene Journalisten-Sir Thomas Chorherr gestern in der „Presse“ schrieb: Was haben Sie der bildungspolitisch hoffnungslos stümpernden und murksenden Dame, die das von ihr verschuldete 300-Millionen-Loch mit 200 Millionen „stopfen“ will, die sie von Ihnen fordert, in der Steigenberger Isolation gesagt?

Wie sind Sie ihr begegnet? Haben Sie die Nerven behalten, die Contenance bewahrt?

Fragen, die Sie natürlich nicht beantworten werden/können/wollen/dürfen.

Weil Sie erstens andere Sorgen denn die schon an Impertinenz grenzende Inkompetenz der Bildungsministerin haben.

Und zweitens ein Gentleman sind. Wiewohl Ihnen niemand einen Vorwurf machen könnte, wenn Sie die Contenance verloren hätten – face to face mit einer Ministerin, der Stellung und Pfünde wichtiger denn die Zukunft unserer Jugend sind.

Herzlich,
Ihr

Streit rund um neues Arbeitszeitgesetz • 1000 Mediziner

Patienten klagen über

Spitalsärzte haben zu wenig Zeit für Patienten, Leistungen in Krankenhäusern werden heruntergefahren. Der Ton zwischen KAV und Ärztekammer wird rauer. Am Montagmittag gingen 1000 Ärzte und Ärztinnen bei einer „Vorsorge-Demo“ auf die Straße. Der Marsch ging von der Med-Uni bis zum Maria-Theresien-Platz.

Die Wiener machen sich Sorgen um übermüdete Ärzte, zu lange Wartezeiten in den Ambulanzen und sind generell über die Zukunft der Gesundheitsversorgung beunruhigt. So ernüchternd fiel das Ergebnis einer Marketer-Umfrage im Auftrag der Wiener Ärztekammer aus.

Bereits jetzt stellen 84 Prozent der Befragten fest, dass die Mediziner in den Wiener Spitälern in zu kurzer Zeit zu viele Patienten behandeln müssen. Weiters geben 80 Prozent an, für die Ablehnung des neuen Arbeitszeitmodells des Wiener Krankenanstaltenverbands (KAV) durch die Ärzte Verständnis zu haben. „Wir ha-



Foto: Andi Schell (2)

Vor Jahren hatten wir noch lange Wartelisten für eine Ausbildungsstelle. Jetzt fehlen uns die Turnusärzte.

Thomas Szekeres,
Präsident der Wiener
Ärztekammer



Die Fronten haben sich verhärtet. Die Ärzterevertreter fordern bessere Arbeitsbedingungen.

Folge der Einsparungen • 1100 Tage Wartezeit für Termin

AKH-Herzambulanz verschiebt Untersuchung auf das Jahr 2018

Kommen Sie im Jahr 2018 wieder – mit dieser Information musste jüngst ein Patient der Ambulanz für erworbenen Herzfehler im AKH abgespeist werden. Grund für diese skurrilen Wartezeiten auf einen Termin von bis zu 1100 Tagen: die akuten Personalkürzungen in Österreichs größtem Krankenhaus.

„Wir leiden an der Wiener Universitätsklinik für Kardiologie und in ihren Abteilungen stark unter der massiven Arbeitszeitreduktion. Dazu kommen noch die neuen Ruhezeitbestimmungen, sodass wir eine reale Personalkürzung um

etwa 30 Prozent haben“, brachte es ein renommierter Kardiologe jüngst auf den Punkt. Die offizielle Stellungnahme der AKH-Direktion folgte prompt: Sowohl in der Kardiologie als auch in der Herzchirurgie würden heuer nämlich

dieselben Leistungen wie im Vorjahr erbracht.

Ein der „Krone“ vorliegendes Info-Blatt an einen

VON GREGOR BRANDL

Patienten spricht allerdings eine andere Sprache. Aus dem Schreiben (siehe Aus-riss rechts) geht hervor, dass ein vereinbarter, aber angeblich „nicht unbedingt erforderlicher“ Kontrolltermin im Februar 2015 um drei Jahre verschoben wird.

auf die Straße ● Aktuelle Umfrage: Bürger zeigen Verständnis für die Proteste

fehlende Zeit der Spitalsärzte

ben es schwarz auf weiß: Zwei Drittel der Wiener Bevölkerung machen sich Sorgen, dass die Gesundheitsversorgung in Wien nicht gesichert ist, wenn sich die

VON MARTINA MÜNZER

Verhandlungspartner mit den Spitalsärzten nicht einigen“, erklärt Hermann Leitner, Vize der Wiener Ärztekammer. Die Gewerkschaft Asklepios hat sogar eine Petition gestartet.

Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely (SPÖ) wirft der Ärztekammer – wie berichtet – vor, an der „Eskalationsschraube“ zu drehen. Trotzdem soll es Dienstag ein weiteres Treffen geben.

Zufriedenheit mit der medizinischen Versorgung Wien

	👍	👎	🗨️	👏	k. A.
Zufriedenheit mit Allgemeinmedizinern und Hausärzten	24%	50%	18%	6%	2%
Patienten müssen vor übermüdeten Medizinern geschützt werden. Ist deshalb eine Reduzierung der Ärzte-Arbeitszeiten sinnvoll?	48%	37%	10%	2%	3%

Ärzte in Wien haben zu wenig Zeit für ihre Patienten, sie müssen in zu kurzer Zeit zu viele Menschen behandeln.

84%

der Patienten sind davon überzeugt!

▲ Die Wiener sind mit ihren Ärzten zufrieden. Doch im Spitalsbetrieb haben die Mediziner immer weniger Zeit für ihre Patienten.



▲ Das international renommierte AKH gerät wegen Personalkürzungen immer wieder in den Schlagzeilen. Ein Patiententermin wurde nun auf 2018 verschoben.

MEDIZINISCHE
UNIVERSITÄT
WIEN

Betrifft: Ihre nächste Kontrolluntersuchung

Wir hatten eigentlich für Februar 2015 eine Kontrolle in unserer Ambulanz für Sie vorgesehen. Da wir einseitig wegen mangelnder Kapazität gezwungen sind, die Kontrollen auf das unbedingt erforderliche Ausmaß zu beschränken und wir andererseits bei Durchsicht der uns vorliegenden Arztbriefe festgestellt haben, dass eine Kontrolle bei uns noch nicht unbedingt erforderlich wäre, haben wir Ihre Ambulanzkontrolle auf das Jahr 2018 verschoben.

Wir bitten Sie zwischenzeitlich eine Kontrolle bei einem niedergelassenen Internisten/Kardiologen durchzuführen.

Die schönsten Seiten
des Frühlings

Servus
in Stadt & Land

Neu! Servus der Woche
Freizeit, Reisen, Sport & mehr

Lustige Erlebnisse, lustige
Vorfälle, lustige Geschichten

**JETZT
NEU!**

Blütenduft & Frühlingsluft

Der Glanz der Rosenzeit • Die Tage von Ostern bis zum Mai • Das Reizung Geheimnis

SERVUSMAGAZIN.COM

Anzeige



Schlusskundgebung am Maria-Theresien-Platz: Die Ärzte hoffen auf ein Einlenken der Politik, ansonsten drohen sogar Streiks - Foto: KURIER/Jeff Mangione

Letztes Update am 23.03.2015, 21:24

Ärzte bliesen zum Trauermarsch

Wiens Spitalsärzte demonstrierten gegen den Stellenabbau, Wehsely kündigt Gespräche an.

◀ 67

◀ 1

Trauerflor, ein Grabkranz und eine Bläsergruppe, die den Trauermarsch spielt. Die Rede ist nicht von einem Beerdigungszug, sondern von der größten Ärzte-Demo, die Wien je gesehen hat. Aus Protest gegen das neue Arbeitszeitmodell zogen mehr als 2000 Mediziner Montagnachmittag durch die City.



Kammerchef Szekeres: „Täglich Infos über längere Wartezeiten“ - Foto:

KURIER/Jeff Mangione

Die Ärztekammer hatte einiges aufgeboten, um öffentlichkeitswirksam auf die Probleme aufmerksam zu machen, die die seit Jänner gültige Arbeitszeit-Verkürzung in Wiens Spitäler mit sich bringt. An der Spitze des Zuges heizte ein Einpeitscher von einem Wagen herab die Stimmung unter den Teilnehmern in ihren weißen Kitteln an. Begleitet von einem DJ, der die Demo mit Hits wie "I will survive" beschallte.

Stellenabbau



Gewerkschafter Rainer: „Es droht ein Kahlschlag“ - Foto: KURIER/Jeff Mangione

Manche Ärzte hatten sich Zettel mit der Aufschrift "Einer von 382" auf ihre Mäntel geheftet – in Anlehnung an den von der Stadt geplanten Abbau von 382 Dienstposten in den Gemeindespitälern im Zuge der Dienstzeiten-Umstrukturierung. Es ist vor allem dieses Vorhaben, das zuletzt für massive Empörung unter den MedizinerInnen gesorgt hatte. "Dass man mit zehn Prozent weniger Ärzte nicht die gleiche Leistung erbringen kann, kann sich mein kleiner Sohn ausrechnen", kommentiert das eine Turnusärztin aus einem Gemeindespital. "Hätte ich nicht zwei Kinder, hätte ich Wien schon verlassen und würde in der Schweiz arbeiten."

Mit Namen und Bild will kaum einer der aufgebrachten Demo-Teilnehmer in der Zeitung erscheinen. Wie es scheint, zeigt der Maulkorb-Erlass für die Ärzte in den Gemeindespitälern (**der KURIER berichtete**) bereits Wirkung.

Vor dem Rathaus hält der Demo-Zug kurz, "um die Politiker aufzuwecken", wie der inzwischen etwas heisere

Einpeitscher erklärt.

Dass die Stadt noch einlenkt und das Dienstzeit-Paket neu verhandelt, hofft auch Gernot Rainer, Chef der neuen Ärztegewerkschaft Asklepios, der an der Spitze des Zuges mitmarschiert. "Wir wollen darauf aufmerksam machen, dass die geplanten Maßnahmen zu einem katastrophalen Kahlschlag im Gesundheitssystem führen werden."



Foto: KURIER/Jeff Mangione

Ähnlich sieht das Ärztekammer-Präsident Thomas Szekeres: "Ich habe jetzt schon täglich Informationen über verlängerte Wartezeiten und lange Wartelisten für Operationen." Sollte die Stadt sich nicht bewegen, werde man auch das Thema Streik besprechen müssen.

Weitere Gespräche

Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely (SPÖ) wirft indes der Ärztekammer vor, an der "Eskalationsschraube" zu drehen. "Da werden verschiedene Kammer-Interessen bedient, aber gleichzeitig auch die Patienten verunsichert." Trotzdem werde es Dienstagmittag wieder ein Gespräch mit den Ärztevertretern geben, sagt Wehsely.

Mit dem Gehaltsschema könnte jedenfalls ein zentraler Teil des neuen Arbeitszeit-Pakets bereits am kommenden Freitag im Landtag beschlossen werden.

VIDEO

Wiener Spitalsärzte legten Ringstraße lahm

Protestmarsch führte von Spitalgasse bis Maria-Theresien-Platz.

(KURIER) ERSTELLT AM 23.03.2015, 08:23

STICHWORTE: > ÄRZTE > KAV

DAS KÖNNTE SIE AUCH INTERESSIEREN



CHRONIK

Mediziner ziehen am Montag über den Ring



CHRONIK

Vater wollte Familie auslöschen



POLITIK

Steiermark-Wahl bringt SPÖ-Schlappe in Städten: "Fundament bröckelt"

empfohlen von

DISKUSSION

IHRE MEINUNG ZUM THEMA

BITTE LOGGEN SIE SICH ZUM KOMMENTIEREN EIN

EINLOGGEN / REGISTRIEREN

**FRANZ BAIER**

VOR 3 STUNDEN

PERMALINK

MELDEN 1

0

hauptsache wir haben soviel geld um fr. vasilakuh ein denkmal nach dem anderen zu setzen (mariahilferstraße, rotenturmstraße.....), aber für die gesundheit und bildung bleibt nichts über.
ich bin dafür statt 400 ärzte, lieber 400 politiker einzusparen, da haben alle was davon !

ANTWORTEN

**MR MONOKEL**

VOR 8 MINUTEN

PERMALINK

MELDEN 0

0

Wär ein guter Tausch.

ANTWORTEN

**MARGRET MAGRITZER**

VOR 6 STUNDEN

PERMALINK

MELDEN 0

0

einerseits verstehe ich die Aufgebrachtheit der Ärzte - die - trotz Gehaltserhöhung (von der "normale" Dienstnehmer nur träumen können) noch immer unzufrieden über die neuen Dienstzeiten und deren nachfolgenden Stellenabbau mit sich bringt. Ein gewissenhafter Arzt kann nicht mit der Sticheuhr arbeiten und wenn der Streik das aufzeigen soll, dann haben sie meine vollste Unterstützung. Jetzt wäre es an der Zeit, dass eine die das nun hautnah miterlebt (unsere Frau Gesundheitsministerin) sich zu Wort meldet. Wir wollen keine Comics von ihren persönlichen Krankheitsverlauf, sondern Fairness und Gleichbehandlung mit Respekt für alle Patienten. So wie wir den Ärzten Respekt entgegenbringen.

ANTWORTEN

**JOSEF KAISER**

VOR 12 STUNDEN

PERMALINK

MELDEN 1

1

Liebe Ärzte!!

Ihr wisst doch ganz genau dass man euch nicht ersetzen kann!!

Warum lässt ihr euch so weit in einen Arbeitskampf herunter ziehen und Missbrauchen?

Ich dachte immer dass ihr wisst was ihr tut!!!

ANTWORTEN

**ERWIN WOLF**

VOR 13 STUNDEN

PERMALINK

MELDEN 0

1

Ich find es auch bedenklich, dass die Aerzte solche Erfahrungen auf Einzelne konzentrieren und die dann entsorgen lassen wollen und die Preiserhoehungen dazu auch noch mit Hilfe der Nazimedien bewerben. Allerdings habe ich es in keinem Gewerbe anders gesehen und private Initiativen will der Staat auf Linie bringen, damit er nicht fuer seine Verbrechen bestraft wird, denn da waeren unabhaengige Zeugen, die auf die gefaelschten Unterlagen, die einfach den Finanzbedarf der Leute die sie anlegen wiedergeben, den sich die selbst genehmigen - wenn auch mehr oder weniger trickreich bzw gut beraten. Das man da nur die Aerzte abschaffen kann um die Korruption zu maximieren weiss jeder. Nein, nein wart ich sags so: Miese faule und freche Aerzte oder gleich alleine Leiden - das Publikum entscheidet sich mit Hilfe der Finanzwelt und Medien, natuerlich rein demokratisch, gegen sich (man kann natuerlich auch schreiben: fuer den Tod, aber das ist es nicht ganz, da leisten dann alle, die ja so arm sind und keinen Job haben ploetzlich Hilfe). Aber Dan Elga ist es detailgenau aufgezeichnet und es wird mit Verve umbenannt in Heilung und Hilfe.

ANTWORTEN

**JACK TRAVNI**

| VOR 14 STUNDEN

PERMALINK | MELDEN 1

5

Z.B. Stichwort ELGA: Hier haben die Ärzte Angst; denn es könnten viele ihrer UNSINNIGEN Verordnungen aufgedeckt werden. TEURE Untersuchungen, die gemacht werden, wo man schon im Vorfeld weiß, welches Endergebnis diese ergeben. Ärzte, welche ihren Kollegen Fachärzten Patienten überweisen, obwohl das UNNÖTIG ist, wie JEDER WEISS. Aber die eine Hand (=Politik) wäscht die andere (=Ärzte, Ärztekammer, Spitalsmanagement, Apotheker, Krankenkassen, PharmaMAFIA). Hier STINKT es ganz übel nach Klüngel, Vitamin B (Beziehungen), Freunderlwirtschaft und studentischen Verbindungen. Ein ganz übler Morast, welcher sich hier aufbaut.

ANTWORTEN

**JACK TRAVNI**

| VOR 14 STUNDEN

PERMALINK | MELDEN 1

5

Jeder Arzt, der FRÜHER den Eid des Hippokrates geschworen hat, dürfte HEUTE die meisten Medikamente NICHT mehr (ohne mit dem eignen Gewissen in Konflikt zu kommen) verabreichen!
Zur Aufklärung: Heute sterben die meisten Menschen in den westlichen Industriestaaten nicht mehr an Herz-Kreislaufkrankungen oder Krebs, sondern an den NEBENWIRKUNGEN VON MEDIKAMENTEN.....

ANTWORTEN

**SU LAVO**

| VOR 5 STUNDEN

PERMALINK | MELDEN 0

0

Sie wissen schon, dass der Hippokratische Eid schon lange nicht mehr abgelegt wird? Den Arzt zeigen's mir, der bei den alten griechischen Göttern schwört...

ANTWORTEN

**MR MONOKEL**

| VOR 14 STUNDEN

PERMALINK | MELDEN 4

0

Bitte verbreiten Sie keinen Mist - es sterben weit mehr Menschen an Herz-Kreislaufkrankungen oder Krebs als durch Medikamente... BEI WEITEM mehr...

Und außerdem müssen sie bei Medikamenten sowohl den Missbrauch als auch den Fakt dass nicht alle Medikamente verschreibungspflichtig sind (also Ärzte damit nichts zu tun haben) abziehen.

ANTWORTEN

**JACK TRAVNI**

| VOR 14 STUNDEN

PERMALINK | MELDEN 1

1

Die Ärzte sind die Handlanger der (mafiösen) Pharmaindustrie. - Es geht NUR mehr um den GEWINN. Solange das Volk zu schwach und zu dumm ist, hat es die Politiker und die Ärzte, die das Volk aussaugen und verar.....en. Für den Arzt ist nur ein KRANKER ein guter Kunde. Leute, die gesund sind, sind für unser Gesundheitssystem unwichtig. Früher hatten die Ärzte Ethik und Moral. Hier, zur Erinnerung, der "Eid des Hippokrates", auf den die Ärzte FRÜHER einen Schwur leisteten: "Ich werde den, der mich diese Kunst gelehrt hat, gleich meinen Eltern achten, ihn an meinem Unterhalt teilnehmen lassen, ihm, wenn er in Not gerät, von dem Meinigen abgeben, seine Nachkommen gleich meinen Brüdern halten und sie diese Kunst lehren, wenn sie sie zu lernen verlangen, ohne Entgelt und Vertrag. Und ich werde an Vorschriften und aller übrigen Unterweisung meine Söhne und die meines Lehrers und die vertraglich verpflichteten und nach der ärztlichen Sitte vereidigten Schüler teilnehmen lassen, sonst aber niemanden. Ärztliche Verordnungen werde ich treffen zum Nutzen den Kranken nach meiner Fähigkeit und meinem Urteil, hüten aber ich werde mich davor, sie zum Schaden und in ungerechter Weise anzuwenden. Auch werde ich niemanden ein tödliches Mittel geben, auch nicht, wenn ich darum gebeten werde, und werde auch niemanden dabei beraten; auch werde ich keiner Frau ein Abtreibungsmittel geben.

Rein und fromm werde ich mein Leben und meine Kunst bewahren. Ich werde nicht schneiden, sogar Steinleidende nicht, sondern werde das den Männern überlassen, die dieses Handwerk ausüben. In alle Häuser, in die ich komme, werde ich zum Nutzen der Kranken hineingehen, frei von jedem bewussten Unrecht und jeder Übeltat, besonders von jedem geschlechtlichen Missbrauch an Frauen und Männern, Freien und Sklaven.

Was ich bei der Behandlung oder auch außerhalb meiner Praxis im Umgang mit Menschen sehe und höre, das man nicht weiterreden darf, werde ich verschweigen und als Geheimnis bewahren."

[ANTWORTEN](#)**SU LAVO** | VOR 5 STUNDEN[PERMALINK](#) | [MELDEN](#) 0 0

Da fehlt was: "Ich schwöre und rufe Apollon, den Arzt, und Asklepios und Hygieia und Panakeia und alle Götter und Göttinnen zu Zeugen an, dass ich diesen Eid und diesen Vertrag nach meiner Fähigkeit und nach meiner Einsicht erfüllen werde." Am Ende gehört noch "Wenn ich diesen Eid erfülle und nicht breche, so sei mir beschieden, in meinem Leben und in meiner Kunst voranzukommen indem ich Ansehen bei allen Menschen für alle Zeit gewinne; wenn ich ihn aber übertrete und breche, so geschehe mir das Gegenteil." Ein Arzt hat mir mal erklärt, der Eid gelte zwar noch moralisch, grad im Hinblick auf die richtige Behandlung von Kranken, aber abgelegt wird der nicht mehr. Wäre ja auch nicht mehr zeitgemäß, ich mein, lesen Sie sich doch nur mal die Passage am Anfang durch - von wegen demjenigen, der einen unterrichtet hat, erhalten sowie dessen Nachkommen.

[ANTWORTEN](#)**MR MONOKEL** | VOR 14 STUNDEN[PERMALINK](#) | [MELDEN](#) 0 0

Es geht immer nur um den Gewinn...

Der Mensch ist ein egoistisches Lebewesen, wie so ziemlich alle anderen auf dieser Welt...

"homo homini lupus"

[ANTWORTEN](#)**B KKKKK** | VOR EINEM TAG[PERMALINK](#) | [MELDEN](#) 3 3

Warum der Streik? Weil sie dann nur mehr gut statt fürstlich entlohnt werden? Weil ihre arbeit transparent wird (ELGA)? Weil das Geschäft nebenher (Privatpraxen) nicht mehr in der dienstzeit im Spital geht? Gute Leute gehören gut bezahlt, aber alles mit einem gewissen Maß und Ziel.

[ANTWORTEN](#)**FRANZ BAIER** | VOR 3 STUNDEN[PERMALINK](#) | [MELDEN](#) 1 0

kommt darauf an, was bei ihnen gut bezahlt bedeutet und bedenken sie, es geht hier um 48 stunden und nicht um 38 wie bei vielen, auch in der nacht an wochenende.

ach ja und wenn etwas schief geht ist der patient tot, im supermarket ist höchsten der preis falsch !

[ANTWORTEN](#)**LISA MARTHE** | VOR 16 STUNDEN[PERMALINK](#) | [MELDEN](#) 3 1

Bitte informieren Sie sich zuerst, warum es in diesem Protest geht (bzw reden Sie mal mit einem jungen Arzt wie die Arbeitsbedingungen für uns sind) und posten sie dann erst.

[ANTWORTEN](#)**WERNER BARTOLI** | VOR EINEM TAG[PERMALINK](#) | [MELDEN](#) 6 3

Die Wirtschaft stagniert, die Arbeitslosenzahlen steigen, immer mehr Menschen können sich das Leben trotz Vollzeitarbeit nicht mehr leisten ... und unsere Ärzte gehen Demonstrieren, weil sie mit fünftausend, sechstausend Euro Monatsgehalt nicht zurecht kommen. Pfui!

[ANTWORTEN](#)

**LISA MARTHE**

| VOR 16 STUNDEN

PERMALINK | MELDEN 4

1

In dem Protest gehts aber nicht um Geld (die GRUNDgehalterhöhung wird ohnehin beschlossen) sondern gegen die entsetzlichen Arbeitsbedingungen für gerade junge Ärzte. Und das 10% weniger Personal bei kürzerer Arbeitszeit für alle anderen sich niemals ohne Leistungseinsparungen geht. Und das betrifft die Patienten, die letztlich die Leidtragenden sind. Falls sie jedoch das Geld interessiert:

<http://bestpointofservice.at/2014/11/19/verdienen-die-arzte-genug/>

ANTWORTEN

**ERWIN WOLF**

| VOR 13 STUNDEN

PERMALINK | MELDEN 0

1

Hallo Omi mit 60 traut sich nicht hinaus und natürlich lebt von EUR 10 pro Tag, kocht natürlich nur zum Hobby und wäscht Wäsche und kauft Medizin und zahlt die Ärzte. Daher liegt bei den Ärzten bei der Qualität maximal Hobby vor, daher auch die Entlohnung.

ANTWORTEN

**MR MONOKEL**

| VOR 11 MINUTEN

PERMALINK | MELDEN 0

0

Ihr Kommentar enthält keinerlei sinnvolle Information.

"Omi kauft Medizin und zahlt die Ärzte - Daher Qualität = maximal Hobby"

Eine tolle Begründung... Bitte melden sie sich nur wenn sie sachlich argumentieren können...

ANTWORTEN

**MR MONOKEL**

| VOR 14 STUNDEN

PERMALINK | MELDEN 3

0

Find ich lustig wie die Unwissenden gegen die Ärzte hetzen und der Werner scheinbar jede Menge Zustimmung erntet - während derjenige der vernünftig argumentiert überlesen wird...

Man muss halt die ganze Situation verstehen und nicht einfach die Wörter aus ein, zwei Artikeln aufsaugen...

ANTWORTEN

**SU LAVO**

| VOR 22 STUNDEN

PERMALINK | MELDEN 4

0

Genau, es geht nur ums Geld und nicht etwa darum, dass knapp 400 Stellen einfach wegrationalisiert werden sollen, was unterm Strich mehr Arbeit für die verbliebenen Ärzte bedeutet, die aber nur noch 48 Stunden pro Woche arbeiten dürfen. Das geht sich hinten und vorne nicht aus.

ANTWORTEN

**KARL KISTNER**

| VOR 16 STUNDEN

PERMALINK | MELDEN 0

1

Leider passiert das schon jahrelang und überall.

Aber was man so vernimmt, sind die meisten verärgert weil der Nachtdienst nicht mehr um 13.00 sondern um 19.00 beginnt und daher eben diverse Zulagen und teures Nachtpersonal gespart wird.

ANTWORTEN

**LISA MARTHE**

| VOR 16 STUNDEN

PERMALINK | MELDEN 2

1

Das um 13h heimgehen haben die KAV Ärzte aber immer schon mit 'gratis' Nachtdienststunden 'bezahlt', das war ein System das nicht unbedingt zum Vorteil aller war. Die Ärzte in den Krankenhäusern sind am Limit - eine Personalreduktion ist unmöglich solange sich nicht am System wesentlich was ändert, darum geht es in dem Protest.

ANTWORTEN

SU LAVO | VOR 5 STUNDEN


[PERMALINK](#) | [MELDEN](#) 0 0

Ja, das kommt noch dazu.

[ANTWORTEN](#)
ELISA BERGNER | [VOR EINEM TAG](#)
[PERMALINK](#) | [MELDEN](#) 4 5

Natürlich ist die Demonstration gerechtfertigt.

[ANTWORTEN](#)
ERWIN WOLF | [VOR 13 STUNDEN](#)
[PERMALINK](#) | [MELDEN](#) 0 2

Sollen nach Afrika auswandern solange die Versorgung der Migranten und Armen icht klappt immer weiter kuendigen.

[ANTWORTEN](#)
ELISA BERGNER | [VOR EINEM TAG](#)
[PERMALINK](#) | [MELDEN](#) 0 3

Nicht nur linke Minderleister sollten demonstrieren.

[ANTWORTEN](#)
ELISA BERGNER | [VOR EINEM TAG](#)
[PERMALINK](#) | [MELDEN](#) 0 3

Nicht nur linke Minderleister sollten demonstrieren.

[ANTWORTEN](#)
DOTTRE 2011XY | [VOR EINEM TAG](#)
[PERMALINK](#) | [MELDEN](#) 3 3

arbeitszeit reduzieren bis juli maximal 40/48 stunden pro woche
gleichzeitig soll aber am personal auch gespart werden - so an die 10 %
logik ist mir nicht ersichtlich?

[ANTWORTEN](#)
CHRISTIAN NÜSSEL | [VOR EINEM TAG](#)
[PERMALINK](#) | [MELDEN](#) 4 1

Die Logik ergibt sich aus der geänderten Überstundenregelung, da nunmehr der Nachtdienst nicht bereits ab 13h beginnt und daher weniger Überstunden anfallen.

[ANTWORTEN](#)

WEITERE ARTIKEL ZUM THEMA

SPITALSÄRZTE

Mediziner ziehen am Montag über den Ring

Start um 16.00 Uhr in der Spitalgasse -
Abschlusskundgebung und "Vorsorgedorf"
am Maria-Theresien-Platz.

WIEN

KAV-Debatte: Ärztekammer sieht Bewegung

SPITALSÄRZTE

Wiener Ärzte fordern 30 Prozent mehr Grundgehalt

Überstunden-Ausgleich: Nach
Kärnten wollen auch Wiener
mehr Geld.

Leitner: "Es gibt Tendenz, sich
aufeinander zuzubewegen, aber
auch große
Auffassungsunterschiede."

VON JOSEF GEBHARD

WIEN

AKH-Ärzte fordern rasche Lösung zu Arbeitszeiten

Mehrere hundert Mediziner bei
Betriebsversammlung am
Mittwoch. Nur Notbetrieb in den
Ambulanzen.

GEHALTSSTREIT

Aufschrei der Wiener Spitalsärzte

1500 Mediziner bei
Großkundgebung. Ruf nach mehr
Geld und besseren
Arbeitsbedingungen.

VON JOSEF GEBHARD

© KURIER.AT - WIEN 2015

ÖSTERREICH | POLITIK

2000 Spitalsärzte demonstrierten in Wien

Von Apa | 23.03.2015 - 20:46 | [Kommentieren](#)

Sternspritzer statt brennende Mistkübel: Dass Mediziner-Demos weniger Krawallpotenzial in sich bergen als so manche andere Kundgebungen, hat sich am Montag beim Protestzug der Spitalsärzte gezeigt. Zwischenfälle wurden nicht gemeldet. Aufgeheizt war die Stimmung aber sehr wohl. Laut Ärztekammer taten mindestens 2.000 Menschen ihren Unmut über die geplante Reduktion von Dienstposten kund.



"Das ist fast wie Woodstock", kommentierte eine Aktivistin den Aufmarsch der großteils in weiße Doktormäntel gewandeten Ärzte. Der Umzug fand seinen Höhepunkt am Maria-Theresien-Platz in der Innenstadt. Dort, zwischen Naturhistorischem und Kunsthistorischem Museum, fand am Abend die Schlusskundgebung statt. Ausgangspunkt der Demonstration war die Medizinische Universität in der Spitalgasse.

Die Marschroute führte auch am Rathaus vorbei, in dem mit Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely jene Politikerin tätig ist, die den Krankenhausmitarbeitern als eine der Hauptschuldigen für die Misere gilt. "Für die Situation trägt die Politik die Verantwortung", wettete der Präsident der Wiener Ärztekammer, Thomas Szekeres. Er bekriftelte in seiner Rede lange Wartezeiten in den Spitälern, immer länger werdende Wartelisten auf Operationen sowie den Umstand, dass es immer noch Gangbetten gebe: "Die sind keine Fata Morgana."

Er verwies auf die - auch von ihm unterzeichnete - Vereinbarung mit der Stadt zur Arbeitszeitregelung im Krankenanstaltenverbund (KAV), also den städtischen Spitälern. "Sie wurde gebrochen, bevor sie in Kraft getreten ist", beklagte er. Vordringliches Ziel der Politik sei gewesen, Dienste zu reduzieren. Kammer-Vizepräsident Hermann Leitner pflichtete dem bei: "Eine Strukturreform damit zu beginnen, die Köpfe zu definieren, die weggespart

werden sollen, das geht nicht."

Die Politik und die Spitalsbetreiber müssten nun die Probleme lösen - nicht die Ärzte. Gelingt das nicht, sollen die Proteste weitergehen: Gernot Rainer, der Obmann der Ärztegewerkschaft Asklepios, hielt einen "Arbeitskampf" durchaus für möglich, wobei er vorerst noch keine konkrete Maßnahmen skizzierte. Von den derzeit laufenden Verhandlungen am Allgemeinen Krankenhaus (für dessen Ärzte die Med-Uni verantwortlich ist, Anm.) berichtete AKH-Betriebsrat Martin Andreas. Sein Befund fiel nicht sonderlich rosig aus: "Die Stimmung am AKH ist schlecht."

Zum Finale der Ärztedemonstration wurden Hunderte Wunderkerzen entzündet - um das Gesundheitssystem wieder zum Leuchten zu bringen, wie es hieß. Ein Überblick über die Leistungen der Ärzteschaft bot auch das am Platz errichtete "Vorsorgedorf". In kleinen Pavillons wurde Blutdruck oder Blutzucker gemessen. Auch Beratungen etwa zum Thema Ernährung wurden angeboten. Der Andrang im Demo-Dorf hielt sich jedoch eher in Grenzen.

TEILEN

DAS KÖNNTE SIE AUCH INTERESSIEREN



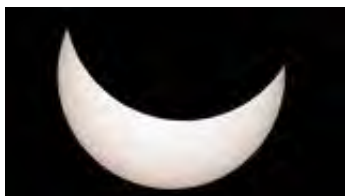
Pierre Brice als Winnetou Vater? Der 86-Jäh...



16 Verletzte: Bus stürzte im Bezirk Mistelbach...



Kärntner verursacht zwei Unfälle in Obertauern



Bleibende Augenschäden: Verletzte nach Sonnen...

[hier werben](#)

 powered by plista

Vienna Online News 2.000 Spitalsärzte demonstrierten in Wien

23. März 2015 20:15; Akt.: 23. März 2015 20:21;

Gefällt mir 0

2.000 Spitalsärzte demonstrierten in Wien



Der weiße Block marschiert

Sternspritzer statt brennende Mistkübel: Dass Mediziner-Demos weniger Krawallpotenzial in sich bergen als so manche andere Kundgebungen, hat sich am Montag beim Protestzug der Spitalsärzte gezeigt. Zwischenfälle wurden nicht gemeldet. Aufgeheizt war die Stimmung aber sehr wohl. Laut Ärztekammer taten mindestens 2.000 Menschen ihren über die geplante Reduktion von Dienstposten kund.

“Das ist fast wie Woodstock”, kommentierte eine Aktivistin den Aufmarsch der großteils in weißen Doktormäntel gewandeten Ärzte. Der Umzug fand seinen Höhepunkt am Maria-Theresien-Platz in der Innenstadt. Dort, zwischen Naturhistorischem und Kunsthistorischem Museum, fand am Abend die Schlusskundgebung statt. Ausgangspunkt der Demonstration war die Medizinische Universität in der Spitalgasse.

Die Marschroute führte auch am Rathaus vorbei, in dem mit Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely jene Politikerin tätig ist, die den Krankenhausmitarbeitern als eine der Hauptschuldigen für die Misere gilt. “Für die Situation trägt die Politik die Verantwortung”, wettete der Präsident der Wiener Ärztekammer, Thomas Szekeres. Er bekrittelt in seiner Rede lange Wartezeiten in den Spitälern, immer länger werdende Wartelisten auf Operationen sowie den Umstand, dass es immer noch Gangbetten gebe: “Die sind keine Fata

MEHR AUF VIENNA.AT

Regierung verdreifacht sprachliche Frühförderung



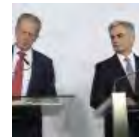
Der Ministerrat hat im Rahmen der Regierungsklausur in Krems eine Verdreifachung der sprachlichen Frühförderung [...] [mehr »](#)

Kärnten verhandelt mit Bund über Finanzierungsvertrag



Das Land Kärnten verhandelt derzeit mit dem Bund über einen Vertrag, der die Finanzierung des Landes durch die [...] [mehr »](#)

Konjunkturpaket mit Crowdfunding und Wohnbau präsentiert



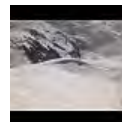
Die Regierung hat zum Abschluss ihrer Klausur in Krems ein Konjunkturpaket präsentiert. Unter anderem bringt es eine [...] [mehr »](#)

Tsipras in Berlin: Reformliste bis “spätestens Montag”



Die griechische Regierung wird den Euro-Partnern “spätestens Montag” die zugesagte aktualisierte Liste mit [...] [mehr »](#)

ALS NÄCHSTES LESEN:



Riesen-Penis am Sonnenkopf (VIENNA.AT)

empfohlen von (IS) [mehr »](#)
[Mehr Meldungen »](#)

0

Gefällt mir

Teilen

0

Twittern

0

8+1

per E-Mail

[Zum Thema](#)
[Kommentieren](#)
[Link senden](#)
[Fotos/Videos senden](#)

[Korrektur
melden](#)

Morgana.”

Er verwies auf die – auch von ihm unterzeichnete – Vereinbarung mit der Stadt zur Arbeitszeitregelung im Krankenanstaltenverbund (KAV), also den städtischen Spitälern. “Sie wurde gebrochen, bevor sie in Kraft getreten ist”, beklagte er. Vordringliches Ziel der Politik sei gewesen, Dienste zu reduzieren. Kammer-Vizepräsident Hermann Leitner pflichtete dem bei: “Eine Strukturreform damit zu beginnen, die Köpfe zu definieren, die weggespart werden sollen, das geht nicht.”

Die Politik und die Spitalsbetreiber müssten nun die Probleme lösen – nicht die Ärzte. Gelingt das nicht, sollen die Proteste weitergehen: Gernot Rainer, der Obmann der Ärztegewerkschaft Asklepios, hielt einen “Arbeitskampf” durchaus für möglich, wobei er vorerst noch keine konkrete Maßnahmen skizzierte. Von den derzeit laufenden Verhandlungen am Allgemeinen Krankenhaus (für dessen Ärzte die Med-Uni verantwortlich ist, Anm.) berichtete AKH-Betriebsrat Martin Andreas. Sein Befund fiel nicht sonderlich rosig aus: “Die Stimmung am AKH ist schlecht.”

Zum Finale der Ärztedemonstration wurden Hunderte Wunderkerzen entzündet – um das Gesundheitssystem wieder zum Leuchten zu bringen, wie es hieß. Ein Überblick über die Leistungen der Ärzteschaft bot auch das am Platz errichtete “Vorsorgedorf”. In kleinen Pavillons wurde Blutdruck oder Blutzucker gemessen. Auch Beratungen etwa zum Thema Ernährung wurden angeboten. Der Andrang im Demo-Dorf hielt sich jedoch eher in Grenzen.

WEITERE THEMEN



WIEN - 10. BEZIRK
**Schwerer Unfall am
Verteilerkreis in...**



WIEN - 19. BEZIRK
**Traditionelles Funkenfest am 21.
März Am Himmel...**



NEWS
**Vorbereitung für globale Kriege?
Putin will...**

empfohlen von

Kommentare 0

Filtern nach Durchschnittlich (-5 oder besser) ▾

Eigenen Beitrag verfassen

noch 1000 Zeichen

☐ Benachrichtigung bei neuen Antworten auf meinen Kommentar

Abschicken

☐ Auf Facebook posten☐ Auf Twitter posten

© Vienna Online 2015

News

[Wien](#)
[Politik](#)
[Chronik](#)
[Wirtschaft](#)
[Musik](#)
[Stadtreporter](#)
[Parken in Wien](#)
[Kultur](#)
[Wiener Donauinselfest](#)

Lifestyle

[Mode](#)
[Auto & Motor](#)
[Kurioses](#)
[Horoskop](#)
[Mondkalender](#)
[Gesundheit](#)
[Reise](#)
[Multimedia](#)

Freizeit

[Veranstaltungen](#)
[Lokale](#)
[Kino](#)
[TV](#)
[Spiele](#)
[Spiele-News](#)
[Poker](#)
[Gewinnspiele](#)
[Party](#)
[Garten](#)

Service

[Stadtplan](#)
[Fahrplan ÖBB](#)
[Wiener Linien](#)
[Routenplaner](#)
[Stauinfos](#)
[Apotheken](#)
[Webmail](#)
[Highspeed Internetzugang](#)
[Archiv](#)

Partner

[austria.com](#)
[salzburg24.at](#)
[vol.at](#)
[lehrberuf.info](#)
[wohintipp.at](#)
[Russmedia Gruppe](#)
[Impressum](#)
[AGB](#)
[Netiquette](#)
[Werben auf vienna.at](#)
[Redaktion](#)

Wie können wir die Seiten weiter verbessern?

vom 23.03.2015, 20:10 Uhr

Stadtpolitik

Update: 23.03.2015, 20:19 Uhr

Spitalsärzte

2.000 protestierten gegen Sparpläne

Von WZOnline/APA

Sternenspritzer und Reden bei Schlusskundgebung.



Zum Abschluss der Demonstration der Wiener Ärzte wurden Wunderkerzen angezündet.

© APAweb/Herbert Pfarrhofer



Wien. Sternspritzer statt brennende Mistkübel: Dass Mediziner-Demos weniger Krawallpotenzial in sich bergen als so manche andere Kundgebungen, hat sich am Montag beim Protestzug der Spitalsärzte gezeigt. Zwischenfälle wurden nicht gemeldet. Aufgeheizt war die Stimmung aber sehr wohl. Laut Ärztekammer taten mindestens 2.000 Menschen ihren Unmut über die geplante Reduktion von Dienstposten kund.



"Das ist fast wie Woodstock", kommentierte eine Aktivistin den Aufmarsch der großteils in weiße Doktormäntel gewandeten Ärzte. Der Umzug fand seinen Höhepunkt am Maria-Theresien-Platz in der Innenstadt. Dort, zwischen Naturhistorischem und Kunsthistorischem Museum, fand am Abend die Schlusskundgebung statt. Ausgangspunkt der Demonstration war die Medizinische Universität in der Spitalgasse.

Ärztekammer sieht Politik für Zustände verantwortlich

Die Marschroute führte auch am Rathaus vorbei, in dem mit Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely jene Politikerin tätig ist, die den Krankenhausmitarbeitern als eine der Hauptschuldigen für die Misere gilt. "Für die Situation trägt die Politik die Verantwortung", wettete der Präsident der Wiener Ärztekammer, Thomas Szekeres. Er bekrittelt in seiner Rede lange Wartezeiten in den Spitälern, immer länger werdende Wartelisten auf Operationen sowie den Umstand, dass es immer noch Gangbetten gebe: "Die sind keine Fata Morgana."

Er verwies auf die - auch von ihm unterzeichnete - Vereinbarung mit der Stadt zur Arbeitszeitregelung im Krankenanstaltenverbund (KAV), also den städtischen

Mehr aus dem Ressort

"Wahlrecht als Elchtest der Demokratie"

ÖVP will vor den Verfassungsgerichtshof gehen, falls SPÖ am Freitag die Anträge von Grünen, FP und VP nicht zulassen sollte.


[weiter](#)

Gespräche in Wien ergebnislos verlaufen

Opposition weiter in Anti-SPÖ-Stimmung

Vassilakou will Häuserabriss erschweren

Beliebte Inhalte

Meistgelesen

1. "Gumpis" Sorgen
2. Der ruhigere Siebente
3. 2.000 protestierten gegen Sparpläne
4. Conchitadele
5. Wachstumsschmerzen

Meistkommentiert

1. KAV-Chef zahlte 370 Euro Miete
2. Conchitadele
3. Lugners Potemkinsches Dorf
4. Mut zur Mehrsprachigkeit
5. Teile einer Jugendbewegung

Wien-Wahl 2015

Wien-Wahl 2015

Wahlrecht: Kopietz verweist auf Präsidiale

Wien. Am 27. März wird sich im Landtag entscheiden, ob Wien ein neues Wahlrecht bekommt oder nicht. Die Grünen wollen durch Eingriff in die... [weiter](#)

Wien-Wahl 2015

Kalina: "Habe kein Mandat von Häupl"

Wien. "Du bist Häupl-Berater für Wien-Wahl und machst zugleich Umfragen zur Wien-Wahl. Ist das nicht absolut unvereinbar..." [weiter](#)

Mariahilf

Der ruhigere Siebente

Wien. Bei näherer Betrachtung gibt es zwischen den beiden Seiten der Mariahilfer Straße ausgehend vom Christian-Broda-Platz keinen Unterschied... [weiter](#)



Bezirksporträts

Mariahilf

Spitälern. "Sie wurde gebrochen, bevor sie in Kraft getreten ist", beklagte er. Vordringliches Ziel der Politik sei gewesen, Dienste zu reduzieren. Kammer-Vizepräsident Hermann Leitner pflichtete dem bei: "Eine Strukturreform damit zu beginnen, die Köpfe zu definieren, die weggespart werden sollen, das geht nicht."

Die Politik und die Spitalsbetreiber müssten nun die Probleme lösen - nicht die Ärzte. Gelingt das nicht, sollen die Proteste weitergehen: Gernot Rainer, der Obmann der Ärztegewerkschaft Asklepios, hielt einen "Arbeitskampf" durchaus für möglich, wobei er vorerst noch keine konkrete Maßnahmen skizzierte. Von den derzeit laufenden Verhandlungen am Allgemeinen Krankenhaus (für dessen Ärzte die Med-Uni verantwortlich ist, Anm.) berichtete AKH-Betriebsrat Martin Andreas. Sein Befund fiel nicht sonderlich rosig aus: "Die Stimmung am AKH ist schlecht."

Wunderkerzen und "Vorsorgedorf"

Zum Finale der Ärztedemonstration wurden Hunderte Wunderkerzen entzündet - um das Gesundheitssystem wieder zum Leuchten zu bringen, wie es hieß. Ein Überblick über die Leistungen der Ärzteschaft bot auch das am Platz errichtete "Vorsorgedorf". In kleinen Pavillons wurde Blutdruck oder Blutzucker gemessen. Auch Beratungen etwa zum Thema Ernährung wurden angeboten. Der Andrang im Demo-Dorf hielt sich jedoch eher in Grenzen.

 Drucken

Schlagwörter
Spitalsärzte, KAV


Leserkommentare


Mit dem Absenden des Kommentars erkennen Sie unsere [Online-Nutzungsbedingungen](#) an.

☐ Bei Antworten benachrichtigen

* Pflichtfelder (E-Mail-Adresse wird nicht veröffentlicht)

Das könnte Sie auch interessieren

- 

Experten warnen vor Risiken vernetzter medizinischer Geräte
London/Hannover. Vernetzte medizinische Geräte könnten in der Zukunft wegen nicht erkannter Schwachstellen als tödliche Waffen eingesetzt werden. Davor haben Experten... [weiter](#)
- 

Grünes Licht für Amazon-Drohnen-Tests
Washington/Seattle. Der Onlinehändler Amazon darf seine Paket-Drohnen nun auch in den USA testen. Die zuständige Luftfahrtbehörde FAA erteilte dem US-Unternehmen am... [weiter](#)
- National Professional Officer (NCD)**
National Professional Officer (NCD), Teheran, Iran Organization WHO - World Health Organization Country Iran City Tehran, Iran Office WHO Country Office in... [weiter](#)
- Blockupy will EZB-Einweihung massiv stören**
Frankfurt. Geht es nach dem Aktionsbündnis Blockupy, gibt es nichts zu feiern, wenn die Europäische Zentralbank (EZB) am heutigen Mittwoch offiziell ihre Zentrale in... [weiter](#)

 powered by plista

Der ruhigere Siebente

Wien. Bei näherer Betrachtung gibt es zwischen den beiden Seiten der Mariahilfer Straße ausgehend vom Christian-Broda-Platz keinen Unterschied... [weiter](#)



Bezirksporträts

Blaues Rennen um roten Bezirk

Wien. Es ist wohl seine Funktion als grüne Recyclinganlage Wiens, die Simmering charakterisiert und prägt. Seit eh und je dient der elfte Bezirk als... [weiter](#)



Bezirksporträt

Im Windschatten der City

Wien. Die Fasangasse hat ihre besten Zeiten als Einkaufsstraße hinter sich. Billig-Geschäfte dominieren hier die Gegend zwischen Botanischem Garten... [weiter](#)



Schlagwörter

Anschlag **Deutschland**
EU Frankreich
Griechenland Heta Iran
Ski-Weltcup Steuerreform
USA



MIT **GUTSCHEIN** zum halben Preis!

Werbung

Startseite

Nachrichten Welt Europa Österreich Wien Kultur Wirtschaft Sport Wahlen English News

Themen Channel Bildung Digital Integration Literatur Lebensart Musik Reflexionen Spiele Wissen Zeitreisen

Meinungen Leitartikel Glossen Gastkommentare Kommentare Blogs Leserforum Analysen Porträts Cartoons

Dossiers 1914 Ars Electronica Asyl Autismus Berlinale 2015 Boko Haram CES 2015 Comics & Mangas Content Award Vienna Die Akte Hypo Dylan Eurovision Song Contest 2015 Februar 1934 Frauentag 2015 Fukushima Glücksspiel Insolvenzen ImPulsTanz iPhone/iPad IS-Terroriliz Jahresvorschau 2015 Je suis Charlie Korruption Nahostkonflikt Pentagongelder Netzpolitik Oscar Raumfahrt Sonnenfinsternis 2015 70 Jahre Befreiung von Auschwitz Sterbehilfe Streit der Ökonomen Stresstest Studenten.Leben Transgender U-Bahn Ukraine Viennale TTIP Wiener Kongress

Amtsblatt Suche Aktuelle Ausgabe Alte Ausgaben Konkurse Jobs Info Immobilien

Abo Aboangebote ABO+ Testen&Gewinnen Abo-Service

Beilagen WienerJournal extra ProgrammPunkte Future Atlas Together Weinzeit

Unternehmen Kontakt Verlag Redaktion WZ Jobs bei der Wiener Zeitung Impressum AGB English Information about Wiener Zeitung

Asklepios

Eine Gewerkschaft, die

Die Umsetzung der EU-Arbeitszeitrichtlinie sorgt in den Spitälern nach wie vor für heftige Debatten. Zwar haben sich die Wogen langsam geglättet und es sind Vereinbarungen über einen Ausgleich für Gehaltseinbußen gefunden worden, doch hinter den Kulissen brodelt es weiter. Auch die Ärztekammer und ihre Funktionäre stehen unter Druck.

Von Martin Rümmele

Da verhandelt man in allen Bundesländern intensiv darum, dass Spitalsärzte durch die Arbeitszeitverkürzungen keine Gehaltseinbußen erleiden, und dann das: Die solcherart Vertretenen sind unzufrieden – mit der Art der Verhandlungen und den ersten Ergebnissen. In der Wiener Weihburggasse dürften sich in den vergangenen Wochen manche Ärztekammerfunktionäre gefühlt haben wie vor knapp 170 Jahren die Habsburger. Im Zuge der revolutionären Ereignisse von 1848 soll Kaiser Ferdinand im Angesicht der protestierenden Wiener seinen Kanzler Metternich gefragt haben: „Was mach'n denn all die viel'n Leut' da? Die san so laut!“ Dessen Antwort: „Die machen eine Revolution, Majestät.“ Ferdinand darauf konsterniert: „Ja, dürfen's denn des?“

Der neue Verein ...

OA Dr. Gernot Rainer, Lungenspezialist am Wiener Otto-Wagner-Spital, glaubt schon: „Wir wollen überall verhandeln, wo man mitverhandeln kann“, erklärt er. Rainer ist der Obmann jener Ärzte, die Revolution machen: gegen die Krankenhausbetreiber, aber auch gegen die Ärztekammer und nicht zuletzt auch gegen die Betriebsräte in den Spitälern und damit auch gegen den mächtigen ÖGB. Der streitbare Oberarzt hat zusammen mit anderen Spitalsmedizinern den Verein „Asklepios“ gegründet und in nur wenigen Wochen mehr als 1.000 Mitglieder gewonnen. Der Verein will eine neue Ärztegwerkschaft sein mit dem „unbedingten“ Ziel, künftig auch an Kollektivvertragsverhandlungen teilzunehmen. Rainer kritisiert v.a. die mangelnde Transparenz in den jüngsten Verhandlungen rund um die Um-

setzung der EU-Arbeitszeitrichtlinie in den Wiener Gemeindespitälern, die von der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten geführt wurde. Diese – und auch die Ärztekammer – sei im Kampf um bessere Arbeitszeiten um Jahre zu spät aktiv geworden.

... und die Standesvertretung

Welche Möglichkeiten Asklepios wirklich hat, ist umstritten. Jedenfalls bedeutet der Verein nicht nur Ungemach für die Verhandler seitens der Spitals-eigentümer, sondern auch Widerstand gegen Ärztekammer und ÖGB. „Jeder kann einen privaten Verein gründen, jeder kann diesen auch Gewerkschaft nennen, braucht aber noch immer ein Gegenüber, das bereit ist, mit ihm zu verhandeln“, gibt sich Ärztekammer-Vizepräsident und Spitalsärztevertreter Dr. Harald Mayer gelassen.

Die Ärztekammer sieht sich als Pflichtstandesvertretung. Als solche hat sie sich auch in die Verhandlungen in den Spitälern eingeschaltet. Doch so einfach stellt sich die Sache gar nicht dar. Deutlich wurde dies Ende 2014 in Kärnten, als der dortige Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) aufgrund der von der Kammer forcierten Proteste den Ärztekammerpräsidenten kurzerhand zu weiteren Verhandlungen nicht mehr einlud. Zumindest die Ärztekammer stellte das so dar. Die Version des Landeshauptmannes: Er verhandle als Personalreferent des Landes mit jenem Team, das vom Zentralbetriebsrat der Spitäler nominiert wird. Und dort fühlte sich die Ärztekammer eben unterrepräsentiert.

Die Österreichische Ärztekammer tritt formell gemäß Ärztesgesetz die gemeinsamen beruflichen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen aller in



Illustration: Wikimedia Commons, Stockbyte

keine sein darf



Asklepios
(lat. Aesculapius,
dt. Askulap), der
Gott der Heilkunst
aus der griechischen
Mythologie

Österreich tätigen Ärzte. Sie sorgt für die Wahrung des Ansehens, der Rechte und die Einhaltung der Pflichten der Ärzte. Weiters um Führung einer Ärzteliste, Durchführung der Arztprüfung, Organisation der Fortbildung, Formulierung gesundheitspolitischer Ideen, Qualitätssicherung in den Arztpraxen, Vertragsverhandlungen mit den Krankenversicherungen, Honorarrichtlinien für niedergelassene Ärzte, Erlassung von Verhaltenskodex und Werberichtlinien und nicht zuletzt laut Ärztekammer um „Bemühungen zur Erhaltung zumutbarer und förderlicher Arbeitsbedingungen für Ärzte in Ordination oder Spital“. Von Gehaltsverhandlungen ist in der Auflistung in nur einem Fall die Rede: wenn es um die Gehälter der Bediensteten von Ärzten in deren Ordinationen geht. Kurz, wenn die Ärzte Arbeitgeber sind. Gehaltsverhandlungen in Spitälern fallen hingegen in den Aufgabenbereich der Gewerkschaft. Genau genommen in den Bereich von vier Teilgewerkschaften: die Gewerkschaft Vida ist zuständig für jene Ärzte, die in privaten Gesundheitseinrichtungen wie Privatkliniken arbeiten. Die GPA wiederum verhandelt für jene Ärzte, die in Sozialversicherungseinrichtungen arbeiten (z.B. Unfallspitäler, Hanusch-Spital). Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, GDG, vertritt in Gemeindespitälern und die Beamten-Gewerkschaft u.a. an den Unikliniken. Während die drei erstgenannten SPÖ-dominiert sind, ist die Beamten-Gewerkschaft ÖVP-nahe.

Kollektivvertragsfähigkeit

Nicht zuletzt aufgrund dieses Wirrwarrs geben sich die Gewerkschaften innerhalb des ÖGB auch reserviert bis verärgert, spricht man sie auf den neuen Verein Asklepios an, der ihnen in die Quere kommt. Politologen halten zwar die Teilnahme an Gehaltsverhandlungen für nicht realistisch. Doch könne Asklepios zu einem Störfaktor bei konkreten Konflikten wer-

den – auf Dauer für den ÖGB unerfreulich. Formell ist die Sache jedenfalls klar: Rein technisch ist die Erlangung der Kollektivvertragsfähigkeit, wie sie von Asklepios angestrebt wird, schwer. In Österreich ist laut Gewerkschaftsauskuft eigentlich nur der ÖGB selbst kollektivvertragsfähig, denn es braucht laut Arbeitsverfassungsgesetz eine breite Basis, die man vertritt. Zwar ist der Begriff Gewerkschaft nicht geschützt – man muss nur in die Statuten schreiben, dass man Personen in ihrem Arbeitsbereich unterstützt. Verhandeln darf man aber nicht, weil es dazu u.a. eben eine breite Basis braucht. Und die hat der ÖGB. Der kann wiederum einzelne Fachgesellschaften beauftragen, heißt es aus der Gewerkschaft. Deren Vorschlag: alle ÖGB-Mitglieder können intern Fachgesellschaften gründen. Die Asklepios-Anhänger sollten also einfach Mitglied werden. „Im Gegensatz zu Deutschland wo die Fachgesellschaften Mitglied im DGB sind, ist es in Österreich anders. Hier sind die Menschen Mitglied im ÖGB und organisieren sich dann intern nach Fachbereichen“, so Mag. Martin Müller vom Referat für Rechtspolitik im ÖGB.

Alarmierendes Signal

Beobachter sehen in der Neugründung dennoch ein alarmierendes Signal für ÖGB und Ärztekammer. Sollte Asklepios noch weiteren Zulauf erhalten, werde man nicht umhinkönnen, Konzessionen zu machen, um die Mitglieder einzubinden. „Die Neugründung einzelner Gruppierungen schwächt die Ärztefront“, warnte deshalb auch Wiens Ärztekammer-Präsident Thomas Szekeres. Und GDG-Chef Christian Meidlinger spricht gar von einer „völlig absurden Idee“. Man werde sich ansehen müssen, wie sich die neue Gruppe entwickelt, sagt der leitende ÖGB-Sekretär Bernhard Achitz. „Derzeit ist sie noch viel zu schwach, um Kollektivvertragsverhandlungen führen zu können.“



Rund 1500 Ärzte protestierten am Montagabend am Maria-Theresien-Platz lautstark gegen die neuen Arbeitszeitregelungen.

(NÖ)

Ärzte-Protest gegen Arbeitszeitgesetz

Demo. Rund 1500 Spitalsärzte gingen auf die Straße, um gegen die neue Arbeitszeitregelung zu demonstrieren. Das Gehaltsschema könnte dennoch am Freitag im Landtag beschlossen werden.

VON KÖKSAL BALTACI

Wien. „Unser Gesundheitssystem ist krank“, „382 Ärzte weniger – das geht an die Nieren“, „Nein zum Arbeitspaket, zurück an den Verhandlungstisch“, Slogans wie diese dominierten die erste „richtige“ Demonstration der Spitalsärzte im Streit um die Umsetzung des neuen Arbeitszeitgesetzes.

Nach mehreren Kundgebungen ohne Umzug marschierten am Montagmorgen rund 1500 Mediziner von der Spitalgasse zum Maria-Theresien-Platz, wo kurz nach 18 Uhr die Schlussveranstaltung mit Auftritten unter anderem von Kammerpräsident Thomas Szekeres und Gernot Rainer, Gründer der neuen Ärzteschaft Asklepios, stattfand. Auch Vertreter von Ärztestruppen wie etwa der Primare oder der Ordensspitler berichteten davon, wie sich die Einsparungen auf ihren Alltag auswirkten. Rund um die Route der Demo (Alser Straße, Landesgerichtsstraße) gab es Verkehrsbehinderungen mit Sperrungen und Staus, betroffen waren alle Zufahrten.

Szekeres, der sich einige Buhrufe anhören musste, warf der Stadtregierung vor, die gemeinsam

beschlossene Vereinbarung gebrochen zu haben, noch bevor sie in Kraft getreten sei. „Das Gesundheitssystem in Wien ist in keinem so guten Zustand, wie wir das gerne hätten“, sagte er. „Es gibt jetzt schon sehr lange Wartezeiten in den Ambulanzen. Auch bei den Operationen werden die Wartezeiten immer länger, sogar bei schweren Operationen.“ Auch Gangbeten seien „keine Fata Morgana“, wie von der Politik behauptet werde.

„Das bedeutet Arbeitskampf“

Den stärksten Applaus bekam Asklepios-Obmann Gernot Rainer, der Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely (SPÖ) davor warnte, Beschlüsse ohne die Zustimmung der Ärzte zu fassen. „Ansonsten werden wir uns wehren“, betonte er. „Das bedeutet zwar einen Arbeitskampf, aber wir sind bereit, diesen Kampf im Interesse unserer Patienten zu führen.“ Beendet wurde die Demo am kurz nach 19 Uhr mit einem Meer aus Wunderkerzen, die vor der Kundgebung an die Teilnehmer verteilt wurden.

In den vergangenen Tagen waren mehrere Gesprächsrunden mit Vertretern der Stadt und des Krankenanstaltenverbundes (KAV) er-

gebnislos verlaufen. Zuletzt wurde der Ton immer rauer. Wehsely (SPÖ) warf der Kammer am Sonntag vor, bewusst eine Eskalation herbeizuführen, und kündigte an, dass ein maßgeblicher Teil des Arbeitszeitpakets bereits am Freitag im Landtag beschlossen werden könnte – nämlich das Gehaltsschema. Zuvor wird es aber noch am Dienstagmittag ein weiteres Treffen mit den Arbeitnehmervertretern und den Ärzten geben.

Spätestens dann soll klar werden, „ob es einen gemeinsamen Weg gibt, oder nicht“, sagt Wehsely. Knackpunkt bei der Umsetzung des Arbeitszeitgesetzes, das eine Reduktion der Arbeitszeiten bei einem gleichzeitigen Anstieg des Grundgehaltes vorsieht, ist nach wie vor die geplante Reduktion von 382 Dienstposten, die für Unmut bei den KAV-Beschäftigten sorgt.

Dass das Gehaltsschema am Freitag im Landtag beschlossen wird, ist nicht unwahrscheinlich. Denn die neuen, kürzeren Arbeitszeiten treten gemäß einer EU-Richtlinie in jedem Fall am 1. Juli in Kraft. Werden die höheren Gehälter zu diesem Zeitpunkt nicht schon ausbezahlt, droht ein deutlicher Verdienstenfgang – da es

Nachdienste und damit verbundene Zulagen dann nicht mehr gibt. Die Arbeitszeitregelung an sich muss nicht mehr eigens im Stadtparlament beschlossen werden. Auch der Großteil der ausverhandelten begleitenden Maßnahmen im KAV sind nicht Landtagsmaterie, sondern Teil einer Betriebsvereinbarung – der die Gewerkschaft bereits zugestimmt hat.

Wehsely: „Instabiler Partner“

Der Auslöser für das Zerwürfnis zwischen Wehsely und Szekeres war ein von Stadt, Kammer und Gewerkschaft geschürtes Paket, das bei einer Ärztebefragung mit klarer Mehrheit abgelehnt wurde. Daraufhin erklärte Szekeres seine Unterschrift für nichtig, was ihm Wehselys Vorwurf einbrachte, ein „instabiler Partner“ zu sein.

Nach weiteren Gesprächen – mittlerweile mit dem Ärztekammer-Vizepräsidenten Hermann Leitner als Verhandlungsführer – zeichnete sich Anfang vergangener Woche dennoch eine Einigung ab, ehe die Stimmung nach einem Treffen am Freitagabend endgültig kippte. Beide Seiten ließen anschließend ausrichten, dass „eine Annäherung nicht in Sicht ist“.

Gefängnisse noch immer stark überfüllt

Auslastung der Anstalt Wien Josefstadt: satte 121 Prozent.

Wien. Zum Teil sind Österreichs Gefängnisse nach wie vor ziemlich voll bzw. überfüllt. In fünf Anstalten (Wien Josefstadt, Garsten, Hirtenberg, Graz-Jakomini, Graz-Karlau) betrug mit Stichtag 31. Dezember 2014 die Auslastung sogar mehr als hundert Prozent.

Am brisantesten sieht die Lage im größten Gefängnis Österreichs aus – in der Anstalt Wien Josefstadt. Dort waren am erwähnten Stichtag 1198 Insassen untergebracht. Ausgelegt ist die Anstalt (konzipiert für U-Häftlinge und Strafgefangene mit bis zu 18 Monaten Haftzeit) für maximal 990 Personen. Die Auslastung betrug also 121 Prozent. Diese Zahlen finden sich in der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage der Grünen durch ÖVP-Justizminister Wolfgang Brandstetter.

Häftlingszahlen rückläufig

In der Gesamtschau sind die Häftlingszahlen rückläufig, im westeuropäischen Vergleich aber weiter anhaltend hoch. Hatten sich Ende 2013 bundesweit 8989 Personen in Haft befunden, waren es 2014 noch 8692, darunter 507 Frauen. Vor diesem Hintergrund sind die Pläne des Justizministers zu sehen, der mit seinem kürzlich zur Begutachtung versandten Entwurf einer Reform des Strafrechtsbuchs die Gefängnisse entlasten möchte, indem etwa die von Justizbehörden zur Verhängung der U-Haft herangezogene Gewerbsmäßigkeit (Beispiel: gewerbsmäßiger Diebstahl) neu definiert wird.

Weiter zurückgegangen ist auch die Zahl der eingesperrten Jugendlichen. Das Justizressort hatte zur Abstellung von Missständen im Jugendstrafvollzug eine Taskforce eingesetzt. Ende 2014 saßen „nur mehr“ 80 Jugendliche ein. Im Jahr 2013 waren es 112, 2012 noch 144. Im Jahr 2004 waren es sogar noch 259 Personen unter 18 Jahren gewesen. (m.s./APA)

Drogen, Vergewaltigung und ein Toter

Prozess. Vor dem Straflandesgericht Graz steht jener 17-Jährige vor Gericht, der einen Bekannten erschossen und verscharrt hat. Ob er seine Freundin verteidigt oder vorsätzlich gemordet hat, muss nun das Gericht klären.

VON CHRISTINE IMLINGER

Graz. Er wirkt wie ein unscheinbarer Bub, wie er da neben dem großen, bulligen Justizwachbeamten sitzt. In Jeans und dunkelblauem Hemd, mit akkuratem Haarschnitt, an den Seiten kurz, auf dem Oberkopf lang, so wie es Burschen seines Alters eben heute tragen. Schlaksig, der Kopf steckt zwischen den Schultern, wenn er in den Verhandlungssaal erst betritt, nachdem diesen der letzte Kameramann verlassen hat. Sebastian S., jener 17-Jährige, der vorigen Juni, damals 16 Jahre alt, in seinem Parkkeller in Graz erschossen hat.

Seit Montag soll dort, im Straflandesgericht, die Frage geklärt werden, ob er vorsätzlich gemordet oder aus Notwehr gehandelt hat. Was in der Nacht geschehen ist, scheint zunächst klar: Gastgeber Sebastian S., seine damalige Freundin und der gemeinsame Bekannte Marcel S., genannt „der Kärntner“, treffen sich in der Kellerwohnung. Sie konsumieren Drogen, beide Burschen haben Sex mit der 14-Jährigen, sie fahren nach Villach. Zu-

rück in Graz erschießt Sebastian S. Marcel S. aus kurzer Distanz mit einem Kleinkalibergewehr.

Die Details klingen bei Anklage und Verteidigung allerdings gegensätzlich: Staatsanwältin Kathrin Heidinger schildert eine Art Drogenparty, die Burschen sollen konsumiert und dem Mädchen Betäubungsmittel ins Getränk gemischt haben. Anschließend hätten beide das Mädchen vergewaltigt und mit vorgehaltener Waffe in der Wohnung festgehalten. Erst in der darauffolgenden Nacht – und nach der Fahrt nach Villach – habe Sebastian S. Marcel S. in der Absicht, ihn zu töten, in den Kopf geschossen. Er habe ihn noch angestochen und „Der ist hin“ gesagt, sagt Heidinger, die für eine Verurteilung und Einweisung in eine Anstalt für geistig abnorme Rechtsbrecher plädiert.

Gerald Rühr, der Anwalt des Burschen, stellt die Geschehnisse im Juni 2014 ganz anders dar. Demnach hätte Besucher Marcel S. während der Party, die völlig aus dem Ruder gelaufen sei, das Kommando übernommen, Sebastian S. und seine damalige Freundin terrorisiert,

das Mädchen vergewaltigt und Sebastian S. dazu gezwungen, das ebenfalls zu tun. Auch habe Marcel S. die beiden mit vorgehaltener Waffe gezwungen, mit ihm nach Villach und retour zu fahren, um seine Sachen zu holen.

Von der Situation, dem Drogenkonsum und Schlafentzug überfordert, habe sich sein Mandant nicht anders zu helfen gewusst, als auf Marcel S. zu schießen, um seine Freundin aus dessen Gewalt zu befreien. Dann habe er seinen Großvater um Hilfe gebeten, beide brachten die Leiche mit einem Taxi nach Ungarn, wo sie in Müllsäcke gewickelt und vergraben später gefunden wurde.

„Psychischer Krüppel“

Während für die Anklage feststeht, dass der Angeklagte vorsätzlich gehandelt hat, zeichnet sein Anwalt das Bild eines Jugendlichen, der nie so recht eine Chance hatte. Und versucht, den Geschworenen das Bild des kalten Mörders, des „psychischen Krüppels“ (so stellte Gerichtspräsidentin Heidi Kastner Sebastian S. in ihrem Gutachten dar,

wie Rühr sagt) durch das eines sensiblen, verlorenen Teenagers zu ersetzen, der fast Mitleid verdient. Beobachtet man den Burschen, wie er nach unten starrt, sein Kinn anspannt und schwer schluckt, als Rühr seine triste Geschichte erzählt, möchte man es fast glauben. In seiner Geschichte geht es um einen heftigen Obsorgestreit – Gerichtsverfahren, Vorwurf des sexuellen Missbrauchs und Betränsen im Schulterarm inklusive –, um Therapien, viele Schulwechsel.

Rühr führt auch die Beziehung zur 14-Jährigen ins Treffen, zitiert Liebesbriefe, die das Mädchen Sebastian S. geschrieben habe, als der schon in Haft saß. Man zeige mit dem Finger auf sie, schreibt sie. Und der Verteidiger greift Psychiaterin Kastner an, die ihr Gutachten erstellen musste, ohne mit dem Angeklagten zu sprechen, da Sebastian S. dies verweigerte. Sie attestierte ihm Zurechnungsfähigkeit, aber auch Gefährlichkeit. Nach den Plädoyers wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Der Prozess wird heute, Dienstag, fortgesetzt. Ein Urteil wird für April erwartet.

NACHRICHTEN

Wiener Wahlrecht: ÖVP droht mit Gericht

Wiens ÖVP ist der Überzeugung, dass die SPÖ am Freitag Anträge zur Änderung des Wahlrechts im Landtag zulassen muss. Begründet wird das mit einem Rechtsgutachten des Verfassungsjuristen Heinz Mayer. Sollte die SPÖ blockieren, sei der Gang vor den Verfassungsgerichtshof möglich. Damit könne die Wien-Wahl 2015 nachträglich aufgehoben werden.

Pferd in Hauswurst: Keine Anklage

Die Betrugsermittlungen gegen eine Kärntner Fleischerei, deren Würste und dekorierte Pferdefleisch enthielten, wurden eingestellt. Es konnten keine Hinweise gefunden werden, dass der Beschuldigte minderwertige oder verdorbene Waren in Verkehr brachte oder sich durch die Beimischung von Pferdefleisch einen Vermögensvorteil verschaffte, so die Staatsanwaltschaft. Im Februar 2013 wurde der Fall als österreichische Dimension des europaweiten Pferdefleischskandals publik.

Ärzte blasen zum Trauermarsch

Protest. Wiens Spitalsärzte demonstrieren gegen den Stellenabbau, Wehsely kündigt weitere Gespräche an

VON JOSEF GEBHARD
UND DANIELA WAHL

Trauerflor, ein Grabkranz und eine Bläsergruppe, die den Trauermarsch spielt. Die Rede ist nicht von einem Beerdigungszug, sondern von der größten Ärzte-Demo, die Wien je gesehen hat. Aus Protest gegen das neue Arbeitszeitmodell zogen bis zu 2000 Mediziner Montagmittag durch die City.

Die Ärztekammer hatte einiges aufgeboten, um öffentlichkeitswirksam auf die Probleme aufmerksam zu machen, die die seit Jänner gültige Arbeitszeit-Verkürzung in Wiens Spitäler mit sich bringt. An der Spitze des Zuges heizte ein Einpeitscher von einem Wagen herab die Stimmung unter den Teilnehmern in ihren weißen Kitteln an. Begleitet von einem DJ, der die Demo mit Hits wie „I will survive“ beschallte.

Stellenabbau

Manche Ärzte hatten sich Zettel mit der Aufschrift „Einer von 382“ auf ihre Mäntel gehängt – in Anlehnung an den von der Stadt geplanten Abbau von 382 Dienstposten in den Gemeindespitalen im Zuge der Dienstzeiten-Umstrukturierung. Es ist vor al-



Schlusskundgebung am Maria-Theresien-Platz: Die Ärzte hoffen auf ein Einlenken der Politik, ansonsten drohen sogar Streiks

lem dieses Vorhaben, das zuletzt für massive Empörung unter den MedizinerInnen sorgte. „Dass man mit zehn Prozent weniger Ärzten nicht die gleiche Leistung erbringen kann, kann sich mein kleiner Sohn ausrechnen“, kommentiert das eine Turnusärztin aus einem Gemeindespital. „Hätte ich nicht zwei Kinder, hätte ich Wien schon verlassen und würde in der Schweiz arbeiten.“

Mit Namen und Bild will kaum einer der aufgetragenen Demo-Teilnehmer in der Zeitung erscheinen. Wie es scheint, zeigt der Maulkorb-Erlass für die Ärzte in den Gemeindespitalen (der KURIER berichtete) bereits Wirkung.

Vor dem Rathaus hält der Demo-Zug kurz, „um die Politiker aufzuwecken“, wie der inzwischen etwas heisere Einpeitscher erklärt.

Dass die Stadt noch ein-

lenkt und das Dienstzeit-Paket neu verhandelt, hofft auch Gernot Rainer, Chef der neuen Ärztegewerkschaft Asklepios, der an der Spitze des Zuges mitmarschierte. „Wir wollen darauf aufmerksam machen, dass die geplanten Maßnahmen zu einem katastrophalen Kahlschlag im Gesundheitssystem führen werden.“

Ähnlich sieht das Ärztekammer-Präsident Thomas

Szekeres: „Ich habe jetzt schon täglich Informationen über verlängerte Wartezeiten und lange Wartelisten für Operationen.“ Sollte die Stadt sich nicht bewegen, werde man auch das Thema Streik besprechen müssen.

Weitere Gespräche

Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely (SPÖ) wirft indes der Ärztekammer vor, an der „Eskalationsschraube“ zu



Kammerchef Szekeres: „Täglich Infos über längere Wartezeiten“



Gewerkschafter Rainer: „Es droht ein Kahlschlag“

drehen. „Da werden verschiedene Kammer-Interessen bedient, aber gleichzeitig auch die Patienten verunsichert.“ Trotzdem werde es Dienstagmittag wieder ein Gespräch mit den Ärztevertretern geben, sagt Wehsely.

Mit dem Gehaltsschema könnte jedenfalls ein zentraler Teil des neuen Arbeitszeit-Pakets bereits am kommenden Freitag im Landtag beschlossen werden.

Wahlrecht: ÖVP droht mit Verfassungsklage

STADTPOLITIK VON INNEN

Woche der Entscheidung im Wiener Wahlrecht. Wie berichtet, konnten sich SPÖ und Grüne nicht auf ein neues Wahlrecht einigen. Nun wollen die Grünen am Freitag im Landtag gemeinsam mit ÖVP und FPÖ ein neues Wahlrecht beschließen, das kleine Parteien stärkt. Zusammen haben sie 51 Mandate, die SPÖ nur 49.

Allerdings hat Bürgermeister Michael Häupl (SP) angekündigt, das Wahlrecht blockieren zu wollen. Die tra-

gende Rolle spielt dabei Landtagspräsident Harry Koptetz (SPÖ). Er könnte die Anträge der Opposition und der Grünen nicht zulassen.

Für Wiens ÖVP-Chef Manfred Juraczka ist klar: „Koptetz muss die Anträge zulassen.“ Das bestätigte auch ein Rechtsgutachten von Verfassungsjurist Heinz Mayer, der die Causa im Auftrag der ÖVP beurteilt hat. Laut Mayer können Zusatzanträge gestellt werden, wenn sie mit der Gesetzesmaterie zu tun

haben. Nachdem am Freitag auch das Gesetz für die Briefwahl repariert wird, müsste auch das neue Wahlrecht zur Abstimmung kommen.

Sollte Koptetz den Antrag dennoch ablehnen, droht der VP-Chef mit Konsequenzen. „Es wäre kein Kavaliärsdelikt, wenn eine Minderheit wie die SPÖ eine Mehrheit vom Gesetzgebungsprozess abhalten will“, sagt Juraczka. „Wir halten uns daher die Option einer Verfassungsklage offen.“ Das könnte bis zur

Aufhebung der Wahl im Oktober führen.

Bei der SPÖ sieht man die Dinge dennoch anders. „Wir nehmen rechtliche Gutachten sehr ernst. Wenn es allerdings andere Gutachten gibt, die genau das Gegenteil bescheinigen, gehen wir davon aus, dass die Entscheidung beim Landtagspräsidenten liegt“, sagt Klubobmann Rudi Schickler. Koptetz selbst wollte vorerst keine Stellungnahme abgeben.

— ELIAS NATMESSNIG

WIEN

Facebook-Hetze gegen Moslems: 1200 Euro Strafe

Gericht. Moslems seien „keine Lebewesen“, sondern „Unkraut, das vernichtet gehört“. Mit solchen rassistischen Äußerungen ging ein 36-jähriger Wiener auf seinem Facebook-Profil zwischen Mai und Juni 2014 an die Öffentlichkeit. Montag wurde der Frühpensionist am Landesgericht wegen Verhetzung zu 1200 Euro verurteilt.

„Sie sind knapp am Verbotsgesetz vorbeigeschrammt“, erklärte Richter Stefan Apostol. Denn der

vielfache Vater schloss seine Eintragungen auch gerne mit „Siege Heil!“ Dazu befragt, räumte der Wiener ein, er habe „a bissl nationalsozialistisches Gedankengut in die Welt gesetzt, es tue ihm leid“. Weiters wettete der 36-Jährige gegen Ausländer und unterstellte vor allem Türken, das sie den heimischen Sozialstaat ausnützen würden. Die Strafe fiel im Hinblick auf die Einkommensverhältnisse des Mannes sehr milde aus. Das Urteil ist rechtskräftig.

KURIER

AUTOMARKT

MERCEDES-BENZ

Vito 110 CDI Kastenwagen, lang bis 7 Jahre Garantie



30 x sofort verfügbar
EZ 2014, 10-30.500 km, Diesel, 95 PS, 2,2 CDI, Schaltgetriebe
AUSSTATTUNG
ESP, ABS, ASR, uvm., Verkleidung, Heckklappe, Radio ab 15.490,- excl. Ust (ab 18.588,- inkl. Ust)

Pappas Transporter Center
Wiener Neudorf, IZ Süd, Str. 4
Hotline 02236/604 604
pappas.at Pappas Gruppe

FIAT

Ducato Kastenwagen L3H2 neuwertig



3 x sofort verfügbar
EZ 10/2013 6-11.000 km
131 PS, Klima, Airbag
AUSSTATTUNG
270° Türen, Airbag, ZV, Radio, uvm.
ab 17.990,- excl. Ust (ab 21.588,- inkl. Ust)

Pappas Transporter Center
Wiener Neudorf, IZ Süd, Str. 4
Hotline 02236/604 604
pappas.at Pappas Gruppe

MERCEDES-BENZ

Sprinter, mittlerer Radstand 4 Jahre Garantie in Serie



20 x sofort verfügbar
EZ 2014, neuwertig, KEIN IMPORT!
jedes Leasing möglich
AUSSTATTUNG
ESP, ABS, ASR, KLIMA, uvm., Radio, 3-sitzig ab 19.990,- excl. Ust (ab 23.988,- inkl. Ust)

Pappas Transporter Center
Wiener Neudorf, IZ Süd, Str. 4
Hotline 02236/604 604
pappas.at Pappas Gruppe

MERCEDES-BENZ

316 CDI/37 DOKA Pritsche Neuwertig



3 x sofort verfügbar
EZ 10/2013, 30.367 km, Diesel, 163 PS, tiefschwarz
AUSSTATTUNG
Klima, Telefonanlage, Radio, CD, 6-sitzig uvm. ab 23.990,- excl. Ust (ab 28.788,- inkl. Ust)

Pappas Transporter Center
Wiener Neudorf, IZ Süd, Str. 4
Hotline 02236/604 604
pappas.at Pappas Gruppe

MERCEDES-BENZ

Sprinter 313 CDI/43 KA 4 Jahre Garantie in Serie



15 x sofort verfügbar
EZ 12/2013, 10-40.000 km, Diesel, 129 PS, arktikweiss
AUSSTATTUNG
Befahrer Zweitsitzer, Holzboden, Innenverkl., Radio uvm. ab 25.990,- excl. Ust (ab 31.188,- inkl. Ust)

Pappas Transporter Center
Wiener Neudorf, IZ Süd, Str. 4
Hotline 02236/604 604
pappas.at Pappas Gruppe

50 Projektile in Wand: Auf Hahn geschossen, Bauer getroffen

VON THOMAS MARTINZ

Kärnten.

Nachbar fühlte sich vom Lärm belästigt und gab seit Herbst Schüsse auf den Bauernhof ab.

Rund 50 Projektile stecken in der Wand eines Bauernhofs in der Kärntner Gemeinde Sittersdorf. Ein 54 Jahre alter Bauarbeiter, der in einem angrenzenden Wohnhaus lebt, soll mit seinem Druckluft-Gewehr dorthin geschossen haben, wenn er sich vom Krähen eines Hahnes gestört fühlte. Am Sonntag traf er allerdings aus 50 Metern Entfernung den 80-jährigen Landwirt Friedrich Hobel.

Am Abend war es wieder einmal so weit: der Mann soll vom Parkplatz seiner Wohnung aus über die Seeburg-Bundesstraße in Rich-

tung Stallgebäude geschossen. „Ich habe einen Knall gehört und dann ist Blut geflossen. Das Projektil, das der Nachbar abgefeuert hat, durchschlug meine rechte Hand und blieb im rechten Knie stecken“, schildert Hobel. Als der mutmaßliche Schütze einen Schrei hörte, ergriff er die Flucht. Diese endete nach dem Einsatz von 20 Beamten des Bezirkspolizeikommandos Völkermarkt und der Spezialeinheit Cobra: Das Auto des Bauarbeiters wurde von einem Polizeihubschrauber aus entdeckt, er wurde auf freiem Fuß angezeigt.

Gegen den Mann wurde ein vorläufiges Waffenverbot ausgesprochen, die Polizei nahm ihm das Druckluft-Gewehr und ein Kleinkaliber-Gewehr ab. Für keine der beiden Waffen ist ein Waffenschein erforderlich.

Der Landwirt wurde ins Klinikum Klagenfurt eingeliefert. Die Ärzte gaben be-



Der 80-jährige F. Hobel wird im Klinikum Klagenfurt behandelt

kannt, dass er keine bleibenden Schäden zu befürchten hat. „Ich hatte Glück im Unglück“, sagt Hobel. Das bestätigt Völkermarkts Bezirkspo-

lizeikommandant Klaus Innerwinkler: „Das Projektil eines Druckluft-Gewehrs kann lebensgefährliche Verletzungen anrichten.“

Erkann sich nicht erklären, warum „sehr viele Projektile“ im Stallbereich gefunden, andererseits aber in der Vergangenheit keinerlei Nachbarschaftsstreitigkeiten zwischen den beiden Männern registriert wurden. Innerwinkler: „Es gab in diesem Zusammenhang keinerlei Anzeigen.“

„Kein Streit“

Mit dem 54-Jährigen hätte es ja niemals Streit gegeben, betont Hobel. „Mein Nachbar sagte stets, dass ihn meine zwei Zwerghähne nicht stören würden. Im Herbst begannen plötzlich zu schießen. Rund 50 Projektile habe ich in der Stallwand gezählt, ein Fenster ist zu Bruch gegangen. Ich hielt es aber nie für erforderlich, Anzeige zu erstatten“, sagt Hobel.

MEDIZINER-GEHÄLT

Kärntens Primärärzte beschließen Solidarbeitrag

Einigung. Teilverzicht auf Sonderklassegebühr

Überraschend viele Hürden nahmen die Verhandler in Kärnten in den letzten Wochen auf ihrem Weg zu einer Einigung im Ärztestreit. Am Montag tagten die Primärärzte der Landesspitäler; es ging um die Frage, ob man bereit wäre, Einnahmen aus den Sonderklassegebühren an die Jungärzte weiterzugeben. Und die Antwort lautet: Ja. Künftig würden die vom steirischen Gehaltsmodell benachteiligten Mediziner anteilig Geld aus diesem Topf lukrieren können.

„Wir haben uns auf einen Solidarbeitrag geeinigt, wollen eine positive Beendigung des Gehaltsstreits mittragen“, sagte Rudolf Likar, Sprecher der Primari. Ärztekammerpräsident Josef Huber bezeichnete diesen Entschluss als „wichtiges Zeichen“ für alle Spitalsärzte.

Nun wird das Vertragswerk in Worte gefasst, am Mittwoch soll es von Landeshauptmann Peter Kaiser

(SPÖ) unterschrieben werden. In der Folge soll der Vorschlag in einer Betriebsversammlung zur Abstimmung gebracht werden. „Diese könnte noch diese Woche stattfinden“, betont Huber. Ärztevertreter des Mittelbaus haben bereits intern über den Vorschlag abgestimmt: das Votum fiel mit 88-prozentiger Zustimmung überraschend klar aus.

Während man in Kärnten vor einer Einigung steht, formierten sich die Wiener Kollegen gestern, Montag, zu einem Protestmarsch. Manche Ärzte trugen Mäntel mit der Aufschrift „Einer von 382“ in Anlehnung an den geplanten Abbau von 382 Dienstposten. „Die geplanten Maßnahmen würden zu einem Kahlschlag in Gesundheitssystem führen“, sagte der Obmann der Ärztegwerkschaft Asklepios, Gernot Rainer. Heute Nachmittag soll weiter verhandelt werden.

– THOMAS MARTINZ

TIROL

Sturz in Gletscherspalte: Deutscher schwer verletzt

Innsbruck. 25 Meter tief ist ein 30-Jähriger am Sonntag nachmittag in den Ötztaler Alpen in eine Gletscherspalte gestürzt. Der Deutsche wurde schwer verletzt geborgen. „Er musste bis weit nach Mitternacht operiert werden und liegt jetzt auf der Intensivstation“, hieß es von der Universitätsklinik Innsbruck, die keine näheren Angaben zum Verletzungsmuster machen wollte.

Der Tourenger hatte am Sonntag gemeinsam mit einem 28-jährigen Landsmann die Wildspitze bestiegen. Bei der Abfahrt über den Taschachferner brach der Mann in einer Seehöhe von rund 3385 Metern ein und stürzte in die Gletscherspalte. Der Begleiter des Deutschen alarmierte die Rettungskräfte, die mit zwei

Hubschraubern an die Unglücksstelle geflogen wurden. Der Schwerverletzte wurde mit einem über der Absturzstelle aufgebauten „Dreibein“ geborgen. Neben Mitgliedern der Bergrettung Innerpitztal, waren ein Flugretter, eine Notärztin und zwei Polizisten im Einsatz.

Nach 70-Meter-Sturz

Auf dem Weg der Besserung ist indes ein deutscher Freerider, der vergangene Woche im Skigebiet von Ischgl 70 Meter über eine Felswand abgestürzt ist. Der 28-Jährige überlebte wie durch ein Wunder. Er erlitt jedoch beim Aufprall schwere Verletzungen an mehreren Organen. Laut Uni-Klinik Innsbruck konnte er aber inzwischen von der Intensiv- auf eine Beobachtungsstation verlegt werden.



Ein 30-jähriger Tourenger wurde von Bergrettern am Taschachferner in den Ötztaler Alpen aus 25 Metern Tiefe geborgen

KURIER AUTOMARKT

MERCEDES-BENZ

Vito 110 CDI Kastenwagen, lang bis 7 Jahre Garantie



30 x sofort verfügbar
EZ 2014, 10-30.500 km, Diesel
95 PS, 2,2 CDI, Schaltgetriebe
AUSSTATTUNG
ESP, ABS, ASR, uvm., Verkleidung, Heckklappe, Radio **ab 15.490,- excl. Ust** (ab 18.588,- inkl. Ust)

Pappas Transporter Center
Wiener Neudorf, IZ Süd, Str. 4
Hotline 0800/727 727
pappas.at Pappas Gruppe

FIAT

Ducato Kastenwagen L3H2 neuwertig



3 x sofort verfügbar
EZ 10/2013 6-11.000 km
131 PS, Klima, Airbag
AUSSTATTUNG
270° Türen, Airbag, ZV, Radio, uvm.
ab 17.990,- excl. Ust (ab 21.588,- inkl. Ust)

Pappas Transporter Center
Wiener Neudorf, IZ Süd, Str. 4
Hotline 0800/727 727
pappas.at Pappas Gruppe

MERCEDES-BENZ

Sprinter, mittlerer Radstand 4 Jahre Garantie in Serie



20 x sofort verfügbar
EZ 2014, neuwertig, KEIN IMPORT!
jedes Leasing möglich
AUSSTATTUNG
ESP, ABS, ASR, KLIMA, uvm., Radio,
3-sitzig **ab 19.990,- excl. Ust**
(ab 23.988,- inkl. Ust)

Pappas Transporter Center
Wiener Neudorf, IZ Süd, Str. 4
Hotline 0800/727 727
pappas.at Pappas Gruppe

MERCEDES-BENZ

316 CDI/37 DOKA Pritsche Neuwertig



3 x sofort verfügbar
EZ 10/2013, 30.367 km, Diesel,
163 PS, tiefschwarz
AUSSTATTUNG
Klima, Telefonanlage, Radio/CD,
6-sitzig uvm. **ab 23.990,- excl. Ust** (ab 28.788,- inkl. Ust)

Pappas Transporter Center
Wiener Neudorf, IZ Süd, Str. 4
Hotline 0800/727 727
pappas.at Pappas Gruppe

MERCEDES-BENZ

Sprinter 313 CDI/43 KA 4 Jahre Garantie in Serie



15 x sofort verfügbar
EZ 12/2013, 10-40.000 km, Diesel,
129 PS, arktikweiß
AUSSTATTUNG
Beifahrer Zweisitzer, Holzboden,
Innenverkl., Radio uvm. **ab 25.990,- excl. Ust** (ab 31.188,- inkl. Ust)

Pappas Transporter Center
Wiener Neudorf, IZ Süd, Str. 4
Hotline 0800/727 727
pappas.at Pappas Gruppe

Ärzte blasen zum Trauermarsch

Protest. Wiens Spitalsärzte demonstrieren erneut gegen den Stellenabbau, Wehsely will weiter verhandeln

VON JOSEF GEBHARD
UND DANIELA WAHL

Trauerflor, Grabkränze, Kerzen. Eine Bläsergruppe spielt den Trauermarsch. Die Rede ist nicht von einer Beerdigung, sondern vom Start des Protestmarsches der Wiener Spitalsärzte. Im Streit um das neue Arbeitszeitmodell zogen die Wiener Spitalsärzte Montagmorgen über den Ring. Der Protestmarsch führte von der Spitalgasse zum Maria-Theresien-Platz, wo für 18.00 Uhr die Schlussveranstaltung angesetzt war. Von einem Demowagen tönte es „I will survive“, es herrschte Party-Atmosphäre, was aber einige Teilnehmer störte: „Was soll diese Partystimmung hier“, fragen sie sich. Manche Ärzte trugen Mäntel mit der Aufschrift „Einer von 382“, in Anlehnung an den geplanten Abbau von 382 Dienstposten.

Kahlschlag

„Wir wollen darauf aufmerksam machen, dass die geplanten Maßnahmen zu einem katastrophalen Kahlschlag im Gesundheitssystem führen werden“, sagte der Obmann der neuen Ärztegewerkschaft Asklepios, Gernot Rainer, zum KURIER. Er hoffe, dass die Stadt noch einlenkt.



Grabesstimmung vor der Medizinischen Universität in der Spitalgasse: „Das Gesundheitssystem liegt im Sterben, die Politik schaut weg“, kritisiert ein Jungarzt die Situation

Ähnlich sieht das Ärztekammer-Präsident Thomas Szekeres: „Es wird zu einer Reduktion von Leistungen kommen, wenn das Personal reduziert wird. Ich habe jetzt schon täglich Informationen über verlängerte Wartezeiten und lange Wartelisten für Operationen“, sagt Szekeres. „Wenn es so weiter geht und die Stadt sich nicht bewegt, wird man das Thema Streik besprechen müssen.“

Ärztekammer-Sprecher Hans-Peter Petutschnig sieht in der Großdemonstration ein „weiteres, deutliches Zeichen, um zu zeigen, dass es Probleme im Gesundheitswesen gibt“. Diese dürften nicht mehr länger totgeschwiegen werden, sagt Petutschnig.

Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely (SPÖ) wirft indes der Ärztekammer vor, an der „Eskalationsschraube“

zu drehen. „Da werden verschiedene Kammer-Interessen bedient, aber gleichzeitig auch die Patienten verunsichert. Das ist eine Art und Weise, die durch nichts zu rechtfertigen ist“, rügt Stadträtin Wehsely das Vorgehen.

Die Demonstration richtet sich offenbar gegen die generelle Situation im Gesundheitssystem und nicht nur gegen das Verhandlungsergebnis im KAV, kritisiert Wehsely.

Das Motto laute offenbar: „Hauptsache es gibt Aufruhr.“

Weitere Verhandlungen

Trotzdem wird es Dienstagmorgen wieder ein Gespräch mit den Ärztevertretern geben, sagt Wehsely. Dabei soll klar werden, „ob es einen gemeinsamen Weg gibt oder nicht.“ Ein maßgeblicher Teil des neuen Arbeitszeit-Pakets könnte dann bereits am

Freitag im Landtag beschlossen werden: das Gehaltsschema. Laut Wehsely ist davon auszugehen, dass dieses bei der Sitzung abgelehnt wird.

Christian Meidlinger, Chef der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, ist optimistisch, dass es zu einer baldigen Lösung kommt – dies könne allerdings „nur am Tisch“ erfolgen, und nicht auf der Straße.

Wahlrecht: ÖVP droht mit Verfassungsklage

STADTPOLITIK VON INNEN

Woche der Entscheidung im Wiener Wahlrecht. Wie berichtet, konnten sich SPÖ und Grüne nicht auf ein neues Wahlrecht einigen. Nun wollen die Grünen am Freitag im Landtag gemeinsam mit ÖVP und FPÖ ein neues Wahlrecht beschließen, das kleine Parteien stärkt. Zusammen haben sie 51 Mandate, die SPÖ nur 49.

Allerdings hat Bürgermeister Michael Häupl (SP) angekündigt, das Wahlrecht blockieren zu wollen. Die tra-

gende Rolle spielt dabei Landtagspräsident Harry Kopietz (SPÖ). Er könnte die Anträge der Opposition und der Grünen nicht zulassen.

Für Wiens ÖVP-Chef Manfred Juraczka ist klar: „Kopietz muss die Anträge zulassen.“ Das bestätigte auch ein Rechtsgutachten von Verfassungsjurist Heinz Mayer, der die Causa im Auftrag der ÖVP beurteilt hat. Laut Mayer können Zusatzanträge gestellt werden, wenn sie mit der Gesetzesmaterie zu tun

haben. Nachdem am Freitag auch das Gesetz für die Briefwahl repariert wird, müsste auch das neue Wahlrecht zur Abstimmung kommen.

Sollte Kopietz den Antrag dennoch ablehnen, droht der VP-Chef mit Konsequenzen. „Es wäre kein Kavaliersdelikt, wenn eine Minderheit wie die SPÖ eine Mehrheit vom Gesetzgebungsprozess abhalten will“, sagt Juraczka. „Wir halten uns daher die Option einer Verfassungsklage offen.“ Das könnte bis zur

Aufhebung der Wahl im Oktober führen.

Bei der SPÖ sieht man die Dinge dennoch anders. „Wir nehmen rechtliche Gutachten sehr ernst. Wenn es allerdings andere Gutachten gibt, die genau das Gegenteil bescheinigen, gehen wir davon aus, dass die Entscheidung beim Landtagspräsidenten liegt“, sagt Klubobmann Rudi Schickler. Kopietz selbst wollte vorerst keine Stellungnahme abgeben.

— ELIAS NATMESNIG

WIEN

Facebook-Hetze gegen Moslems: 1200 Euro Strafe

Gericht. Moslems seien „keine Lebewesen“, sondern „Unkraut, das vernichtet gehört“. Mit solchen rassistischen Äußerungen ging ein 36-jähriger Wiener auf seinem Facebook-Profil zwischen Mai und Juni 2014 an die Öffentlichkeit. Montag wurde der Frühpensionist am Landesgericht wegen Verhetzung zu 1200 Euro verurteilt.

„Sie sind knapp am Verbotsgesetz vorbeigeschrammt“, erklärte Richter Stefan Apostol. Denn der

vielfache Vater schloss seine Eintragungen auch gerne mit „Sieg Heil!“ dazu befragt, räumte der Wiener ein, er habe „a bissl nationalsozialistisches Gedankengut in die Welt gesetzt, es tue ihm leid“. Weiters wettete der 36-Jährige gegen Ausländer und unterstellte vor allem Türken, das sie den heimischen Sozialstaat ausnützen würden. Die Strafe fiel im Hinblick auf die Einkommensverhältnisse des Mannes sehr milde aus. Das Urteil ist rechtskräftig.

KURIER AUTOMARKT

MERCEDES-BENZ

Vito 110 CDI Kastenwagen, lang bis 7 Jahre Garantie



30 x sofort verfügbar
EZ 2014, 10-30.500 km, Diesel
95 PS, 2,2 CDI, Schaltgetriebe
AUSSTATTUNG
ESP, ABS, ASR, uvm., Verkleidung,
Heckklappe, Radio ab 15.490,- exkl.
Ust (ab 18.588,- inkl. Ust)

Pappas Transporter Center
Wiener Neudorf, IZ Süd, Str. 4
Hotline 02236/604 604
pappas.at Pappas Gruppe

FIAT

Ducato Kastenwagen L3H2 neuwertig



3 x sofort verfügbar
EZ 10/2013 6-11.000 km
131 PS, Klima, Airbag
AUSSTATTUNG
270° Türen, Airbag, ZV, Radio, uvm.
ab 17.990,- exkl. Ust
(ab 21.588,- inkl. Ust)

Pappas Transporter Center
Wiener Neudorf, IZ Süd, Str. 4
Hotline 02236/604 604
pappas.at Pappas Gruppe

MERCEDES-BENZ

Sprinter, mittlerer Radstand 4 Jahre Garantie in Serie



20 x sofort verfügbar
EZ 2014, neuwertig, KEIN IMPORT!
jedes Leasing möglich
AUSSTATTUNG
ESP, ABS, ASR, KLIMA, uvm., Radio,
3-sitzig ab 19.990,- exkl. Ust
(ab 23.988,- inkl. Ust)

Pappas Transporter Center
Wiener Neudorf, IZ Süd, Str. 4
Hotline 02236/604 604
pappas.at Pappas Gruppe

MERCEDES-BENZ

316 CDI/37 DOKA Pritsche Neuwertig



3 x sofort verfügbar
EZ 10/2013, 30.367 km, Diesel,
163 PS, tiefschwarz
AUSSTATTUNG
Klima, Telefonanlage, Radio/CD,
6-sitzig uvm. ab 23.990,- exkl.
Ust (ab 28.788,- inkl. Ust)

Pappas Transporter Center
Wiener Neudorf, IZ Süd, Str. 4
Hotline 02236/604 604
pappas.at Pappas Gruppe

MERCEDES-BENZ

Sprinter 313 CDI/43 KA 4 Jahre Garantie in Serie



15 x sofort verfügbar
EZ 12/2013, 10-40.000 km, Diesel,
129 PS, arktischweiß
AUSSTATTUNG
Beifahrer-Sitz, Holzbohlen,
Innenverkl., Radio uvm. ab 25.990,-
exkl. Ust (ab 31.188,- inkl. Ust)

Pappas Transporter Center
Wiener Neudorf, IZ Süd, Str. 4
Hotline 02236/604 604
pappas.at Pappas Gruppe

ASKLEPIOS-GEWERKSCHAFT DECKT AUF:

+++ Stadt Wien spart 382 Spitalsärzte ein. +++
(Kurier)

+++ AKH zwischen Notbetrieb
und fairem Angebot. +++
(derStandard.at)

Das sagt Herr Gernot Rainer, Ärztegewerkschaft Asklepios:

„Es ist absurd zu glauben, dass diese Maßnahmen nicht zu einer Arbeitszeitverdichtung sowie zu Leistungseinschränkungen führen werden.“

Faires Angebot? Dann kommen Sie doch zu Asklepios nach Deutschland!

Asklepios in Deutschland ist zwar keine Gewerkschaft aber eine der größten Klinikketten mit mehr als 100 Kliniken und Einrichtungen. Während andere offensichtlich Arbeitsbedingungen verschlechtern und Personal abbauen, stellen wir Ärzte aller Fachrichtungen ein. Einen attraktiven speziellen Tarifvertrag für Ärzte haben wir zudem schon seit vielen Jahren.

Chancen erkennen und der Berufung folgen – Bewerbung bitte an:
bewerbung@asklepios.com

Aktuelle Jobangebote
finden Sie unter
www.asklepios.com/jobs



ASKLEPIOS
Gemeinsam für Gesundheit



SALZBURG ZÄHLT AUF UNS,

WIR ZÄHLEN AUF SIE.

Die Gemeinnützige Salzburger Landeskliniken Betriebsgesellschaft mbH ist der Gesundheitsversorger im Bundesland Salzburg. Die rund 5.400 MitarbeiterInnen stehen für exzellente Versorgung, innovative Spitzenmedizin und beste Servicequalität. Darauf vertrauen jährlich über 650.000 Menschen.

LANDESKRANKENHAUS SALZBURG UNIVERSITÄTSKLINIKUM DER PMU

1702 Facharzt/-ärztin bzw. Assistenzarzt/-ärztin für Chirurgie
UK f. Chirurgie der PMU, Vollzeit

1689 Assistenzarzt/-ärztin für Physikalische Medizin
UK f. Physikalische Medizin und Rehabilitation der PMU,
Teilzeit (50 %)

1701 Arzt/Ärztin für Allgemeinmedizin
UK f. Chirurgie der PMU, Voll- oder Teilzeit

CHRISTIAN-DOPPLER-KLINIK UNIVERSITÄTSKLINIKUM DER PMU

1708 Assistenzarzt/-ärztin für Kinder- und Jugendpsychiatrie
UK f. Kinder- und Jugendpsychiatrie der PMU, Vollzeit,
befristet

Werden Sie Teil von Salzburgs größtem Team und bewerben Sie sich unter <http://karriere.salk.at>. Nähere Informationen sowie Angabe der Mindestjahresbruttogehälter finden Sie auf unserer Website. Wir freuen uns auf Ihre Onlinebewerbung!



UNIVERSITÄTSKLINIKUM
PMU Salzburg
Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Jugendambulanz



Die gespag ist Oberösterreichs größter Krankenhausträger und beschäftigt rund 9.800 MitarbeiterInnen.

gespag
OÖ. GESUNDHEIT UND SPITAL-AG

Die **Landes-Frauen- und Kinderklinik Linz**, eine Gesundheitseinrichtung der Oö. Gesundheits- und Spitals-AG, sucht:

Fachärzte/-innen für Kinder- und Jugendheilkunde oder Ärzte/-innen für Allgemeinmedizin an der Abteilung Kinder- und Jugendheilkunde

Bei Interesse laden wir Sie ein, den gesamten Ausschreibungstext unter www.gespag.at/jobs nachzulesen und sich dort das erforderliche Bewerbungsformular herunterzuladen. Im Sinne des Frauenförderungsprogramms des Landes Oberösterreich wird besonders die Bewerbung von Frauen begrüßt.

Für nähere Auskünfte steht Ihnen Herr Prim. Univ.-Prof. Dr. Klaus Schmitt, Ärztlicher Direktor, Tel.: 05 055463-22000, klaus.schmitt@gespag.at, gerne zur Verfügung.

Ihre aussagekräftigen **Unterlagen** senden Sie bitte gemeinsam mit dem Bewerbungsformular bis **17. April 2015** an:
Landes-Frauen- und Kinderklinik Linz, Personalabteilung, z.Hd. Frau Ulrike Kofler
Krankenhausstraße 26-30, 4020 Linz

Landes-Frauen- und
Kinderklinik Linz
Eine Gesundheitseinrichtung der gespag

www.gespag.at

50 Projektile in Wand: Auf Hahn geschossen, Bauer getroffen

VON THOMAS MARTINZ

Kärnten.

Nachbar fühlte sich vom Lärm belästigt und gab seit Herbst Schüsse auf den Bauernhof ab.

Rund 50 Projektile stecken in der Wand eines Bauernhofs in der Kärntner Gemeinde Sittersdorf. Ein 54 Jahre alter Bauarbeiter, der in einem angrenzenden Wohnhaus lebt, soll mit seinem Druckluft-Gewehr dorthin geschossen haben, wenn er sich vom Krähen eines Hahnes gestört fühlte. Am Sonntag traf er allerdings aus 50 Metern Entfernung den 80-jährigen Landwirt Friedrich Hobel.

Am Abend war es wieder einmal so weit: der Mann soll vom Parkplatz seiner Wohnung aus über die Seeburg-Bundesstraße in Rich-

tung Stallgebäude geschossen. „Ich habe einen Knall gehört und dann ist Blut geflossen. Das Projektil, das der Nachbar abgefeuert hat, durchschlug meine rechte Hand und blieb im rechten Knie stecken“, schildert Hobel. Als der mutmaßliche Schütze einen Schrei hörte, ergriff er die Flucht. Diese endete nach dem Einsatz von 20 Beamten des Bezirkspolizeikommandos Völkermarkt und der Spezialeinheit Cobra: Das Auto des Bauarbeiters wurde von einem Polizeihubschrauber aus entdeckt, er wurde auf freiem Fuß angezeigt.

Gegen den Mann wurde ein vorläufiges Waffenverbot ausgesprochen, die Polizei nahm ihm das Druckluft-Gewehr und ein Kleinkalibergewehr ab. Für keine der beiden Waffen ist ein Waffenschein erforderlich.

Der Landwirt wurde ins Klinikum Klagenfurt eingeliefert. Die Ärzte gaben be-



Der 80-jährige F. Hobel wird im Klinikum Klagenfurt behandelt

kannt, dass er keine bleibenden Schäden zu befürchten hat. „Ich hatte Glück im Unglück“, sagt Hobel. Das bestätigt Völkermarkts Bezirkspo-

lizeikommandant Klaus Innerwinkler: „Das Projektil eines Druckluft-Gewehrs kann lebensgefährliche Verletzungen anrichten.“

Erkannessichnichtklären, warum „sehr viele Projektile“ im Stallbereich gefunden, andererseits aber in der Vergangenheit keinerlei Nachbarschaftsstreitigkeiten zwischen den beiden Männern registriert wurden. Innerwinkler: „Es gab in diesem Zusammenhang keinerlei Anzeigen.“

„Kein Streit“

Mit dem 54-Jährigen hätte es ja niemals Streit gegeben, betont Hobel. „Mein Nachbarsagtestets, dass ihn meine zwei Zwerghähne nicht stören würden. Im Herbst begann er plötzlich zu schießen. Rund 50 Projektile habe ich in der Stallwand gezählt, ein Fenster ist zu Bruch gegangen. Ich hielt es aber nie für erforderlich, Anzeige zu erstatten“, sagt Hobel.

MEDIZINER-GEHÄLTER

Kärntens Primärärzte beschließen Solidarbeitrag

Einigung. Teilverzicht auf Sonderklassegebühr

Überraschend viele Hürden nahmen die Verhandler in Kärnten in den letzten Wochen auf ihrem Weg zu einer Einigung im Ärztestreit. Am Montag tagten die Primärärzte der Landesspitäler; es ging um die Frage, ob man bereit wäre, Einnahmen aus den Sonderklassegebühren an die Jungärzte weiterzugeben. Und die Antwort lautet: Ja. Künftig würden die vom steirischen Gehaltsmodell benachteiligten Mediziner anteilig Geld aus diesem Topf lukrieren können.

„Wir haben uns auf einen Solidarbeitrag geeinigt, wollen eine positive Beendigung des Gehaltsstreits mittragen“, sagte Rudolf Likar, Sprecher der Primari. Ärztekammerpräsident Josef Huber bezeichnete diesen Entschluss als „wichtiges Zeichen“ für alle Spitalsärzte.

Nun wird das Vertragswerk in Worte gefasst, am Mittwoch soll es von Landeshauptmann Peter Kaiser

(SPÖ) unterschrieben werden. In der Folge soll der Vorschlag in einer Betriebsversammlung zur Abstimmung gebracht werden. „Diese könnte noch diese Woche stattfinden“, betont Huber. Arztvertreter des Mittelbaus haben bereits intern über den Vorschlag abgestimmt: das Votum fiel mit 88-prozentiger Zustimmung überraschend klar aus.

Während man in Kärnten vor einer Einigung steht, formierten sich die Wiener Kollegen gestern, Montag, zu einem Protestmarsch. Manche Ärzte trugen Mäntel mit der Aufschrift „Einer von 382“ in Anlehnung an den geplanten Abbau von 382 Dienstposten. „Die geplanten Maßnahmen würden zu einem Kahlschlag in Gesundheitssystem führen“, sagte der Obmann der Ärztegewerkschaft Asklepios, Gernot Rainer. Heute Nachmittag soll weiter verhandelt werden.

– THOMAS MARTINZ

TIROL

Sturz in Gletscherspalte: Deutscher schwer verletzt

Innsbruck. 25 Meter tief ist ein 30-Jähriger am Sonntag nachmittag in den Ötztaler Alpen in eine Gletscherspalte gestürzt. Der Deutsche wurde schwer verletzt geborgen. „Er musste bis weit nach Mitternacht operiert werden und liegt jetzt auf der Intensivstation“, hieß es von der Universitätsklinik Innsbruck, die keine näheren Angaben zum Verletzungsmuster machen wollte.

Der Tourengänger hatte am Sonntag gemeinsam mit einem 28-jährigen Landsmann die Wildspitze bestiegen. Bei der Abfahrt über den Taschachferner brach der Mann in einer Seehöhe von rund 3385 Metern ein und stürzte in die Gletscherspalte. Der Begleiter des Deutschen alarmierte die Rettungskräfte, die mit zwei

Hubschraubern an die Unglücksstelle geflogen wurden. Der Schwerverletzte wurde mit einem über der Absturzstelle aufgebauten „Dreibein“ geborgen. Neben Mitgliedern der Bergrettung Innerpitztal, waren ein Flugretter, eine Notärztin und zwei Polizisten im Einsatz.

Nach 70-Meter-Sturz

Auf dem Weg der Besserung ist indes ein deutscher Freerider, der vergangene Woche im Skigebiet von Ischgl 70 Meter über eine Felswand abgestürzt ist. Der 28-Jährige überlebte wie durch ein Wunder. Er erlitt jedoch beim Aufprall schwere Verletzungen an mehreren Organen. Laut Uni-Klinik Innsbruck konnte er aber inzwischen von der Intensiv- auf eine Beobachtungsstation verlegt werden.



Ein 30-jähriger Tourengänger wurde von Bergrettern am Taschachferner in den Ötztaler Alpen aus 25 Metern Tiefe geborgen

KURIER

AUTOMARKT



MERCEDES-BENZ

Vito 110 CDI Kastenwagen, lang bis 7 Jahre Garantie



30 x sofort verfügbar
EZ 2014, 10-30.500 km, Diesel
95 PS, 2,2 CDI, Schaltgetriebe
AUSSTATTUNG
ESP, ABS, ASR, uvm., Verkleidung,
Heckklappe, Radio ab 15.490,- excl.
Ust (ab 18.588,- inkl. Ust)

Pappas Transporter Center
Wiener Neudorf, IZ Süd, Str. 4
Hotline 0800/727 727
pappas.at Pappas Gruppe

FIAT

Ducato Kastenwagen L3H2 neuwertig



3 x sofort verfügbar
EZ 10/2013 6-11.000 km
131 PS, Klima, Airbag
AUSSTATTUNG
270° Türen, Airbag, ZV, Radio, uvm.
ab 17.990,- excl. Ust
(ab 21.588,- inkl. Ust)

Pappas Transporter Center
Wiener Neudorf, IZ Süd, Str. 4
Hotline 0800/727 727
pappas.at Pappas Gruppe

MERCEDES-BENZ

Sprinter, mittlerer Radstand 4 Jahre Garantie in Serie



20 x sofort verfügbar
EZ 2014, neuwertig, KEIN IMPORT!
jedes Leasing möglich
AUSSTATTUNG
ESP, ABS, ASR, KLIMA, uvm., Radio,
3-sitzig ab 19.990,- excl. Ust
(ab 23.988,- inkl. Ust)

Pappas Transporter Center
Wiener Neudorf, IZ Süd, Str. 4
Hotline 0800/727 727
pappas.at Pappas Gruppe

MERCEDES-BENZ

316 CDI/37 DOKA Pritsche Neuwertig



3 x sofort verfügbar
EZ 10/2013, 30.367 km, Diesel,
163 PS, tiefschwarz
AUSSTATTUNG
Klima, Telefoneinrichtung, Radio CD,
6-sitzig uvm., ab 23.990,- excl.
Ust (ab 28.788,- inkl. Ust)

Pappas Transporter Center
Wiener Neudorf, IZ Süd, Str. 4
Hotline 0800/727 727
pappas.at Pappas Gruppe

MERCEDES-BENZ

Sprinter 313 CDI/43 KA 4 Jahre Garantie in Serie



15 x sofort verfügbar
EZ 12/2013, 10-40.000 km, Diesel,
129 PS, arktikweiss
AUSSTATTUNG
Beifahrer Zweisitzer, Holzboden,
Innenverkl., Radio uvm., ab 25.990,-
excl. Ust (ab 31.188,- inkl. Ust)

Pappas Transporter Center
Wiener Neudorf, IZ Süd, Str. 4
Hotline 0800/727 727
pappas.at Pappas Gruppe

KURIER

Quelle: Kurier.at

Adresse: <http://kurier.at/chronik/wien/spitalsaerzte-spo-e-und-gruene-beschlossen-gehaltsmodell-fuer-spitalsaerzte/121.801.427>

Datum: 27.03.2015, 16:05

Spitalsärzte

SPÖ und Grüne beschlossen Gehaltsmodell

Gesamtpaket ist 67 Mio. Euro schwer. FPÖ und ÖVP verweigerten ihre Zustimmung.



Gesundheitslandesrätin Sonja Wehsely (SPÖ) - Foto: APA/HERBERT PFARRHOFER

Im Wiener Landtag wurde am Freitag das neue, umstrittene Gehaltsschema für die Ärzte im Krankenanstaltenverbund (KAV) beschlossen. Die Regierungsparteien SPÖ und Grüne votierten für die entsprechende Änderung der „Besoldungs- und Vertragsbedienstetenverordnung“, FPÖ und ÖVP verweigerten ihre Zustimmung. Zuletzt hatte auch die Ärztekammer Nachbesserungen urgiert.

Das Ärzte-Gehaltspaket ist insgesamt 67 Millionen Euro schwer, wobei 47 Millionen durch Umschichtungen freigemacht werden sollen; 20 Millionen sind zusätzliche Mittel. Die angesichts des Wegfalls von Nachtdienst-Zuschlägen vereinbarten Steigerungen des Grundgehalts betragen 19 bis 29 Prozent bei Turnus- und Fachärzten. Betroffen sind insgesamt 3200 Mediziner.

„Realer Gewinn“

Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely (SP) warb eindringlich für die neue Tabelle: „Wir beschließen eine sehr starke Erhöhung der Gehälter.“ Gleichzeitig würde die Arbeitsbelastung geringer.

„Wir werden ab Juli in den meisten Bereichen das Gesetz umsetzen können, und die meisten Kollegen werden einen realen Einkommensgewinn haben“, versichert sie. Falls es hingegen keine Anpassung der Einkommen gebe, verliere jeder Arzt etwas.

Auch Wehselys Verhandlungspartner, der Chef der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Christian Meidlinger, verteidigte das paktierte Gehaltsschema. (Mit der neuen Ärztegewerkschaft „Asklepios“ will Wehsely auch weiterhin nicht verhandeln.) Man werde die Ärzteschaft über die Vorzüge der Vereinbarung informieren. „Das ist ein tolles Paket, das hier ausgearbeitet wurde“, sagt Meidlinger. Die kolportierten Einsparungen von 382 Dienststellen seien ein „Rechenmodell“. Kündigungen seien nicht geplant, beteuert er.

(KURIER) Erstellt am 27.03.2015, 13:01

Stichworte: Ärzte, KAV,

Spitalsärzte: Neues Gehaltsschema beschlossen

Der Wiener Landtag hat am Freitag das umstrittene neue Gehaltsschema für die Ärzte im Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV) beschlossen - gegen den Willen der Ärzte. Eine Einigung gab es nur bei den Arbeitsbedingungen und -zeiten.

Die Regierungsparteien SPÖ und Grüne stimmten für das neue Gehaltsschema, FPÖ und ÖVP dagegen. Insgesamt ist das neue Ärztegehaltspaket 67 Mio. Euro schwer, wobei laut Rathaus 47 Mio. Euro durch Umschichtungen freigemacht werden. 20 Mio. Euro sind zusätzliche Mittel. Die angesichts des Wegfalls von Nachtdienstzuschlägen vereinbarten Steigerungen des Grundgehalts betragen 19 bis 29 Prozent bei Turnus- und Fachärzten. Betroffen sind insgesamt 3.200 Mediziner.



Foto/Grafik: APA/DPA/Friso Gentsch

Für die Spitalsärzte gibt es ab Juli neue Gehälter

Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely (SPÖ) warb eindringlich für das neue Gehaltsschema: „Wir beschließen eine sehr starke Erhöhung der Gehälter.“ Gleichzeitig werde die Arbeitsbelastung geringer. „Wir werden ab Juli in den meisten Bereichen das Gesetz umsetzen können, und die meisten Kolleginnen und Kollegen werden einen realen Einkommengewinn haben“, versicherte sie. Falls es hingegen keine Anpassung der Einkommen gebe, „verliert jeder Arzt etwas“.

Keine Kündigungen geplant

Auch Wehselys Verhandlungspartner, der Chef der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten und SPÖ-Landtagsabgeordnete Christian Meidlinger, verteidigte das

paktierte Gehaltsschema. „Das ist ein tolles Paket, das hier ausgearbeitet wurde“, so Meidlinger. Die kolportierten Einsparungen von 382 Dienststellen im KAV seien ein „Rechenmodell“. Wenn begleitend Strukturmaßnahmen ergriffen würden, könne man entsprechende „Umschichtungen“ vornehmen. Kündigungen seien nicht geplant. Die Ankündigung, 382 Posten einsparen zu wollen, sorgte unter den Ärzten für Wirbel - mehr dazu in [Spitäler: KAV spart 382 Ärzte ein](http://wien.orf.at/news/stories/2695024/)

[<http://wien.orf.at/news/stories/2695024/>](http://wien.orf.at/news/stories/2695024/) .

Ärzttekammer nimmt Beschluss „zur Kenntnis“

Man nehme den Beschluss zur Kenntnis, hieß es am Freitag von der Ärztekammer. Die Differenzen bei der Bezahlung seien trotzdem „massiv“, so Wiens Ärztekammer-Vizepräsident Hermann Leitner. Vor allem bei der Bezahlung der Nacht-, Sonn- und Feiertagsdienste liegt man offenbar noch weit auseinander. Der Termin für eine weitere Verhandlungsrunde steht noch nicht fest. Zuerst soll das vorläufige Ergebnis bei einer Kuriensitzung am Dienstag nach Ostern behandelt werden.

Eingung bei Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen

Während es in der Gehaltsfrage weiterhin Dissens gibt, kam es bei der Arbeitszeit und den Arbeitsbedingungen am Donnerstagabend zu einer Einigung zwischen Stadt, Gewerkschaft und Ärztekammer. An einzelnen Abteilungen werde neues Personal eingestellt, hieß es von der Ärztekammer. „Damit ist einer jener Punkte vom Tisch, die zu besonders großer Unzufriedenheit innerhalb der Kollegenschaft geführt haben“, so Leitner.

Die 25-Stunden-Dienste bleiben erhalten, sofern sie „medizinisch notwendig“ sind. Zudem wird die maximale Zahl der Nachtdienste auf 5,5 pro Monat in einem Durchrechnungszeitraum von sechs Monaten begrenzt. Überall dort, wo es der Dienstbetrieb zulässt, soll es für die Ärzte alle zwei Wochen ein freies Wochenende geben.

Personalreduktionen werde es nicht geben, solange die Rahmenbedingungen geschaffen seien, etwa zentrale Notaufnahmen, freute sich die Ärztekammer. Das wird von einer Kommission, in der die Stadt, die Gewerkschaft und die Ärztekammer sitzen, überwacht.

[zurück](#) 1 von 12 [weiter](#)



APA/ Herbert Pfarrhofer

Ärztedemo am Montag in Wien

ÖVP: „Leider nur Stückwerk“

Auch die Wiener Opposition mokierte sich über den Beschluss. Für die FPÖ erinnerte der Landtagsabgeordnete Peter Frigo an die Ablehnung des bereits vor einigen Wochen ausgehandelten Arbeitszeitpakets durch die KAV-Ärzte. Die derzeitigen Pläne seien somit ein „reines Drüberfahren“ über die gesamte Ärzteschaft. Laut der ÖVP-Abgeordneten Ingrid Korosec ist das neue Schema „leider nur Stückwerk geblieben“. Die notwendigen flankierenden Maßnahmen würden fehlen. Sie vermisse etwa eine Stärkung des niedergelassenen Bereichs.

Keine Verhandlungen mit Asklepios

Der selbst ernannten Ärztegewerkschaft Asklepios wird ihr Wunsch nach Verhandlungen mit Wehsely zum Dienstrecht unterdessen nicht erfüllt. Wehsely begründete das in einem Schreiben an die Medizinergruppe damit, dass es sich bei Asklepios um keine Gewerkschaft handle. Nur bei gesetzlichen oder freiwilligen kollektivvertragliche Interessenvertretungen stehe die demokratische Legitimation außer Zweifel. Asklepios sieht sich selbst als „legitime gewerkschaftliche Vertretung der angestellten Ärztinnen und Ärzte“, teilte man in einer Aussendung mit - und: „Wir appellieren ein weiteres Mal, das Ergebnis der Urabstimmung ernst zu nehmen und unseren Anliegen Beachtung zu schenken - im Sinne unserer PatientInnen.“

Bis zu 2.000 Teilnehmer bei Ärztedemo

Erst am Montag fand in Wien die bisher größte Kundgebung der Spitalsärzte statt. Zwischen 1.000 und 2.000 Mediziner protestierten als „weißer Block“ friedlich für bessere Arbeitsbedingungen - mehr dazu in [Bis zu 2.000 Teilnehmer bei Ärztedemo](http://wien.orf.at/news/stories/2701100/) [<http://wien.orf.at/news/stories/2701100/>](http://wien.orf.at/news/stories/2701100/) . Ärztekammer-Präsident Thomas Szekeres bekrittelte in seiner Rede lange Wartezeiten in den Spitälern, immer länger werdende Wartelisten für Operationen sowie den Umstand, dass es immer noch Gangbetten gebe: „Die sind keine Fata Morgana.“

Links:

- [KAV](http://www.wienkav.at/kav/) [<http://www.wienkav.at/kav/>](http://www.wienkav.at/kav/)
- [Ärzttekammer](http://www.aekwien.at/) [<http://www.aekwien.at/>](http://www.aekwien.at/)

Publiziert am 27.03.2015

Zwei Klicks für mehr Datenschutz: Erst wenn Sie dieses Feld durch einen Klick aktivieren, werden die Buttons aktiv, und Sie können Ihre Empfehlung an Facebook, Twitter und Google+ senden. Schon beim Aktivieren werden Informationen an diese Netzwerke übertragen und dort gespeichert. Näheres erfahren Sie durch einen Klick auf das i.

- nicht mit Facebook verbunden



- nicht mit Twitter verbunden



- nicht mit Google+ verbunden



- **Zwei Klicks für mehr Datenschutz: Erst wenn Sie dieses Feld durch einen Klick aktivieren, werden die Buttons aktiv, und Sie können Ihre Empfehlung an Facebook, Twitter und Google+ senden. Schon beim Aktivieren werden Informationen an diese Netzwerke übertragen und dort gespeichert. Näheres erfahren Sie durch einen Klick auf das i.**

<<http://orf.at/stories/socialmedia>>

OTS0174, 27. März 2015, 15:04

Ärztengewerkschaft Asklepios zu den Ergebnissen der Ärzteverhandlungen

Die Strukturprobleme bleiben weiter ungelöst

Wien (OTS) - Zur von Stadträtin [Sonia Wehsely](#) kolportierten Grundgehaltserhöhung der angestellten Ärztinnen und Ärzte meint Dr. Gernot Rainer, Vorsitzender von Asklepios, Gewerkschaft der angestellten Ärztinnen und Ärzte in Österreich: "Die Verantwortung für unsere PatientInnen kann uns nicht mit einer Gehaltserhöhung abgekauft werden - genau aus diesem Grund wurde auch die bisherige Einigung von nahezu 90 Prozent der Ärzteschaft abgelehnt. Wir sind mit schwerwiegenden Strukturproblemen konfrontiert. Die weiterhin von der Stadt Wien geplante Reduktion von Dienstposten geht unweigerlich mit einer Verschlechterung der medizinischen Versorgung einher. Zu Recht melden alle anderen Bundesländer, aufgrund der nunmehr verkürzten Arbeitszeiten, einen Mehrbedarf an Ärztinnen und Ärzten an.

Wir appellieren ein weiteres Mal, das Ergebnis der Urabstimmung ernst zu nehmen und unseren Anliegen Beachtung zu schenken - im Sinne unserer PatientInnen.

Nur durch neue, faire Verhandlungen unter Einbindung der gesamten Ärzteschaft und Asklepios als legitime gewerkschaftliche Vertretung der angestellten Ärztinnen und Ärzte können richtungsweisende Ergebnisse im Sinne neuer Strukturen gefunden werden, die tragfähig für die Zukunft sind. Sowohl für die Patientenversorgung als auch für die Ärztinnen und Ärzte, die in diesen Strukturen arbeiten. Wenn die Stadtregierung weiterhin einseitig agiert, wird sich die Ärzteschaft wehren."

Rückfragen & Kontakt:

Mag. Verena Flatischler
Pressekontakt Asklepios - Gewerkschaft für angestellte Ärztinnen und Ärzte
Mobil: 0664/9657436
v.flatischler@med4more.at
www.aerztegewerkschaft.at

OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS | NEF0010

med4more

RÜCKFRAGEN & KONTAKT

Mag. Verena Flatischler
Pressekontakt Asklepios -
Gewerkschaft für angestellte Ärztinnen
und Ärzte
Mobil: 0664/9657436
v.flatischler@med4more.at
www.aerztegewerkschaft.at

MEHR ZU DIESER AUSSENDUNG

Stichworte:
[Ärzte](#), [Gesundheit](#), [Medizin](#),
[Gewerkschaften](#)

Channels:
[Politik](#), [Chronik](#)

Geobezug:
[Wien](#)

Montag, 30.03.2015

Suche: [Fachbereiche A-Z](#) [Gesundheitspolitik](#) [Praxis](#) [Leben](#) [Fortbildung](#) [Fachliteratur](#) [Termine](#) [Pharma](#) [Partner](#)[HOME](#) / [APA-ARTIKEL](#)

APA-ARTIKEL

27. März 2015

Spitalsärzte - Wiener Ärztekammer nimmt Beschluss "zur Kenntnis"

Die Wiener Ärztekammer nimmt den Beschluss zur Anpassung der KAV-Ärztegehälter "zur Kenntnis", wie sie am Freitag in einer Aussendung dargelegt hat. Aus Sicht des Verhandlungsteams der Kammer gestalteten sich die Verhandlungen mit der Stadt Wien als "sehr schwierig". Nach wie vor, so wurde bekräftigt, gebe es aber keine Einigung bei finanziellen Fragen.

Immerhin konnte klargestellt werden, "dass es zu keinerlei Personalreduktionen und Streichungen von Nachtdienststrädern kommt, solange nicht die notwendigen Rahmenbedingungen, wie beispielsweise zentrale Notaufnahmen, umgesetzt sind". Ob die Strukturveränderungen im ausreichenden Ausmaß erfolgen, werde durch eine gemeinsame Kommission überwacht. Oberstes Ziel sei es dabei, jene Bereiche in den Spitälern zu entlasten, in denen es schon "derzeit zu einer zu hohen Arbeitsbelastung kommt und in denen sich die Arbeit in den letzten Jahren zunehmend verdichtet hat", heiße es wörtlich in der am Donnerstag auf Verhandlungsebene erzielten Vereinbarung.

Auch sei Konsens erzielt worden, dass es an einzelnen Abteilungen zu einer Personalvermehrung werden müssen: "Damit ist einer jener Punkte vom Tisch, die zu besonders großer Unzufriedenheit innerhalb der Kollegenschaft geführt haben", so Hermann Leitner, Obmann der Kurie angestellte Ärzte und Vizepräsident der Ärztekammer für Wien: "Fakt ist: Ohne eine Reduktion der Leistungen beziehungsweise einer Strukturreform sind Personalreduktionen aus unserer Sicht unmöglich."

"Massive Differenzen" gebe es hingegen nach wie vor bei der Bezahlung, auch wenn künftig etwa Funktionszulagen ausbezahlt würden: "Hinsichtlich der besseren Bezahlung der Nacht-, Sonn- und Feiertagsdienste lässt eine Annäherung aber weiter auf sich warten." Den Beschluss des Landtags mit den neuen Gehaltstabellen nehme man zur Kenntnis. Die Kurie der Kammer wird nach Ostern über den "Zwischenstand" der Verhandlungen informiert. Dann soll auch das weitere Vorgehen abgestimmt werden, hieß es.

Auch die Wiener Opposition mokierte sich über den heutigen Beschluss. Für die FPÖ erinnerte der Landtagsabgeordnete Peter Frigo an die Ablehnung des bereits vor einigen Wochen ausverhandelten Arbeitszeitpakets durch die KAV-Ärzte. Die derzeitigen Pläne seien somit ein "reines Drüberfahren" über die gesamte Ärzteschaft.

Das vorliegende neue Gehaltsschema für Turnus- und Fachärzte ist laut der ÖVP-Abgeordneten Ingrid Korosec "leider nur Stückwerk geblieben". Die notwendigen flankierenden Maßnahmen würden fehlen. Sie vermisse etwa eine Stärkung des niedergelassenen Bereichs. "Einer solchen Vorgangsweise ohne Weitblick können wir nicht zustimmen", begründete sie die Ablehnung der Volkspartei.

apa.at
APA – Austria Presse Agentur, 2015

[Permalink](#)[Übersicht](#) [Drucken](#) [Bookmarken](#) [Kommentar](#)

Zu diesem Thema wurden noch keine Kommentare abgegeben.

Mehr zum Thema

- » [Spitalsärzte - Wiener Opposition hält Demo für gerechtfertigt](#)
- » [Spitalsärzte - Gespräche in Wien ergebnislos verlaufen](#)
- » [Spitalsärzte - Einigung im Wiener KAV könnte wackeln](#)
- » [Spitalsärzte - Wehsely: Wiener KAV-Einigung wird nicht nachverhandelt](#)
- » [Spitalsärzte - Wiens Ordensspitäler ersuchen Stadt um mehr Geld](#)
- » [Spitalsärzte - Wiens Kammerchef Szekeres kontert Rathaus-Kritik](#)
- » [Spitalsärzte - 2.000 protestierten in Wien gegen Sparpläne](#)
- » [Spitalsärzte - Verhandlungen im Wiener AKH stocken](#)
- » [Spitalsärzte - Wehsely: Ärztekammer dreht an "Eskalationsschraube"](#)
- » [Demo der Wiener Ärzte gegen neue Arbeitszeitregelung](#)

Seite 1 >>

» [Ärzte](#) » [Gesundheitspolitik](#) » [Krankenhäuser](#) » [Wien](#) » [Medizin](#) » [Politik](#) » [Finanzen](#)

Ärzte: Wehsely verhandelt mit Asklepios nicht - keine Gewerkschaft

Der selbst ernannten Ärztegewerkschaft Asklepios wird ihr Wunsch nach Verhandlungen mit Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely (SPÖ) zum Ärzte-Dienstrecht nicht erfüllt. Die Ressortchefin begründet dies in einem der APA vorliegenden Schreiben an die Mediziner-Gruppe damit, dass es sich bei Asklepios um keine Gewerkschaft handle.

Wie Wehsely ausführt, kämen für die Gemeinde ausschließlich gesetzliche oder freiwillige kollektivvertragliche Interessensvertretungen als Verhandlungspartner in Frage. Denn nur bei diesen stehe die demokratische Legitimation außer Zweifel. Bei gesetzlichen Vertretungen sei dies durch Wahlen der Fall, bei den freiwilligen Interessensvertretungen die Zulassung durch das (beim Sozialministerium angesiedelte unabhängige) Bundeseinigungsamt.

Der Leitende Sekretär im ÖGB, Bernhard Achitz, erläutert auf Anfrage der APA dazu, dass es ein klares Verfahren zur Frage gebe, ob eine Organisation die Voraussetzungen erfülle, um als Gewerkschaft anerkannt zu werden. Berücksichtigt werden müsse dabei etwa, ob die Gruppe eine maßgebliche wirtschaftliche Bedeutung habe, über Gegner-Unabhängigkeit verfüge und einen größeren räumlichen und fachlichen Wirkungsbereich abdecke.

Sich selbst Gewerkschaft zu nennen, reiche eben nicht aus, meint Achitz und setzt nach: "Nicht überall, wo Gewerkschaft oben steht, ist Gewerkschaft drinnen."

Er stößt sich unter anderem daran, dass Asklepios nur eine Gruppe im Gesundheitswesen, nämlich die Ärzte abdecke. Es ginge ja auch nicht, dass auf einem Kreuzfahrtschiff der Kapitän nur mit den Offizieren verhandle und die Matrosen und Kellner beiseite lasse. Der ÖGB sei dagegen immer bestrebt, alle Berufsgruppen zu vertreten. Die Asklepios-Funktionäre seien daher eingeladen, sich innerhalb der ÖGB zu engagieren.

Zwischen Wehsely und den ÖGB passt in dieser Frage kein Blatt. Die Stadträtin bittet so auch Asklepios "um Verständnis", dass "offizielle Gespräche" über das Dienstrecht von Beschäftigten des Wiener Krankenanstaltenverbunds einzig mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten und der Ärztekammer geführt werden könnten.

Tatsächlich verhandelt wird seit gestern Nachmittag mit den Ordensspitälern über ein Gehaltsschema für die dortigen Mediziner. Von Gewerkschaftsseite zuständig ist dort die "vida". Der Verhandlungsleiter Willibald Steinkellner gab in einer Aussendung vom Freitag als Ziel ein "österreichweit einheitliches, transparentes Gehaltsschema, das vergleichbar mit öffentlichen Spitälern ist" aus. Eine Ungleichbehandlung, Nivellierung nach unten oder schlechtere Rahmenbedingungen könnten nicht akzeptiert werden. Nächster Verhandlungstermin ist der 13. April 2015. Ziel ist es, bis Mitte 2015 den neuen Kollektivvertrag abzuschließen.

apa.at

APA – Austria Presse Agentur, 2015

Zu diesem Thema wurden noch keine Kommentare abgegeben.

Mehr zum Thema

- » Gesundheitsministerin Oberhauser legt alle ÖGB-Funktionen zurück
- » Ärzte wollen bessere Ausbildung, kürzere Dienste und mehr Geld
- » Oö. Ordensspitäler: Klare Botschaften bei Streiks
- » Oö. Ordensspitäler: Breite Solidarität mit Streikenden
- » Oö. Ordensspitäler: Sturm auf Landeskrankenhäuser blieb aus
- » Spitalsärzte: Oberhauser ortet Fehler in der Kommunikation
- » Allgemeinchirurgen: vom Handwerker zum Case Manager
- » GPA-djp-Kampagne für Verbesserungen im Gesundheits- und Sozialbereich
- » Uni-Budget: Rektoren machen sich Sorgen
- » Spitalsärzte - Oberhauser ruft beide Seiten zu "Augenmaß" auf

Seite 1 >>

- » [Ärzte](#) » [Gewerkschaften](#) » [Sozialpartnerschaft](#) » [ÖGB](#) » [Österreich](#)
 - » [Medizin](#) » [Politik](#) » [Krankenhäuser](#) » [Wien](#)
-

Fußgänger auf dem Vormarsch

Geh bitte. Die Stadt schafft Flaniermeilen und eine App, ein Londoner macht Touren für Wiener

LANDTAG

**SPÖ und Grüne beschlossen
Gehaltsmodell
für Spitalsärzte**



Eugene Quinn ist Botschafter der Walk21-Conference im Herbst und möchte den Wienern das Potenzial des Zu-Fuß-Gehens zeigen. Zum Beispiel beim „Silly Walk Contest“

VON ANNA-MARIA BAUER

Wenn Johanna Rachinger in die Arbeit kommt, wechselt sie erst einmal ihre Schuhe. Sie schlüpft von ihren bequemen Geh-Schuhen in die eleganten Arbeitsschuhe. Die Generaldirektorin der Österreichischen Nationalbibliothek geht täglich zu Fuß ins Büro (und meist auch wieder per pedes nach Hause). Von ihrer Wohnung in der Josefstadt bis zum Arbeitsplatz in der Hofburg sind es etwa 2,5 Kilometer. Das gibt ihr jeden Morgen eine halbe Stunde Zeit, den Kopf freizumachen. Und das Laufband im Fitnessstudio erspart sie sich auf diesem Wege auch.

Menschen wie Johanna Rachinger, für die gehen mehr ist, als der Weg zum Auto oder zur nächsten U-Bahn-Station, sind in Wien in der Minderheit. Geht es nach der Fußgängerbeauftragten Petra Jens, ist dies bald Vergangenheit. Um das Image des Gehens zu verbessern wurde 2015 als „Jahr des Zu-

Fuß-Gehens“ ausgerufen. Denn laut einer aktuellen Studie werden zwar ein Viertel der Wege in Wien zu Fuß zurückgelegt, diese Zahl hat sich in den vergangenen Jahren jedoch nicht stark verändert.

Kein Platz

Noch sei Zu-Fuß-Gehen das Stiefkind im Verkehr, meint der grüne Verkehrssprecher Rüdiger Maresch. Obwohl zu Fuß fast gleich viele Wege wie mit dem Pkw zurückgelegt werden, nimmt das Auto zwei Drittel der Straße ein. „Das muss sich ändern“, fordert Maresch.

Im Fußgänger-Jahr 2015 nimmt die Stadt daher 2,5 Millionen Euro in die Hand, damit Fußgänger künftig weniger übergeben werden. Eine erste Maßnahme ist die Errichtung von Flaniermeilen quer durch die Stadt. Eine Route führt etwa vom Reumannplatz zum WU-Campus im Prater, eine andere von Floridsdorf bis zur Prater-Hauptallee. Längs der Fla-



Johanna Rachinger kann beim Gehen gut nachdenken

Zu Fuß in Wien

Mobilitätsagentur
Die Stadt Wien nimmt sich heuer dem Zu-Fuß-Gehen an. Es gibt räumliche Änderungen, neue Karten und Großveranstaltungen, wie das Streetlife-Festival im Herbst. Weitere Infos auf wienzufluss.at

Space and Place

Der Londoner Eugene Quinn organisiert mit der Gruppe „Space and Place“ Veranstaltungen in Wien, die Menschen zum Gehen und in Kontakt bringen möchte. Info: www.spaceandplace.at

niermeilen werden Hinweistafeln mit Umgebungsplänen errichtet. Die erste steht am Siebensternplatz in Neubau. Zusätzlich sollen sukzessive Sitzgelegenheiten, breitere Gehsteige und Begrünungen folgen.

Vorbild sind Städte wie Barcelona, wo es ganze Wohngebiete mit Begegnungszone und 10 km/h Tempolimit gibt, oder Paris, wo manche Grätzeln am Wochenende gänzlich autofrei sind.

Geh-App

Ab April wird es zudem einen eigenen Stadtplan für Fußgänger sowie eine Geh-App geben. Auf ihnen werden öffentliche Durchgänge, Sehenswürdigkeiten und Toiletten angezeigt. Zudem sollen die Wiener für das Gehen belohnt werden: „Mit der App werden Schritte zur Währung. Für vergangene Kilometer kann man sich Belohnungen abholen“, erläutert Petra Jens. „Vom Schuhlopfel bis zum Trolley.“

Diese Maßnahmen findet

Eugene Quinn sehr gut, aber noch nicht genug: „Gehen muss sexy werden“, fordert Quinn. „So wie bei den Italienern. Die haben es kapiert.“

Eugene Quinn kommt aus London, war in Europa als Tourguide unterwegs und ist Botschafter der internationalen „Walk21-Conference“, die im Herbst in Wien stattfindet. Quinn ist verwundert, dass viele Wiener am Wochenende zum Spazieren aufs Land fahren. „Dabei hat die Stadt so viel zu bieten.“

Und so organisiert er Veranstaltungen, um den Wienern ihre Stadt schmackhafter zu machen. Wie zum Beispiel „Ohrwaschl-Konzerte“, bei denen Gehsteigvorzählungen zur Bühne werden. Bald soll es auch „Soul Food Safaris“ geben, bei denen die Gäste für ein Drei-Gänge-Menü zu drei Restaurants gehen. Am 2. Mai findet die erste „Ugly Walking Tour“ statt, bei der Wiens hässlichste Häuser besucht werden. Vier davon, soviel verrät Quinn, befinden sich beim Stadtpark.

Wien. Im Wiener Landtag wurde am Freitag das neue, umstrittene Gehaltschema für die Ärzte im Krankenanstaltenverbund (KAV) beschlossen. Die Regierungsparteien SPÖ und Grüne votierten für die entsprechende Änderung der „Besoldungs- und Vertragsbedienstetenverordnung“, FPÖ und ÖVP verweigerten ihre Zustimmung. Zuletzt hatte auch die Ärztekammer Nachbesserungen urgiert.

Das Ärzte-Gehaltspaket ist insgesamt 67 Millionen Euro schwer, wobei 47 Millionen durch Umschichtungen freigegeben werden sollen; 20 Millionen sind zusätzliche Mittel. Die angesichts des Wegfalls von Nachdienst-Zuschlägen vereinbarten Steigerungen des Grundgehalts betragen 19 bis 29 Prozent bei Turnus- und Fachärzten. Betroffen sind insgesamt 3200 Mediziner.

„Realer Gewinn“

Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely (SP) warb eindringlich für die neue Tabelle: „Wir beschließen eine sehr starke Erhöhung der Gehälter.“ Gleichzeitig würde die Arbeitsbelastung geringer.

„Wir werden ab Juli in den meisten Bereichen das Gesetz umsetzen können, und die meisten Kollegen werden einen realen Einkommensgewinn haben“, versichert sie. Falls es hingegen keine Anpassung der Einkommen gebe, verliere jeder Arzt etwas.

Auch Wehselys Verhandlungspartner, der Chef der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Christian Meidlinger, verteidigte das paktierte Gehaltsschema. (Mit der neuen Ärztegwerkschaft Asklepios will Wehsely weiterhin nicht verhandeln.) Man werde die Ärzteschaft über die Vorzüge der Vereinbarung informieren. „Das ist ein tolles Paket, das hier ausgearbeitet wurde“, sagt Meidlinger. Die kolportierten Einsparungen von 382 Dienststellen seien ein „Rechenmodell“. Kündigungen seien nicht geplant, beteuert er.

KURIER

AUTOMARKT

MERCEDES-BENZ

GLA 200 CDI



EZ 05/2014
136 PS
AUSSTATTUNG
Stylo Paket, ILS, NAVI uvm.

33.990,- inkl. MwSt.
GFZ-Nr. 060355715306

Pappas Transporter Center
Wiener Neudorf, IZ Süd, Str. 4
Handy: 0664/814 74 99
pappas.at Pappas Gruppe

MERCEDES-BENZ

C 220 BLUETEC A-EDITION PLUS



EZ 04/2014
170 PS
AUSSTATTUNG
Avantgarde, NAVI, ILS uvm.

39.900,- inkl. MwSt.
GFZ-Nr. 060455711602

Pappas Transporter Center
Wiener Neudorf, IZ Süd, Str. 4
Handy: 0664/814 74 99
pappas.at Pappas Gruppe

MERCEDES-BENZ

CLS 350 CDI 4MATIC



EZ 11/2014
265 PS
AUSSTATTUNG
AMG Sportpaket, Schiebedach, AHK uvm.
79.900,- inkl. MwSt.
GFZ-Nr. 060455715926

Pappas Transporter Center
Wiener Neudorf, IZ Süd, Str. 4
Handy: 0664/814 74 99
pappas.at Pappas Gruppe

MERCEDES-BENZ

GLK 220 CDI BE 4MATIC A-EDITION



EZ 03/2014
170 PS
AUSSTATTUNG
Tempomat, NAVI, Sitzheizung, uvm.
39.990,- inkl. MwSt.
GFZ-Nr. 060111440731

Pappas Transporter Center
Wiener Neudorf, IZ Süd, Str. 4
Handy: 0664/814 74 99
pappas.at Pappas Gruppe

MERCEDES-BENZ

E 250 CDI 4MATIC AVANTGARDE



EZ 07/2011
204 PS
AUSSTATTUNG
NAVI, ILS, PTS, Sitzheizung, Tempomat uvm.
35.990,- inkl. MwSt.
GFZ-Nr. 060111440057

Pappas Transporter Center
Wiener Neudorf, IZ Süd, Str. 4
Handy: 0664/814 74 99
pappas.at Pappas Gruppe

„Die Warnungen wurden ignoriert“

INTERVIEW ■ Am 24. März staunte Ärztechef Dr. Artur Wechselberger nicht schlecht – er bekam Post von Bundes- und Landespolitikern. Der Appell: Er möge doch im Gehälter-Streit kalmierend auf gewisse Ärzte-Vertreter einwirken.

DR. HANS WENZL

Herr Präsident Wechselberger, in einem offenen Brief haben hochrangige Politiker aus Bund und Ländern Sie aufgefordert, in der aktuellen Auseinandersetzung um Spitalsarbeitszeiten mäßigend auf Ständesvertreter der Länderkammern einzuwirken. Was waren denn Ihre ersten Gedanken, als Sie den Brief gesehen hatten. Ist die Vorgangsweise nicht sehr ungewöhnlich?

Wechselberger: Ich war schon verwundert, vor allem, weil offensichtlich ein Wiener Problem auf die Ebene der ÖÄK gehoben werden sollte. Die Verhandlungen zur Spitalsärztleistungszeit sind mit der Kurie der Wiener Spitalsärzte zu führen und mit den Personalvertretern der KAV-Ärzte. Es muss doch allen Beteiligten klar sein, dass die ÖÄK keine Oberhoheit über die autonomen Länder-Ärztelkammern hat.

Glauben Sie, dass der Brief vor allem die kommenden Landtagswahlen als Hintergrund hat? Oder ist man sich der Probleme des Gesundheitswesens in der Politik wirklich nicht bewusst?

Wechselberger: Das ist Vogel-Strauß-Politik. Man will Unangenehmes nicht hören. Und wenn doch, dann ist der Überbringer der Botschaft schuld. Gott sei Dank leben wir in einer Gesellschaft, in der Probleme offen angesprochen werden können. Auch wenn es manchmal die Entscheidungsträger nerven mag, sind widersprüchliche Meinungen, Offenheit, Diskussion, Kompromissfähigkeit



Es sei doch klar, dass die ÖÄK keine Oberhoheit über die Länder-Ärztelkammern hat, so Wechselberger.

und Konsens Bestandteile der Demokratie. Das gilt auch für innerbetriebliche Prozesse.

Ist das Thema Gesundheitssystem für die Politik wirklich so unangenehm?

Wechselberger: Jede Diskussion, die zeigt, dass die Dinge nicht so optimal laufen, ist für die Politik unangenehm und man würde sie gerne bis nach den Wahlen verschieben. Aber das geht auf Dauer nicht. Und persönlich glaube ich auch, dass der Bürger das nicht honoriert.

Die Ärztekammer weist ja – auf Länder- und auf Bundesebene – seit längerem auf die Folgen des Spar- und auf Nachwuchsprobleme hin. Kommt die Botschaft nicht an?

Wechselberger: Bis vor kurzer Zeit wurden unsere Warnungen, dass unser ärztlicher Nachwuchs fehlt, vollkommen ignoriert. Wir machen ja die tägliche Erfahrung damit, wenn es um Nachbesetzungen freier Kassensstellen oder um die Turnusärzte geht. Und alle Beteiligten wissen, dass in den nächsten 15 Jahren starke Jahr-

gänge von Leistungsträgern in Pension gehen werden. Statt aber in die Zukunft zu schauen, wird auf die hohe Ärztedichte in Österreich verwiesen und das eigentliche Problem ausgeblendet.

Wie werden Sie in den nächsten Wochen in der ÖÄK auf den Brief reagieren?

Wechselberger: Wir beantworten den Brief so, wie das angesichts der hochrangigen Unterzeichner angemessen ist. Dabei werden wir aber auch auf die Dinge eingehen, die man seitens der Politik ausblenden möchte: die Alterung der Bevölkerung, die Abwanderung junger Ärzte, die zu niedrigen Medizin-Absolventenzahlen, die Pensionierungswelle bei bisherigen Leistungsträgern. Dass durch die Einführung europäischer Standards der Ärztelarbeitszeiten – mit zehnjähriger Verspätung – solche Schwierigkeiten auftreten, zeigt ja, wie dünn die Decke schon geworden ist. Es geht gar nicht anders, als persistierend auf die Probleme hinzuweisen.

Zur Person

Dr. Artur Wechselberger ist seit 2012 Präsident der Österreichischen Ärztekammer (ÖÄK). Der Tiroler Allgemeinmediziner war bereits seit vielen Jahren berufspolitisch tätig. Seit 1990 amtiert er als Präsident in der Ärztekammer für Tirol. Zuvor war er bereits Bezirksärztlevertreter und Kammerpräsident. 1977 promovierte Wechselberger nach seinem Medizinstudium in Innsbruck. Seit 1981 ist er praktischer Arzt, 1989 eröffnete er seine Ordination in Innsbruck, die er bis heute betreibt. Seit 1998 fungiert er außerdem als Lehrbeauftragter für Allgemeinmedizin an der Med-Uni Innsbruck. Wechselberger kam 1952 in Hall/Tirol auf die Welt. Er ist verheiratet und Vater von drei Kindern.

Die Briefschreiber und ihre Gründe

Den offenen Brief an ÖÄK-Chef Dr. Artur Wechselberger unterschrieben neben SP-Gesundheitsministerin BM Dr. Sabine Oberhauser, VP-Finanzminister Dr. Hans Jörg Schelling, SP-Sozialminister Rudolf Hundstorfer, HV-Chef Mag. Peter McDonald, WGKK-Obfrau Mag. Ingrid Reischl auch vier Landespolitiker: Oberösterreichs LH und Gesundheitsreferent Dr. Josef Pühringer (VP), Gesundheitsstadträtin Mag. Sonja Wehsely (SP), Vorarlbergs Gesundheitslandesrat Dr. med. Christian Bernhard (VP) und Burgenlands Gesundheitslandesrat Dr. Peter Rezar (SP).

MT fragte die vier, welche Aussagen von welchen Ärzte-Vertretern den – wie im Brief angeführt – „eingeschlagenen Reformkurs gefährden“ bzw. das „Vertrauen der Patienten in das Gesundheitssystem schwächen“ würden und was sie sich nun vom Appell an Wechselberger erwarten.

Bernhard: „Wenn zum Beispiel Herr Gernot Rainer, Chef der neuen Ärztegewerkschaft Asklepios, meint, die geplanten Maßnahmen würden ‚zu einem katastrophalen Kollaps im Gesundheitssystem‘ führen, so kann eine solche Aussage bei Patienten Verunsicherung hervorrufen. Das gilt auch für ‚Wir unterstützen die [...] Streikmaßnahmen zu 100 Prozent. Verhandlungen können nicht unter Ausschluss und gegen die Ärzteschaft geführt werden. So verliert man Ärzte in den Spitälern und riskiert damit letztendlich die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung.‘“

Bernhard weiter: „Ich kenne und schätze Herrn Präsident Wechselberger als seriösen und kompetenten Kollegen aus unserer gemeinsamen Arbeit in der Bundesgesundheitskommission und weiß um seine Akzeptanz in der Ärzteschaft. Deshalb ist er der geeignete Ansprechpartner für einen gemeinsamen und besonnenen Weg zum Wohl der Patienten.“

Rezar verwies auf eine ganze Palette von Presseaussendungen der Ärztekammer für das Burgenland, zum Beispiel von Primarärztesprecher Prim. Dr. Mathias Resinger („Immer längere Wartezeiten für Routineeingriffe [...] werden die unweigerliche Folge sein.“) oder von AK-Präsident OA Dr. Michael Lang zur noch geleisteten Akutversorgung („Das wird aber nicht mehr lange so gehen.“) oder ähnliche Aussagen von Spitalsärzte-Vertreterin Dr. Brigitte Steininger, KH Kittsee: „Haben wir keine Ärzte mehr in unseren Spitälern, können auch die Burgenländer nicht mehr adäquat versorgt werden, müssen länger warten oder in die anderen Bundesländer ausweichen.“

Rezar weiter: „Vom Aufruf an den ÖÄK-Präsidenten erwarte ich mir einerseits, dass die Ärzte der dringend notwendigen Flexibilisierung der Dienstzeit – wie es sie in der AUVA schon seit Jahren gibt – zustimmen und andererseits mehr Augenmaß bei den Gehaltsforderungen zeigen.“

Pühringer war die Zeit für die Anfrage zu knapp, sein Büro ließ aber ausrichten, dass der Brief ohnehin für sich spreche und dass dem LH „immer der Dialog und ein konstruktives Miteinander“ wichtig seien.

Auch **Wehsely** konnte die Anfrage aus Zeitgründen nicht beantworten. **GRO**

FOTO: HANNES SCHLOSSER

Ab sofort: Zusätzlich neues Anwendungsgebiet bei Clopidogrel Genericon 75 mg

Das über viele Jahre bestens bewährte Clopidogrel Genericon 75 mg hat neben den bestehenden Indikationen ein zusätzliches Anwendungsgebiet.

NEU: Clopidogrel Genericon ist ab sofort zusätzlich indiziert zur Prävention atherothrombotischer und thromboembolischer Ereignisse bei Vorhofflimmern.

Bei erwachsenen Patienten mit Vorhofflimmern, bei denen wenigstens ein Risikofaktor für vaskuläre Ereignisse vorliegt, die keine VKA-Therapie erhalten können und die ein geringes Blutungsrisiko aufweisen, ist Clopidogrel in Kombination mit ASS angezeigt zur Prophylaxe atherothrombotischer und thromboembolischer Ereignisse, einschließlich Schlaganfall (laut Clopidogrel Genericon Fachinformation).

Damit entspricht Clopidogrel Genericon 75 mg in allen Anwendungsgebieten 1:1 dem Erstanbieter.

Was macht Clopidogrel Genericon zum führenden generischen Clopidogrel-Anbieter in Österreich?*

Clopidogrel Genericon 75 mg ...

- ¹... ist die 1. und einzige generische Clopidogrel-Tablette Österreichs, die in der bewährten Form, Größe, Farbe und mit der Prägung „75“ nahezu ident mit dem Erstanbieter ist!

- ... ist konstant kostengünstig. Der aktuelle **Preisvorteil** pro Packung von **Clopidogrel Genericon 75 mg** zum Erstanbieter beträgt bis über -19% bei 30 Stück-^{**} und bis über -10,80 € pro 90 Stück-Packung^{***}!

- ... steht für mehr Compliance und schafft großes Vertrauen bei Ihren Patienten – **ab sofort auch in der Indikation zur Prävention atherothrombotischer und thromboembolischer Ereignisse bei Vorhofflimmern!**

Clopidogrel generisch¹ ► Clopidogrel Genericon¹ Zur Hemmung der Thrombozytenaggregation, wenn ASS nicht ausreichend oder kontraindiziert ist.

IND, Green Box

Informationen: Dr. Thomas Michl, Produktmanager
E-Mail: michl@genericon.at
Tel.: 0316/90 03-0, Fax: 0316/90 03-102
www.genericon.at

^{*} Clopidogrel Genericon: meistverordnetes generisches Clopidogrel in Österreich, lt. DPMÖ III.-IV. Quartal 2014

^{**} Clopidogrel Genericon zu 30 Stück versus Plavix® zu 28 Stück umgerechnet auf 30 Stück, KKP 03/2015

^{***} Clopidogrel Genericon zu 90 Stück versus Plavix® zu 84 Stück umgerechnet auf 90 Stück, KKP 03/2015

WERBUNG



Vertrag endet mit 2021

Christian Strasser bleibt Chef im MQ

16 Mitbewerber hatten keine Chance: SP-Kulturminister Josef Ostermayer folgte dem Vorschlag der Findungskommission, bestellte Strasser wieder.

Foto: privat

Anrainer-Proteste: Rosskastanie ist in Gefahr

Mitten in Margareten: 100 Jahre alter Baum wird einfach zerstört!

„Eine seit 1951 unter Naturschutz stehende Rosskastanie wurde bis zur Unkenntlichkeit zugeschnitten“, klagt ein Anrainer. Die Nachbarn fürchten, dass der mehr als 100 Jahre alte Baum dem geplanten Ausbau in der Castellgasse 5 zum Opfer fällt.



LESER-REPORTER Heute



Wer singt besser? Vassilakou und Ellensohn beim Karaoke-Battle.

Grünes Karaoke-Duell

„Das einzige Match, das wir offen haben, ist das an der Karaoke-Maschine“, kommentierten Grünen-Chefin Maria Vassilakou und ihr Klubobmann David Ellensohn vergangene Woche Gerüchte über Misstöne in der grünen Führungsetage. Dieses „Match“ wurde gestern Abend im „Beer & Songs“ (Josefstadt) ausgetra-

gen: Vor rund 60 Parteifreunden (dabei: Bundeschefin Eva Glawischnig) als Jury griffen die beiden zum Mikro. „Denkmal“ (Wir sind Helden) ging klar an Vassilakou. „I love Rock'n'Roll“ (Arrows) brachte ein Unentschieden. Sieger nach Punkten: Maria Vassilakou. Ob damit die Gerüchte über Misstöne aus der Welt sind? CK

Foto: Helmut Graf

Ärzte-Streit: Neue Gewerkschaft Asklepios prüft „Arbeitskampf“

Als „Schritt in die richtige Richtung“ bezeichnete die Ärztekammer nach der Sitzung am Dienstag die bisherigen Gespräche mit der Stadt Wien zur neuen Arbeitszeitvereinbarung für die KAV-Ärzte. Die neue Ärztegwerkschaft „Asklepios“ – sie hat in Wien fast 1.000 Mitglieder – sieht das



G. Rainer (Asklepios)

anders. „Asklepios“-Obmann Gernot Rainer fordert „echte Neuverhandlungen“. Via Facebook kündigte er an, härtere Geschütze aufzufahren: „Asklepios hat ein Rechtsgutachten zu Maßnahmen und Folgen eines Arbeitskampfes in Auftrag gegeben“ gem

9. & 10.4.2015

-20% TAG

AUF VOLL- & TEIL-SORTIMENTEN*

ALLES SHOPPEN.
AKTIONSTAGE IM
SHOPPING CENTER NORD.

* nur bei teilnehmenden Geschäftsfreundinnen und -kassen
und ausgewählten Gutscheinen und Einzelrabatten sowie preisgebundene Sortimente

www.scn.at

Ignaz-Köck-Straße 1

1210 Wien

53 Brünnerstraße

U6 Floridsdorf

SCN

SHOPPING CENTER NORD

Die YPD-Challenge
GEWINN GEGEN DIE BESTEN!

Die Quiz-Revolution –
mach mit!



ServusTV
HEUTE
20:15 Uhr
LIVE

LIVE

Inhalt

Rückenschmerzen

Vor einem Eingriff sollten alle anderen Optionen ausgeschöpft werden ... 6



Flugangst

Seminare können beim Umgang mit Stresssituationen helfen 8

Periphere Neurologie

Eine präzise Diagnostik ist notwendig, um Therapien einzuleiten. 12

Gewaltbereitschaft

Der Hintergrund der kollektiven Gewalt 18

Übergewicht bei Kindern

Ernährungsmediziner kritisieren Alibi-Aktionen 26

Offenes Foramen ovale

Ist der Verschluss nach Schlaganfall oder TIA gerechtfertigt? 28

Colitis ulcerosa

Die milde bis moderate Verlaufsform ist häufiger als die schwere 30

Prächtige Kutschen

Für den Wiener Kongress 1814/15 wurden 167 Pferdewagen gebaut ... 41

Impressum

..... 34

Kamelskelett in Tulln gefunden

Wiener Archäologen haben das exotische Tier im komplett erhaltenen Zustand ausgraben können.

Im Zuge einer Rettungsgrabung im niederösterreichischen Tulln an der Donau fanden Archäologen ein komplettes Kamelskelett. Das Tier stammt aus der Zeit der zweiten Türkenkriege im 17. Jahrhundert. Der Fund gilt als einmalig in Mitteleuropa.

„Das erst teilweise freigelegte Skelett wurde ursprünglich für ein Pferd, oder ein großes Rind gehalten“, erinnert sich der Archäozoologe Alfred Galik vom Institut für Anatomie, Histologie und Embryologie der Veterinärmedizinischen Universität Wien. „Ein Blick auf die Halswirbelsäule, den Unterkiefer und die Mittelhand- und Mittelfußknochen brachte sofort Klarheit. Es handelte sich um ein Kamel.“ Kamelknochen sind in Europa bereits ab der Römerzeit nachweisbar. So sind beispielsweise aus Mauerbach bei Wien, Serbien und Belgien solche Teilfunde bekannt. Ein komplettes Kamelskelett ist für Mitteleuropa bislang einzigartig.

Neben Pferden waren Kamele wichtige Reit- und Transporttiere im Osmanischen Heer. Im Bedarfsfall diente das Fleisch der Wüstenschiffe auch als Nahrung für die Armee. Das in Tulln gefundene Skelett war jedoch vollständig. „Das Tier wurde also nicht geschlachtet und in seine Einzelteile zerlegt. Es stammte möglicherweise aus einem Tauschhandel“, so der Erstautor Galik. Umfangreiche DNA-Analysen ergaben, dass es sich bei dem Tier um ein Hybrid handelt: Die Mutter war ein Dromedar, der Vater ein Trampeltier. Die genetische Diagnose stimmt auch mit den morphologischen Merkmalen eines Hybriden überein. Einige Merkmale sind einem Dromedar, andere wiederum einem Trampeltier zuzuordnen. „Zur damaligen Zeit war diese Kreuzung nichts Ungewöhnliches. Hybriden waren genügsamer, ausdauernder und größer als ihre Mutter- und Vätertiere. Für das Heer waren diese Tiere also besonders geeignet“, erläutert Galik. Das Kamel war männlich, etwa sieben Jahre alt und höchstwahrscheinlich kastriert.



Ausgegrabenes Kamelskelett aus Tulln an der Donau.
© Alfred Galik / Universität Wien

Bei den Ausgrabungen wurden neben Tierknochen und Keramikgeschirr noch weitere Stücke gefunden. Ein sogenannter „Rechenpfennig“ aus der Zeit König Ludwig XIV grenzt den Fund auf die Jahre 1643 bis 1715 ein. Ein mit Theriakum, einem mittelalterlichen Allheilmittel, gefülltes Fläschchen aus der „Apotheke zur Goldenen Krone“ in Wien wurde ebenso am Ausgrabungsort gefunden. Die Apotheke gab es in Wien in den Jahren 1628 bis 1665. Somit konnte der Fund zeitlich gut eingeordnet werden. **Vetmed Uni Wien**

Originalpublikation: PLoS ONE 10(4): e0121235

Angeklickt

Meistgelesen auf SpringerMedizin.at

1 Der Patient steht in der Mitte – und manchmal stört er da nur



2 ÖGN 2015: Neurowissenschaft und Menschenbild

3 Wege der Moderne

4 Geh schlafen, Doc!



5 Je höher die Impfquote, desto seltener der plötzliche Kindstod

6 Patient schön, Arzt verklagt



7 Ärzte: Wehsely verhandelt mit Asklepios nicht – keine Gewerkschaft

8 Spitalsärzte – Tiroler Bezirksspitaler legten Angebot vor

9 NEOS startet in OÖ mit Kandidatenauswahl

10 Spitalsärzte – Gespräche in Wien brachten Teileinigung

Nebenwirkungen

Mitlaufendes Volk

Jedes Jahr zu dieser Zeit schürt der Vienna City Marathon das schlechte Gewissen der Sportmuffel.

Ich habe das Glück, aus meinem Fenster in den Wienerwald blicken zu können. Und das Pech, dabei auch all die ambitionierten Jogger zu Gesicht zu bekommen. Das nährt das schlechte Gewissen, wenn das miese Wetter wieder mal über die guten Vorsätze gesiegt hat.

Ich finde allerdings keineswegs, dass ich weniger fleißig bin als die Läufer. Doch wenn ich meine „Buntastic-App“ – eine Art militanter Lauftrainer fürs Handy – neben mir auf den Schreibtisch lege, tut sich beim integrierten Kalorienzähler rein gar nichts. Denkanlass kann dieses doofe Tool also nicht berechnen, es sei denn, ich säße beim Denken im Auto. Dann würde das Programm vermuten, ich würde mit 80 Stundenkilometern joggen und damit etwa 5.000 kcal pro Minute verbrauchen. Dann ist die App zufrieden

und motiviert mich mit einem „gut gemacht, weiter so!“ zur Fortsetzung dieser Leistung.

Der Grund für das derzeitige vermehrte Auftreten joggender Personen ist der jährlich wiederkehrende Marathon in der Bundeshauptstadt. Obwohl die meisten Österreicher das Spektakel aus sicherer Entfernung von der Fernsehcouch aus verfolgen, kann einen auch in den geschützten vier Wänden das schlechte Gewissen ereilen. Das merkt man daran, dass das Bier zum TV-Ereignis etwas schäler schmeckt.

Die Radiosender promoten den Lauf, spornen ihre Hörer mit speziell abgestimmter Musik an und tun so, als ob sich tatsächlich die ganze Nation für den großen Tag aufwärmen würde. Der gesundheitliche Effekt dieser begrüßenswerten Initiative verfehlt seine Wirkung nicht. Denn

das schlechte Gewissen all jener, die sich gerade mal am warmen Ofen mit einem Jagatee aufwärmen und Marathon nur als Lösungswort im Kreuzworträtsel kennen („Ort im Bundesstaat Texas mit acht Buchstaben“), drängt auf Absolution.

So laden sich die Menschen in dieser für Couch-Potatoes so schwierigen Zeit millionenfach Fitness-Apps runter, legen sich ein schweißabweisendes Laufdress und eine Pulsuhr zu und nehmen sich fest vor, im nächsten Jahr zumindest am 2-Kilometer-Coca-Cola-Kinderlauf am Start zu stehen. Das angeschaffte Equipment findet sich zwar in der Regel ein paar Wochen später auf ebay, doch für die Volksgesundheit der wirklichen ganzen Nation ist es immerhin ein kleiner Anfang.

Da Sportwissenschaftler weniger den Marathon selbst, als vielmehr



Von Dr. Ronny Tekol: Teutscher Allgemeinmediziner und Begründer des Medizinikaharets www.peter-teutscher.at © jupia

das Training auf den Lauf für gesund erachten, ist es gar nicht so wesentlich, ob man nun tatsächlich mitläuft. Denn wie bei vielen Massenphänomenen geht es mehr um Eitelkeiten, das Gefühl, unbedingt dabei sein zu müssen oder die mutmaßlich kostenfreien halben Bananen, die auf der Strecke feilgeboten werden. Alles in allem also ein aus medizinischer Sicht durchaus entbehrlicher Zirkus, in dessen Manege Sie vielleicht auch den Autor dieser Kolumne als typischen Mitläufer entdecken könnten.

Gehaltsverhandlungen 2015 – Die Eckpunkte der Einigung

Nach langen und zähen Verhandlungen konnte schließlich im März ein Konsens über das neue Gehaltsschema für die Spitalsärzte der KABEG erzielt werden. Hier stellen wir Ihnen die Eckpunkte des neuen Gehaltsschemas vor:

1. DAS NEUE GEHALTSSHEMA FÜR DIE SPITALSÄRZTE DER KABEG

In den Häusern der KABEG wird jenes Gehaltsschema eingeführt, das bereits in den Häusern der KAGES in der Steiermark implementiert wurde. Dieses sog. „ks-Schema“ wird ein neuer, zusätzlicher Teil des k-Schemas, in dem die Spitalsärzte eingereiht werden. Das k1-Schema bleibt weiterhin für die Einreihung des nicht-ärztlichen akademischen Personals und für jene Ärzte, die nicht ins neue Schema wechseln, bestehen.

Das neue ks-Schema stellt sich wie folgt dar:

Entlohnungsstufe	im Entlohnungsschema k			
	Entlohnungsgruppe			
	ks1 (Basisjahr)	ks2 (Ärzte in Ausbildung)	ks3 (Sekundärärzte)	ks4 (Fachärzte)
	Euro			
1	2.861	2.884	3.589	4.836
2	2.975	2.999	3.589	4.836
3	3.086	3.111	3.589	4.836
4	3.199	3.274	3.589	4.836
5	3.511	3.663	3.664	4.836
6	3.585	3.763	3.763	4.836
7	3.683	3.897	3.897	4.836
8	3.781	4.394	4.394	4.836
9		4.521	4.521	4.971
10		4.648	4.648	5.106
11		4.775	4.776	5.242
12		4.903	4.903	6.377
13		5.028	5.030	6.512
14			5.157	6.647
15			5.284	6.782
16			5.411	6.917
17			5.539	7.053
18			5.666	7.188
19			5.793	7.323
20			5.953	7.493
21			6.092	7.641
22			6.241	7.799
23			6.394	7.962
24			6.555	8.133
25			6.722	8.311
26			6.895	8.495

Das novellierte Kärntner Landesvertragsbedienstetengesetz beinhaltet eine detaillierte Umstufungstabelle vom k1- zum ks-Schema. Bereits Anfang März wurden die Ärzte der KABEG in einem Schreiben über ihre neue mögliche Einstufung informiert. Bei einer Optierung ins ks-Gehaltsschema wird diese rückwirkend mit 1. Jänner 2015 wirksam, aller Voraussicht nach beginnen die Nachzahlungen mit Juni 2015.

2. EINSTUFUNG DER ÄRZTE IN AUSBILDUNG

Ärzte in Ausbildung zum Arzt für Allgemeinmedizin werden unter Anrechnung der Vordienstzeiten in die Entlohnungsgruppe ks 2 überstellt. Ärzte in Facharztausbildung werden auch in die Entlohnungsgruppe ks 2 überstellt, allerdings erfolgt nach dreijähriger ausbildungsrelevanter Tätigkeit (bzw. der Erlangung des ius practicandi) die Höherstufung in die Stufe 5 dieser Gehaltsgruppe. Jene Ärzte, die in den Häusern der KABEG in Zukunft die Basisausbildung, den sog. „Common trunk“, gemäß der neuen Ärzteausbildungsordnung absolvieren, sind in der Entlohnungsgruppe ks 1 unter Anrechnung der jeweiligen Vordienstzeiten eingestuft. Im Anschluss an diese 9-monatige Basisausbildung erfolgt für alle Ärzte in Ausbildung der Wechsel in die Entlohnungsgruppe ks 2.

Alle Ärzte in Ausbildung erhalten ab dem 1. Jänner 2016 zusätzlich eine Ausbildungszulage in der Höhe von € 350,- pro Monat, die bis 2018 aus der Erhöhung der Sonderklassegebühren finanziert wird. Ärzte in Ausbildung erhalten somit je nach Einstufung Erhöhungen von 22 % bis zu 36 %.

3. EINSTUFUNG DER SEKUNDÄRÄRZTE

Für Sekundärärzte sieht das neue Gehaltsschema eine eigene Entlohnungsgruppe ks 3 vor. Die Einstufung erfolgt nach jeweiliger Anrechnung der Vordienstzeiten. Bei Optierung in das neue Schema betragen die Erhöhungen zwischen 10 % und 22 %.

4. EINSTUFUNG DER FACHÄRZTE

Fachärzte werden in die Entlohnungsgruppe ks 4 überstellt und erhalten bei Umstieg in das neue Schema Gehaltssteigerungen von 25 % bis zu 31 %. Durch die Einführung einer Zulage für junge Fachärzte konnte sichergestellt werden, dass auch diese Berufsgruppe schon jetzt Steigerungen von 14 % bis zu 20 % erhält.

Die Zulage für junge Fachärzte (14 x jährlich, überstundenwirksam, ruhegenussfähig) in der Entlohnungsgruppe ks 4 beträgt:

Stufen 1 bis 8: € 364,- Stufe 10: € 244,-
Stufe 9: € 299,- Stufe 11: € 158,-

Das Einstiegsgehalt eines Facharztes beträgt somit brutto für 40 Wochenstunden € 5.200,-, österreichweit liegt Kärnten hiermit im Spitzenfeld.

5. WEITERE VERHANDLUNGSERGEBNISSE

- Im Zuge der Verhandlungen wurde vereinbart, dass bereits geleistete Dienstzeiten in der KABEG sowie Elternkarenzenzeiten bei der Einstufung angerechnet werden. Es konnte somit sichergestellt werden, dass das Einstiegsgehalt eines Facharztes je nach Dienstdauer in der KABEG bereits über € 5.200,- liegen kann.
- Alle derzeit gültigen Zulagen (mit Ausnahme der Erschwerniszulage bei Optierung ins ks-Schema) werden beibehalten.
- Schaffung zusätzlicher Karrieremöglichkeiten durch die Einführung von Funktions- und Geschäftsführenden Oberärzten sowie Beibehaltung der EOAs.
- Keine Verknüpfung von Strukturveränderungen und Gehaltsschema.
- Gewährung von fünf zusätzlichen Urlaubstagen zur Vorbereitung zur Prüfung zum Arzt für Allgemeinmedizin sowie zum Facharzt.
- Verhinderung der Einführung eines „Kompetenzverzeichnis“ für die frühere Erlangung der Einstufung als Oberarzt.
- Ausbildungs- und Facharztzulagen werden 2018 in das Grundgehalt übernommen.

Asklepios – Gewerkschaft für angestellte Ärztinnen und Ärzte in Österreich

Die Gründung einer bundesweiten Ärztegwerkschaft führte zu zunehmender Nervosität und teilweise harschen Reaktionen seitens der Altgewerkschaften und Lokalpolitiker. Dies wiederum wurde in der österreichischen Zeitungslandschaft mit Interesse registriert, überwiegend spöttische Kommentare gegenüber ÖGB und Parteipolitik waren die Folge. Die „Kärntner Ärztezeitung“ bat den Gründer und Obmann von Asklepios um ein kurzes Gespräch. Dr. Gernot Rainer ist Facharzt für Pulmologie, Additivfach Intensivmedizin, und arbeitet im Otto-Wagner-Spital in Wien.

Wann reifte der Entschluss für die Gründung von Asklepios, was waren primär die drängendsten Motive?

Dr. Gernot Rainer: Der Entschluss entstand kurzfristig Anfang Jänner 2015 aus dem primären Motiv der Frustration heraus. Als ich sah, dass aus einem sehr begrüßenswerten Arbeitnehmerschutzgesetz der EU in der Realität – hier meine ich die Verhandlungen mit den Bundesländern – grobe Nachteile für die Ärzteschaft zu entstehen drohten und die bestehenden Interessensvertretungen dies nicht nur nicht verhinderten, sondern teilweise sogar begünstigten. Kärnten ist hierfür ein gutes Beispiel. Hier gab es zwar eine wehrhafte Ärztekammer, aber in der Person des BR-Vorsitzenden Auer eine Interessensvertretung, die sich schließlich gegen die Ärzte positionierte. Im Übrigen hätten sowohl die bestehenden Gewerkschaften als auch die Ärztekammer seit 2003 Zeit gehabt, die Umsetzung der Richtlinie zu fordern.

Wer sind die in der ersten Generalversammlung gewählten Vertreter des Bundesvorstandes?

Dr. Gernot Rainer: Obmann bin ich selbst. Obfrau-Stellvertreterin ist Dr. Anna Kreil (FA Innere Medizin, Gastroenterologie und Hepatologie, Intensivmedizin, KAR Wien), Schriftführerin ist Dr. Petra Preiß (Herzchirurgin, Gefäßchirurgin, Betriebsrätin im Klinikum Klagenfurt), Schriftführer-Stellvertreter Dr. Matthias Neuner (Ausbildungsassistent Anästhesiologie, Assistenzarztvertreter SALK Salzburg), Kassier Dr. Christoph Pelanek (Ausbildungsassistent Labormedizin, Turnusarztvertreter, OWS), Kassier-Stellvertreterin Dr. Andrea Vavrovsky (FA für Neurologie, Pflegeheim Baumgarten).

Welche strategische Ausrichtung verfolgen Sie heute?

Wo orten Sie die größten Hindernisse?

Dr. Gernot Rainer: Die strategische Ausrichtung richtet sich nach dem Vorbild des Marburger Bundes in Deutschland. Wir wollen eine ausschließliche Interessensvertretung für Angestellte und beamtete Ärztinnen und Ärzte in Österreich darstellen. Wir wollen



Dr. Gernot Rainer

adäquate Arbeits- und Rahmenbedingungen und ein im deutschsprachigen Raum konkurrenzfähiges Gehalt. Nur so kann man Jungmediziner in Österreich halten. Wir benötigen hierfür einen hohen Organisationsgrad – der Marburger Bund hat ca. 70 % – um schlagkräftig zu werden.

Laut ÖGB „geht es ja auch nicht, dass auf einem Kreuzfahrtschiff der Kapitän nur mit den Offizieren verhandelt und die Matrosen und Kellner beiseite lässt.“ Auch die Gesundheitsstadträtin Wehsely leugnet die Legitimation der Ärztegwerkschaft. Was entgegnen Sie diesen Kritikern?

Dr. Gernot Rainer: Die Aussagen von Mag. Wehsely sind juristisch falsch. Es ist in Österreich ein Grundrecht, eine Gewerkschaft zu gründen. Basis hierfür ist das Vereinsgesetz. Alle Gewerkschaften sind so konstituiert. Auch dass es keine Berufsspartengewerkschaften geben kann, ist unrichtig. Ich verweise auf die Lehrergewerkschaft, die auch nicht den Schulwart vertritt oder die Polizeigewerkschaft. Wir haben ein hochrangiges Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, das all das zweifelsfrei belegen wird.

Wo steht die Gewerkschaft heute in Wien, wo in den Bundesländern? Wie lauten die aktuellen Mitgliederzahlen?

Dr. Gernot Rainer: Wien 982, Niederösterreich 211, Burgenland 14, Kärnten 165, Steiermark 117, Oberösterreich 66, Salzburg 166, Tirol 79, Vorarlberg 5, Ausland 4, ohne Angaben 7. Das sind die Mitgliederzahlen vom 31. März 2015.

Wie beurteilen Sie die aktuellen Verhandlungen in Wien und in den Bundesländern? Wo und wie will sich Asklepios bei den laufenden Prozessen einbringen?

Dr. Gernot Rainer: Die Verhandlungen in Wien liefen denkbar ungünstig. Hier hat für die Ärzte des Krankenanstaltenverbundes die rote Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (in der die Ärzte-

**Setzen Sie auf eine Hausbank,
die Sie in sämtlichen Finanzfragen
erstklassig betreut.**

rib-bank.at | rbb-klagenfurt.at | T 0463 99300 2246



schaft nur einen kleinen Teil der Mitglieder repräsentiert) verhandelt. Chefverhandler ist Ing. Meidinger, der gleichzeitig für die SPÖ im Gemeinderat sitzt. Verhandelt wurde und wird jedoch gegen eine rote Stadtregierung. Die Rolle der Ärztekammer ist zwiespältig. Das erste – letztendlich von 90 % der Ärzteschaft abgelehnte – Verhandlungsergebnis wurde vom Wiener Ärztekammerpräsidenten mitunterfertigt. Er meinte später, von der Stadtregierung hintergangen worden zu sein und hat sich jetzt glaubhaft hinter das Ergebnis der Urabstimmung gestellt. Mittlerweile wurde das Gehaltsschema im Gemeinderat einseitig von der Stadtregierung bereits beschlossen. Es soll zwar weitere Gespräche geben, diese halte ich allerdings für Makulatur. Ich glaube, dass in Wien echte Neuverhandlungen nur mit Arbeitskampfmaßnahmen erzwungen werden können. In den Bundesländern Tirol und Oberösterreich sind Ergebnisse noch ausständig. Ich glaube, dass es für eine Ärztegwerkschaft legitim ist in alle Verhandlungen eingebunden zu werden.

Wie steht die Gewerkschaft zur kommenden Ausbildungsnevelle? Was ist Ihre Meinung zur neuen Allgemeinmedizinusbildung?

Dr. Gernot Rainer: Die neue Ausbildungsordnung ist mir in der Praxis noch zu schleierhaft. Ein 9 Monate dauernder „Common trunk“ im Spital in den Fächern Chirurgie und Innere Medizin, ohne nachfolgende Approbation, und mit einer sinnvollen Verpflichtung zu Lehrpraxen. Ich befürchte allerdings, dass eine Lösung für die dafür erforderlichen Lehrpraxisstellen nicht existiert und so eine erhebliche Verlängerung der Ausbildungsdauer zu befürchten ist.

Welche weitere Unterstützung erwarten Sie sich aus Kärnten? Wie kann man Mitglied werden?

Dr. Gernot Rainer: Kärnten war so etwas wie die Initialzündung. Hier hat man erstmals Solidarität und Geschlossenheit in der Ärzteschaft gesehen. Ich würde hoffen, noch möglichst viele Kolleginnen und Kollegen als Mitglieder gewinnen zu können. Mit einer Einigung ist es nicht getan. Das Problem der Arbeitsbedingungen und einer leistungsgerechten Entlohnung wird uns weiter begleiten und ist nicht gelöst. Mitglied kann man denkbar einfach über die Homepage www.aerztegewerkschaft.at werden.



**ASKLEPIOS
GEWERKSCHAFT**
für angestellte Ärztinnen
und Ärzte in Österreich

Asklepios – Gewerkschaft für angestellte Ärztinnen und Ärzte in Österreich

E-Mail: info@aerztegewerkschaft.at

Website: www.aerztegewerkschaft.at

Spendenkonto

Erste Bank
IBAN: AT06201182664937700
BIC: GIBAATWWXXX

GUTEN TAG!
AB SOFORT MÖCHTE ICH BEI
DER FORTBILDUNG MIT GUTEM
BEISPIEL VORANGEHEN.

DR. PRIMUS VORBILD
WOLTE FÜR FORTBILDUNG BEISPIEL VORANGEHEN

Alle Details dazu und wie Sie
am schnellsten zu Ihrem
DFP-Diplom kommen, finden
Sie auf www.mindstof.at.

**DEAD
LINE**
1. 9. 2016

**FORT
BILDUNG
NACH
WEIS!**



Prim. Univ.-Prof. Dr. Jörg Tschmelitsch, FACS

Onkologische Spitzenchirurgie trotz Arbeitszeitgesetz und Ärztemangel?

An der Chirurgie des Krankenhauses St. Veit/Glan wurden in den letzten 10 Jahren über 8.000 Operationen an Karzinompatientinnen durchgeführt. Diese große Patientenzahl erlaubte auch die Einrichtung und Zertifizierung eines Brustkrebszentrums (als Kooperation mit niedergelassenen Kollegen) sowie die – als einziges Krankenhaus in Kärnten – erreichte Zertifizierung als Darmkrebszentrum durch die Deutsche Krebsgesellschaft (OnkoZert). Es gibt derzeit nur ein weiteres Darmzentrum in Österreich (siehe Oncomap). Die chirurgische Abteilung erfüllt auch als einzige in Kärnten und als eine der wenigen österreichweit alle Mindestmengenregelungen für onkologische Chirurgie des Gesundheitsministeriums. Die

se Mindestmengenregelungen fordern international evaluierte Operationszahlen pro Jahr pro Abteilung bei gewissen Tumorentitäten wie z.B. Pankreasresektionen oder Rektumresektionen etc.: Dadurch soll sichergestellt werden, dass in einem Krankenhaus onkologische Chirurgie in genügender Menge durchgeführt wird, um die notwendige Expertise zu erhalten.

Die Chirurgen arbeiten dabei eng mit den anderen Fachgebieten im Haus zusammen, insbesondere mit der Gastroenterologie und Onkologie sowie mit der Anästhesiologie und Radiologie. Bereits 2001 wurde als eine der ersten Abteilungen Österreichs ein wöchentliches interdisziplinäres Tumorboard eingerichtet, in dem auch Vertreter von externen Abteilungen des Klinikum Klagenfurt (Radioonkologie, Pathologie, Nuklearmedizin) oder der Universitätsklinik Graz teilnehmen. Tausende onkologische Patienten wurden in diesen Jahren interdisziplinär betreut.

Verschiedene innovative Techniken und neue Operationen wurden eingeführt und die Mitarbeiter in zahlreichen internationalen Fortbildungen geschult. Im Gegenzug werden die St. Veiter Chirurgen regelmäßig als Experten zu Meetings und Kongressen eingeladen. Ein reger Austausch mit gemeinsamen klinischen und wissenschaftlichen Projekten besteht mit allen österreichischen Universitätskliniken sowie mehreren internationalen Krebszentren wie zum Beispiel dem Memorial Sloan Kettering Cancer Center in New York, dem wohl bekanntesten onkologisch-chirurgischen Zentrum weltweit. Mitarbeiter der Abteilung sind im Vorstand der ABCSG (Austrian Breast and Colorectal Study Group) und der ACO-ASSO (Austrian Society for Surgical Oncology).

Für Chirurgen anderer Krankenhäuser werden regelmäßige Fortbildungen veranstaltet. Derzeit befindet sich gerade ein Chirurg der Universitätsklinik Wien zum Zweck der Weiterbildung in onkologischer Darmchirurgie für 3 Monate im Krankenhaus St. Veit.

Die Mitarbeiter sind nicht nur im klinischen Routinebetrieb tätig, sondern nehmen an internationalen Studien teil und werten klinische Daten und Operationsergebnisse aus, um die Ergebnisqualität prüfen und vergleichen zu können. Mehr als 50 Publikationen über operative Ergebnisse wurden in den letzten 10 Jahren in nationalen und internationalen medizinischen Top-Zeitschriften veröffentlicht. Ein wichtiger Parameter für die Qualität der Operationen ist u.a. die postoperative Mortalität, die bei großen Eingriffen unter 5 % liegen muss. Mit 0-2 % können auch hier Spitzenwerte erreicht und veröffentlicht werden.

Neben der klinischen Routine, den unbedingt notwendigen und von allen geforderten Patientengesprächen, der Dokumentation und der wissenschaftlichen Tätigkeit kosten auch die Zertifizierungen und Rezertifizierungen viel Zeit.

Dies alles ist nur durch den großen Einsatz und Enthusiasmus aller Mitarbeiter möglich. Ob das mit dem neuen Arbeitszeitgesetz und dem immer deutlicher werdenden Ärztemangel in Kärnten weiter aufrechterhalten werden kann, ist fraglich. Große Anstrengungen aller Beteiligten am Kärntner Gesundheitssystem werden dazu notwendig sein.

**Gründen Sie Ihre Praxis nur mit
dem Finanzierungspartner
Ihres Vertrauens.**

rib-bank.at | rbb-klagenfurt.at | T 0463 99300 2246



Inhalt

Editorial	1
Unsere Pflicht zu warnen und auf Systemwandel zu drängen	3
„Es hat sich gelohnt“	4–7
Gehaltsverhandlungen 2015 – Die Eckpunkte der Einigung	8
Asklepios – Gewerkschaft für angestellte Ärztinnen und Ärzte in Österreich	9–10
Onkologische Spitzenchirurgie	11
Unter erschwerten Bedingungen die Qualität der Versorgung bewahren!	12–14
Endlich wird Spirographie auch bei Allgemeinmedizinern bezahlt	15
Rechtsunsicherheit um Hausapotheke erschwert Übergabe von Landarztpraxen	16–17
Klinikum Klagenfurt als überregionales Traumazentrum ausgezeichnet	18
Sportmedizin für besondere Anforderungen	19
Dr. Christian Ure neuer Primarius der Lymphklinik Wolfsberg	19
Lex & tax – Verschärfungen bei der Selbstanzeige	20
Sonderthema Bauen & Wohnen	21–25
Standesmeldungen/Urlaube/Kleinanzeigen	26–29
Fortbildungsveranstaltungen	30–35
Exlibris	36–39
Kultur	40–41



Enal, ob ihr
Glas halb voll
oder halb leer ist –
sagen Sie es uns!
www.tumusevaluierung.at

BRUNNEN ARBEITSGESUNDHEIT  

IMPRESSUM

• Medieninhaber (Verleger): Alleiner Medieninhaber (Verleger) der „Kärntner Ärztezeitung“ ist die Ärztekammer für Kärnten, Körperschaft öffentlichen Rechts, 9020 Klagenfurt, St. Veiter Straße 34.
• Herausgeber: Ärztekammer für Kärnten, 9020 Klagenfurt, St. Veiter Straße 34, Tel.: 0463/5856-26, Fax: 0463/5856-82, E-Mail: presse@aecktn.at • Homepage: www.aecktn.at
• Anzeigenverwaltung: Werbeagentur Maria Eberdorfer, Inh. Maria Binder-Eberdorfer, 9071 Köttmannsdorf, Prelehl 20, Tel.: 04220/2484, Mobil: 0676/9350300, E-Mail: m.eberdorfer@aon.at
• Layout nach Vorgaben des Pressereferenten der Kärntner Ärztekammer, Dr. Andreas Ruhdorfer, Titelgestaltung und Fotos Dr. Andreas Ruhdorfer oder beige stellt bzw. von shutterstock.com.
• Name des Herstellers: Satz- & Druck-Team GmbH, 9020 Klagenfurt, Fetschnigstraße 232
• Verlags- und Herstellungsort: Klagenfurt
• Die grundlegende Aufgabenstellung der „Kärntner Ärztezeitung“ ist die Information der Kollegenschaft über alle sie interessierenden standespolitischen Belange. Darüber hinaus dient die „Kärntner Ärztezeitung“ der Wahrnehmung und Förderung der gemeinsamen beruflichen, sozialen und wirtschaftlichen Belange der Kammermitglieder sowie der Wahrung des ärztlichen Berufsstandes und der ärztlichen Berufspflichten. Namentlich gezeichnete Artikel stellen die Meinung des Verfassers dar und decken sich nicht unbedingt mit der Kammermeinung.

GENDER-MAINSTREAMING

Aus Gründen der Lesbarkeit verzichten wir in dieser Broschüre auf die Formulierung Ärztinnen/Ärzte und Fachärztinnen/-ärzte oder Medizinerinnen. Es ist selbstverständlich, dass wir in allen Texten immer beide Geschlechter ansprechen.



Unsere Pflicht zu warnen und auf Systemwandel zu drängen

Präs. Dr. Josef Huber

Wie verhält man sich, wenn man bei seiner täglichen Arbeit mit Männern konfrontiert ist, die negative Folgen für Patienten haben? Nimmt man sie Achsel zuckend hin, oder versucht man durch ein Aufzeigen ihre Reparatur zu bewirken?

OFFENER BRIEF AN DIE ÄRZTESCHAFT

An dieser Frage entzündete sich kürzlich eine bewegte Diskussion. Die Politik, mit Gesundheitsministerin Oberhauser und Finanzminister Schelling an der Spitze, ärgerte sich darüber, dass Arztvertreter es im Zuge der Gehaltsdiskussionen wagten, vor drohenden Versorgungsengpässen zu warnen.

Die Politiker bevorzugten jene, die solche Probleme stillschweigend hinnehmen. Aber das ist meine Sache nicht. Es freut mich, dass sich auch alle meine Präsidentenkollegen nicht in eine solche resignative Rolle hineinzwängen lassen.

Wir Ärzte lassen uns nicht den Mund verbieten! Wir wissen, wie die Wirklichkeit unseres Gesundheitssystems aussieht und kennen die Unterschiede zwischen dem schönen Bild, das die Politik von ihm und ihren Reformen daran zeichnet, und von der Realität. Da sind leider oft Welten dazwischen.

Man sollte meinen, dass die Politik grundsätzlich froh darüber sein sollte, wenn sie aus fachlich berufenem Mund auf Probleme aufmerksam gemacht wird. Dem ist leider nicht so, wie der seltsame „Mahnbrief“ an die Ärzteschaft zeigt. Die Strategie, Ärzte zum Schweigen zu bringen, ist in Spitälern nicht unbekannt, wo „Maulkorbberlässe“ einzuhalten sind.

Der Konflikt betrifft in indirekter Weise jede Ärztin und jeden Arzt. Wann immer Ressourcen gekürzt werden, hätte die Politik es am liebsten, wenn wir die Einsparungen bei den Patienten vollziehen, deren Ärger auffangen und sie als Urheber der Rationierungen im Hintergrund bleibt.

Es ist nicht nur das Recht, sondern die Pflicht einer ärztlichen Standesvertretung, rechtzeitig auf Entwicklungen aufmerksam zu machen, die das Versorgungssystem gefährden.

Diese Strategie hat sich bei den erfolgreich abgeschlossenen Verhandlungen über höhere Grundgehälter für die Spitalsärzte bewährt. Lange stießen wir auf taube Ohren, wenn wir vor dem Ärztemangel in den Spitälern warnten, weil die Bezahlung unzureichend und die Arbeitsbedingungen schlecht waren.

Es hat einige Zeit gedauert, aber unsere Proteste haben ein Umden-

ken bewirkt. An dieser Stelle möchte ich den Einsatz von Dr. Petra Preiß, Dr. Hans Ingo Kager – und in der „heißen“ Phase der Verhandlungen auch Dr. Michaela Lientscher, Dr. Joachim Rettl und Dr. Christoph Arneitz – hervorheben. Ihre Sachkenntnis, ihre Beharrlichkeit und ihre Standfestigkeit haben wesentlich zum Erfolg beigetragen. Es erfordert Mut, um als Angestellter gegen den eigenen Dienstgeber einen so langen Konflikt durchzustehen. Im Blattinneren finden Sie eine Bilanz über diesen Arbeitskampf.

EXTRAMURALE STRUKTUROFFENSIVE

Mehr Geld ist ein wichtiger Faktor, aber bei weitem nicht die alleinige Lösung aller Probleme. Die Verkürzung der Arbeitszeit für Spitalsärzte erhöht den Druck für sinnvolle Reformen. Wir müssen zusätzliche extramurale Strukturen schaffen, die die Spitäler entlasten.

Kärnten ist dabei schlecht aufgestellt. Wir haben im niedergelassenen Bereich „Baustellen“, die das gesamte Versorgungssystem ins Wanken bringen können. Schuld daran ist u.a. die rigide Planstellenpolitik der Krankenkasse in den vergangenen Jahren. Wir haben in mehreren Fächern einen akuten Mangel: Neurologie, Kinderpsychiatrie, Internisten mit endoskopischem Schwerpunkt etc. Kärnten braucht ein Aufholprogramm bei niedergelassenen Kassenfachärzten. Auch bei den Praktikern sieht die Situation nicht rosig aus, wenn man in Betracht zieht, wie viele Kollegen kurz vor der Pensionierung stehen. Dringend erforderlich ist ein Systemwandel in der Honorierung. Wir brauchen Anreize für niedergelassene Kollegen, dass sie vermehrt Leistungen in ihren Praxen erbringen und damit die Spitalsambulanzen entlasten. Die derzeit geltenden Leistungsbeschränkungen und Limitierungen bewirken genau das Gegenteil.

Ohne diese Maßnahmen wird jede theoretisch erstellte neue Planung ins Leere gehen.

Nachdem es uns gelungen ist, höhere Grundgehälter für Spitalsärzte durchzusetzen, müssen wir jetzt unseren Fokus auf diesen Bereich richten.

Es ist nicht nur das Recht, sondern die Pflicht einer ärztlichen Standesvertretung, rechtzeitig auf Entwicklungen aufmerksam zu machen, die das Versorgungssystem gefährden.

16-Jährigen erschossen: Prozessfinale

Die Anklägerin forderte auch eine Anstaltseinweisung.

Graz. Finale im Prozess gegen den 17-Jährigen, der beschuldigt wird, im Juni 2014 einen Freund mit einem Gewehr erschossen zu haben. Danach soll der Bursch mit seinem Großvater die Leiche in Ungarn vergraben haben. Die Öffentlichkeit war bisher an allen Verhandlungstagen ausgeschlossen. Donnerstagnachmittag wurden im Grazer Landesgericht die Plädoyers gehalten. Zuschauer durften wieder in Saal. Die Urteile standen unmittelbar bevor.

Der Prozess hatte im März begonnen. Anklägerin Kathrin Heidinger gab sich überzeugt, dass der Bursch seinem Freund aus nächster Nähe vorsätzlich in den Kopf geschossen hatte. Zuvor hatten beide mit einem Mädchen Sex. Diesem sollen die Jugendlichen ein Schlafmittel verabreicht haben.

Gewehr des Großvaters

Es folgte eine Fahrt nach Kärnten: Das spätere Opfer hielt angeblich das Mädchen fest, der Angeklagte besorgte sich aus der Wohnung seines Großvaters ein Kleinkalibergewehr und erschoss damit den Bekannten. Die Staatsanwältin ließ noch einmal die Geschehnisse, die zum Tod des 16-jährigen Grazers geführt haben, Revue passieren. Zwei Tage hatten das Opfer, der Angeklagte und das Mädchen zusammen verbracht, ehe der 17-jährige dem Bekannten in den Kopf schoss. „Kaltblütig, aus Eifersucht und aus Rache“, so die Anklägerin.

Die Notwehrversion, von der Verteidiger Gerald Rühr sprach, hielt sie für unglaublich, nicht zuletzt wegen der Tötung, die sich der Beschuldigte in der U-Haft hat machen lassen: „Vendetta“ und „§ 75“ (die Gesetzesstelle für Mord, Anm.) würde nun groß auf seiner Brust prangen. Die Staatsanwältin beantragte außer einer Verurteilung auch eine Anstaltseinweisung für den Angeklagten. (red./APA)

Neue Ärztegewerkschaft will klagen

Medizin. Die neu gegründete Gewerkschaft Asklepios mit österreichweit 1800 Mitgliedern will vor den Verfassungsgerichtshof ziehen, um künftig bei offiziellen Verhandlungen mitreden zu dürfen.

VON KÓKSAL BALTACI

Wien. Es war eine bezeichnende Szene. Nach dem letzten großen Ärzteprotest gegen die neue Arbeitszeitregelung am 23. März kamen bei der Abschlusskundgebung auf dem Maria-Theresien-Platz neben dem Kammerpräsidenten Thomas Szekeres, Vertreter verschiedener Ärztegruppen wie etwa der Primare und der Ordensspitäler zu Wort. Gegen Ende trat auch Gernot Rainer auf, Gründer und Obmann der neuen Ärztegwerkschaft Asklepios. Als der Lungenspezialist vor 1500 Kollegen betonte, dass es Zeit für eine eigene Gewerkschaft für angestellte Ärzte sei, wurde er – als einziger Redner auf der Bühne – frenetisch bejubelt.

Nicht zuletzt durch die internen Unstimmigkeiten bei der Kammer (die Kurie der angestellten Ärzte lehnte zweimal ausverhandelte Einigungen ab) erfreut sich Asklepios regen Zulaufs. Erst Anfang des Jahres gegründet, hat die Gewerkschaft mittlerweile rund 1000 Mitglieder in Wien und 1800 österreichweit. Zur Orientierung: In den Spitälern des KAV arbeiten 3000 Ärzte, weitere 1500 Mediziner sind im AKH beschäftigt.

Sozialpartner entscheiden

„Der Ruf nach einer eigenen Interessenvertretung ist nicht zu überhören“, sagt Rainer. Allerdings sehen das die Stadt Wien sowie die bestehenden Gewerkschaften (GdG für die KAV-Ärzte sowie GÖD für die AKH-Ärzte) inklusive Ärztekammer anders und wollten Asklepios bei den Verhandlungen zur Umsetzung des neuen Arbeitszeitgesetzes nicht dabei haben.

Daher geht Rainer nun in die Offensive und will die sogenannte Kollektivvertragsfähigkeit notfalls beim Verfassungsgerichtshof einklagen. Heute, Freitag, wird im (beim Sozialministerium angesetzten unabhängigen) Bundeseinigungsamt der Antrag auf die Zuerkennung der Kollektivvertragsfähigkeit gestellt.

Da im Bundeseinigungsamt die Sozialpartner verankert sind, entscheiden also im Wesentlichen sie



Rund 1500 Mediziner gingen am 23. März in Wien auf die Straße, um gegen die Umsetzung des neuen Arbeitszeitgesetzes zu demonstrieren. Erstmals durfte dabei auch der Asklepios-Gründer eine Rede halten. (APA)

über die Zuerkennung. Und zwar innerhalb von spätestens sechs Monaten und hauptsächlich nach eigenem Ermessen, weil es bei den Voraussetzungen – etwa bei der wirtschaftlichen Bedeutung oder bei der notwendigen Anzahl an Mitgliedern – keine konkreten Vorgaben gibt, sondern diese im Einzelfall beurteilt werden.

Aufgrund der bisherigen Stellungnahmen der Gewerkschaftsvertreter ist von einer Ablehnung auszugehen, womit auch Rainer rechnet. Dann bliebe ihm nur noch der Weg zum Verwaltungs- und anschließend zum Verfassungsgerichtshof. So weit kam es in Österreich noch nie, weswegen das Urteil schwer abzuschätzen ist. Für Alfred Radner, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Medizinrecht, stehen die Chancen auf

einen positiven Bescheid allerdings „fifty-fifty“. Der Ausgang sei „völlig offen“. Nach seiner Einschätzung würde Asklepios die Voraussetzungen für die Kollektivvertragsfähigkeit „durchaus erfüllen“, wie auch aus einem Gutachten hervorgeht, das er zum Thema erstellt hat.



Gernot Rainer, Gründer von Asklepios. (Fotokurier)

Ob die Stadt Wien bei einer Zuerkennung mit Asklepios verhandeln würde, wollte man aus dem Büro von Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely (SPÖ) am Donnerstag nicht beantworten. Zu hypothetischen Fragen gebe es keine Stellungnahmen. Wehsely hat bereits Ende März erklärt, dass es sich bei Asklepios um keine Gewerkschaft handle.

Für die Gemeinde kämen ausschließlich gesetzliche oder freiwillige kollektivvertragliche Interessenvertretungen als Verhandlungs-

partner infrage. Denn nur bei diesen stehe die demokratische Legitimation außer Zweifel. Bei gesetzlichen Vertretungen sei dies durch Wahlen der Fall, bei den freiwilligen durch die Zulassung durch das Bundeseinigungsamt.

„Nur eine Gruppe vertreten“

Rückendeckung bekommt Wehsely vom Leitenden Sekretär im ÖGB, Bernhard Achitz. Er stößt sich unter anderem daran, dass Asklepios nur eine Gruppe im Gesundheitswesen, nämlich die Ärzte, abdecke. Es ginge ja auch nicht, dass auf einem Kreuzfahrtschiff der Kapitän nur mit den Offizieren verhandle und die Matrosen und Kellner beiseite lasse. Der ÖGB sei dagegen immer bestrebt, alle Berufsgruppen zu vertreten. Sich selbst Gewerkschaft zu nennen reiche eben nicht aus.

Ein Argument, das Gernot Rainer nicht gelten lässt. „So gesehen dürfte es auch keine Lehrgewerkschaft geben.“

NEBENBEI

Biwak am Hotel statt in der Eiger-Nordwand

Wer sich einmal wie ein Abenteuer fühlen will und in einer Wand biwakieren will, der muss bald keine großen Abenteuer mehr auf sich nehmen. Der Erlebnisgeschenkenbieter Jochen Schweizer ließ am Donnerstag Hängezelte an der Fassade des Hotels Ibis in Wien Mariahilf installieren. Demnächst kann man auch eine Nacht darin buchen. Urban Biwaking nennt sich diese Art des Zeltens für Großstädter. Gut gesichert, Hotelzimmer, Sanitäranlagen und Frühstücksbuffet sind nur ein paar Schritte entfernt. Nur: Steckt man den Kopf aus dem Biwak, hat man immer noch Wien und den Lärm des Gürtels unter sich – statt der eisigen Stille einer Bergnacht. (cim)



Im Biwak an der Fassade. (Clement Factory)

„Wer aufsperrn will, soll aufsperrn“

Interview. Der Neo-Kandidat der Wiener ÖVP und Landtmann-Chef Berndt Querfeld will ganzjährige Schanigärten. Bei der Öffnungszeiten-Liberalisierung sieht er Häupl am Zug.

VON GERHARD BITZAN

Die Presse: Sie sind Cafetier und treten für die ÖVP bei der kommenden Wien-Wahl an. Warum? Bernd Querfeld: Kammer-Präsident Walter Ruck hat mich vorgeschlagen und wollte schnell eine Antwort. Ich bin an sich ein hochpolitischer Mensch, daher habe ich ja gesagt. Ich bin jetzt Obmann der Fachgruppe Kaffeesieder, eine Gemeinderatsfunktion würde jedenfalls eine neue Qualität mit viel Gestaltungsmöglichkeiten bedeuten.

Was könnte das Ziel für die ÖVP am 11. Oktober sein?

Das hängt natürlich davon ab, wie die anderen – SPÖ, Grüne etc. – sich schlagen, was da für die ÖVP übrig bleibt. Aber ein erreichbares Ziel ist meiner Meinung nach in Wien, Platz drei zu halten.

Sie sollen sich um Gastronomie- und Tourismusthemen kümmern. Was ist Ihnen da wichtig? Im Wiener Tourismus gibt es viele Probleme und Anliegen, die aber auch leicht zu lösen wären. Da

sind die Schanigärten, da ist das Raucherproblem. Bei den Unterkünften steigen zwar die Nächtigungszahlen, aber die durchschnittliche Auslastung sinkt. Das große Thema ist aber die Liberalisierung der Öffnungszeiten. Die Unternehmer in Tourismuszonen sollten am Sonntag aufsperrn können, das heißt ja nicht, dass sie aufsperrn müssen.

Warum ist es in Wien so schwierig, solche Zonen einzuführen?

Jeder Skript ist heute eine Tourismuszone. Das zu werden ist ein einfacher Akt – wenn die Gemeinde es will. Aber in Wien scheut man sich vor der Entscheidung: Die Sozialpartner sollen das regeln, heißt es. Aber wenn wir das wollen, braucht dies nur der Landeshauptmann durchzuziehen.

Sie wollen Schanigärten auch im Winter offen halten. Weshalb? Es geht darum, dass jene Unternehmer, die Schanigärten öffnen wollen, das auch dürfen. Sie müssen ja nicht, niemand wird gezwungen. Und in vielen Ländern

ist das üblich. Die Gastronomie verliert an einem sonnigen Vorfrühlingstag viel Geld. Und noch etwas: Man sagt, die Wirte wollen Schanigärten haben. Nein, die Gäste wollen das haben.

In Wien ist das Kleine Glücksspiel verboten. Wie stehen Sie dazu?

Das Glücksspiel ist ein Thema, das ich wirtschaftspolitisch sehe. Es gab viele Lokale, die Automaten hatten. Dort konnte man essen, gut trinken – und die Hälfte der Kunden ist halt spielen gegangen. Jetzt kommen die nicht mehr, und es fehlt deren Umsatz. Die Wirte können das nicht ausgleichen und müssen zusperrn.

ZUR PERSON



Berndt Querfeld (48) führt in Wien u. a. das Café Landtmann und das Café Museum. Er tritt für den Wirtschaftsverband als ÖVP-Kandidat bei der Wien-Wahl im Oktober an. (Fotokurier)

ÖVP-Stadtfest: Mit Fendrich, ohne Politik

VP-Chef Juraczka will ein Fest ohne Politbotschaften.

Wien. Das Wiener Stadtfest soll am 30. Mai die Innenstadt wieder in eine Unterhaltungsmeile verwandeln – zumindest einen kleinen Teil davon: Der Schauplatz erstreckt sich vom Hel-denplatz über den Burghof bis zum Michaelerplatz. Headliner ist die Austropoplegende Rainhard Fendrich.

Politische Agitation soll sich nicht im Line-up finden, beteuerte VP-Chef Manfred Juraczka, der das Fest veranstaltet, am Donnerstag: „Uns geht es nicht darum, versteckte politische Inhalte zu transportieren.“ Man wolle vielmehr Unterhaltung für die ganze Familie bieten. Wobei das Stadtfest nicht nur eine „Ansammlung von Konzerten“ darstelle, sondern ein Themenfestival sei, wie Programmgestalter Peter Hofbauer betonte.

Nebenbei: Das Fest kostet 400.000 Euro, die mittels Sponsoren und Förderung der Stadt finanziert werden. (red.)

Dürfen AKH-Ärzte überhaupt streiken?

Gesundheitspolitik. Heute beginnt die Abstimmung der AKH-Ärzte über einen Streik. Sollte das Votum für einen Arbeitskampf ausfallen, stellt sich die Frage nach den arbeitsrechtlichen Folgen.

VON KÓKSAL BALTACI

Wien. „Würden Sie sich an einem Streik beteiligen, um die Forderungen durchzusetzen?“ Über diese Frage werden ab heute, Freitag, bis kommenden Mittwoch die 1923 wahlberechtigten Mediziner des Wiener AKH abstimmen. Das Ergebnis der elektronisch durchgeführten Abstimmung soll am 28. Mai vorliegen. Grund für diese Maßnahme ist der andauernde Konflikt zwischen der Medizinischen Universität und dem AKH-Betriebsrat um die Umsetzung des neuen Arbeitszeitgesetzes.

Sollte die Entscheidung für einen Arbeitskampf ausfallen – was nicht unwahrscheinlich ist –, werden in Österreich zum ersten Mal Spitalsärzte ihre Arbeit niederlegen und streiken. Über die möglichen arbeitsrechtlichen Konsequenzen können sie sich auf der Seite www.akhstreik2015.at informieren.

Vertragsbruch oder nicht?

Die Zugriffszahlen waren vom ersten Tag an sehr hoch, was die Verunsicherung der Ärzte verdeutlicht. Sagte doch Medizinrechtsexperte Wolfgang Mazal vom Institut für Arbeits- und Sozialrecht der Universität Wien in einem aktuellen Interview mit medonline.at auf die Frage, ob „Maulkorbberlässe“ für die Arbeitnehmer in Spitälern rechtens seien: „Ja. Ein Dienstgeber kann seinem Dienstnehmer verbieten, Interna nach außen zu tragen. Die Konsequenz bei Verstoß gegen den Maulkorbberlass könnte Entlassung



Die Ärzte im AKH hatten nach mehreren Betriebsratssitzungen beschlossen, über einen Streik abzustimmen.

sein, so wie auch bei Arbeitsniederlegung. Für den einzelnen Arbeitnehmer ist Streik als Arbeitsverweigerung Rechtsbruch, so wie auch ein Verstoß gegen einen Maulkorbberlass Rechtsbruch ist.“

Eine Meinung, mit der er unter Arbeitsrechtsexperten in die Minderheit gerät. „Diese sogenannte Trennungstheorie, die von Herrn Mazal vertreten wird, war jahrzehntelang bestehende Lehre in Österreich, gilt aber durch drei maßgebliche Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) aus den Jahren 2008 und 2009 und zwei des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) aus dem Jahr 2007 als überholt“, sagt Klaus Firlie vom Fachbereich für Arbeits- und Wirtschaftsrecht der Uni Salzburg. „Man kann also von

einem Ende der Trennungstheorie sprechen. Diese Meinung vertreten fast alle Experten, die sich in der arbeitsrechtlichen Literatur dazu geäußert haben.“

Jenen Urteilen zufolge gibt es ein explizites Recht auf Arbeitskampf, der EuGH sprach sogar von einem „Gemeinschaftsgrundrecht“. Demnach bedeutet ein Streik keinen individuellen Vertragsbruch und darf keine Sanktionen wie etwa Disziplinarmaßnahmen, Kündigung oder Entlassungen zur Folge haben. „Sogar die Androhung von solchen Maßnahmen ist nicht zulässig“, betont Firlie. Voraussetzung sei natürlich, dass der Streik nicht den guten Sitten widerspricht oder als politischer Streik einzuordnen ist. Auch dürfen Arbeitswillige nicht bedroht werden, sich an einer

Arbeitsniederlegung zu beteiligen – weder von der Arbeitgeber- noch von der Arbeitnehmerseite. Ein möglicher Streik der AKH-Ärzte, die sich für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Gehälter einsetzen, würde seiner Meinung nach die Voraussetzungen eines rechtmäßigen Streiks „in jedem Fall“ erfüllen.

„Der Oberste Gerichtshof hat sich zu diesem Thema bisher nicht geäußert – auch, weil er damit bisher noch nicht befasst war“, sagt Firlie. „Die EuGH- und EGMR-Urteile sind aber selbstverständlich auch für Österreich verbindlich.“ Ein Grund für die fehlende Rechtsprechung sei wohl, dass es hier nur ganz selten zu Streiks kommt – „und die Konflikte durch die starken Arbeitnehmerorganisationen im Vorfeld gelöst werden können“.

Mehr Geld, mehr Posten für Ordensspitäler

Erstmals wurde auch ein Kollektivvertrag ausverhandelt.

Wien. Die Wiener Ordensspitäler haben sich bei der Umsetzung des neuen Arbeitszeitgesetzes mit der Stadt Wien geeinigt. Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely (SPÖ) präsentierte am Donnerstag mit Spitalsvertretern und Gewerkschaft das Verhandlungsergebnis.

Durch die neuen Arbeitszeiten werden Gehaltsanpassungen und zusätzliche Arztposten nötig. Die Mehrkosten müssten von der öffentlichen Hand abgegolten werden. Mit dieser Forderung waren die acht konfessionellen Häuser Anfang Mai in die Verhandlungen gestartet. Nun ist fix: Die Stadt wird 2015 den Finanzierungsrahmen um zehn Millionen Euro erhöhen, 2016 betragen die zusätzlichen Mittel maximal 20 Millionen Euro.

40 neue Arztstellen

„Das wird den Krankenhäusern ermöglichen, zusätzliches Personal anzustellen“, erklärte Manfred Greher, Sprecher der Plattform der Wiener Ordensspitäler. Konkret werden 40 neue Posten geschaffen. Derzeit sind in den Krankenanstalten 780 Ärzte tätig.

Ausverhandelt wurde auch erstmals ein Kollektivvertrag. Damit sei die vertragslose Zeit in Ordensspitälern verschwunden, sagte Willibald Steinkellner, der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Vida. Ärztesprecher Peter Rausch sprach von einem Meilenstein. Die Arbeitsbedingungen in Ordens- und Gemeindespitälern seien nun gleich attraktiv. (APA/red.)



Beschäftigungsinitiative 50+

- Für Personen über 50, die einen Job suchen
- Für Unternehmen, die Personen über 50 einstellen
- Dafür werden 720 Millionen Euro bis 2017 zur Verfügung gestellt

BUNDESPRESSEDienst ■ ÖSTERREICH

sozialministerium.at
0800 500 150 (Hotline des AMS)

Med-Uni Wien: Vize Müller wird neuer Rektor

Internist übernimmt mit
Oktober von Wolfgang Schütz.



Neuer Rektor:
Markus Müller.

(F. Mader/Redaxion)

Wien. Kaum eine Rektorswahl hat im Vorfeld für derart viel Wirbel gesorgt wie jene an der Medizinischen Universität Wien. Nun ist klar: Markus Müller, seit 2011 Vize-Rektor für Forschung, übernimmt mit 1. Oktober die Führung der größten medizinischen Universität des Landes. Das hat der Universitätsrat unter der Leitung des früheren ÖVP-Chefs Erhard Busek gestern, Dienstag, entschieden.

Dass die Entscheidung einstimmig gefallen ist – wie es in der Aussendung heißt –, ist eigentlich überraschend. Denn vor der Wahl hat es ziemlich heftige Querelen gegeben. Universitätsrats-Chef Busek beklagte Interventionen durch die Politik und sprach dem Wiener Forschungsfonds, Michael Stampfer, der ihm als „Freund des Bürgermeisters“ angetragen worden sei, öffentlich die Qualifikation für den Job ab. Eine Aussage, die Bürgermeister Michael Häupl (SPÖ) wiederum als „erbärmlich“ kritisierte. Dann platzte der eigentliche Wahltermin im April – offiziell, weil ein Mitglied des fünfköpfigen Universitätsrats erkrankt war.

Buseks Wunschkandidat

Mit Vize-Rektor Markus Müller ist nun der Wunschkandidat des Universitätsrats zum Zug gekommen. Der 47-jährige gebürtige Klagenfurter hat selbst in Wien Medizin studiert und seine Facharztausbildung zum Internisten am AKH absolviert. Seit 2004 leitet er die Uniklinik für klinische Pharmakologie an der Med-Uni. Der Dreierentscheid, aus dem er gewählt wurde, betraf neben Müller noch Eduard Auff, Chef der Wiener Uniklinik für Neurologie, und Harald Schmidt von der Uni Maastricht.

Der neue Rektor folgt auf Wolfgang Schütz, der seit 1996 die medizinische Fakultät und ab 2004 die ausgegliederte Medizin-Uni leitete. Schütz hat sich nicht mehr für den Rektorsjob beworben. (beba)

8000 Euro Einmalzahlung pro Arzt: Einigung am AKH – kein Streik geplant

Gehalt. Der Betriebsrat und die Medizinische Universität einigten sich am Dienstagnachmittag auf ein neues Paket. Der angekündigte Streik ist somit vom Tisch. Darüber abgestimmt wird dennoch.

Wien. Am Wiener AKH gibt es eine Einigung über die Umsetzung des neuen Arbeitszeitgesetzes. Der Betriebsrat habe das Angebot des Rektorats der Medizinischen Universität Wien angenommen, wie Betriebsrat Martin Andreas am Dienstagnachmittag gegenüber der „Presse“ mitgeteilt hat. Dieses sieht unter anderem eine Einmalzahlung von 8000 Euro pro Arzt vor. Der angekündigte Streik ist damit vorerst vom Tisch.

Der Universitätsrat segnete den Betrag von knapp 13 Millionen Euro ebenfalls bereits ab. Auch mit der Stadt Wien habe man sich laut Andreas geeinigt: Hier war der Streitpunkt vor allem die Finanzierung und Umsetzung des mitverantwortlichen Tätigkeitsbereichs gewesen. Nun sollen ab 1. Juli des nächsten Jahres 50 zusätzliche Abteilungshelfer und 35 zusätzliche Administrationskräfte für eine Entlastung des Pflegepersonals sorgen.

Mehrere Angebote abgelehnt

Die Diskussion um die Umsetzung der neuen Arbeitszeitrichtlinien im AKH dauerte fast ein halbes Jahr. Der Einigung waren mehrere – vom Betriebsrat als nicht ausreichend bewertete – Angebote des Rektorats vorangegangen. Vor allem das Gehalt blieb bis zuletzt der Knackpunkt der Verhandlungen.

Denn der Betriebsrat forderte, dass die Gehaltserhöhung um rund 30 Prozent rückwirkend mit 1. Jänner 2015 eingeführt würde, das Rektorat sah dafür keine vorhandenen Mittel und beharrte auf einer Anpassung ab 2016. Das letzte Angebot sah vor, die vorhandenen Mittel auf die Jahre 2015 bis 2017 aufzuteilen und so eine Art rückwirkende Zahlung, wenn auch in Summe keine weitere Anhebung, zu ermöglichen.

Die derzeit durchgeführte Abstimmung über einen möglichen Streik ist davon allerdings nicht betroffen: Sie werde „unverändert weitergeführt“, heißt es auf der Website des Betriebsrats. Denn ein „starkes Zeichen der Solidarität“ sei gerade jetzt sehr wichtig. Allerdings

hatte der Betriebsrat immer betont, nur streiken zu wollen, wenn es unbedingt notwendig sei. Das von der Ärztekammer durchgeführte Onlinevotum läuft noch bis heute, Mittwoch, das Ergebnis soll am Donnerstag vorliegen.

Asklepios zeigt KAV an

Unterdessen könnte für den Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV) die vergangene Woche mit der Gewerkschaft GdG vereinbarte Abgeltung der Opt-out-Regelung für Spitalsärzte – also die Bezahlung jener Zeit, die freiwillig länger gearbeitet wurde – ein juristisches Nachspiel haben. Denn die neue Ärztegwerkschaft Asklepios erkennt darin eine nicht zulässige Arbeitszeitüberschreitung und bringt heute, Mitt-

woch, Anzeige beim Arbeitsinspektorat, Gesundheitsministerium und beim KAV selbst ein. Eine weitere Anzeige bei der EU wird geprüft. Mit der Vereinbarung werde nämlich ein „rückwirkendes Opt-out“ erzielt – womit ein „fiktiver Durchrechnungszeitraum“ geschaffen werde, der im Gesetz nicht vorgesehen sei. Eine solche Einigung hätte man vor dem Jänner 2015, also vor Inkrafttreten des neuen Arbeitszeitgesetzes, erzielen müssen.

Zum Hintergrund: Ärzte, die seit Jänner von der Opt-out-Möglichkeit Gebrauch machen, können mehr als die seither geltenden 48 Wochenarbeitsstunden arbeiten; bis zu 60 Stunden sind möglich. Die aktuelle Vereinbarung zwischen KAV und Gewerkschaft

gilt nun für all jene Ärzte, die noch bis 30. Juni die Opt-out-Option unterschreiben und in Anspruch nehmen. Die Höhe der Entschädigung wird individuell berechnet. Erhöhen wird dazu die tatsächliche durchschnittliche Wochenarbeitszeit. Pro (Mehr-)Stunde werden 33 Euro ausbezahlt.

„Darüber hinaus prüfen wir derzeit, ob diese Zahlung nicht einer Prämie entspricht und somit einer Diskriminierung von Ärzten gleichkommt, die die Opt-out-Option nicht nutzen“, sagt Asklepios-Obmann Gernot Rainer. Er sieht diese Vereinbarung als Beweis dafür, dass mehr Dienstposten geschaffen werden müssen – seiner Einschätzung nach mindestens 300. (kb)



Der Streik ist vorerst abgewendet: Am Wiener AKH hat man sich nun über die Umsetzung der Arbeitszeitrichtlinien geeinigt. (FAP)

Schießerei in Wiener Straßenbahn: Motiv war jahrelange Familienfehde

Kriminalität. Die vier Männer trafen sich zuvor auf Urban-Loritz-Platz zur Aussprache.

Wien. Der Schießerei in Rudolfsheim-Fünfhaus am Sonntagabend mit einem Toten ist ein jahrelanger Streit zwischen zwei albanischen Familien vorausgegangen. Wie eine erste Befragung eines Opfers ergab, hätten sich die vier Männer bei einer Straßenbahnstation zur Aussprache getroffen, sagte Polizeisprecher Thomas Keiblinger am Dienstag. Bei der Schießerei am Sonntagabend wurde ein Mann getötet, zwei weitere Personen wurden schwer verletzt.

Der 25-jährige Bruder des getöteten Albaners (28) konnte am Montagvormittag kurz befragt werden. Der Mann ist außer Lebensgefahr, eine ausführliche Einvernahme war aber aufgrund seines Gesundheitszustandes – er erlitt mehrere Schüsse in Brust und Bauch – noch nicht möglich.

Er gab an, dass zwischen den Familien ein jahrelanger Zwiist herrsche, zur Aussprache habe man sich gezielt bei der Straßenbahnstation auf dem Urban-Loritz-

Platz getroffen und sei gemeinsam in die Linie 49 eingestiegen. Dort war es zunächst zu einem lautstarken Streit gekommen, der in Handgreiflichkeiten mündete. Als der 25-Jährige mit seinem Bruder bei der Johnstraße beim Meiselmarkt aussteigen wollte, zog einer der Kontrahenten eine Schusswaffe und gab mehrere Schüsse ab.

„Von langer Hand geplant“

Am Tatort wurden fünf Patronenhülsen des Kalibers neun Millimeter gefunden. Das Brüderpaar wurde von mehreren Projektilen im Oberkörper getroffen. Während der Ältere in der Nacht auf Montag bei einer Notoperation starb, überlebte der 25-Jährige. „Die Tat war von langer Hand geplant“, sagte Keiblinger. Es habe sich um Kanun gehandelt, albanisches Gewohnheitsrecht, zu dem auch Blutrache gehört.

Vergleichsweise glimpflich kam eine unbeteiligte Frau davon, die zum Zeitpunkt der Schüsse gerade in die Straßenbahn einsteigen

wollte. Die 19-Jährige erlitt einen Durchschuss des Unterschenkels und musste ebenfalls operiert werden, schwelte aber zu keinem Zeitpunkt in Lebensgefahr.

Von der Tat selbst bekam die Frau nichts mit. Sie gab an, lautes Knallen gehört und plötzlich einen stechenden Schmerz im Bein verspürt zu haben. Laut Keiblinger dürfte sie von einer „verirrten Kugel“ getroffen worden sein.

Viele Zeugen meldeten sich

Dafür haben sich nach der Veröffentlichung der Fotos der mutmaßlichen Täter aus der Überwachungskamera der Straßenbahn bereits zahlreiche Zeugen gemeldet. Die Polizei sei „guter Dinge“, die Verdächtigen bald auszuforschen. Weitere Zeugen, die entweder die Tat selbst oder die Verdächtigen bei der Flucht vom Tatort beobachtet haben, werden ersucht, sich unter der Telefonnummer +43/(0)1/313-10/33800 (auch anonym) zu melden. (APA/red.)

19. Philosophicum Lech

16. bis 20. September 2015, Lech am Atterberg



Neue Menschen!

Bilden, optimieren, perfektionieren

Alles wird besser. Auch der Mensch. Der Körper wird trainiert und modelliert, richtige Ernährung, leistungssteigernde Nahrungsergänzungsmittel und eine langfristige Anti-Aging-Strategie sorgen für effiziente Nutzung der physischen Ressourcen. Defizite und Verfallserscheinungen werden chirurgisch korrigiert. Das Hirn wird getordert, die Seele durch Psychopharmaka im Gleichgewicht gehalten. Am Ende steht die Vision eines perfekten, transhumanen Wesens, das reibungslos funktioniert und dem alles Menschliche fremd geworden ist.

Über diese Konzepte eines „neuen Menschen“ und ihre Fragewürdigkeit werden Philosophen und Wissenschaftler vortragen und ihre Thesen mit dem Publikum diskutieren.

Information und Anmeldung:

www.philosophicum.com

Lech 2015 Tourismus GmbH, T. +43 5383 2161-233

Email: reservation@lech-2015.at

„Presse“-Club-Mitglieder erhalten 10% Ermäßigung auf die Tagungsgebühren

MAGNA

Die Presse

NACHRICHTEN

Kärnten erlaubt Jagd auf Fischotter

Das Land Kärnten hat am Dienstag eine Freigabe der Jagd auf Fischotter angekündigt. Vorerst sollen drei Tiere „entnommen“ werden. Grund für die Maßnahme ist ein dramatisches Sinken des Fischbestandes. Dieser soll im vergangenen Jahr um 70 Prozent abgenommen haben. Im Görtschitztal drohe sogar das Aussterben der einheimischen Kärntner Bachforelle. Sie steht auf der Roten Liste der bedrohten Arten.

Illegaler Handel mit Welpen aufgeklügelt

Die Tierschutzorganisation Vier Pfoten hat am Dienstag in Wien einen illegalen Welpenhandel aufgeflogen lassen. Zur einer vereinbarten Übergabe zweier Malteser kamen sie mit der Polizei. Die Welpen wurden konfisziert, die Verkäufer erwartet ein Verfahren wegen illegalen Feilbietens von Tieren durch Private. Angebahnt wurde das vermeintliche Geschäft über Inserate im Internet.

Ein Viertel der Bienen überlebte Winter nicht

Die höchsten jemals registrierten Verluste von Bienenstöcken während des Winterhalbjahres melden Forscher der Universität Graz. Laut dem Zoologen Karl Crailsheim haben durchschnittlich 28,5 Prozent der Bienenstöcke von österreichweit 1259 teilnehmenden Imkereien den Winter 2014/15 nicht überlebt. In ganz Mitteleuropa gebe es ähnliche Zahlen. Die höchsten Verluste verzeichnete Wien mit 52,6 Prozent. Das geringste Schadensmaß gab es in der Steiermark (22,5 Prozent).

Umfrage: 23 Euro pro Monat für Glücksspiele

Die Österreicher geben laut einer Makam-Telefonbefragung von 500 Personen im Schnitt 23 Euro im Monat für Glücksspiele aus. Männer verlocken mit 26 Euro mehr als Frauen (21 Euro). Am beliebtesten ist Lotto – vier von zehn Befragten versuchen damit ihr Glück.

Spitalsärzte: Streikdrohung wirkt

Konflikt. Der Gehaltsstreit zwischen Ärztekammer und Stadt Wien steuert auf eine Eskalation zu. An der Androhung von Streik scheint kein Weg vorbeizuführen. Dann könnte es aber schnell gehen.

VON KÓKSAL BALTACI

Wien. Zu sagen, bei den Verhandlungen über die Umsetzung des neuen Arbeitszeitgesetzes für Spitalsärzte sind die Fronten zwischen der Ärztekammer und der Stadt Wien verhärtert, wäre glatter Euphemismus. Im einzigen Bundesland Österreichs, in dem es noch keine Einigung gibt, wurden die Boxhandschuhe längst ausgezogen, gekämpft wird mit bloßen Fäusten – indem man einander etwa öffentlich ausrichtet, „interne Spielchen zu bedienen“ oder „bewusst Falschinformationen zu verbreiten“.

Für die Ärzteschaft Grund genug, zum finalen Druckmittel zu greifen – der Androhung von Streik. Dass diese Maßnahme funktioniert, hat zuletzt die Einigung zwischen der Med-Uni Wien und dem AKH gezeigt, als man dem Betriebsrat am letzten Abstimmungstag der Ärzte über einen möglichen Streik ein Angebot unterbreitete, das sofort angenommen wurde. Bei einer Einmalzahlung von 8000 pro Arzt, einer Gehaltserhöhung von rund 20 Prozent ab 2016 und einer weiteren von zehn Prozent ab 2019 sowie umfassenden Strukturmaßnahmen sagt man auch nicht Nein.

„Arbeitskampf legitimes Mittel“

Für Klaus Firlie vom Fachbereich für Arbeits- und Wirtschaftsrecht der Universität Salzburg ist klar: Die Streikdrohung war der entscheidende Grund für die Med-Uni, um einzulenken – obwohl bis zuletzt behauptet worden war, dass die Forderungen des Betriebsrats nicht zu erfüllen seien. Seiner Meinung nach ist die Ankündigung eines Arbeitskampfes sogar eine legitime Maßnahme, um Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen durchzusetzen, wie er bei einem Symposium der neuen Ärztegesellschaft Asklepios betont hat.

Deren Obmann, Gernot Rainer, ist einer der treibenden Kräfte eines Streiks, sollte die Stadt an der Reduzierung von Dienstposten festhalten. „Die Stimmung unter den angestellten Ärzten ist katastrophal. Weder Politik noch Arbeitgeber setzt sich für eine Verbesserung der Bedingungen ein“, sagt



Die Wiener Spitalsärzte sehen die Versorgung der Bevölkerung gefährdet und wollen notfalls streiken.

der Lungenfacharzt. „Das bestehende Arbeitsrecht wird mitunter mit Füßen getreten. Sollte diese Entwicklung einen Streik erfordern, werden wir ihn durchführen.“

Dass es unter den Wiener Mediziner eine Bereitschaft dazu gibt, zeigt das eindeutige Ergebnis der Abstimmung im AKH: 94,7 Prozent der knapp 2000 wahlberechtigten Ärzte würden im Bedarfsfall streiken. Ein ähnliches Ergebnis wäre auch bei den rund 3200 Mediziner der Gemeindepitaler zu erwarten, sollten sie danach gefragt werden – wonach es derzeit aussieht, denn Kammerpräsident Thomas Szekeres deutete schon vor Wochen an, dass es zu einer Abstimmung kommen werde, falls die Stadt auf die Forderungen der Kammer nicht eingehe.

Das könnte schon bald passieren, denn Ende vergangener Woche schlug die Kammer erneut ein Angebot von Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely (SPÖ) aus. Streikpunkt ist neben der Reduzierung von Dienstposten nach wie vor die Bezahlung, nämlich eine weitere

Zulage für Nachtdienste – vor allem an Sonn- und Feiertagen. Eine Aufbesserung der Nachtdienste würde die Stadt noch einmal 25 Millionen Euro kosten, meint Wehsely. Das sei „ganz sicher nicht drin“.

Die Forderung sei nicht nur sachlich nicht gerechtfertigt, sondern würde auch das Gefüge in der gesamten Stadt durcheinanderbringen und den Beginn einer neuen Diskussion in allen Bundesländern bedeuten. Denn eine Erhöhung der Nachtdienstzulagen würde rund 10.000 Euro mehr im Jahr pro Arzt ausmachen. Die Lösung im KAV sehe derzeit vor, dass das Budget für Zulagen in die Grundgehälter umgeschichtet wird, die dafür ab 1. Juli 2015 stufenweise um 30 Prozent erhöht werden.

„Entspricht nicht der Realität“

Was wiederum für die Ärztekammer nicht nachvollziehbar ist. Der 30-prozentige Anstieg der Gehälter entspreche nicht der Realität. Zwar würden die Grundgehälter steigen, aber die Zulagen und Entgelte für Nachtdienste gestrichen. Die tat-

sächlichen Gehaltserhöhungen seien daher wesentlich geringer. Das unterscheide auch die Gehaltssituation der Ärzte in Gemeindepitalen von jenen der Med-Uni.

Die Kammer berät nun am 8. Juni über das Gesamtangebot. Szekeres hält eine Annahme aber für „sehr unwahrscheinlich“. Was eine Ablehnung für direkte Folgen hätte, will er noch nicht sagen. Für Gernot Rainer gibt es aber nur eine Konsequenz: Streik. „Denn: Wenn die Versorgung der Bevölkerung substantiell gefährdet ist, muss man dagegen ankämpfen.“

AUF EINEN BLICK

Streik. Im AKH und in den Ordensspitalen gibt es bei der Umsetzung des neuen Arbeitszeitgesetzes bereits eine Einigung, im Wiener KAV spielt es sich hingegen noch immer an der Bezahlung. Während die Ärztekammer einen Nachtdienstzuschlag für Sonn- und Feiertage fordert und andernfalls mit Streik droht, ist für Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely eine weitere Zulage „ganz sicher nicht drin“.

Media Quarter: planlose Vergabe

Bericht. Der Rechnungshof kritisiert die Entstehung des Media Quarter Marx. Ein PPP-Modell sei nicht notwendig gewesen – die Auswahl des Partners nicht nachvollziehbar.

Wien. Ginge es nach den privaten Eigentümern des Media Quarter Marx im dritten Bezirk, dann hätte es diesen Bericht nicht gegeben.

Da die private Beteiligungsgesellschaft (die VBM Beteiligungsgesellschaft) die zum Teil dem verstorbenen Ex-Botschafter Kasachstans Rachat Alijew gehörte einen Anteil von 60 Prozent am Medien-Quartier (MQM GmbH) hat, wollte sie nicht vom Rechnungshof kontrolliert werden. Erst der Gang vor den Verfassungsgeschäftshof setzte die Prüfung durch. Und der lässt wenig Gutes an dem Projekt.

Grundsätzlich könne der Rechnungshof nicht nachvollziehen, warum ein privater Partner für die Entwicklung des Media Quarters notwendig gewesen sei. Geld sei bei der Wirtschaftsgesellschaft Wien mit einem Kassenbestand von 33,97 Mio. genug da gewesen. Auch wurde bei der Auswahl des privaten Partners nicht lange gesucht. Jedenfalls hätte niemand dem Rechnungshof nachvollziehbar darlegen können, warum ausgerechnet die private Beteiligungsgesellschaft der

beste Partner für das Projekt gewesen sei. Ebenso wenig wurden Bonitätsnachweise oder Bankgarantien vom privaten Partner eingeholt. Eine Ausstiegsmöglichkeit für den Fall eines Zahlungsverzugs des privaten Partners gab es auch nicht. Ebenso wenig eine Zustimmungvereinbarung im Fall eines Eigentümerwechsels. Die im Firmenbuch eingetragenen Gesellschafter des privaten Partners waren laut einem Gutachten jedenfalls bereits seit 2007 nicht mehr wirtschaftlicher Eigentümer der Geschäftsanteile, sondern eine Beteiligungsholding AG. Die Wirtschaftsgesellschaft Wien und die ZIT (Technologieagentur der Stadt Wien GmbH) erfuhr laut eigenen Angaben davon erst im Juni 2012.

Die geplanten Investitionskosten von 56,52 Millionen Euro erhöhten sich laut Rechnungshof auf 64,27 Millionen Euro. Das Media Quarter verrechnete aber nur einen Teil der Mehrkosten den Mietern weiter. Dagegen gab es Nachlässe in Form von Mietzinzbefreiungen, Reduktionen etc. in der Höhe von ins-

gesamt 847.000 Euro. Die Jahresverluste stiegen von minus 210.000 Euro im Jahr 2007 auf minus 2,63 Millionen Euro im Jahr 2012. Zwar gab es 2013 einen Jahresgewinn von 370.000 Euro, der dürfte aber vor allem auf das gefallene Zinsniveau zurückzuführen sein. Die Auslastung des Quartiers lag im April 2014 noch bei 85,8 Prozent, statt der angepeilten 95 Prozent, und statt der anvisierten Kreativbetriebe sind 75 Prozent der Fläche von drei Firmen, Echo Medienhaus, Wiener Zeitung und ProSiebenSat.1 Puls 4, belegt.

Gasometer besser vermietet

Besser ist die Prüfung der Gasometer verlaufen. Die vier Türme waren zur Zeit der Prüfung insgesamt bis auf 14,2 Prozent vermietet, bei der letzten Prüfung waren es noch 15,7 Prozent. Der Wert dürfte nun noch besser sein. Der zur Prüfung zu fast 50 Prozent leere Turm C sei im Rahmen des Music-City-Schwerpunktes nun fast voll, sagte Gasometer-Geschäftsführer Peter Schaller zur „Presse“. Ende 2015 sollten nur noch 500 m² frei sein. (win)

KULTUR SPEZIAL – SOMMER 2015



Sonderthema

mit Kultur- und Veranstaltungstipps in der „Presse“ und der „Presse am Sonntag“.

Kontakt:
Irene Wolfram
Tel. +43/(0)1/514 14-359
irene.wolfram@diepresse.com

DiePresse.com

**JETZT
SCHALTEN**
ET: 27.6./28.6.

Die Presse

**Daniel Landau auf Tour****Grüne Schulberatung in den Wiener Parks**

Unter dem Motto „Jetzt redest Du“ hört sich der grüne Bildungsexperte (Bild) in Parks die Sorgen und Wünsche von Eltern rund um Schule und Kindergarten an. Start war gestern im Schönbornpark (Josefstadt). wien.gruene.at/sagslandau

Ärzte-Engpass im Juni?

„Es wird in vielen KAV-Häusern Probleme und eine Ausdünnung der Ärzteschicht geben“, befürchtet Gernot Rainer, Obmann der Ärzteschicht „Asklepios“. Grund: KAV-Ärzte dürfen nur noch 48 Stunden pro Woche arbeiten. Wer heuer bereits mehr Wochenstunden im Dienst war, muss diese Überstunden bis 30. Juni abbauen.

Aktuelles Beispiel: Laut Insidern ist heute „eine Chirurgie-

Station im Kaiser-Franz-Josef-Spital nicht besetzt“. Christoph Mierau vom KAV: „In der Wochenstation werden nur planbare OPs durchgeführt.“ Um in der Feiertagswoche Überstunden in der von Montag bis Freitag geöffneten Station abzubauen, sei beschlossen worden, heute nicht zu operieren. Zur Situation im Juni: „Es wurden laufend Überstunden abgebaut. Auch im Juni bleibt der Betrieb aufrecht.“

**Hippe Sneakers im „Heuer“**

Mitten in der City gibt es ab heute einen Monat lang Schuhe zum Spritzen. Im „Heuer“ am Karlsplatz (4., Treitlstr. 2) steigt heute von 16 bis 21 Uhr die Eröffnung des Pop-up-Shops der coolen Sneakers-Marke „Toms“. www.toms.com

Foto: Günter Wien

Foto: Lili Neuner

POLIZEI**WIR SORGEN FÜR IHRE SICHERHEIT IN WIEN**

- GESAMTKRIMINALITÄT GESENKT
- AUSSENDIENSTPRÄSENZ DURCH POLIZEIREFORM ERHÖHT
- PERSONAL WIRD AUFGESTOCKT

JETZT BEWERBEN! WWW.WIEN-POLIZEI.AT

Weitere Auskünfte erhalten Sie unter:

Tel. 01/313 10-76 225 oder bei aufnahme-wien@polizei.gv.at

ENTGELTICHE EINSCHALTUNG

Appell an Ärzte: Arbeitszeitüberschreitungen melden

Utl.: Die Zustände für Spitalsärzte im KAV sind teils untragbar.
Ärztammer und Asklepios dokumentieren Missstände und leiten
im Bedarfsfall rechtliche Schritte ein =

Wien (OTS) - Das von Asklepios organisierte Symposium zu
"Arbeitsrecht und Arbeitsstreik" mit Univ.-Prof. Dr. Klaus Firlei,
Arbeitsrechtsexperte an der Universität Salzburg, brachte wichtige
Erkenntnisse und zeigte den hohen Bedarf an rechtlicher Unterstützung
für Spitalsärzte zum Arbeitszeitgesetz.

Zwtl.: Das Opt-out ist eine sozialpolitische Ungeheuerlichkeit

Die Ermöglichung eines Opt-Outs im neuen
Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetz schreibt einen völligen
Fremdkörper im Arbeitsrecht fest. Firlei fordert, das Opt-out sofort
abzuschaffen und gleichzeitig unverzüglich alle Rahmenbedingungen für
die verringerten Arbeitszeiten zu schaffen.
Eine aktuelle KAV-Betriebsvereinbarung verbietet ein Opt-Out. Eine
geänderte, rückwirkend gültige Vereinbarung, die ein Opt-Out erlaubt,
wurde von Asklepios bereits zur Anzeige gebracht.

Zwtl.: Asklepios wird im Ernstfall zu Streik aufrufen

Auch nicht kollektivvertragsfähige Gewerkschaften können einen
rechtmäßigen Streik organisieren - damit ist Asklepios befähigt und
berechtigt, einen Streik auszurufen. Streik gilt als Grundrecht jedes
Arbeitnehmers, unabhängig von einer offiziellen
Gewerkschaftsmitgliedschaft. Die Streikbereitschaft unter den
österreichischen Ärzten ist hoch, wie aktuelle Umfragen belegen.

Zwtl.: Asklepios fordert Teilnahme an Verhandlungen

Die Kollektivvertragsfähigkeit ist beantragt. Nach Erhalt der
Kollektivvertragsfähigkeit fordert Asklepios nicht zuletzt aufgrund
der Mitgliederzahl die Teilnahme an Gehaltsverhandlungen und wird
diese im Bedarfsfall bei Verwaltungs- bzw. Verfassungsgerichtshof
einklagen.

Zwtl.: Appell an Ärzte, Arbeitszeitüberschreitungen zu melden!

In vielen KAV- Abteilungen wurden auch ein halbes Jahr nach Inkrafttreten des Arbeitszeitgesetzes keine ordentlichen bzw. überhaupt keine Zeiterfassungen implementiert - es kommt zu teilweise massiven rechtswidrigen Arbeitszeitüberschreitungen.

Die Ärztekammer und Asklepios rufen dazu auf sämtliche Überschreitungen oder Vorkommnisse zu dokumentieren und an Asklepios und die Rechtsabteilungen der Ärztekammer Wien zu übermitteln. Diese werden eingehend geprüft und bei Unzulässigkeit zur sofortigen Anzeige beim Arbeitsinspektorat gebracht.

Handlungsanleitungen und näherer Informationen dazu unter www.aerztegewerkschaft.at

~

Rückfragehinweis:

Mag. Verena Flatischler
Pressestelle Ärztegewerkschaft Asklepios
med4more, 1190 Wien
v.flatischler@med4more.at
0664/9657436

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/17390/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0238 2015-06-03/17:42

031742 Jun 15

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20150603_OTS0238

Franz Voves macht die Türe für die FPÖ auf

Er bleibt dabei: Mit ihm gebe es keine Koalition mit der FPÖ. Der steirische SPÖ-Chef Franz Voves will eine „blaue Option“ nun aber seiner Partei freistellen.

Die höchsten Parteigremien werden über eine Zusammenarbeit mit den Freiheitlichen entscheiden.

Walter Müller

Graz – In der Steiermark werden die Karten jetzt völlig neu gemischt – und der SPÖ stehen ein paar turbulente und wegweisende Tage bevor. Es ist nicht mehr auszuschließen, dass die steirische SPÖ mit der FPÖ Koalitionsgespräche aufnimmt.

Am Dienstag trafen SPÖ-Landeshauptmann Franz Voves und FPÖ-Spitzenkandidat Marion Kunasek zu einem ersten Gespräch nach den Landtagswahlen zusammen. Dabei habe Franz Voves „nochmal für sich eine Zusammenarbeit mit uns kategorisch ausgeschlossen“, sagte Kunasek im Gespräch mit dem STANDARD. Voves werde aber in den nächsten Tagen die SPÖ-Gremien mit dem Thema „FPÖ-Option“ befasen. Was Voves im Anschluss an das Treffen mit Kunasek auch bestätigte. Zu weiteren Details des einhalbstündigen Gesprächs wollte sich Voves nicht äußern.

Der SPÖ-Landeshauptmann werde, das wurde vom Büro Voves aber bekräftigt, in den nächsten Tagen den Parteivorstand in Sachen „FPÖ-Zusammenarbeit“ einberufen.

Abgang von Voves

Der jüngste Beschluss der Bundespartei, den Ländern freie Hand in Koalitionsfragen zu geben, hat natürlich auch in die steirische SPÖ neue Fantasie hineingebracht. Käme die Partei nun zum Entschluss, tatsächlich mit den Freiheitlichen Koalitionsgespräche zu führen, würde dies in der Konsequenz wohl ein Ausscheiden von Franz Voves bedeuten, denn der SPÖ-Chef hat stets zu einer eventuellen FPÖ-Koalition betont: „Mit mir nicht.“

Wie der steirische Parteivorstand in dieser Frage entscheiden wird, ist völlig offen. Bisher konnte man von einer klaren Mehrheit für die Position des Parteichefs ausgehen. Die von Voves jetzt losgetretene Diskussion könnte innerparteilich aber eine neue Dynamik bekommen, denn der Partei droht, auf der Oppositionsbank zu landen. Was nach dem Ge-

spräch Voves/Kunasek auffiel: Wirklich lautstark wollte ad hoc niemand aus der Führungsriege der steirischen SPÖ dem Parteichef folgen. Der starke und treue Parteigenosse an seiner Seite, Soziallandesrat Siegfried Schrittwieser etwa wollte auf STANDARD-Anfrage „keine Stellungnahme“ abgeben. Die Landesräte Michael Schickhofer und Finanzlandesrätin Bettina Vollah gingen ebenso auf Tauchstation wie SPÖ-Landesgeschäftsführer Max Lercher. Die SPÖ-Politiker waren unakkömlich oder hatten auf Band geschaltet: „Dieser Teilnehmer ist leider nicht erreichbar. Auf Wiedersehen.“

„Müssen über Option reden“

Einzig der steirische ÖGB-Vorsitzende Horst Schachner, der schon vor Tagen für Gespräche mit der FPÖ plädiert hatte, bekräftigte im STANDARD-Gespräch: „Wir müssen über diese Option offen und ehrlich reden. Und uns fragen: Was haben die Freiheitlichen etwa in Sachen Arbeitsmarkt drauf, wie wollen sie die Arbeitslosigkeit bekämpfen? Dasselbe sollten wir auch die ÖVP fragen und dann soll der Parteivorstand abwägen, mit wem es für die SPÖ besser wäre, zusammenzuarbeiten: mit der ÖVP oder FPÖ.“

In der ÖVP hat man die überraschende „Freigabe“ für eine Diskussion in der SPÖ äußerst zurückhaltend aufgenommen. Hier hatten bereits Klubchef Reinhold Lopatka und Parlamentarier Fritz Grillitsch offen für eine Koalition mit den Blauen gewonnen und auch ÖVP-Chef Hermann Schützenhöfer einen Pakt nicht mehr ausgeschlossen. Am Dienstag herrschte aber auch in der ÖVP Funkstille.

Die fünf Jahre lang gepflegte neue Freundschaft zwischen steirischer SPÖ und ÖVP scheint jedenfalls aufs Erste einmal dahin. In beiden Parteien blickt man argwöhnisch auf jeden Schritt, den der andere setzt. Von der viel beschworenen „Reformpartnerschaft“ ist seit der Landtagswahl, in der beide unter 30 Prozent gefallen sind, nichts mehr zu hören.



Die SPÖ öffnet sich jetzt auch in der Steiermark für eine Zusammenarbeit mit der FPÖ (im Bild deren Spitzenkandidat Mario Kunasek). SPÖ-Chef Voves will seine Parteigremien darüber entscheiden lassen.

Salzburgs FPÖ kämpft mit sich selbst

Schnell will neue Gesichter für die Stadt-FPÖ statt „Chaoten-Team“

Stefanie Ruep

Salzburg – Während die FPÖ im Burgenland nun Regierungspartei ist und in der Steiermark auf Koalitionsverhandlungen wartet, beraten die Salzburger Freiheitlichen über die Querelen in den eigenen Reihen. FPÖ-Chef Karl Schnell hat mit Austritten, Ausschlüssen, Wiedereintritten und zwei internen Strafanzeigen zu kämpfen. Beim Landtagsparteivorstand am Dienstagabend will Schnell wieder Ordnung schaffen, auch ohne Mediation von Heinz-Christian Strache.

Seit Monaten rumort es in der Salzburger FPÖ, nun spricht sich Schnell für ein neues Team in der Stadt aus. Mit dem derzeit agierenden „Chaoten-Team“ könne man nicht arbeiten. „Menschen, die den Zusammenhalt der Partei gefährden, haben nichts verloren bei uns“, betont der Salzburger FPÖ-Chef. Beim Landtagsparteivor-

stand in Saalfelden werde über die weitere Vorgehensweise beraten und drei junge Funktionäre in Position gebracht, kündigte Schnell an. „In drei Jahren sind Wahlen und wir sind auf dem Weg zur zweitstärksten Partei, deshalb müssen wir uns mit jungen Polit-talenten verstärken.“ Bereits im Mai kündigte Schnell an, bei den Landtagswahlen 2018 wieder kandidieren zu wollen. „Wir brauchen einen Kandidaten auf Augenhöhe mit dem Landeshauptmann. Und ich will es einfach noch einmal wissen.“ Die jungen Funktionäre hätten die „Politik im Herzen und nicht Intrigen im Kopf“, betonte Schnell, mit einem Seitenhieb auf die Führungsriege im Flachgau und der Stadt Salzburg, die sich gegen die Landesparteiführung auflehnten.

In der Sitzung wurde auch eine Strafanzeige wegen Datenmissbrauchs diskutiert. Ein Brief von Bundesparteiobmann Heinz-

Christian Strache, der für den Parteivorstand bestimmt war, gelangte in der Vorwoche an die Medien. Strache forderte in dem Schreiben eine „Mediationssitzung“ in Salzburg mit Vertretern der Bundespartei. Zuvor wurden vier Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen. Nach dem Rauswurf ist auch der Landtagsabgeordnete Friedrich Wiedermann, der im Jänner wegen eines internen Gerichts ausgetreten war, wieder Parteimitglied. Wiedermann hat Anzeige wegen Verleumdung erstattet.

Schnell hält von der Einmischung aus Wien wenig: „Die sollen sich raushalten, wir sind erfahrene Politiker und wissen, was wir tun.“ Auch der Ruf zum Bundesparteitag zu kommen, lässt Schnell kalt. Dafür habe er keine Zeit, er habe als Vizebürgermeister in Saalbach viel zu tun und sei kein Berufspolitiker. Bei einem Termin am 16. Juni wolle er Strache die Sachlage darlegen.

KURZ GEMELDET

Teilpension passierte den Ministerrat

Wien – Trotz Kritik seitens des Finanzministeriums im Begutachtungsverfahren hat der Ministerrat am Dienstag den Entwurf zur neuen Teilpension praktisch unverändert beschlossen. Der neue Pensionstyp ist mehr oder weniger eine Ergänzung zur Altersteilzeit und ermöglicht kurz vor dem Ruhestand eine Reduktion der Arbeitszeit mit geringerem Gehaltsverlust bei Wahrung der Ansprüche aus der Sozialversicherung. (red)

Potocnik tritt für Neos in Linz an

Linz – Lorenz Potocnik, Neos-Spitzenkandidat für die Gemeinderatswahlen am 27. September in Linz, wird auch für das Amt des Bürgermeisters antreten. Der Architekt und Stadtentwickler wird für die Direktwahl kandidieren, bestätigte seine Partei am Dienstag. Die weiteren Bewerber sind Amtsinhaber Klaus Luger (SPÖ), Bernhard Baier (ÖVP), Detlef Wimmer (FPÖ) und Eva Schobesberger (Grüne). (APA)

Wehsely sieht Erpressungsversuch

Vorerst keine weiteren Verhandlungen mit Ärzten

Wien – Das dritte Nein der Ärztekammer zur neuen Betriebsvereinbarung für die Wiener Gemeindespitaler (KAV) löst bei Wiens Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely Empörung aus. Sie bezeichnet es im STANDARD-Gespräch als einen „Erpressungsversuch“, mit dem vor den Wahlen illegitime Forderungen durchgesetzt werden sollen. Das spielt es mit mir nicht“, richtet Wehsely ihrem Gegenspieler, dem Wiener Ärztekammerpräsident Thomas Szekeres, aus. Eine Rückkehr zum Verhandlungstisch schließt sie vorerst aus. Sie habe einen Großteil der Forderungen abgearbeitet, wenn die Ärztekammer aber immer neue Forderungen stellt, sei keine Gesprächsbasis vorhanden.

Gemeint sind Nachtzulagen und Primärärzte. Bei den Zulagen sieht Wehsely keinen Spielraum. Für die Gehälter der Primärärzte sollte der KAV bis Jahresende ein Modell ausarbeiten. Dass dieses bis Anfang September umgesetzt werden kann, wie von der Kam-

mer gefordert, schließt sie aus. Standesvertretung und Ärztegewerkschaft beharren aber auch auf ein klares Nein zum Stellenabbau. Gernot Rainer, Chef der Ärztegewerkschaft Asklepios, geht sogar weiter: Es brauche zusätzliche Ärzte statt bloß Dienstpostenum-schichtungen.

Eine klare Meinung hat Rainer auch zur Streikabstimmung, die von 19. bis 24. Juni stattfinden wird. Das hätte schon früher geschehen müssen, als das Gesetz trotz Nein der Ärzte durch den Gemeinderat gebracht wurde.

Dass die Abstimmung mit Ja ausgehen wird, davon geht auch Wehsely aus. Sie sieht darin weniger ein Stimmungsbild der Wiener Ärzte, sondern macht die Fragestellung der Kammer dafür verantwortlich. Die Streikbereitschaft werde abgefragt, da könne man gar nicht mit Nein stimmen. Konsequenzen habe das für sie keine, es sei nur ein weiterer Versuch der Kammer, „Zwietracht zu säen“. (mte) **Kommentar Seite 36**

Alles legal beim Team Stronach

Kein Gesetzesbruch bei parlamentarischen Mitarbeitern

Wien – Die zur ÖVP übergelaufenen Team-Stronach-Mandatare Marcus Franz und Georg Vetter haben mit ihrem Karussell bei der Anstellung parlamentarischer Mitarbeiter keine Gesetze verletzt. Das teilte die Parlamentsdirektion am Dienstag mit. Diese prüft zwar alle Arbeitsverhältnisse schon bei der Einstellung von parlamentarischen Mitarbeitern. Im Falle von Franz und Vetter erfolgte nun aber eine neuerliche Prüfung.

Wie der Kurier berichtete, hatte neben den beiden auch Stronach-Abgeordnete Jessi Lintl Personen oder nahestehende Personen der jeweils anderen angestellt. Dieses Vorgehen bedeutet aber keinen Verstoß gegen die Regelung, wonach ein Verwandtschaftsverhältnis zwischen Abgeordnetem und Mitarbeiter einen Vergütungsanspruch (maximal 4291 Euro pro Monat) ausschließt. Was bleibt, ist eine schiefe Optik. Franz selbst sieht darin kein Problem. Bei Mitarbeiterverhältnissen gehe es um Vertrauen, sag-

te er im Ö1-Mittagsjournal. Es handle sich um engagierte junge Leute, die Verwandtschaft zu einem Klubkollegen sei kein Hindernis. Dennoch versprach er eine Neuaufstellung im Zuge seines Fraktionswechsels.

Bei einem Rundruf des STANDARD beteuerten alle anderen im Nationalrat vertretenen Parteien, bei ihnen gebe es – soweit nachvollziehbar – keine ähnlichen Konstrukte mit Mitarbeitern, die anderen Abgeordneten nahe- stehen. Bei den Neos etwa weist man darauf, dass Parlamentarier sich ihre Mitarbeiter frei aussuchen, dies aber auch mit dem Klubdirektor abklären.

Für Marion Breitschopf, Projektleiterin der Plattform „Meine Abgeordneten“, ist klar, wie der Eindruck möglicher Günstlingswirtschaft verhindert werden kann: „Das geht nur, wenn die Parteien die Listen ihrer parlamentarischen Mitarbeiter offenlegen.“ Bisher sind diese Listen nicht öffentlich zugänglich. (smo)